

**Wir sichern
Deutschlands Zukunft**

**4. Parteitag
der CDU Deutschlands**

PROTOKOLL

12.-14. September 1993 · Berlin





**4. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Berlin, 13.–14. September 1993

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, Vorsitzender der CDU Deutschlands	7
Wahl des Tagungspräsidiums	10
Beschlußfassung über die Tagesordnung	10
Bestätigung der Antragskommission	11
Wahl der Stimmzählkommission	12
Grußworte	
– Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen MdA	12
– Bundesminister Dr. Theo Waigel MdB	147
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	16
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Hintze MdB	35
Bericht der Mandatsprüfungskommission	45
Aussprache zu den Berichten	45
Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken“ Einführung: Rudolf Seiters MdB	95
Beratung und Beschlußfassung sonstiger Anträge	119
Beratung und Beschlußfassung über Anträge zur Änderung des Statuts, der Beitragsordnung, der Partei-Gerichtsordnung und der Geschäftsordnung der CDU	126

Wahl der Delegierten und ihrer Stellvertreter zum X. EVP-Kongreß in Brüssel	127
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB	127
Beratung und Beschlußfassung über den Leitantrag „Erziehung, Ausbildung und Bildung in unserer freiheitlichen Demokratie: Für die Humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem“ Einführung: Dr. Georg Gölter MdL, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Kulturpolitik	140
Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	202
ANHANG:	
Beschlußprotokoll	204
Beschlüsse	
– Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken	220
– Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem – Zukunftssicherung durch Leistung, Verantwortung und Gemeinsinn	239
– Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung, der Partei-Gerichtsordnung und der Geschäftsordnung	267
– Sonstige Beschlüsse	268
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP	276

Foren

– Forum 1: Zu Toleranz und Verantwortung erziehen	282
– Forum 2: Jugend in Deutschland	302
– Forum 3: Für eine neue Ethik der Medien	318
– Forum 4: Den inneren Frieden schützen	329
Namensverzeichnis	343

Montag, 13. September 1993

1. Plenarsitzung

Beginn: 10.11 Uhr

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Gäste! Exzellenzen! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Hiermit eröffne ich den 4. Parteitag der CDU und begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich in Berlin. Mein erster Gruß gilt Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden, die stellvertretend für die vielen hunderttausend unserer Mitglieder zu den Beratungen hierher nach Berlin gekommen sind.

Ich begrüße sehr, sehr herzlich unsere in- und ausländischen Gäste. Wir freuen uns, daß Sie so zahlreich hierhergekommen sind und unsere Arbeit Ihr besonderes Interesse findet.

Ganz besonders heiße ich jene Gäste willkommen, die hierhergekommen sind, um mit uns über so wichtige Fragen wie Innere Sicherheit und Bildungspolitik zu diskutieren.

Gerade nach dem Erlebnis des heutigen Morgens grüße ich ganz besonders herzlich die Repräsentanten und Vertreter der Kirchen.

(Beifall)

Ich danke Herrn Kardinal Georg Sterzinsky und Herrn Bischof Martin Kruse für das geistliche Wort und den ökumenischen Gottesdienst, und ganz besonders danke ich Ihnen beiden, Herr Pastor Werner Piel und Herr Pfarrer Ulf Lunow, für die Vorbereitung und die Mitgestaltung dieser Feier. Es war und ist ein Wunsch von uns allen, daß das geistliche Wort, das wir heute früh hören durften, auch den Geist unseres Parteitags prägen möge.

Meine Damen und Herren, sehr herzlich begrüße ich auch die große Zahl der Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ich bin sicher, Sie fühlen sich unter uns wohl, und ich bin auch sicher: Entsprechend wird die Berichterstattung sein.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, es ist für uns eine große Freude, einmal mehr in Berlin sein zu können,

(Beifall)

in der Hauptstadt des wiedervereinten Deutschland.

(Beifall)

Ich will gleich zu Beginn des Parteitages unserem Landesvorsitzenden, dem Regierenden Bürgermeister, unserem Freund Eberhard Diepgen, und allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für die Gastfreundschaft und für die tatkräftige Unterstützung bei der Vorbereitung dieses Parteitags danken.

(Beifall)

Liebe Freunde, seit dem letzten Parteitag vom 26. bis 28. Oktober vergangenen Jahres in Düsseldorf liegt ein Jahr mit schwierigen Entscheidungen hinter uns. Wir können stolz darauf sein, was wir trotz aller Widrigkeiten in diesem Jahr erreicht haben. Ich nenne hier nur zwei Entscheidungen, die wir gegen große Widerstände durchgesetzt haben.

Erstens haben wir mit dem Solidarpakt ein wichtiges Stück der deutschen Einheit gestaltet. Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sind damit für die Zeit ab 1995 auf eine neue, auf eine dauerhafte und solide Grundlage gestellt. Gleichzeitig

haben wir mit dem Solidarpakt eine wichtige Voraussetzung für eine vernünftige langfristige Finanzpolitik geschaffen.

Ich nenne als zweites die Verabschiedung der neuen Asylgesetzgebung. Wir konnten endlich die Verweigerungshaltung der SPD überwinden und das Asylrecht neu regeln. Seit dem 1. Juli diesen Jahres ist die Zahl der Asylanträge spürbar gesunken. Es wird jetzt schneller entschieden. Auch werden ablehnende Entscheidungen schneller vollzogen. Mit der Neuregelung des Asylrechts haben wir in einer für viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger entscheidenden Frage Handlungsfähigkeit bewiesen.

Unsere innenpolitische Aufgabe Nr.1 ist und bleibt die Vollendung der inneren Einheit unseres Vaterlandes. Ich glaube, trotz aller Schwierigkeiten sind wir auch in diesem Jahr auf diesem oft mühsamen Weg ein gutes, ein ermutigendes Stück weitergekommen. Wenn auch noch viel harte Arbeit und nicht zuletzt viel Geduld und gegenseitiges Verständnis notwendig sind: Der beschrittene Weg wird erfolgreich sein.

Ein Kernthema des vergangenen Jahres und eine der zentralen Aufgaben für unsere zukünftige Arbeit ist der Bereich der Inneren Sicherheit, insbesondere der Schutz unseres demokratischen Rechtsstaats gegen die Extreme von rechts und links. Dieser Parteitag wird sich intensiv dieser Frage widmen, ebenso wie den Fragen der Bildungspolitik.

Bildung ist ein zentrales Element unseres Selbstverständnisses als Kulturnation. Bildung ist damit zugleich ein Schlüssel für die Zukunft des Standorts Deutschland. Es geht beim Standort Deutschland immer und vor allem um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Als Bürgerpartei müssen wir alles tun, um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates und in die Glaubwürdigkeit unserer Politik zu stärken. Wir müssen in einer Zeit tiefgreifenden Wandels den Blick nach vorn richten, und wir müssen die Herausforderung annehmen.

Wenn wir dies tun, liebe Freunde, dann wird von diesem Parteitag eine ermutigende und eine klare Botschaft ausgehen - die Botschaft, daß wir, die CDU, als die große politische Kraft der Mitte immer noch am besten in der Lage sind, Probleme der Zeit konsequent und mit Mut zu bewältigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Einer guten Tradition folgend, wollen wir auch zu Beginn dieses Parteitags all jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag verstorben sind. Stellvertretend für viele will ich hier nur wenige nennen:

Ich nenne Robert Gleichauf, geboren 1914, gestorben im Oktober 1992. Er war 1952 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und danach bis 1980 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Von 1956 bis 1968 war Robert Gleichauf Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion. Von 1968 bis 1980 war er Finanzminister in Baden-Württemberg.

Ich nenne Horst Urban, geboren 1929, gestorben im November 1992. Er war von 1947 bis 1952 Kreisaußensekretär des CDU-Kreisverbandes Weimar. 1952 wurde er wegen antisowjetischer Betätigung verhaftet und im Erfurter Prozeß gegen CDU-Mitglieder zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach vier Jahren kam er frei und wurde aus der DDR ausgewiesen. Seit 1957 war Urban bis zu seinem Tod Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Ich nenne Jutta Giersch, geboren 1928, gestorben im November 1992. Wegen ihres Einsatzes für die CDU in der früheren DDR war sie sieben Jahre im Zuchthaus Hoheneck inhaftiert. Nach ihrer Übersiedlung ins Emsland war sie später Mitglied des Kreistages von Meppen und seit 1987 bis kurz vor ihrem Tode Frauenbeauftragte des Landkreises Emsland.

Ich nenne Kurt Rudloff, geboren 1935, gestorben im Dezember 1992. Er war Mitglied der CDU in Sachsen-Anhalt und bis 1992 stellvertretender Kreisvorsitzender im Saalkreis. Von 1990 bis zu seinem Tod war er Bürgermeister von Teutschenthal.

Ich nenne Dr. Albrecht Beckel, geboren 1925, gestorben im Januar 1993. Von 1964 bis 1972 war er Oberbürgermeister der Stadt Münster und von 1970 bis 1990 Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen. Er war von 1968 bis 1972 Vorsitzender des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Ich nenne Dr. Konrad Adenauer, geboren 1906, gestorben im Januar 1993. Seit Gründung der Wirtschaftsvereinigung Rheinland 1961 war er deren Vorsitzender und seit 1986 Ehrenvorsitzender der Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen.

Ich nenne Karl Möller, geboren 1919, gestorben im März 1993. Er war von 1955 bis 1974 Mitglied des Niedersächsischen Landtages und von 1965 bis 1970 Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Niedersachsen.

Ich nenne Ernst von Bodelschwing, geboren 1906, gestorben im April 1993. Er war Vorstandsmitglied der Anstalt Bethel, seit 1948 Mitglied des Kreistages Unna und von 1953 bis 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Dr. Henning Schwarz, geboren 1928, gestorben im April 1993. Er war von 1969 bis 1988 Justizminister und Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und gleichzeitig von 1975 bis 1987 stellvertretender Ministerpräsident und von 1987 bis 1988 geschäftsführender Ministerpräsident.

Ich nenne Alfred de Chapeaurouge, geboren 1907, gestorben im Mai 1993. Er war von 1966 bis 1983 Erster Vizepräsident der Hamburger Bürgerschaft und viele Jahre lang Landesvorsitzender der Europa-Union Hamburg und Vizepräsident der Europa-Union Deutschland.

Ich nenne Theo Vondano, geboren 1926, gestorben im Mai 1993. Er war von 1963 bis 1975 Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz, von 1969 bis 1971 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und von 1971 bis 1975 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion. Von 1979 bis 1989 war er Oberbürgermeister der Stadt Kaiserslautern.

Ich nenne Professor Dr. Wilhelm Kewenig, geboren 1934, gestorben im Juni 1993. Er war Professor für öffentliches Recht an der Universität Kiel und in den Jahren 1974 und 1975 Rektor der Universität. Von 1976 bis 1979 war er Vorsitzender des Wissenschaftsrates. Von 1981 bis 1989 war er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Seit 1983 war er Senator für Wissenschaft und Forschung und von 1986 bis 1989 Senator für Inneres.

Ich nenne Karl Bewerunge, geboren 1913, gestorben im August 1993. Er war Präsident der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe und von 1961 bis 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Schließlich nenne ich Walter Brückmann, geboren 1934, gestorben im August 1993. Er war Chefredakteur der „Berliner Morgenpost“ und von 1976 bis 1981 verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der CDU Berlin. Von 1981 bis 1985 war er stellvertretender Sprecher der CDU Deutschlands. Von 1985 bis zu seinem Tod war er Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Liebe Freunde, ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für die vielen genannt, um die wir trauern. Wir wollen allen unseren toten Freunden ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Tagesordnung des Parteitags ein.
Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Wahl des Tagungspräsidiums

Der Vorschlag des Bundesvorstands liegt Ihnen in der Drucksache zu Tagesordnungspunkt 2 vor. Wünscht jemand zu dieser Vorlage das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Soweit ich das von hier erkennen kann, ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Ich darf nun darum bitten, daß die Mitglieder des Tagungspräsidiums hier oben Platz nehmen und daß unser Freund Eberhard Diepgen als Tagungspräsident die Geschäfte übernimmt.

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich glaube, es wird noch einen kleinen Augenblick dauern, bis die Mitglieder des Präsidiums hier Platz genommen haben. Da wir allerdings eine umfangreiche Tagesordnung haben, möchte ich einfach fortfahren.

Zunächst einmal möchte ich mich namens aller Mitglieder des Tagungspräsidiums für das Vertrauen bedanken. Sie wissen, es gehört zu den Selbstverständlichkeiten, daß wir uns bemühen werden, diesen Parteitag ordnungsgemäß, fair und zügig zu leiten. Ich bitte Sie, uns, das Präsidium, dabei zu unterstützen. Wir werden uns bemühen, diesen Parteitag von einem Höhepunkt zum nächsten zu leiten. Mit Ihrer Unterstützung wird das möglich sein.

Meine Damen und Herren, unter den Ehrengästen darf ich einige ausdrücklich begrüßen.

In Vertretung des Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland darf ich Herrn Oberkonsistorialrat Dr. Ulrich Schröter sehr herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Herzlich willkommen ist auch der Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe des Katholischen Büros Bonn, Herr Prälat Bocklet, ein alter Bekannter bei uns.

(Beifall)

Herzlich begrüße ich den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Ignatz Bubis.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, jedenfalls vorhin habe ich Lothar de Maiziere gesehen. Gerade hier in Berlin möchte ich auch ihn ausdrücklich begrüßen.

(Beifall)

Jetzt sehe ich ihn auch. Lieber Lothar de Maiziere, Ihre geschichtliche Rolle des Jahres 1990 wird unvergessen bleiben.

(Anhaltender Beifall)

Dann darf ich die nächsten Punkte der Tagesordnung aufrufen, zunächst Tagesordnungspunkt 3:

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Sie liegt Ihnen vor. Sind dazu Anmerkungen zu machen? – Das ist wohl nicht der Fall. Dann bitte ich um Ihr Handzeichen für Ihre Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, einige geschäftsleitende Bemerkungen zur Tagesordnung und zum zeitlichen Ablauf des Parteitags sind notwendig. Zunächst möchte ich Ihnen vorschlagen, daß der Antragsschluß auf heute 17 Uhr festgelegt wird. Da wir bereits heute um 16 Uhr mit der Beratung des Antrags des Bundesvorstands zur Inneren Sicherheit beginnen wollen, schlagen wir Ihnen ferner vor, die Frist für die Einreichung von Anträgen zur Inneren Sicherheit auf heute 13.30 Uhr festzulegen. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? – Kein Widerspruch. Dann gehe ich von Ihrem Einverständnis aus.

Einige weitere geschäftsleitende Bemerkungen. Die Initiativanträge werden beim Tagungspräsidium in das Textverarbeitungssystem geschrieben und auf einem entsprechenden Antragsformular mit dem Vordruck für 30 Unterschriften ausgedruckt. Delegierte, die einen Initiativantrag unterstützen, werden also gebeten, zur Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Anträge die auf der Stimmkarte angegebene Delegiertennummer bei der Unterschrift mit anzufügen, damit die Rechtmäßigkeit der Unterschrift an Hand der Delegiertenliste festgestellt werden kann. Nach Vollzug der 30 Unterschriften müssen die Initiativanträge dann im Tagungsbüro abgegeben werden.

Ein weiterer Punkt betrifft Tagesordnungspunkt 12, Aussprache zu den Berichten. Hierzu möchte ich schon jetzt darauf hinweisen, daß Wortmeldungen auf Wortmeldezetteln, die den Delegierten mit den Unterlagen ausgehändigt worden sind, beim Tagungspräsidium abgegeben werden müssen. Auf der von Ihnen aus gesehen rechten Seite der letzten Reihe des Tagungspräsidiums sitzt eine Mitarbeiterin, die die Wortmeldungen annimmt. Von dort aus werden sie dann weitergeleitet. Ich bitte Sie, die Wortmeldezettel vollständig auszufüllen und gegebenenfalls anzugeben – darauf kommt es besonders an, damit keine Verzögerungen eintreten –, von welchem der im Saal aufgestellten Mikrofone Sie sprechen möchten. Ich glaube, das werden Sie alle berücksichtigen.

Noch Weiteres zur Tagungsfolge. Sie haben Ihren Vorbereitungen sicherlich entnommen, daß die Tagesordnungspunkte 10 und 11 schriftlich vorgelegt werden. Tagesordnungspunkt 15, Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstands zur Kriminalität, wird – darauf habe ich eben hingewiesen – heute um 16 Uhr aufgerufen. Die Foren beginnen um 18 Uhr und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, um 17 Uhr. Ab 21 Uhr wollen wir dann nach des Tages Müh' und Last noch ein wenig feiern. Die Berliner CDU lädt zum Berliner Abend ein. Das ist hier unmittelbar in der Nähe und in fünf Minuten zu erreichen.

Noch ein weiterer Hinweis: Sie wissen, es gibt eine ganze Fülle von Anträgen, die zu bearbeiten sind. Damit sich jeder darauf einstellen kann, möchte ich schon jetzt darauf hinweisen: Das Tagungspräsidium wird gehalten sein, die Redezeit eindeutig zu beschränken, und zwar werden wir das von Anfang an tun, so daß wirklich möglichst viele Delegierte ihre Position kurz und präzise darstellen können und die Diskussionsfreude des Parteitages nicht durch einzelne lange Beiträge beeinträchtigt wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf das Tagungspräsidium an Frau Klenke übergeben.

Sabine Klenke, Tagungspräsidium: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Delegierte! Werte Gäste! Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Bestätigung der Antragskommission

Der Vorschlag liegt Ihnen vor. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit sind die Mitglieder der Antragskommission gewählt und können ihre Arbeit aufnehmen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die erste Sitzung der Antragskommission für heute, Montag, den 13. September 1993, 14.30 Uhr im Raum 4/5 vorgesehen ist. Eine weitere Sitzung wird heute abend gegen 19 Uhr stattfinden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Wahl der Stimmzählkommission

Die Liste mit den vorgeschlagenen Personen befindet sich in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit sind auch die Mitglieder der Stimmzählkommission gewählt.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich zu einer Vorbesprechung heute um 13 Uhr im Sitzungszimmer der Antragskommission.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der Bundesausschuß gemäß § 10 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung für den 4. Parteitag der CDU eine Mandatsprüfungskommission gewählt hat. Vorsitzender dieser Mandatsprüfungskommission ist der Landesgeschäftsführer der CDU Berlin, Herr Konrad Wilczek. Die weitere Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission entnehmen Sie bitte Ihren Unterlagen. Die Mandatsprüfungskommission wird ihren Bericht heute nachmittag unter dem Tagesordnungspunkt 13 abgeben. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich heute um 12.30 Uhr im Büro des Organisationsleiters einzufinden.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 6 auf:

Grußworte

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der CDU Berlin und Regierenden Bürgermeister der Stadt Berlin, unserem Freund Eberhard Diepgen.

(Beifall)

Eberhard Diepgen: Frau Tagungspräsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Freunde! „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Vielleicht haben wir die Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990 etwas zu früh geändert. Die innere Wiedervereinigung jedenfalls ist noch keineswegs abgeschlossen, sondern nach wie vor unsere wichtigste Aufgabe, und das gerade auch hier in Berlin.

Wenn die CDU zu ihrem Bundesparteitag nach Berlin kommt, so zeigt sie damit, daß sie diesen schwierigen und manchmal auch mühevollen Weg zur Vollendung der inneren Einheit kraftvoll weitergehen will. Hier in Berlin werden die Chancen, aber auch die Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung besonders deutlich, ja geradezu hautnah erfahrbar. Hier in Berlin arbeiten Menschen in einem Büro, die für die gleiche Arbeit ganz unterschiedliche Löhne erhalten; hier in Berlin leben Menschen, nur durch eine Straßenbreite getrennt, ganz dicht beieinander, die ganz unterschiedliche Lebenserfahrungen, auch Wertvorstellungen und Hoffnungen haben. Durch diese Dichte ist die Stadt Berlin Werkstatt der deutschen Einheit.

Meine Damen und Herren, meine Freunde, ich möchte Sie alle ganz herzlich in der deutschen Hauptstadt, in der Bundeshauptstadt begrüßen und Ihnen für Ihr Kommen danken.

(Beifall)

Ganz besonders begrüße ich unseren Parteivorsitzenden, den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Lieber Helmut Kohl, Sie sind Berliner; Sie sind Ehrenbürger der Stadt.

(Beifall)

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement für diese Stadt.

Unter Ihrer Führung, lieber Herr Kohl, haben wir die Wiedervereinigung begonnen. Unter Ihrer Führung wollen wir die innere Einheit herstellen. Und für uns, für die Berliner CDU, lieber Helmut Kohl, gibt es einen ganz besonders wichtigen Wunsch: Wir wünschen uns, daß Sie als Kanzler der deutschen Einheit noch von dieser Stadt die Bundesrepublik Deutschland regieren werden.

(Beifall)

Herzlich begrüße ich auch den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, den Architekten und Unterzeichner des Einigungsvertrages.

(Beifall)

Wir begrüßen einen engagierten Verfechter der Interessen unserer deutschen Bundeshauptstadt. Wir wünschen Ihnen, lieber Wolfgang Schäuble, bei allem, was Sie in den nächsten Wochen vorhaben, eine glückliche Hand.

(Beifall)

Wer sich, meine Damen und Herren, liebe Freunde, mit offenen Augen und wachem Blick in den neuen Bundesländern umschaut, kann und muß feststellen: Es geht voran.

Daß diejenigen, die die Einheit nicht wollten, auch die überall sichtbaren Erfolge der Einheit zerreden, war vorauszusehen, sollte uns aber nicht irritieren. Deshalb ist es so wichtig, daß wir in Berlin nicht nur die wichtigen Themen dieses Parteitages sachlich diskutieren, sondern daß von diesem Parteitag, von der Union die Botschaft ausgeht, daß wir Deutschen die Kraft haben, die große geschichtliche Chance der Einheit auch in Zukunft zu nutzen und zu meistern. Wer die nächsten Wahlen mit Meckern, Miesmachen und Trübsalblasen gewinnen will, den wollen wir nicht daran hindern. Die Union wird unter Helmut Kohl mit einer anderen Botschaft antreten – dessen bin ich ganz sicher –, nämlich mit der Botschaft: „Die Zukunft gehört denen, die anpacken können, die Mut machen können, die Hoffnung haben, die Sicherheit haben, daß wir es schaffen.“ – Das ist unsere Botschaft.

(Beifall)

In den letzten Wochen ist ja häufig von den angeblichen Lasten und Kosten der Einheit die Rede gewesen. Ich mag die Definition von Lasten und Kosten der Einheit überhaupt nicht. Mitunter ist diese Debatte von Leuten eröffnet worden, die wegen ihrer gestiegenen Umsätze im Westen rein rechnerisch eigentlich zu den Gewinnern der Einheit gehören. Sicher, das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands vollzieht sich nicht so schnell und schmerzlos, wie anfangs vielleicht erwartet und erhofft. Auf der anderen Seite – das will ich sehr persönlich sagen – gebe ich jedenfalls zu, daß ich mich – wie viele Berliner – auf meinen Weg von Zehlendorf zum Alexanderplatz, wenn ich die ehemalige Sektorengrenze passiere, täglich über das Geschenk der Wiedervereinigung freue.

(Beifall)

Ich bin sicher, heute wird es vielen von Ihnen auf dem Weg zur Marienkirche im Zentrum der Stadt ebenso gegangen sein.

Diese Freude sollten wir, möchten wir mit allen teilen und uns von niemandem – von niemandem – nehmen lassen. Unter der Führung der Union wurde der Traum der Wiedervereinigung Wirklichkeit, wurde die innere Einheit des Vaterlandes möglich. Unter der Führung der Union gestalten wir unsere Vision eines geeinten Europa. Die Union kann auf ihre geschichtlichen Erfolge stolz sein. Ich kann nur sagen – damit zitiere ich Helmut Kohl in seiner letzten Rede; ich glaube, er hielt sie bei der Eröffnung der Internationalen Automobilausstellung - : Hören wir in Deutschland doch bitte auf mit dem Jammern, und reden wir nicht über halbleere, sondern über die schon – schon! – halbvollen Gläser der Entwicklung in Deutschland und in Europa!

(Beifall)

Natürlich, wir müssen den Menschen im Lande deutlich sagen, warum sie auch gewisse Unannehmlichkeiten auf sich nehmen müssen. Das ist in einer Gesellschaft, die überwiegend an einer Lust- und Gewinnmaximierung orientiert ist, sicher nicht immer ganz einfach. Aber es ist die Aufgabe der Politik, hier Führung zu zeigen. Es gibt – davon bin ich fest überzeugt – eine solide Basis für das Gemeinschaftswerk Wiedervereinigung, denn das Zusammenwachsen eines Volkes mit gleicher Sprache, Geschichte und Kultur ist das Ziel einer Nation, das weit größere Opfer rechtfertigen würde als bisher zum Glück erforderlich waren.

Unser Land und unsere Stadt, die Stadt Berlin, brauchen gemeinsame Aufgaben, die Ost und West zusammenführen. Eine solche Gemeinschaftsaufgabe könnten auch die Olympischen Spiele sein, um die sich Berlin bewirbt. Sie sind jedenfalls eine Chance für alle Deutschen, das neue vereinigte demokratische Deutschland im zusammenwachsenden Europa am Beginn eines neuen Jahrhunderts den Völkern der Welt darzustellen.

(Beifall)

Bei der Gelegenheit erlauben Sie mir einen kurzen Hinweis zu geben und einen Dank auszusprechen, nämlich einen Dank an Erwin Teufel und Manfred Rommel. Was die großartigen Stuttgarter für die Olympia-Bewerbung Berlins getan haben, hat ihnen einen festen Platz in den Herzen aller Sportfreunde gesichert.

(Beifall)

In Stuttgart hat sich ein Deutschland gezeigt, das wir der Welt wieder stärker vermitteln müssen, nämlich ein fröhliches, weltoffenes und international liebenswertes Deutschland. Das war Deutschland in Stuttgart, und so ist Deutschland insgesamt. Das müssen wir auch immer klar sagen.

(Beifall)

Die Stadt Berlin, die Werkstatt der deutschen Einheit, macht Ernst mit der Vereinigung. Die Senatskanzlei hat ihren Sitz im ehemaligen Ostsektor wieder eingenommen. Bald wird die Mehrzahl der sogenannten Berliner Ministerialbeamten dort arbeiten, und auch das Berliner Parlament tagt wieder in der Mitte der Stadt. Obwohl der ehemalige Ostteil der Stadt weniger Fläche und Einwohner als der Westteil hat, fließen beispielsweise drei Viertel der Mittel für Wohnungsinstandsetzung im laufenden Haushaltsjahr in den Bereich des Ostens. Ähnlich ist es beim kommunalen Straßenbau, beim Brückenbau, bei der Instandhaltung von Schulen und Kindertagesstätten. Das sind Zahlen, die deutlich machen: In Berlin geht Aufbau Ost vor Ausbau West. Ich glaube, das ist besonders wichtig für ganz Deutschland.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich glaube, die Programmpunkte des Parteitages sind aktuell. Die wichtigen Themen Bildung, Innere Sicherheit und die Sicherung des Wirtschaftsstandortes sind Zukunftsfragen der großen Städte und

auch die Zukunftsfragen Berlins. Langfristig können wir dabei unsere Chancen nur verbessern, wenn wir den Willen zur Bildung und vor allem wieder Mut zur Erziehung haben.

(Beifall)

Dafür brauchen wir die Familie, die Schule, die Universitäten, die Kirchen und die Jugendarbeit freier Träger.

Das Parteitagsthema „Innere Sicherheit“ ist eine der besonderen Herausforderungen der großen Städte. Ich will hier nicht auf alle Einzelheiten eingehen, aber ein Hinweis sei mir doch gestattet: Hier muß es einen Schritt weiter gehen, und zwar einen entscheidenden Schritt. Die Arbeitsmethoden von Polizei und Justiz müssen verbessert werden. Elektronische Ermittlungsmethoden müssen mit richterlicher Genehmigung gegen Schwerverbrecher eingesetzt werden können. Bei dem, was man heute landläufig noch als Großen Lauschangriff diffamiert, handelt es sich keineswegs um einen Angriff, sondern um die Verteidigung des inneren Friedens.

(Beifall)

Es geht nicht um Lauschen, sondern um Ermitteln. Datenschutz darf nicht vor Personenschutz gehen. Datenschutz darf nicht mit Täterschutz verwechselt werden.

(Beifall)

Das ist eine der wichtigen Voraussetzungen zur Lösung der Probleme großer Städte.

Ein Hinweis sei mir von Berlin aus noch gestattet: Es heißt ja immer, die Union habe Angst vor den Großstädten. Nun, das gestrige Ergebnis von München ist nicht schlecht. Das Ergebnis von Singen ist hervorragend.

(Vereinzelter Beifall)

Als Vorsitzender der Berliner CDU möchte ich, falls das notwendig sein sollte, in dem Punkt allen Mut machen. Wir wissen hier jedenfalls, wovon wir reden, denn wir führen die größte Stadt Deutschlands. Ich will allen auf diesem Parteitag zurufen: Wenn wir mit mehr kommunaler Phantasie, offener Liebe zu den neuen Entwicklungen unserer Gesellschaft und weitem Blick in die internationalen Ballungsräume an die Probleme herangehen, dann werden wir die Probleme der großen Städte auch lösen. Dann werden wir auch als Großstadtpartei bestehen, denn eines ist Tatsache: Die Zukunft in Deutschland wird wesentlich auch in den Städten entschieden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die CDU muß die Partei der sozialen und der nationalen Einheit bleiben. Gerade das schwierige Wahljahr 1994 wird zeigen, ob sich die CDU als Partei der deutschen Einheit bewährt oder zu einer Interessenvertretung des Westens wird. Die Wahlen 1994 werden gesamtdeutsch geprägt sein. Um sie zu gewinnen, brauchen wir eine patriotische Solidarität.

Wir wissen, der SPD droht ein zweites Mal, die deutsche Einheit zu verschlafen. Ich glaube übrigens, ihre Parteiväter, Ernst Reuter, Kurt Schumacher und Willy Brandt, drehen sich im Grabe um, wenn sie sehen, wie ihre Enkelchen und ihre Urenkelinnen mit der Chance der Wiedervereinigung umgehen.

(Beifall)

Diese Partei hat nach wie vor offenbar ein gebrochenes Verhältnis zur Nation und zur ungeliebten Wiedervereinigung.

An Berlin wird in der nächsten Zeit deutlich werden, ob Einheit wirklich gewollt und vollendet wird. Von diesem Parteitag der Union wird die Botschaft ausgehen - davon

bin ich fest überzeugt -, daß wir Deutschen die Kraft haben, die große geschichtliche Chance der Einheit zu nutzen. Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. Wir haben sie gewollt, wir haben sie gemacht, und wir werden sie vollenden.

Meine Damen und Herren, ich heiße Sie noch einmal alle recht herzlich willkommen in der Werkstatt der Wiedervereinigung. Wir wollen gemeinsam Hand anlegen, um die Einheit zu vollenden. Sehen Sie sich in dieser Stadt um. Sie werden sehen, wie sich die Chancen darstellen und wie Chancen genutzt werden können. Helfen Sie dabei mit, daß wir die Chancen nicht nur in dieser Stadt, sondern in Gesamtdeutschland und in der europäischen Entwicklung nutzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Sabine Klenke, Tagungspräsidium: Ich danke dem Regierenden Bürgermeister, Herrn Eberhard Diepgen, für sein Grußwort. Der Beifall hat gezeigt, daß Sie mit Ihrer Rede den Kern der Sache getroffen haben. Herr Diepgen, Sie sind Bürgermeister in einer Stadt, in der sich die Wiedervereinigung sowohl im positiven als auch im negativen Sinne widerspiegelt. Hier ist die Trennung auch am deutlichsten geworden. Ich wünsche Ihnen persönlich noch viele Amtsperioden als Regierender Bürgermeister

(Beifall)

und wünsche Ihnen die Olympischen Spiele im Jahr 2000. Wir sind dabei. - Danke.

(Beifall)

Ich übergebe nun das Tagungspräsidium an Herrn Eberhard Diepgen.

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 6:

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Das Wort hat nun unser Bundeskanzler, das Wort hat Helmut Kohl.

(Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Dieser Berliner Parteitag steht, ob wir das wollen oder nicht, bereits im Zeichen des Wahlmarathons des nächsten Jahres. Natürlich werden wir, wie wir längst beschlossen haben, im Frühjahr des kommenden Jahres den eigentlichen Parteitag zu diesem Thema haben. Aber die 20 Wahlen dieses Wahlmarathons sondergleichen werfen für jedermann erkennbar ihre Schatten voraus, auf kommunaler Ebene, auf Landesebene, im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag. 20 Wahlen - jeder weiß, was das bedeutet.

Ich denke, wir haben dann zusammen - wenn ich „zusammen“ sage, meine ich alle, die hier im Saal sitzen - die Gelegenheit, unsere Gemeinsamkeit in diesem Jahre 1994 zu beweisen, in Wort und Schrift und vor allem in kämpferischer Gesinnung, in der Auseinandersetzung, wie wir sie wollen, das heißt in fairer Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern.

Das geht schon bald los. Hier sitzt Dirk Fischer, unser Hamburger Spitzenkandidat.

(Beifall)

Schon am kommenden Sonntag finden die Hamburger Wahlen statt. Viele von uns waren dort im Wahlkampf; ich selbst werde das diese Woche noch tun. Lieber Dirk Fischer, wir wünschen Ihnen und allen unseren Hamburger Freunden einen guten Erfolg und vor allem Durchsehvermögen für die kämpferische Auseinandersetzung der letzten Tage.

Ich bin informiert, daß mein geschätzter Amtsvorgänger dort in Hamburg jetzt plakatiert wurde. Ich weiß nicht, ob das seine Rückkehr an die Spitze der SPD bedeutet. Angesichts der allgemeinen Verhältnisse könnte dies ja so sein.

(Heiterkeit)

Aber eines würde ich mir schon wünschen, nämlich daß er jetzt, wenn er für die SPD wirbt, uns auch aus seiner großen internationalen Erfahrung heraus in diesem Augenblick etwas hilft. Ich erbitte seine Hilfe dafür, daß er seiner eigenen Partei einmal sagt, wie das ist, wenn man sich international in den Vereinten Nationen so verweigert, wie das die Sozialdemokraten im Augenblick immer noch tun.

(Beifall)

Wir werden im kommenden Jahr schon sehr bald, in etwa fünf Monaten, in Niedersachsen um die Regierungsmehrheit kämpfen. Ich will hier unseren Freund Christian Wulff, den Spitzenkandidaten, ganz besonders herzlich begrüßen.

(Beifall - Anhaltender Beifall
des Landesverbandes Niedersachsen)

Lieber Christian Wulff, wenn alle vom Niedersächsischen Landesverband, die jetzt klatschen, auch in den nächsten fünf Monaten rund um die Uhr mit Ihnen gemeinsam arbeiten - ebenso wir alle -, dann werden wir ein phantastisches Ergebnis haben.

(Beifall)

Eberhard Diepgen hat es schon gesagt: Wir haben in den nächsten 13 Monaten Kommunalwahlen in großer Zahl. Kommunalwahlen sind wichtige Voraussetzungen für eine breite Bürgerarbeit der Christlich Demokratischen Union in Deutschland.

Ich kann Ihnen nur zustimmen: Es gibt überhaupt keinen Grund, zwischen großen und kleinen Städten, Dörfern oder Gemeinden zu unterscheiden. Kommunalpolitik ist Bürgerdienst vor Ort. Die Glaubwürdigkeit unserer Partei hängt entscheidend davon ab, daß wir auch auf dieser Ebene präsent sind, daß wir unsere Programme vortragen und unsere Persönlichkeiten vorstellen. Ich bitte Sie alle um Ihren Einsatz.

Im nächsten Jahr stehen wir auch vor der Europawahl. Bei dieser wichtigen Wahl, die nach dem erfolgreichen Abschluß der Ratifikation der Maastricht-Verträge ein Mehr an Verantwortung für das Europäische Parlament bringen wird, geht es darum, daß die Handschrift der christlichen Demokratie in der Europäischen Volkspartei, im Europäischen Parlament kräftig und deutlich erkennbar sein wird.

Im Herbst des kommenden Jahres stellen wir uns den Wählern dann vor allem in den neuen Ländern und gemeinsam mit unseren Freunden in der CSU bei den Landtagswahlen.

Dann kommt der Oktober 1994. Ich habe den Eindruck, wir alle wissen, was dies bedeutet: eine wichtige Weichenstellung der deutschen Politik, eine Zäsur, bei der klar wird, mit welchem Geist, mit welcher Programmatik, mit welchen Visionen der Welt von morgen deutsche Politik gestaltet wird. Wer heute mit jungen Menschen, mit Schülern, mit älteren Mitbürgern diskutiert, der spürt ein Stück jener Unsicherheit, die die tiefgreifende Veränderung in unserem Land, in unserer Gesellschaft mit sich bringt. Dabei - und vielleicht gerade deswegen - wächst das Bedürfnis der Menschen nach Orientierung, nach Stabilität, und ich denke, wir sollten diesen Wunsch, diese Sehnsucht nicht nur ernst nehmen, sondern auch aufnehmen; wir sollten dafür sensibel sein.

Ich kann heute in der Kürze der Zeit nicht alle Themen, die hier anzusprechen wären, aufgreifen, aber ich will doch sagen, daß es jetzt darauf ankommt, sich auf die großen

und entscheidenden Fragen zu konzentrieren, auf jene Fragen, die uns gestellt werden und auf die unsere Landsleute Antworten verlangen. Die Menschen wollen Sicherheit. Sicherheit kann man nicht dadurch gewinnen und auf Dauer erhalten, daß man sich einfach an Besitzständen festklammert. Ohne Bereitschaft zur Veränderung wird es keine Zukunft für unser Land geben. Immer mehr Menschen in Deutschland begreifen dies.

Wer die Geschichte unserer Partei kennt, der weiß, daß unsere Erfolge in über 40 Jahren auf einer vernünftigen Politik beruhen, durch die das Bewährte und das notwendige Neue miteinander verbunden wurden. Daraus entstand das, was wir die Politik der Mitte nennen. So wurden bei der Gründung der Partei nach 1945 die großen Traditionsströme in der CDU vereinigt: christlich-soziale, wertkonservative und freiheitlich-liberale Ideen. Das alles hat seine Heimat in dieser Christlich Demokratischen Union. Meine Damen und Herren, das ist der Kurs der CDU seit den Tagen Konrad Adenauers, und dieser Kurs wird nicht verändert. Wir bleiben die politische Mitte in Deutschland, und das bedeutet Stabilität für das deutsche Volk.

(Beifall)

Wir kämpfen gemeinsam mit unseren Freunden von der CSU für den Wahlsieg der Union, für einen Wahlsieg, der uns wiederum die Möglichkeit einer strategischen Mehrheit gibt, wie wir sie seit 1982 besitzen. Das ist auch die beste Chance für eine Fortsetzung der Koalition mit der FDP. Wir wollen diese Koalition, aber wir wollen sie unter Bedingungen, die auch für die Christlich Demokratische und die Christlich-Soziale Union die notwendigen Voraussetzungen für eine gute Zukunft schaffen.

(Beifall)

Trotz aller Schwierigkeiten wollen wir die erfolgreiche Arbeit für Deutschland fortsetzen, die wir über ein Jahrzehnt lang in der Koalition geleistet haben. Wir müssen jetzt den Blick nach vorn richten.

Die Sozialdemokraten tun sich schwer, sich auf eine völlig veränderte Welt einzustellen. Ich habe keine Freude daran – denn das ist für mich überhaupt keine parteitaktische Frage –, daß ich immer wieder feststellen muß, daß die SPD von heute selbst im Kreis ihrer sozialistischen Schwesterparteien international mehr oder minder isoliert ist. Das Motto „Sozialdemokraten gegen den Rest der Welt“ kann nicht erfolgreich sein, weder für die SPD - das ist hier nicht unser Thema - noch für unser Land, und das ist sehr wohl unser Thema.

(Beifall)

Deswegen müssen wir durch unsere Politik alles dafür tun, daß deutlich wird, daß es mit einem bloßen Anpassen nicht getan ist.

Liebe Freunde, wir müssen den Wählerinnen und Wählern deutlich machen, daß sie es mit ihrer Stimme in der Hand haben, 1994 die Weichen richtig zu stellen. Ich bin sicher: Die Mehrheit der Wähler in Deutschland will Sicherheit statt Orientierungslosigkeit; sie will innere Einheit statt Zwietracht. Ich glaube, wenn das Signal auf Aufbruch gestellt und wenn deutlich wird, daß Aufbruch keine Stagnation bedeutet, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Die ja gerade hier in Berlin überall spürbaren tiefgreifenden Veränderungen seit der dramatischen Wende von 1989/90 verlangen von uns auch dort, wo es weh tut, eine ehrliche Bestandsaufnahme, eine ehrliche Antwort auf die Fragen: Wo stehen wir, und wohin geht unser Weg? Ich bin der Meinung, wir sollten das offen und ehrlich diskutieren und dabei nichts beschönigen, aber auch nichts unnötig dramatisieren.

Wir haben dies seit 1982 so gehalten. Unsere Politik war von Anfang an eine Politik für den Standort Deutschland. Wir konnten in den 80er Jahren die Steuerreform, die Postreform, die Gesundheitsreform durchsetzen – alles gegen den erbitterten Widerstand der SPD. Die Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt war, wie wir jetzt wissen, das größte Modernisierungs- und Konjunkturprogramm in Europa.

Das wirtschaftliche Wachstum und die Haushaltskonsolidierung in den 80er Jahren haben uns überhaupt erst Handlungsspielräume eröffnet. Nur dadurch konnten wir uns den finanziellen Herausforderungen durch die deutsche Einheit stellen. Man muß sich doch – das sage ich auch unseren Kritikern – noch einmal überlegen: Was wäre gewesen, wenn 1983 die Chance der deutschen Einheit auf uns zugekommen wäre? Welche wirtschaftlichen Ressourcen hätten wir gehabt, um uns dieser Herausforderung zu stellen?

Auch nach der deutschen Einheit ist die D-Mark eine der stabilsten Währungen der Welt. Meine Damen und Herren, dies ist kein Ruhemissen, aber man muß es immer wieder sagen: Bei der Verschuldung des Gesamtstaates stehen wir immerhin – trotz aller Belastungen – im internationalen Vergleich sehr viel besser da als die meisten anderen großen Industrieländer, und keines dieser Länder hat eine mit der deutschen Einheit vergleichbare Aufgabe vor sich.

Es geht jetzt darum, neue Handlungsspielräume zu gewinnen. Es geht um zukunftssichere Arbeitsplätze, es geht um soziale Sicherheit durch Umbau - und eben nicht durch Abbau, wie unsere Gegner zu sagen pflegen. Wir müssen wie in den 80er Jahren den Weg über wirtschaftliches Wachstum und Konsolidierung des Haushalts gehen.

Wenn wir genau hinschauen, müssen wir erkennen – man kann es gar nicht oft genug sagen, und ich sage es vor allem unseren Landsleuten in den alten Bundesländern –, daß nahezu alle gegenwärtigen Probleme strukturelle Probleme der alten Bundesrepublik sind. Liebe Freunde, wir hätten diese Probleme auch, wenn die deutsche Einheit nicht gekommen wäre!

(Beifall)

Das Gefährliche an der gegenwärtigen ökonomischen Situation ist, daß wir eben nicht eine „normale“ konjunkturelle Schwächephase haben, sondern daß wir uns in einer gefährlichen Strukturkrise befinden. Das gilt für Deutschland genauso wie für die anderen Länder Westeuropas, für Japan und für die USA. Alle diese Länder bemühen sich, ihren Standort neu zu definieren. Natürlich geht es jetzt auch darum, aus dem gegenwärtigen Konjunktural herauszufinden und einen neuen Wachstumsprozeß einzuleiten. Die Chancen dafür sind gut. Die deutsche Wirtschaft ist keineswegs schlechter geworden. Aber wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß andere sehr viel besser geworden sind als früher. Bei uns sind in vielen Bereichen der Gesellschaft und der Wirtschaft grundlegende Korrekturen fällig. Viele begreifen das, auch wenn die Angst um den eigenen Arbeitsplatz dazu beiträgt. Aber das ist ja schließlich eine verständliche Sorge.

Schwierige Zeiten – lassen Sie mich auch das sagen – erleichtern das Umdenken. Denjenigen, die uns und vor allem mich in diesen Tagen fragen, warum wir jetzt erst diese dramatischen Änderungen vorschlagen, kann ich nur antworten: Geredet haben wir über diese Themen genug- ich werde es gleich beweisen –, aber die menschliche Natur ist leider so, wie sie ist, und erst in schwierigen Zeiten – wenn erkannt wird, daß etwa mancher Arbeitsplatz keineswegs sicher ist – ist man auch bereit, Veränderungen vorzunehmen, die jetzt überfällig geworden sind. Diese Veränderungen werden wir jetzt durchsetzen.

(Beifall)

So verstanden ist deutsche Einheit eine große Chance zum Umdenken. Umdenken ist angesagt – und nicht Voreingenommenheit. Ich habe es in diesen Tagen immer wieder erwähnt: Vor ein paar Tagen habe ich in Leipzig erlebt, wie dort der Grundstein für das neue Messegelände gelegt wurde, ein Projekt von 1,3 Milliarden DM. Innerhalb von zwei Jahren waren die Planungen abgeschlossen. In weiteren zwei Jahren wird der Bau vollendet sein. Ich frage Sie ganz einfach: In welcher westdeutschen Großstadt wäre solches heute möglich? Das ist auch, wie ich finde, eine Antwort auf die Behauptung mancher, daß „die da“ in den neuen Ländern, vor allem auch ihre Verwaltung, so etwas gar nicht schaffen könnten. Wir sollten auch in dieser Frage voneinander lernen können und uns ein Beispiel nehmen an der Dynamik, die hier ganz besonders deutlich wird.

(Beifall)

Wir müssen begreifen, daß viele gewohnte Verfahrens- und Verhaltensweisen, Normen und Einstellungen jetzt nicht mehr tragfähig sind. Wem jetzt – wie der SPD – nichts anderes einfällt, als alte Besitzstände um jeden Preis zu verteidigen, der kann die Zukunft nicht gewinnen. Wir müssen die Prioritäten – ich sage es noch einmal – neu bestimmen. Wir müssen mancherlei Gewohnheiten ändern und auch manche Ansprüche zurückstecken.

Die Zukunft des Standorts Deutschland, liebe Freunde – das ist mehr als Ökonomie; hier geht es um Ökologie genauso wie um die gesamte Lebenskultur unseres Volkes – läßt sich eben durch wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen allein nicht sichern. Es genügt überhaupt nicht, nur die Kasse – was schon sehr viel ist – in Ordnung zu bringen. Wir brauchen Bewegung in den Köpfen; wir müssen fähig sein umzudenken. Es geht um die Frage nach den geistig-kulturellen Grundlagen unserer Zukunftssicherung.

Deswegen gehört auch die Frage von Bildung, Wissenschaft und Forschung ins Zentrum der Standortdiskussion hinein. Die Bildungspolitik, liebe Freunde, ist nicht irgendein Thema unter vielen. Wir diskutieren über dieses Thema heute aus gutem Grunde hier in einem eigenen Forum. Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung müssen in unserem Lande den hohen Rang behalten, der ihnen zukommt. Das sind wir uns als einer der großen Kulturnationen der Welt schuldig.

(Beifall)

Schule, Berufsausbildung und Studium sind zunächst einmal Orte für die Prägung der Persönlichkeit. Natürlich ist das in allererster Linie das Elternhaus. Wir müssen wieder erkennen, wie richtig der ganz alte Satz ist, daß vor Gott und den Menschen zunächst die Eltern für ihre Kinder verantwortlich sind. Das ist nicht altmodisch geworden, liebe Freunde.

(Beifall)

Neben dem Elternhaus entscheidet sich vor allem im Bereich der Bildung, ob sich junge Leute das Maß an Weltoffenheit, an Menschlichkeit, an Kreativität, auch an Leistungswillen aneignen können, das für ihr privates Glück und das Glück unseres Landes entscheidend ist. Deshalb müssen wir ohne Wenn und Aber auch unser Bildungs- und Wissenschaftssystem auf den Prüfstand stellen. Vieles davon – ich nenne allem voran das duale Ausbildungssystem – hat sich hervorragend bewährt. Aber jeder, der genau hinschaut, weiß auch, daß es in diesem ganzen Bereich erhebliche strukturelle Probleme gibt. Jeder weiß, daß die Gymnasialzeit bei uns zu lang ist. Das gleiche gilt für die Studienzeit. Die deutschen Hochschulabsolventen treten im Vergleich zu ihren europäischen Kollegen vier bis fünf Jahre zu spät ins Erwerbsleben ein. Sie erleiden dadurch zunehmend einen Wettbewerbsnachteil auf dem großen europäischen Arbeitsmarkt.

Über das Thema „Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre“ diskutieren wir nun schon seit 1981. Meine Damen und Herren, es ist kein Ruhmesblatt, daß wir hier vor den jeweiligen Interessenverbänden zurückgewichen sind.

(Beifall)

Jetzt stehen wir vor der beinahe unmöglichen Lage, daß in den neuen Ländern zwölf Jahre und in den alten Ländern 13 Jahre gelten. Dies ist nicht irgendeine Spezialfrage für die Kultusministerkonferenz; das ist eine hochachtbare Einrichtung, über die ich nichts Böses sagen will. Es ist eine Notwendigkeit, daß wir jetzt endlich unsere Position in dieser Frage durchsetzen.

Etwa 25 % der Studenten – in manchen Fachbereichen sind es bis zu 50 % - brechen ihr Studium ab. Fast ein Viertel der Hochschulabgänger findet gegenwärtig keinen Arbeitsplatz, der der Ausbildung angemessen ist. Es macht doch volkswirtschaftlich keinen Sinn, wenn der Arbeitsplatz nicht annähernd der akademischen Qualifikation entspricht.

Aber das ist nur die eine Seite. Wie ich finde, ist die wichtigere Seite die persönliche Enttäuschung und Frustration von jungen Leuten, die fast 30 Jahre alt sind und auf einen solchen Lebenslauf zurückblicken müssen. Wir müssen darüber sprechen, diskutieren und entscheiden, wie wir solchen Fehlentwicklungen entgegenzutreten. Dazu gehört für mich – auch wenn viele dies nicht mögen –, daß die Hochschulen größere Autonomie erhalten. Dazu gehört für mich auch, daß Elemente von Leistungswettbewerb und Leistungskontrolle eben nicht nur für die Studierenden, sondern auch für die Lehrenden gelten. Beides gehört in diesem Bereich zusammen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es muß uns doch mehr als nachdenklich stimmen, wenn wir gegenwärtig die Zahl von 1,8 Millionen Studenten – sie bewegt sich in schnellem Tempo auf 1,9 Millionen zu – an deutschen Hochschulen sehen gegenüber der Zahl von nur 1,6 Millionen Lehrlingen. Natürlich weiß ich, daß man das nicht ohne weiteres miteinander vergleichen kann, weil die Ausbildungszeit unterschiedlich lang ist. Aber es bleibt doch ein alarmierendes Zeichen, wenn wir in den alten Bundesländern jetzt 100 000 Lehrstellen nicht besetzen können. Das hat dramatische Auswirkungen auf den Mittelstand und viele andere Bereiche. Wenn diese Entwicklung anhält, wird sich die Schere zwischen geringem Angebot und hohem Bedarf an qualifizierten Facharbeitern noch weiter bedrohlich öffnen.

Damit hier nicht wieder eine neue Fama entsteht, will ich vorbeugend sagen: Uns geht es überhaupt nicht darum, daß irgend jemandem seine Bildungschancen genommen werden. Jeder in unserem Land, der dies kann und der es will, muß die Möglichkeit haben, zu dem Bildungsabschluß zu kommen, für den er auf Grund seiner Begabung und seiner Leistungsfähigkeit geeignet ist. Aber es hat keinen Sinn, tatenlos zuzusehen, daß die „Verakademisierung“ unserer Ausbildungssysteme immer weiter voranschreitet – mit den Konsequenzen, die ich soeben beschrieben habe.

(Beifall)

Die Wirtschaftskraft Deutschlands, die Innovationskraft, die Dynamik unserer Wirtschaft beruhen vor allem auf der hohen Qualifikation aller Erwerbstätigen. Diese Qualifikation müssen wir in der ganzen Breite erhalten. Es ist erfreulich, jetzt zu sehen, daß durch gemeinsame Anstrengungen der Wirtschaft und vieler anderer in den neuen Bundesländern trotz der gegenwärtig konjunkturell schwierigen Lage das Ausbildungsangebot dort noch einmal um 11 % erweitert worden ist. Dennoch

werden wir – die Zahl kann noch niemand genau angeben; aber sie wird irgendwo bei 10 000 liegen – zusätzlich auch überbetriebliche Ausbildungsplätze brauchen. Wir haben beschlossen, in einer Gemeinschaftsinitiative von Bund und neuen Ländern bis zu 10 000 zusätzliche Ausbildungsplätze im Osten Deutschlands bereitzustellen. Liebe Freunde, das ist für mich eine sehr wichtige Frage: Der 16jährige oder die 17jährige, die jetzt auf der Straße stehen und eine Ausbildungsstelle brauchen, müssen, wenn sie wollen und können, eine Ausbildungschance erhalten – wobei natürlich nicht garantiert werden kann, daß sich darunter stets auch der gewünschte Modeberuf befindet. Aber eine erstklassige Ausbildung ist immer eine gute Voraussetzung für das Leben. Wir können von einem jungen Mann, der mit 16 vergeblich nach einem Ausbildungsplatz sucht, nicht erwarten, daß er aus Überzeugung mit 19 seiner Wehrpflicht nachkommt. Wenn der Staat – und es ist unser Staat – dies von ihm fordert, dann muß er ihm auch bei der Ausbildung behilflich sein.

(Beifall)

Unsere Wirtschaft ist in ganz besonderer Weise auf einen gut ausgebildeten Fachkräftenachwuchs angewiesen. Das gilt für das Handwerk, das gilt für den Mittelstand. Deswegen muß das Berufsausbildungssystem auch wieder attraktiver gemacht werden. Dazu brauchen wir mehr berufliche Ausbildungsangebote, die eine echte Alternative zum Studium darstellen.

Ganz besonders wichtig, ja lebenswichtig ist es, liebe Freunde, daß wir ein weltoffenes Land sind und bleiben. Wir brauchen Freunde, und wir brauchen Freunde mehr als andere. Die bei uns lebenden Ausländer haben uns menschlich und kulturell viel gegeben. Sie gehören zu uns, und sie verdienen Anerkennung für ihre Leistung und Arbeit. Sie tragen ganz erheblich, was viele vergessen, zum Wohlstand der Deutschen bei.

Ich will einmal darauf hinweisen, in welchem Umfang unser Bruttosozialprodukt davon positiv beeinflusst wurde: Es sind rund 200 Milliarden DM. Die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Ausländer werden für das Jahr 1992 auf etwa 90 Milliarden DM geschätzt. Dies ist eine Summe, die entschieden höher ist als die Aufwendungen unseres Staates, die der ausländischen Bevölkerung zugute kommen. Wer schon nicht die menschliche Dimension dieser Frage erkennt und wer keine menschliche Solidarität mit unseren ausländischen Mitbürgern verspürt, der soll wenigstens diese Zahlen endlich einmal zur Kenntnis nehmen und dem Gerede entgegenwirken, das aus dem Munde einiger überall in Deutschland zu hören ist.

(Beifall)

Der Umgang mit unseren ausländischen Mitbürgern ist ein Spiegelbild des menschlichen Miteinanders im vereinten Deutschland. Er ist zugleich, wenn Sie so wollen, eine Art von Visitenkarte für die Offenheit und die Menschlichkeit der Deutschen. Wer gegen Ausländer hetzt und brandschatzt, ist kriminell und gemeingefährlich. Wer so etwas tut, kann nie für sich in Anspruch nehmen, ein deutscher Patriot zu sein. Ausländerfeindlichkeit ist und bleibt eine Schande für unser Land.

(Beifall)

Es hat nichts, aber auch gar nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun, wenn wir, wie alle anderen unserer Nachbarn, uns darum bemühen, den Zuzug in unser Land zu begrenzen, wenn wir uns intensiv darum bemühen - und ich hoffe, in absehbarer Zeit endlich mit Erfolg -, in Europa zu gemeinsamen, einheitlichen Regelungen zu kommen. In vielen unserer westeuropäischen Partnerländer gelten viel strengere Bestimmungen als bei uns. Wir hätten uns viel ersparen können, auch manche

Eruption in unserer Gesellschaft, wenn die Sozialdemokraten früher bereit gewesen wären, ihre Blockadepolitik in Sachen Asyl aufzugeben.

(Beifall)

Gerade weil wir uns zu Weltoffenheit und Ausländerfreundlichkeit bekennen, muß auch gesagt werden, daß Deutschland kein Aufmarschplatz oder gar Schlachtfeld für gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen ausländischen Extremisten werden darf.

(Beifall)

Wir erwarten von allen Ausländern, die bei uns leben, daß sie sich an die Spielregeln unserer Verfassungsordnung halten, an die Spielregeln menschlich-friedlichen Zusammenlebens. Wer dies nicht tut, muß unser Land verlassen. Ich glaube, das muß man auch klar aussprechen.

(Beifall)

Wir grenzen uns ganz selbstverständlich gegen alle Extremisten ab, kommen sie von rechts oder von links. Rechte und linke Extremisten, Nazis und Kommunisten haben in diesem Jahrhundert nur Unglück über unser Volk und über Europa gebracht. Die meisten hier in diesem Saal sind auf dem Weg von der Marienkirche heute früh am Reichstag vorbeigekommen. Wann immer ich im Reichstag bin, denke ich an die großen Redeschlachten der Weimarer Zeit. Wenn man noch einmal nachliest, wie das von 1929 bis 1933 war, dann weiß man, es waren die Extremisten von rechts und links, die sich aufgemacht haben, die Weimarer Republik gemeinsam zu zerstören. Bonn - und das sage ich auch hier in Berlin - ist eben nicht Weimar. Wir werden uns zu wehren wissen, und wir müssen das klar und deutlich aussprechen. Denn wir, die Christlich Demokratische Union, haben unseren Ursprung nicht zuletzt im Widerstand gegen jede Form von Gewalt und Diktatur. Wenn Sie nach Plötzensee gehen und sich die Blutzeugen des 20. Juli in Erinnerung rufen oder wenn wir heute in der Totenehrung daran erinnert haben, wer alles in Bautzen und anderswo einsaß, dann spüren wir, wie sehr uns das Erbe des Widerstandes in die Pflicht nimmt. Diesem Gesetz des Anfangs bleiben wir treu.

(Beifall)

Die Zunahme rechtsextremistisch motivierter Anschläge und Gewalttaten, das freche und dreiste Auftreten von Neonazis in der Öffentlichkeit und die neue Dimension rechtsradikaler Organisationsformen können dann zu einer ernsthaften Bedrohung werden, wenn wir sie dulden. Wir dulden sie nicht!

(Beifall)

Diese rechtsextremistisch motivierte Gewalt ist genauso ein gezielter Anschlag auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung wie der linksextremistische Terror. Der Staat und wir alle müssen Mordanschlägen und dem schändlichen Treiben, das wir hier beobachten mußten, konsequent und unnachsichtig entgegentreten, ich sage es noch einmal auch als Bundeskanzler: mit der ganzen Schärfe des Gesetzes. Ich wünschte mir aber, daß erst einmal die vorhandenen Gesetze ausgenutzt und ausgeschöpft werden. Doch wenn es nottut, ändern wir auch Gesetze.

(Beifall)

Der Schaden, den Neonazis unserem Ansehen in der Welt zufügen, kann gar nicht drastisch genug beschrieben werden. Viele von denen, die sich an die beinahe provinzielle Stimmung bei uns gewöhnt haben, bedenken nicht, was Meldungen zum Beispiel über die Schändung von jüdischen Friedhöfen für viele in der Welt bedeuten –

für jüdische Bürger in Israel, in Amerika, aber auch in Deutschland. Viele in der Welt stellen die Frage: Geht es denn schon wieder los in Deutschland; haben die Deutschen nichts dazugelernt? – Wir alle wissen, daß die rechtsextremistischen Gewalttäter eine verschwindende Minderheit sind, aber die Wirkung dieser Minderheit im Ausland ist schlimm, und auch deswegen muß den Anfängen mit aller Härte begegnet werden.

(Beifall)

Natürlich ist die Dreistigkeit der Rechtsextremisten nicht über Nacht entstanden. Vielmehr ist viel zu lange und viel zu oft geduldet worden, daß der Rechtsstaat verhöhnt wurde, nicht nur von Rechtsradikalen, sondern genauso von linken Ideologen. Auch einzelne Persönlichkeiten aus unserem Kreis sind als Leute abgestempelt worden, die für „law and order“ eintreten. Man hat diesen Begriff zu einem Negativbegriff zu machen versucht. „Law and order“ heißt aber nichts anderes als „Recht und Ordnung“. Recht und Ordnung, das sind Errungenschaften der Zivilisation. Wir sollten endlich davon Abstand nehmen, uns mit solchen Etiketten zu beschäftigen. Es hat mir noch nie jemand überzeugend erklären können, wie es möglich sein soll, ohne Recht und Ordnung das Abgleiten eines Gemeinwesens in die Barbarei zu verhindern. Deswegen bekennen wir uns zu dem Verfassungsgrundsatz der Rechtsstaatlichkeit, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Inzwischen hat sich das Klima im Hinblick auf Recht und Ordnung zu verändern begonnen. Es ist jetzt wieder chic geworden, Polizeibeamten zu danken; der Beifall ist Ihnen für solche Dankesbezeugungen sicher. Es gilt allmählich auch wieder als vernünftig zu fordern, daß Schule, Pädagogik und Erziehung u.a. den Auftrag haben, junge Leute zur Achtung vor Gesetz und Verfassung zu erziehen. Eine Erziehung in diesem Sinne ist in der Tat keine autoritäre Erziehung, sondern die selbstverständlichste Sache von der Welt.

Der Bestand unserer freiheitlichen Demokratie hängt letztlich davon ab, daß wir fähig sind, unsere Verfassungsordnung, diesen Staat, diese Republik gegen alle Feinde zu verteidigen, wenn diese das Gewaltmonopol des Staates antasten wollen. Wenn wir jedoch bejahen, daß der Staat das Gewaltmonopol besitzt, dann muß der Staat dieses Gewaltmonopol auch ausüben. Das gehört dazu.

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht nur um irgendeine akademische Frage. Millionen rechtstreuer Bürgerinnen und Bürger zahlen ihre Steuern. Sie tragen durch ihr Verhalten im Alltag diesen Staat. Sie erwarten dafür von Polizei und Justiz, daß ihr Eigentum, ihre Gesundheit und ihr Leben wirksam geschützt werden.

Besonders deutlich wird dies im Kampf gegen politischen Extremismus und politisch motivierte Gewalt. In manchen Bereichen hat man zu lange linke Chaoten gewähren lassen. Man hat dafür einen eigenen Ausdruck gefunden. Man nannte das beschönigend „Deeskalation“. In Wahrheit war es das blanke Zurückweichen vor der Gewalt. Man hat damit diesen demokratischen Staat geschwächt. Dagegen müssen wir Front machen.

(Beifall)

Wenn jetzt plötzlich - ich begrüße das - im Blick auf die Rechtsradikalen viele aus allen politischen Lagern sagen, der Staat müsse handlungsfähig sein, dann ist schon die Frage erlaubt: Wer hat denn durch viele Jahre hindurch hingenommen, daß Linksradi-kale diesen Staat mit Spott und Hohn belegt haben? Wer hat denn die Behörden des Verfassungsschutzes der „Schnüffelei“ bezichtigt? Wer hat die Justiz zu immer

größerer Nachsicht ermahnt? Es kommt jetzt - ich sage es noch einmal - nicht darauf an, jeden Tag nach neuen Gesetzen zu rufen. Es kommt darauf an, jetzt und sofort im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Ordnung alles zu tun, was möglich ist. Wenn es not tut, müssen wir Gesetze auch ändern. Das gilt nicht nur für diesen Bereich, sondern auch für den Bereich - ich mag dieses Wort nicht - der sogenannten Alltagskriminalität. Für die Bürger handelt es sich dabei nicht um etwas Alltägliches im Sinne von „Bagatelle“, sondern um Erfahrungen mit einem dramatischen Anstieg zum Beispiel der Eigentumsdelikte und mit den Problemen von Polizei und Justiz, dieser Entwicklung Herr zu werden. Dies schwächt das Ansehen des Rechtsstaats. Das kann nicht hingenommen werden. Der Staat muß handlungsfähig bleiben. Das muß unser Ziel in diesem Zusammenhang sein.

(Beifall)

Ich nenne die wohl größte Sorge in diesem Bereich, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Seit vielen Jahren versuche ich, die deutsche und die internationale Öffentlichkeit auf diese Notwendigkeit - ich denke an die Drogenmafia und anderes - hinzuweisen. Jetzt endlich, sieben Jahre nach meinem ersten Antrag in der Europäischen Gemeinschaft, nähern wir uns langsam dem Ziel einer gemeinsamen Polizeiorganisation in der EG. Das ist keine Kritik an unseren eigenen Polizei- und Sicherheitsorganen. Aber angesichts des grenzüberschreitenden Charakters dieser Art von Kriminalität müssen wir in der EG gemeinsam handlungsfähig sein, und zwar heute und nicht, wenn es zu spät ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, vor wenigen Tagen habe ich der Öffentlichkeit den Standortbericht vorgestellt, den das Bundeskabinett am 2. September verabschiedet hat. Wir haben darin versucht, die Probleme zu beschreiben, vor denen wir stehen. Wir haben versucht, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir haben insbesondere alle Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Ich glaube, es wäre ein Stück gelebter politischer Kultur, wenn die demokratischen Parteien, aber auch die vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen bei uns trotz des Wahljahres 1994 fähig wären, jetzt einmal eine nüchterne Bestandsaufnahme zu machen und miteinander darüber zu sprechen. Mir geht es dabei überhaupt nicht um Schuldzuweisungen. Wenn wir ehrlich miteinander umgehen, werden wir feststellen, daß nahezu alle an einer Entwicklung beteiligt waren, in deren Folge wir in diesem oder jenem Punkt - das gilt natürlich vor allem für die alten Länder - über unsere Verhältnisse gelebt haben. Dies gilt nicht unbedingt für den einzelnen, aber für unsere Gesellschaft als Ganzes. Wir erleben, daß überall in Europa ein Umdenken erfolgt. Angesichts dessen ist es jetzt einfach notwendig, bestimmte Entscheidungen zu treffen.

Zu den Wettbewerbern aus den westlichen Industrieländern treten immer mehr die dynamischen Volkswirtschaften Südasiens hinzu. Liebe Freunde, wenn wir, wie jetzt etwa in Korea, mit einem hochinteressanten technologischen Konzept wie dem ICE nicht zum Zuge kommen, dann gibt es bei uns einen Aufschrei. In diesem Fall ging es jedoch im Kern um die simple Frage: Es ist wahr, Ihr bietet uns da ein großartiges, technologisch ausgereiftes Projekt an; aber seit wann fährt dieser ICE bei Euch? - Diese ganz einfache Frage kann ich auf viele andere Bereiche übertragen. Wir brauchen aber nicht nur nach Südostasien zu blicken. Wenige Autostunden von Berlin entfernt wächst jetzt in Mittel-, Ost- und Südosteuropa eine völlig neue Konkurrenz heran. Wir haben hochintelligente und hochbegabte Nachbarn im Osten, die in wenigen Jahren ihre technischen Nachteile überwunden und ihren Rückstand im

Bereich der technologischen Kenntnisse aufgeholt haben werden. Sie werden uns Konkurrenz machen. Wir sind für den freien Welthandel. Mit einer „Festung Deutschland“ und einer „Festung Europa“ ist keine Zukunft zu gewinnen. Das bedeutet jedoch - ich sage es noch einmal -: Wir müssen anfangen umzudenken. Wenn wir uns weiterhin den Luxus erlauben, die jüngsten Rentner und die ältesten Studenten zu haben, wie es in einem jetzt beinahe schon geflügelten Wort heißt, werden wir mit Sicherheit nicht erfolgreich sein. Eine erfolgreiche Industrienation, liebe Freunde, läßt sich nicht als kollektiver Freizeitpark organisieren.

(Beifall)

In den 80er Jahren haben wir in den alten Bundesländern mehr als drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Dennoch fehlen heute in ganz Deutschland noch fünf Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze - und dies, obwohl es doch genug Arbeit gibt, wie jeder erkennen kann. Wir können dabei nicht nur auf den Dienstleistungsbereich setzen. Diese Philosophie habe ich nie ganz verstanden. Natürlich wird der Dienstleistungsbereich große Zukunftschancen bieten. Zu einem gesunden Standort Deutschland gehört aber auch weiterhin eine starke Industrie - eine innovative Industrie mit technisch anspruchsvollen Produkten.

(Vereinzelt Beifall)

Bis zum Beginn der 90er Jahre konnten wir den Zugriff des Staates auf die gesamtwirtschaftliche Leistung zurückführen. Wir konnten Steuern drastisch senken. Inzwischen ist beides im Zusammenhang mit der Herausforderung der deutschen Einheit wieder gestiegen. Das war notwendig. Wenn es aber nicht gelingt, Ansprüche an den Staat zu verringern, werden wir ins Abseits geraten.

Für den Erhalt - damit greife ich niemanden an; ich stelle eine Tatsache fest - nicht wettbewerbsfähiger oder weniger wettbewerbsfähiger Wirtschaftszweige wird in unserem Land weit mehr Geld ausgegeben, als staatliche Mittel im Forschungsbereich - also bei einem Stück Zukunftsinvestition - zur Verfügung gestellt werden.

Spitzenleistungen in Forschung und Technik sind eine entscheidende Voraussetzung für zukunftssichere Arbeitsplätze. Hier müssen wir jetzt neue Schwerpunkte setzen.

Die komplizierten Verwaltungsverfahren und überlange Genehmigungsfristen erschweren die Ansiedlung modernster Industrien am Standort Deutschland. Die Bauzeit für das Kongreßzentrum, in dem wir tagen, betrug insgesamt 12 Jahre. Natürlich ist das ein gewaltiges Projekt gewesen. Was ich aber sagen will, ist folgendes: Wenn wir mit solchen Bauzeiten an der Verbesserung des Standorts Deutschland arbeiten, dann brauchen wir erst gar nicht anzutreten. Wenn das zu Ludwig Erhards Zeiten so gewesen wäre, wäre das Wirtschaftswunder so nie möglich gewesen.

(Beifall)

Es ist nicht wahr, daß das, was wir an Genehmigungsverfahren geschaffen haben, stets mehr Rechtsstaat bedeutet. Es bedeutet allzu oft nur mehr Rechtsmittelstaat, und das ist nicht das gleiche, liebe Freunde.

(Beifall)

Wenn wir einen starken und dynamischen Mittelstand in Deutschland wollen, und das ist eine Säule der Sozialen Marktwirtschaft, dann brauchen wir gerade zugunsten der mittelständischen Unternehmer weniger Bürokratie und weniger komplizierte Genehmigungsverfahren. Diesen Leuten muß das Leben erleichtert werden, so daß neue Arbeitsplätze durch sie geschaffen werden können.

(Beifall)

Dazu gehört auch, daß wir zu dem Thema der Technikfeindlichkeit etwas sagen. Technikfeindlichkeit ist nicht nur bei rot-grünen Ideologen beheimatet; auch in sogenannten bürgerlichen Kreisen gab und gibt es solche Stimmen. Wir sind keine Anhänger einer blinden Technikfreundlichkeit, einer Betrachtungsweise, wonach alles, was wissenschaftlich möglich ist, auch gemacht werden darf. Die ethischen Grundlagen unseres Handelns sind mindestens so wichtig wie die ökonomischen Kriterien. Nicht alles, was machbar ist, kann automatisch auch erlaubt sein. Aber was wir uns nicht erlauben können, ist jene blinde Technikfeindlichkeit - in manchen Fällen sogar Technikhaß -, die uns die Zukunft verbaut.

Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten schon eine Menge auf den Weg gebracht, um den Standort Deutschland zu verbessern. Ich nenne das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm, das Standortsicherungsgesetz, das neue Arbeitszeitgesetz, die Novelle des Gentechnikgesetzes, die Bahnreform und die zweite Postreform. Aber, meine Damen und Herren, unser Ziel werden wir nur dann erreichen, wenn wir von einer Grundtatsache endlich Kenntnis nehmen, die uns mehr als alle unsere Nachbarn betrifft und verändert: die demographische Entwicklung in Deutschland. Wir sind das Land mit einer der niedrigsten Geburtenraten in der Welt. Zugleich – und das ist ja sehr erfreulich –, haben wir eine beachtlich steigende Lebenserwartung.

Um 1900 lag die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland bei 45 Jahren. Im Jahr 2000 wird sie für Männer durchschnittlich bei 75 Jahren und für Frauen bei 81 Jahren liegen; für beide Geschlechter also bei fast 80 Jahren. Die Zahl der Menschen, die 80 Jahre und älter werden, wird in sieben Jahren bei drei Millionen liegen. Danach wird sie noch weiter anwachsen.

Auf einen Bürger, der 75 Jahre und älter war, kamen um 1900 79 jüngere Menschen. Im Jahr 2000 werden es nur noch 14 sein.

Es ist die freie Entscheidung jedes Deutschen, ob er oder sie zu Kindern ja sagt. Aber Staat und Gesellschaft haben die Pflicht, mit denjenigen, die zu Kindern ja sagen, besonders pfleglich umzugehen.

(Beifall)

Hier tun sich Problemfelder auf, über die man reden muß. Wenn man sie aber von vornherein tabuisiert, wird man keine Lösungen finden. Da die Frage der Geburtenrate mit Parteipolitik nichts zu tun hat, sollten und können wir uns diesem Thema mit großer Sachlichkeit nähern.

Die Schere zwischen aktiver Erwerbszeit einerseits sowie Ausbildung und Ruhestand andererseits darf sich nicht immer weiter öffnen. Gegen diese Entwicklung müssen wir energisch etwas unternehmen. Die „Times“ in London hat sicher nicht ohne Schadenfreude in diesen Tagen geschrieben: „Viele Deutsche verbringen die ersten 30 Jahre ihres Lebens damit, sich auf die Arbeit vorzubereiten und die letzten 20 Jahre damit, sich von ihr zu erholen.“ Meine Damen und Herren, ich gönne der „Times“ diesen Spott. Diese Zeitung hat in bezug auf die Innenpolitik des eigenen Landes genug über Dinge zu berichten, über die unsere Zeitungen nicht zu berichten haben. Aber wahr ist, daß die Entwicklung von Demographie und Lebensarbeitszeit langfristig tiefgreifende Folgen hat – auf dem Arbeitsmarkt und für die sozialen Sicherungssysteme. Wer mir im Blick auf die Pflegeversicherung den Rat gibt – einen Rat, den ich fast täglich zu hören bekomme –, dies sei doch jetzt so schwierig, ein Jahr vor der Wahl, und das könnten wir jetzt doch nicht machen, oder wer mir den Rat gibt, die Bahnreform sei schwierig, und das könne man ein Jahr vor der Wahl ebenfalls nicht machen – wer immer uns also die Ratschläge gibt, wichtige Entscheidungen zu vertagen, der, meine Damen und Herren, versündigt sich an unserem Land.

(Beifall)

Die ältere Generation soll wissen, daß wir uns um sie kümmern; das ist ja der Sinn der Pflegeversicherung. Dazu gehört aber auch, daß dieses Vorhaben nur durchgesetzt werden kann - und es wird durchgesetzt -, wenn sich dadurch die Lohnnebenkosten nicht erhöhen. Meine Damen und Herren, wir können nicht alles gleichzeitig haben. Wir können nicht eine Pflegeversicherung haben, die uns ein Stück mehr Sicherheit für das Alter gibt und gleichzeitig so tun, als sei sie ohne irgendeine Kompensation zu haben.

Mit der Rentenreform 1992 haben wir die Renten bis deutlich in das nächste Jahrhundert hinein auf eine sichere und solide finanzielle Basis gestellt. Wenn wir den Rentnern sagen, die Rente ist sicher, dann ist das eine wichtige Aussage, und daran wird nichts gedeutelt. Aber wahr ist auch, daß die soeben von mir genannte dramatische demographische Veränderung natürlich die Anfrage aus dem Kreis der jungen Generation hervorruft: Was wird denn später einmal für uns gelten? Deswegen läßt uns im Blick auf die jungen Menschen von heute die Frage nach ihrer Zukunft ebenfalls stellen. Wir wünschen uns nicht junge Leute, die mit 18 Jahren schon an ihre Rente denken. Aber wir wünschen uns sehr wohl junge Leute, die eine Lebensplanung haben, bei der sie Verantwortung für sich selber übernehmen. Auch die Verantwortung für den Lebensabend ist eine wichtige Verantwortung des Bürgers.

(Beifall)

Die dramatischen Veränderungen in unserem Land sind Teil der dramatischen Veränderungen in der Welt. Die Erwartungen an die Deutschen sind in den letzten drei Jahren enorm gewachsen. Die klare Botschaft unserer Freunde und Partner heißt: Ihr Deutschen habt jetzt die Einheit in Frieden und Freiheit erreicht. Ihr seid eines der reichsten und wichtigsten Länder dieser Erde. Seid ihr nun auch bereit, gemeinsam mit uns Verantwortung bei der Erhaltung von Frieden und Stabilität in der Welt wahrzunehmen? Sie erwarten etwas ganz Einfaches von uns, das manche hierzulande inzwischen vergessen haben. Sie erwarten, daß wir nicht nur die Rechte unserer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen wahrnehmen, sondern daß wir auch bereit sind, die entsprechenden Pflichten zu übernehmen.

Wenn jetzt heute viele sagen: Das, was die Charta der Vereinten Nationen 1945 geregelt hat, ist zum Teil nicht mehr zeitgemäß; die Welt hat sich verändert; wir wünschen, daß die Deutschen und die Japaner und das eine oder andere große Land aus der Dritten Welt als ständige Mitglieder in den Weltsicherheitsrat aufgenommen werden, dann ist das nicht unsere Initiative, sondern Ausdruck der Erwartungen, die weltweit an uns gestellt werden.

Die Erwartung ist, daß unser Land uneingeschränkt an Aufgaben und Einsätzen der Vereinten Nationen zur Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens mitwirkt. Meine Damen und Herren, wenn wir dies nicht tun, verlieren wir nicht nur international Ansehen und vor allem Vertrauen, das wir mehr brauchen und von dem wir mehr leben als alle anderen. Wir verlieren auch unsere Würde. Ein Volk, das nicht mehr bereit ist, zusammen mit seinen Nachbarn für Frieden und Freiheit zu arbeiten, hat vor der Weltöffentlichkeit auch moralisch abgedankt.

(Beifall)

Die Haltung der Sozialdemokraten in diesem Punkt wird immer unverständlicher. Ich kann nur immerzu wiederholen: Wer den Frieden will, der muß auch mithelfen, ihn zu erhalten. Wer gegen Blutvergießen ist, der muß auch mithelfen, es zu beenden. Wenn nun der SPD-Vorsitzende in diesen Tagen erklärt hat, die Bundesregierung, insbesondere ich, wolle aus der Bundeswehr eine „kriegführende Interventionsarmee“ machen, kann ich nur sagen: Der Mann weiß nicht, wovon er redet.

(Beifall)

Wenn er sich bei anderer Gelegenheit gerne als Enkel Willy Brandts bezeichnet, dann habe ich nur ganz einfach die Bitte, daß er zur Kenntnis nimmt, was Willy Brandt noch kurz vor seinem Tod seiner eigenen Partei an Ratschlägen für diese wichtige Entscheidung mit auf den Weg gegeben hat. Für Willy Brandt war – wie für uns – völlig klar, daß Deutschland niemals eine Sonderrolle in der Welt spielen darf. Es geht um den Frieden, es geht um die Freiheit, es geht um unsere Bündnisfähigkeit, es geht um unsere Handlungsfähigkeit im internationalen Bereich. Das heißt, daß wir auch in Zukunft bündnisfähige, einsatzbereite und modern ausgerüstete Streitkräfte brauchen. Wir brauchen die Bundeswehr. Ich sage das immer wieder, auch an die Adresse der eigenen Partei, weil es auch bei uns den einen oder anderen juckt, die Bundeswehr und den Verteidigungsetat als eine Art Steinbruch zu betrachten. Dies ist die Armee unserer Söhne. Diese Armee muß aufs beste ausgebildet und ausgerüstet sein. Das ist unsere selbstverständliche Forderung.

(Beifall)

Die Bundeswehr hat den Auftrag, unseren freiheitlichen Staat und seine Bürger nach außen zu schützen. Deswegen verdienen die Soldaten unseren Dank genau wie jene, die wirklichen Ersatzdienst leisten. Ich habe keine Probleme, wir haben keine Probleme, beides miteinander zu verbinden. Wir haben große Probleme mit denen, die sich überhaupt drücken und gar keinen Dienst leisten. Das ist das Problem, vor dem wir stehen.

(Beifall)

Denn Frieden und Freiheit sind keineswegs gesichert. Es ist doch nicht wahr, daß sich die Hoffnung erfüllt hat, daß nun allgemeine Friedfertigkeit die Welt erfüllt. In Teilen Europas, in benachbarten Regionen, werden nationale, ethnische, gesellschaftliche Konflikte mit aller Brutalität ausgetragen. Das hat nicht nur für die betroffenen Länder schreckliche Wirkungen. Es hat Wirkungen auch für die Sicherheit in ganz Europa. Liebe Freunde, es soll niemand unter uns glauben, daß das Gespenst des Nationalismus, des Chauvinismus in Europa endgültig tot und nur noch auf dem Balkan zu Hause ist. Wenn ich selbst je in meiner Überzeugung gestärkt werden müßte, daß die politische Einigung Europas die Voraussetzung für Frieden und Freiheit in Deutschland ist, dann brauche ich nur die schrecklichen Bilder zu sehen, die wir Abend für Abend sehen müssen. Diejenigen, die fragen: „Was tun die Europäer?“, sollten mit mir sagen: Hätten wir die Maastricht-Verträge vor zehn Jahren abgeschlossen und hätten wir die politische Union ein entscheidendes Stück vorangebracht, hätten wir heute eine ganz andere Chance als vereintes Europa handlungsfähig zu sein.

(Beifall)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir, wenn es uns jetzt nicht gelingt, in diesen paar Jahren bis zum Ende des Jahrhunderts die politische und die wirtschaftliche Einigung in Europa zu vollziehen, erleben werden, daß mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts die alten Übel langsam wiederkommen. Wir werden erleben, liebe Freunde, daß die einmalige Chance der Einheit dann verspielt ist und alte Verhaltensweisen wiederkehren. Ich habe es gestern abend in einem Gespräch mit Journalisten gesagt: Wenn man heute die Kommentare von 1925 nach dem Locarno-Vertrag nachliest, könnte man auf den Gedanken kommen, daß es nie zum Zweiten Weltkrieg hätte kommen müssen. Die Leute haben damals nichts dazugelernt, obwohl die Zeichen der Zeit doch schon zu erkennen waren. Mussolini war schon an der Macht. Es soll niemand glauben, daß wir in Europa und wir in Deutschland Frieden und Freiheit erhalten, wenn wir nicht das feste europäische Dach erhalten. Deutsche Einheit und europäische Einheit sind der Garant europäischer und deutscher Sicherheit.

(Beifall)

Die politische Union in Europa bleibt Stückwerk, wenn sie nicht zugleich auch europäische Verteidigung bringt. Das bedeutet für uns gleichzeitig, daß sich europäische Verteidigung und Atlantische Allianz, die Bindung an unsere Freunde jenseits des Atlantiks, sinnvoll ergänzen. Dies sind die beiden Säulen deutscher Politik, die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis. Europa und Amerika sind und bleiben, obwohl es manche nicht begreifen, aufeinander angewiesen, und wir dürfen nicht zulassen, daß wir auseinanderdividiert werden.

Liebe Freunde, die Einheit Europas ist für uns als Christliche Demokraten nicht irgendein Thema. Sie ist Teil unseres Selbstverständnisses. Europa wirtschaftlich und politisch zu einigen, ist die Schicksalsfrage der Deutschen.

Lassen Sie mich zur aktuellen Diskussion eine Bemerkung machen. Ich habe nie verstanden, wie man die nationale Idee und die europäische Idee für Gegensätze halten kann. Für mich sind das zwei Seiten derselben Medaille. Die Liebe zum eigenen Vaterland ist eine ganz normale menschliche Empfindung. So denken doch die Menschen überall in der Welt. Dort, wo sie besser als in vielen Teilen in Deutschland erzogen sind, nehmen sie Haltung an, wenn die Nationalhymne gespielt wird, und sie haben Verständnis für den Respekt vor der Fahne des eigenen Landes und der Fahne anderer Länder. Das hat mit Chauvinismus und Nationalismus überhaupt nichts zu tun.

(Beifall)

Meine Freunde, Vaterlandsliebe und Patriotismus und Überzeugung für das vereinte Europa sind für uns in der Union eine Selbstverständlichkeit. Lassen wir uns da bitte keine Komplexe einreden. Die Schrecken und die Barbarei der Nazis sind unvergessen und dürfen nicht vergessen werden. Aber auch in der Barbarei der Nazis sind das Recht und der Wille zur einen deutschen Nation nicht untergegangen. Weil dies so ist, lassen Sie uns ruhig auch über Nationalgefühl reden. Das tun die Franzosen, das tun die Italiener, das tun die Spanier, und sie tun gut daran. Deswegen meine Bitte: Lassen wir uns dieses selbstverständliche Gefühl nicht von Leuten nehmen, die gar nicht dazu berufen sind, uns dabei Ratschläge zu geben.

(Beifall)

Die Erfahrungen der letzten Wochen haben uns ein anderes gelehrt. Die jüngsten Turbulenzen im Europäischen Währungssystem haben noch einmal deutlich gemacht, wie dringend wir die Wirtschafts- und Währungsunion brauchen. Wir haben dazu im Maastricht-Vertrag, der jetzt in allen europäischen Ländern ratifiziert ist, klare Bedingungen gesetzt, die nicht aufgeweicht werden können.

Und gerade weil das eine Frage ist, die die Menschen in Deutschland berührt, wie es mit der D-Mark wird, muß klar sein, was unsere Position ist. Diese Position heißt: Es kann nur zu einer europäischen Währung kommen, wenn sie auch allen Kriterien entspricht, die das Bundesbankgesetz für die D-Mark vorgeschrieben hat.

Diese Kriterien sind im Maastricht-Vertrag schärfer gefaßt als die Kriterien für die D-Mark. Es kann an dem Zeitplan nicht etwas um den Preis verändert werden, daß wir die Kriterien abschwächen. Der Bürger muß sich darauf verlassen können, daß wir, die Christlich Demokratische Union, an die europäische Währung die gleichen Bedingungen stellen, wie sie für die D-Mark gelten. Das ist eine der wichtigen Voraussetzungen, um die Idee Europas bei uns am Leben erhalten zu können.

(Beifall)

Wenn ich von Europa rede, will ich in diesem Zusammenhang auch davon sprechen, was wir eigentlich tun können, um die Hoffnungen unserer Nachbarn in Mittel-, Ost-

und Südosteuropa nicht zu enttäuschen. Es gab eine große Euphorie. Sie begann im Sommer 1989, als die ungarische Regierung und das ungarische Volk den Eckpfeiler des SED-Regimes umstürzten, indem sie unseren Landsleuten die Grenzen öffneten, damit sie über Österreich in die Bundesrepublik kommen konnten. Das hat sich in allen Ländern fortgesetzt.

Für mich war es eine unvergeßliche Stunde, als die drei Außenminister der baltischen Staaten in Bonn waren und der Sprecher - der Außenminister einer dieser Länder - in seiner Rede sagte: Die baltischen Völker kehren heim nach Europa.

Jetzt ist die Stunde der Emotionen vorbei. Jetzt ist die Stunde der Solidarität. Die Deutschen und wir alle in Europa müssen alles tun, liebe Freunde, damit jetzt dort nicht Ernüchterung Platz greift. Wir haben immer gesagt, der Kommunismus müsse verschwinden und haben gerufen: „Ihr müßt zurückkehren zur freiheitlichen Demokratie, zum Rechtsstaat und zu Sozialer Marktwirtschaft.“ Jetzt dürfen wir sie nicht allein lassen.

Ich sage das weniger an die Adresse der Deutschen als an die Adresse unserer europäischen Nachbarn. Mittel-, Ost- und Südosteuropa geht nicht nur die Deutschen, sondern alle Europäer an. Ich wünsche mir und hoffe, daß sich die Einsicht doch schneller durchsetzt, daß diese Völker - ich nenne nicht zuletzt die Regierung und den Präsidenten Rußlands - jetzt, in dieser schwierigen Übergangszeit, unsere Hilfe brauchen und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Es ist eine erbärmliche Politik, wenn man zunächst die Frage stellt: Schafft der Mann das überhaupt? Nein, die Antwort muß heißen: Wir tun alles, damit er die Chance hat, es zu schaffen. Das muß deutsche Politik sein.

(Beifall)

Am heutigen Tag hier in Berlin zu reden ist ja auch eine Chance, innezuhalten und auf ein anderes dramatisches Ereignis der Weltpolitik hinzuweisen, das sich an diesem Tag in Washington vollzieht. Meine Damen und Herren, auch das ist nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, nach dem Verschwinden der Mauer in Berlin und in Deutschland eine andere große Chance für eine bessere und friedlichere Welt.

Wer wie ich einmal die Chance hatte, das Jordantal entlangzufliegen, hat verspürt, was es heißt, daß in dieser Region die Geburtsstätte dreier großer Weltreligionen liegt: des Judentums, des Christentums und des Islam. Und ausgerechnet diese Region war mehr von Krieg und Zwietracht, von Mord und Totschlag und Unfrieden heimgesucht als viele andere Regionen der Welt.

Ich kann nur sagen: Ich bewundere den Mut jener Männer und Frauen, die jetzt alle Gräben überwunden haben und aufeinander zugehen.

(Beifall)

Das ist wichtig für die Region. Es ist wichtig für die Welt, weil es ja überall Gräben gibt - große und kleine -, weil es überall viel Verzagttheit gibt. Es ist wichtig, daß immer wieder Männer und Frauen auftreten, die Mut haben. Und es gehört mehr als Mut dazu: Es gehört ein so persönlicher Einsatz dazu wie kaum bei irgendeiner Frage, wenn man weiß, welche bösen Geister in dieser Region nur darauf warten, jene zu Fall zu bringen, die jetzt diesen Mut aufbringen.

Ich will klar sagen - ich werde das auch in der nächsten Sitzung der Staatschefs der Europäischen Gemeinschaft tun -, daß jetzt auch die Stunde der Europäer gekommen ist, zu helfen. Wir können diesen Friedensschluß, wenn er denn endlich kommt, nicht nur beklatschen, sondern müssen auch dieser Region und den Völkern, die dort leben, die Chance der Hilfe zur Selbsthilfe geben. Die Deutschen werden sich auch

daran im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen. Der eine oder andere, der es in Westeuropa schwer hatte, den Osteuropäern zu helfen, weil sie weiter weg waren, ist jetzt dazu aufgerufen, vielleicht einmal den ersten Schritt zu tun, um zu einer Hilfeleistung zu kommen, die von Dauer ist. Ein Friede im „Heiligen Land“, wie wir hier sagen, ist ein Stück Lebenserwartung und Lebenschance für die Menschheit. Wir sollten alles tun, um dabei hilfreich zu sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, seit der Teilung unseres Vaterlandes war die Wiedervereinigung unser nationales Ziel. Die großartigen Verfasser des Grundgesetzes haben uns vor 44 Jahren den Auftrag gegeben, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“.

Dieses Ziel haben wir vor drei Jahren erreicht. Viele in Deutschland haben die historische Einmaligkeit des Vorgangs immer noch nicht ganz erfaßt. Sie haben zuwenig darüber nachgedacht, und wir haben vielleicht zuwenig davon gesprochen. Wann und wo gab es in der Geschichte ein derartiges Ereignis ohne Krieg und Blutvergießen? Wann und wo ist ein Volk von seinen Nachbarn und Freunden so unterstützt worden wie die Deutschen auf dem Weg zur Einheit?

Unsere Nachbarn haben auch gesehen, liebe Freunde, daß in der früheren Bundesrepublik nicht wenige das Ziel der Einheit längst aufgegeben hatten. Nicht wenige fanden es gut, daß es zwei deutsche Staaten gab. Es war doch schon beschämend, wie sich manche öffentlich bei den Machthabern des SED-Regimes anbiederten. Diese öffentlichen Äußerungen waren schon schlimm genug.

Ich bekenne ganz offen: Besonders widerwärtig finde ich, was ich immer wieder in den Dokumenten der SED lese, die jetzt zum Vorschein kommen. Für mich, für uns, die Christlich Demokratische Union, hat das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes von 1949 nie zur Disposition gestanden. Wir haben das immer wieder erklärt.

Da manches zur Zeit in die Gefahr der Verfälschung gerät, will ich in Erinnerung rufen, was ich 1987 in Bonn Erich Honecker gesagt habe: Wir stehen zum Wiedervereinigungsgebot der Verfassung, und wir haben keinen Zweifel, daß dies dem Wunsch, dem Willen, ja der Sehnsucht der Menschen entspricht. Millionen unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen in Ost und West haben das damals alles im Fernsehen mitverfolgt. Gelegentlich erinnere ich mich daran, wer alles in Bonn und anderswo diese Rede kritisiert hat.

Eberhard Diepgen sprach davon: Es ist jetzt vor allem unsere nationale Aufgabe, die innere Einheit zu vollenden. Wir haben dabei eine große Wegstrecke vor uns. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß wir die wirtschaftlichen und sozialen Probleme meistern werden, auch wenn dies länger dauern und mehr kosten wird, als die meisten von uns - auch ich - angenommen haben. Und ich muß es ertragen, wenn mir vorgerechnet wird, daß ich hinsichtlich der Zahl der Jahre möglicherweise zu kurz gemessen habe. Wenn das bei der deutschen Einheit mein einziger Irrtum bleibt, kann ich damit in Zukunft ganz gut leben.

(Beifall)

Aber ich bin auch sicher, daß wir es gemeinsam schaffen werden. Wir müssen dabei jedoch immer daran denken, daß sich das leichter sagt, als es im eigenen Leben zu vollziehen ist. Wir müssen die Sorgen, die Ängste unserer Landsleute in den neuen Ländern sehen. Wir, die wir aus dem Westen kommen, müssen immer einmal darüber nachdenken, wie wir reagieren würden, wenn sich praktisch alle unsere Lebensbezüge über Nacht völlig verändern würden, wenn Freiheit geschenkt wird, aber die

Einübung in ein Leben in Freiheit noch keineswegs möglich war, wenn Arbeitslosigkeit droht und man nicht recht weiß, wie es weitergeht, wenn man beispielsweise 50 Jahre alt ist und umgeschult wird und nicht recht weiß: Habe ich überhaupt noch eine Chance, den Beruf, den ich jetzt neu erlernt habe, ausüben zu können?

Es ist wahr: Sehr vieles geht besser, als es häufig dargestellt wird. Das kann man gar nicht oft genug sagen. Aber es ist auch wahr, daß nicht wenige Sorgen haben. Das sollten wir nicht nur verstehen, sondern in unserer Sprache, in unserem Umgang miteinander auch immer wieder berücksichtigen.

Jetzt sind Ausdauer und Tatkraft gefragt. Es ist vor allem wichtig, wie wir im vereinten Deutschland miteinander umgehen. Das bedeutet nicht nur gegenseitiges Verständnis der Deutschen in Ost und West, sondern – ich sage das nicht ohne Grund – es geht auch um das Verhältnis zwischen den Generationen in Deutschland.

Liebe Freunde, in der Geschichte eines Volkes sind 40 Jahre eine kurze Zeit. Für Millionen von Menschen bedeutet diese Zeitspanne jedoch einen wesentlichen Teil – oft die besten Jahre – des eigenen Lebens. Viele Wunden vernarben nur langsam. Behutsamkeit und Geduld im Umgang miteinander sind, so glaube ich, Tugenden, die die Deutschen mehr denn je brauchen. Dabei hat es auch keinen Sinn, wie es inzwischen üblich geworden ist, immer nur sofort nach dem Staat zu rufen, wenn Gemeinsinn und Bürgerverantwortung gefragt sind. Wir wissen, daß politisches Handeln vieles vermag, aber beileibe nicht alles. Gefragt und gefordert neben den Kardinaltugenden Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß sind vor allem auch Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit und Höflichkeit.

Wenn ich dies hier ausspreche, dann wird mancher fragen: Warum tut er das? Ich tue es, weil ich fürchte, daß wir auf dem Wege sind, diese, wie manche meinen, altmodischen Tugenden zu verlieren. Sie erleichtern das Leben und machen die Deutschen in der Welt liebenswürdiger. Mir scheint, wir haben da etwas Nachholbedarf.

(Beifall)

Liebe Freunde, zur inneren Einheit gehört auch, daß sich die Menschen in den neuen Ländern in unserem Staat und seinen Einrichtungen genauso wiederfinden wie diejenigen, die aus den alten Bundesländern kommen. Deswegen kann ich nur sagen: Ich bin mehr als erstaunt über eine aktuelle Diskussion. Für mich ist es völlig inakzeptabel, daß jetzt höchste Staatsämter sozusagen prinzipiell für Westdeutsche reserviert sein sollten. Wer so denkt, der denkt nicht in der Kategorie der Einheit der Deutschen.

(Beifall)

Ich habe in diesem Zusammenhang in den letzten Wochen Kommentare aus vielerlei Munde gehört oder gelesen, die schlicht und einfach schäbig sind. Ich habe kein anderes Wort dafür. Wenn jetzt gefordert wird, ein Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten müsse über große Auslandserfahrung verfügen, dann, meine Damen und Herren, frage ich: Was heißt „große Auslandserfahrung“ für jemanden, der in den vergangenen Jahrzehnten in den neuen Ländern gelebt hat? Diejenigen, die große Auslandserfahrung haben, sollten doch eigentlich für solche Ämter nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Beifall)

Jedenfalls gilt das für Vorschläge der CDU, damit wir uns ganz klar verstehen.

Wir wissen doch, wie die Situation damals unter dem SED-Regime war. Für mich sind solche Thesen unerträglich. Ich sage es noch einmal: Sie sind unvereinbar mit dem Willen zur Gemeinsamkeit im vereinten Deutschland. Im übrigen – das will ich vor allem unseren Freunden aus den neuen Bundesländern sagen -: So ganz neu ist diese Erfahrung der Diffamierung für mich nicht. Als Karl Carstens damals nominiert wurde, habe ich aus den gleichen Mündern, aus den gleichen Druckerzeugnissen ähnliche Thesen gehört. Er sei, um die Sprache eines wichtigen Politikers jener Zeit zu benutzen, ein Mann vom äußersten rechten Spektrum der deutschen Politik. Nun, Karl Carstens wurde ein beliebter und geachteter Bundespräsident.

(Beifall)

Deshalb sage ich der deutschen Öffentlichkeit und all denen, die es angeht: Wir lassen diese Diffamierungen nicht zu, so wie wir sie damals auch nicht zugelassen haben. Und wir lassen uns auch nicht irritieren, so wie wir uns damals auch nicht irritieren ließen.

Ich bleibe bei meinem Vorschlag, daß wir eine Persönlichkeit aus den neuen Ländern für das Amt des Bundespräsidenten vorschlagen sollten. Dies wird ein wichtiges Zeichen für die Menschen in den neuen Ländern sein, auch wenn nicht alle dies heute gleich so akzeptieren, weil ja die Diskussion darüber, liebe Freunde, noch gar nicht richtig begonnen hat. Unsere Landsleute haben mit ihrer freien Entscheidung für die Einheit des Vaterlandes auch einen Anspruch auf umfassende Repräsentation im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland erworben.

Das Parteipräsidium hat in der letzten Woche nach erneuter Beratung seine Auffassung bekräftigt, daß die Union einen eigenen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorschlägt. Es ist eine gute Ordnung, daß wir, bevor wir formell und abschließend beschließen, dabei, wie es immer üblich war, mit unseren Freunden in der CSU sprechen. Das wird in allernächster Zeit geschehen. Dann wird es ein gemeinsamer Vorschlag sein. Dann werden wir, wie es die gute Ordnung auch will, mit unserem Koalitionspartner FDP sprechen. Das Präsidium unserer Partei hat dann auch den Vorschlag unserer sächsischen Freunde, den sächsischen Staatsminister der Justiz, Steffen Heitmann, für das Amt zu nominieren, mit großer Sympathie aufgenommen. Unter Sympathie verstehen wir ziemlich viel, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir werden diese Gespräche aufnehmen. Ich mache gar keinen Hehl daraus: Ich hätte mir gewünscht, daß wir diese Gespräche erst im Spätherbst aufnehmen. Die Wahl findet am 23. Mai statt. Es gab überhaupt keinen Grund, die Debatte so vorzeitig vom Zaun zu brechen, aber mein geschätzter Vorgänger hat die Debatte auf dem SPD-Parteitag eröffnet; andere sind auf anderen Parteitagen nachgefolgt. Wir, die Union, sind die stärkste politische Kraft in der Bundesversammlung. Das deutsche Volk und unsere Wähler und unsere Mitglieder und Freunde erwarten ein klares Wort von uns, und das wird sehr bald kommen.

Liebe Freunde, wir sind und bleiben die Partei der deutschen Einheit ebenso wie die Partei der europäischen Einigung. Es gehört zu unserer vornehmsten Aufgabe, im Alltag der eigenen Partei jenes Miteinander vorzuleben, das wir für die Menschen aus allen Teilen Deutschlands erreichen wollen. Die CDU – ich habe das oft gesagt; ich wiederhole es – ist ja nicht irgendein Zweckverband, sondern sie ist politische Heimat. Wir sind mit unseren Freunden von der CSU in dieser Union den gleichen Grundwerten und einer gemeinsamen Grundüberzeugung verpflichtet.

Mit dem neuen Grundsatzprogramm, das wir im kommenden Frühjahr verabschieden wollen, bekräftigen wir den Anspruch, unser Land in eine gute und sichere Zukunft zu führen. Es ist das erste gesamtdeutsche Grundsatzprogramm einer politischen Partei. Es ist ein Programm, das vor allem uns selbst in die Pflicht nehmen soll. Aber, liebe Freunde, das wird nur möglich sein, wenn wir daran arbeiten, wenn wir über Texte diskutieren, die wir vorher gelesen haben, um einmal eine Binsenwahrheit in die Debatte einzubringen. Wir dürfen nicht Resolutionen gegen Inhalte fassen, die gar nicht vorgegeben sind. Wir müssen uns in den Kreisverbänden wirklich der intellektuellen Mühe unterziehen, diesen Programmentwurf – es ist ein Entwurf zur Diskussion – miteinander zu diskutieren und zu studieren.

Als ich mich auf diese heutige Rede vorbereitete, habe ich mich an den Bundesparteitag 1973 erinnert, auf dem ich zum Vorsitzenden gewählt wurde. Neben vielem anderen gab es damals eine Diskussion, die fast vergessen ist: Es gab eine Diskussion über die Frage, ob unsere Parteitage auch in Zukunft mit einem ökumenischen Gottesdienst beginnen und mit dem gemeinsamen Singen der dritten Strophe des Deutschlandliedes enden sollten. Es gab damals nicht wenige, die fanden, das sei nicht mehr ganz zeitgemäß.

Wir sind diesen verzagten Stimmen nicht gefolgt. Wir haben an dem großen Ziel, an der großen Vision - es gibt keine größere, wie ich finde - festgehalten: deutsche Einheit und europäische Einigung. Liebe Freunde, wir bleiben in den Stürmen der Zeit und angesichts der vielleicht besonders großen Gefahr der Geschichtslosigkeit einer bequemen Wohlstandsgesellschaft dem Gesetz des Anfangs unserer Partei verpflichtet: der Verwurzelung in unserer christlichen Glaubensheimat und der Verankerung in der Mitte unseres Volkes.

„Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand.“ Das ist eine einfache Wahrheit und zugleich ein großer Auftrag. Es ist ein Ziel, das alle unsere gemeinsamen Anstrengungen lohnt.

Ich denke, wir sollten in den nächsten 13, 14 Monaten ganz einfach unsere Pflicht tun. Dann werden wir die Herausforderungen bestehen. Das ist das Beste, was man zur Pflichterfüllung sagen kann.

(Anhaltender Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsident: Lieber Helmut Kohl, wir haben eine Bestandsaufnahme gehört, wir haben Perspektiven gehört, und wir haben eben ein Stückchen der Vision vom künftigen Europa und dem vereinten Deutschland vernommen. Der Parteitag hat Ihnen mit seinem Beifall gedankt. Ich darf es so ausdrücken: Ihre Rede ist mit Sympathie aufgenommen worden, und wie wir eben gelernt haben, bedeutet Sympathie für uns sehr viel.

(Beifall)

ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt 8:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

Das Wort hat Peter Hintze.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Lieber Eberhard Diepgen, liebe Parteifreunde! Ich werde in meinem Bericht über die Wahlstrategie 1994 sprechen. Lassen Sie mich aber zuerst einen Geburtstagsgruß aussprechen.

Einer, dessen Name sehr stark mit der deutschen Einheit verbunden ist, wird heute 40 Jahre alt. Lieber Günther Krause, dieser Parteitag gratuliert Dir zum Geburtstag und wünscht Dir Glück und Gottes Segen für das kommende Lebensjahr.

(Beifall)

Zwei Wahlen in diesem Jahr, 18 im nächsten Jahr: Wir brauchen uns - ich glaube, das ist in der Rede des Bundeskanzlers deutlich geworden - vor dieser Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Was die CDU, was die Union unter Führung von Helmut Kohl in den letzten elf Jahren erreicht hat, das kann sich sehen lassen und ist weltweit ohne Beispiel.

(Beifall)

Wir werden nicht zulassen, daß die Einheits skeptiker von gestern morgen die Profiteure unserer harten Aufbauarbeit werden.

Liebe Freunde, zwei Themen halte ich für wahlentscheidend: die Sicherung der Arbeitsplätze in ganz Deutschland und entschlossenes Handeln im Kampf gegen das Verbrechen. Dabei können wir nur gewinnen, wenn wir in diesen Wahlkämpfen klares CDU-Profil zeigen, auch gegenüber unserem eigenen Koalitionspartner, der FDP. Wir wollen die Koalition fortsetzen, aber wir werden keinen Koalitions-, sondern einen klaren Unionswahlkampf führen.

(Beifall)

Wir werden sagen, was Sache ist, ob es um die Rente geht, um die Arbeitslosen, um Familienpolitik, um die Pflegebedürftigen. Die CDU als die große Volkspartei der Mitte wird ihre soziale Kompetenz entschlossen einsetzen.

In den Fragen der Inneren Sicherheit muß die FDP wissen: Die CDU wird die Handlungsfähigkeit dieses Staates nicht um liberalistischer Prinzipien willen aufs Spiel setzen. Das werden wir klar und deutlich sagen.

(Beifall)

Wir werden den Bürgern auch sagen, was die SPD mit ihnen vorhat. Denken wir nur an den Wirtschafts- und Finanzexperten im sozialdemokratischen Halbschattenkabinett, Herrn Lafontaine. Es ist schon ein Phänomen und ein besonderes Zeichen der Führungskraft, die uns von Herrn Scharping noch droht, daß er ausgerechnet den deutschen Politiker zum Wirtschafts- und Finanzexperten in seiner Truppe gemacht hat, der trotz milliardenschwerster Bundeshilfe sein kleines Land an den Rand des Ruins gefahren hat.

(Beifall)

Heute präsentiert er uns eine Vorstellung - die Kinogänger werden wissen, wovon ich spreche -, die wie ein industriepolitischer „Jurassic Parc“ anmutet: lautet steuerfresende Dinos aus längst vergangenen Zeiten. Wie in alten Klassenkampfzeiten sollen wieder die sogenannten Besserverdienenden erhalten. Übrigens, wenn man einmal genau nachrechnet, stellt man fest: Da ist jeder qualifizierte Facharbeiter dran. Die SPD nährt das alte Vorurteil, es gäbe mehr zu verteilen, als vorher erwirtschaftet wurde. Wir können aber nur das verteilen, was wir zuvor erwirtschaften. Das ist die Grundlage für eine gute Sozialpolitik.

(Beifall)

Die SPD hat in der Haushaltsdebatte in der vergangenen Woche einen kleinen Vorgeschmack darauf gegeben, wie sie vorzugehen gedenkt. Auch einige Stimmen von prominenten Politikern im Umfeld dieser Debatte haben das aufgezeigt. Wir

werden es mit einer hemmungslosen ja, ich sage: schamlosen Neid- und Angstkampagne der Sozialdemokraten zu tun haben, die die Sozialpolitik zum Reizthema des Wahljahres machen wollen.

Wir werden diese Auseinandersetzung annehmen. Wir werden darauf antworten: Wer heute nicht bereit ist, das soziale Netz zu entlasten, der nimmt fahrlässig in Kauf, wenn es morgen reißt.

Eines steht für mich fest: Die Frage unserer wirtschaftlichen und sozialen Zukunft und damit die Frage der Arbeitsplätze wird den Ausgang der Wahlen im Jahre 1994 ganz wesentlich bestimmen.

Wir haben allen Anlaß, mit Selbstbewußtsein in diese Auseinandersetzung zu gehen, aber wir müssen an einer strategischen Stelle sehr genau aufpassen: Wir müssen aufpassen, daß die Sozialdemokraten nicht mit Blick auf die Frage der Arbeitsplätze das Thema verschieben. Wir müssen aufpassen, daß sie uns, wenn es um die Zukunftssicherung des Standorts Deutschland geht, nicht einreden, dies sei allein oder hauptsächlich ein Problem der Sozialpolitik. Wir müssen auf das setzen, worauf wir immer mit Erfolg gesetzt haben: daß wir die Wirtschaftspolitik nicht von der Sozialpolitik trennen lassen. Wir müssen auf diesen Zusammenhang hinweisen und klarmachen, daß nichts dem Arbeitsmarkt besser dient als unsere Politik der Standortsicherung, der Haushaltskonsolidierung und der Belebung der Wirtschaft.

(Beifall)

Das ist die soziale Dimension der Standortfrage, für die wir eintreten.

Liebe Freunde, am kommenden Sonntag sind Wahlen in Hamburg. Über diese Wahlen in einer großen norddeutschen Stadt ist schon gesprochen worden. Dirk Fischer hat in einer sehr schwierigen Ausgangssituation einen engagierten Wahlkampf geführt. Ich bin zuversichtlich, daß wir die absolute Mehrheitsherrschaft der SPD am nächsten Sonntag brechen können.

Heute morgen ist auch schon von unseren Erfolgen in den Städten gesprochen worden. Hier auf diesem Parteitag sitzen zwei Parteifreunde und eine Parteifreundin unter uns, die uns in großen Städten vorgemacht haben, was zu tun ist, und ich möchte den dreien im Namen des Parteitages herzlich gratulieren: Dietrich Möller in Marburg, Georg Lewandowski in Kassel und Otti Geschka in Rüsselsheim, in drei angeblichen sozialdemokratischen Hochburgen, die unsere hessischen Freunde großartig zurückerobert haben.

(Beifall)

Daß sich auch in Niedersachsen etwas tun muß, ist, glaube ich, jedermann klar. Ich will Ihnen nur eine Zahl vor Augen führen - und die wollen wir einmal in ganz Deutschland verbreiten -, damit Sie sehen, wie sozialdemokratisches Reden und sozialdemokratisches Handeln auseinanderklaffen. In der rot-grünen Regierungszeit von Herrn Schröder ist die allgemeine Verwaltung in Niedersachsen um 7 600 Stellen ausgeweitet worden. Dies sind 20 % Personalanstieg seit 1990. Der Anteil von diesen 7 600 Stellen, der auf die Polizei entfällt, liegt bei 56 Stellen bei der Kripo und bei 90 Stellen bei der Schutzpolizei im ganzen Land. Ganze 0,8 Prozent - dies ist eine rot-grüne Schiefelage, die wie vieles andere deutlich macht, daß es Zeit wird für Christian Wulff in Niedersachsen!

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir über unsere Parteiarbeit sprechen, dann gilt unser Hauptaugenmerk der CDU in den neuen Ländern. Dazu will ich hier auch ein paar

kritische Worte sagen. Die allgemeine Parteienmüdigkeit macht uns in den neuen Ländern besonders zu schaffen. Die Enttäuschung darüber, daß der Aufbauprozeß nicht noch schneller vorangeht, wird gerade bei uns abgeladen. Denn es ist eine deutsche Untugend, das gründlich in den Blick zu nehmen, was noch nicht erreicht ist, und das, was geschafft wurde, zu gering zu achten. Hinzu kommt das verständliche Gefühl, daß der Umbruch auch mit Belastungen und Verunsicherungen verbunden ist.

Bei meinem jüngsten Besuch in der Oberlausitz, einer Gegend, in der es wirtschaftlich sehr schwierig ist, in der es der Textilindustrie sehr schlecht geht, habe ich erfahren, daß die Gesprächsbereitschaft der Menschen mit uns trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage vor Ort unverändert hoch ist. Die Menschen erkennen genau, was insgesamt schon erreicht ist. Und wenn es uns gelingt, all das, was in kurzer Zeit geschaffen wurde, mit dem Namen Helmut Kohl und mit dem Namen CDU fest zu verbinden, dann werden wir 1994 in den neuen Ländern auch wieder Erfolg haben.

(Beifall)

Zweierlei ist dafür zu tun: Zum einen müssen wir den Menschen erklären, warum der wirtschaftliche Aufbau längere Zeit braucht als ursprünglich angenommen, und wir müssen deutlicher machen, welche Wegstrecke schon zurückgelegt ist. Es ist sehr wichtig - und das ist nicht allein eine materielle Frage -, daß wir sensibel die Situation derjenigen Menschen ansprechen, die unverschuldet und ohne ihren eigenen Willen arbeitslos geworden sind und mit dieser Situation zu kämpfen haben. Aber wir müssen in diesen Wahlkämpfen auch verhindern, daß mit ihrem Schicksal eine plumpe Stimmungsmache betrieben wird, die mit den tatsächlichen Verhältnissen und den Handlungsnotwendigkeiten nichts zu tun hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sollten andererseits mehr und emotionaler darüber sprechen, was die Einheit auch für die Herzen der Menschen bedeutet und was es bedeutet, daß ein solches System niedergedrungen wurde, ein schreckliches System, unter dem Peter Fechter hier in Berlin an der Mauer verbluten mußte, ein System, unter dem 1968 auf dem Wenzelsplatz in Prag Jan Pallach sterben mußte, ein System, dessen staatlicher Zwangsapparat in Polen Pfarrer Popieluzko ermordet hat.

Es ist ein Glück für die Menschen und ein Grund zur Dankbarkeit, daß dieses System niedergedrungen wurde. Es ist eine Frage an uns, ob wir schnell zur Tagesordnung übergehen oder aber dieses Gefühl auch ausstrahlen, ob wir nur über technische Dinge und über Geld sprechen oder auch darüber, was es bedeutet, daß nun 16 Millionen Deutsche die Freiheit wiedergewonnen haben und daß wir gemeinsam die Zukunft unseres Landes gestalten können.

(Beifall)

Liebe Freunde, ein Zeitgenosse der Französischen Revolution schrieb im Jahre 1806, er habe das Gefühl, in einer doppelten Welt zu leben: Das Alte sei Vergangenheit, aber immer noch in den Köpfen und zum Teil auch in den Herzen präsent, und das Neue sei noch nicht recht sichtbar. Dieses Grundgefühl treffen wir auch heute an. Es ist das Gefühl der Unsicherheit zwischen den Zeiten. Die Menschen spüren die Tiefe und die Schnelligkeit der Umbrüche, und sie haben nicht selten Zweifel – das müssen wir uns selbstkritisch sagen –, ob die Politik mit der Geschwindigkeit der Probleme noch mithalten kann. Deshalb müssen wir hart daran arbeiten, die Gründe für die Irritationen zu beseitigen. Dazu gehört erstens, daß wir unsere Entscheidungen besser begründen, und wenn ich einen Wunsch aussprechen darf, der wahrscheinlich

für viele in unserer Partei gilt: Es gehört dazu auch, daß wir unsere Entscheidungen geschlossen vertreten und sie nicht in dem Moment, wo sie beschlossen sind, gemeinsam wieder kaputtreden.

(Lebhafter Beifall)

Wir müssen etwas tun, was unser politischer Gegner nicht tut und was zum Teil die Medien auch nicht tun, was aber wichtig ist und nicht unterlassen werden darf: Wir müssen in diesen Wahlauseinandersetzungen, wenn die Bürger zu uns kommen und uns fragen „Warum hat das so lange gedauert?“, ihnen erklären, wer die Verantwortung dafür trägt, daß es so lange gedauert hat. Denn ich kann es bald nicht mehr hören, wenn in Versammlungen Menschen aufstehen, sich beschweren und sagen: Jahrelang habt ihr im Asylrecht herumpalavert und habt erst jetzt etwas gemacht. – Die Wahrheit ist, daß wir jahrelang für eine Asylrechtsänderung eingetreten sind und daß wir uns dafür mit einem Schwall von moralischen Vorwürfen auseinandersetzen mußten, mit Verleumdungen und Beleidigungen, und daß es eben so lange Jahre gebraucht hat, bis die SPD ihre Position der Wirklichkeitsverweigerung endlich verlassen hat. Das müssen wir den Leuten immer wieder in Erinnerung rufen!

(Lebhafter Beifall)

Nun hat manch einer Schwierigkeiten mit Kompromissen, die die Koalition mit der FDP erfordert. Dazu müssen wir den Bürgern sagen: Wenn ihr klare CDU-Politik wollt, dann müßt ihr die CDU auch mit einer klaren Mehrheit ausstatten und müßt entsprechend wählen. So müssen wir antreten!

(Beifall)

Liebe Freunde, der zweite Bereich, der entscheidend ist, ist das Thema der Inneren Sicherheit. Ich höre und lese dann schon einmal, es ginge jetzt darum, das Koordinatensystem der CDU zu verschieben. Dazu sage ich: Das, was wir im Bereich der Inneren Sicherheit zu tun haben, hat nichts, hat rein gar nichts mit einer Verschiebung unseres politischen Koordinatensystems zu tun.

Der Rentner, der Angst hat, daß in seine Wohnung eingebrochen wird, die junge Angestellte, die sich nicht in die Tiefgarage traut, weil sie Angst hat, überfallen zu werden, – sie fordern ein entschiedenes Handeln des Staates. Egal, ob sie links oder rechts stehen oder gewählt haben: Wir müssen Antwort auf ihre Fragen geben.

(Beifall)

Dazu gehört auch, daß wir deutlich machen, was die Handlungsfähigkeit des Staates im Bereich der Polizei erfordert: Wir müssen uns hinter sie stellen, und zwar moralisch und technisch. Wir müssen ihr eine Ausrüstung geben, mit der sie auch des Verbrechens Herr werden kann – um es überspitzt zu sagen: Dem High-Tech-Verbrecher des Jahres 2000 kann nicht mit den Mitteln des Sherlock Holmes der Jahrhundertwende begegnet werden. Und wir müssen sie auch rechtlich stärken. Was ist das eigentlich für eine Situation für die Polizei, wenn wir durch unser Recht fahndungsfreie Räume zulassen. Was ist das eigentlich für eine Situation, daß die Polizeibeamten wissen, daß zum Teil auch die Bevölkerung weiß – in Italien kann man es in der Zeitung lesen –, wer wo welche Verbrechen abspricht, die Polizei aber aus Rechtsgründen etwas akustisch nicht sichern und die Täter vor Gericht nicht überführen darf? Das müssen wir ändern, meine Damen und Herren. Das hat nichts mit Lauschangriff zu tun; das hat etwas mit Rechtsstaat zu tun.

(Beifall)

Auch aus der Wahlkampfmannschaft von Herrn Scharping hören wir Aufforderungen zur Stärkung der Inneren Sicherheit. Wer hat denn leider in so vielen Bundesländern zur Zeit die Verantwortung für Innere Sicherheit, wie sieht das in Unions-Ländern und in SPD-regierten Ländern aus? In SPD-regierten Ländern sieht es so aus, daß es zwar ein Vermummungsverbot gibt. Man kann daran aber Zweifel hegen. Die Gewalttäter müssen sich erst versammeln, bewaffnen, vermummen. Wenn sie dann alles kurz und klein geschlagen haben, darf die Polizei eingreifen, was sie dann meistens nicht mehr kann, weil sie dazu nicht in genügender Stärke an dem betreffenden Ort vorhanden ist. Das ist nicht die Schuld der Polizei, sondern das ist die Schuld einer politischen Führung, die unter dem Begriff „Verhältnismäßigkeit“ oder „Deeskalation“ Straftätern freien Raum läßt. Die Bayern haben uns in München gezeigt: Wenn man von Anfang an klipp und klar gegen solche Bestrebungen vorgeht, dann kriegen sie gar keinen Raum. So ist es richtig.

(Beifall)

Hier ist – bei einem insgesamt guten Verhältnis – einer unserer kritischen Bereiche in unserer Zusammenarbeit mit der FDP. Ich kann nicht verstehen, daß die FDP gerade in diesen Bereichen ihre Liberalität sucht. Selbst die Sozialdemokraten beziehen langsam, aber sicher in dieser Frage eine Position, die den Anforderungen der Wirklichkeit einigermaßen gerecht wird. Es kann doch wohl nicht dahin gehen, daß politisch am Ende nur noch die betroffenen Verbrecher und unser geschätzter Koalitionspartner die einzigen sind, die dagegen sind, daß die Polizei rechtlich in die Lage versetzt wird, hier einzuschreiten.

(Beifall)

Liebe Freunde, Schwerpunktthema der Parteiarbeit ist die Diskussion über unser neues Grundsatzprogramm. Ich weiß, als es damit losging, gab es viele Unkenrufe und die Frage: „Warum ein Programm? Es gibt genug Papiere.“ Aber die Diskussion hat gezeigt, daß es doch sehr wichtig ist, über die geistigen Grundlagen unserer Partei und über die langfristigen Zielperspektiven unserer Politik Auskunft zu geben. Wir müssen darüber sprechen, und zwar auch in der eigenen Ortspartei, in der Kreispartei, im Bezirk, im Land und im nächsten Jahr auch im Bund. Denn es tut einer Partei nicht gut, nur die politischen Fragen zu behandeln, die gerade auf der Tagesordnung stehen. Und es ist für uns gleichermaßen wichtig, daß wir uns selbst darüber im klaren sind, woraufhin wir Politik machen. Ich möchte ausdrücklich Reinhard Göhner danken, der als Vorsitzender der Grundsatzkommission den schwierigen Weg zu gehen hatte, den Widrigkeiten des Zeitgeistes zu trotzen, aber auch starre Beharrungstendenzen zu überwinden, und der uns mit seiner Kommission einen zukunftsweisenden Entwurf erstellt hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, auffällig ist, daß die SPD in dieser Zeit des Umbruchs unfähig ist, intellektuell und politisch auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu reagieren. Der Grund ist einfach: Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus wird die SPD von der Frage aufgefrassen, woraufhin sie eigentlich Politik machen soll. Sie bleibt immer wieder in den ideologischen Trümmern von gestern hängen, weil sie mit dem Scheitern des Sozialismus einen Teil ihrer geistigen Grundlagen verloren hat. Im Kern besteht ihr Problem darin, daß sie die Veränderungen der Welt nicht verkraftet hat. Albert Schweitzer hat einmal gesagt: „Niemand kann vor seiner Zeit davonlaufen.“ Er hat damals noch nicht gewußt, wie schnell die SPD rennen kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, wir brauchen den Kern unserer Programmatik und Politik nicht zu verändern. Wir brauchen keine Revision unseres Menschenbildes und keine Revision unserer Grundwerte. Da wir im Unterschied zur SPD auf der Basis unserer festen geistigen Grundlagen weiterarbeiten können, haben wir jetzt die Chance, frei von irgendwelchen ideologischen Angstneurosen für die wesentlichen Fragen Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert offen zu sein. Wenn der Geist jemals links wehte, wie früher behauptet wurde, dann können wir feststellen: Heute herrscht in der linken Ecke eine dramatische Windstille. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert haben wir nicht nur die Chance, sondern auch die Pflicht, geistige Führung wahrzunehmen und das intellektuelle Klima in unserem Land zu bestimmen. Wir sind dazu aufgefordert, Maßstäbe aufzuzeigen, auch Unbequemes anzusprechen, Grenzen zu bestimmen und für eine Ethik des Gemeinsinns einzutreten. Dabei liegt unsere Stärke darin, daß wir nie den Versuch gemacht haben, theoretische Gesellschaftsmodelle über die Menschen zu stülpen. Wir fragen konkret und von den Menschen her, wie mehr Gerechtigkeit möglich ist. Eine unserer Antworten heißt: Umbau des Sozialstaates.

Indem wir diejenigen stärker in die Verantwortung rufen, die dazu finanziell in der Lage sind, können wir die Hilfe besser auf diejenigen konzentrieren, die sie brauchen.

Ich möchte ein Wort zur Diskussion über die Pflegeversicherung sagen. Wir brauchen für die pflegebedürftigen Menschen jetzt nicht ein ewiges Palaver und Gezerre, sondern wir brauchen für die pflegebedürftigen Menschen eine humane und endgültige Antwort auf ihre auch materiell sehr bedrängende Situation. Um ihretwillen muß die Pflegeversicherung kommen.

(Beifall)

Manche mögen irritiert sein. Ich bin von dem einen oder anderen gefragt worden: Was soll das jetzt mit den Verhandlungen mit der SPD? Was spielt sich hier ab? Ich begrüße es – das will ich hier auch einmal sagen –, daß sich die SPD in dieser Frage nicht mehr verweigert. Aber täuschen wir uns nicht: Ohne unsere Entschiedenheit hätten wir die Opposition nie von der Notwendigkeit der gleichzeitigen Entlastung unserer Wirtschaft überzeugt. Wir machen eine Politik für die Menschen, die auf Dauer trägt. Norbert Blüm steht dafür, und er hat dafür unsere volle Unterstützung.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel für den Erfolg unserer Grundsatzdiskussion nennen! Mit unserem Programmentwurf haben wir eine zum Teil leidenschaftliche Debatte über die Medien in unserem Land entfacht. Dafür ist es höchste Zeit. Das, was uns zum Teil aus den elektronischen Medien – ich nenne in vorderster Linie das Fernsehen –, das, was uns hier zum Teil aus dem Fernsehen entgegenquillt, ist eine Zumutung.

(Beifall)

Wenn etwa in einer Fernsehsendung nach reißerischer Ankündigung einer Boulevard-Zeitung der qualvolle Selbstmord eines Menschen gezeigt wird, wenn hemmungslos menschliche Tabugrenzen eingerissen werden, wenn Gewalt den Ton angibt, dann hat das Einfluß auf unsere Kultur, dem wir wehren müssen, dem wir nicht tatenlos gegenüberstehen dürfen. Wir brauchen eine neue Ethik der Medien, und wir müssen sie öffentlich einfordern.

(Beifall)

Bedenklich sind auch manche andere Folgen. Heute erleben wir, wie die Scheinwelt der Bildschirme immer mehr die Wirklichkeit der Zuschauer prägt. Wir diskutieren in

den neuen Ländern sehr häufig über die Frage: Wie kommt das eigentlich? Wer gestern nacht ferngesehen hat, der konnte es an Hand einer Umfrage wieder sehen, daß ein sehr hoher Prozentsatz – weit, weit über 50 % der Menschen – positiv von der eigenen Situation spricht, auch positives von der zukünftigen erwartet, aber ein gleich hoher Prozentsatz negativ über die allgemeine Situation denkt?

Ein schweizer Wissenschaftler hat eine Untersuchung über dieses Phänomen angestellt und festgestellt, daß die eigene Erfahrungswelt schwächer geworden ist im Verhältnis zu dem, was die Menschen aus den Medien erfahren, daß sich also in wachsendem Maße die Medien zwischen den Menschen und seine eigenen Erfahrungen schieben. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, der wir unbedingt wehren müssen, wenn wir nicht das menschliche Miteinander, den Gemeinsinn und die eigene Erfahrung gänzlich verlieren wollen und wenn nicht der Garten des Menschlichen auf diese Weise elektronisch veröden soll.

Liebe Freunde, wir machen auf diesem Parteitag die Fragen der Inneren Sicherheit, die Fragen der erschreckenden Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und die Fragen nach Bildung und Erziehung zum Schwerpunktthema. Auch in Bildung und Erziehung muß sich etwas ändern. Die Parole der 70er Jahre, es gehe nur um Freiheit und Selbstverwirklichung, hat sich als fatal falsch erwiesen. Einforderungen von Rechten, Geringachtung von Pflichten, keine Akzeptanz von Grenzen: Wir sehen, wohin das führt. Eltern und Erzieher sind aufgefordert, Rechte und Pflichten wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, Toleranz und Zurückhaltung zu fördern und Egoismen zurückzudrängen.

Und wir müssen noch etwas einfordern, die Bereitschaft, etwas für andere zu tun. Diese Bereitschaft muß wieder zur prägenden Mentalität in unserem Lande werden. Anders gibt es keine Zukunft. Ich möchte Sie auffordern: Laßt uns die CDU zum Zentrum einer großen, das ganze Land erfassenden Gemeinwohlinitiative machen, bevor es zu spät ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, zu den großen Fragen, die aus dem Parteienstreit tunlichst herausgehalten werden sollten, gehört der Einsatz unserer Bundeswehr. Hier hat der amtierende Kanzlerkandidat der SPD in kürzester Zeit einen Beweis seiner tatsächlichen Qualität geliefert. Während der letzte Kandidat wenigstens noch, politisch gesprochen, auf den Petersberg kam, verharrt Herr Scharping seit Wochen im Basislager und läßt seinen Seilgefährten Klose in der Wand der außenpolitischen Realitäten hängen. Wenn das nur ein Problem der SPD wäre, wäre das nicht so schlimm für uns. Es ist aber ein handfestes Problem für Deutschland. Denn unsere Soldaten haben einen Anspruch darauf, daß über die Grundbedingungen ihres Dienstes zwischen den großen Parteien Konsens herrscht.

Wir können zu dem Friedensengagement unserer Partnerländer nicht ausschließlich den flammenden moralischen Appell beisteuern. Wir sind selbst in der Pflicht, politisch und moralisch Verantwortung zu übernehmen.

Der Bundeskanzler hat schon darüber gesprochen: Die SPD-Warnungen vor einer Interventionsarmee und einer Kanonenbootpolitik im Stile des Wilhelminismus sind nicht nur ein Mangel an historischem Verstand, sondern zugleich eine Beleidigung unserer Partner in der NATO, die uns vierzig Jahre mit ihrem Leben und ihrem Einsatz vor einer kommunistischen Intervention geschützt haben.

(Beifall)

Die Pflichten, die in den Vereinten Nationen auf uns zukommen, sind nicht immer angenehm. Ich finde es aber richtig, daß Helmut Kohl und Volker Rühle keinen Augenblick gezögert haben, als es um die Hilfsflüge in das belagerte Sarajevo ging. Wie hätten wir in Deutschland wohl reagiert, wenn die Amerikaner 1948/49 zur Zeit der Berliner Blockade ein langes Palaver angestellt hätten, einen Verfassungsgerichtsstreit entfesselt hätten, statt Flugzeuge zu den Menschen ins belagerte Berlin zu schicken?

(Beifall)

In wenigen Tagen jährt sich der Tag der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die UNO zum 20. Mal. Unter die Unterschrift des damaligen SPD-Kanzlers Willy Brandt fügen seine Enkel heute jenes Kleingedruckte, das einem Teilaustritt gleicht: Die deutschen Genossen wollen ihre eigene Charta schreiben. Wir müssen ihnen aber hier in allem Ernst sagen: Das, was sie da aufschreiben, hat mit den Nöten der Menschen in der Welt und mit der moralischen Verantwortung wenig zu tun. Darauf werden wir uns nicht einlassen.

Liebe Freunde, Friedensauftrag bleibt auch das Voranbringen der europäischen Einigung. Sie ist wie die deutsche Einheit eng mit dem Namen unseres Bundeskanzlers verbunden. Unsere Vision von Europa, das war von Anfang an die Abkehr von Nationalismus, Gewalt und Krieg. Dank der europäischen Einigung ist dieser Wunsch in einem Teil unseres Kontinents Wirklichkeit geworden. Wer glaubt, deutsche Interessen gegen Europa ins Feld führen zu können, dem müssen wir sagen, die Einigung Europas ist ganz elementar in unserem deutschen Interesse: für unsere Wirtschaft, für die Zukunft der Arbeitsplätze, für eine größere Sicherheit, für die Bewältigung der ökologischen Herausforderungen, für eine gerechte Lastenverteilung beim Aufbau Osteuropas und für eine Entwicklungspartnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt. Mit Europa können wir alle nur gewinnen.

Gegen Europa machen zur Zeit die Rechtsradikalen massiv Stimmung. Ich sage es hier klar und unmißverständlich, und der Bundesvorstand und das Präsidium haben es gestern bestätigt: Das C in unserem Namen verbietet uns ein für allemal jegliche Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Kräften; das ist mit Geist, Programm und Mitgliedschaft in der CDU nicht zu verbinden!

(Lebhafter Beifall)

Die da im braunen Mantel von gestern daherkommen, sind keine Patrioten. Sie schaden der Nation und sie beschädigen das Ansehen unseres Landes. Die Wählerinnen und Wähler, die aus Protest solchen Parteien ihre Stimme gegeben haben, wollen wir ansprechen. Nicht durch einen Ruck nach rechts, wie zu lesen war, nicht durch rechte Parolen, sondern durch die aufrechte Politik der CDU, wie wir sie seit Jahren betreiben und die Orientierung in diesen bewegten Zeiten bietet. Für die Rechtsradikalen aber, die politischen Kräfte von rechts außen, gilt: Je eindeutiger wir die Trennlinien ziehen, um so eher sind wir diese rechtsradikalen Umtriebe auch wieder los.

Liebe Freunde, mit unserer Grundsatzdiskussion zeigen wir, daß wir uns inhaltlich auf die neue Zeit einstellen. Wir müssen auch Konsequenzen für die Arbeit der eigenen Partei ziehen. Wenn wir von Wandel und Veränderung sprechen, dann müssen wir bei uns anfangen. Deshalb ist die Parteireform von zentraler Bedeutung für die CDU. Sie ist die Nagelprobe dafür, ob wir selbst die Kraft zur notwendigen Veränderung haben.

Ich begrüße ausdrücklich den Diskussionsprozeß, der in vielen Landesverbänden in der CDU stattfindet. Eine Partei, die das Land geistig und politisch führen muß, muß

immer wieder die Kraft zur Erneuerung aufbringen, muß bereit sein, verkrustete Strukturen aufzubrechen, auch in eigener Sache. Für Mitglieder werden wir nur dann attraktiv bleiben, wenn wir ihre Rechte stärken, ihre Mitmachbereitschaft fördern, ihre Kraft nicht im großen Parteigefüge verpuffen lassen. Wenn der sozialdemokratische „Vorwärts“ in seiner April-Ausgabe feststellt, daß die CDU in Sachen Parteireform die SPD mancherorts überholt habe, so ist dies eine für sozialdemokratische Verhältnisse ausgesprochen wahrheitsliebende Untertreibung. Das soll uns aber nicht davon abhalten, noch mehr zu tun.

Liebe Freunde, für den Erfolg der CDU wird es entscheidend sein, ob wir Männer und Frauen gleichermaßen mit unserer Politik erreichen. Hier muß ich zum Schluß noch einige Veränderungen ansprechen, die in manchen Ohren vielleicht unbequem klingen, die aber wichtig sind zu bedenken. Unsere Frauenministerin Angela Merkel hat eine Reihe von Studien veröffentlicht, die sich mit dem politischen Interesse von Frauen befassen. Das wesentliche Ergebnis: Immer mehr Frauen verbinden die Entscheidung für die Wahl oder das Engagement in einer Partei sehr stark mit der Frage, welche Rolle das Thema Gleichberechtigung in der politischen Praxis der Parteien spielt. Wir können uns als CDU mit dem, was wir da auf den Weg gebracht haben, durchaus sehen lassen. Aber, Hand aufs Herz, wer weiß noch genau, was wir in der Sache beschlossen haben? Wenn wir einen kritischen Blick auf unsere eigenen Beschlüsse richten und einmal schauen, wie weit wir es vorgebracht haben, dann erkennen wir noch einen ziemlich tiefen Graben zwischen unseren guten Vorsätzen und unserer tatsächlichen Praxis. Das Wahljahr wäre ein wichtiges Jahr, um diesen Graben ein ganzes Stück weit zu schließen. Ich spreche von der Aufstellung der Kandidaten und Kandidatinnen für die Kommunalparlamente, für die Landtage, für das Europaparlament und für den Bundestag im kommenden Jahr.

Wir haben viele hochqualifizierte Frauen. Nutzen wir die Chance, indem wir sie auch aufstellen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir leben in einer hochinteressanten Zeit. Wir haben jetzt die geistigen Ressourcen frei, die früher durch den ideologischen Konflikt gebunden waren, um uns jetzt Fragen nach dem Zustand unserer Gesellschaft, Fragen nach der Entwicklung moderner Technologien zum Schutz von Umwelt und Menschheit zuwenden zu können. Wir haben wirtschaftliche Ressourcen frei, um den Aufbau in Ostdeutschland und in ganz Osteuropa voranzubringen. Wir haben Ressourcen frei, um technologische Neuerungen zu entwickeln und damit im weltweiten Wettbewerb vorn zu bleiben. Die Chancen sind größer als die Risiken. Wir müssen sie nur nutzen.

Das Wahljahr 1994 ist die entscheidende politische Weichenstellung im ausgehenden 20. Jahrhundert. Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands mit unserem Vorsitzenden Helmut Kohl, sind der Garant für Sicherheit und Stabilität in einer Zeit des dramatischen Wandels. Es geht um ungeheuer viel. Wir werden einen harten Wahlkampf in der Sache führen. Darum müssen wir in allen Teilen der Partei zusammenstehen. Wir müssen jedem Mitglied deutlich machen, daß es zählt und daß wir auf es setzen. Wir wollen die strategische Mehrheit wiedergewinnen, und wir wollen die erfolgreiche Politik unter Führung unseres Bundeskanzlers fortsetzen.

Wenn wir das nächste Jahr gemeinsam entschlossen angehen und mit Überzeugung kämpfen, werden wir erneut Erfolg haben: mit der CDU und Helmut Kohl für eine gute und sichere Zukunft Deutschlands. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herr Generalsekretär, lieber Peter Hintze. Der Bundesparteitag dankt Dir für Deine engagierte, an klaren Grundsätzen orientierte Rede. Er dankt Dir für Deine engagierte Arbeit an herausragender Stelle in einem Amt von herausragender Bedeutung in unserer CDU. Herzlichen Dank für Deine Rede, herzlichen Dank für Deine Arbeit!

(Beifall)

Liebe Parteitagsdelegierte, ich benutze die Gelegenheit, unseren neuen Bundesgeschäftsführer zu begrüßen und ihm und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle für die Arbeit zu danken. Hans-Joachim Reck ist seit dem 1. September unser neuer Bundesgeschäftsführer.

(Beifall)

Ich danke genauso herzlich Wilhelm Staudacher, seinem engagierten Vorgänger, für die in den Jahren zuvor geleistete Arbeit. Er sitzt hier vorne in der ersten Reihe und vertritt Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 13 auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich erteile dem Vorsitzenden der Kommission, Konrad Wilczek, dem Landesgeschäftsführer der CDU Berlin, das Wort.

Konrad Wilczek, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt worden sind und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 000 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12 Uhr von den 1 000 voll stimmberechtigten Delegierten 938 anwesend. Der Parteitag ist beschlußfähig.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Herr Wilczek. Auch den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission herzlichen Dank für ihre Arbeit.

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 12 auf:

Aussprache zu den Berichten

Meine Damen und Herren, für die allgemeine Aussprache zu den Berichten steht uns die Zeit bis maximal 16 Uhr zur Verfügung. Um möglichst vielen Delegierten Gelegenheit zu geben, sich an der Aussprache zu beteiligen, schlägt Ihnen das Tagungspräsidium nunmehr, wie es Herr Dieppen vorher angekündigt hat, eine generelle Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten vor, wie es nach § 18 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung vorgesehen ist. Wir wollen dies vom Tagungspräsidium her ab sofort so handhaben. Auch auf die Gefahr hin, sich mit dem halben Präsidium anzulegen, sage ich Ihnen: Das sollte dann allerdings auch für alle gelten.

(Zuruf: Sehr gut!)

Wir werden also ab sofort entsprechend verfahren.

Es liegen bisher 30 Wortmeldungen vor. 30 Wortmeldungen à fünf Minuten - das ergibt zweieinhalb Stunden. Ich schlage Ihnen vor, daß wir nunmehr die Rednerliste schließen, weil weitere Wortmeldungen nicht mehr in seriöser Weise abwickelbar sind. Sind Sie damit einverstanden, daß wir die Rednerliste jetzt schließen? Ich bitte um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann haben wir dies einstimmig so beschlossen.

In der allgemeinen Aussprache rufe ich als ersten Herrn Dr. Herbert Wagner, den Oberbürgermeister der sächsischen Landeshauptstadt Dresden, auf. Ihm folgt dann Hermann Gröhe. Nach ihm folgt Christine Lieberknecht. - Herr Dr. Herbert Wagner ist im Augenblick nicht im Saal. Dann hat jetzt gleich Hermann Gröhe, der Bundesvorsitzende der Jungen Union, das Wort.

Hermann Gröhe: Guten Tag, meine Damen und Herren! Herr Präsident, ich möchte mit einer Nachricht beginnen, die ich dem Parteitag überbringen möchte. Da an diesem Wochenende so vieles im Schatten der Kommunalwahl in München stand, sah ich eben eine Reihe fragender Gesichter, als die Stadt Singen erwähnt wurde. Ich will hier bekanntgeben, daß der Landesvorsitzende der Jungen Union Baden-Württemberg, Andreas Renner, den Sie in Düsseldorf in den Bundesvorstand unserer Partei gewählt haben, seit gestern Oberbürgermeister der Stadt Singen ist, nachdem 61,8 % der Bürger für ihn gestimmt haben. Ich glaube, ihm in Ihrer aller Namen von dieser Stelle aus herzlich gratulieren zu sollen.

(Beifall)

Ich erlaube mir den Hinweis darauf, daß die Partei in Singen im Jahre 1985 noch einen Stimmenanteil von 32,6 % erzielte. Jetzt hat Andreas Renner 61,8 % erzielt. Daraus ziehe ich folgende Lehren. Erstens: Wir können siegen. Zweitens: Es lohnt sich, auf Jüngere zu setzen.

Wir werden auf diesem Parteitag sowohl im Bereich der Inneren Sicherheit wie in der Bildungspolitik über Koordinaten reden, die sich in unserer Gesellschaft verschoben haben. Ich will die Generalaussprache nutzen, um zu Koordinaten für unsere eigene Partei etwas zu sagen.

Das erste Stichwort, zu dem ich etwas sagen möchte, ist das Thema „Solidarische Gesellschaft“. Der Entwurf für ein neues CDU-Grundsatzprogramm beklagt Entsolidarisierung und Ellenbogenmentalität. Das Unsicherheitsgefühl vieler Menschen in unserem Land hat seine Ursache nicht nur in der Zunahme von Gewalttaten, sondern auch darin, daß wir heute weithin keine Kultur des Füreinander-Einstehens erleben, sondern vielmehr eine Unkultur des Wegsehens. Eine Studie über jugendliche Gewalttäter spricht davon, daß nicht nur in Ausbildung und Beruf, sondern auch in Freizeit und auf dem Beziehungsmarkt Konkurrenzdenken das Handeln und Denken vieler junger Menschen bestimmen.

Ich denke, wir können uns die Frage nicht ersparen: Was haben wir selber zu dieser Entwicklung beigetragen? Was haben wir selber dazu beigetragen, daß in unserer Gesellschaft der Wert zunehmend am ökonomischen Erfolg des einzelnen festgemacht wird? Ich möchte uns ausdrücklich davor warnen, uns in der Standortdebatte als Stichwortgeber von jenen mißbrauchen zu lassen, die die Startchancen der Erfolgreichen weiter verbessern wollen und die ökonomisch Erfolglosen übersehen. Ich will dies an einem Beispiel erläutern. Ich finde es erschreckend, mit welcher relativen Gelassenheit die möglicherweise unumgängliche Kürzung des Arbeitslosengeldes diskutiert wird und mit welcher Aufgeregtheit im Vergleich dazu staatliche Entschädigungen gefordert werden, wenn der Billigflieger nach Miami oder Portugal

als Pleitegeier landet. Dieser Haltung gilt es entgegenzutreten, und zwar auch in der Weise, daß wir sagen: Deutschland muß nicht nur ein rentabler Produktionsstandort bleiben - dies kann kein Selbstzweck sein -; wichtig ist, daß Deutschland ein humaner Lebensstandort bleibt bzw. zum Teil wieder zu einem solchen Standort wird.

Wir dürfen die Standortdebatte nicht gegen andere Politikbereiche ausspielen. Wir müssen erstens weiter vorankommen in der Familienpolitik. Wissen wir wirklich, wie verbittert viele junge Familien über fehlende Kindergartenplätze und fehlenden bezahlbaren Wohnraum sind?

Wer – auch heute ist dies geschehen – die Erziehungskraft der Familie beschwört, muß auch hier helfen. Wir müssen weiter vorankommen beim Umweltschutz. Die Standortdebatte darf nicht für ein umweltpolitisches Roll-back mißbraucht werden. Das Gefühl, daß gegen die globale Bedrohung der Schöpfung noch zu wenig getan wird, führt gerade bei jungen Leuten zu Politikverdrossenheit. Schließlich gilt: Wir dürfen in unseren Anstrengungen zur besseren Integration der bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht nachlassen.

Lassen Sie mich ein zweites Stichwort nennen. Es gibt allen Anlaß, uns zum Kurshalten in Sachen Europa aufzufordern. Skinheads, die lautstark „Deutschland den Deutschen“ fordern, sind eine Schande für unser Land. Mehr Sorge mache ich mir über jene Kommentare, auch in uns angeblich so nahestehenden Zeitungen, in denen Maastricht mit Jalta verglichen wird. Dies entfaltet in unserer Partei mehr Wirkung, als immer nach außen sichtbar wird. Auch der Brief des bayrischen Ministerpräsidenten an den Bundeskanzler ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Wir als Jüngere werden für die Idee des europäischen Bundesstaats streiten; im Februar auf dem Hamburger Parteitag bei einem neuen CDU-Grundsatzprogramm und im November auf dem CSU-Parteitag im Rahmen der Debatte um ein CSU-Programm.

Lassen Sie mich ein drittes und letztes Stichwort nennen: die Klarheit gegenüber Rechtsradikalen. Ich bin dankbar, daß der Bundesvorstand der Partei eine Resolution hierzu vorlegen wird, und auch für die klaren Worte, die Sie, Herr Bundeskanzler, dazu gesprochen haben. Ich sage sehr deutlich: Der Klarheit der Worte muß auch die Klarheit der Taten folgen. Die Mitglieder der Jungen Union waren die ersten, die den Ausschluß des rechtsradikalen Bundestagsabgeordneten Rudolf Krause aus unseren Reihen gefordert haben.

Ich sage sehr deutlich: Für mich ist es unannehmbar, wenn ein Berliner Bundestagsabgeordneter Schönhuber als ein bißchen poltrig verharmlost, ein OMV-Landesvorsitzender über Koalitionen mit den Republikanern philosophiert und der Sprecherrat des Deutschlandforums mit DSU und Deutscher Partei gemeinsame Erklärungen herausgibt.

(Beifall)

Mancher, der sich hier der Union als rechter Leuchtturm anbietet, ist in Wahrheit ein richtiges Irrlicht. Dem sollten wir wirksam entgegentreten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde! Ich darf inzwischen die Mitglieder der Stimmzählkommission noch einmal herzlich bitten, sich im Raum der Antragskommission zu versammeln. Termin war 13 Uhr. Ich bitte die restlichen Mitglieder, umgehend dazuzukommen.

Als nächste Rednerin spricht Christine Lieberknecht aus Thüringen. Danach spricht Alfred Dregger aus Hessen und danach Bernhard Vogel aus Thüringen.

Christine Lieberknecht: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was mir bei allen Fragen der Standortsicherung Deutschlands nicht weniger Sorgen macht, ist die innere, die geistige Situation unseres Landes. Dies gilt nicht nur in den neuen Ländern nach 40 Jahren SED-Diktatur, sondern in ganz Deutschland. Irgendwie habe ich bei vielen Diskussionen in der Öffentlichkeit das Gefühl, daß wir jeden Maßstab verloren haben. Dies gilt sowohl in den Diskussionen im Inneren als auch im Vergleich zu anderen Ländern.

Es muß die Frage erlaubt sein: Wie lange wollen wir uns noch gefallen lassen – der Bundeskanzler sprach es in seiner Rede heute auch an –, daß Menschen mit Biographien aus den neuen Ländern a priori für viele Ämter angeblich nicht qualifiziert seien, weil zu unbekannt, weil nicht erfahren genug, weil angeblich nicht streßresistent genug, weil wenig mediengeübt. Dies sage ich ganz abgesehen davon, daß es eine ganze Reihe hervorragender Beispiele gibt, die bereits das Gegenteil bewiesen haben.

Ich habe den Verdacht: Wer so argumentiert, argumentiert nach wie vor in den Kategorien der alten Bundesrepublik. Wenn das aber der Fall sein sollte, hätten wir damit, meine ich, eine Riesenchance für unser Land vertan, nämlich die Chance der dringend notwendigen Erneuerung bzw. Neubesinnung in unserem Land. Dazu gehört für mich auch die Frage: Welche Irrtümer sind hier auch im westlichen Teil Deutschlands den Menschen über Jahre und Jahrzehnte zugemutet worden, die weit schwerer wiegen, als manche nicht so schnell erfüllte Hoffnung des Jahres 1990, die so oft zitiert werden? Wie wurde bisher mit diesen Irrtümern umgegangen? Wie wurde einer ganzen Generation von Jugendlichen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre von den Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses mit leuchtenden Augen vieler Professoren und Publizisten der Beginn des Dritten Weltkriegs verkündet? „No future“ und „null Bock“ waren damals die Reaktionen der Jugendlichen.

Ich habe mich damit in der Jugendarbeit in der DDR auseinandersetzen müssen. Ein Bekenntnis von Irrtum haben wir bis heute von jenen Vertretern nicht gehört. Ich erwähne auch die kühne Idee Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre, durch Aufgabe fast aller Autoritäten und Bindungen eine neue Gesellschaft kreieren zu können. Auch das war ein Irrtum. Heute stehen viele vor Orientierungslosigkeit. Es droht Gefahr von Radikalismus und Extremismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die einzige Chance der Überwindung dieser Situation sehe ich in dem uneingeschränkten Bekenntnis: Ja, Deutschland ist anders geworden. Europa ist anders geworden. Wir haben ein neues Europa und ein neues Deutschland. Das braucht neue Ideen und neue Kraft der Integration, die auch von Menschen aus den neuen Ländern an hervorragender Stelle für alle Deutschen ausgehen können muß; nicht nur im Innern unseres Landes, sondern auch nach außen, gegenüber unseren Nachbarn in Europa, aber auch weltweit.

Nun haben wir als Union eine hervorragende Chance, genau dies zu tun, nämlich genau dafür eine geeignete Persönlichkeit benennen zu können. Es ist meine dringende Erwartung an uns alle, daß wir dies auch tun. Es ist geradezu Verpflichtung, eine solche Chance für uns als Union zu nutzen, und zwar im Interesse der inneren Einheit, im Interesse eines veränderten Deutschlands und in einer veränderten Welt. – Danke.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Als nächster Redner spricht zu uns Dr. Alfred Dregger, der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Dr. Alfred Dregger (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Nur drei kurze Bemerkungen: Zunächst ein Dank an den Bundeskanzler für seine Passagen soeben zum Verhältnis von Europa und Nation. In der Tat: Wir können den Nationalismus nicht dadurch bekämpfen, daß wir den Menschen die Nation nehmen. Die Nation ist keine künstliche, sie ist eine natürliche Ordnung, und sie ist neben der Familie die wichtigste. Deswegen müssen wir das Miteinander von Nationalstaat und Europäischer Union zur Grundlage unserer Überlegungen machen.

Im übrigen, wenn die Europäische Union vollendet ist, ist sie eine Gemeinschaft europäischer Nationalstaaten. Natürlich ist Frankreich Nationalstaat und wird es bleiben. Großbritannien wird Großbritannien bleiben. Italien wird Gott sei Dank Italien bleiben. Und natürlich gilt in diesem Zusammenhang, daß auch Deutschland nichts anderes als Deutschland bleiben kann.

Meine Damen und Herren, eine zweite Bemerkung: zur Wahl des Bundespräsidenten. Ich bin für Heitmann, und zwar aus drei Gründen:

(Beifall)

Erstens. Ich bin für Heitmann, weil er ein untadeliger Mann ist.

(Beifall)

Zweitens. Ich bin für ihn, weil er sich in seiner Heimat der kommunistischen Diktatur nie unterworfen oder auch nur angepaßt hätte.

(Beifall)

Drittens. Ich bin für ihn, weil er mit dieser Vita und dieser Haltung der bestmögliche Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten ist.

(Beifall)

Keiner der anderen Bewerber könnte Vergleichbares für die große nationale Aufgabe, die Einheit der Nation zu vollenden, jetzt leisten.

Die anderen Kandidaten, die ich nicht abwerten will, haben andere Vorzüge, einen höheren Bekanntheitsgrad. Aber das ist, meine ich, weder ein Verdienst noch ein Wunder, und das wird sich auch bald ändern. Dies gilt auch für die unsachliche Kritik, die man gegen unseren Kandidaten ins Feld führt.

Meine Freunde, wir können bei dieser Wahl gewinnen, wenn wir als Einheit auftreten.

Ich bin stolz darauf, daß wir in der Zeit, in der ich die Fraktion führte, immer zu dem Ergebnis kamen, daß wir einheitlich votiert haben. Wenn das auch in der Bundesversammlung gelingt, dann werden wir die wenigen Stimmen, die wir noch brauchen, hinzugewinnen.

Ich habe noch ein drittes und letztes Anliegen. Die Mitte Berlins muß ihr historisches Gesicht zurückgewinnen. Die Berliner Mitte ist das Schloß. Alle Plätze und Straßenzüge der näheren Umgebung sind auf das Schloß ausgerichtet. Ohne das Schloß verlieren sie ihren Halt und ihre Orientierung.

Ein zweiter Grund. Das erste, was die Polen trotz größter materieller Not nach den Zerstörungen des Krieges in Warschau in Angriff nahmen, war der Wiederaufbau ihres Schlosses. Hitler hatte es in seinen Grundfesten zerstört. Aber Hitler sollte nicht das letzte Wort über die Gestaltung der polnischen Hauptstadt haben. Das Berliner Schloß wurde von Ulbricht zerstört. Er wollte ein Aufmarschgelände für seine Massenkundgebungen schaffen. Aber er wollte auch Deutschland treffen, indem er ein hervorragendes Dokument seiner Geschichte zerstörte. Ich sage: Auch Ulbricht darf nicht das letzte Wort über die Gestaltung der deutschen Hauptstadt behalten.

(Beifall)

Auch deshalb sollte das Schloß jedenfalls in seiner äußeren Gestalt wieder erstehen. Das muß nicht sofort geschehen, aber diese Option muß zumindest offengehalten und planerisch vorbereitet werden. Spenden könnten und sollten zur Finanzierung beitragen. Die Bürgerinitiative, die sich darum bemüht, verdient unser aller Anerkennung. Meine Damen und Herren, auch städtebauliche Fragen können von größter politischer Bedeutung sein, und das scheint mir hier der Fall zu sein.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Dregger. Es spricht jetzt der Ministerpräsident von Thüringen, Herr Dr. Bernhard Vogel, zu uns.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Unser Freund Dieppen hat recht, wenn er sagt, man sieht, es geht voran. Wer durch die Städte und Kreise der jungen Länder geht, wird keine Gemeinde finden, in der sich in den letzten Jahren nicht Wesentliches getan hat. Wer durch die Landschaften der jungen Länder fährt, muß nicht blind, sondern böswillig sein, wenn er nicht erkennt, daß in erheblichem Maße Veränderung im Gange ist.

(Beifall)

Es ist natürlich auch zu erkennen, daß noch ungeheuer viel zu tun bleibt. Wir sind entschlossen, das, was noch zu tun bleibt, anzupacken, weil wir es für unerträglich halten, daß die, die die Wiedervereinigung nicht wollten, jetzt die Schwierigkeiten als Siegestrophäe vor sich hertragen.

(Beifall)

Wir müssen dabei zwischen denen unterscheiden, die an den Schwierigkeiten und Problemen, beispielsweise an der Arbeitslosigkeit, leiden – denen müssen wir helfen –, und denen, die nicht darunter leiden, sondern die nur recht behalten wollen, und denen müssen wir das Handwerk legen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen auch auf diesem Parteitag sehr klar sagen, die Schwierigkeiten sind im industriellen Bereich am größten. Noch immer kommen in den jungen Ländern auf 10 000 Einwohner nur 50 industrielle Arbeitsplätze und in der alten Bundesrepublik 120. Wir haben Schwierigkeiten mit manchen privatisierten Betrieben, die mangels Investitionen, wegen zu geringer Kapitaldecke, wegen zu geringer Liquidität, wegen mangelnden Managements und wegen zu geringer Markteinführung mit der Privatisierung nicht fertigwerden. Aber das darf doch nicht das Ziel, das wir uns gesetzt haben, in Frage stellen. Das Ziel bleibt: Umbau von sozialistischer Staatswirtschaft in Soziale Marktwirtschaft. Wir dürfen von diesem Ziel nicht abweichen, weil es Schwierigkeiten beim Erreichen des Ziels gibt. Wir müssen uns allerdings sehr wohl fragen, ob wir wirklich alle Instrumente anwenden, um dieses Ziel auch zu erreichen. Ein Haus, das umgebaut wird, kann man mit Gerüsten umgeben, aber man darf nicht seine Fundamente in Frage stellen. Zeit kaufen ja, zu staatlich gesicherten Arbeitsplätzen zurückkehren nein.

Meine Damen und Herren, wenn Helmut Kohl über den Standort Deutschland spricht, dann ist das unser Thema. Dann heißt Standort Deutschland aber auch Industriestandort Ostdeutschland,

(Beifall)

weil die Zukunft Deutschlands nicht nur in der Sicherung des Standorts Deutschland als Ganzes, sondern auch in der Sicherung der Industriestandorte in Ost und West und Nord und Süd besteht. Deswegen noch eine Bitte. 1992 sind für 33 Milliarden DM Waren und Dienstleistungen von Ost nach West und für das Siebenfache Warenleistungen von West nach Ost geflossen. Sie können es auf den Autobahnen jede Nacht selbst sehen. Ich meine, Solidarität üben heißt auch, uns zu helfen, daß sich die Ströme einander angleichen und daß ostdeutsche Produkte in den Regalen der Warenhäuser, in den Katalogen der Industriebetriebe genauso selbstverständlich sind, wenn sie qualitativ genauso sind wie die hiesigen, wie westdeutsche. Helfen Sie uns in diesem Sinn.

(Beifall)

Wenn jetzt eine Diskussion herrscht, ob DDR-Unrecht verjähren soll, wenn dazu Vorlagen im Bundesrat und im Bundestag liegen: Ich meine, das ist ein Thema, das man nicht vorschnell mit Mehrheiten entscheiden darf, sondern bei dem man zunächst auf die Menschen hören muß, die 40 und mehr Jahre im Sozialismus gelebt haben

(Beifall)

und wo man dann die Weichen so stellen sollte, daß Vergebung das Ziel ist, aber nicht vorfristiges Verwehren, daß das Opfer den Täter kennenlernen und sich gegen den Täter wehren kann. Ich bitte, lassen Sie uns in diesem Sinn Initiativen, wie sie aus den neuen Ländern gekommen sind, unterstützen, und lassen Sie uns hier nichts abwürgen.

Es ist vom Parteiprogramm geredet worden, es ist vom Parteitag des nächsten Jahres geredet worden, auf dem das Grundsatzprogramm verabschiedet werden soll. Das ist gut und richtig. Nur rege ich an: Laßt uns zu Anfang des nächsten Jahres dazu auch ein Aktionsprogramm vorlegen, damit die Wähler aller 20 Wahlen des nächsten Jahres wissen, was das Angebot der Kandidaten in den Kommunen, im Land und im Bund für das Ende dieses Jahrzehnts ist, wenn sie das Vertrauen den Männern und Frauen der Christlich Demokratischen Union schenken.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn da gelegentlich von dem gegenwärtigen möglichen Kanzlerkandidaten der SPD die Rede ist, so lassen Sie mich abschließend hinzufügen: Ich bin der einzige, dessen Gegenkandidat Herr Scharping schon einmal war. Am Wahlabend waren es nicht mehr sozialdemokratische Stimmen als vier Jahre zuvor, sondern weniger. Scharping ist besiegbar, und dafür gibt es einen Beleg. Deswegen wollen wir ihn das nächste Mal genauso erbringen. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Das Wort hat Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! In der gebotenen Kürze, deshalb holzschnittartig und nicht mit dem feinen Pinsel des Aquarells, was bei mir sonst üblich ist.

Sparen: Natürlich muß gespart werden. Die Einsicht ist im übrigen bei der Bevölkerung größer, als den Sozialdemokraten lieb ist. Nur, es muß erstens gerecht sein, zweitens verlässlich und drittens sensibel.

Lassen Sie mich mit dem Verlässlichen beginnen. Die Rentner haben sich ihre Rente teuer verdient. Sie müssen sich auf die Zusage verlassen können. Manche der Diskussionen über die Rente erinnert mich an jemanden, der sagt: Ich will das Geschirr spülen, aber erst zerdeppere ich die Tassen.

Ich finde es ganz wichtig, daß das Rentensystem nicht nur ein System für die nächsten drei Jahre ist, sondern ein System mit vielen Hebeln, das auf ganz unterschiedliche Bedingungen eingehen kann. Wir haben 1989 keine Rentenreform von der Hand in den Mund gemacht. Wenn alle politischen Bereiche, wenn alle Unternehmen so weitsichtig gehandelt hätten, wie das im Zusammenhang mit der Reform der Renten geschehen ist, sähe es in Deutschland besser aus.

Lebensarbeitszeit: Freilich, sie kann und muß erhöht werden. Nur, gegenwärtig ist das bei Gott kein Thema. Gegenwärtig liegt die Lebensarbeitszeitgrenze unter der gesetzlichen. Was redet ihr über Gesetze? Die tatsächliche liegt ja unter der gesetzlichen. Das ist so ähnlich wie bei jemandem, der keine 1,70 m springt und sagt, ich lege die Latte auf 2,30 m.

Wenn ich es richtig sehe, wird sonntags im Brustton der Lohnnebenkostenbekämpfer - zu denen ich ja auch gehöre - unter großem Beifall gesagt, Lohnnebenkosten runter, und werktags lösen die Großbetriebe ihre Personalprobleme, indem sie 55jährige in den Ruhestand schicken und die Sozialkassen bezahlen lassen. Das halte ich für eine große Schizophrenie unserer Diskussion.

(Beifall)

Bringt doch erst einmal die tatsächliche Lebensarbeitszeitgrenze in Ordnung.

Freilich, wenn die Lebenszeiten länger werden - was wir uns ja alle wünschen -, dann muß die Lebensarbeitszeitgrenze der Rente auch angehoben werden. Ein Jahr mehr ist ein Beitragspunkt.

Die Frauenerwerbsarbeit steigt, und damit sinken auch die abgeleiteten Hinterbliebenenansprüche der Frauen. Das System ist in mehrererlei Weise flexibel.

Eines sage ich Ihnen in aller Kürze: Eine Einheitsrente, 1.200 DM für jeden aus der Gulaschkanone des Staats, gibt es mit mir nicht. Die Rente bleibt lohnbezogen.

(Beifall)

Für 1.200 DM muß heute ein Durchschnittsverdiener 27 Jahre malochen. Ich frage Sie: Warum soll er 27 Jahre zur Arbeit gehen, Beiträge zahlen, wenn er auch ohne Arbeit und Beiträge 1.200 DM bekommt? Das ist eine Prämie für Aussteiger und nicht eine lohn- und leistungsbezogene Rente. Die wird von mir, von der CDU verteidigt. Keine Spielereien!

(Beifall)

Das wäre auch ein Betrug an den jungen Beitragszahlern, die mit ihrem Beitrag die dynamische Rente bezahlen und dann nur noch eine Einheitsrente bekämen. Und die alte Rente steht unter Eigentumsschutz. Einheitsrente wäre Diebstahl bei den Rentnern. Also ist Einheitsrente nur eine Wahl zwischen Betrug und Diebstahl. Keines davon ist eine Alternative für uns.

Im übrigen: Die Rentenversicherung hat sich in Sachen deutsche Einheit bewährt. Die ehemalige DDR hat 16 Milliarden Mark - wohlgemerkt: Mark! - für die Rentner ausgegeben. Heute betragen die Rentenausgaben im gleichen Gebiet nicht 16 Milliarden Mark, sondern 54 Milliarden DM.

Die Rentner sind eine Generation, die viel mitgemacht hat. Manche zwei Weltkriege, fast jeder einen, manche zwei Diktaturen. Laßt sie in Ruhe und Zufriedenheit ihre Rente verzehren. Wir hoffen, daß keine nachwachsende Generation jemals das wieder mitmachen muß, was die jetzige Rentnergeneration mitgemacht hat.

(Beifall)

Zur Pflege nur soviel: Ich habe dazu nur ein Wort: jetzt oder nie. Es gibt kein Argument, das neu wäre. 20 Jahre wird darüber diskutiert. Fragen Sie einmal in den Pflegeheimen, fragen Sie einmal die Frauen, die ihre Kinder pflegen - meistens sind es die Frauen -, was sie von dieser wortreichen Diskussion halten. Nichts. Der Worte sind genug gewechselt. Eine weitere Diskussion wäre nur eine Verdrängung, eine Verschiebung des Problems nach der Methode: Wir besichtigen das Problem, sind betroffen und reisen weiter. Das ist so ähnlich wie beim Unfall auf der Autobahn: Viele Gaffer, und dann fahren sie weiter und hören wieder Autoradio.

Nein, jetzt muß gehandelt werden. Diese Republik hat viel zu viele Besprecher. Wir brauchen Bearbeiter. Jetzt muß die Pflegeversicherung her, und die CDU wird sie bringen.

(Beifall)

Natürlich - keine Angst -, wir brauchen Kompensation. Ich habe immer gewußt, daß nicht draufgesattelt werden kann. Wenn ich sehe, was unser Sozialstaat alles bezahlt, muß ich sagen: Da ist das Schicksal der Pflegebedürftigen zehnmal höher und schwerer anzusetzen als das, was alles auf Krankenschein behandelt und bezahlt wird.

Meine lieben Freunde, statt der Demonstration am vergangenen Montag gegen die Selbstbeteiligung bei der Lohnfortzahlung, gegen Karenztage hätte ich mir in den letzten 20 Jahren einmal eine kraftvolle Demonstration des deutschen Gewerkschaftsbundes für die Pflegebedürftigen gewünscht. Das wäre ein Zeichen von Solidarität gewesen.

(Beifall)

Für die war noch niemand auf der Straße. Die Mutter, die ihr Kind rund um die Uhr pflegt, kann gar nicht auf einem Marktplatz erscheinen. Ich frage uns, ich frage die Gesellschaft: Handeln wir eigentlich nur, wenn es Rabatz gibt? Handeln wir eigentlich nur, wenn demonstriert wird? Oder müssen wir nicht für diejenigen handeln, die selber zu schwach sind, sich zu wehren? Das sind die Pflegebedürftigen, und deren Gewerkschaft ist die CDU.

(Beifall)

Über den Arbeitsmarkt nur soviel: Ich finde, das A und O jeder Sozialpolitik ist Arbeit für alle. Auf den ausgelatschten Straßen werden wir nicht zur Vollbeschäftigung zurückkommen. Wir brauchen neue Beschäftigungsfelder. Übrigens, die Pflege ist auch ein neues Beschäftigungsfeld. Dienstleistungen von Mensch zu Mensch werden gefragt werden, wenn die ganze Welt verkabelt ist.

Ich finde, daß es wichtig ist, ein Werkstück nach dem anderen zu erledigen.

Was mich in der Diskussion quält und ärgert: Wenn in Bonn nicht jeden Tag ein neuer Vorschlag gemacht wird, bricht die Langeweile aus. Wir leiden unter einem Wortschwall, der dem Rauschen einer Toilette vergleichbar ist. Wir brauchen nicht so viele Worte. Es muß gehandelt werden.

Die Renten sind sicher, die Pflegeversicherung kommt, und wir müssen alles tun, um Vollbeschäftigung, Arbeit für alle zu erreichen.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Dr. Berndt Seite.

Dr. Berndt Seite: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank, Norbert Blüm, für Ihren engagierten Beitrag.

Als Ministerpräsident eines neuen Bundeslandes muß ich Ihnen sagen - ich sage das ganz deutlich -: Die Operation „Deutsche Einheit“ verläuft erfolgreich. Wir haben zwar große Schwierigkeiten, aber sie ist erfolgreich. Dafür gilt unser besonderer Dank Helmut Kohl. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Menschen in den neuen Ländern bei den Wahlen im nächsten Jahr diese historische Leistung und die gewaltigen Anstrengungen der Bundesregierung für den Aufbau der neuen Länder auch honorieren werden.

Die Schwierigkeit besteht darin - Peter Hintze hat das ganz deutlich zum Ausdruck gebracht -, den Menschen klarzumachen, daß es die CDU ist, die das alles auf den Weg gebracht hat.

Meine Damen und Herren, wir müssen unseren Landsleuten auch ganz besonders bewußt machen, daß wir uns erst im Jahre 3 der deutschen Einheit befinden. Es ist völlig normal, wenn sich der Patient nach einer 40jährigen bösartigen Krankheit und anschließender Notoperation nur langsam erholt. Aber er erholt sich stetig. Wer mit offenen Augen durch die neuen Länder fährt, muß keine Statistik lesen. Er kann die vielen Baustellen, die vielen neuen Eigenheime und Gewerbegebiete nicht übersehen.

Auf einem Bürgerforum sagte mir neulich ein ehemaliger Parteigänger der SED, man müsse schon zugeben, daß sich hier in drei Jahren mehr bewegt habe als in einem Jahrzehnt zuvor. Es kann also kein Zweifel daran bestehen, daß sich unser Patient auf dem besten Wege der Genesung befindet.

In diesem Zusammenhang ist es schon ein Stück aus dem Tollhaus, wenn viele Menschen in den neuen Ländern, nach ihrer eigenen Situation befragt, antworten, es gehe ihnen schon gut bis sehr gut, dieselben Menschen aber demgegenüber die Lage in den neuen Ländern insgesamt als eher schlecht bewerten.

Das geht nach dem Muster: „Mir geht es gut, aber ich kenne jemanden, dem es wesentlich schlechter geht.“ – Das kann ja wohl nicht so stimmen. Hier, liebe Parteifreunde, müssen wir bis zu den Wahlen 1994 noch massiv ansetzen, damit nicht andere die Ernte einfahren, deren Saat wir eingebracht haben.

Meine Damen und Herren, es gibt aber zwei Entwicklungstendenzen in unserer Gesellschaft nach der Wiedervereinigung, die mich mit großer Sorge erfüllen und die sicher nicht nur ein Problem für die neuen Länder darstellen. Das betrifft zum einen die Innere Sicherheit. Das Lebensgefühl unserer Bürger wird wesentlich vom persönlichen Sicherheitsempfinden beeinflusst. Die Zunahme der Zahl der Straftaten und die Berichterstattung darüber haben dazu geführt, daß viele Menschen Angst haben. So droht sich die Furcht, Opfer einer Straftat zu werden, zu einem Verlust an persönlicher Freiheit zu entwickeln.

Liebe Parteifreunde, diese Kriminalitätsentwicklung können und dürfen wir nicht akzeptieren. Dagegen hilft allerdings kein hektischer Aktionismus, sondern nur schlüssige Politik. Aber nicht nur die Politik ist gefragt und gefordert. Die Ursachen dieser besorgniserregenden Entwicklung liegen zum großen Teil in der Gesellschaft. Deshalb müssen in gleicher Weise die gesellschaftlichen Kräfte und nicht zuletzt auch die Bürgerinnen und Bürger selbst im Rahmen ihrer jeweiligen Verantwortlichkeit und Möglichkeit dazu beitragen. Der Staat allein kann das nicht leisten.

Liebe Parteifreunde, es kann nicht oft genug wiederholt werden: Wir brauchen ein Recht, das die Bürger schützt und nicht den Straftäter. Aber wir wissen alle, daß eine Verstärkung der Polizei und eine Verschärfung der Gesetze allein nicht genügen. Noch wichtiger ist es, die Ursachen der Kriminalität zu bekämpfen. Hierbei nenne ich zuallererst den Verlust an Werten in weiten Kreisen von Staat und Gesellschaft. Im

Vordergrund stehen heute leider mehr und mehr Materialismus und Konsumdenken, und die Durchsetzung egoistischer Ziele ohne Rücksicht auf die Belange und Bedürfnisse der Mitmenschen hat in vielen Bereichen zugenommen.

Nicht nur im Hinblick auf das Kriminalitätsgeschehen, sondern auch im Hinblick auf den Zustand unserer Gesellschaft allgemein ist eine Rückbesinnung auf anerkannte und der Jugend vorgelebte Tugenden und Werte wie Ehrlichkeit, Vertrauen, Treue, Verantwortung, Zivilcourage und Rücksichtnahme erforderlich. Erschreckend finde ich die zunehmende Aggressivität von Kindern und Jugendlichen bereits in Kindergärten und Schulen.

Wir müssen die Familie stärken. Ich weiß, wie schwierig das in der heutigen Zeit ist: Steigende Scheidungszahlen, Väter, die sich aus der Erziehung ihrer Kinder zurückziehen, Wertewandel, Veränderungen in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft, ständig steigende Medienflut, Wohlstandsprobleme auf der einen Seite und finanzielle Probleme und soziale Spannungen auf der anderen Seite mahnen uns zur Rücksicht und zur Umkehr.

Eine besondere Verpflichtung – das kann man nicht oft genug betonen – kommt dabei auch den Medien zu. Es ist erschreckend, wie viele Stunden Kinder und Jugendliche vor Fernseh- und Videogeräten sitzen. Hier haben auch und gerade die Eltern eine große Verantwortung. Keine Erzieherin, kein Lehrer kann die Aggressionen, die sich unter dem unkontrollierten Medienkonsum am Wochenende aufstauen, am Montag in 45 Minuten Religions- oder Ethikunterricht wieder abbauen. Die Schule kann nicht die Reparaturwerkstatt der Politik sein.

Meine Damen und Herren, eine zweite Entwicklungstendenz, die mir Sorge macht, betrifft – trotz großer Anstrengungen – die Probleme des zweiten Arbeitsmarktes. Ich bin besonders froh, daß es mit Hilfe des Bundes auch in diesem Jahr gelungen ist, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu geben. Dennoch müssen wir feststellen, daß viele Menschen den Anforderungen moderner wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze nicht gewachsen sind und auch durch Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen auf Dauer nicht in Beschäftigung gebracht werden können. Wenn wir hier nicht rechtzeitig gegensteuern, wird dies nicht ohne Auswirkungen auf den sozialen Frieden in unserem Land bleiben.

Meine Damen und Herren, wir müssen nach Lösungen suchen. Wir müssen auch andere Wege finden. Nur eine Wirtschaftspolitik à la FDP nach dem Motto: „Der Markt wird es schon richten“ wird keine Zukunft haben. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Werner Schreiber.

Werner Schreiber: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Ich denke, in dem Bericht des Bundesvorsitzenden ist deutlich geworden, daß Deutschland ohne Zweifel vor einer großen Herausforderung steht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, daß wir, die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft, unseren Beitrag dazu leisten werden, daß wir diese Herausforderung bestehen. Ich möchte eines hinzufügen: Die CDU ist nach dem Kriege im Westen als eine Partei der Sozialen Marktwirtschaft groß geworden. Wirtschaftliche Kompetenz und soziale Kompetenz: Das war unsere Politik in Westdeutschland, und das war auch das Geheimnis unserer Erfolge. Ich meine, dies muß auch so bleiben. Unsere Politik muß inhaltlich darauf ausgerichtet sein.

Das soll uns jedoch nicht daran hindern – ich möchte auch das ganz deutlich sagen –, unterschiedliche Positionen zu diskutieren und um den richtigen Weg zu ringen. Es

macht keinen Sinn, meine Freunde, wenn wir bestehende Gegensätze – nachdem wir uns im Grundsatz einig sind, aber über den Weg streiten – unter den Teppich kehren. Deshalb möchte ich zwei Dinge ansprechen, die uns in diesen Tagen bewegen.

Ich komme zunächst auf die Pflegeversicherung zu sprechen; Kollege Blüm hat aus seiner Sicht darauf hingewiesen. Das ist eine Sache, in der die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft Dich, lieber Norbert, voll unterstützt. Das ist überhaupt keine Frage. Darüber gibt es überhaupt keine unterschiedliche Auffassung.

Ich denke aber, daß wir über die Frage der Kompensation nachdenken müssen. Ich möchte noch einmal deutlich machen, daß die CDA der Auffassung ist, daß wir eine Kompensation brauchen. Es ist nicht so, daß wir sagen, wir brauchen keine Kompensation. Ich möchte jedoch noch einmal deutlich machen, daß eine Kompensation über die Wiedereinführung von Karenztagen mit uns nicht zu machen ist. Das möchte ich am heutigen Nachmittag hier ganz deutlich unterstreichen.

(Beifall)

Ich frage mich schon, welcher Teufel den Kollegen Schäuble geritten hat – er ist leider nicht anwesend –, nachdem wir in der Frage einer Kompensation mittlerweile eine andere Strategie verfolgen, auf einmal zu sagen: Ich bin für eine Kompensation durch Feiertage, aber die Karenztage müssen trotzdem kommen. Ich habe dafür kein Verständnis.

(Vereinzelter Beifall)

Wir werden uns dieser Frage also nicht verschließen. Ich möchte eines hinzufügen: Ich fordere auch die SPD-geführten Bundesländer auf, den Weg über die Streichung von Feiertagen nun mitzugehen. Es drängt sich mir manchmal der Verdacht auf, als wolle die SPD die Pflegeversicherung deshalb nicht, weil sie uns natürlich in eine Diskussion über die Karenztage hineintreiben möchte. Deshalb meine Aufforderung an die SPD-geführten Länder: Geht den Weg über die Streichung von Feiertagen mit, damit wir die dringend notwendige Pflegeversicherung auch tatsächlich und rechtzeitig bekommen.

Ich möchte aber auch zwei, drei Worte zum Sparpaket sagen. Es sind wirklich nur einige wenige Worte.

Ich denke, daß wir, die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft, uns auch der Herausforderung der Konsolidierung der Staatsfinanzen zusammen mit der Mutterpartei stellen wollen. Das ist für uns überhaupt keine Frage. Es geht, glaube ich, darum, mit einer konsequenten Strategie deutlich zu machen, daß die Staatsquote schrittweise zurückgeführt werden muß und kann. Darin sind wir uns völlig einig. Dahingehend gibt es sicher Übereinstimmung auch über alle Vereinigungen hinweg. Die Solidität der Staatsfinanzen liegt gerade im besonderen Interesse der Arbeitnehmer, aber auch der Rentner.

Ich will aber eines hinzufügen – vielleicht ist das etwas, worin wir uns dann doch wieder unterscheiden –: Das Sparen darf nicht zur Spezialdisziplin der kleinen Leute werden. Deshalb sage ich: Sparen muß solidarisch erfolgen. Alle müssen ins Solidarboot. Von daher meine Schlußfolgerung: Überdenkt dieses Sparpaket, denn die Rasenmähermethode bringt uns nicht weiter! Ich füge noch eines hinzu: Überlegt auch, wie dieses Sparpaket in einer ganzen Reihe von Facetten auf die ostdeutschen Länder wirkt, denn dort ist das Einkommensniveau noch völlig anders als in den westlichen Bundesländern. Auch das muß, wie ich meine, bedacht werden.

Deshalb sagen wir und sage ich ja zum Abbau von Sozialprivilegien, ja auch zum Abbau von Steuerprivilegien, ja zur Bekämpfung des Mißbrauchs des sozialen Netzes, ja aber auch zur Bekämpfung von Steuermißbrauch, Steuerhinterziehung und Subventionsmißbrauch. Dies alles muß sein, daß wir den Menschen klarmachen können, daß wir, die Union, nicht die Partei sind, die im Sozialbereich allein spart, sondern daß wir die Partei sind, die ein ausgewogenes, solidarisches Opfer von den Menschen verlangt.

Wir sind für die Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Von mir aus kann man das auch Umbau nennen, wenn man damit nicht Abbau meint. Wir sind auch der Auffassung - ich bekenne mich dazu -, daß die sozialen Systeme dergestalt überprüft werden müssen, ob sie dem Prinzip der Solidarität noch gerecht werden.

Aber laßt uns dies in einer fairen Gemeinsamkeit tun. Wir werden unsere Positionen einbringen, und wir werden zu den verschiedenen Bereichen, Steuer- und Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, unsere eigenen Vorstellungen einbringen. Ich bitte nur darum, daß die Partei in der Gesamtheit inhaltlich über diese Schritte diskutiert. Dann bin ich mir sicher, daß wir die Herausforderungen der Wahlkämpfe der nächsten Monate und des nächsten Jahres bestehen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Birgit Bauer, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Ich möchte die Redner gern noch einmal an die Redezeit erinnern, damit nicht jedes Mal die Klingel hier in Bewegung gesetzt werden muß. – Als nächster spricht zu Ihnen Herr Bernhard Sälzer.

Bernhard Sälzer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Parteivorsitzende und der Generalsekretär haben beide auf die Terminkette 1994 hingewiesen. Wir werden die Europawahl im Juni haben, die Bundestagswahl im Oktober, und wir werden die deutsche Ratspräsidentschaft in der EG vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1994 haben. Das heißt, die Europapolitik wird 1994 in ganz besonderer Weise im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Arbeit stehen.

Der Bundeskanzler hat auch darauf hingewiesen, daß wir tunlichst nur über Texte diskutieren sollten, die wir auch gelesen haben. Das gilt in ganz besonderer Weise für den Vertrag von Maastricht, einen Text, über den viele in der Vergangenheit geredet haben, die mit Sicherheit, wenn sie politische und intellektuelle Redlichkeit in Anspruch nehmen wollen, ihn nie gelesen haben können. Das gilt leider auch für einige aus unseren eigenen Reihen.

Der Vertrag von Maastricht ist nicht der Abschluß einer Entwicklung, sondern der unwiderrufliche Einstieg in die politische Union. Diese politische Union, die Konrad Adenauer immer wollte und die Helmut Kohl möglich gemacht hat, liegt zutiefst im deutschen Interesse. Dies ist mehrfach unterstrichen worden, nachdrücklich auch von Alfred Dregger.

Wir haben die längsten Grenzen und die meisten Nachbarn. Die politische Union gibt uns erstmals in der Geschichte die Möglichkeit, uns aus dem Sog zu befreien, entweder eine Hegemoniediskussion in Europa zu haben oder Koalitionen in Gegnerschaft schließen zu müssen, und zwar in Fragen der Inneren Sicherheit, Umweltschutz, Entwicklungshilfepolitik und weiteres.

Aber lassen wir uns bitte nicht die falsche Diskussion aufdrücken, die zum Teil auch in unseren eigenen Reihen geführt wird und die davon ausgeht. Da gibt es die einen, die wollen den Nationalstaat abschaffen, und die anderen wollen am Nationalstaat festhalten.

Diese Alternative ist zutiefst falsch. Die Nationalstaaten sollen ihre volle Handlungsfähigkeit in allen Bereichen behalten, die nicht konkret der europäischen Ebene übertragen werden. Das heißt eben, daß der Deutsche Deutscher und der Franzose Franzose bleiben kann.

Aber die Mitgliedstaaten der EG werden um des gemeinsamen Erfolges willen und damit in ihrem ureigensten Interesse Befugnisse, Aufgabenbereiche und Souveränitätsrechte übertragen müssen. Für alle Aufgaben, die der EG übertragen werden, muß die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft sichergestellt sein. Das sehen wir am ehesten durch eine bundesstaatliche Ordnung auf EG-Ebene gewährleistet, die sich am Modell des Zweikammersystems der Bundesrepublik Deutschland orientiert.

(Beifall)

Damit ist auch eindeutig gesagt, daß wir auf keinen Fall einen europäischen Zentralstaat wollen. Wir können nicht mit den Begriffen des 19. Jahrhunderts die Diskussion führen, sondern wir müssen ganz klar und deutlich wegen der Bedeutung der Terminkette 1994 sagen, wohin die Reise geht.

Unsere Partner in der Welt, aber insbesondere in Europa, verstehen viele Diskussionen bei uns in Deutschland überhaupt nicht. Eines dieser Themen ist, wie wir mit unserem Bundeskanzler umgehen.

Jeder europäische Regierungschef in Europa, egal welcher Partei er angehört, sieht in Helmut Kohl seinen wichtigsten Partner. Erinnern wir uns daran, daß der französische sozialistische Staatspräsident Helmut Kohl gebeten hat, im französischen Fernsehen aufzutreten, als das Referendum zu dem Vertrag von Maastricht in Frankreich nicht positiv auszugehen schien.

Die Reformer der LDP in Japan sagen, sie wollen ihre Partei nach dem Modell der CDU Deutschlands ausrichten. Giscard d'Estaing sagt bei fast jeder Rede in Frankreich, er will die UDF zur CDU Frankreichs machen. Ministerpräsident Balladur schreibt 1992 in seinem politischen Perspektivbuch, er sieht zwei große deutsche Kanzler, Bismarck und Kohl. Giscard d'Estaing sagt in öffentlichen Reden in Frankreich und wo er auftritt, er sieht drei große Kanzler: Bismarck, Adenauer und Kohl.

Für 1994 ist nach meiner Überzeugung von ganz entscheidender Bedeutung, daß wir nicht nur klarmachen können, wie sehr die politische Union Europas zutiefst im deutschen Interesse liegt, sondern daß wir gleichzeitig auch klarmachen können, daß kein anderer als Helmut Kohl in der Lage ist, die deutschen Interessen in Europa und in der Welt durchzusetzen.

(Beifall)

Dr. Birgit Bauer, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. - Es hat jetzt das Wort Herr Klaus Bregger.

Klaus Bregger: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das Prognos-Institut, ein seriöses Institut, hat dieser Tage prognostiziert, daß wir voraussichtlich nächstes Jahr knapp sieben Millionen Arbeitslose haben werden. Hier kommen soziale Konflikte auf uns zu, die es im Vorfeld bereits zu lösen gibt.

Dazu gehört auch, daß diese schwierig gewordene Nahtstelle zwischen Partei, Politik und Wirtschaft wieder geschlossen wird, eine schwierige Stelle, die natürlich auch damit zusammenhängt, daß nicht nur Politiker, sondern auch Unternehmer und Wirtschaftler in der Vergangenheit das Wachstum, die Wachstumsrate von morgen mit hohen Schulden von heute beglichen haben.

Da gilt es nicht nur an die Disziplin der Politik, sondern auch an die Unternehmer zu appellieren. Hier ist es mein Anliegen, erneut darauf aufmerksam zu machen, daß wir keine Ständeratsrepublik, keine Lobbyistenrepublik sind, sondern daß wir eine Parteienrepublik sind und daß die Parteien über die wichtigsten Positionen in diesem Land entscheiden. Das heißt, die Wirtschaft muß in die Parteienlandschaft zurückkehren.

Zur Stabilisierung dieser Nahtstelle zwischen Wirtschaft und Politik gehört aber auch, daß wir uns von der traditionellen Industriepolitik der letzten 20 Jahre verabschieden und wieder zu einer Wirtschaftspolitik zurückkehren, die sowohl Industrie wie Handel, Handwerk und den wachstumsorientierten Dienstleistungssektor gleichermaßen berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang sind zahlreiche Diagnosen und zahlreiche Analysen, die alle richtig sind, gemacht worden. Aber es fehlt bis zur Stunde die richtige Therapie.

Der Generalsekretär hat es gesagt: Wahlentscheidend wird es im kommenden Jahr sein, welche Partei der Bevölkerung glaubhaft nachweisen kann, mit welchen Therapien man das große Arbeitslosenproblem in Deutschland lösen kann.

Hier gibt es durchaus Ansatzpunkte, die in den nächsten Wochen angegangen werden müssen, die im Dienstleistungsbereich liegen, die im Patentreich liegen, die einfach in einer neuen Atmosphäre der Gründerwelle liegen müssen.

Arbeitsplätze werden nämlich nicht von Regierungen geschaffen, sondern sie werden von Arbeitnehmern geschaffen, die sich selbständig machen wollen, von Tüftlern, die Patente anmelden und in Arbeitsplätze umsetzen, von Mittelständlern, die expandieren würden, wenn sie eine bessere Eigenkapitaldecke hätten, und natürlich hoffentlich bald auch wieder von Großunternehmungen, wenn sie ihre Strukturkrise beendet haben.

Meine Damen und Herren, Punkt 2 ist der Sparwille. Ich stimme mit Werner Schreiber von der CDA völlig darin überein, daß die Solidität des Haushalts Priorität hat und daß es die kleinen Leute sind, die Bezieher der kleinen Einkommen und die kleinen Unternehmer, die die Inflationsraten zu bezahlen haben. Aber der Wille allein reicht nicht aus, denn man hat bei den Politikern zunehmend den Eindruck: Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach.

Lassen Sie mich diese Feststellung begründen. Im Gegensatz zum Sozialflügel unterstützen wir ausdrücklich die Sparmaßnahmen der Bundesregierung, aber ich sehe deutliche Defizite in den Ländern, und ich sehe noch größere Defizite in den Kommunen; denn es gibt nach wie vor Kommunen, die Wachstumsraten haben, welche über 9 % liegen. Diese Wachstumsraten, die auf den Jahren 1988 und 1989 aufbauen, sind so nicht mehr finanzierbar. Ich fordere dies heute noch nicht, aber ich bitte insofern auch die Bundesregierung, auf Wiedervorlage zu nehmen, daß wir am 1. Juli 1994 erneut darüber entscheiden müssen, ob der Solidarzuschlag kommt oder nicht. Wenn wir Bürger davon ausgehen könnten, daß Bund, Länder und Kommunen wirklich sparsbereit sind, Einsparungen vornehmen wollen, dann neige ich eher dazu, vorübergehend in eine höhere Verschuldung zu gehen, um diesen Solidarzuschlag möglichst nicht einführen zu müssen. Denn, meine Damen und Herren, 7,5 % Zuschlag, das heißt, daß diese Mittel dem Bürger nicht zum Konsumieren zur Verfügung stehen, und das bedeutet, daß die Wirtschaft natürlich auch nicht entsprechend produzieren kann.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist die Pflegeversicherung. Lieber Herr Blüm, wir haben gemeinsam das gleiche Ziel: Wir wollen eine Pflegeversicherung

haben. Aber der Weg dorthin ist unterschiedlich. Unser Weg geht in mehr Eigenverantwortung, d.h. ins 21. Jahrhundert. Ihr Weg geht ein Stück weit über die alten Bismarckschen Modelle des 19. Jahrhunderts. Herr Blüm, wir sollten das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verlieren. Ich habe dieser Tage der Presse entnommen, daß Sie die Pflegeversicherung auch im Streitfall durchsetzen werden. Herr Minister, man kann nicht gegen die gesamte Wirtschaft, gegen alle Wirtschaftsverbände dieser Nation, gegen den Wirtschaftsflügel der Union eine Versicherung durchdrücken, die bis zur Stunde nicht kompensiert ist, wenn nicht alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Deswegen fordere ich Sie auf, auch mit der Wirtschaft, mit dem Wirtschaftsflügel und mit uns erneut in Gespräche einzutreten und auch erneut über das Stuttgarter Modell der Landesregierung von Baden-Württemberg zu diskutieren, das jetzt modifiziert worden ist und das durchaus Ansatzpunkte in sich birgt, nachdem die Versicherungsgesellschaften endlich konkrete Finanzierungsmodelle vorgestellt haben.

Lassen Sie mich nun einen Satz zum Thema „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ sagen. Die SPD-Dame Matthäus-Maier hat der Bundesregierung vorgeworfen, die Bundesregierung treibe Arbeitgeber und Arbeitnehmer auseinander. Ein Hamburger Magazin, das in vielen Kreisen als ehrenwert gilt, hat heute behauptet, die Mittelständler in der Union seien auf dem Weg, eine neue Partei zu gründen. Meine Damen und Herren, lassen Sie es mich klar und deutlich sagen, sowohl an die Adresse von Frau Matthäus-Maier als auch in Richtung derjenigen, die solche Spekulationen anstellen: Die Mittelständler der Union sind in dieser Partei, weil sie die einzige Volkspartei ist, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Tisch sitzen.

(Beifall)

Das gibt es weder bei der FDP, wo Sie Arbeitgeber finden, noch bei der SPD, wo Sie in aller Regel nur Arbeitnehmer finden, denn die Arbeitsgemeinschaft der selbständigen Unternehmer in der SPD ist eben leider nur eine reine Briefkastenadresse.

Ein letztes Wort an den Bundeskanzler: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, das, was Sie heute zur Europapolitik, die uns große Sorge macht, gesagt haben, können wir inhaltlich nicht nur voll unterschreiben; mehr noch, wir fordern Sie auf, diese Europapolitik verstärkt fortzusetzen.

(Zustimmung)

Was sich in der Türkei, was sich in den GUS-Staaten, was sich östlich der Elbe abspielt, verängstigt viele, die über den Tellerrand hinaus auf die Geschäfte im Osten sehen und sich nicht nur mit Innenpolitik beschäftigen. Wir brauchen ein starkes Europa, um Sicherheit zu haben!

(Zustimmung)

Ein zweiter Punkt, sehr geehrter Herr Bundeskanzler. Es ist die Bitte des Mittelstandes, des bürgerlichen Lagers, die ich hier überbringe: Regieren Sie uns etwas mutiger; wir ertragen dies. Verwalten Sie uns etwas weniger; wir wünschen dies. Entbürokratisieren Sie uns sehr schnell; wir fordern dies. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dr. Birgit Bauer, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Thomas Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer immer uns den Rat gibt, die Sache zu vertagen, versündigt sich an unserem Land. So Helmut Kohl heute, im wesentlichen, wie ich zugebe, im Zusammenhang mit der

Diskussion über die Pflegeversicherung. Ich glaube aber, das gilt mit Sicherheit auch für den Bereich des Schutzes unserer Umwelt. Denn die verfügbaren Daten – national wie international – zeigen, daß wir nicht mehr allzuviel Zeit haben, um die Umwelt vor der endgültigen Zerstörung zu bewahren. Wenn aber die Aufgabe der Bewahrung der Schöpfung, wie es auch in unserem neuen Grundsatzprogramm steht, für die CDU Deutschlands eine herausgehobene Position hat – und, wie ich finde, auch haben muß -, dann will ich ganz offen sagen, daß ich kein Verständnis dafür habe, daß zwar das Bundesnaturschutzgesetz vom Hause Töpfer - wie ich meine, richtigerweise - novelliert werden soll und die Vorarbeiten abgeschlossen sind, daß diese Absicht aber vom Bundeskabinett nach wie vor nicht mit Leben erfüllt worden ist.

(Zustimmung)

Ich habe auch kein Verständnis dafür, daß zwar die CDU und ihre führenden Repräsentanten immer wieder sagen, daß sie eigentlich auch ein Staatsziel Umweltschutz wollen, daß aber dann, wenn sich die Verfassungskommission mit Zweidrittelmehrheit zu einer vernünftigen Regelung durchgerungen hat, der Widerstand nun selbst in den eigenen Reihen wächst. Deswegen bitte ich, wenn es um die Frage von Glaubwürdigkeit in der Politik geht, aber schlichtweg auch um die Sicherung der Lebensgrundlagen für die Generationen, die nach uns kommen und die auch noch eine lebenswerte Umwelt brauchen, herzlich darum, daß in diesen beiden Punkten die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit den Fuß von der Bremse nimmt.

Es gibt einen guten Grafitti-Spruch, der heißt: Ihr geht mit dieser Erde so um, als hättet ihr eine zweite im Keller. Auch wenn das vielleicht für die Situation der Bundesrepublik Deutschland - gerade auf Grund der guten Arbeit von Klaus Töpfer -

(Zustimmung)

so nicht gelten kann, ist gleichwohl die Situation auch bei uns so, daß wir immensen Nachholbedarf haben. All das, was wir heute an Schäden verhindern, brauchen wir in Zukunft nicht doppelt und dreifach teurer zu reparieren. In diese Politik einzusteigen, das will das Grundsatzprogramm, und wenn das Grundsatzprogramm es will, dann muß unser heutiges Handeln unserem zukünftigen Wollen entsprechen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Birgit Bauer, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Herr Klaus Herrmann.

Klaus Herrmann: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wir haben im nächsten Jahr die vierte Wahl zum Europäischen Parlament. Die Kritik an Europa nimmt zu – in der Bevölkerung und leider auch in unserer Partei, in den Orts- und Kreisverbänden. Ich möchte hier noch einmal ganz deutlich sagen: Die CDU ist – das hat unser Bundesvorsitzender heute früh auch eindeutig unterstrichen – die Europa-Partei, die keinen Kurswechsel in der Europapolitik vorgenommen hat, auch wenn uns das von einigen angedichtet wird.

Was aber viele ärgert, ist die Regelungsdichte im EG-Recht. Oftmals werden dort aber die Falschen kritisiert. Denn schuld an vielen Regelungen sind die nationalen Regierungen und insbesondere auch unsere deutschen Ministerien. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen! Da gibt es eine Milchquotenregelung auf EG-Ebene. Die EG hat aber nur gesagt, daß Härtefälle national geregelt werden könnten. Wir haben, aus dem deutschen Landwirtschaftsministerium kommend, mit die strengsten Härtefallregelungen der EG, mit der Folge, daß alle möglichen Leute auf Europa schimpfen, aber eigentlich das nationale Ministerium meinen.

Oder ein zweites Beispiel: Es ist die dritte Reinigungsstufe bei der Abwasserbeseitigung beschlossen worden, von der EG vorgeschrieben. Aber diese Richtlinie kam auf Betreiben von unserem Umweltministerium in der Bundesrepublik zustande. Alles schimpft jedoch auf die EG, aber nicht auf diejenigen, die das initiiert haben.

Meine Bitte geht daher an uns alle, daß wir bei der Kritik an europäischen Regelungen hinterfragen, wer so etwas eigentlich wollte, wer das initiiert hat, und dann die Richtigen und nicht die Falschen kritisieren und damit eine Antieuropastimmung ein Stück weit mit unterstützen.

Eine zweite Bemerkung! Der Präsident der EG-Kommission Delors hat vor kurzem gesagt, daß zwei Drittel allen EG-Rechts auf Drängen der Nationalstaaten eingeführt worden seien, davon die Hälfte auf Drängen Deutschlands. Meines Erachtens muß dieser Perfektionierungsdrang deutscher Ressorts ein Ende haben.

(Vereinzelter Beifall)

Wir müssen ein stärkeres Bewußtsein dafür schaffen, daß nicht jede Idee, die irgendein Bürokrat in einer Amtsstufe für wichtig hält, als EG-Richtlinie oder -Verordnung zu einer Rechtsnorm gemacht wird.

(Erneuter vereinzelter Beifall)

Hier möchte ich Sie, Herr Bundeskanzler, darum bitten, daß die Bundesregierung einmal eine Initiative zur Entbürokratisierung auf EG-Ebene ergreift. Wir haben das in einer ganzen Reihe von Ländern erfolgreich durchgeführt, auch im Bund. Jetzt wäre es notwendig, daß auch einmal die Bundesebene, die Bundesregierung, auf der EG-Ebene eine Entbürokratisierungsaktion initiiert und durchführt. Ich fordere auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Bundestages dazu auf, mehr als bisher zu hinterfragen, ob eine EG-Richtlinie denn in jedem Fall notwendig ist oder ob es nicht besser ist, daß man in dem einen oder anderen Fall darauf verzichtet.

Meine Damen und Herren, wenn das durchgesetzt wird, dann haben wir es nächstes Jahr im Wahlkampf leichter. Dann können wir denen Wind aus den Segeln nehmen, die mit der Bürokratie in Europa ihr europafeindliches Süppchen kochen wollen, und dann können wir auch dem Wort „Subsidiarität“, das in der Bevölkerung keiner versteht, aber das sehr wichtig ist und das wir alle beschlossen haben, mit ganz konkreten Maßnahmen Leben verleihen.

Deshalb bitte ich darum, daß man uns hier an der Basis unterstützt und in Europa Vorschriften entbürokratisiert.

(Beifall)

Dr. Birgit Bauer, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr von Stetten das Wort. Ihm folgt dann Herr Volker Rühle.

Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu zwei Themen sprechen, die sicherlich nicht zu den wichtigsten in unserer schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation gehören. Dennoch sollten wir das Wählerverhalten hier nicht unterschätzen.

Es ist schlichtweg unerträglich und unklug, von weiteren Benzinpreiserhöhungen zu sprechen, obwohl die geplante Erhöhung zum 1. Januar 1994 noch nicht in Kraft getreten ist.

(Beifall)

Herr Töpfer mag gemeint haben, was er will: Er hat sich von dem betreffenden Magazin schlichtweg über den Tisch ziehen lassen. Mit Ihnen, Herr Töpfer, geht – ob Sie dies wollen oder nicht – 5 DM für Benzin in die Diskussion ein.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie uns schon empfehlen, dieses Magazin nicht zu lesen, wie wäre es denn mit einer Empfehlung an Ihre Herren Minister, diesem Blatt keine Interviews mehr zu geben?

(Beifall)

Das Thema „Benzinpreiserhöhung“ muß für absehbare Zeit vom Tisch, um Millionen von Autofahrern nicht weiter zu beunruhigen.

Meine Damen und Herren, auch die Diskussion um die 0,5- und 0,8-Promille-Grenze nimmt theoretische, nun fast schon ideologische Züge an. Ohne Not sollten wir hier auch kein Gesetz ändern. Für eine Herabsetzung von 0,8 auf 0,5 Promille gibt es weder eine praktische Begründung, noch liegt eine Not vor. Wir sind kein Volk von alkoholisierten Autofahrern. Der weitaus größte Teil der Unfälle mit Alkohol geschieht mit über 1 Promille, wenige zwischen 0,8 und 1 Promille, kaum solche unter 0,8 Promille. Es sollte doch niemand glauben – dies ist schlichtweg eine pure Illusion –, daß die 95 % Unfallverursacher, die mit über 0,8 Promille Alkohol im Blut fahren, deswegen in Zukunft mit unter 0,5 Promille fahren. Die wenigen, die mit unter 0,8 Promille wirklich einen Unfall verursacht haben, hören doch plötzlich nicht auf zu trinken. Das können nur Theoretiker und wissenschaftliche Gutachter fernab der Realität sagen. Bewiesen ist ein drastischer Rückgang bei verstärkter Kontrolle. Hier sollten wir auf die Praktiker hören. Gestatten wir Serienkontrollen mit verbesserten Atemalkoholgeräten! Dies ist der richtige Weg, der richtige Ansatz und erfolgversprechend.

Die physische und nach seiner Meinung auch die subjektive finanzielle Last des Autofahrers ist erreicht. Wer das leichtfertig um des Beifalls der linken Presse wegen zur Seite wischt, kennt die Stimmung des Volkes nicht. Denken wir daran: Von 80 Millionen Deutschen fahren immerhin 50 Millionen mit dem Auto, sind über 14 Millionen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs, und das sind alles potentielle Wähler. Deswegen meine Bitte: Schluß mit dem Benzinpreisgerede, Schluß mit Gesetzesänderungen ohne Grund und Not, die den Autofahrer belasten!

(Beifall)

Dr. Birgit Bauer, Tagungspräsidium: Das Wort hat unser Verteidigungsminister Volker Rühle.

Volker Rühle: Liebe Freunde! Die alte deutsche Frage, die Überwindung der Teilung, ist mit der Wiedervereinigung beantwortet. Die vielleicht wichtigste neue deutsche Frage heißt: Welche Rolle will dieses wiedervereinigte Deutschland innerhalb Europas und darüber hinaus spielen? Hier stehen wir vor wichtigen Entscheidungen.

Erstens. Wir müssen das Atlantische Bündnis, die NATO, an die Bedingungen der Zukunft anpassen. Die NATO muß Bedeutung für die Zukunft gewinnen. Sie braucht neue Aufgaben und neue Mitglieder. Wer mit einer konservativen Einstellung zum NATO-Gipfel ginge, mit der Vorstellung, man könnte zwischen einer liebevollen Pflege und Erhaltung der alten, erfolgreichen NATO und einer Reform dieser NATO wählen, der täuscht sich. Nur wenn sich die NATO reformiert, wenn sie Bedeutung für die Lösung der wahrscheinlichsten Probleme der nächsten Jahre erhält, wird sie auch eine Zukunft haben, und werden auch unsere amerikanischen Verbündeten in Europa bleiben.

Zweitens. Wir müssen den notwendigen Zusammenhang zwischen der Reform der NATO und der sich vertiefenden und sich zugleich erweiternden europäischen Integration herstellen.

Drittens. Wir müssen einen Stabilitätstransfer nach Osten als eine europäisch-atlantische Gemeinschaftsaufgabe begreifen und dafür ein tragfähiges Konzept haben. Was wir brauchen, damit das immer noch getrennte Europa wirklich zusammenwächst, ist ein europäischer Solidarpakt. So wie die westdeutschen Bundesländer lernen mußten, von Empfängern zu Gebern zu werden – denn es geht ihnen allen gut im Vergleich zu den neuen Bundesländern –, so müssen auch die früher besonders gepflegten Länder im westlichen Europa lernen, daß die Finanzströme nicht mehr länger von Nord nach Süd gehen, sondern als eine europäische Gemeinschaftsaufgabe von West nach Ost gehen müssen, damit Europa zusammenwächst.

Viertens. Wir müssen die weltweite Geltung der Menschenrechte und des Völkerrechts durch eine Unterstützung der Arbeit der UN erreichen. Ich glaube, wir können stolz sein auf das, was die deutschen Soldaten in Kambodscha, in der Adria, in Jugoslawien und auch in Somalia in diesem Sinne schon erreicht haben.

(Beifall)

Es ist unstrittig, daß die NATO unsere Rückversicherung für jeden Angriff ist und auch bleibt. Ihre Verteidigungsfähigkeit ist der entscheidende Stabilitätsfaktor für den ganzen Kontinent. Denn die Verbindung von europäischem und amerikanischem Sicherheitspotential strahlt weit nach Osten aus. Aber die gemeinsame Verteidigung als Kernfunktion der Allianz muß ergänzt werden. Wir können uns nicht nur auf einen Fall vorbereiten, der höchst unwahrscheinlich ist. Weit und breit ist niemand zu sehen, der die NATO angreifen wollte oder könnte.

Es wäre strategischer Luxus, im Bündnis nur in Kategorien der Verteidigung zu denken. Deswegen brauchen wir die Fähigkeit zum gemeinsamen Krisenmanagement, die Fähigkeit zum Stabilitätsexport in Europa.

Seit dem Europäischen Rat in Kopenhagen ist es klar, daß die Europäische Gemeinschaft nicht nur um Länder wie Finnland, Schweden, Österreich erweitert werden soll, sondern auch die Visegrad-Staaten in der Mitte und im Osten Europas haben eine klare Beitrittsperspektive. Mit dem Beitritt neuer Mitglieder zur Europäischen Gemeinschaft stellt sich aber die Frage ihres Zugangs zu den westlichen Sicherheitsstrukturen. Für mich ist nicht vorstellbar, daß künftig in der Europäischen Gemeinschaft Mitglieder mit unterschiedlichem Sicherheitsstatus sind, die einen privilegiert durch den NATO-Sicherheitsstatus, die anderen außen vor. Deswegen stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage der Erweiterung der NATO.

Nun gibt es einige besonders Schlaue, die sagen im Hinblick auf Länder wie Polen, Ungarn und die Tschechische Republik: Laßt uns abwarten, mal sehen, wie sich dort Demokratie und Wirtschaft entwickeln. Ich halte das für töricht. Das deutsche Beispiel ist am überzeugendsten: Was wäre denn aus Westdeutschland geworden, wenn unsere Nachbarn in den 50er Jahren erklärt hätten: Jetzt laßt uns erst einmal abwarten, wie sich dieses Deutschland entwickelt? Richtig ist, daß durch die frühzeitige Einbeziehung in die NATO, in die europäischen Strukturen die wirtschaftliche Entwicklung im Inneren, die politische Stabilität in Deutschland gewachsen sind. Deswegen ist es auch ein gutes Beispiel für die Aufnahme der neuen Demokratien im Osten wie Polen und Ungarn und auch etwa die Tschechische Republik.

(Beifall)

Es liegt in unserem ureigensten Interesse, die Zone westlicher Sicherheit schrittweise nach Osten auszudehnen. Ich glaube, es liegt im besonderen Interesse Deutschlands - und das kann man hier in Berlin ganz dicht an der deutsch-polnischen Grenze spüren -, daß die EG und die NATO nicht an Oder und Neiße enden. Man braucht wirklich kein

strategisches Genie zu sein, um zu begreifen, daß das nachteilig für Deutschland ist, wenn unsere Ostgrenze die Ostgrenze der Europäischen Gemeinschaft und die Ostgrenze der NATO ist. Wer will, daß die Oder-Neiße-Grenze eine offene Grenze wird wie die deutsch-französische Grenze, der muß sich auch dafür einsetzen, daß das eine Binnengrenze in der Europäischen Gemeinschaft, eine Binnengrenze innerhalb des Sicherheitsbündnisses wird. Das ist das eindeutige deutsche Interesse.

(Beifall)

Unsere eigene Interessenlage trifft sich mit der Erwartungshaltung unserer unmittelbaren Nachbarn. Seit Präsident Jelzin in Warschau und Prag russisches Verständnis signalisiert hat, gibt es keinen Grund mehr, sich diesem Ansatz länger zu verschließen.

(Beifall)

Auch hier gibt es wieder einige besonders Schlaue, auch im Bereich der Diplomatie, die sagen, das habe nur Jelzin gesagt, und es gebe noch viele andere, negative Stimmen in Rußland; laßt uns erst einmal die Debatte abwarten. Wie töricht ist das! 1990 war es auch n u r Gorbatschow, der gesagt hat: Wiedervereinigung Deutschlands ja, wiedervereinigtes Deutschlands in der NATO ja. Wir hätten eine große Chance in der Geschichte versäumt, wenn wir uns so verhalten hätten, wie das heute manche tun, und gesagt hätten, das sei ja n u r Gorbatschow. Wir sollten Jelzin beim Wort nehmen, genauso wie wir Gorbatschow beim Wort genommen haben, und die historische Chance in dieser Situation ergreifen.

(Beifall)

Klar ist aber auch, daß wir von Anfang Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen Rußlands nehmen. Ich weiß durch meine Gespräche in Moskau, daß die Russen mit der EG-Erweiterung, auch mit der NATO-Erweiterung unter einer grundlegenden Bedingung einverstanden sind: Rußland will nicht aus den europäischen Prozessen ausgegrenzt werden. Rußland will eine neue strategische Partnerschaft mit der NATO und eine politisch-ökonomische Partnerschaft mit der Europäischen Gemeinschaft. Das deckt sich völlig mit unseren Vorstellungen.

Niemand erwartet, daß die NATO am 10. Januar 1994 die Beitrittsurkunde für Polen ausfertigt, aber wir sollten erwarten, daß die NATO dann die Frage des Ob klar beantwortet und insofern die Perspektive einer zukünftigen Mitgliedschaft herbeiführt. Das Wann und Wie kann dann anschließend pragmatisch angegangen werden.

Liebe Freunde, gestatten Sie mir zum Schluß noch ein Wort zu der Entscheidung, die ich vor wenigen Wochen umgesetzt habe, meinen Dienstsitz hier in Berlin im Bendler-Block aufzunehmen.

(Beifall)

Der Bendler-Block symbolisiert in besonderem Maße Licht und auch Schatten der deutschen Geschichte. Er steht aber heute vor allem für den Widerstand, für die Männer des 20. Juli. Ihr Opfer - viele wußten, daß sie handeln mußten, ohne die Chance zum Erfolg zu haben - hat die Mitgliedschaft des neuen Deutschlands nach dem Kriege in den internationalen Bündnissen wieder möglich gemacht. Daran wollen wir als Bundeswehr anknüpfen.

(Beifall)

Die Bundeswehr versteht sich aber auch als ein Schrittmacher im Zusammenhang mit der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands. Ich glaube, es gibt noch viel Egoismus in Westdeutschland. An keinem anderen Ort wächst die Gesellschaft schneller zusammen als in den Streitkräften, wo sich die jungen Menschen begegnen.

Wenn man das erstmal sächsische Laute in 2200 Metern Höhe auf der Reiteralp hört, Wehrpflichtige, die dort mit Bayern und Hamburgern gemeinsam die Berge besteigen, und im Gespräch mit ihnen erfährt, daß sie eben 16 Jahre lang die Alpen nur von der Postkarte kannten und eigentlich auch sicher waren, daß es dabei bleiben würde, dann kann man sehen, wie Deutschland hier zusammenwächst. Das ist die Aufgabe, der sich die Bundeswehr gestellt hat.

(Beifall)

Wir haben eine große Finanzknappheit. Das wissen Sie alle. Ich habe trotzdem entschieden, die Heeresoffiziersschulen in München und Hannover dichtzumachen, obwohl das moderne Gebäude sind, und in Zukunft nur in Dresden eine Heeresoffiziersschule zu haben. Warum? Jeder Offizier des deutschen Heeres wird in Zukunft - ich sage einmal im Augenblick: ob es ihm paßt oder nicht - sechs Monate seines Lebens in Dresden leben, arbeiten und lernen. Das ist der einzige Weg, auf dem Deutschland zusammenwächst.

(Beifall)

Was wäre denn gewesen, wenn Deutschland nicht geteilt worden wäre? Dann wäre es natürlich bei Dresden geblieben. Die Frage müssen wir uns stellen. Ich glaube, manche große Versicherung, manche Bank, andere Einrichtungen unserer Gesellschaft sollten sich auch fragen, ob sie nicht Einrichtungen, die es nur einmal in Deutschland gibt, auch im Osten ansiedeln. Es ist ganz leicht, jeweils die zweite oder dritte Einrichtung dort anzusiedeln.

(Beifall)

Die Bundeswehr schließt, um ein letztes Beispiel zu geben, acht Marinetechnikschulen in Westdeutschland, um sie in einer Marinetechnikschule in Stralsund-Parow mit einer Investition von 460 Millionen DM zusammenzuführen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Wir sind stolz darauf.

Ich darf einmal etwas sagen. Jedes Jahr ziehen in der Bundeswehr 20 000 Soldaten um, nicht nur innerhalb Westdeutschlands, sondern jetzt auch von West nach Ost. 20 000 pro Jahr! Der Zug in die deutsche Hauptstadt bedeutet 10 000 in fünf bis sechs Jahren. Ich glaube, das zeigt, man kann es schaffen, wenn man die richtige Einstellung hat. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Birgit Bauer, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Ich möchte noch einmal auf das Treffen der Antragskommission hinweisen, das 14.20 Uhr in Raum 4.5 beginnt.

Als nächstes kommt Herr Johann Wadepful zu Wort. Es bereiten sich bitte vor Bundesministerin Angela Merkel und anschließend Frau Christa Reichard.

Johann Wadepful: Ich möchte mich noch einmal mit der Situation unserer Partei auseinandersetzen. Wir hören in diesen Tagen die eine oder andere Klage aus den neuen Bundesländern, daß es dort Schwierigkeiten gibt, genügend geeignete Kandidaten für die Kommunalwahlen zu finden. Die alten Bundesländer und die dortigen Landesparteien, wenn sie ehrlich mit sich sind - ich kann das jedenfalls für meinen Verband nicht ausschließlic -, müssen feststellen, daß das Angebot an Kandidaten knapper geworden ist. Das drückt das Problem aus, das wir allgemein in der Partei haben: Die Partei wird kleiner, die Zahl der Mitglieder sinkt. Das besondere Problem dabei ist, die Struktur der Partei verändert sich dabei ungünstig: Wir haben wenige Frauen, wenige junge Menschen, die noch bereit sind, mitzuarbeiten. Insofern stellt sich für uns schon die Frage, die wir ehrlich miteinander diskutieren sollten: Ist

die CDU noch die Volkspartei, die sie immer sein wollte? Sind wir noch der Zusammenschluß von alt und jung, von Frau und Mann, Arbeitnehmern und Selbständigen, als die wir immer angetreten sind?

An dieser Stelle gibt es eine interessante Diskussion, und einige raten, wir sollten darauf verzichten, Mitgliederpartei zu sein; wir könnten ja auch Funktionärspartei sei.

Die tatsächliche Entwicklung mag wirklich in diese Richtung gehen. Ich will es überhaupt nicht bestreiten, daß wir letzten Endes sozusagen wirklich nur noch aus unseren Funktionären, aus denjenigen, die uns in den kommunalen Vertretungen, in den Landesparlamenten, im Bundesparlament und im Europaparlament vertreten, bestehen. Ich plädiere aber leidenschaftlich dafür, daß wir daran festhalten, eine Mitgliederpartei zu bleiben, daß wir die Mitglieder aktiv in unsere Arbeit einbinden. Sie sind das Pfund, mit dem wir wuchern können. Ich glaube, in diesem Zusammenhang muß auch die Bundesebene einige Vorgaben machen. Sie kann nicht die gesamte Verantwortung auf die Landes-, Kreis- oder Ortsebene abwälzen. Wir hatten uns vorgenommen, daß das Jahr 1993 das Jahr der Partei werden sollte. Wenn ich an dieser Stelle schon einmal eine kleine Zwischenbilanz ziehe, muß ich sagen, daß ich eigentlich etwas enttäuscht bin. Es ist bisher wenig an Anregungen gekommen.

Richtig ist: Die Menschen sind allgemein immer weniger bereit, sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Wir müssen das ernsthaft beklagen und müssen dem auch entgegentreten. Wir müssen aber auch wissen, daß wir dies kurzfristig nicht ändern werden. Mittelfristig werden wir es vielleicht bis zu einem gewissen Grade ändern können. Kurzfristig müssen wir sehen, daß wir unter diesen in der Tat schlechten Voraussetzungen in der Konkurrenz zu vielen anderen attraktiven Freizeitangeboten, gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Angeboten eine attraktive Mitwirkungsmöglichkeit in einer politischen Partei bieten müssen. Mitwirkung heißt hier mitwählen, und zwar nicht erst dann, wenn man sich in jahrelanger Arbeit durch die sogenannte Ochsentour nach oben gekämpft hat, sondern auch schon früher.

Ich denke, in dieser Hinsicht ist einiges möglich. Wir in Schleswig-Holstein - unser Landesvorsitzender Ottfried Hennig hat dies sehr tatkräftig unterstützt -, haben einige Sachen angeschoben. Wir haben zwar noch nicht den Stein des Weisen gefunden, aber über einiges, was wir erreicht haben, können wir, wie ich denke, auch einmal auf Bundesebene diskutieren. Ich möchte nur beispielhaft folgendes nennen. Warum können nicht auch wir einmal unter den Mitgliedern Abstimmungen zu Sachthemen durchführen? Warum können wir nicht eine echte Schnuppermitgliedschaft in der CDU Deutschlands einführen, bei der man wirklich mitwählen und nicht nur Gast sein darf? Die jetzige Schnuppermitgliedschaft - so attraktiv sie manchen auch erscheinen mag - reicht im Grunde wirklich nicht aus. Es ist die vornehmste Aufgabe der Parteien, eine Vorauslese der Kandidaten vorzunehmen, die das Volk dann letzten Endes in den Parlamenten repräsentieren sollen. Deshalb ist es, so denke ich, angebracht, erstens ein Mehr an Demokratie zu realisieren und ein Mehr an Attraktivität für die Partei dadurch zu bewirken, daß wir unsere Kandidaten zukünftig direkt wählen.

Meine Damen und Herren, wir sind in den 70er Jahren - das ist Helmut Kohls sehr großes Verdienst - eine echte große Volkspartei geworden. Wir sind dies auch noch. Wir müssen jetzt aber darum kämpfen, daß wir wirklich eine echte Volkspartei als Mitgliederpartei bleiben. Ich bitte alle ganz herzlich, auf Bundesebene zu neuen Vorschlägen bereit zu sein. Ich würde mich freuen, wenn wir in dieser Hinsicht - Volkspartei als Mitgliederpartei - alle an einem Strang ziehen könnten. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Birgit Bauer, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Jetzt hat unsere Bundesministerin Frau Angela Merkel das Wort.

Dr. Angela Merkel: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Wir freuen uns über die deutsche Einheit. Dennoch haben wir in den letzten drei Jahren bemerkt, daß viele Menschen neben der Freude auch verunsichert sind, ängstlich sind und Sorgen haben. Das gilt nicht nur für die neuen Bundesländer. Das gilt angesichts der tiefgreifenden Umwälzungen auch für die alten Bundesländer. In schwierigen Zeiten wird dann immer der Ruf nach scheinbar einfachen und schnellen Lösungen sehr laut.

Auch der Bundeskanzler hat heute in seiner Rede gesagt, es gebe das Bedürfnis nach Orientierung, nach Stabilität und Identifikation. Als eine Volkspartei, die sich den Fragen und Sorgen der Menschen stellt, müssen wir die entsprechenden Anfragen, wie ich glaube, sehr ernst nehmen und auf sie eingehen. Die Standortdebatte, die wir zur Zeit führen, ist meines Erachtens ein ganz wichtiger Einstieg in die Antwort auf die gestellten Fragen. Ich glaube, daß es hier aber nicht nur um die materiellen Werte in unserer Gesellschaft gehen kann, daß es nicht nur um die Frage der Sicherung des Wohlstandes gehen kann. Wohlstandsidentität und materieller Zuwachs allein sind eben noch nicht sinnstiftend. Wir sind deshalb, wie ich meine, als CDU auch aufgefordert, die Grundlagen dafür zu legen, daß die Menschen eine Heimat, eine Identifikation in unserem Gemeinwesen finden.

Als Jugendministerin bewegt mich diese Frage vor allen Dingen in bezug auf junge Menschen. Es ist sicherlich richtig, daß wir - wir werden dies heute tun - über die Frage der Einhaltung von Gesetzen sprechen, daß wir über die Innere Sicherheit sprechen. Mit Gesetzen allein können wir die Ursachen der Gewalt aber nicht bekämpfen. Wir werden mit Gesetzen allein den Ursachen der Gewalt nicht näherkommen. Die Frage, die mich stark umtreibt, ist die Frage: Wie vermitteln wir der jungen Generation unsere Wertvorstellungen, die die Gründungsväter dieser Republik ja gehabt haben? Wie gelingt uns das? Wie können wir es - Eberhard Diepgen hat heute gesagt, die Zukunft dieser Republik liege in den großen Städten - in sehr anonymen Strukturen überhaupt noch schaffen, Werte und Vorstellungen zu vermitteln? Ich glaube, diese Debatte sollte uns ebenso umtreiben wie die Debatte über die Veränderung von Gesetzen.

Es gibt zunächst einmal die wichtige Aussage, daß selbstverständlich erst einmal die Eltern für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich sind. Es stellt sich die Frage - damit werden wir uns heute im Rahmen der Bildungspolitik beschäftigen -, was die Schule leisten kann. Weiterhin stellt sich die Frage, wie eigentlich die gesamte Gesellschaft mit den jungen Leuten umgeht.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich folgendes sagen. Heute wirkt auf Jugendliche nur das, was ich als gelebte Autorität bezeichnen möchte. Wir als Erwachsene müssen unseren Kindern und Jugendlichen vorleben, wie wir uns zu unserem Gemeinwesen verhalten.

(Beifall)

Wir lassen unsere Jugendlichen zwar an unserem materiellen Wohlstand, den wir erarbeitet haben, teilhaben, aber sind wir eigentlich auch bereit, ihnen unsere Zeit zu schenken, und sind wir bereit, ihnen die Kraft zu schenken, mit ihnen zu streiten? Ich erlebe immer wieder, daß wir dies zuwenig tun, daß es eine viel zu starke Aufspaltung der Generationen in unserer Gesellschaft gibt. Ich möchte Sie bitten: Setzen Sie sich dem Streit mit jungen Leuten aus. Dann werden Sie auch die Fragen junger Leute besser verstehen.

(Beifall)

Wenn ich sage, daß die Union die Partei sein muß, die dafür einsteht, daß Menschen sich in unserer Gesellschaft zu Hause fühlen können, daß sie hier eine Heimat finden können, dann meine ich, daß wir auch darüber sprechen müssen, welche Art von Identifikation mit dieser Gesellschaft eigentlich über viele Jahre durch die Pädagogik in diesem Lande vermittelt wurde. Ich sehe hier erhebliche Defizite, die wir in der Debatte über die Bildungspolitik auch zur Sprache bringen sollten.

(Beifall)

Für mich gehört die Frage nach der Identifikation mit der Frage zusammen: Wer sind wir eigentlich als Menschen in dieser Bundesrepublik Deutschland? Was eint uns mit anderen europäischen Nationen? Was unterscheidet uns von ihnen?

Liebe Freunde, in Ostdeutschland ist es trotz aller Versuche des früheren SED-Regimes nicht gelungen, so etwas wie eine DDR-Identität zu entwickeln, und wir sind froh darüber, daß dies mißlungen ist.

(Beifall)

Wir haben uns stets als Deutsche gefühlt. Vielleicht ist deshalb bei uns Ostdeutschen das Gespür für die Nationalität etwas stärker entwickelt als hier in den alten Bundesländern. Ich erlebe hier manchmal, daß man die Frage, ob wir nun alle Deutsche sind, ob wir eine Nation sind, ob wir noch zwei Nationen sind, ein wenig verschämt behandelt und eher verdrängt. Ich glaube, dies dürfen wir nicht zulassen.

Ich erlebe in Gesprächen mit jungen Leuten - gerade bei den 10- bis 14jährigen, die keine Ahnung von den Höhen und Tiefen deutscher Geschichte haben - immer wieder, daß sie die Frage nach der Identität noch viel schärfer stellen, als wir Erwachsenen es tun. Deshalb halte ich es für außerordentlich wichtig, daß auch die CDU einen Beitrag zum Verständnis von unserer Nation leistet und daß wir dieses Thema nicht verdrängen.

(Beifall)

Für mich ist klar: Wer sich mit nichts identifizieren kann, fühlt sich auch für nichts verantwortlich. Wer sein Glück nur in uneingeschränkter Selbstverwirklichung sucht, für den wird jede Art von Bindung - angefangen bei Ehe und Familie bis hin zu Staat und Nation - nur ein lästiges, allenfalls ein notwendiges Übel sein. Deswegen bitte ich alle, die diese Debatte führen, darauf zu achten, daß wir uns nicht von vornherein - der Herr Bundeskanzler hat es heute in seiner Rede bereits gesagt - in verschiedene Ecken drängen lassen. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, daß diejenigen in einer rechten Ecke stehen, die sich über die Frage der eigenen Identität und der nationalen Bedeutung Gedanken machen.

Ich glaube auch nicht, daß diejenigen, die sich darüber Gedanken machen, Gegner der europäischen Einigung sind. Ich zumindest möchte mir das nicht sagen lassen.

Die europäische Idee und auch ein europäischer Bundesstaat werden sich nur mit den Nationen, aber nicht gegen die Nationen entwickeln lassen. Ich glaube, nur wenn wir als Deutsche feste Wurzeln in unserem eigenen Land haben, wenn wir uns hier zu Hause fühlen, sind wir überhaupt in der Lage, den Weg nach Europa zusammen mit allen europäischen Völkern zu gehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Die Reihenfolge der nächsten Redner ist folgende: Christa Reichard, Heinz Eggert und Volker Bandmann. Ich darf noch einmal herzlich bitten, die fünf Minuten einzuhalten. Sonst können wir die 16-Uhr-Grenze mit Abwicklung aller Wortmeldungen nicht erreichen.

Christa Reichard: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich werde die Redezeit sicher nicht ausnutzen, auch wenn mir das Anliegen, zu dem ich sprechen will, sehr am Herzen liegt. Es geht mir um die Mitwirkung der Kreisverbände in den ostdeutschen Landesverbänden an innerparteilichen Diskussionen. In der letzten Zeit ist mir aufgefallen, daß die Mitglieder aus den ostdeutschen Kreisverbänden zahlenmäßig zunehmend schwächer vertreten sind und daß sie sich weniger zu Wort melden. In der Antragsbroschüre zu diesem Parteitag haben sich ganze sechs ostdeutsche Kreisverbände zu Wort gemeldet. Das erfüllt mich mit Sorge, und ich habe darüber nachgedacht, was Ursachen dafür sein könnten.

Eine könnte sein, daß die Bundesgeschäftsstelle nur mit Mitarbeitern aus den westlichen Bundesländern besetzt ist. Wie kann denn da die Sicht der Ostdeutschen wirklich in die Papiere eingebracht werden?

Ein anderer Gedanke ist die politische Betreuung der östlichen Kreisverbände. Wir haben es 40 Jahre lang nicht gelernt, politische Papiere zu diskutieren. Uns wurde etwas vorgesetzt. Das mußte befolgt werden. Wir müssen nun irgendwie eine Hilfe bekommen, um mit diesen Papieren umzugehen, um Diskussionen zu führen und um Ergebnisse der Diskussionen zu Papier zu bringen.

Deshalb appelliere ich an die Bundespartei und an die Landesverbände, dort den Kreisverbänden mehr Hilfestellung zu geben. Der wichtigste Appell, den ich hier sagen will, ist der an die ostdeutschen Delegierten: Setzen Sie sich dafür ein, daß die Diskussion in Ihren Kreisverbänden stattfindet. Melden Sie sich zu Wort, sonst werden Sie nicht gehört. Schreiben Sie, denn wer schreibt, der bleibt.

Als Partei der deutschen Einheit ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, in den eigenen Reihen voranzugehen. Deshalb möchte ich alle ermuntern, die Möglichkeiten zur Mitwirkung auch wirklich zu nutzen. – Danke.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Heinz Eggert, anschließend Volker Bandmann und dann Josef Krott.

Heinz Eggert (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde und Freundinnen! – Ich glaube, das kann man so sagen, ohne deshalb gleich eine Pressenotiz zu bekommen. Es gab vor kurzem eine Umfrage nach dem bekannten Kennedy-Wort: Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frage, was du für dein Land tun kannst. Es wurde gefragt: Sind Sie der gleichen Meinung? Interessant war, daß 24 % gesagt haben: Ja, das denken auch wir. 46 % haben gesagt: Nein, das ist nicht unsere Denkungsart. Die anderen wußten es nicht. Sie konnten sich nicht zwischen ja oder nein entscheiden.

Ich sage das deshalb, weil bei allem, das wir hier diskutieren, ob es um die Standortsicherung, die Bildung oder die Innere Sicherheit geht, folgendes gilt: Wenn die Motivation des einzelnen in diesem Lande nicht gestärkt wird, werden wir letztlich auch keine hervorragenden Ergebnisse haben.

(Beifall)

Ich frage mich natürlich auch, inwieweit wir als CDU an einer solchen Haltung, bei der sich viele aus der Verantwortung für das Ganze entlassen fühlen, selber schuld sind. Ich frage mich, ob es nicht auch eine Art Politik gibt, die wir zum Teil mitzuvertreten haben, eine Art Deal des opportunistischen Einverständnisses zwischen Wählern und zu Wählenden, indem man sich auf die Erfüllung der Wünsche verständigt, obwohl beide wissen, daß sie letztlich nicht zu erfüllen sind.

(Beifall – Zuruf: Sehr richtig!)

– Ja, dann mußt du klatschen, wenn es richtig war.

Ich denke, daß wir Motivation und Bereitschaft bei den Menschen nur erreichen, wenn wir die Darstellung der Probleme in einer äußersten Klarheit betreiben und wenn wir sie dann programmatisch als eine völlige Berechenbarkeit auf die nächsten Jahre hindurch verabschieden. Von daher können die drängenden Probleme, die Helmut Kohl heute morgen angesprochen hat, gar nicht kontrovers genug in unserer Partei diskutiert werden. Dann können wir zu den besten Lösungen kommen. Dabei bin ich schon dafür, daß die Diskussionen mehr hinter den Türen, als vor den Türen abgehalten werden.

(Beifall)

Ich habe inzwischen begriffen, daß Politik die große Fähigkeit des Kompromisses ist. Aber ich habe meine Schwierigkeiten, daß dann, wenn wir in unseren Programmen klare, überschaubare und sichtbare Linien gezeichnet haben, wir sie letztlich durch die Koalitionsvereinbarungen verwässern lassen müssen und letztlich dann auch noch den eigenen Schaden in der eigenen Partei haben.

Ich sehe mit einer ganz großen Sorge die Verweigerungshaltung der FDP bei der Lösung großer Fragen, wobei mich die pirouettenhafte Annäherung und Absetzung der SPD auch nicht gerade zur Mitarbeit verlockt.

Vor über zehn Jahren ist die CDU angetreten, um die geistig moralische Wende einzuleiten, und diese Forderung von Helmut Kohl vor zehn Jahren unterstützte ich auch heute noch. Aber wir müssen uns auch fragen: Was ist von diesem Anspruch geblieben, und wie können wir insgesamt diesen Anspruch im Bewußtsein der Bevölkerung wieder verfestigen, weil davon fast alles abhängt?

Es wäre verhängnisvoll, wenn auch gerade in den neuen Bundesländern die Menschen zu dem Schluß kommen, daß Demokratie nichts taugt, weil sie mit dem Begriff Wohlstand vermischt wird. Wir dürfen den Wert der D-Mark nicht mit unserem eigenen Wert verwechseln.

(Beifall)

Weder Demokratie noch Nächstenliebe dürfen an ein paar „frustranen“ Wohlstandsklimmzügen scheitern. Manchmal habe ich den Eindruck, wir leben in einer Schönwetterdemokratie, die beim Aufkommen von wirtschaftlichen Problemen sofort hektische Diskussionen in der Gesellschaft erzeugt, so daß man den Eindruck hat: Letztlich schwimmen wir auf dem Meer der Depressionen und beschäftigen uns damit, einen deutschen Globus herauszugeben.

Es ist heute sehr oft auch das Wort sozial zu Recht benutzt worden; denn nicht zuletzt ist der soziale Frieden auch ein Kernstück stabiler gesellschaftlicher Verhältnisse. Aber ich warne sehr davor, das Wort sozial als Schlagwort zu benutzen, indem man Einzelegoismen oder Gruppenegoismen dahinter versteckt.

(Beifall)

Meine Frage ist: Bekommen in der Bundesrepublik Deutschland wirklich jene die Hilfe, die diese Hilfe nötig brauchen, oder bekommen sie nicht auch jene, die im Grunde nicht darauf angewiesen sind, und behandeln wir sie nicht dadurch unwürdig, indem wir sie nicht mehr fordern? Ich glaube, daß wir uns dieser Frage sehr stellen müssen.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat heute morgen auch über die Situation im Osten gesprochen. Meine Vorrednerinnen haben dies hier auch getan. Ich glaube, es ist ganz eindeutig:

Es geht nicht nur um den Produktionsstandort Ostdeutschland, sondern es geht darum, daß wir insgesamt eine Ausgewogenheit in die Bundesrepublik Deutschland hineintragen, so daß keine Unwucht im Osten entsteht. Die Menschen haben im Gegensatz zu manchen Meinungsäußerungen, die über die Presse gehen, eine ungeheure Leistungsbereitschaft.

Sie sagen: Wir sind 40 Jahre lang mißbraucht worden, und jetzt, wo wir arbeiten und helfen wollen, werden wir nicht gebraucht. Darunter leiden viele. Mit anderen Worten: Die Psychologie ist im Gegensatz zu der Wirtschaft noch in Ordnung. Deshalb haben wir nur eine einzige Chance, um die Probleme in Deutschland an dieser Stelle zu lösen, nämlich dafür zu sorgen, daß der Osten nicht auf Dauer an den Finanztopf des Westens angeschlossen bleibt, sondern letztlich dort eigenständige und ebenbürtige Verhältnisse eintreten.

(Beifall)

Wenn für Ostdeutschland etwas getan wird – ich habe manchmal den Eindruck, daß dies noch nicht ganz begriffen wurde –, wird etwas für Gesamtdeutschland getan.

(Beifall)

Zu Recht hat der Bundeskanzler darauf hingewiesen, daß es eben nicht nur die Probleme der deutschen Einheit sind, sondern daß es einen ungeheuren Problemstau des Westens gibt, der, unabhängig von der Einheit, auch so gekommen wäre. Ich warne also davor, aus parteitaktischen oder parteipolitischen Gründen jeweils den Osten oder den Westen vorzuschieben, um die notwendigen Lösungen nicht angehen zu müssen.

In bezug auf die europäische Wirtschaft und im Blick auf Osteuropa ist zu Recht gesagt worden, daß wir auf deutschem Boden die Armutswanderung dieser Welt nicht zum Stoppen bringen werden und daß wir diese Probleme auf deutschem Boden nicht lösen werden. Ich glaube, es ist aber auch ganz klar: Wenn wir Osteuropa nicht mehr in bezug auf Absatzmärkte, auf Verflechtung der Arbeitsmärkte, auf Verflechtung der Sicherheitsmärkte im Blick haben, werden wir den Herausforderungen nicht gerecht werden. Es könnte sein, daß uns die Dinge, die wir von Westeuropa aus heute nicht ankurbeln, in einigen Jahren unendlich teuer kommen werden, d.h. im Grunde gar nicht mehr zu bezahlen sein werden.

Von meiner Vorrednerin ist etwas über die Jugend gesagt worden. Ich will dazu nur eines sagen. Lassen Sie uns doch insgesamt einmal überprüfen, ob das System der Fördermittel, das in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt worden ist, daß wir glauben, indem wir Gelder zur Verfügung stellen, indem wir Verwaltungsvorschriften erlassen, indem wir einige wenige Leute mit großen gesellschaftlichen Problemen betrauen, die Probleme lösen zu können, wirklich noch ein geeignetes Mittel ist. Für mich heißt Jugend fördern auch Jugend fordern. Ich denke, wir müssen die Praxis der Fördermittel insgesamt noch einmal überprüfen.

Ich werde jetzt schließen. Wir haben die einzigartige Möglichkeit, die Umbruchsituation in vielen Bereichen zu einem Neuanfang zu nutzen. Alles, was sich in 40 Jahren eingeschliffen hat und letztlich nichts mehr taugt – die Vorredner haben dazu viel gesagt, auch die Nachredner werden einiges dazu sagen –, gehört auf den Prüfstand. Die Situation war noch nie so günstig wie jetzt. Wenn nämlich das Geld knapp wird, ist man wieder auf Kreativität und Umdenken angewiesen. Wer etwas Neues ergreifen will, muß – das ist ganz einfach – das Alte loslassen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Der nächste Redner ist Volker Bandmann.

Volker Bandmann: Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Mit dem Tag der deutschen Einheit hat Deutschland, Gesamtdeutschland seine Souveränität wiederbekommen. Die osteuropäischen Nachbarn haben uns bei dieser Souveränität kräftig geholfen. Der lange Weg der Solidarnosc in Polen war eine Voraussetzung dafür, daß wir heute das geeinte Deutschland haben. Wir haben damit heute aber auch gemeinsame Probleme. Es sind nach wie vor Tabuthemen, die oftmals nicht klar genug angesprochen werden.

Die deutsch-polnische Grenze ist im Moment ein Problem. Mit dem Tag der Einheit und dem Wegfall der Mauer ist die Grenze nach Westen durchlässig, flüssig geworden. Wir haben an der Oder-Neiße-Grenze nach wie vor katastrophale Lkw-Staus, wir haben Reisezeiten für Privatreisende, die eben unkalkulierbar sind. Das heißt, die Integration unserer östlichen Nachbarn kann nach wie vor nur in unzureichender Weise stattfinden, und der endlich erwartete Austausch an Freizügigkeit bleibt oftmals in dem Versuch stecken, bzw. die Leute sagen: Das war's, kein zweites Mal.

Daneben existiert aber auch eine grüne Grenze und ein Kriminalitätsraum, der bestens funktioniert. Wir haben für organisierte Kriminalität beste Voraussetzungen geschaffen. Genau dies gilt es zu beenden. Wir leisten den jungen Demokratien in unseren Nachbarstaaten einen Bärendienst, wenn wir die Außengrenzen der EG in der Weise sichern, wie wir sie in letzter Zeit gesichert haben. Ich bin dem damaligen Bundesminister Seiters herzlich dankbar, daß er sich dafür eingesetzt hat, daß eine deutliche Personalaufstockung erfolgt. Dies reicht aber noch lange nicht aus. Wenn wir nicht endlich begreifen, daß wir an den Außengrenzen der EG mehr tun müssen, um die Innere Sicherheit in Deutschland und in der EG in den Griff zu bekommen, dann haben wir die Grundvoraussetzungen nicht erkannt. Ich denke, hier ist eine entscheidende Änderung notwendig.

Generalsekretär Hintze hat es angesprochen, aber in einem anderen Sinnzusammenhang. Wir brauchen wieder das Bewußtsein, daß Grenzen notwendig sind. Wenn wir es mit Überzeugung nicht schaffen, dann muß es mit Entschiedenheit eingefordert werden. Wenn wir diese Grenzen nicht setzen, werden wir als Gesellschaft keine Zukunft mehr haben. Ich denke, es ist für Osteuropa und für unsere Nachbarn wichtig, daß wir die Demokratiebemühungen, die wirtschaftlichen Bemühungen unterstützen, aber das muß in einem kontrollierten Verfahren geschehen. Wir müssen Herr der Situation bleiben. Die Menschen vor Ort in Görlitz und an der Neiße verstehen nicht mehr, wieso die Bundesrepublik Deutschland, die auf allen Weltmärkten leistungsfähig ist, in dieser Frage so handlungsunfähig ist. Der ständige Autoklau an der Grenze und in Gesamtdeutschland ist ein deutlicher Ausdruck dieser Situation. Wenn wir die Probleme der Menschen auf der Straße nicht mehr in diesen Plenarsaal tragen und nicht mehr umsetzen, haben wir das Ziel verfehlt und werden nur Klassenzweiter werden.

Ich denke, wir haben alle Chancen. Wir dürfen uns nur nicht davor scheuen, diese Themen offen zu diskutieren. Ich hoffe, daß wir im Forum Innere Sicherheit diese Fragen erneut thematisieren und endlich auch zu Schlußfolgerungen kommen, wie wir sie umsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Josef Krott.

Josef Krott: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Herr Bundeskanzler! Herr Bundeskanzler, ich möchte Ihnen vorweg einmal ein herzliches Dankeschön sagen,

daß Sie der Forschung in unserem Land in Ihrer Grundsatzrede am heutigen Morgen große Bedeutung haben zukommen lassen. Ich komme aus Jülich, wo das größte Forschungszentrum der Bundesrepublik zu Hause ist. Wie überall, wo staatliche Mittel fließen, wird und muß gespart werden, so selbstverständlich auch beim Forschungszentrum in meiner Heimatstadt. Mit großer Sorge aber, Herr Bundeskanzler, müssen wir in Jülich seit der vergangenen Woche allerdings zur Kenntnis nehmen, daß in Jülich nicht nur gespart werden muß und soll, sondern die Bundesregierung den Etat für 1994 zusätzlich um 20 Millionen DM kürzen will. Für das laufende Haushaltsjahr hat der Bund für das Forschungszentrum 452 Millionen DM angesetzt, für 1994 stehen allerdings nur 408 Millionen DM zur Verfügung. Diese enorme Kürzung geht an die Substanz. Der Erfolg der deutschen Industrie in der Vergangenheit baute zu einem großen Teil auf deutschem Know-how auf. Will die Bundesrepublik langfristig den Anschluß an internationale Märkte nicht verlieren, muß sie sich auch bei angespannter Haushaltslage weiterhin den Luxus der manchmal kostspieligen Wissenschaft auf allen Ebenen leisten.

Ganz unverständlich ist für uns in Jülich allerdings die Tatsache, daß, wenn es um die Raumfahrt geht, andere Gesetze gelten. Dies mußte auch Forschungsminister Paul Krüger im Kabinett lernen. Er hatte vorgesehen, bei den Beiträgen zur Europäischen Weltraumorganisation, ESA, 120 Millionen DM zu kürzen. Diese Gelder wollte er in seiner Meinung nach sinnvolle andere Forschungsprojekte etwa in der Verkehrstechnik, der Gesundheits- und Umweltforschung investieren. Doch unser neuer Forschungsminister hat die Rechnung ohne den Finanzminister gemacht. So blieben die 122 Millionen DM in dem Etat für die ESA.

Wir meinen, Herr Bundeskanzler, die Herausforderungen für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes erfordern die Bündelung der verfügbaren Mittel im Bereich der Forschung auf die brennenden Probleme unseres Planeten, wie Umwelt, Verkehr und Energie. Wir sind dabei, den Wirtschaftsstandort Deutschland erheblich zu gefährden, wenn wir gerade bei der Forschung über das notwendige Maß hinaus den Rotstift ansetzen und dann noch falsche Prioritäten setzen. Neue Impulse, wie sie in Zeiten der Rezession gerade von der Forschungspolitik ausgehen könnten, sind derzeit leider nur wenig in Sicht – kein gutes Omen für die Zukunft.

Herr Bundeskanzler, Sie bestimmen die Richtlinien der Politik. Setzen Sie auch in der Forschungspolitik die richtigen Maßstäbe, wie Sie das in anderen Bereichen mehrfach und gut bewiesen haben! Die kommenden Generationen werden es uns, werden es Ihnen danken. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Der nächste Redner ist Heinz-Adolf Hörsken.

Heinz-Adolf Hörsken: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundeskanzler hat in seinen Ausführungen das Thema Industriestandort Bundesrepublik Deutschland angesprochen. Ich glaube, es gibt in diesem Saal und unter den erst zu nehmenden Bürgerinnen und Bürgern in unserem Lande niemanden, der nicht die Notwendigkeit erkannt hat, daß es nur zu Wohlstand in der gesamten Bundesrepublik Deutschland kommen kann, wenn es uns gelingt, diesen Industriestandort Bundesrepublik Deutschland wettbewerbsfähig zu erhalten. Wir sind uns sicherlich darüber im klaren, daß das unser Hauptziel im Bereich der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik sein muß.

Allerdings, mit Blick auf die Maßnahmen, die notwendig sind, wird die Akzeptanz in der Bevölkerung in dem Maße steigen, wie sie auch erkennt, daß das, was getan wird, das, was wir ihr also transparent machen, gerecht geschieht. Ich weiß nicht, ob wir uns darüber im klaren sind, was wir beim Sparpaket eigentlich tun.

Mit dem Sparpaket wird für 1994 eine Summe von 23,3 Milliarden DM aufgebracht. Allein der Bereich des Sozialen macht aber nach den bisherigen Vorstellungen 67 % dieses Sparvolumens aus. Das entspricht doch nicht dem, was wir unter „gerecht“ empfinden können. Das steigt dann auch noch in den nächsten Jahren an. Von daher kommt doch die Befürchtung, daß die Maßnahmen, die da ergriffen werden, am Ende dazu führen, daß wir dafür nicht mehr die politischen Mehrheiten bekommen. Was hilft uns denn eine Politik, die am Ende dazu führt, daß das, was wir richtigerweise tun wollen, nicht mehr akzeptiert wird?

Deswegen ist es, denke ich, notwendig, daß die bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch weiterhin Bestand haben in dieser Auseinandersetzung. Wirtschafts- und Sozialpolitik sind ein und dieselbe Sache. Lassen Sie uns doch aufhören, das selektiv zu betrachten. Wirtschafts- und Sozialpolitik sind ein und dieselbe Sache, und nur in dieser Einheit ist es möglich, sozialen Frieden zu erhalten, soziale Sicherheit zu verbürgen, wirtschaftliches Wachstum und Fortschritt in allen Bereichen zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, nach zehnjähriger Verantwortung unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl darf angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, die Auseinandersetzung über den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland nicht als eine Katastrophendiskussion geführt werden. Vielmehr muß sie als eine Diskussion über neue Chancen geführt werden.

Dabei müssen wir auch aufhören, die Menschen über die notwendigen Maßnahmen zu verunsichern. Wir dürfen keine Gespensterdiskussion führen, wie beispielsweise geschehen: Bevor ich zusätzliche Sonntagsarbeit fordere, muß ich doch erst einmal alles daransetzen, damit die 144 Stunden, die heute schon möglich sind, in der Praxis auch wirklich umgesetzt werden. Oder aber jemand kommt und sagt - um damit die notwendige Härte zu beweisen -, wir müßten das Weihnachtsgeld abschaffen. Was sollen solche Aussagen von Politikern, die ernst genommen werden wollen, die doch nur zur Verunsicherung der Gesellschaft führen, wobei diese Politiker wissen, daß wir das gesetzlich gar nicht machen können, weil das Weihnachtsgeld zu einem großen Teil durch Tarifvertrag abgesichert ist?

Ich meine ja nicht, daß wir nicht über Einzelheiten reden müssen. Aber hören wir doch auf, ein Szenario der Verunsicherung zu entwickeln, wenn wir wollen, daß die Menschen das akzeptieren, was wir notwendigerweise mit einschneidenden Maßnahmen endlich durchsetzen müssen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über notwendige Maßnahmen diskutieren, müssen wir unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit auch begreifen, daß sich Wirtschaftspolitik nicht darin ergehen kann, Maßnahmen vorzuschlagen, die ein Einschneiden in den sozialen Bereich bedeuten. Das ist keine Wirtschaftspolitik. Da, meine ich, hapert es auch.

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, wir brauchen eine Sozialpolitik, die erkennt, daß alles das, was früher machbar war, nicht mehr machbar ist. Aber wir brauchen in einigen Bereichen für die Aufrechterhaltung des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland sicherlich einschneidende Maßnahmen. Wenn wir das tun, haben wir, glaube ich, eine Chance, in der Bevölkerung eine Mehrheit zu bekommen. – Schönen Dank.

(Beifall)

Dr. Otfried Hennig, Tagungspräsidium: Jetzt hat Dr. Reinhard Göhner, der Vorsitzende unserer Grundsatzprogramm-Kommission, das Wort.

Dr. Reinhard Göhner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen in Deutschland inmitten einer Grundsatzdebatte - nicht nur wir auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm, sondern insgesamt. Ich denke, die Menschen erwarten zu Recht Antworten auf Umbrüche, auf geänderte Bedingungen in nahezu allen Feldern der Politik.

Im Rahmen dieser grundsätzlichen Debatte über unsere Zukunft hat sich eine neue Arbeitsteilung eingestellt, bei der wir auf der Grundlage von bewährten Prinzipien und Werten diesen Wandel zu gestalten und neue programmatische Perspektiven zu entwickeln versuchen, während sich diejenigen, die einst die Reformen, die Veränderungen auf ihre Fahnen geschrieben hatten, jetzt als die Gestrigen erweisen, als diejenigen, die an altem Denken und am Status quo des Jahres 1988 festhalten. Realitätsverweigerung, Modernisierungsvermeidung auf der einen Seite und von uns auf der anderen Seite auf den bewährten Grundlagen Gestaltung des Wandels - das ist für uns eine besondere politische und auch strategische Chance, meine Freunde.

Dabei kommt es sehr darauf an, daß wir die große Aufgabe der Gestaltung, der Vollendung der inneren Einheit als Modernisierungschance für ganz Deutschland begreifen. Denn es ist doch wahr, daß wir auf Grund der zusätzlichen Anforderungen im Zusammenhang mit der Gestaltung der inneren Einheit, der Vollendung der Europäischen Union und der erstmals wirklichen Chance einer gesamteuropäischen Friedensordnung schneller erkennen, daß Fehlentwicklungen auch in den alten Ländern dringend beseitigt werden müssen. Das, was daraus an Modernisierungsschub erfolgen kann, müssen wir gemeinsam in ganz Deutschland nutzen. Insofern ist das nicht nur eine Aufgabe des Aufbaus in den neuen Ländern.

Wenn wir uns die großen Felder ansehen, auf denen sich jetzt die Gestaltung des Wandels als dringend herausstellt, dann stellen wir die erwähnte Arbeitsteilung fest. Da ist beispielsweise die Tatsache, daß wir jetzt in einer Epoche stehen, in der nicht mehr Verteilung, sondern mehr Leistung erforderlich ist. Da sehen wir, daß die einen in Immobilität von Interessengruppen und Festhalten an Besitzständen verharren, während wir mit dem Umbau des Sozialstaates beginnen. Das betrifft nicht nur - um ein Beispiel zu nennen - die Pflegeversicherung und Kompensation, sondern auch das, was an Einsparungen jetzt aktuell notwendig ist.

Das wiederum ist an dem zu orientieren, was Heinz Eggert vorhin gesagt hat: Wir müssen uns darauf besinnen, was der Grundwert der Solidarität etwa beim Umbau des Sozialstaates von uns verlangt, nämlich auf die Konzentration der staatlichen Leistungen, das heißt der Sozialpolitik auf das, was zur Absicherung der Risiken wirklich erforderlich ist, die der einzelne allein nicht tragen kann. Verweigerung ist bei einigen deshalb festzustellen, weil sie noch in alter Verteilungsmentalität verharren und deshalb diesen Modernisierungsschub nicht mitmachen.

Die neue Rolle Deutschlands in der Welt - Volker Rühle hat darüber gesprochen -: Die Arbeitsteilung sieht so aus, daß auf der einen Seite die Realitätsverweigerer stehen, die im überholten geteilten Denken verharren, während wir auf der anderen Seite dabei sind, diese neue Rolle Deutschlands zu finden.

Das gleiche gilt auch für die heute nachmittag schon mehrfach von vielen Rednern angesprochene Frage des Verhältnisses der Nation in und zu der Europäischen Union. Zu Recht wird die Beantwortung dieser Frage heute angemahnt. Wenn wir im Rahmen unserer Diskussion über das Grundsatzprogramm auch innerhalb unserer Partei eine kontroverse Debatte darüber führen, dann finde ich das nicht schlimm. Ganz im Gegenteil: Diese Frage wie auch andere Fragen sind hoch aktuell. Das gilt etwa für die ökologische und Soziale Marktwirtschaft, für unsere Konzeption der

ökologischen Durchdringung der Marktwirtschaft, aber auch der marktwirtschaftlichen Durchdringung der Ökologie. Dabei stellt sich dann die Frage, ob das einen neuen Titel rechtfertigt: Die ökologische Dimension ergänzt die Soziale Marktwirtschaft.

Oder die Frage des Verhältnisses der sich wandelnden Nationalstaaten zur Europäischen Union, die wir vollenden wollen: Das alles müssen wir auch durchaus offen und kontrovers diskutieren, denn, meine Freunde, das unterscheidet uns im Augenblick in der Grundsatzdebatte von anderen Parteien und anderen Organisationen, die auch neue Grundsatzprogramme diskutieren; nur, dort merkt man es nicht.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, Sie alle, meine Damen und Herren, einzuladen, in den nächsten Monaten diese Grundsatzprogrammdiskussion weiter fortzuführen. Uns liegen über 500 z. T. sehr umfangreiche Stellungnahmen vor, die wir jetzt einarbeiten. Wir sehen auch, daß wir vieles an dem Entwurf ändern müßten. Diese Diskussion ist fruchtbar. Ich bin sicher, wir werden auf dem nächsten Bundesparteitag eine prima Grundlage haben, um unseren Beitrag zur Erklärung, wie wir uns die Zukunft vorstellen, wie wir den Wandel auf bewährten Grundlagen gestalten wollen, deutlich zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es spricht jetzt Tamara Zieschang. Sie ist Bundesvorsitzende des RCDS.

Tamara Zieschang: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der aktuellen Wirtschaftsdebatte der letzten Wochen wurde der Frage nach dem Bildungsstandort Deutschland zuwenig Beachtung geschenkt. Wir erleben es immer wieder: Wer bildungspolitische Themen aufgreift, stößt auf wenig Interesse. Kann aber über Wirtschaftspolitik ohne die Beachtung der Bildungspolitik überhaupt diskutiert werden? Können für die Zukunftssicherung Deutschlands ohne Bezugnahme auf Bildungspolitik überhaupt langfristige Entscheidungen gefällt werden? Die Antwort kann nur Nein heißen.

Lassen Sie mich dies an zwei Beispielen verdeutlichen:

Wirtschaftsminister Rexrodt hat in den vergangenen Wochen die Diskussion über die Sicherung der Renten angestoßen. Angesichts der demographischen Entwicklung werden die Renten nur bis zum Jahr 2010 zu tolerierbaren Beitragssätzen finanzierbar sein. Um der jungen Generation in ihrem Erwerbsleben nicht unverantwortlich größte finanzielle Lasten aufzubürden und den sozialen Frieden in Zukunft nicht zu gefährden, sind deutliche Korrekturen im Rentenversicherungssystem unvermeidlich.

(Vereinzelter Beifall)

Vorläufig ist nur unbestritten, daß wir eine Verlängerung der Lebensarbeitszeiten benötigen. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit schließt nicht nur ein späteres Renteneintrittsalter ein, sondern ist zugleich auch der Ruf nach einer Verkürzung der Ausbildungszeiten. Die Forderung nach einer Verkürzung der Ausbildungszeiten, d. h. insbesondere nach einer Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre und einer Verkürzung der Studienzeit, ist also nicht nur ein Steckpferd einiger Bildungspolitiker. Die Verkürzung der Ausbildungszeiten ist auch ein essentieller Gesichtspunkt zur Sicherung unserer Sozialsysteme und damit unserer Renten geworden.

(Beifall)

Die Verkürzung der Studienzeiten ist eine uralte Forderung von Studenten, denn lange Studienzeiten, oftmals gekoppelt mit nutzlosen Wartezeiten auf Praktika- oder

Seminarplätze und Bücher, sind nicht allein eine finanzielle, sondern auch eine mentale Durststrecke. Studenten fristen ein Mauerblümchendasein, bis sie zu produktiver, gesellschaftlich anerkannter und damit sinngebender Tätigkeit gelangen. Gleichzeitig wird durch die herrschenden überlangen Ausbildungszeiten die Schaffkraft und Kreativität junger Menschen verschwendet.

(Beifall)

Das heißt: Sowohl die Gesellschaft im allgemeinen als auch Studenten im besonderen haben ein großes Interesse an kürzeren Ausbildungszeiten und an einer umfassenden Hochschulreform. Dieses Thema ist also nicht das Steckenpferd einiger Bildungspolitiker, sondern muß als Herausforderung für die Politik insgesamt begriffen werden.

Ein erster Schritt in diese Richtung sind die Ausführungen zur Bildungspolitik im Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland.

Die Soziale Marktwirtschaft, die Gesellschaftsordnung, die wir erfüllen und gestalten wollen, weil sie wie keine andere Freiheit und soziale Gerechtigkeit verbindet, setzt zu ihrem Erfolg den Willen jedes einzelnen voraus, einen Beitrag zur Mehrung des volkswirtschaftlichen Ertrages zu leisten. In Ludwig Erhards Worten: „Jeder ist gefordert, einen Beitrag zum Wohlstand für alle zu leisten.“

In Deutschland herrscht derzeit ein anderes geistiges Klima. Krankfeiern ist „in“ und findet die Bewunderung mancher Kollegen. Schon Überlegungen zur Flexibilisierung von Arbeitszeiten werden mit dem Vorwurf des Verrats am Sozialstaat niedergeschrien. Eine Diskussion über existentielle wirtschaftliche Herausforderungen und ihre Lösung kann so nicht produktiv geführt werden. Gleichzeitig beherrschen Verteilungskämpfe und Gruppenegoismen unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es scheint leichter zu sein, jedem einzelnen aus einem größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als Einschränkungen zu fordern. Die Zeiten der bedenkenlosen Zugeständnisse sind aber vorbei.

(Vereinzelter Beifall)

Angesichts der wirtschaftlichen Rezession und der explodierenden Staatsverschuldung kann in Deutschland nur ein kleiner und zunehmend schrumpfender Kuchen verteilt werden. In Deutschland muß ein radikales Umdenken erfolgen, denn zur Zeit wird Wohlstand auf Pump und damit auf Kosten der jungen Generation finanziert.

(Beifall)

Ein radikales Umdenken kann aber nicht von heute auf morgen erzwungen werden. Es kann nur erfolgen durch die Einsicht in bestehende Realitäten. Heute ist ein Umdenken gefordert, das in den Köpfen und nicht in den Brieftaschen beginnt, d.h. die Bildung ist gefordert. Bildung muß den einzelnen in den Stand versetzen, sein Leben sinnvoll und selbstverantwortlich zu gestalten. Die Selbstverwirklichung des einzelnen hängt ganz entscheidend auch von seiner Fähigkeit ab, in gesellschaftlichen Zusammenhängen zu denken und zu handeln. Hier weist unser Bildungssystem große Defizite auf.

In Elternhaus und Schule wurde und wird nicht mehr vermittelt, daß der einzelne einen Beitrag für die Gemeinschaft leisten muß. Die Erziehung zur Übernahme von Verantwortung erfolgt nicht mehr. Wir werden die Zukunft Deutschlands nur sichern, wenn junge Menschen wieder zu verantwortungsbewußten Menschen erzogen werden, die sich als Teil der Gemeinschaft erkennen und für sie ihren Beitrag leisten wollen. Hier muß die Bildung einsetzen.

(Beifall)

Mit diesen Beispielen habe ich versucht, Ihnen die enge Verflechtung von Wirtschafts- und Bildungspolitik aufzuzeigen. Leider betrachten allzu viele das Verhältnis zwischen Wirtschafts- und Bildungspolitik als einen Wettlauf gegeneinander. Wirtschafts- und Bildungspolitik laufen aber nicht gegeneinander, sondern als Team in einer Staffel, denn die Wirtschaftspolitik kann den Stab nur dann siegreich ins Ziel tragen, wenn die Bildungspolitik für sie zuvor einen kleinen Vorsprung herausgelaufen hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat Ulf Fink.

Ulf Fink: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte gern etwas zum Thema „Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland“ sagen und über einen Vorgang in Brandenburg informieren.

Zum Thema „Wirtschaftsstandort“. Es ist unbestritten: Wenn Umsätze und Erlöse nicht stimmen, dann müssen die Kosten gesenkt werden. Auf Kostensenkung konzentriert sich deshalb auch die Diskussion. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die Bundesrepublik Deutschland mit Kostensenkung allein die Probleme nicht lösen kann.

Die Bundesrepublik hat ihre Wirtschaftserfolge im Kern ja nicht Billigprodukten zu verdanken, sondern sie kann ihre Wirtschaftserfolge im Kern darauf zurückführen, daß sie Produkte von besonderer Qualität erzeugt, daß sie Zukunftsprodukte erzeugt und daß sie rascher auf Herausforderungen der Märkte reagiert. Deshalb müssen einige Felder beim Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland genau beachtet werden.

Ich nenne ein Beispiel: In Deutschland dauern Entscheidungen zu lange. Wir brauchen schnellere Entscheidungen, insbesondere Entscheidungen des Staates. Dafür bedarf es eines anderen Verhältnisses zwischen Staat und privaten Entscheidungen. Heute ist es ja so, daß ein Privater dankbar sein muß, wenn der Staat endlich eine Entscheidung fällt. Dabei müßte es eigentlich genau umgekehrt sein, nämlich daß der Staat dann, wenn beispielsweise Anträge auf Schaffung von Arbeitsplätzen gestellt werden, dankbar zu sein hat, daß solche Anträge überhaupt gestellt werden. Man müßte es so machen: Wenn ein Antrag nicht in einer bestimmten Frist abgelehnt ist, muß er als genehmigt gelten und nicht umgekehrt, so wie es heute der Fall ist.

Ich nenne ein zweites Thema: Zukunftsprodukte. Patente von heute sind die Märkte von morgen. Auf wichtigen Feldern sind wir leider ins Hintertreffen geraten. Ich nehme das Beispiel Mikroelektronik. In den Vereinigten Staaten wird zehnmal mehr an Patenten angemeldet, in Japan sogar hundertmal mehr. Dabei bräuchte es gar nicht so zu sein, denn es liegt nicht am fehlenden Erfindungsreichtum der Deutschen, sondern daran, daß Erfinder bei uns nicht ermutigt und ermuntert werden. Ich verweise z.B. auf das Telefax-Gerät, das in der Bundesrepublik Deutschland erfunden, aber in Japan und in Korea umgesetzt wurde. Deshalb – das ist ein konkreter Vorschlag – kann das Deutsche Patentamt eine Ordnungsbehörde oder eine Institution sein, um Erfindungen wirklich zum Durchbruch zu verhelfen.

Es ist doch kennzeichnend, daß das Deutsche Patentamt nicht etwa dem Forschungsministerium untersteht, sondern dem Justizministerium. Da müßte doch eine Änderung herbeigeführt werden.

Oder nehmen wir das dritte Thema, Umweltschutz: Man kann sich unter Kostengesichtspunkten selbstverständlich keinen Umweltschutz bis zum Geht-nicht-mehr leisten. Aber unterlassener Umweltschutz kann sehr teuer werden. Man kann sogar

darauf verweisen, daß man, wenn man rechtzeitig in den Umweltschutz investiert, daraus wirtschaftliche Erfolge herbeiführen kann. Das gilt beispielsweise für bleifreies Benzin, die Katalysatortechnik. Die Japaner haben einen wesentlichen Teil ihres Exporterfolges bei der Katalysatortechnik auf rechtzeitigen Umweltschutz und bleifreies Benzin zurückzuführen. Deshalb sollte man den Umweltschutz gerade unter diesen Gesichtspunkten auch als eine Zukunftschance ansehen.

Deshalb sage ich: Wir können den Wettlauf mit den Ländern der Zweiten und Dritten Welt um möglichst niedrige Kosten nicht gewinnen. Gewinnen können wir aber den Wettlauf mit den anderen Ländern der Welt um die besseren Produkte, um die besseren Technologien. Deshalb sollten wir uns mittelfristig darauf konzentrieren.

Nun noch ein Wort zum Thema Brandenburg. In Brandenburg finden am 5. Dezember Kommunalwahlen statt. Natürlich werden das keine einfachen Wahlen werden. Aber ich sage hier: Es gibt eine Reihe ganz vorzüglicher Mitglieder der Brandenburger CDU, die sich dort engagieren. Wir haben eine Reihe hervorragender Kandidaten für die Kommunalwahl. Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die auch von außerhalb von Brandenburg uns bei diesen Kommunalwahlen helfen.

Dazu gehört auch, daß man dafür sorgt, daß Brandenburger Produkte einen Absatz finden. Leider ist der S-Bahnauftrag an den Henningsdorfer Werken vorbeigegangen. Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, heute morgen mit unserem Freund, dem Verkehrsminister Wissmann zu sprechen. Ich bin froh darüber, daß er mitgeteilt hat, daß Henningsdorf selbstverständlich bei den Anschlußaufträgen mit bedacht wird.

Brandenburg wird schlecht regiert. Aber um so mehr müssen wir uns Mühe geben, damit es den Menschen in Brandenburg nicht schlecht geht. Die Henningsdorfer Arbeiter haben an der Spitze der Demonstrationen zum 17. Juni 1953 gestanden. Sie haben jedes Recht darauf, eine faire Chance in diesem wiedervereinten Deutschland zu bekommen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Danke, Ulf Fink. - Ich möchte einmal um Verständnis bitten: Wir haben noch eine ganze Reihe von Rednern, und wir wollen 16 Uhr die Aussprache beenden. Bitte halten Sie sich strikt an diese fünf Minuten Redezeit. Sonst passiert es, daß wichtige Leute mit wichtigen Anmerkungen hier nicht mehr zu Wort kommen.

Sie gestatten, daß ich diese Position etwas ausnutze und darauf hinweise, daß Alfred Dregger vorhin zu Recht gesagt, daß wir für unsere Städte das Wiedererstehen ihrer alten kulturhistorischen Kerne wieder anstreben sollten. Diesem Zweck dient jetzt z. B. der Buchverkauf eines sächsischen Kochbuches. Wir wollen nämlich in Dresden die Frauenkirche wieder aufbauen. Frau Biedenkopf verkauft dieses Buch unten im Foyer neben dem Stand der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ich bedanke mich. – Herr Ministerpräsident Erwin Teufel, bitte.

Erwin Teufel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Rang der Bundesrepublik Deutschland hängt entscheidend von unserer Wirtschaftskraft und von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Frage, ob wir den Aufbau in den neuen Bundesländern schaffen und darüber hinaus Völkern und Ländern in Osteuropa und in der Dritten Welt helfen können, hängt entscheidend von unserer Wirtschaftskraft und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab.

Die Frage, ob Regierungsparteien Wahlen gewinnen - diese Erfahrung gibt es international und auch bei uns -, hängt entscheidend von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab. Deswegen, glaube ich, müssen wir uns in den nächsten Monaten vor allem auf die Lösung dieser Frage konzentrieren; denn mit der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land steht es leider nicht zum Besten.

Wir haben erstens eine Konjunkturkrise, wir haben zweitens eine Strukturkrise, und wir haben drittens das Sonderproblem: Folgen von 40 Jahren deutscher Teilung.

Aus den genannten Zeitgründen will ich mich hier in der Aussprache nur auf den zweiten Teil, nämlich die Strukturkrise, konzentrieren, obwohl natürlich der erste Teil, die Konjunkturkrise, und der dritte Teil, Aufbau in den neuen Bundesländern, von gleicher Bedeutung sind.

Die Strukturkrise besteht aus meiner Sicht aus zwei Teilen: erstens aus einer Kostenkrise und zweitens aus einer Technologiekrise.

Die Kostenkrise ist erfreulicherweise in aller Munde, und sie ist auch Gegenstand der von der Bundesregierung vorgelegten Konzeption zur Sicherung des Standortes Deutschland. Darin sind sehr viele hochvernünftige Vorschläge: eine maßvolle Lohnpolitik, die sich ausschließlich am Produktivitätszuwachs zur Wirtschaft orientiert, alle Konzentration der Tarifpartner und der öffentlichen Hand darauf, daß uns die Lohnsatzkosten nicht weiter explodieren, ein neues Arbeitszeitgesetz, eine Reform der Unternehmensbesteuerung, eine Reduzierung der überlangen Genehmigungszeiten.

Das alles ist wichtig und von allergrößter Bedeutung zur Reduzierung der Kosten. Zwar sind wir gegenüber unseren Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig, was die Qualität der Produkte und den Service anlangt, aber wir haben einen Kostenrückstand von bis zu 30 %.

Nun sind alle Betriebe konkret daran, die Kosten zu reduzieren. Das ist betriebswirtschaftlich auch vernünftig und notwendig. Aber es entsteht eine immer größere Arbeitslosigkeit, die vor der Tür der Politik abgeladen wird. Deswegen möchte ich mich heute einmal mit der Frage beschäftigen, wie wir aus der gegenwärtigen Situation herauskommen.

Die Technologiekrise, in der wir sind, ist nach meiner Meinung keineswegs in aller Munde. Wir haben in wichtigen Bereichen der Hochtechnologie Gleichstand oder Vorsprung mit unseren Hauptkonkurrenten: in der Umwelttechnik, in der Automobiltechnik, im Maschinenbau - wenn man von der Steuerung einmal absieht -, auch in der Telekommunikation.

Wir haben in anderen Feldern der Hochtechnologie leider einen Rückstand von wenigstens der Länge einer neuen Produktgeneration, drei bis fünf Jahre, z. B. in der Informationstechnik, auch in der Biotechnologie. Wir sind an der Spitze in der Forschung, aber wir haben keine Produktion im Feld der Biotechnologie. Es liegen wichtigste Vorhaben im Genehmigungsverfahren auf Eis.

In vielen Bereichen kann unsere Industrie nicht mehr abnehmen, was an unseren Max-Planck-Instituten und anderen Forschungseinrichtungen geforscht wird. Es ist eine entscheidende Frage, daß wir hier wieder aufholen.

Ich habe deshalb dem Bundeskanzler vorgeschlagen, einen Sachverständigenbeirat Technologie nach dem Modell des Sachverständigenbeirats für die wirtschaftliche Entwicklung beim Bundeskanzler zu gründen. Deswegen ist auch das, was wir morgen diskutieren, die Bildungspolitik, die Hochschulpolitik, die Forschungs-, Standortsicherung.

Deswegen ist auch entscheidend - darauf hat der Bundeskanzler hingewiesen -, daß wir bei der technologiefeindlichen Einstellung umdenken. Hier geht es um Arbeitsplatzsicherung. Die Arbeitsplatzsicherung muß das A und O unserer Politik sein. Arbeitsplätze sind nicht alles, aber ohne Arbeitsplätze ist alles andere nichts. Daran werden wir in einem Jahr gemessen werden.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Danke, Erwin Teufel. - Es spricht Herr Jürgen Langner.

Jürgen Langner: Liebe Parteifreunde! Ich komme aus dem mittleren Erzgebirgskreis, der erst vor wenigen Wochen die Kreisreform überstanden hat, aus einem Kreis in Sachsen, aus einer Gegend mit einer der höchsten Arbeitslosenquoten Deutschlands. Wir haben die Flinte nicht ins Korn geworfen und arbeiten unverdrossen auf unsere Weise am Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Zustimmung)

Nicht umsonst nennt man uns ein zänkisches Bergvolk. Dazu gehört auch der Kampf gegen das unter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft“ betriebene Plattmachen, das ich als Mittelständler der MIT in den letzten Wochen und Monaten Tag und Nacht habe erfahren müssen. Ich bin der Meinung: Wir haben nichts gegen westelbische Einflieger, wir brauchen Euch, liebe Parteifreunde aus den alten Bundesländern, aber nicht dann, wenn sie im Sturzflug kommen und wettbewerbsfähige Betriebe und deren Umfeld kaputtmachen.

(Zustimmung)

Was das für eine wirtschaftlich schwache Region bedeutet, brauche ich hier nicht weiter zu erwähnen.

Wir schaffen als kleine und mittelständische Unternehmen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze. Das wird in Zukunft der Prüfstein unserer Wirtschaftspolitik für den Standort Deutschland werden. Hätten wir noch viel mehr Pragmatiker, so wären die noch vorhandenen Statisten längst verschwunden, und dann bräuchte uns um die Wahl 1994 nicht bange zu sein. Wir stellen ein hohes Potential an Wirtschaftskraft und fördern ein hohes Bildungsniveau. Wir sind gegen Ausländerhaß - dieser ist bei uns, in unmittelbarer Nähe zur Tschechischen Republik, an sich kein Thema. Wir betrachten seine Verhinderung nicht nur als Aufgabe, sondern sogar als Pflicht. Wir üben aber auch offene Kritik an Verhaltensweisen von gewissen Banken und von Teilen der Treuhand, die uns sehr verwundern, weil sie eigentlich nicht den Wirtschaftsstandort Deutschland erhalten wollen, sondern weil sie mehr schaden als nützen. Wirtschaft, Frieden und Innere Sicherheit sollen für uns der Maßstab unseres Handelns sein. Setzen wir uns deshalb konsequent für eine starke deutsche Zukunft ein - mit einem herzlichen Glückauf aus dem Erzgebirge. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Wir geben das Glückauf zurück. Danke, Herr Langner! – Jetzt Herr Dr. Noack, bitte.

Dr. Harald Noack: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Noch mehr innerparteiliche Demokratie wagen! In der Tat haben wir in der CDU in den letzten Jahren – weitgehend unbemerkt von der Presse – auf Bundesebene sehr viel mehr innerparteiliche Demokratie gewagt. Wir haben z.B. im Kreisverband Göttingen unsere Kandidaten für die Landtagswahl und gestern unsere Bundestagskandidatin in Urwahl nominiert. Dann stößt es aber schlicht auf Unverständnis, wenn eine so wichtige Frage wie die Benennung einer Persönlichkeit für das Amt des Bundespräsidenten zunächst offenbar nur im – sehr fundierten - Urteil des Parteivorsitzenden abgewogen wird und dessen Vorschlag dann vom Präsidium mit großer Sympathie zur Kenntnis genommen wird. Ich meine, es ist erforderlich, in dieser wichtigen Frage die Landes- und auch die Kreisverbände einzuschalten, ja - und dafür plädiere ich -, eine Mitgliederbefragung durchzuführen. Und zwar nicht, weil die SPD mit ihrer Mitgliederbefragung gute Erfahrungen gemacht hat, sondern weil es

unserem Selbstverständnis als Partei entspricht, daß wir bei wesentlichen Personalentscheidungen - das ist heute auch bei meinen Vorrednern schon sehr deutlich geworden - unsere Mitglieder unmittelbar einschalten. Ich gebe das zu bedenken. Mehr innerparteiliche Demokratie wagen! - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Wir danken auch. – Nun Frau Dr. Böhmer, bitte.

Dr. Maria Böhmer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer Wahlen gewinnen will, der muß die Frauen gewinnen.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund gilt es, den Frauenbericht des Generalsekretärs unserer Partei heranzuziehen. Darin gibt es zwei Ergebnisse, die von zentraler Bedeutung sind. Es ist ein sehr nüchterner, ein sehr ehrlicher Bericht, und genau das brauchen wir, wenn wir die richtigen Weichenstellungen vornehmen wollen.

Das erste Ergebnis lautet: In den alten Bundesländern haben wir eine geringfügige Erhöhung des Frauenanteils in unserer Partei, ganze 0,2 % in zwei Jahren. In den neuen Bundesländern aber haben wir einen Rückgang der Zahl der weiblichen Mitglieder – minus 2,6 % -. Das hat mich schon sehr erschreckt.

Hinzu kommt – das ist das zweite wichtige Ergebnis dieses Frauenberichts –, daß die Weiterentwicklung der Frauenpolitik inhaltlich – so drückt es der Generalsekretär in seinem Vorwort aus - in der Gefahr der Stagnation ist. Wir haben in der letzten Zeit viele Anstrengungen gemacht, und wir haben gute Ergebnisse vorzuweisen, um Frauen mehr Unterstützung zu geben; aber wir dürfen in diesem Bemühen nicht innehalten. Gerade gestern hat mir eine junge Frau gesagt, sie kämpfe in ihrem Gemeinderat mit aller Kraft für mehr Kindergartenplätze. Sie weiß natürlich, daß zur Zeit gespart werden muß, aber wenn Kindergartenplätze abgelehnt werden und der Gemeinderat zugleich beschließt, daß der neue Brunnen mit argentinischem Marmor ausgestattet werden soll, dann steht, so muß ich Ihnen sagen, wirklich die Glaubwürdigkeit von Politik auf dem Prüfstand.

(Beifall)

Der Hinweis, daß 52 % unserer Bevölkerung weiblich sind, ist nicht neu. Nur frage ich: Haben wir immer die richtigen Konsequenzen daraus gezogen? In der Vergangenheit, 1985 auf dem Bundesparteitag in Essen, haben wir mit den Essener Leitsätzen für die Partnerschaft von Mann und Frau die Weichen für eine moderne, offene Frauenpolitik gestellt. Wir haben in der Bundesregierung ein Frauenministerium, und die Bundesfrauenministerin hat jetzt einen Gesetzentwurf zur Gleichberechtigung vorgelegt. Es wird der erste Gesetzentwurf auf Bundesebene sein, über den wir im Parlament diskutieren, und ich hoffe, daß wir ihn mit Ihrer aller Hilfe auch gut umsetzen können; denn wir werden am Handeln und an den Ergebnissen gemessen, nicht allein am Programm.

(Zustimmung)

Wir als CDU sollten unser Licht auch nicht unter den Scheffel stellen. Wir haben nämlich die Ergänzung des Grundgesetzes in Art. 3 erstritten, zum einen, weil wir Frauen zusammenstanden und uns über das einig waren, was wir erreichen wollten, zum anderen aber auch, weil wir wußten, daß wir die Unterstützung der Männer in unserer Partei brauchen. Ich möchte an dieser Stelle einen sehr herzlichen Dank an unseren Bundeskanzler, an unseren Fraktionsvorsitzenden Dr. Schäuble und an den Generalsekretär der CDU, Herrn Hintze, für die großartige Unterstützung bei der Beschlußfassung über die mögliche Ergänzung des Grundgesetzes sagen.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Abschluß eine Anmerkung zu der Frage machen, was sich in unserer Partei ändern muß, damit die Anliegen von Frauen zukünftig stärker Eingang finden und damit wir nicht einen Rückgang oder eine Stagnation, wie sie momentan zu verzeichnen ist, haben, sondern damit Frauen zu uns kommen, weil sie wissen: Hier in der CDU sind sie gut aufgehoben. Ich darf noch einmal auf das Vorwort des Generalsekretärs zurückkommen. Es beginnt mit dem Satz: „Dieser 5. Frauenbericht erscheint in einer Zeit, in der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Problemstellungen, Fragen der Inneren Sicherheit, der Friedenssicherung und globale Probleme die Fragestellung überlagern, wie es denn mit der Chancengleichheit der Frauen ... aussieht.“

Ich frage Sie: Ist denn Wirtschaftspolitik kein Thema für Frauen? In den neuen Bundesländern sind wir stolz auf die große Zahl der Existenzgründerinnen, und wir haben Frauen im Handwerk, die wirklich mehr als ihren Mann stehen.

(Zustimmung)

Und ist Arbeitsmarktpolitik kein Thema, das Frauen berührt? Ich sage auch das ganz gezielt mit dem Blick auf die neuen Bundesländer; dort sind nämlich zwei von drei Arbeitslosen Frauen, und denen müssen wir helfen.

(Zustimmung)

Eine letzte Anmerkung: Frauenpolitik darf sich nicht nur auf dem klassischen Feld mit der Überschrift „Frauenpolitik“ vollziehen. Wir haben die Gesundheitsreform beschlossen, und wir diskutieren momentan mit aller Kraft über die Pflegeversicherung. Wer sind denn diejenigen, die hier doppelt betroffen sind? Die zu Pflegenden sind zum größten Teil Frauen. Aber diejenigen, die die Pflege leisten, sind zu mehr als 90 % Frauen. Deshalb sage ich: Politik in diesem Bereich ist auch ganz deutlich Politik für Frauen. Auf diesem Wege sollten wir weiter voranschreiten. Wir müssen unserer Frauenpolitik die neue Qualität geben, daß sie in allen Politikbereichen zu Hause ist. Daher hoffe ich, daß Frauen und Männer in dieser Partei zusammenstehen. Dann werden wir eine lebendige und attraktive Partei für viele Frauen sein. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Dr. Böhmer!

Es spricht nun Kurt Biedenkopf. Es schmerzt mich sehr, daß ich gerade in diesem Moment die Bitte des Präsidiums ausdrücken muß, die Redezeit möglichst auf drei Minuten zu reduzieren.

(Heiterkeit)

Das ist eine Bitte, damit noch alle zu Wort kommen können.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte als erstes, nachdem es heute schon viele Ausführungen über die deutsche Einheit gegeben hat, etwas nachholen, was noch nicht gesagt worden ist, jedenfalls nicht von Vertretern aus den ostdeutschen Ländern, und das ist unsere Dankbarkeit für die Leistungen, die in den letzten drei Jahren den Aufbau in Ostdeutschland möglich gemacht haben.

(Beifall)

Ich möchte hier einmal – auch im Blick auf alle Kleinmütigen – darauf hinweisen, daß es bisher ohne große soziale Verwerfungen und Spannungen möglich war, in Deutschland eine unglaubliche Veränderung durchzuführen, eine Veränderung, über deren Dimension in Ostdeutschland schon verschiedentlich gesprochen wurde, die

die Menschen nicht nur, wie es auch der Bundeskanzler betont hat, in ihrer wirtschaftlichen, sondern in ihrer gesamten Lebenswelt erfaßt hat, aber auch eine Änderung in Westdeutschland. Ein Drittel der Menschen in Ostdeutschland wird praktisch ganz von Westdeutschland getragen. Jede zweite Mark, die wir zur Zeit in Ostdeutschland ausgeben, kommt aus Westdeutschland. Es gäbe keine soziale Sicherheit in Ostdeutschland, und es gäbe keine Rentenzahlungen in Ostdeutschland, wenn die Arbeitnehmer in Westdeutschland mit ihren Beiträgen nicht mit fast 50 Milliarden DM im letzten Jahr zu dieser sozialen Sicherheit beigetragen hätten.

(Beifall)

Wenn das kein Beweis für Solidarität ist, dann weiß ich keinen mehr.

Die Beiträge in der Sozial- und Rentenversicherung sind erhöht worden, um die ostdeutsche Last mitzutragen. Die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände haben deswegen kein Theater gemacht, sondern dies als selbstverständlich akzeptiert. Die Investitionsleistungen im Bereich des Öffentlichen sind enorm. Es hat noch nie eine solche expansive Investitionsleistung gegeben wie im Bereich der Telekom oder des Straßenbaus in den letzten drei Jahren in den ostdeutschen Ländern.

(Beifall)

Dies alles hat Deutschland für die Einheit getan. Bei allen Schwierigkeiten wegen der Einheit sollten wir uns auch dies einmal vor Augen halten. Denn niemand gerade bei den Sozialdemokraten hätte es für möglich gehalten, daß solche Anstrengungen ohne sozialen Protest, ohne Demonstrationen, ohne soziale Verwerfungen möglich gewesen wären. Sie sind deshalb möglich, weil wir die Einheit in Deutschland wollen.

(Beifall)

Zweitens. Wir werden in den kommenden Jahren mehr, als das in der Vergangenheit der Fall war, sparsam mit öffentlichen Mitteln umgehen müssen. Es haben sich in Westdeutschland in den letzten 40 Jahren – der Vorsitzende hat davon gesprochen, daß wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten – Verhältnisse eingestellt, die wir so nicht aufrechterhalten können. Das Geld ist knapp, und wenn Geld knapp ist, muß es sich mit Geist verbinden, d. h., es muß intelligenter ausgegeben werden. Der Wettbewerb über die intelligente Verwendung der Mittel, die uns die Bürger für die Bewältigung staatlicher Aufgaben zur Verfügung gestellt haben, hat aber gerade erst begonnen. Wir haben z. B. in Sachsen den Landtag um 25 % verkleinert.

(Beifall)

Wir setzen Wirtschaftsberatungsinstitute an, um, angefangen mit der Staatskanzlei, alle Ministerien extern überprüfen zu lassen, und zwar nicht nur durch den kameralistisch denkenden Rechnungshof, sondern durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die uns sagen, ob wir wirklich intelligent mit Ressourcen umgehen. Ich wünschte mir, daß das in ganz Deutschland so gemacht würde.

(Beifall)

Der dritte Punkt in der Kürze der Zeit: Es ist von Demographie und vom Arbeitsmarkt die Rede gewesen. Ich möchte beides miteinander verbinden. Meine Sorge ist, daß die demographische Entwicklung in Deutschland zu sehr oder gar ausschließlich als ein Problem der Sozialpolitik gesehen wird. Davon kann keine Rede sein. Es wird auch ein sehr tiefgreifendes Problem des Arbeitsmarktes und unserer zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit sein. In den nächsten Jahren treten die ersten geburtenstarken Jahrgänge, nämlich die der zweiten Hälfte der 30er Jahre, in den Ruhestand, beginnend mit dem Jahre 1988. Die nachrückenden Generationen sind nur zwei Drittel so groß wie diejenigen, die in den Ruhestand gehen. Das hat nicht nur Auswirkungen auf das Sozialsystem, sondern auch auf den Arbeitsmarkt.

Hinzu kommt – ich bitte, daß wir das auch in der Bildungspolitik mit betrachten: Niemand von uns weiß, wie sich ein alterndes Volk in bezug auf eine ständige Veränderung der Lebensverhältnisse im weltweiten Wettbewerb und auf die großen Innovationsleistungen hin verhält, die von uns erbracht werden müssen, damit wir unseren Lebensstandard erhalten können. Wir müssen lernen, zwei- oder dreimal im Leben zu lernen: einmal bis zum 25. Lebensjahr und dann wieder in der Lebensmitte. Wir müssen unsere Universitäten und unsere Schulen auf die Herausforderung ausrichten, die damit verbunden ist, daß das Durchschnittsalter der Bevölkerung um die Jahrhundertwende fast 50 Jahre betragen wird und daß eine solche Bevölkerung nur dann innovative Spitze sein kann, wenn sie sich entschlossen hat, ihr ganzes Leben lang zu lernen, weiterzuarbeiten und auch Neuem gegenüber aufgeschlossen zu sein, wenn man über 50 ist.

(Beifall)

Diese Haltung wird neben der Bewältigung der sozialen Probleme entscheidend über unseren zukünftigen Lebensstandard bestimmen, auch über unsere Fähigkeit, Menschen zu beschäftigen. Daß sich der Arbeitsmarkt grundlegend verändern wird, wird uns in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen müssen. In drei Minuten ist das offensichtlich nicht vortragbar. Aber ich habe an uns als Partei die große Bitte, daß wir von hier aus nicht nur die CDU, sondern auch die großen gesellschaftlichen Gruppen, unbeschadet der parteipolitischen Konfrontation vieler Wahlkämpfe, zu einer großen innovativen Anstrengung auffordern und einladen, die die Frage zum Gegenstand hat: Wie wird unser Arbeitssystem in zehn bis 15 Jahren aussehen, wie wird es schon in den nächsten fünf Jahren aussehen, wenn die demographischen Veränderungen den Arbeitsmarkt erfassen? Wenn wir über diese Frage nicht diskutieren, werden wir gezwungen werden, über ganz andere Dinge, nämlich über die Überwältigung der Märkte in Westeuropa durch die Produzenten aus Osteuropa zu reden. Wir werden unsere Grenzen nicht schließen können. Wir werden sie offenhalten müssen. Aber 340 Millionen Menschen, die die letzten 45 Jahre ausgeschlossen waren, sind jetzt wieder da, und sie sagen: „Wir wollen mitmachen, wir wollen an der europäischen Arbeitsteilung teilhaben, wir wollen unsere Intelligenz, unsere Arbeit, unsere Produkte und unsere Bescheidenheit in den Wettbewerb einbringen.“ Wenn wir dann nicht besser sind, und zwar wesentlich besser als alle anderen, werden wir nicht durch die Güte und die Qualität unserer Produkte, sondern mit der eigenen Bescheidenheit konkurrieren müssen, d. h. mit verringertem Lebensstandard. Unser Lebensstandard hängt von unserer Entschlossenheit ab, alle Anstrengungen zu machen, um Spitze zu bleiben. Nur dann, wenn wir Spitze bleiben, bleibt auch unser Lebensstandard und damit auch unser sozialer Frieden Spitze. Diesen Zusammenhang zu erarbeiten, halte ich für unverzichtbar. Ich fordere uns dazu auf, mit den Arbeitgebern, mit den Gewerkschaften, mit den Wissenschaften dies sofort in Gang zu setzen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Professor Kurt Biedenkopf! Das Präsidium hat beschlossen, daß alle Wortmeldungen noch abgearbeitet werden sollen. Wir appellieren aber nochmals an Sie, daß Sie Ihre Redezeit einhalten. Bitte, drei Minuten!

Es sprechen jetzt zu uns Herr Mayer-Vorfelder, Herr Peter Hans, Klaus Töpfer, Heiner Geißler, Gisela Junker, Frau Professor Rita Süßmuth. Zum Schluß hat Generalsekretär Peter Hintze das Wort.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar kurze Anmerkungen machen zu dem, was bislang gesagt worden ist, und auch zu einem Punkt der Rede des Bundeskanzlers.

Ich bin dem Bundeskanzler sehr dankbar, daß er in seiner Rede den Begriff der Nation erwähnt hat. Er hat klargestellt, daß Europa und ein Stück Stolz auf die deutsche Nation, auf das Volk und auf das Vaterland kein Widerspruch ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer draußen beim Volke ist, der bemerkt eine ungeheuer große Verunsicherung im Hinblick darauf, daß man die Identität verlieren könnte. Diese Sorge um den Verlust der Identität müssen wir als Christlich Demokratische Partei ernst nehmen. Wir müssen diese Schwingungen aufnehmen. Denn wer soll es tun, wenn wir es nicht tun?

Wir brauchen nicht immer rot zu werden, wenn der Begriff des Volkes, wenn der Begriff des Vaterlandes, wenn der Begriff der Nation in den Mund genommen wird, denn unsere deutsche Geschichte besteht nicht nur aus zwölf dunklen Jahren, sondern zeigt eine ungeheuer große Tradition, und sie wird auch eine gute Geschichte in die Zukunft hinein sein.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, beschäftigt sich mit den Finanzen und dem, was geleistet worden ist. Da bin ich Herrn Biedenkopf sehr dankbar, daß er gesagt hat, die Leistungen, die erbracht werden, werden dankbar anerkannt. Meine Damen und Herren, die Leistungen, die von Bund und Ländern erbracht werden, sind keine kleinen Hausnummern. Wenn wir über diese Fragen offen miteinander diskutieren, dann nehme ich für die CDU in Anspruch, daß sie das einfach deshalb offen ansprechen darf, weil sie sich immer, auch in schwierigen Zeiten, zur Wiedervereinigung bekannt hat.

Wenn nun gesagt wird, dieses und jenes sei noch nicht in Ordnung, dann müssen wir auch sagen, was vielleicht auf Grund von Fehlern, die wir gemacht haben, nicht in Ordnung ist. Mich betrübt es, wenn in Mitteldeutschland in Bauarbeiterkolonnen nur noch tschechisch und polnisch gesprochen wird und trotz einer hohen Arbeitslosigkeit keine Deutschen mehr gefunden werden können, die diese Arbeiten verrichten. Es betrübt mich auch, daß zum Teil über ABM-Maßnahmen kostengünstiger produziert wird als im mittelständischen Bereich. Es betrübt mich, daß, wenn zweie Sozialhilfe erhalten, das für sie besser ist, als wenn einer in der Familie arbeitet. Das sind Verwerfungen im System, die wir nicht einfach so stehenlassen können, wo wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können.

Das dritte Stichwort: Bildungspolitik. Ich war zehn Jahre lang Kultusminister in Baden-Württemberg und habe mich dort bemüht, Maß und Mitte wiederzufinden. Meine Damen und Herren, meine Sorge ist, daß wir viel zu viel von fördern und viel zu wenig von fordern reden.

(Beifall)

Wir müssen unsere Kinder fordern, denn aus der Forderung an das Kind wird die Persönlichkeit. Wenn wir fördern sagen, dürfen wir nicht immer nur daran denken, zum Durchschnitt hin zu fördern, sondern wir müssen auch an die denken, die erheblich über dem Durchschnitt sind, weil in der Fortentwicklung unserer Gesellschaft von ihnen sehr viel abhängen wird.

Ein letztes Wort zum Wirtschaftsstandort.

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Herr Mayer-Vorfelder, Sie entschuldigen. Ich muß Sie jetzt unterbrechen.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Sind es schon drei Minuten?

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Schon längst.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Einen letzten Satz noch. Bislang sind die Kosten der deutschen Einheit vom Steuerzahler und vom Beitragszahler entrichtet worden. Wir können es uns auf die Dauer nicht leisten, daß ein Stabsunteroffizier mit zwei Kindern

oder ein Steuersekretär mit zwei Kindern weniger verdient als derjenige, der Sozialhilfe empfängt. Das wird auf die Dauer nicht gut gehen, denn das ist eine Demotivation für jeden, der in diesen Lohngruppen arbeitet.

(Beifall)

Dr. Fritz Mähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Jetzt Herr Peter Hans, dann Bundesminister Klaus Töpfer. Zuvor jedoch Jürgen Schreier.

Jürgen Schreier: Meine Damen und Herren! Es ist ein wichtiges Signal, daß der Bundeskanzler die Ausbildungszeit mit ins Zentrum seiner Rede gestellt hat. Wir dürfen aber bei Parteitagern nicht nur analysieren, beschreiben, wir müssen, wenn wir Beschlüsse gefaßt haben, diese auch umsetzen, wir müssen auch handeln. Meine Damen und Herren, hätten wir vor zwölf Jahren, als wir zum erstenmal über die Ausbildungszeiten gesprochen haben, den Parteitagsbeschluß auch umgesetzt, dann würden wir heute nicht einen traurigen Europarekord bei den Ausbildungszeiten und bei den Schulzeiten halten.

Im übrigen darf ich daran erinnern, daß wir damals in den westdeutschen Ländern auch noch die Mehrheiten hatten, diese Parteitagsbeschlüsse umzusetzen. Heute ist das wesentlich schwieriger geworden.

Meine Damen und Herren, stattdessen haben unsere eigenen Kultusminister um den heißen Brei herumgeredet, das Thema auf die lange Bank geschoben und die Beschlüsse in den Schubladen der Kultusbürokratie verschwinden lassen. Ich appelliere an die Verantwortlichen, jetzt nicht länger die Basisbeschlüsse zu blockieren und sogar zu belächeln, denn es ist falsch, gute Ausbildung mit langer Ausbildung gleichzusetzen. Die Formel „Länger ist besser“ geht nicht auf. Das würde nämlich zu dem absurden Schluß führen, daß derjenige, der länger zur Schule und zur Universität geht, zugleich auch der bessere Schüler und der bessere Student ist. Der gesunde Menschenverstand sagt uns das Gegenteil. Eine Verkürzung der Schulzeit schon um ein halbes Jahr würde uns viel bringen. Derjenige, der dieses halbe Jahr zu einem Auslandsaufenthalt nutzt, dort die Sprache, Sitten und Gebräuche kennenlernt, sich Fremde zu Freunden macht, kann in einem halben Jahr Sprachkompetenz erwerben und mehr soziale Erfahrungen bekommen, als ihm die Schule je hätte vermitteln können. Man braucht kein Bildungspolitiker zu sein, um diese Herausforderungen zu erkennen, man muß nur die schulgruppenbezogenen Scheuklappen ablegen, Mut zur Erneuerung und Verantwortung haben, einfach die Dinge, die wir beschlossen haben, auch machen und durchsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Birgit Bauer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als nächster hat Herr Hans das Wort. Ihm folgt Minister Töpfer.

Peter Hans: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zu drei Aspekten Stellung nehmen. Der erste Aspekt ist die Kandidatur um das Amt des Bundespräsidenten. Ich sage ja dazu, daß wir einen eigenen Kandidaten präsentieren. Wir sind die stärkste politische Kraft in diesem Land. Alles andere wäre ein falsches Signal zu Beginn des Superwahljahrs.

Ich sage ja dazu, daß wir einen Kandidaten aus den jungen Bundesländern präsentieren, denn die Gewinnung der inneren Einheit ist sicherlich die größte Aufgabe, die uns bevorsteht. Wenn der „Spiegel“ heute schreibt, Heitmann polarisiere, und das Beispiel nennt, er sei es gewesen, der den früheren Dresdner Oberbürgermeister wegen Wahlfälschung angezeigt habe, dann sage ich: Wir brauchen mehr solche Polarisierer ohne Auslandserfahrung.

(Beifall)

Aber - und da geht es um das „Ja, aber“ - die Formulierung, die der Bundeskanzler heute gewählt hat: „Das Präsidium der CDU hat den Vorschlag der sächsischen Freunde, Steffen Heitmann für das Amt des Bundespräsidenten zu nominieren, mit großer Sympathie aufgenommen“, macht mir Schwierigkeiten in bezug auf mein Selbstverständnis als Delegierter dieses Parteitag.

Ich denke, es reicht nicht aus, daß das Präsidium hier seine Sympathien zum Ausdruck bringt. Dieser Parteitag ist das höchste Gremium der Partei und bietet damit die letzte Möglichkeit, vor der Nominierung zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Was mittlerweile Standard in jedem kleinen Ortsverband ist, das sollte sich eigentlich auch dieser Delegiertentag der CDU Deutschlands zu eigen machen. Ich habe die Bitte an die Parteileitung, hier zu organisieren, daß im Rahmen des Parteitags eine Vorstellung erfolgt und eine Befragung des Kandidaten möglich ist.

(Beifall)

Ich lese gerade, was Herr Hintze heute mittag gesagt hat: Für Mitglieder werden wir nur dann attraktiv bleiben, wenn wir ihre Rechte stärken, ihre Mitmachbereitschaft fördern, ihre Kraft nicht im großen Parteigefüge verpuffen lassen. - Das hat er heute mittag gesagt; heute abend könnte er es tun.

Das zweite Thema, das ich kurz ansprechen möchte, ist das neue Grundsatzprogramm. Wir haben überall hervorragend diskutiert, aber es hat sich herausgestellt, daß eigentlich noch weit mehr Diskussionsbedarf vorhanden ist. Ich habe ein bißchen die Sorge, daß dann, wenn wir im Frühjahr in Hamburg unter dem Eindruck des Starts des Wahlkampfes über das Grundsatzprogramm diskutieren, das Harmoniebedürfnis im Mittelpunkt steht und eine kontroverse Diskussion eigentlich nicht möglich ist. Mein Vorschlag ist daher, die Beschlüsse bis nach dem Superwahljahr zu verschieben. In Hamburg sollten wir eine Wahlplattform verabschieden. Über das alte Grundsatzprogramm haben wir drei Jahre lang diskutiert, und das hat ihm nicht geschadet.

(Beifall)

Zum Schluß schließlich noch ein Kanzlerlob. Es ist sicherlich eine taktische Meisterleistung des Kanzlers, in der Frage der Benzinpreiserhöhung etwas zu dementieren, was der Umweltminister nie gesagt hat. Herr Töpfer hat sich nämlich aus sozial- und regionalpolitischen Gründen gegen eine solche Erhöhung ausgesprochen. Unsere bundesweit agierenden Politiker sollten, wie ich meine, vielleicht der Versuchung widerstehen, in einer Art Pawlowschen Reflex, sobald sie ein Mikrofon sehen, irgend etwas zu sagen. Ich nenne hier die Frage der Kappung des Weihnachtsgeldes.

(Vereinzelt Beifall)

Ich nenne Aussagen zur Verkürzung der Ferienzeit - in dem Moment, wo alle Welt in die Ferien fährt. Ich nenne ausdrücklich auch die Frage der Einschränkung der Kohlerunde 1991. Als die FDP sich von jenem unsinnigen Vorschlag bereits verabschiedet hatte, haben wir noch einmal nachgekartet. Darauf können wir verzichten. Wenn wir uns aus so etwas heraushalten, wird auch die Arbeit an der Basis viel einfacher. - Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Töpfer, bitte.

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine böse Hypothek, daß ich dem Reiz des Mikrofons nicht widerstehen konnte. Ich möchte aber doch einige kurze Anmerkungen machen.

Der Bundeskanzler hat heute morgen, wie ich meine, sehr zu Recht darauf hingewiesen, daß die Welt nun erwartet, daß das wiedervereinigte Deutschland seine Rolle in dieser Welt selbstbewußt und kompetent erfüllt. Was ist das für eine Welt, in der wir unsere Rolle erfüllen sollen? Es ist, wie wir sehen, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eine im hohen Maße friedlose Welt, in der es gilt, Frieden zu schaffen und Frieden zu erhalten. Es ist wirklich nicht zu glauben, welche Position die SPD dabei einnimmt. Es ist gut und richtig, daß wir hier ohne jede Möglichkeit des Mißverständnisses klarmachen, welche Rolle wir spielen wollen.

Dies ist aber auch eine Welt, in der die Weltbevölkerung pro Tag um 280 000 Menschen zunimmt. Es sind dies 280 000 Menschen, die ernährt werden wollen, die mit Energie versorgt werden wollen, die bekleidet werden wollen, schlicht: die menschlich auf dieser Welt leben wollen. Hier wächst - das haben wir vor gut einem Jahr in Rio de Janeiro gesehen - so etwas wie ein neuer kalter Krieg heran. Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor - Heiner Geißler hat das auf dem letzten Parteitag schon gesagt -: Es ist gut und richtig, und es ist eine faszinierende Sache gewesen, daß wir in Deutschland in Leipzig und an vielen anderen Stellen gehört haben: Wir sind ein Volk. Wir werden in der gegenwärtigen Situation aber mehr und mehr unter dem Aspekt gefordert, der da lautet: Wir sind eine Menschheit. Die Frage ist, welche Rolle Deutschland unter diesem Aspekt in der Welt spielen kann. Dies ist für meine Begriffe genauso wichtig.

(Beifall)

Eines steht fest - ich zitiere nochmals den Herrn Bundeskanzler -: Wir leben über unsere Verhältnisse. Das hat der Herr Bundeskanzler heute morgen gesagt, und er hat das ökonomisch gemeint. Ich ergänze: Wir leben auch, ökologisch betrachtet, über unsere Verhältnisse. Tamara Zieschang hat vorhin gesagt, daß möglicherweise die junge Generation die Schulden werde abtragen müssen. Auch die ökologischen Schulden werden von der jungen Generation abzutragen sein, wenn wir jetzt nicht dazu beitragen, daß sie gar nicht erst entstehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb ist die folgende Frage für mich eine zentrale Frage: Was muß eine Technologienation wie die Bundesrepublik Deutschland hierzu beitragen? 280 000 Menschen mehr pro Tag bedeuten, daß nur diejenigen Produkte und Techniken eine Zukunft haben, die mit weniger Energie, mit weniger Rohstoff auskommen, die reparaturfreundlich sind, die demontagefähig sind, die wiederverwertbar sind. Dies sind die Produkte und Technologien der Zukunft. Wir müssen dazu beitragen, daß sie bei uns entwickelt werden, d. h. Arbeit auf Dauer am Standort Deutschland erhalten, der auch im Einklang mit der Umwelt entwickelt werden kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir können uns zwar darüber streiten, ob ein Interview richtig oder falsch interpretiert worden ist. Entscheidend wird der deutsche Autofahrer aber erst entlastet, wenn Autos, die nur 3 oder 4 l Kraftstoff pro 100 km verbrauchen, auf dem Markt sind. Dann können wir nämlich auch die Umwelt entlasten und mit solchen Produkten zudem die Weltmärkte beschicken. Das ist die Zukunftsperspektive für unsere Produktion.

(Beifall)

Dieser Aspekt sollte im Mittelpunkt stehen, wenn wir streiten.

Was ich eben gesagt habe, gilt für alle anderen Teilbereiche auch. Wir brauchen Kohlekraftwerke, die einen Wirkungsgrad von über 50 % haben, damit sich eine Subvention bei Kohle, die notwendig ist, auf Dauer durch bessere Technologie auszahlt.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Kollege Töpfer, ich muß Sie leider unterbrechen. Gleiches Recht für alle, ob Minister oder normaler Delegierter: Ich bitte doch, zum Schluß zu kommen.

(Beifall)

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Dem kann ich nachhaltig zustimmen. – Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung: Nur wenn wir uns dieser Herausforderung stellen, werden wir auf Dauer auch der kommenden Generation sagen können: Wir leben nicht auf eure Kosten, sondern wir bezahlen den Preis für unseren Wohlstand mit den Preisen, die wir heute bezahlen. Das ist unsere Herausforderung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Nun hat Heiner Geißler das Wort. Danach spricht Frau Junker.

Dr. Heiner Geißler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine kurze Antwort auf den Beitrag von Frau Merkel. Bundestagswahlen sind Richtungsentscheidungen. Die Partei wird gewinnen, die den Menschen eine begründete Hoffnung gibt, nicht die Hoffnung, alle Probleme lösen zu können, wohl aber die Hoffnung, die Dinge zu verbessern. Diese Hoffnung müssen wir vor allem denjenigen vermitteln, die ihr Leben noch vor sich haben. Die Menschen sehen jeden Tag im Fernsehen die Probleme: unvorstellbare Grausamkeiten, 20 tickende friedliche Tschernobyl-Bomben, die Bevölkerungsexplosion, die Alterspyramide, den Fundamentalismus. Ich kann die Antworten auf die sich stellenden Fragen nicht geben, aber etwas möchte ich sagen: Glaubt jemand hier in diesem Saal, daß die Nationalstaaten in Europa in der Lage wären, diese Probleme allein zu lösen? Wir haben für unsere Jugend überhaupt nur eine Chance: daß wir den Nationalismus überwinden und zum Bundesstaat Europa ja sagen.

(Beifall)

Eine zweite Bemerkung. Der Nationalstaat ist für die großen Dinge zu klein und für die kleinen Dinge zu groß geworden. Das Problem der Pflegeversicherung muß vor Ort gelöst werden. Die Wirtschaftspolitik wird in Brüssel oder in New York gemacht. Den Wirtschaftsminister in Bonn können wir uns fast sparen.

(Beifall)

Das Nationale ist dazu kein Widerspruch. Meine Identität finde ich aber nicht nur dadurch, daß ich Deutscher bin. Ich versuche auch Christ zu sein. Ich will ebenso Demokrat sein. Alle drei Dinge sind mindestens gleich wichtig. Wenn wir den Menschen keine Vision mehr geben - Europa ist eine Vision -, werden die Menschen in die Individualisierung, in die nationale Abschottung und vielleicht auch in den Fremdenhaß flüchten.

Die Menschen haben eine große Sehnsucht nach Orientierung. Dabei hätten wir es doch einfach, unser Menschenbild, das christliche Menschenbild, als Basis für unsere Politik zu erhalten.

Der Extremismus ist eine Schande für Deutschland. Aber wir lehnen die Gewalt gegen Ausländer in erster Linie deswegen ab, weil diese Gewalt ein Anschlag auf die unteilbare Menschenwürde ist, unabhängig davon, ob jemand Deutscher oder Ausländer ist.

(Beifall)

Bei den Menschen, die Molotowcocktails werfen – das wissen wir – gilt: Vielen schlägt nicht das Gewissen. Aber ihnen schlägt das Gewissen auch deswegen nicht, weil sie weder in der Schule noch vom Elternhaus - und da gibt es keinen Unterschied im Osten oder Westen - etwas gehört haben von Gott und den zehn Geboten und dem Sittengesetz, das die Grundlage jeder gesellschaftlichen Ordnung ist. Deswegen ist die Rückbesinnung zur Erziehung auf die Werte, die eine ewige Gültigkeit haben, eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Als nächste Rednerin spricht Frau Junker.

Gisela Junker: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist hier ein besonderer Begriff geprägt worden, und zwar Sparsamkeit. Nun finde ich, Sparsamkeit ist nicht nur eine Sache des Bürgers, dem sowieso immer der Gürtel enger geschnallt wird, sondern dies sollte auch und vor allem eine Sache der Regierung sein. Sie kann es hier vorleben, und zwar unter einem Aspekt: Der Umzug nach Berlin ist eine beschlossene Sache. Und dagegen wird auch niemand etwas sagen. Nur, muß er jetzt und morgen und gleich sein?

(Zurufe: Ja! Ja!)

Kann man hier nicht ein paar Jahre warten

(Zurufe: Nein! Nein!)

und diese Gelder besser in andere Dinge stecken, die notwendiger sind, z.B. in Arbeitsplätze für die neuen Bundesländer? Ich glaube, das sollte man sich noch einmal überlegen und hier noch einen anderen Weg gehen.

(Beifall)

Der zweite Punkt: Der Bundeskanzler hat heute morgen auch über die EG gesprochen und sehr galant die GATT-Verhandlungen übergangen. Ich frage mich nur, wie es auf Dauer für die deutschen Landwirte weitergehen soll. Im Jahre 1982, bei seinem Antritt, waren wir gut zwei Millionen Bauern. Wir haben heute kaum noch 500 000.

(Vereinzelter Beifall)

Ich frage mich: Brauchen wir eigentlich unsere Bauern in Deutschland noch, oder brauchen wir nur noch VW zu verkaufen und nehmen die Ernährung durch das Ausland herein? Nur, dann müssen wir uns über eines im klaren sein: Die Ernährung wird verstrahlt. Sie wird verfälscht. Sie wird verseucht sein. Was dann auf uns zukommt, ist schlimm. Ich glaube, dann können wir eine dritte Gesundheitsreform beginnen. Dies gilt, wenn wir so weitermachen.

Ich möchte den Bundeskanzler bei aller Liebe zur EG aufrufen, hier etwas zu tun. Auch ich möchte Europa. Gerade die Agrarreform war eines der Themen der EG überhaupt. Wir müssen dies weiter betreiben, aber das darf nicht auf Kosten einzelner Gesellschaftsgruppen in diesem Land gehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank. Nun hat Frau Süßmuth das Wort.

Professor Dr. Rita Süßmuth: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Ich möchte nur zu zwei Punkten Stellung nehmen. Wenn es in der massiven Kritik an Politikern, Parteien und Parlament darum geht, es fehle an Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit, dann komme ich als erstes zu dem Berlin-Umzug und sage: Wir haben im Deutschen Bundestag am 20. Juni 1991 einen Beschluß gefaßt, und zur Glaubwürdigkeit von Politik und Parlament gehört, daß Beschlüsse bindend sind und wir uns auch an sie halten.

(Beifall)

Unser großes Problem ist gegenwärtig, daß wir die Dinge zu lange bereden und zerreden und Dinge dann nicht zur Entscheidung kommen.

(Beifall)

Das eine ist das Reden, und das andere ist das Handeln, und das muß verbindlich sein. Dazu gehört aber auch die Offensive, daß sich nicht jeder und jede, der oder die sich in der Politik engagiert, inzwischen rechtfertigen muß, warum man in einer Partei ist, sich dort engagiert und dort arbeitet.

(Beifall)

Deswegen möchte ich von diesem Parteitag aus den Appell an Sie richten, daß wir an den verschiedenen Orten wirklich offensiv mit der Notwendigkeit der Partei und Parteien in der Demokratie umgehen und nicht nur noch darüber sprechen, ob denn die Parteien überhaupt Geld haben dürfen. Auch eine Demokratie muß offensiv im politischen Raum vertreten werden.

(Beifall)

Das zweite, das ich für wichtig halte und weswegen ich mich noch einmal gemeldet habe, ist: Ich bin es leid, daß wir das Frauen-Thema isoliert in unserer Partei behandeln.

(Beifall)

Warum? Wir brauchen weder Frauenförderung noch Frauenquoten. Wenn es wahr ist, daß Deutschland ein geeintes Land bildet und wir ein Volk sind, dann sollten wir aufhören, immer noch einmal zu fragen, ob wir denn für Männer ganz andere Bedingungen brauchen als für Frauen und umgekehrt.

(Beifall)

Wenn es wahr ist, daß wir in einer Weltenwende stehen, dann sage ich Ihnen: Es geht mir nicht mehr darum, die Frauen zu beteiligen, sondern wir brauchen sie dringend zur Lösung der anstehenden Probleme in unserem Land und weltweit. Wenn wir das begriffen haben, dann ist Partnerschaft kein leeres Wort mehr, dann organisieren wir unsere Welt andersherum, so, daß menschliches Zusammenleben, daß Kinder eine Chance haben und daß sie sich die Erfahrungen und Leistungen von Frauen zu eigen machen und wir nicht ständig über die Defizite reden. Das wünsche ich mir für unsere Partei. – Danke schön.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Ich erteile jetzt das Wort dem Herrn Generalsekretär zur Beantwortung mancher Fragen, die gestellt worden sind.

Peter Hintze: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich möchte auf einige Beiträge in der Diskussion kurz eingehen. Verschiedene Redner haben sich mit der Frage der Mitgliederentwicklung in unserer Partei und damit, wie wir stärker neue Mitglieder gewinnen und den Trend umwenden können, befaßt. Es ist dabei kritisch angesprochen worden, daß die Probemitgliedschaft, die Schnuppermitgliedschaft der Bundespartei nicht mit vollständigen Rechten verbunden ist.

Ich möchte dazu sagen: Ich fände es sehr, sehr gut, wenn sich alle unsere Landesverbände diesem Thema einmal zuwendeten. Wir haben etwa in Schleswig-Holstein die positive Erfahrung gemacht, daß über den Weg einer Mitgliedschaft auf Probe – dort ist sie mit allen Rechten verbunden – sehr wohl neue, junge Mitglieder zu gewinnen sind, die dann auch die Parteiarbeit tragen, endgültig dabei bleiben, ihren Mitgliedsbeitrag zahlen und die Arbeit mittragen.

Ich weiß von anderen Parteitag, daß die Sorge besteht, eine Mitgliedschaft auf Probe könne die innere Situation der CDU verändern. Ich möchte die Ängste nehmen. Wenn wir keine andere Sorge hätten, als daß massenhaft Menschen aus der Bürgerschaft zu uns kämen, um unsere innere Situation zu verändern, dann wäre das die erfreulichste Sorge, die wir haben könnten. Ich bitte Sie also, diese Modelle aufzugreifen und ihnen in Ihren Verbänden zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall)

Wir stehen in den neuen Ländern zudem vor der Schwierigkeit, Kandidaten für die Kommunalwahlen zu gewinnen. Wir hatten dieses Problem schon bei den letzten Kommunalwahlen. Wir haben eine Reihe von Gebietskörperschaften, bei denen wir ein sehr gutes Ergebnis erzielt haben. Wir haben aber jetzt Schwierigkeiten, qualifizierte Frauen und Männer zu gewinnen und müssen daher alle Chancen nutzen, daß in der kommunalen Arbeit nicht abreißt, was erfolgreich begonnen wurde.

Aufgeworfen wurde die Frage nach den Mitarbeitern aus den neuen Ländern im Konrad-Adenauer-Haus. Die Frage ist berechtigt, obwohl wir eine Reihe von solchen Mitarbeitern haben. Ich möchte die Frage im Sinne einer Bitte um Mitwirkung einmal zurückgeben: Ich möchte Sie bitten – und das ist leider nur in ganz wenigen Einzelfällen geschehen –, uns qualifizierte Mitarbeiter zu benennen, die bereit sind, eine solche Aufgabe bei uns zu übernehmen. Wir wissen, daß es für die Wirksamkeit im Wahljahr wichtig ist, Menschen aus den neuen Ländern als Mitarbeiter zu haben, die aus eigenem Erleben die politische Vorbereitung mittragen können.

Wir konnten heute erleben – ich weiß nicht, wer da schon im Saal war –, wie Herr Bregger und Herr Schreiber für Mittelstand und CDA zu uns gesprochen haben. Ich fand das sehr gut, weil in beiden Beiträgen das Gemeinsame in unserer Union deutlich wurde. Ich habe nichts gegen eine kontroverse Diskussion. Was mich ein bißchen beschäftigt, ist, wenn wir in Gremien keine Gelegenheit bekommen, die kontroverse Diskussion zu führen, weil sie in den Medien längst mit großem zeitlichem Vorlauf abgehandelt wurde und sich in der Öffentlichkeit verselbständigt hat. Es ist also auch gut, wenn wir intern miteinander ringen und das gemeinsam gefundene Ergebnis dann auch gemeinsam vertreten.

(Beifall)

Es ist das Grundsatzprogramm angesprochen worden. Hier möchte ich dem letzten Redner entschieden widersprechen. Auch ich spüre – Reinhard Göhner hat es dargelegt – einen sehr großen Diskussionsbedarf in unserer Partei über das Grundsatzprogramm. Ich sehe darin auch eine große Chance. Sehr viele, die wir mit unserer Parteiarbeit sonst nicht erreichen, lassen sich – das hat die Diskussion gezeigt – über das Grundsatzprogramm, über entsprechend eingerichtete Arbeitskreise und Projektgruppen ansprechen. Aber wir sollten uns nicht der Chance begeben, das Wahljahr 1994 mit dem Hamburger Parteitag und der Diskussion und Verabschiedung des Grundsatzprogramms auch auf ein Fundament zu setzen, mit dem wir den Menschen vor den 18 Wahlgängen deutlich machen, wohin es im ausgehenden 20. und im beginnenden 21. Jahrhundert nach unserer Auffassung geht. Wahlentscheidend wird nicht so sehr sein, was wir in der Vergangenheit geschafft haben. Wahlentscheidend wird sein, ob die Menschen uns zutrauen, auch die langfristigen Fragen überzeugend zu beantworten. Dies tun wir im Moment im Rahmen unseres Grundsatzprogramms. Deswegen sollten wir uns dieser Chance zu Beginn des Wahljahrs nicht berauben.

Das Amt des Bundespräsidenten ist angesprochen worden. Ich finde, hier dürfen wir uns durch das, was in den Medien veranstaltet wird, nicht auf eine falsche Fährte

locken lassen. Die SPD versucht hier – sie versucht es in einer sehr üblen Weise –, das Amt des Staatsoberhauptes in Personaldebatten, Personalquerelen hineinzuziehen. Ich will unabhängig von dem Ausgang der Geschichte einmal sagen: Die plumpen Angriffe von führenden Sozialdemokraten auf Steffen Heitmann, den sächsischen Justizminister, sind peinlich und werden von uns scharf zurückgewiesen.

(Beifall)

Die SPD hat heute einen eigenen Vorschlag für das Amt gemacht. Das ist auch in Ordnung. Ich sagen Ihnen: Wir werden diese Person nicht qualifizieren und nicht kritisieren, weil unser Verständnis vom höchsten Staatsamt sich auch im Respekt im Verfahren und im Umgang mit den Personen ausdrückt, die dafür kandidieren. Wir werden uns auf die Ebene, die die Sozialdemokraten eingeläutet haben, nicht herablassen.

(Beifall)

Zum Schluß zum Frauenbericht. Frau Böhmer und Rita Süßmuth haben darüber gesprochen; ich will es wiederholen, weil jetzt ein paar mehr im Saal sind. Wir haben in der CDU hochqualifizierte Frauen. Nutzen wir die Chance, und stellen wir sie auch auf! – Schönen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken“

Ich erteile zu einer Einführung in den Antrag unserem Parteifreund Rudolf Seiters das Wort, unter dessen Leitung eine Arbeitsgruppe des Bundesvorstandes den Antrag erarbeitet hat. An dieser Stelle möchte ich Rudolf Seiters für seine hervorragende Arbeit ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall)

Bitte, Herr Seiters, Sie haben das Wort.

Rudolf Seiters: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Bundesvorstand legt Ihnen heute einen Leitantrag vor, der einer Kommission des Präsidiums erarbeitet wurde und dann die Zustimmung und Billigung des Bundesvorstandes gefunden hat. Ich trage diesen Antrag hier als Vorsitzender der Präsidiumskommission und – das füge ich gleich hinzu – auch in voller sachlicher Übereinstimmung mit Manfred Kanther vor, dem ich an dieser Stelle eine glückliche Hand bei der Bewältigung der anstehenden Probleme und die gemeinsame Unterstützung durch uns alle wünsche.

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt – wenn Sie mir diese Vorbemerkung gestatten –, daß wir durch die gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen auf dem Feld der Asylpolitik, die wir nach jahrelangen, mühsamen, quälenden Verhandlungen erreicht haben, dieses Problem in den kommenden Wochen und Monaten – das zeigen schon jetzt sowohl die erheblich gesunkenen Zugangszahlen als auch die drastisch gestiegenen Zahlen der Entscheidungen durch das Bundesamt für die Anerkennung

ausländischer Flüchtlinge – deutlich erkennbar mildern werden. Es ist eines der drängendsten innenpolitischen Probleme. Ich finde, wir müssen auch mit Blick auf die bevorstehenden anderen Entscheidungen sagen: Dies ist nun wirklich ein Feld gewesen, auf dem wir die Kompetenz und Richtigkeit unserer Vorstellungen nachweisen können – ein Erfolg der Union.

Jetzt kommt es darauf an, daß wir uns auch mit dem Programm zur Bekämpfung und zur Stärkung der Inneren Sicherheit durchsetzen, bei denen wir vor großen Herausforderungen stehen. Es war schon davon die Rede, daß wir im vergangenen Jahr in fast allen Deliktsbereichen einen Anstieg der Kriminalitätszahlen haben. Das gilt für die allgemeine Kriminalität und die Gewaltkriminalität, aber ebenso für die organisierte Kriminalität, wo wir uns auf neue Formen und eine zunehmende Internationalisierung des Verbrechens einstellen müssen.

Meine Damen und Herren, Freiheit und Sicherheit der Bürger gehören zusammen. Freiheit und Autorität des Staates sind keine Gegensätze. Wir bekennen uns zum staatlichen Gewaltmonopol, das gerade die Schwächeren in der Gesellschaft schützt und Voraussetzung für die Rechtssicherheit der Bürger ist. Daraus folgt aber auch die Pflicht des Staates, Straftaten entschlossen zu bekämpfen, die geltenden Gesetze konsequent durchzusetzen und dort, wo Gesetze fehlen und neue Gefährdungen auftreten, auch neue Gesetze zu schaffen. Wenn es richtig ist, daß ohne einen allgemein gültigen und eingehaltenen Konsens über Recht und Ordnung keine Gesellschaft auskommt, dann dürfen wir weder eine Bagatellisierung von Rechtsverstößen noch einen selektiven Rechtsgehorsam zulassen. Die demokratisch legitimierte und rechtlich verfaßte Staatsgewalt darf weder konkurrierende Macht noch rechtsfreie Räume dulden.

(Beifall)

Die Priorität für das Thema Innere Sicherheit – auch der Bundeskanzler hat heute morgen davon gesprochen – ergibt sich dabei nicht nur aus den zweistelligen Steigerungsraten in den polizeilichen Kriminalstatistiken und im steigenden Bedrohungsgefühl der Bevölkerung. Die Behandlung dieses Themas ist auch unabdingbare Voraussetzung für eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung über die Ursachen der Kriminalität, wie Werteverlust, schwindendes Rechtsbewußtsein, Anonymisierung der Gesellschaft, Zunahme von Egoismus und schwindender Einfluß stabilisierender oder wertevermittelnder Institutionen. Die Welle der Gewalt, die in Teilen der Medien und insbesondere in bestimmten Fernsehprogrammen eine breite Wirkung entfaltet, hinterläßt gerade bei Kindern und Jugendlichen schlimme Eindrücke, weil ihnen Gewalt als eine Art der Problemlösung vermittelt und die natürliche Hemmschwelle gegenüber Gewalt und Kontrolle von Aggressionen abgebaut wird. Deswegen fordern wir eine wirkungsvolle freiwillige Selbstkontrolle, eine drastische Einschränkung der Gewaltdarstellung vor allem im Fernsehen und eine Konvention der Verantwortlichkeit aller gestaltenden Kräfte im Bereich der Medien.

(Beifall)

Ich will aus den Kapiteln des Leittrags beispielhaft nur drei Punkte in aller Kürze herausgreifen. Erstens. Wer Innere Sicherheit will, muß sich zur Polizei und ihren Aufgaben bekennen. Wir fordern alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft dazu auf, der Polizei den Rücken zu stärken und deutlich zu machen, daß die Polizisten ihren Dienst zum Schutz des einzelnen und zum Wohl unseres Gemeinwesens tun. Wir müssen sicherstellen, daß die Polizei personell, rechtlich und logistisch hinreichend gerüstet ist. Wir müssen die Effektivität, die Einsatzfähigkeit und die Attraktivität der Polizei stärken, die Rahmenbedingungen des Polizeiberufs ein-

schließlich des Dienstes im Bundesgrenzschutz verbessern. Die Polizeibeamten müssen von Aufgaben, die nicht unmittelbar sicherheitsrelevant sind, insbesondere von reinen Verwaltungstätigkeiten, soweit wie möglich entlastet werden. Die sichtbare Präsenz der Polizei auf Straßen und Plätzen ist das wichtigste Mittel, um potentielle Straftäter abzuschrecken und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken, und dies in Verbindung mit konsequenter Strafverfolgung, beschleunigten Strafverfahren und schnellen strafrichterlichen Entscheidungen.

(Beifall)

Zweitens. Der Verfassungsschutz in Bund und Ländern ist wichtiger Bestandteil der Inneren Sicherheit gerade angesichts von Gewaltkriminalität, extremistischer Fremdenfeindlichkeit und zunehmendem organisierten Verbrechen. Wir wollen die Kompetenzen des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes der Gefährdungslage anpassen. Wir wollen dem Verfassungsschutz durch Gesetz die Möglichkeit einräumen, durch Abhörmaßnahmen über das Entstehen krimineller Vereinigungen, über die Vorbereitung volksverhetzender Aufrufe und die Aufstachelung zum Rassenhaß schon im Planungsstadium zielgerichtet Informationen zu beschaffen.

Wir wollen die Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität durch Vorfeldbeobachtung der Strukturen und der Entwicklung. Wir wollen das Bundeskriminalamt, um Terrorismus und organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen zu können, in die Lage versetzen, Ermittlungen schon vor einem Anfangsverdacht aufnehmen zu können. Notwendig ist die Schaffung von Rechtsgrundlagen für Initiativentwicklungen und die Zuweisung originärer Zuständigkeiten im Rahmen der Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Jedenfalls geht es darum, Instrumente auszubauen, mit denen wir der Kriminalität mit Aussicht auf mehr Erfolg begegnen können. Institutionen wie der Verfassungsschutz in Bund und Ländern dürfen nicht geschwächt und dürfen nicht diffamiert werden. Sie müssen voll einsatzbereit und leistungsfähig sein und müssen die Unterstützung erhalten, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

Schließlich drittens: Wir brauchen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Gewaltkriminalität auch die Verschärfung bestimmter Gesetze. Das wird ganz sicher ein Thema in dieser Koalition und im Parlament sein. Ich nenne als ein Beispiel die Notwendigkeit, dringend Verdächtige in Untersuchungshaft zu nehmen, ohne daß bereits eine Verurteilung vorliegt. Es kann nicht angehen, daß die Polizei unter Einsatz von Leib und Leben Gewalttäter festnimmt und diese dann vom Haftrichter wieder freigelassen werden müssen, weil weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr besteht.

(Beifall)

So werden die Straftäter und Chaoten, die von Demonstration zu Demonstration reisen und dort ihre gewalttätigen Aktionen fortsetzen, nicht wirksam bekämpft werden können - ganz zu schweigen von den verheerenden Folgen für die Motivation der Polizeibeamten -, wenn von ihnen festgenommene Täter ihnen kurze Zeit später bei der nächsten Gewaltdemonstration wieder begegnen. Hier müssen wir dringend etwas unternehmen.

(Beifall)

Ich nenne als ein weiteres Beispiel die verdeckten Beweissicherungsmaßnahmen; davon war heute schon die Rede. In den USA und fast allen europäischen Ländern ist der Einsatz akustischer und optischer Mittel zulässig, um Strukturen der organisierten Kriminalität aufbrechen zu können. Jetzt wollen auch die Niederländer ihre entspre-

chenden Gesetze in diesem Sinne ändern. Wir hätten hier längst gehandelt, wenn wir die erforderlichen Mehrheiten hätten. Es ist dieselbe Situation wie jahrelang beim Thema Asyl. Wir dürfen nicht schon wieder auf einem anderen wichtigen Felde kostbare Zeit verlieren.

(Beifall)

Wir sagen jedenfalls: Angesichts der kriminellen technischen Intensität des internationalen Verbrechens darf sich der Rechtsstaat keine Fesseln anlegen und nicht tatenlos zusehen. Ich sage auch noch einmal für mich und für uns in der Union: Wir wehren uns gegen eine verfälschende und verzerrende Darstellung, die durch die Bezeichnung „Großer Lauschangriff“ so tut, als wolle sich der Staat einen Freibrief verschaffen, um Bürger zu belauschen.

Es geht beim Einsatz technischer Mittel eben nicht um einen Angriff auf unsere Demokratie und die grundgesetzlich gewährten Rechte, sondern um die Abwehr ebendieses Angriffs durch Straftäter, die mit allen modernen Mitteln der Technik arbeiten. Wer anderes behauptet, unterstellt demokratischen Ländern wie der Schweiz, Frankreich, Großbritannien oder den USA, sie seien weniger demokratisch als wir.

Wenn es also richtig ist, daß sich die organisierte Kriminalität zu einer Bedrohung für Staat und Gesellschaft auswächst, müssen wir alles tun, um in die geheime Kommunikation mafioser Schwermittler einzudringen und dadurch unsere Bürger zu schützen und ebenso die Innere Sicherheit unseres Landes.

Meine Damen und Herren, der Leitantrag des Bundesvorstandes, der Ihnen heute vorliegt, behandelt die einzelnen Kriminalitätsfelder, die Aufgaben und Stellung von Polizei und Strafvollzug, unterstreicht die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit und hebt die Mitverantwortung des Bürgers hervor. Alle Anstrengungen zur Kriminalitätsbekämpfung können letztlich nur in dem Maße erfolgreich sein, wie sie von der Gesellschaft mitgetragen und unterstützt werden. Wir rufen deshalb alle gesellschaftlichen Kräfte auf, ihre Bemühungen zu verstärken und dazu ihren Beitrag im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu leisten.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. Er ist ein Antrag für Freiheit und Sicherheit aller friedliebenden und rechtstreuen Bürger.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Lieber Herr Seiters, ganz herzlichen Dank für diese Einführung in das komplexe Thema.

Meine Damen und Herren, ich eröffne jetzt die allgemeine Aussprache zum Antrag des Bundesvorstandes. Bis jetzt liegen mir dazu fünf Wortmeldungen vor. Als erster hat das Wort Dirk Fischer.

Dirk Fischer: Frau Präsidentin! Meine lieben Delegierten! Die Wiederherstellung der Inneren Sicherheit und damit auch der Kampf gegen politischen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und zunehmende Gewaltbereitschaft sind im Moment wohl die wichtigste Aufgabe des Staates. Denn wenn in meiner Heimatstadt Hamburg 83 % der Bevölkerung dieses als das erste Thema der für sie wichtigen politischen Themen definiert haben, dann ist es unsere Verpflichtung, das sehr ernst zu nehmen und dafür zu sorgen, daß das Vertrauen in unseren demokratischen Rechtsstaat nicht auch durch ein solches Thema, durch die damit zusammenhängenden Probleme dauerhaft Schaden leidet.

Im Jahre 1992 haben wir in Deutschland fast 6,3 Millionen Straftaten erfaßt; eine Steigerungsrate von fast 10 % bei einem Rückgang der Aufklärungsquote auf etwas über 42 %. Bei uns in Hamburg sind die Zahlen noch viel alarmierender: ein Anstieg von 11,5 % bei einem Rückgang der Aufklärungsquote auf nur noch 37 %. Und wenn wir einmal die vielen tausend von Kaufhausdetektiven aufgeklärten Ladendiebstähle abziehen, wäre die Aufklärungsquote in Wahrheit noch dramatisch niedriger.

Diese Entwicklung zeigt, wie notwendig ein verstärktes Handeln ist, um die Sicherheit und Freiheit jeden Bürgers wirksam zu schützen.

Ich habe den Eindruck, daß wir hier viele Dinge auf dem Prüfstand stehen haben, z. B. ob das Gewaltmonopol beim Staat in guten Händen ist; denn es ist doch besorgniserregend, wenn wir heute in Deutschland weniger Polizeibeamte haben als Sicherheitskräfte bei privaten Firmen.

Hier steht auf dem Prüfstand das Vertrauen in den Staat. Hier steht auf dem Prüfstand die Effizienz unserer parlamentarischen, demokratischen Ordnung.

Ein wesentlicher Grund für die Entwicklung ist der gesamtgesellschaftliche Werte- und Strukturwandel. Rechts- und Unrechtsbewußtsein haben abgenommen, Rücksichtslosigkeit gegenüber Schwächeren und die Durchsetzung egoistischer Ziele, auch mit dem Mittel der Gewalt, haben zugenommen. Die Achtung vor Leib und Leben, vor fremdem Hab und Gut und die Solidarität mit den Mitmenschen fehlen oft schon Kindern und Jugendlichen. Häufig werden Zukunftsangst und vermutete Perspektivlosigkeit in Aggression und Gewaltbereitschaft umgesetzt.

Gerade das Anwachsen der Jugendkriminalität ist in höchstem Maße alarmierend. Auf die unter 21jährigen Tatverdächtigen entfällt ein Anteil von 25 % an der Gesamtkriminalität. Hier sind - mit dem Thema müssen wir uns permanent und vertieft auseinandersetzen - Familie und Schule, hier sind berufliche und gesellschaftliche Institutionen gefordert. Die Erziehung durch die Eltern in einer intakten, harmonischen Familie ist gewiß die beste Grundlage für ein künftiges rechtstreues Leben. Wir fördern die Erziehungsfunktion der Familie aus vielen Gründen, aber insbesondere auch aus diesem Grunde.

Eine wichtige Funktion kommt unserer Schule zu. Es ist sicherlich ein Irrweg zu glauben, daß sich die Schule auf eine reine Wissensvermittlung beschränken kann. Wir, die CDU, haben immer wieder dafür plädiert, daß in der Schule auch grundlegende Werte unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung vermittelt werden müssen und daß Akzeptanz von Pflichten und die soziale Rücksichtnahme auf Mitmenschen ganz besonders jungen Menschen vermittelt werden müssen.

Wir haben für diese Position oftmals auch Hohn und Spott und Widerspruch geerntet. Wir können heute jedoch erkennen, wie richtig wir gelegen haben und wie sehr jene geirrt haben, die meinten, daß Wertevermittlung nicht mehr zeitgemäß sei.

(Beifall)

Ich will an das anknüpfen, was Rudi Seiters gesagt hat. Ich möchte die Verantwortung und die Rolle der Medien hervorheben, denn oftmals wird im Fernsehen, in Videos, in Kinofilmen, selbst in Comic strips die Gewalt in einer schlimmen und desinformierenden Weise verharmlost. Die Folge dieser Entwicklung können wir an jungen Menschen ablesen: Gewalt in den Schulen, Bewaffnung der Kinder. Ich meine, jetzt gilt es, die Verantwortung stärker wahrzunehmen.

Ich betrachte die Entwicklung der Straftaten gerade bei den Eigentumsdelikten und bei den Gewalttaten mit großer Sorge. Wir müssen die Angst der Bürger sehr, sehr ernst nehmen. Wir müssen alles in unseren Kräften Stehende tun, um das Vertrauen in

den Rechtsstaat wiederherzustellen. Ich sehe als ein Mittel eine verstärkte flächige Präsenz unserer Polizei auf der Straße an. Dies könnte helfen, denn mehr Polizei in der nahen Umgebung der Bürger, die sichtbar und schneller erreichbar ist, und mehr Präsenz auf der Straße, die potentielle Täter abschreckt, kann bürgernah Vertrauen schaffen und die Verunsicherung und dem Gefühl der Bedrohung entgegenwirken.

Wenn wir die Beamten von reiner Verwaltungstätigkeit stärker entlasten, dann können sie sich auch auf mehr Polizeieinsatz konzentrieren. Ich meine daher, daß wir neben einer Aufgabenkritik in der gesamten Polizei auch eine modernere Sachausstattung und eine angemessenere Bezahlung erreichen müssen. Die verbesserte Zusammenarbeit von Justiz und Polizei kann der Demotivation der Polizeibeamten begegnen.

Wir müssen aber auch im Bereich des Strafrechts und vor allem im Bereich des Strafprozeßrechts prüfen, ob hier nicht wesentliche Verbesserungen erreicht werden können und ob sie nicht schnellstens angepackt werden müssen.

Ich will in dem Zusammenhang darauf hinweisen, daß eine der größten Bedrohungen für unseren Rechtsstaat sicherlich von der organisierten Kriminalität ausgeht, denn ein erheblicher Teil der heute noch als Einzelfaten ausgewiesenen Fälle ist ja in Wahrheit eine Erscheinungsform der organisierten Kriminalität. Die besondere Gefährlichkeit liegt in ihrer international vorhandenen gefestigsten Organisationsstruktur und in dem heimlichen Streben nach Einfluß auf Politik und Wirtschaft u.a. mit dem Mittel der Korruption.

Ich meine, wir müssen die organisierte Kriminalität mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Mit den bisher zur Verfügung stehenden Möglichkeiten allein ist dieser Kampf jedoch nicht mehr zu gewinnen. Wenn wir die Herausforderung bestehen wollen, dann brauchen wir deutlich mehr Geld und mehr Personal. Es sind aber auch neue Maßnahmen erforderlich, um das organisierte Verbrechen effizient zu bekämpfen. Der Erfolg hängt auch von Verbesserungen bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten ab. Sie sind heute meist überlastet. Neben personellen und materiellen Verbesserungen erfordert die Bekämpfung der organisierten Kriminalität auch eine weitere Spezialisierung der Staatsanwälte und der Richter.

Wenn wir dem organisierten Verbrechen das Rückgrat brechen wollen, dann müssen seine organisatorischen, seine ökonomischen Grundlagen zerstört werden, und das schmutzige Geld muß beschlagnahmt werden. Ich will an ein Beispiel in meiner Heimatstadt Hamburg erinnern. Dort mußten Fahnder zusehen, wie mehrere hundert Millionen DM, die sich als mutmaßlicher Gewinn aus kriminellen Geschäften erwiesen und als solche aufgespürt wurden, ungehindert transferiert wurden. Die Staatsanwaltschaft sah keine Möglichkeit zum Eingreifen. Bislang ist in unserer Stadt keine einzige Mark aus dem Verkehr gezogen worden. Dies macht deutlich, daß im Bereich der Bekämpfung der Geldwäsche noch erheblich nachgebessert werden muß. Ich glaube, daß wir hier auch dem Wunsch des Bundesrates und dem Wunsch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Gesetzgebungsverfahren Rechnung tragen müssen.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Lieber Kollege Fischer, ich muß Sie leider unterbrechen. Ich habe die Uhr ganz großzügig übersehen. Da Sie Spitzenkandidat in Hamburg sind, habe ich das sehr gern getan, aber wir werden andererseits immer wieder gedrängt, auf die Zeit zu achten. Ich bitte, langsam zum Schluß zu kommen.

Dirk Fischer: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich komme zum Ende meiner Ausführungen. – Ich möchte darauf hinweisen, daß wir ohne den Einsatz verdeckter Ermittler und ohne den Einsatz von akustischen und optischen Hilfsmitteln in Wohnungen den Kampf gegen die Kriminalität nicht gewinnen können. Zu häufig passiert es, daß die Polizei draußen vor der Türe bleibt, während drinnen das organisierte Verbrechen seine Absprachen trifft.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß die Erfolge italienischer und amerikanischer Behörden im Kampf gegen die Mafia ganz ausdrücklich umfangreichen Zeugenschutzprogrammen zu verdanken ist, so daß auch bei uns dem verbesserten Zeugenschutz eine große Bedeutung zukommt.

Meine Damen und Herren, wir als CDU sind gefordert, die vielschichtigen Erscheinungsformen der Kriminalität durch geeignete Maßnahmen zu bekämpfen. Mit der uns vorliegenden Sicherheitsinitiative kommen wir unserer Aufgabe, die Bürger in Deutschland vor Kriminalität zu schützen und ihnen die Innere Sicherheit zu gewährleisten, ein gutes Stück näher. Ich fordere Sie auf, dem Antrag des Bundesvorstandes zuzustimmen. Ich selbst werde dem Antrag des Bundesvorstandes aus voller Überzeugung meine Zustimmung geben.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Ich mache die nachfolgenden Redner darauf aufmerksam, daß wir Sie bitten werden, das Mikrofon nach fünf Minuten freundlicherweise freizugeben. - Als nächster Redner hat Johannes Gerster das Wort, bitte schön.

Johannes Gerster: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier zu betonen, daß im Bereich der Inneren Sicherheit jede Menge geschehen muß, hieße, Wasser in den Rhein oder in die Spree zu tragen. Hierüber sind wir uns sicherlich einig.

Ich möchte auf einen Gesichtspunkt und auf eine Falle hinweisen, die uns in der politischen Diskussion gestellt wird. Sie richtet sich an der Frage aus: Geht es um ein Vollzugsdefizit, oder geht es um ein Gesetzgebungsdefizit? Warum ist der Staat zunehmend nicht in der Lage, den Bürger vor der Kriminalität zu schützen?

Es ist keine Frage: Es fehlt an Polizei. Die Polizei ist mit Verwaltungsaufgaben überlastet. Es fehlt auch an der Präsenz der Polizei in den Städten, ja auch im flachen Land. Insofern ist alles, was vorgetragen wird – auch von unserem Koalitionspartner, der FDP –, etwa die Forderung, 30 000 Polizisten zusätzlich einzustellen - in diesem Fall an die Länder gerichtet -, nicht falsch, obwohl wir die Grenzen unserer finanziellen Möglichkeiten kennen. Nur, meine Damen, meine Herren, es ist eine große Illusion zu glauben, das Problem sei mit mehr Polizei – selbst wenn wir das Geld hätten – zu lösen. Das möchte ich Ihnen an einem Zahlenbeispiel deutlich machen.

Der amerikanische Präsident Clinton will 50 000 neue Polizeibeamte einstellen. In dem Bericht, der dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, ist eine Auflistung enthalten: Für New York City bleiben drei Polizeibeamte als Streifen rund um die Uhr übrig. Nun kann man sagen: Das ist das große Land Amerika. Was bedeuten 30 000 Beamte? Könnten wir sie in Deutschland finanzieren?

Meine Damen, meine Herren, damit Sie einen Posten rund um die Uhr besetzen können – unter Berücksichtigung der Verwaltungsaufgaben, die ja nicht einfach auf Null zurückgehen –, brauchen Sie zehn Beamte. Für einen 24-Stunden-Tag benötigen Sie mindestens drei Beamte. Bei einem 7-Stunden-Tag, Urlaub, Krankheit, Weiterbildung – das können Sie sich vorstellen –, brauchen Sie schon fünf bis sechs Beamte.

Wenn Sie die Verwaltungsaufgaben dazurechnen, kommen Sie auf zehn. Das heißt, Sie brauchen zehn Beamte, um einmal rund um die Uhr zu besetzen. Das bedeutet 30 000 Beamte, also 3 000 Einzelstreifen, die man in der Regel nicht alleine, sondern zu zweit schickt. Das sind dann 1 500 Posten. Das heißt, daß eine Stadt wie Mainz - die ich rein zufällig nenne - mit 185 000 Einwohnern höchstens ein bis zwei Streifen mehr stellen kann. Das ist dann mehr Polizeipräsenz in den Straßen der Stadt.

Ich sage das nicht, um zu erklären, wir bräuchten nicht mehr Polizei, sondern um vor allen Dingen auf die international operierende organisierte Kriminalität hinzuweisen, die mit hoher Intelligenz, mit hohem technischem Know-how unser Land durchwebt und durchnetzt und natürlich auch die sogenannte Massenkriminalität bestimmt; denn 30 % der Eigentumsdelikte sind im wesentlichen Beschaffungskriminalität, Rauschgiftkriminalität und damit Teil des organisierten Verbrechens.

Das heißt, wir haben nicht nur ein Vollzugsdefizit. Wir haben auch ein Gesetzgebungsdefizit. Wir brauchen bessere Gesetze.

Deswegen schon meine Schlußbemerkung - ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen; die können wir in den Foren bereden -: Es ist mir unbegreiflich, wieso die Intimsphäre von Großgangstern Vorrang haben soll vor den berechtigten Interessen des Bürgers, vor diesen Großgangstern geschützt zu werden.

(Beifall)

Wir brauchen neue Gesetze. Wir brauchen natürlich mehr Sicherheitskräfte. Weiterhin brauchen wir Mut, damit die Union als Partei, die Garant ist für die Innere Sicherheit, ihr Profil schärft und als Partei dennoch klar sagt – das sage ich deutlich, bei aller Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner im Deutschen Bundestag oder auf andere Koalitionspartner -, was sie für notwendig hält: Wir brauchen bessere Gesetze für die innere Sicherheit, weil wir auf der Seite des kleinen Mannes stehen, weil wir der Meinung sind, daß Freiheit nur zu garantieren ist, wenn der Bürger erkennt - ob es die ältere Frau ist, die Angst hat, wenn sie abends an den Bahnhof geht, oder ob es der Wohnungseigentümer ist, der Angst hat, daß seine Wohnung ausgeraubt wird -: Wir sind auf der Seite des kleinen Mannes, der kleinen Frau. Deswegen sind wir für die Innere Sicherheit und für mehr Freiheit für den einzelnen Bürger. - Schönen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Johannes Gerster. - Jetzt hat Herr Jarzembowski das Wort.

Dr. Georg Jarzembowski: Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren Delegierte! Als innenpolitischer Sprecher der CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament möchte ich auf zwei Punkte eingehen.

Der eine Punkt ist Europol. Ich glaube, hier gibt es einen Beweis dafür, daß der Maastrichter Vertrag ein guter Vertrag ist. Natürlich hätten wir ihn ganz anders geschrieben, aber er ist ein Vertrag, der ausgehandelt werden mußte. Daß wir die Schaffung eines europäischen Polizeiamtes Europol im Vertrag von Maastricht haben, ist das alleinige Verdienst des Bundeskanzlers Helmut Kohl.

(Beifall)

Wenn wir im Oktober/November den Vertrag von Maastricht hoffentlich ratifiziert und in Kraft gesetzt haben werden, müssen wir Deutsche darauf drängen, daß Europol tatsächlich schnell geschaffen wird. Ich bin nicht bereit, mich damit abzufinden, daß uns Beamte erklären, sie bräuchten zwei Jahre, um Konventionen auszuarbeiten und das Ganze zum Laufen zu bringen. Wir müssen darauf drängen, daß Europol schnell geschaffen wird.

Die Schaffung Europols ist auch eine gute Chance, im Europawahlkampf die Sozialdemokraten zu stellen, und zwar in zweierlei Hinsicht: Wenn wir ein effektives europäisches Polizeiamt schaffen wollen, dann müssen auch die Bundesländer bereit sein, Kompetenzen mit dem Bund und dem Europäischen Polizeiamt zu teilen. Ich höre aus einigen Bundesländern, daß die sozialdemokratischen Regierungen Europol

zwar fordern, aber daß sie, wenn es darum geht, es zu schaffen und dem Bundeskriminalamt und den Bundesbehörden tatsächlich Befugnisse einzuräumen, sich dann sperren. Hier müssen wir die Sozialdemokraten stellen.

Zweitens müssen wir sie bei der Frage der Zuarbeit von Verfassungsschutzdaten stellen. Wenn nämlich die Verfassungsschutzbehörden Europoldaten nicht mitliefern dürfen, dann ist Europol schon bei der Schaffung in einer großen Schwierigkeit. Denn Europol ist dafür geschaffen, daß international organisierte Verbrechen zu bekämpfen. Dazu braucht man die Zusammenarbeit der Polizeidienststellen, der Zolldienststellen und der Verfassungsschutzämter der EG-Staaten. Hier müssen wir im Europawahlkampf die Sozialdemokraten stellen, ob sie ein starkes europäisches Polizeiamt haben oder ob sie nur Lippenbekenntnisse abgeben wollen.

Deshalb lassen Sie uns für ein starkes europäisches Polizeiamt im Europawahlkampf eintreten.

(Beifall)

Erlauben Sie mir, noch einen zweiten Punkt anzusprechen, der meiner Meinung nach ein Erfolg der CDU-geführten Bundesregierung ist und den wir in den nächsten Monaten viel stärker herausheben sollten: Ich meine das Schengener Durchführungsabkommen.

Ich halte das Schengener Durchführungsabkommen für ein exzellentes Modell der Schengen-Staaten, das ein Modell für alle EG-Staaten ist. Denn mit dem Schengener Modell haben wir die Möglichkeit, einerseits die Personengrenzkontrollen an den Binnengrenzen abzuschaffen und gleichzeitig die Zusammenarbeit der Polizeidienststellen zur Verbrechensbekämpfung zu verstärken. Dies ist eine ideale Mischung bei dem Schengener Durchführungsabkommen.

Es ist Gott sei Dank inzwischen ratifiziert worden, wobei ich völlig verduzt war - erlauben Sie mir, das in einer Nebenbemerkung zu sagen -, wieso die bayerische Staatsregierung im Bundesrat im letzten Augenblick der Ratifikation des Schengener Durchführungsabkommens widersprochen hat. Das ist für mich immer noch unverständlich. Denn wenn man mehr Innere Sicherheit haben will, dann ist das Schengener Durchführungsabkommen, das die Zusammenarbeit der Polizeidienststellen verbessert, das polizeiliche Nachteile über Grenzen hinweg erlaubt, das sogar einen eigenen Datenschutzteil hat, das also wirklich unbedenklich ist, das für den Bürger ist, das gegen das Verbrechen in Europa ist, unerläßlich. Wie man das ablehnen kann, ist mir unverständlich. Aber gehen wir einmal davon aus, daß unsere bayerischen Kollegen ab und zu ihr Profil ein wenig schärfen wollen, egal an welchem Beispiel.

Aber lassen Sie uns in diesem Saal dem Bundeskanzler und dem Staatsminister Schmidbauer heute einmal sagen: Sie haben es durchgesetzt, daß das Schengener Durchführungsabkommen ratifiziert worden ist und hoffentlich zum 1. Dezember eingeführt werden kann, so daß wir das, was die EG-Staaten versprochen hatten, nämlich den freien Personenverkehr zum 1. Januar 1993 einzurichten, zwar verspätet, aber gleichzeitig mit mehr Sicherheit bekommen, nämlich mit der Sicherheit des Schengener Durchführungsabkommens. Das ist ein exzellentes Beispiel dafür, wie Europa in der Verbrechensbekämpfung kooperieren und gleichzeitig für den Bürger die freie Personendurchreise in der Gemeinschaft sichern kann.

Lassen Sie uns dieses Beispiel des Schengener Durchführungsabkommens in den Wahlkampf tragen, weil das ein Erfolg der CDU-geführten Bundesregierung ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. - Herr von Stetten.

Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Obmann der CDU/CSU im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages möchte ich einige ergänzende Bemerkungen machen.

Wenn sich eine Demokratie, ein Staat nicht gegen seine Widersacher wehrt, geht er unter. Das ist ein altes Wort. Der Antrag für die Innere Sicherheit hat dies erkannt und sinnvolle Forderungen gestellt. Dazu gehört aber auch, daß die Polizei von artfremden Geschäften, manchmal auch liebgewordenen Geschäften, wie Bagatellunfälle, Verkehrsregelung und Verwaltung, entbunden und entlastet werden muß.

Die Polizei muß aber mit den besten und wirksamsten technischen Mitteln und Geräten ausgestattet werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit der elektronischen Täter- oder Gangsterüberwachung - fälschlicherweise und mißverständlich immer wieder als großer Lauschangriff bezeichnet -, und zwar die Überwachung rund um die Uhr überall da, wo sich der Täter oder der verdächtige Gangster aufhält. Dies darf nicht durch einzelne Räumlichkeiten beschränkt werden.

Der Schutz der eigenen vier Wände oder der Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Wer aus pseudoliberaler Gesinnung glaubt, die Unverletzlichkeit der Wohnung höher einschätzen zu müssen als die erfolgversprechende Verfolgung von Verbrechern, sollte - dies gilt auch für die Ministerin Frau Leuthusser-Schnarrenberger - über seinen Rücktritt nachdenken, um nicht länger so wichtige Gesetze zu blockieren.

(Beifall)

Wir dürfen nicht so lange warten wie beim Asyl.

Als zweites muß gefordert werden, daß § 112 a StPO geändert wird, daß die Untersuchungshaft schärfer durchgeführt werden kann. Der Täter muß eingesperrt bleiben, damit die Opfer geschützt werden. Das ist auch eine Frage der Motivation der Polizei, wenn sie abends jemanden verhaftet, der sie morgens wieder auslacht.

Wenn wir Rädelsführer linker wie rechter Gewalt einsperren und eingesperrt lassen, wird mancher seine Freude an Demonstrationen mit Gewalt verlieren.

Wir müssen aber auch die Richter ermuntern und vielleicht auch ermahnen, bei Straftaten benutzte Pkws einzuziehen, und die Fahrerlaubnis zu entziehen. Dies fürchten kleine wie große Gangster wie der Teufel das Weihwasser, und sie stehen ohne Auto und ohne Führerschein nackt da. Das wäre gut so und schreckt ab.

Alle Organe der Rechtspflege - Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter - haben den gesetzlichen Auftrag, Staat und Bürger zu schützen - nicht aber, aus falsch verstandener Rechtsstaatlichkeit den Täter zu schützen oder, was noch schlimmer ist und immer wieder vorkommt, aus Tätern Opfer zu machen. Wir wünschen, daß dieser Auftrag erfüllt wird, und wir hoffen, daß nicht die Rechtstheoretiker recht behalten, die oft als Linkstheoretiker eingestuft werden. Deswegen sollten wir diesen Antrag hier mit großer Mehrheit verabschieden. Wir im Rechtsausschuß des Bundestages werden zusammen mit den Innenpolitikern und der Fraktion versuchen, das umzusetzen; wir brauchen aber Ihre volle Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Minister Geil.

Rudi Geil: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In unserem Antragspapier wird völlig zu Recht auf die mehr als sechs Millionen Straftaten des Jahres 1992 verwiesen. Zwischenzeitlich liegt uns die Halbjahresstatistik für 1993 vor,

und auch sie zeigt bedauerlicherweise wiederum einen gewaltigen Anstieg der Zahl der Straftaten, und zwar insbesondere bei Diebstahl, Einbruchdiebstahl und Roheitsdelikten, also auch Gewaltkriminalität. Bei uns im Lande Mecklenburg-Vorpommern reicht die Steigerungsrate an annähernd 80 % im Vergleich zu 1992 heran.

Meine verehrten Damen und Herren, wer sich diese Zahlen vor Augen führt, weiß, daß dringend etwas geschehen muß und daß wir mit gezielten Maßnahmen in der Tat nicht länger warten dürfen. Ich glaube, die Bürger wünschen insgesamt einen stärkeren Einsatz des Staates für die Belange der Inneren Sicherheit, als es uns über die Medien allenthalben deutlich gemacht wird.

Ich füge hinzu: Dies stelle ich auch und vor allem in den neuen Bundesländern fest. Es kann doch wohl nicht angehen, daß der freiheitliche Rechtsstaat in Sachen Innere Sicherheit beim Bürger weniger Sicherheitsgefühl vermitteln kann, als es in einer Diktatur der Fall war. Dies kann und darf nicht sein, und ich meine, allein deswegen muß gehandelt werden.

Zu ganz wenigen Punkten möchte ich einige Stichworte nennen. Das Thema „Massenkriminalität“ ist angesprochen worden. Nur müssen wir, wenn wir uns die Statistiken anschauen, feststellen, daß vieles, was dort auf Grund der Kennziffern zwangsläufig als Massenkriminalität aufgeführt ist, längst in den Bereich der organisierten Kriminalität hineinreicht. Beispielsweise gehören Diebstähle auf Grund von Beschaffungskriminalität, Kfz-Verschlebung, Menschenhandel und dergleichen mehr heute nicht mehr zur Massenkriminalität, sondern sind längst organisiert, und deswegen muß bei der organisierten Kriminalität mehr Einsatz erfolgen, auch um Massenkriminalität besser bekämpfen zu können.

Ein zweites Beispiel: In unserem Papier wird mit Recht darauf hingewiesen – auch Herr Seiters hat es eben gesagt –, daß wir in der Zusammenarbeit mit Westeuropa Gott sei Dank ein gutes Stück weiter sind. Schengen, das Schengener Informationssystem, EUROPOL – es ist soeben von einem Vorredner genannt worden – und vieles mehr ist mittlerweile, wenn auch noch nicht voll eingerichtet, so doch so weit vorangetrieben, daß wir in absehbarer Zeit mit der Verwirklichung rechnen können. Nur, meine verehrten Damen und Herren, vergessen wir bei dieser Zusammenarbeit nach Westeuropa nicht die Zusammenarbeit nach Osteuropa, wenn wir Kriminalität bekämpfen wollen. Die Zusammenarbeit mit den Polen, den Tschechen und anderen ist mindestens so notwendig und mindestens so wichtig, wenn wir in europäischen Dimensionen denken und auch arbeiten wollen. Deswegen muß, so glaube ich, auch hier noch intensiver versucht werden – und das ist eine Bitte an die Bundesregierung -, zu Absprachen und auch zu zusätzlichen Vereinbarungen mit Osteuropa zu kommen.

Eine letzte Bemerkung – weil die Zeit ja begrenzt ist – zum Einsatz und zum Stellenwert der Polizei. Ich stimme Johannes Gerster darin zu, daß die zusätzliche Zahl allein nichts vermag. Wir müssen auch über Organisationsstrukturen und über Methoden der polizeilichen Arbeit intensiver nachdenken. Es geht auch darum, den Status der Polizei zu verbessern, wo immer es möglich ist.

Meine verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ein offenes Wort in bezug auf unser Papier, das ja zunächst eine sehr allgemein gehaltene Formulierung enthalten hat, aus vielerlei Gründen, vielleicht auch aus guten Gründen. Dann gab es eine erste Abänderung über die Antragskommission, die unserer Polizei die zweigeteilte Laufbahn zgedacht hat. So habe ich es jedenfalls in den mir zugesandten Unterlagen lesen können; ich war an diesen Abänderungen nicht beteiligt. Heute finde ich in unseren Papieren wieder eine Modifikation in dieser Hinsicht. Meine verehrten Damen und Herren, dies alles ist gedruckt und wird draußen wahrgenommen. Es zeigt

mir wieder einmal, daß wir dann, wenn es konkret darum geht, für die Polizei und für die polizeiliche Arbeit einzutreten, sofort Rückzugsbemühungen unternehmen und uns nicht mehr zu dem bekennen, was wir draußen oft verbal gefordert haben. Vielleicht gelingt es uns im Laufe der Beratungen, an dieser Stelle eine etwas konkretere Formulierung zu finden, als sie im Augenblick im letzten Antrag vorliegt. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, damit ist die allgemeine Aussprache beendet. Ich übergebe den Vorsitz an den Kollegen Landowsky, der die Einzelberatung durchführt. Bitte schön!

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt eine Stunde konzentrierte Arbeit vor uns. Das ist bei dem Leitantrag und mehr als 200 Einzelanträgen nicht so ganz einfach. Deshalb bitte ich in dieser Stunde um möglichst große Konzentration, denn wir wollen ja, wenn es irgend geht, um 18 Uhr mit den Foren beginnen.

Sie finden die Anträge zur Inneren Sicherheit in der Antragsbroschüre auf den Seiten 171 bis 230. Alle Anträge zu diesem Themenkomplex tragen den Kennbuchstaben B. Es handelt sich hier um ein Gesamtkonzept. Der Antrag zur Bekämpfung der Kriminalität und zur Stärkung der Inneren Sicherheit wiederholt in vielen Fällen Dinge, die allgemeines Gedankengut der Union sind. Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, aus Gründen der Zeitökonomie möglichst auf eine Begründung der Dinge zu verzichten, die für uns eigentlich unstrittig sind. Daher schlage ich Ihnen vor, daß wir die Abstimmung im wesentlichen kapitelweise durchführen. Ausnahmen machen wir dann, wenn die Antragslage einen Diskussionsbedarf signalisiert und Wortmeldungen vorliegen. Einzelabstimmungen werden natürlich auch dann durchgeführt, wenn aus dem Plenum Anträge gestellt werden.

Kann ich davon ausgehen, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir im wesentlichen kapitelweise abstimmen? Es sind elf Kapitel. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch; dann werden wir vom Grundsatz her so verfahren.

Ich rufe Kapitel I auf: „Wehrhafte Demokratie“. Dazu gehören die Anträge B 1 bis B 13. Die Fundstelle in der Antragsbroschüre ist Seite 171 ff. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der vorgeschlagenen Fassung von B 1. Dazu liegen mir keine einzelnen Wortmeldungen vor. Wird das Wort noch gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Die Antragskommission hält sich zwar bereit, ist in diesem Fall aber nicht gefordert.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu Kapitel I zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Bei vereinzelt Gegenstimmen ist Kapitel I angenommen.

Ich rufe jetzt aus dem Kapitel II. „Massenkriminalität“ die Ziffern 6 bis 10 auf. Es handelt sich um die Seiten 174 bis 177 der Antragsbroschüre. Auch hierzu liegen mir keine schriftlichen Wortmeldungen vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der vorgeschlagenen Fassung. Wer den Ziffern 6 bis 10 des Kapitels II zustimmen will, den bitte ich um ein deutlich sichtbares Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte! – Die Enthaltungen? – Vereinzelt Gegenstimmen. Damit ist auch dieses Kapitel angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Ziffer 11 von Abschnitt II, und zwar bitte ich Sie hierbei um folgendes. Die Fundstelle ist nämlich nicht die Antragsbroschüre, sondern die

Sammlung der Initiativanträge I auf Seite 2. Diese Initiativanträge sind vorhin verteilt worden. Dort auf der Seite 2 haben wir die Empfehlung der Antragskommission, die lautet, daß der Absatz 4 des Bundesvorstands-Antrages wie in der dort beschriebenen Reihenfolge gefaßt ist. Das ist also der Antrag der Antragskommission. Der Antrag B 43 wird bei Ziffer 19 behandelt; der Antrag B 50 wird der CDU/CSU Bundestagsfraktion überwiesen. Bei Annahme des Vorschlags der Antragskommission wären die Anträge B 40, 41, 46, 47, 48 abgelehnt. Das ist die Antragslage.

Dazu liegen mir zwei Wortmeldungen vor, und zwar einerseits von Siegfried Kauder aus Baden-Württemberg und danach von Burkhard Remmers. Das Wort hat Siegfried Kauder. – Darf ich einmal fragen: Ist Herr Kauder im Saal?

(Zuruf: Er kommt!)

– Sie können vom Mikrophon 2 aus reden, aber Sie können auch hier nach oben kommen.

Siegfried Kauder: Meine Damen und Herren, ich bitte die Verzögerung zu entschuldigen. Ich hatte einen weiten Weg und bin nach Aufruf sofort heruntergekommen.

Ich möchte mich nicht nur zu einer, sondern zu insgesamt drei Sachfragen äußern, aber zunächst einmal zu Ziffer 11 und hier zum Antrag B 93: Änderung des § 105 JGG.

Wer Strafrecht praktiziert, weiß, daß § 105 JGG genau die Vorschrift ist, die funktioniert. Wenn man sich die Begründung im Entwurf anschaut und dann hört, daß sich auch Heranwachsende, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, wegen ihrer Tat verantworten müssen, dann ist das nicht hinreichend konkret überlegt. Es ist ja nicht so, daß ein Heranwachsender, der nach Jugendstrafrecht abgeurteilt wird, keine Fraktion erleiden würde. Anwendung des Jugendstrafrechts bedeutet lediglich, daß er unter erzieherischen Gesichtspunkten eine Strafe oder eine Maßnahme antreten muß.

Meine dringende Bitte ist, daß man jugendliche Erwachsene, Erwachsene, die einem Jugendlichen gleichzustellen sind, deshalb, weil sie retardierter sind als andere Heranwachsende, nicht dem Erwachsenenvollzug aussetzt, wo sie der Subkultur erwachsener Krimineller hilflos ausgesetzt sind. Meine Bitte ist: Finger weg vom § 105 JGG! Diese Vorschrift funktioniert.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank! – Burkhard Remmers!

Burkhard Remmers: Meine Damen und Herren, ich kann mich für die Junge Union dem Vorredner nur anschließen. Auch wir lehnen eine Änderung des § 105 entschieden ab, weil er genau in die Richtung geht, die wir alle zum Ausdruck bringen wollen, nämlich die, daß ein Jugendlicher, der in einer besonderen Ausnahmesituation steckt, der aus Gründen, die ihm oft nicht persönlich vorwerfbar sind, die auf Grund seiner sozialen Geschichte oder seiner Persönlichkeit, die oft unverschuldet Defizite aufweist, nicht mit dem harten Knüppel des Erwachsenenstrafrechts bestraft werden muß.

Meine Damen und Herren, wollen Sie wirklich, daß dieser Jugendliche, der Probleme hat, die er oft nicht selbst verschuldet hat, mit dem harten Knüppel des Erwachsenenstrafrechts bestraft wird? – Ich hoffe nicht. Es wird im Moment ziemlich oft darüber diskutiert, daß das Jugendstrafrecht nicht nur zum § 105 des Jugendgerichtsgesetzes, sondern auch in mancherlei anderer Hinsicht verschärft werden soll. Diese Verschärfung wird dem Problem nicht gerecht, weil sie auf die Schwächsten einschlägt, die straffällig werden, obwohl sie auch nichts dafür können. Deswegen

lehnt die Junge Union auch entschieden Forderungen ab, die darauf abzielen, das Strafmündigkeitsalter von 14 auf 12 Jahre zu senken, weil man damit nur dazu kommt, daß die kriminellen Hintermänner, die jetzt 13jährige oft einsetzen, um Straftaten zu begehen, dann 11jährige einsetzen und somit immer die treffen, die noch weniger unterscheiden können, was Recht und was Unrecht ist. Das können wir als CDU nicht wollen.

Wir wollen auch nicht, meine Damen und Herren, daß die Diskussion über das Jugendstrafrecht so unsachlich geführt wird, wie wir es heute in der Presse und in vielen Bereichen erleben. Deswegen muß ich auch noch einmal die Bundestagsfraktion von CDU/CSU kritisieren, die gefordert hat, das Jugendstrafrecht zu verschärfen. Frau Merkel sah sich dazu gezwungen, diese Regelung mit Unkenntnis bei der Beschlußfassung in der Bundestagsfraktion zu entschuldigen.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Problem nicht gerecht, wenn wir uns nicht einmal die Mühe machen, in die Vorschriften und in die Kommentare zu gucken. Denn nur dann können wir den Jugendlichen wirklich helfen, und dann versperren wir ihnen nicht den Weg, den das Jugendgerichtsgesetz extra eröffnet, nämlich den Erziehungsgedanken voranzustellen und so keine Ausgrenzung, sondern eine Einbeziehung in die Gesellschaft für die Jugendlichen zu erreichen. – Danke.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nur, darauf zu achten, daß es gerade dieser Punkt war, den die Antragskommission überarbeitet hat. Damit Sie alle wissen, worüber Sie nachher abstimmen, bitte ich Sie, auf Seite 3 der Initiativanträge – das ist auf der rechten Seite – den vierten Absatz noch einmal sorgfältig durchzulesen. – Für die Antragskommission hat jetzt Herr Minister Schäuble das Wort.

Dr. Thomas Schäuble, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um folgendes Problem. Das Jugendstrafrecht unterscheidet zunächst einmal zwischen Jugendlichen – 14-18jährigen – und dann zwischen heranwachsenden 18-21jährigen. Das sind junge Leute, die bereits volljährig sind. Nur um diese Gruppe geht es. Ich muß meinen beiden Vorrednern insofern recht geben, als § 105 Jugendgerichtsgesetz, der jetzt mehrfach zitiert wurde, für sich gelesen, in Ordnung ist. Das Problem besteht aber darin, daß die Anwendung des § 105 durch die Gerichte dazu geführt hat, daß mit Ausnahme der Verkehrsstraftaten bei den anderen Straftaten den Heranwachsenden, also jungen Menschen, die aber bereits volljährig sind, in über 90 % der Fälle dann noch das Jugendstrafrecht zugebilligt wurde, an sich entgegen dem Wortlaut des § 105 Jugendgerichtsgesetz.

Die Antragskommission hat sich mit dem Problem in mehreren Sitzungen befaßt. Wir haben jetzt, so denke ich, eine Formulierung gefunden, die dem Problem Rechnung trägt. Wir wollen damit erreichen, daß nicht mehr so pauschal wie bisher den Heranwachsenden – es geht also, wie gesagt, nicht um die Jugendlichen – das Jugendstrafrecht so zugebilligt wird wie bisher. Auf deutsch gesagt: Die Gerichte müssen gezwungen werden, auch dem Anliegen des Jugendgerichtsgesetzes besser Rechnung zu tragen, nämlich in jedem Einzelfall streng zu prüfen, ob ein Heranwachsender, der schon volljährig ist, dann noch das Jugendstrafrecht zugebilligt erhalten kann.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Ich habe Sie deshalb bewußt darum gebeten, diese Ziffer noch einmal mit der Änderung der Antragskommission zu lesen, weil ich glaube, daß Ihre beiderseitigen Gedanken darin enthalten sind. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Diskussion dazu war geschlossen.

Wir stimmen deshalb zunächst über die Fassung der Antragskommission ab, wie sie in der geänderten Vorlage ausgedrückt ist. Wer der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen - deutlich sichtbar. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Das war die große Mehrheit für die Fassung der Antragskommission. Damit ist auch Ziffer 11 in der Fassung der Antragskommission so beschlossen.

Ich rufe jetzt die Ziffern 12 bis 16 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seiten 182 ff.. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Dazu liegen auch keine Wortmeldungen vor.

Wir stimmen ab. Wer der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr das Kapitel 3 „Gewalt“ auf. Es handelt sich um die Ziffern 17 bis 19 des Antrages des Bundesvorstandes. Die Fundstelle sind die Seiten 186 bis 190. Dazu hat erneut Herr Siegfried Kauder gemeldet, und zwar zu den Anträgen B 71 und B 73.

Siegfried Kauder: Meine Damen und Herren! Die Diskussion um organisiertes Verbrechen gibt mir Anlaß zu innerer Unruhe, und zwar deshalb, weil ich die Befürchtung habe, daß das organisierte Verbrechen zum Phantom zerredet wird. Wer sagt, daß Beschaffungskriminalität organisiertes Verbrechen sei, täuscht sich. Beschaffungskriminalität ist nichts anderes als das Verhalten eines Drogensüchtigen, der ohnehin schon im Sumpf sitzt, damit er seinen Drogenkonsum finanzieren kann.

Wenn Sie sich nun vor Augen führen, daß 45 % der einfachen Diebstähle und Diebstähle aus Fahrzeugen, 37 % der Wohnungseinbrüche und 22 % der Raubtaten von Drogensüchtigen in Form von Beschaffungskriminalität begangen werden, dann muß man sagen, daß ein Großteil des Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung nichts mit organisiertem Verbrechen zu tun hat. Den Bürger interessiert weniger, ob wir in die Wohnung eines Verbrechers hineinlauschen, ihn interessiert vielmehr, daß er sich nach einem Wohnungseinbruch subjektiv in seiner Wohnung nicht mehr wohl fühlt. Das muß man sich einmal vor Augen führen, was das bedeutet. Wir haben vergessen, daß Innere Sicherheit in erster Linie die Sicherheit des Opfers ist, die Sicherheit, daß nicht noch einmal etwas passiert. Deswegen bin ich der Meinung, daß die Erhöhung von Mindest- und die Erhöhung von Höchststrafen dieses Ziel nicht erreichen können wird. Im Betäubungsmittelrecht haben wir erst vor einiger Zeit die Mindeststrafen für einige Deliktgruppen erhöht. Die Konsequenz ist, daß die Drogenkriminalität zu- und nicht abnimmt. Das heißt also, die Erhöhung der Mindeststrafe bringt nichts. Und die Erhöhung von Höchststrafen bringt schon gar nichts. Dazu schauen Sie sich bitte die Statistik an. Die Gerichte schöpfen im Fall einer Ersttat nicht einmal das untere Drittel des Strafrahmens aus. Was will ich da denn die Höchststrafe noch erhöhen, wenn nicht das untere Drittel ausgeschöpft wird? Die Richter sind - das ist gut so - unabhängig.

Deswegen kann es nichts nützen, eine Verschärfung des Strafrechts zu fordern, sondern nützen kann nur bessere Prävention und dadurch ein besserer Schutz. Vorhin ist zu Recht beklagt worden, daß wir uns eine bessere Prävention durch mehr Polizeibeamte nicht leisten können, weil die Kassen leer seien. Da darf ich ein Wort an unseren Ministerpräsidenten Erwin Teufel aus Baden-Württemberg sagen, der mutig und richtig gesagt hat: Wir brauchen Polizeifreiwillige, und Leute, die wehrpflichtig sind, können wahlweise, wie es bei der Feuerwehr auch ist, bei der Polizei tätig sein. Er hat dies gegen den harten Widerstand der Polizei gesagt. Meine Damen und Herren, die derzeitige Situation verlangt, daß man auch einmal eine Position gegen die

Polizei durchsetzt. Deswegen meine Bitte an alle: Unterstützen Sie uns, die wir den freiwilligen Polizeidienst verstärken wollen, und lehnen Sie den Antrag, der auf die Erhöhung von Mindest- und Höchststrafen zielt, als unwirksam ab.

Ich darf gleich noch zu einem weiteren Punkt Stellung nehmen, nämlich zur Erweiterung des Haftrechts. Was hier vorgeschlagen ist, dürfte nicht verfassungskonform sein. Nichts fürchtet der Politiker mehr als das Bundesverfassungsgericht, und zwar aus zweifacher Sicht. Erstens: Das Haftrecht gilt der Sicherung eines geregelten Strafverfahrens, d. h. die Untersuchungshaft soll sicherstellen, daß der Täter bis zur Hauptverhandlung in erreichbarer Nähe ist und natürlich auch, daß er nicht erneut Straftaten begeht. Aber - zweitens - wir haben den Haftgrund der sogenannten Tatschwere in § 112 Abs. 3 StPO. Da sind besondere Taten aufgeführt wie Mord oder Totschlag. Jetzt wollen wir diese Vorschrift auf andere Deliktstypen erweitern und meinen, wir könnten dann Untersuchungshaft vollziehen, ohne die Frage der Fluchtgefahr und der Verdunkelungsgefahr prüfen zu müssen. Das hat uns das Bundesverfassungsgericht schon im Jahre 1966 in eine Entscheidung geschrieben, daß nämlich dieser Haftgrund der Tatschwere verfassungskonform dahin auszulegen ist, daß auch dort zu prüfen ist, ob Fluchtgefahr oder Verdunkelungsgefahr vorliegt. Das heißt, wir können nicht sagen, wir sperren einen, der schwere Körperverletzung begangen hat, nur deshalb ein, weil er diese begangen hat.

Wir dürfen auch eines nicht vergessen. Wir haben den Haftgrund der Wiederholungsgefahr. In § 112 a StPO steht ausdrücklich, daß darunter auch § 223 a, also die gefährliche Körperverletzung, fällt. Straftäter, die in der Öffentlichkeit auftreten, andere zusammenschlagen und das wiederholt tun, können wir unter dem Gesichtspunkt des § 112 a StPO in Untersuchungshaft nehmen. Was ich damit sagen wollte: Es geht in weiten Punkten nicht darum, das Strafrecht zu verschärfen, sondern die Gerichte und insbesondere die Staatsanwaltschaft anzuhalten, dafür zu sorgen, daß das bestehende Recht durchgesetzt wird. Wenn man sich überlegt, daß es die Möglichkeit gibt, Fahrzeuge einzuziehen, die bei Straftaten benutzt wurden, und daß dies niemand macht, weil es Aufwand bedeutet, und wenn man sich überlegt, daß es die Möglichkeit gibt, einem Räuber den Führerschein wegzunehmen, auch wenn es kein Regelstrafrecht nach § 69 StGB ist, und auch zu wenig getan wird, dann sehen wir, daß dort Handlungsbedarf besteht.

Deswegen meine Bitte, daß man dort, wo man versucht, das Gesetz zu ändern, dies maßvoll tut und sich sorgfältig überlegt, ob es denn den Erfolg bringt und ob wir den Erfolg nicht erreichen können, wenn wir das Gesetz, das wir haben, konsequent anwenden.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Zu den Anträgen B 75 und B 76 hat sich Herr Wadepuhl gemeldet.

Johann Wadepuhl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte um Unterstützung für die Anträge 75 und 76 des Landesverbandes Schleswig-Holstein bitten. Es ist richtig, daß wir bei einzelnen Delikten die Mindest- und Höchststrafen sicherlich anheben müssen. Ich glaube aber, wenn das schon Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches sind, dann macht das keinen Sinn mehr. Dann gibt es ein Jahr Mindeststrafe, und dann gibt es die Möglichkeit, eine zeitige Freiheitsstrafe von 15 Jahren auszusprechen. Insofern glaube ich, daß wir aus Ziffer 19 den Raub herausnehmen sollten.

Eine andere Sache ist Ziffer 19 Abs. 3. Da geht es um die Abschaffung des Erfordernisses des besonderen öffentlichen Interesses an einem Einschreiten von

Amts wegen bei Körperverletzung und Beleidigung. Meine Damen und Herren, das sind ganz typische Streitigkeiten unter Nachbarn, unter Freunden, unter Bekannten, wie sie einfach alltäglich tausendfach passieren. Gerade hier will die Strafprozeßordnung mit dem besonderen öffentlichen Interesse die Staatsanwaltschaft davon entbinden, bei jeder kleinsten Streitigkeit mit einzusteigen. Insofern sollten wir, wenn wir auch wollen, daß härter und konsequenter vorgegangen wird, wirklich nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und die Staatsanwaltschaft zwingen, in jedem einzelnen Fall eines Beleidigungsdeliktes oder einer Körperverletzung - da reicht schon ein kleiner Schlag aus - zu ermitteln, daß sie von Amts wegen tätig werden muß.

Deswegen bitte ich, den Antrag B 75 anzunehmen, wonach dieser letzte Satz gestrichen werden soll. - Herzlichen Dank.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission noch das Wort? - Herr Minister Schäuble.

Dr. Thomas Schäuble, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade über diese Punkte, die von meinen Vorrednern angesprochen worden sind, in der Antragskommission lange und teilweise auch kontrovers diskutiert. Lassen Sie mich im Sinne des vorliegenden Vorschlages des Bundesvorstandes noch folgende Argumente anführen.

Bei der Anhebung der Höchststrafen geht es darum, daß wir ein Zeichen setzen wollen, daß Gewaltdelikte künftig schwerer als Delikte z.B. gegen Eigentum oder andere Vermögensdelikte bestraft werden sollen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Bestrafung beider Arten von Delikten ist wichtig, aber hier soll, wie gesagt, ein Zeichen im Hinblick auf die schwerere Bestrafung von Gewaltdelikten gesetzt werden. Nun zum Thema der Anhebung der Mindeststrafen. Lieber Herr Kauder, Sie wissen als Anwalt und als Strafverteidiger, daß wir die Richter hinsichtlich des Strafausspruches nur zwingen können, bestimmten gesetzgeberischen Vorgaben zu folgen, wenn wir Mindeststrafen im Gesetz festlegen. Dies war hierfür der entscheidende Gesichtspunkt.

(Beifall)

Was die Frage der Untersuchungshaft angeht, so muß ich einfach folgendes sagen. Ich halte es im Sinne des Antrages des Bundesvorstandes schon für geboten, die schrecklichen Fälle, die wir immer wieder erleben müssen, besser und schneller mit dem Instrument der Untersuchungshaft verfolgen zu können, indem das Element der Wiederholungsgefahr stärker betont wird. Zum Thema der Verfassungsmäßigkeit dieses Vorschlags ist aus meiner Sicht folgendes zu sagen. Der Antrag des Bundesvorstandes beinhaltet einen Appell an den Gesetzgeber. Sobald eine konkrete Gesetzesformulierung vorliegt, muß selbstverständlich auch die Frage der Verfassungsmäßigkeit eingehend geprüft werden.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenstimmen, bitte! - Enthaltungen? - Damit ist der Empfehlung der Antragskommission mit großer Mehrheit gefolgt worden.

Ich rufe nunmehr Kapitel IV - "Organisierte Kriminalität" - mit den Ziffern 20 bis 25 auf. Fundstelle sind die Seiten 191 bis 198 in der Antragsbroschüre.

Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor, so daß ich zur Abstimmung kommen kann. Wer der Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Kapitel V - "Rauschgiftkriminalität" - mit den Ziffern 26 bis 28. Zu Antrag B 115 liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Dr. Bernd Schneider vor.

Dr. Bernd Schneider: Ich spreche zu dem Antrag B 115. Der Kreisverband Steinfurt möchte gern, daß ein spezielles Kapitel „Wirtschaftskriminalität“ eingefügt wird. Der Bereich „Wirtschaftskriminalität“ gehört nicht zur Drogenkriminalität. Deshalb sollte für ihn auch ein selbständiges Kapitel vorgesehen werden. Zur Bekämpfung der Kriminalität gehört auch der Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität, besonders wenn man die Schadensdimensionen bedenkt. Zur Inneren Sicherheit gehört auch die Sicherheit der wirtschaftlichen Grundlagen. Deshalb fordern wir Sie auf, dem Antrag B 115 entgegen der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Herr Perschau.

Hartmut Perschau, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission hatte zunächst einmal vorgesehen, diesen Bereich auch vom Duktus her nicht unmittelbar einzufügen. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, daß die Aussage, die in diesem Antrag enthalten ist, der Bundestagsfraktion zur weiteren Beratung überwiesen wird. Wenn wir dem Antrag jetzt Rechnung tragen wollten, bedürfte es doch einer etwas umfangreicheren redaktionellen Änderung. Deshalb ist es, denke ich, gut, Überweisung an die Bundestagsfraktion zu beschließen.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Das bedeutet, daß wir diesen Antrag der Bundestagsfraktion überweisen würden, wenn wir der Empfehlung der Antragskommission folgen würden. Ansonsten empfiehlt die Antragskommission Annahme in der vorgeschlagenen Fassung.

Wer jetzt der Empfehlung der Antragskommission insgesamt seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Bei einer Reihe von Gegenstimmen ist auch dieser Empfehlung der Antragskommission mit großer Mehrheit gefolgt worden.

Ich rufe nunmehr Kapitel VI - "Gewalttätiger politischer Extremismus" - mit den Ziffern 29 bis 34 auf. Es handelt sich um die Seiten 205 bis 210 in der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenstimmen. - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme ist damit auch dieses Kapitel in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung angenommen worden.

Ich rufe nunmehr Kapitel VII - "Mitverantwortung des Bürgers" - mit den Ziffern 35 bis 37 auf. Sie finden dies auf den Seiten 210 bis 215 der Antragsbroschüre. Auch hierzu wird bislang das Wort nicht gewünscht. - Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Kapitel VII zustimmt, den bitte ich erneut um das Kartenzeichen.

(Ein Delegierter meldet sich zu Wort)

- Es tut mir leid, ich bin jetzt im Abstimmungsverfahren. - Die Gegenstimmen! - Damit ist der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt worden.

Ich hatte übersehen, daß eine Meldung zur Geschäftsordnung vorlag. Zur Geschäftsordnung können Sie sich natürlich immer melden. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Johann Wadehul: Herr Tagungspräsident, ich glaube, es wird den einzelnen Anträgen nicht ganz gerecht, wenn Sie jedesmal das gesamte Konglomerat von 15 verschiedenen Anträgen zur Abstimmung stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Das macht überhaupt keinen Sinn mehr, wenn man dann einzelne Anträge hier noch einmal begründet. Ich bin ja in vielen Punkten der Meinung der Antragskommission, möchte aber, was meinen speziellen Punkt angeht, abweichend votieren können. Es mag sein, daß das hier praktizierte Verfahren so beschlossen worden ist und daß es im Sinne der Tagungseffizienz auch so sein muß. Wir sollten uns, wie ich glaube, aber für morgen, wenn über das Bildungspapier beraten wird, vornehmen, daß es die Tagungsleitung ermöglicht, über Anträge, die hier besonders begründet werden, auch im einzelnen abzustimmen, wenn der Antragsteller Wert darauf legt.

(Vereinzelt Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Ich nehme diese Anregung sehr gerne hin, aber ich kann sie nicht aufnehmen. Das Verfahren der Antragsdiskussion haben Sie vorhin so beschlossen. Die Diskussion erfolgt im Rahmen einer Generaldebatte und im Rahmen einer Einzeldebatte, zu der sich die Delegierten melden konnten und auch gemeldet haben. Nur diese beiden Möglichkeiten der Diskussion gibt es. Sonst würde es heute bei 200 Anträgen zur Inneren Sicherheit und morgen bei 700 Anträgen zum Bildungswesen nicht zu einer Antragsverabschiedung kommen können, wenn wir ein anderes System wählen. Ich halte es auch für sachgerecht, daß wir zunächst eine Generaldebatte führen und daß dann noch Wortmeldungen für die Einzeldebatte entgegengenommen werden. Wer sich zu einem einzelnen Antrag zu Wort melden möchte, den bitte ich, hier beim Präsidium eine Wortmeldung einzureichen. Jeder Delegierte hat die Möglichkeit, zu einer entsprechenden Ziffer einzeln das Wort zu ergreifen. So haben wir es heute gehalten. Entsprechend haben wir dann auch mit Ihrer Unterstützung abgestimmt.

Wir kommen nunmehr zu Kapitel VIII - "Polizei". Ich rufe Ziffer 38 des Antrags des Bundesvorstandes auf. – Die Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf der Seite 215. Zu dieser Ziffer 38 liegt mir ebenfalls keine Wortmeldung vor. Habe ich jemanden übersehen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu Ziffer 38 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Nunmehr komme ich zu Ziffer 39 des Antrags des Bundesvorstandes. Die Fundstelle ist nicht die Antragsbroschüre, sondern ebenfalls, wie vorhin bereits, die Sammlung der Initiativanträge I, die im Saal vorhin verteilt worden ist.

Die Antragskommission hat ihre Empfehlung zu dieser Ziffer 39 überarbeitet, und die geänderte Fassung finden Sie auf Seite 5 dieser Sammlung der Initiativanträge. Ich bitte Sie, sich das noch einmal genau durchzusehen. Hierzu liegen auch drei Wortmeldungen vor, und zwar zunächst von Herrn Joachim Schempf aus Baden-Württemberg.

Joachim Schempf: Meine Damen und Herren! Meine Wortmeldung hat sich durch die Neuformulierung teilweise erledigt. Sie haben ja jetzt eine Sonderlaufbahn der Polizei vorgeschlagen. Ich wollte ursprünglich gegen die zweigeteilte Laufbahn sprechen, die wir ja auch in Baden-Württemberg abgelehnt haben und die letztlich eben nur eine alte Mehrklassengesellschaft im Beamtenrecht verlängern würde.

Ich bin der Meinung, auch bei der Polizei müssen wir eine leistungsgerechte und aufgabengerechte Bezahlung finden, die sich an der jeweiligen Aufgabe orientiert, nicht aber an einem Status, der dann nachher wieder verteidigt wird, auch wenn diese Aufgabe nicht mehr wahrgenommen wird. – Danke schön.

(Vereinzelter Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Auch die beiden nächsten Wortmeldungen beziehen sich auf den Antrag B 154 – im Zweifel auf das Problem der zweigeteilten Laufbahn und die entsprechende Formulierung der Antragskommission. - Jetzt hat das Wort Herr Horst Nolte und dann Herr Helmut Bongartz.

Horst Nolte: Hohes Präsidium! Meine Damen und Herren! Ich möchte für den Antrag des Landesverbandes Hessen sprechen, weil ich der Meinung bin, daß das, was die Antragskommission auf Grund des Antrages des Landesverbandes Hessen zunächst formuliert hat, wirklich uns, die Polizei – ich bin Polizeibeamter – der Lösung unseres Problems in bezug auf die Anerkennung und die Bewertung des Polizeidienstes einen wesentlichen Schritt näher bringt.

(Vereinzelter Beifall)

Mir ist bekannt, daß in Baden-Württemberg und auch in Nordrhein-Westfalen über dieses Thema anders gedacht wird. Aber in Nordrhein-Westfalen ist das Motiv dafür wohl eher darin zu sehen, daß der Versuch, die zweigeteilte Laufbahn dort einzuführen, von der dortigen roten Landesregierung initiiert worden ist. Das kann aber nicht ausschlaggebend für ein so wichtiges Thema sein.

Ich knüpfe an das an, was Herr Innenminister Geil vorhin gesagt hat, und bin der Meinung, daß Attraktivität der Polizei – und der letzte Satzteil des Absatzes der Ziffer 39 heißt: Intensivierung der Nachwuchswerbung – bzw. eine Besserstellung der Polizei durch eine bessere Ausbildung und eine entsprechend qualifizierte Eingruppierung in das Beamtensystem nicht, wie mein Vorredner hier glauben machen wollte, überkommen ist und demnächst abgeschafft wird, sondern daß darin die Lösung des Problems gesehen werden kann. Deshalb möchte ich Sie alle bitten, daß Sie für die in der Broschüre zunächst von der Antragskommission formulierte Fassung stimmen und die jetzt als Nachtrag auf den Tisch gekommene Formulierung ablehnen. – Ich danke.

(Vereinzelter Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Bongartz.

Helmut Bongartz: Ich möchte meinen Vorredner noch einmal ganz ausdrücklich unterstützen; denn der ursprüngliche Antrag hatte ja klargelegt, daß die Polizeibeamten dann im gehobenen und im höheren Dienst ihren Dienst versehen. Das ist auch die angemessene Bewertung für diesen Beruf.

Wenn wir dann dazu übergehen zu sagen, wir wollen für die Polizei eine Sonderlaufbahn haben, dann öffnen wir eigentlich wieder Tür und Tor für alle möglichen Denkmodelle, und davon wollten wir ja wegkommen.

Wenn klargelegt ist, daß die Polizei dem gehobenen Dienst zuzuordnen ist und in den Führungskräftebereichen dem höheren Dienst, dann heben wir auch die Attraktivität für diesen Beruf, und dann, glaube ich, werden wir auch eine Vielzahl hochqualifizierter junger Leute bekommen, die sich für diesen Beruf interessieren.

Nochmals: Der Begriff Sonderlaufbahn wird niemanden dazu reizen, in den Polizeidienst einzutreten. Aber wenn festgeschrieben ist, daß der Beruf genauso bewertet wird, wie dies auch in der allgemeinen Verwaltung der Fall ist, nämlich nach gehobenem und höherem Dienst, dann ist das ein Anreiz, der kalkulierbar und berechenbar ist. Dann werden wir den Beruf des Polizeibeamten auch wieder gerecht bewerten und auch wieder junge Leute bekommen. Sonst geht dies nicht. Wir dürfen hier jetzt nicht zögern und zaudern, sondern müssen hier klare Linien ziehen. Nichts anderes ist jetzt erforderlich.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Geil.

Rudi Geil: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte ja bereits wenige Bemerkungen in der allgemeinen Aussprache zu dem Thema gemacht. Ich möchte noch einmal wiederholen, daß es sicher nicht ganz unsinnig war, daß wir uns zunächst auf eine sehr allgemein gehaltene Formulierung geeinigt hatten und daß dies auch der Bundesvorstand so als seinen Vorschlag übernommen hat. Dies geschah, weil wir nun einmal unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern haben und weil ganz sicher auch nicht ohne weiteres Bundespolizei und Länderpolizei in allen Punkten gleich gesehen, gleich gewichtet und gleich gewertet werden können.

Vor diesem Hintergrund muß ich allerdings jetzt auch sagen, daß mir die letzte Formulierung zu einschränkend ist; denn das, was hier jetzt als Parteitagsbeschluß formuliert und beschlossen werden soll, meine verehrten Damen und Herren, das bleibt hinter dem zurück, was in einigen Bundesländern längst Praxis war und abgehakt ist. Da haben einige Länder weitergehende Regelungen.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn wir hier von einem Bundesparteitag aus ein Signal für die Polizei setzen wollen, dann muß ich schon berücksichtigen, was in einigen Bundesländern seit Jahren Praxis ist.

Deswegen stört mich vor allem – wenn man schon Sonderlaufbahnen formulieren will –, daß dann in dem zweiten Satz von einer Vorstufe die Rede ist. Entschuldigen Sie, dann muß man wenigstens sagen: „Als Ziel gilt hier ...“. Dann muß auch zur Kenntnis genommen werden, daß in einzelnen Bundesländern die Kriminalpolizei schon völlig dem gehobenen Dienst angehört. Wenn dies noch formuliert werden könnte, könnte man mit allen Einschränkungen ja sagen. Aber bei der jetzigen Formulierung gilt: Bedauerlicherweise ist das kein Signal, das für die Polizei irgendein Zeichen setzt.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Herr Paus, bitte.

Heinz Paus: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Geil, wir haben ganz konkrete Vorstellungen darüber, was sowohl den Bundestagsinnenausschuß als auch was die CDU in NRW angeht. Das, was mit der besonderen Polizeibesoldung vorgesehen ist, ist ein System, mit dem sowohl die Bundespolizei zurechtkommt als auch ein System, das den Anforderungen der Gutachten – wie z.B. dem Kienbaum-Gutachten, das in Nordrhein-Westfalen zur Besoldung der Polizei eingeholt worden ist – in jedem Fall entspricht. Es macht deutlich, daß alle Funktionen, die danach Funktionen des gehobenen Dienstes sind, auch als solche Funktionen künftig bewertet werden sollen. Wir möchten nur nicht, daß hier mit einem Kampfbegriff gearbeitet wird. Wir wollen nicht, daß mit dem Begriff der zweigeteilten Laufbahn gearbeitet wird, der letztlich nicht eingelöst wird.

Wir haben das in Nordrhein-Westfalen und streiten ständig mit dem Innenminister darüber, der diese Formulierung verwendet. Wenn er dann aber zu einem Ergebnis kommen soll, kann er genau das nicht einlösen. Dies gilt, weil es nach Kienbaum weiter Funktionen gibt, die auch im mittleren Dienst besoldet werden müssen. Weiter ist es so, daß der Bund das Problem hat, daß er seinen Bundesgrenzschutz dann auch nach diesem System besolden müßte.

Wir würden mit einem solchen System der zweigeteilten Laufbahn die Durchlässigkeit zwischen Bundespolizei und Länderpolizeien aufgeben. Deshalb plädieren wir dafür, ein ehrliches System zu wählen. Es sollte ein System sein, das finanzierbar ist. Dieses System müßte den Beamten, die zur Zeit noch unter Wert bezahlt werden, die

Möglichkeit geben, analog dem heutigen gehobenen Dienst die Besoldungsstufen A 10 oder A 11 zu erreichen. Ich meine, wir hätten mit einem solchen System die Chance, auch den Rückenwind im Bereich der Inneren Sicherheit für die Polizei zu nutzen und uns nicht im Geleitzug aller bewegen zu müssen bzw. uns wieder im öffentlichen Dienst hochschaukeln zu müssen.

Ich würde deshalb nachhaltig dafür plädieren, zu einem besonderen System der Polizeibesoldung, wie es die Antragskommission vorschlägt, und nicht zu einer zweigeteilten Laufbahn, die letztlich eine Mogelpackung ist, zu kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Meine Damen und Herren, die Diskussion bewegt sich abschließlich um die Begriffe „Sonderlaufbahn“ und „zweigeteilte Laufbahn“. Dies betrifft alle bisherigen Wortmeldungen und auch die, die noch vorliegen. Vielleicht dient es dem Fortgang der Diskussion, wenn jetzt erst einmal der Generalsekretär redet.

Peter Hintze, Antragskommission: Ich finde es, liebe Freunde, bei dieser Frage sehr wichtig, daß wir uns nicht in falschen Alternativen verhaken. Uns geht es bei dem Beschluß, den wir vorgelegt haben, der auch nach meinem Gefühl vielleicht einen Halbsatz hätte anders sein können, politisch darum, daß wir zwei Dinge miteinander verbinden wollen. Erstens: Wir wollen diesen schweren, anspruchsvollen und wichtigen Beruf durch eine Strukturreform im Bereich der Laufbahn attraktiver machen und gerechter ausgestalten. Zweitens: Wir wollen die Schwelle für den Einstieg in diesen Beruf nicht zwingend auf die Ebene Abitur oder Fachhochschulabschluß festschreiben, so daß die anderen Bildungsabschlüsse entwertet werden, weil sie nicht mehr in die Polizeilaufbahn hineinführen. Auch das müssen wir uns überlegen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können nicht morgen über einen Antrag zur Bildungspolitik sprechen, mit dem wir die Profile der anderen Schulformen stärken, die Abschlüsse wertvoll und gewichtig machen wollen, und gleichzeitig in die Polizei nur noch denjenigen lassen, der die Voraussetzung für den gehobenen Dienst erfüllt, sprich mit dem Fachhochschulabschluß daherkommt, denn den Aufstieg aus dem mittleren Dienst, den er jetzt hat, kann er nicht mehr erreichen. Deswegen haben wir uns in der Antragskommission - auch ich habe meinem Herzen einen Stoß gegeben - darauf geeinigt, die politische Aussage zu treffen, der Anteil des gehobenen Polizeivollzugsdienstes muß gestärkt werden, es muß eine Laufbahn geben, die den Anforderungen des Berufs gerecht wird, und die Frage, ob eine zweigeteilte, viergeteilte, dreigeteilte oder sonstige Laufbahn das Ziel sein sollte, außen vorgelassen. Wir fallen hinter nichts zurück, sondern wir wollen mit einem realistischen Vorschlag nach vorne gehen, der die Situation der Polizei verbessert, qualifizierte Haupt- und Realschulabsolventen aber nicht aus der Möglichkeit, in die Polizeilaufbahn einzutreten, prinzipiell heraushält. Deswegen dieser Vorschlag.

(Vereinzelt Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Ich habe noch drei Wortmeldungen. Wenn Sie damit einverstanden sind, schließe ich die Rednerliste. Sonst geht immer wieder der eine auf den anderen ein. Ich glaube, das Thema ist klargestellt. Ich habe noch Herrn Paus, Herrn Jaffke und Herrn Bouffier auf der Rednerliste. Werden die Wortmeldungen noch aufrechterhalten? Herr Paus, behalten Sie Ihre Wortmeldung aufrecht? – Er verzichtet. Herr Jaffke?

Norbert Jaffke: Ich ziehe meinen Antrag deshalb zurück, weil ich in den Formulierungen des Generalsekretärs meine Intention wiederfinde. Ich unterstütze das voll und sehe es genauso. Ich bitte das Plenum, in dieser Richtung abzustimmen. – Danke.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Herr Bouffier zieht auch zurück. Damit haben alle ihre Wortmeldung zurückgezogen. Ist es noch erforderlich, Herr Perschau, daß die Antragskommission noch etwas sagt? – Ich glaube nicht. Im zweiten Absatz auf Seite 6 wollte die Antragskommission diese beiden Gedankengänge aufnehmen. Wir können dann darüber abstimmen, ob wir der Empfehlung der Antragskommission folgen. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenstimmen. – Vereinzelte Gegenstimmen. Enthaltungen? – Einige Enthaltungen. Damit ist auch in diesem Punkt der Ziffer 39 dem Votum der Antragskommission gefolgt worden.

Ich rufe Ziffer 40 des Antrags des Bundesvorstands auf. Fundstelle ist Seite 217 der Antragsbroschüre. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann können wir abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Vereinzelt. Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 41 des Antrags des Bundesvorstands, Antragsbroschüre Seite 219. Wortmeldungen hierzu liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ganz vereinzelt. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 42 des Antrags des Bundesvorstands, Fundstelle ist Seite 219 der Antragsbroschüre. Es liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Dann können wir abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig.

Wir kommen nun zu Kapitel IX – "Strafvollzug" - und den Ziffern 43 bis 46. Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf den Seiten 221 bis 224. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wir stimmen deshalb ab. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zum Kapitel Strafvollzug zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Vereinzelt. Enthaltungen? – Keine. Damit sind auch die Ziffern 43 bis 46 angenommen.

Wir kommen zu Kapitel X – "Internationale Zusammenarbeit". Es handelt sich um die Ziffern 47 bis 52. Die Antragsbroschüre behandelt dieses Kapitel auf den Seiten 224 bis 229. Wortmeldungen hierzu liegen mir nicht vor. Dann können wir abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine sehe ich. Enthaltungen? – Wenige. Damit ist auch das Kapitel „Internationale Zusammenarbeit“ angenommen.

Ich komme zu Kapitel XI – "Gesamtgesellschaftliche Aufgabe", Ziffer 53. Es liegen mir keine Wortmeldungen zu diesem Punkt vor. Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu dieser Ziffer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Bei vereinzelt Enthaltungen ist auch diese Ziffer mit ganz großer Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir haben damit die elf Kapitel abgehandelt. Bevor wir nun die Schlußabstimmung über diesen Antrag vornehmen, möchte ich mich bei Ihnen im Namen des Tagungspräsidiums sehr herzlich für die zügige und konzentrierte Beratung bedanken. Nur so ist es übrigens möglich, solche

komplizierten Sachverhalte mit vielen hundert Delegierten durchzuführen. Es war zu spüren, daß jeder bemüht war, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ich glaube, wir sollten bei den Diskussionen, die wir hier geführt haben, nicht vergessen, daß in den grundsätzlichen Fragen der Inneren Sicherheit in unserer Partei ein sehr hohes Maß an Übereinstimmung besteht. Wir sind die Partei der Sicherheit. Ich glaube, daß ein Parteitag der Sozialdemokraten ganz anders auseinandergegangen wäre. Der innere Frieden und die Sicherheit unseres Landes sind eben bei uns, bei der CDU, gut aufgehoben. Wir stehen auch zu unserer Polizei.

(Beifall)

Bevor wir zur Schlußabstimmung kommen, gebe ich noch einmal unserem Freund Peter Hintze das Wort.

Peter Hintze: Ich wollte nur darum bitten, daß wir unserem Tagungspräsidium, das uns durch diesen Antrag politisch und auch sonst gut geführt hat, mit einem kleinen Applaus für die Beratungsführung danken.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Für Dank und Lob, lieber Herr Generalsekretär, ist das Tagungspräsidium empfänglich und dankbar.

Wir stimmen nunmehr über den Gesamtantrag ab, und zwar über den Gesamtantrag des Bundesvorstands, so wie wir ihn in den einzelnen Kapiteln eben beschlossen haben. Wer dem Gesamtantrag zustimmt, den bitte ich noch einmal sichtbar um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Ich sehe eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Ich sehe eine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag des Bundesvorstands bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung in der von Ihnen verabschiedeten Form angenommen worden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben damit erfolgreich einen wichtigen Meilenstein in unseren Beratungen heute gesetzt. Wollen wir hoffen, daß wir morgen im Bereich der Bildung genau so zügig und konstruktiv diskutieren, verhandeln und abstimmen können.

Bevor wir jetzt den Parteitag in die Foren entlassen, folgende Hinweise: Das Forum 1 „Zu Toleranz und Verantwortung erziehen“ tagt in Halle 15/2, das Forum 2 „Jugend in Deutschland“ in Halle 14/2, das Forum 3 „Für eine neue Ethik der Medien“ in Saal 3, das Forum 4 „Den inneren Frieden schützen“ in Saal 2.

Ich bitte Sie, bei den Verhandlungen in den Foren zu berücksichtigen, daß wir möglichst pünktlich um 21 Uhr zum „Berliner Abend“ im Palais am Funkturm erscheinen. Das ist zu Fuß erreichbar. Wer feste arbeitet, soll auch Feste feiern; das wissen wir.

Ich bitte Sie abschließend, Ihre Sachen zweckmäßigerweise mitzunehmen; denn dieser Raum wird bis morgen früh gereinigt. – Ich entlasse den Parteitag in die vier Foren und unterbreche den Parteitag.

(Schluß: 18.01 Uhr)

Dienstag, 14. September 1993

2. Plenarsitzung

Beginn: 9.30 Uhr

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Guten Morgen, liebe Freunde. Ich eröffne den Parteitag wieder und rufe gemäß unseren gemeinsamen Festlegungen über den Ablauf des Parteitages jetzt Tagesordnungspunkt 18 auf:

Sonstige Anträge

Meine Damen und Herren, ich mache zur Vereinfachung folgenden Verfahrensvorschlag: Ich rufe die einzelnen Anträge nacheinander auf. Wenn keine Wortmeldungen vorliegen, dann unterstelle ich, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, daß Sie im Sinne der Antragskommission votieren. Das hat den Vorteil, daß wir nicht jedesmal gymnastische Übungen machen müssen. Wenn Wortmeldungen vorliegen, dann werden sie selbstverständlich berücksichtigt. Ich darf Sie bitten, Ihre Wortmeldungen gemäß unseren Verabredungen schriftlich einzureichen. Ich kündige an, daß unter Tagesordnungspunkt 18 zu Antrag D 10 schon zwei Wortmeldungen vorliegen.

Ich rufe den Antrag D 1 auf. – Keine Wortmeldungen. Er ist so beschlossen, wie die Antragskommission empfohlen hat.

Antrag D 2! – Keine Wortmeldungen; so beschlossen, wie die Antragskommission empfohlen hat.

Antrag D 3 hat durch die Antragskommission gestern noch eine kleine Änderung erfahren. Es ist ein Satz gestrichen worden. – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Antrag D4! – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Antrag D5! – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Nun kommen wir zum Antrag D6. – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

(Zuruf)

– Entschuldigung. Anlaufschwierigkeiten kann es geben. Ich rufe noch einmal den Antrag D 1 auf und erteile Herrn Bruno Orth das Wort. Bitte schön, Herr Orth.

Bruno Orth: Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Delegierte und Gäste! Ich möchte zu dem Antrag D 1 eine grundsätzliche Bemerkung machen. Es geht, wie Sie wissen, um den Wehrdienst und um den modifizierten Vorschlag der Antragskommission, dem ich grundsätzlich zustimme.

Doch dieser Antrag muß für uns eigentlich Anlaß sein, hier nicht nur den Bereich des Wehrdienstes, sondern auch den Bereich der Pflichtdienste für die Gemeinschaft schlechthin zu bedenken. Es war vorgesehen, im Landesverband Baden-Württemberg einen Initiativantrag einzubringen, für den es auch eine qualifizierte Unterschriftensammlung gegeben hätte.

In diesem Antrag soll eine Grundgesetzergänzung vorgeschlagen werden. Der Antrag wird kommen, spätestens auf dem Hamburger Parteitag. Vorgesehen ist eine knappe und deutliche Grundgesetzergänzung zur Frage der Pflichtdienste für die Gemeinschaft. Ich will das nur andeuten, um Ihre Zeit nicht gleich zu strapazieren.

Pflichtdienste für die Gemeinschaft könnten beim freiwilligen Polizeidienst anfangen. Einen solchen freiwilligen Polizeidienst gibt es in manchen Bundesländern auch schon; wir verfügen in Baden-Württemberg über entsprechende Erfahrungen. Pflichtdienste für die Gemeinschaft könnten bei bestimmten Aufgaben im Pflegebereich enden.

Ich denke, wir können uns nicht ständig über Details der Finanzierung der Pflegeversicherung zerstreiten – und letztlich zu keiner Lösung kommen –, wenn nicht bestimmte Grundelemente, die auch in die Verfassung hineingehören, vorbedacht sind. Ich möchte nur andeuten: Wir werden in Baden-Württemberg einen entsprechenden Antrag auf dem Landesparteitag ausarbeiten. Die Initiatoren dieses Antrages kommen aus dem Rhein-Neckar-Kreis. Ich hoffe, daß unser Kanzleramtsminister Schmidbauer, der diesen Dingen ja auch sehr aufgeschlossen und aufmerksam gegenübersteht, uns dabei führen wird, so daß dieser Antrag dann quer durch die Parteien diskutiert wird und letztlich eine entsprechende Grundgesetzergänzung mit einem Hinweis auf ein Ausführungsgesetz zustande kommt.

Es wird ein Antrag sein, der sicher eine Fülle von differenzierten Problemen aufwirft. Ich will Ihnen das hier nur sagen, aber Sie wissen das sicher schon. An der Basis wurde ja schon viel über diese Dinge diskutiert. Wir dürfen uns nicht immer durch Begriffe aus der Vergangenheit wie Pflichtjahr usw., die schon vorbelastet sind, hemmen lassen, grundsätzlich notwendige Dinge zu tun. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Herr Orth hat den Antrag im Sinne der Empfehlung der Antragskommission unterstützt. Ich brauche also nicht einmal abstimmen zu lassen.

Ich komme zu Antrag D 7. – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

D 8! – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 9 und D 10 gemeinsam auf. Hierzu liegen zwei Wortmeldungen vor, und zwar eine Wortmeldung von Herrn Dr. Bernd Schneider und eine Wortmeldung von Herrn Karl-Josef Laumann. – Herr Dr. Schneider, bitte.

Dr. Bernd Schneider: Ich bin nicht der Meinung der Antragskommission, über den Antrag D 9 nicht direkt abstimmen zu lassen. Ich bin der Meinung, Parteitage sind dazu da, Richtungen zu weisen. Deswegen sollte sich dieser Parteitag festlegen, ob er für oder gegen Karenztage ist.

Noch etwas zu den Karenztagen. Das erste Argument, das immer angeführt wird, ist der hohe Krankenstand montags und freitags. Als praktizierender Chirurg kann ich Ihnen das sehr gut erklären.

Erstens. Wenn Sie sich einmal die Unfallzahlen ansehen, dann werden Sie feststellen, daß montags und freitags die höchsten Unfallzahlen zu verzeichnen sind.

Zum zweiten kommt hinzu, daß, wenn jemand am Wochenende erkrankt ist, er vom Notdienst normalerweise montags zu seinem Hausarzt geschickt wird.

Drittens. Wenn eine Krankschreibung erfolgt, endet sie meistens freitags, so daß dieses Argument nicht unbedingt ein Beleg für Laumacher ist.

Des weiteren bin ich der Ansicht, daß Karenztage nicht dazu geeignet sind, Laumacher zu eliminieren. Es ist einfach so: Wenn man sich die Krankenstände der verschiedenen Betriebe ansieht, dann kann man feststellen, daß die Krankenstände in den Bereichen, in denen eine soziale Kontrolle fehlt, wesentlich höher sind.

In den Kleinbetrieben sind die Krankenstände normalerweise um 5 %, im öffentlichen Dienst über 10 %.

Als letztes führen die Karenztage nur noch dazu, daß bei Bagatellen häufiger der Arzt aufgesucht wird, deswegen also die Kosten entsprechend steigen. Dann, wenn jemand etwas ausnutzen will, gibt es die Möglichkeit, daß man hinten etwas ansetzt.

Schon aus diesen fachlichen Gründen heraus bin ich dafür, daß die Karenztage nicht entsprechend zur Kompensation genutzt werden.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst ist zum Votum der Antragskommission zu sagen, daß wir diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überweisen sollen. Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Von der Diskussion, die wir in den letzten zwei, drei Tagen hatten, mag sich einiges anders darstellen. Aber mit Blick auf den Zeitpunkt, zu dem wir den Antrag gestellt haben und zu dem die Antragskommission beraten hat, muß ich sagen: Ein solches Votum von der Antragskommission ist schlicht und ergreifend eine Frechheit.

Wir diskutieren in der Partei seit vielen Monaten eine bestimmte Öffnung. Ich bin schon der Meinung, daß sich ein Parteitag zu Fragen, die in der Gesellschaft diskutiert werden, eine Meinung bilden muß und sie nicht an die Fraktion überweisen kann.

(Beifall)

Zurück zu der Diskussion über die Karenztage: Wir hatten Montag vor acht Tagen eine Anhörung in Bonn im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung. Dort haben wir erlebt, daß alle, die geladen waren, über Gewerkschaften, Industrie und Handwerk, gesagt haben, daß die Karenztage nicht machbar sind und daß sie sie nicht für sinnvoll halten.

Ich sage auch: Wir müssen uns bei der Diskussion als CDU langsam einmal überlegen, was wir eigentlich wollen. Ich merke in meinem Wahlkreis - ich komme nun einmal aus der Arbeitnehmerschaft -, daß sich viele Leute, denen wir immer Mißbrauch vorwerfen, die aber treu und brav Tag für Tag ihrer Arbeit nachgehen, langsam in der Seele getroffen fühlen, wenn wir immer sagen: Wenn die einmal krank sind, dann ist das Mißbrauch.

Um das zu verhindern, stellt sich, meine ich, vielmehr die Frage, wie wir andere Kontrollmechanismen einbauen können. Es muß uns doch nachdenklich machen, daß wir in der Privatindustrie, im Handwerk, in normalen Industriebetrieben, die nicht allzu groß sind, Krankheitsstände von 5 bis 6 % haben, da aber, wo der öffentliche Dienst zuschlägt, wo wir als Politik in erster Linie eine Zuständigkeit haben, diese Krankheitszahlen in der Regel zweistellig sind.

Da kann ich doch nicht sagen: Die Leute in der Privatindustrie sind schuld. Vielmehr muß man einmal fragen, ob wir in den öffentlichen Betrieben, in den Verwaltungen bei Bahn und Post die Aufsichtspflicht vernünftig organisiert haben.

(Beifall)

Hinzu kommt auch - das hat der Kanzler gestern in seiner Rede gesagt -, wenn wir über die Frage des Industriestandortes Deutschland reden, daß sich in den Köpfen einiges verändern muß. Ich mache daraus kein Geheimnis. In vielen privatwirtschaftlichen Betrieben läuft das folgendermaßen ab, daß sowohl Betriebsleitung wie Geschäftsleitung als auch Betriebsräte da, wo sie den Eindruck haben, daß Blaumacher am Werk sind, schon Instrumente in der Hand haben, um das zu verhindern. Nur beim öffentlichen Dienst funktioniert das nicht, weil es da jedem egal ist, wie das läuft. Das Problem werden wir doch nicht dadurch lösen, daß wir die vielen Ehrlichen bestrafen.

Sicherlich sind durch die Diskussionen der letzten zwei, drei Tage über die Pflegeversicherung die Karenztage im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung weiter weggerückt. Aber Sie brauchen sich nur die Presseschauen vom Wochenende ansehen. Sie lesen dort, daß namhafte Politiker unserer Partei sagen: Die Karenztage müssen trotzdem irgendwann kommen.

Deswegen, meine ich, muß der Parteitag hier entscheiden. Er muß einfach dieser Gespensterdiskussion, wenn es nach mir geht, ein Ende machen. Wir haben genug andere Möglichkeiten, um den Mißbrauch, der dort vielleicht vorhanden ist, zu bekämpfen.

Hören wir als CDU endlich auf, den Leuten immer vorzuhalten, sie alle seien diejenigen, die Mißbrauch betreiben. Wir haben - das ist meine Meinung - gerade in der Privatwirtschaft eine fleißige Arbeitnehmerschaft, die sich diesem Vorwurf nicht aussetzen muß.

Wir müssen allerdings darüber nachdenken, wie wir in den Betrieben, die in öffentlicher Hand sind, diese Kontrollmechanismen verbessern können. Aber Karenztage sind mit Sicherheit die falsche Antwort, weil wir damit eine Menge Leute treffen, die keinen Mißbrauch betreiben.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsident: Das Wort hat der Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das, was wir hier behandeln, ist eine der wichtigsten Fragen dieser Legislaturperiode, die weit in die Zukunft weist.

Ich habe gestern in meinem Rechenschaftsbericht noch einmal begründet, warum wir jetzt und nicht irgendwann später die Pflegeversicherung brauchen. Ich habe darauf hingewiesen, daß die demographische Entwicklung es zwingend notwendig macht, die erforderlichen Entscheidungen jetzt zu treffen.

(Beifall)

Ich bin dabei von zwei Prinzipien ausgegangen - an denen halte ich fest -: Erstens, daß die Pflegeversicherung jetzt verabschiedet wird,

(Beifall)

und zweitens, daß es zu keinen zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaft kommen darf. Beides gehört zusammen. Ich habe nie etwas anderes gesagt.

Ich bin immer für Parteitagsbeschlüsse, wenn diejenigen, die sie treffen, anschließend bereit sind, sie in die Praxis umzusetzen. Da aber der Wille des Wählers in Deutschland und Gnade oder Gunst bisher nicht dazu geführt haben, daß wir allein bestimmen, sondern daß wir in allen Fragen auf einem CDU-Parteitag - ich sage das nicht ohne Grund - beispielsweise an die Freunde in der CSU denken müssen, und da wir in einer Koalition sind, die sich in dieser Frage aus Gründen, die Sie alle kennen, nicht leichttut, plädiere ich nachdrücklich dafür, diese Frage in die Verantwortung der Bundestagsfraktion zu geben.

Ich kann es nur noch einmal sagen: Ein Beschluß, der über das hinausgeht, was vorgeschlagen ist, erschwert die Sache ganz erheblich. Ich will, daß die Pflegeversicherung kommt, und ich will auch, daß es eine Kompensation gibt.

Diejenigen, die den bisher gegangenen Weg kritisieren, müssen auch zugeben: Wenn die Frage der Karenztage nicht diskutiert worden wäre, hätte sich in der deutschen Politik in Sachen Pflegeversicherung überhaupt nichts bewegt.

(Beifall)

Wer etwas nachdenkt und die Wirklichkeit des Landes, auch der politischen Situation kennt, der kann doch erkennen, ohne daß man jedes Detail nachvollzieht - ich bin hier in einer schwierigen Lage; ich kann nicht mehr sagen, als ich jetzt dazu gesagt habe -, daß wir jetzt in diesen Tagen - ich spreche von Tagen und nicht Wochen - die Entscheidungen treffen müssen und daß es bei diesen Entscheidungen notwendig ist, an die Mehrheit im Bundesrat zu denken.

Da nützt mir natürlich ein Parteitagsbeschuß nichts. Ich könnte dann tapfer und ganz stark sagen: Ich habe einen Parteitagsbeschuß. Aber dann sagen mir andere: Auch wir haben einen Parteitagsbeschuß.

Liebe Freunde, das ist kein mangelnder Respekt vor dem Parteitag, sondern die Bitte Ihres Vorsitzenden, denen, die jetzt die Sache betreiben müssen, nicht zuletzt Norbert Blüm, die Chance zu geben, eine Lösung der Vernunft zu finden.

Wir brauchen – ich sage es noch einmal – beides, erstens die Pflegeversicherung und zweitens die notwendige Entlastung. So, wie ich die Sache beurteile, sehe ich eine gute Chance, daß wir eine vernünftige Lösung finden, durch die ein Teil der Einwände, die hier gekommen sind, dann auch ausgeräumt wird. Meine Bitte also: Folgen Sie dem Vorschlag, der Ihnen gemacht wurde!

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Herr Roer, halten Sie nach den klärenden Worten des Bundeskanzlers Ihre Wortmeldung aufrecht?

(Albert Roer: Ja!)

– Dann haben Sie jetzt das Wort. Ich darf daran erinnern, daß wir uns auf eine Redezeit von drei Minuten verständigt hatten. Bitte!

Albert Roer: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gerade nach der Wortmeldung des Bundeskanzlers halte ich meine Wortmeldung aufrecht, weil ich meine, daß wir als Partei hier in der Tat, wie Karl-Josef Laumann gesagt hat, gefordert sind, zu dieser Frage eine Abstimmung herbeizuführen. Die Fraktion ist es doch gewesen, die uns als Partei in diese öffentliche Situation hineingebracht hat, so daß wir in der Frage, die Pflege über Karenztage zu finanzieren, gegen alle gestanden haben.

Karl-Josef Laumann hat im Grunde alle Argumente vorgetragen, die gegen eine solche Regelung sprechen. Dazu kommt, daß wir hier wirklich ohne Not Probleme mit Eingriffstatbeständen in die Tarifautonomie herbeiführen und daß wir einen in der Frage des Wirtschaftsstandorts Deutschland ganz wesentlichen Standortfaktor gefährden, nämlich den sozialen Frieden in diesem Lande. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß man eine solche Diskussion an dieser Stelle so vom Zaun gebrochen hat, und ich fände es ganz schlimm, wenn sich nach den Erklärungen und Feststellungen, die auch und insbesondere in der Anhörung gemacht worden sind, der Parteitag angesichts des Diskussionsbildes in der Partei nicht trauen würde, sich hierzu eine klare Meinung zu bilden und diese zu äußern. Das würde unser Bild in der Öffentlichkeit keineswegs verbessern.

Die Bitte, diese Abstimmung herbeizuführen, äußere ich insbesondere deswegen, weil ich befürchte, daß wir diese Diskussion in Kürze wieder am Hals haben werden, und wir werden den politischen Schaden haben. Er ist eh schon groß genug, aber wir können ihn hier durch einen klaren Beschluß wenigstens noch minimieren.

(Beifall) ,

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission, beide Anträge an die Bundestagsfraktion zu überweisen, abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Danke schön. Die Gegenprobe, bitte! – Das ist eindeutig die Minderheit. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag der Antragskommission ist angenommen.

D 11! – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.
D 12! – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.
D 13! – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.
D 14! – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.
D 15! – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.
D 16! – So beschlossen.
D 17! – So beschlossen.
D 18! – So beschlossen.
D 19! – So beschlossen.
D 20! – So beschlossen.
D 21 wird zusammen mit Antrag A 3 behandelt.
D 22! – So beschlossen.

Die Anträge D 23 bis D 27 und D 30 gehören zusammen. – Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

D 28! – So beschlossen.
D 29! – So beschlossen.
D 31! – So beschlossen.
D 32! – So beschlossen.
D 33! – So beschlossen.
D 34! – So beschlossen.
D 35! – So beschlossen.
D 36! – So beschlossen.
D 37! – So beschlossen.
D 38! – So beschlossen.
D 39! – So beschlossen.
D 40 wird extra behandelt.
D 41! – So beschlossen.
D 42! – So beschlossen.
D 43! – So beschlossen.
D 44! – So beschlossen.

Zu D 45 liegen mir zwei Wortmeldungen vor, zunächst die von Herrn Vogel.

Alfons Vogtel: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! In diesem Antrag des Landesverbandes Saar wird die – das betone ich - übergangslöse Streichung des Bauschlechtwettergeldes abgelehnt. Wir halten diese Maßnahme – so steht es auch in der Begründung – für sozialpolitisch fragwürdig und im übrigen auch für finanzpolitisch nicht exakt durchdacht, weil es im Gefolge der Abschaffung zunächst einmal zur Zahlung von Arbeitslosengeld und damit zu einer Belastung der Bundesanstalt für Arbeit kommen wird.

Wir sind auch der Auffassung, daß über diesen Antrag hier heute entschieden werden soll. Wenn die Tarifpartner in der Bauwirtschaft strukturelle Änderungen des Tarifrechts herbeiführen sollen, etwa die Einführung von Jahresarbeitszeiten und Jahresarbeitslöhnen, dann müssen wir ihnen erstens Zeit dazu geben; zweitens müssen wir aber auch eine Frist setzen, damit diese Verhandlungen der Tarifpartner nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

Wir meinen, daß dieser Parteitag ein deutliches Signal setzen sollte, wie diese Dinge künftig zu regeln sind, statt hier zu einer kommentarlosen Streichung des Bauschlechtwettergeldes ja zu sagen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Nächste Wortmeldung, Herr Rauber, bitte.

Helmut Rauber: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Wir können es nicht hinnehmen, daß eine für die Partei so wichtige Angelegenheit wie die Abschaffung des Schlechtwettergeldes schlicht und einfach der Bundestagsfraktion zur weiteren Entscheidung zugewiesen wird. Bei der Abschaffung des Schlechtwettergeldes geht es auch darum, ob Hunderttausende von Bauarbeitern und deren Familien jedes Jahr wieder Angst haben und sich fragen müssen, ob sie, wenn sie im November eventuell entlassen werden, im April/Mai noch einmal eingestellt werden. Wir halten diese Angelegenheit für so wichtig, daß dieser Parteitag darüber entscheiden soll.

Wir als CDU Saar haben eine Alternative vorgelegt, die sowohl finanzpolitisch sinnvoll ist als auch der Situation gerecht wird, vor der wir stehen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Liebe Parteifreunde! So ist das mit dem Sparen: Alle sind dafür, und wenn es konkret wird, wird es etwas schwieriger. Deshalb zunächst einmal auch zum Schlechtwettergeld!

Es handelt sich nicht, wie hier vorgetragen wurde, um eine übergangslose Streichung. Das Schlechtwettergeld wird im bevorstehenden Winter angeboten wie bisher. Allerdings sollen bis zum Winter 1994/95 die Tarifpartner eine Ersatzlösung finden. Ich sage Ihnen: Die Tarifpartner werden keine finden, wenn sie nicht unter Druck gesetzt werden, daß eine andere Lösung her muß. Ich frage: Ist es wirklich sinnvoll, daß die Beitragszahler der Bundesanstalt mit ihren Beiträgen ein Schlechtwettergeld bezahlen, obwohl unter den Beitragszahlern noch andere Gruppen sind, die auch unter Schlechtwetter und Ausfall leiden: die Binnenschifffahrt, das Transportgewerbe? Dafür gibt es kein Schlechtwettergeld. Ich gönne es den Bauarbeitern; ich gönne es ihnen wirklich. Aber sinnvoller wäre es, wir kämen zu einem Tarifvertrag, der ein Jahresarbeitsentgelt vereinbart und damit auch die Bauindustrie unter den heilsamen Zwang setzt, das Jahr durchzuarbeiten.

Daß das geht, sehen Sie in Schweden. Schweden liegt bekanntlich nicht in südlichen Gefilden. Dort gibt es dieses Schlechtwettergeld nicht; die Schweden haben es abgeschafft, allerdings mit einer Winterbauförderung, mit einer Technologie, die es möglich macht, bis zu minus 25 Grad durchzuarbeiten. Ich finde, das ist auch im Interesse der Bauarbeiter. Denn es ist nicht im Interesse der Bauarbeiter, daß sie in die Nähe von Saisonarbeitern kommen. Deshalb muß das Bestreben sein, eine ganzjährige Beschäftigung zu erreichen. Die Bauarbeiter verlieren durch das Schlechtwettergeld 23 % ihres Einkommens. Es ist ja ein Kurzarbeitergeld. Übrigens verzichtet die Bauindustrie zwischen Dezember und März auf ein Drittel ihrer Kapazität. Wir reden doch davon, daß die Kapazitäten besser ausgelastet werden müßten.

Deswegen finde ich, daß man dies der bewährten Tarifpartnerschaft im Baubereich überlassen sollte. Ich sehe hier einen der bewährten Tarifpartner aus diesem Bereich. Ich hoffe, daß Sie in Kooperation – das meine ich wirklich mit großem Respekt – eine Lösung finden, die besser als das Schlechtwettergeld ist. Denn das Schlechtwettergeld ist eine Beitragssubvention, und wir sind gegen Beitragssubventionen, die von allen bezahlt werden.

Also, liebe Bauwirtschaft: Sucht einen Jahresarbeitstarif! Sorgt dafür, daß die Bauarbeiter das ganze Jahr Arbeit haben und nicht halbe Saisonarbeiter sind! Ich glaube, das ist der vernünftige Weg für Arbeiter, Arbeitgeber und auch für die Bundesanstalt.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag D 45 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und drei Enthaltungen ist der Antrag angenommen. Ich rufe den Antrag D 46 auf. Keine Wortmeldungen? – So beschlossen.

Meine Damen und Herren, dann schlage ich vor, daß wir die Beratung des Tagesordnungspunktes 18 kurz unterbrechen und den Tagesordnungspunkt 16, nämlich die Beratung und Beschlußfassung über Anträge zur Änderung des Statuts, der Beitragsordnung, der Parteigerichtsordnung und der Geschäftsordnung der CDU vorziehen. Das sind die sogenannten C-Anträge. Zu keinem der C-Anträge liegt eine Wortmeldung vor.

Ich rufe Antrag C 1 auf. – So beschlossen.

Antrag C 2! – So beschlossen.

Antrag C 3! – So beschlossen.

Antrag C 4! – So beschlossen.

Antrag C 5! – So beschlossen.

Meine Damen und Herren, als letzter Antrag zum Tagesordnungspunkt 18 liegt der Antrag D 40 vor: „Den Radikalen keine Chance.“

Zur begründenden Einführung zu diesem Antrag erteile ich unserem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Antrag D 40 liegt Ihnen vor. Ich habe gestern in meinem Rechenschaftsbericht und im Laufe des Tages in vielen Debattenbeiträgen – auch in den Foren ist über dieses Thema gesprochen worden – darauf hingewiesen, daß im Innern unserer Bundesrepublik, aber auch im Blick auf das Ansehen Deutschlands in der Welt, die Bekämpfung des Radikalismus, vor allem des Rechtsradikalismus, an Bedeutung gewinnt. Ich glaube, es ist sehr wichtig – deswegen haben wir uns dazu entschlossen, Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag zu bitten –, in einer besonderen Resolution dieses Parteitages die Position unserer Partei zu dieser Frage deutlich zu machen.

Es darf kein Zweifel - bei niemandem in Deutschland - aufkommen - dazu vor allem soll dieses Dokument dienen -, daß wir jede Form des Radikalismus von links und rechts ablehnen, daß wir aber jetzt, angesichts der schrecklichen und schändlichen Vorkommnisse während der vergangenen zwölf Monate, eine klare Botschaft speziell zum Thema „Rechtsradikalismus“ in die Welt senden wollen. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegt eine Wortmeldung zu diesem Antrag vor. Ich rufe Herrn Minister Helmrich aus Mecklenburg-Vorpommern auf. – Ist Herr Minister Helmrich im Saal? – Ich sehe ihn nicht. Könnte man mir das einmal deutlich signalisieren? – Wenn er nicht im Saal ist, müssen wir fortfahren.

Ich habe ansonsten keine Wortmeldungen zu diesem Antrag. Wenn es also keine weiteren Wortmeldungen gibt und Herr Helmrich nicht anwesend ist, dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 40 anzunehmen. Ich lasse über diese Empfehlung abstimmen und bitte um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich kann keine Gegenstimmen erkennen. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

(Beifall)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Wahl der Delegierten und ihrer Stellvertreter zum X. EVP-Kongress in Brüssel

Dieser Kongreß findet vom 8. bis 10. Dezember in Brüssel statt.

Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt liegt Ihnen eine Vorlage in Ihren Tagungstaschen vor, über die der Parteitag nach § 31 Abs. 4 und § 29 unseres Statuts zu befinden hat. Wer dem Vorschlag, wie er Ihnen vorliegt, zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Enthaltungen und einer Gegenstimme, wie mir signalisiert wurde, ist dieser Vorschlag so angenommen.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 9:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ich erteile unserem Freund Dr. Wolfgang Schäuble das Wort.

Dr. Wolfgang Schäuble (mit Beifall begrüßt): Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns über die Richtung vergewissern, müssen wir fragen: Woher kommen wir, wohin gehen wir? Hinter uns liegt ein Jahrzehnt, geprägt von Wohlstand, sozialem Frieden, politischer Stabilität. Wir haben die Wiedervereinigung Deutschlands erreicht. Wir haben große Fortschritte auf dem Weg zu einem einigen Europa erzielt. Die Bilanz ist gut, und die CDU Deutschlands kann voller Stolz auf das Erreichte zurückblicken.

Mit dem großen Umbruch von 1989 sind wir freilich nicht am Ende aller Geschichte angekommen. Die Lust der Höhen war kurz, und die Mühsal der Ebenen wird uns noch lange gefangen halten. Kaum noch beginnen wir zu begreifen, welche historischen Chancen uns da so unverhofft zugefallen sind, schon tauchen neue, schwer zu ermessende Risiken und Belastungen am Horizont auf.

Deutschland ist noch nicht wirklich eins geworden. Der innere Frieden in unserem Land sieht sich vielfältig herausgefordert. Der Krieg ist zurückgekehrt nach Europa. In einer solchen Zeit innerer und äußerer Gefährdungen müssen wir uns der Grundlagen unserer staatlichen Gemeinschaft neu versichern. Wir müssen Fundamente und Grundstrukturen überprüfen, wenn nötig sanieren und weiterentwickeln. Wir müssen unser Land auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten.

Das alles wird nicht ohne Einschränkungen, nicht ohne Verzicht, nicht ohne schmerzliche Einschnitte abgehen. Der Zwang zu handeln ist sehr viel größer, als wir uns dies in der alten Bundesrepublik mit unseren so vielen liebgewordenen Besitzständen noch hätten vorstellen können. Wir Deutschen stehen am Scheideweg. Unsere Bürger haben die Wahl, in den nächsten 13 Monaten zwanzigmal: Wollen wir den scheinbar bequemeren Weg gehen, den Weg des geringsten Widerstandes? Oder wollen wir den steinigern, den mühsamen Weg nehmen? Wollen wir wie Rot-grün die veränderten Realitäten leugnen, den Problemen ausweichen? Wollen wir versuchen, weiterzumachen wie bisher, so zu tun, als lebten wir noch in der alten Bundesrepublik? Wollen wir von der Substanz zehren, auf Kosten künftiger Generationen leben? Oder wollen wir den Weg des Realismus, der Einsicht in das Notwendige, der Verantwortung, auch der Opfer und der Versagungen wählen? Ich bin ganz sicher, daß uns nur der Weg der Anstrengungen in eine gute Zukunft führen wird.

Die vor uns liegenden Wahlen werden sich an drei Fragen entscheiden: Welche Partei hat eine zutreffende Vorstellung von den Anpassungsleistungen, die heute von uns Deutschen gefordert sind? Welche Partei hat die Kraft und den Mut, daraus die notwendigen Entscheidungen abzuleiten? Welche Partei hat eine zutreffende Vorstellung davon, wie es in Deutschland, in Europa, in der Welt nach der Jahrtausendwende aussehen wird und aussehen soll und wie wir es erreichen, daß die Zukunft unseren Wünschen und Überzeugungen möglichst nahekommt? Der Führungsanspruch der Union gründet in der Überzeugung, diese Fragen besser beantworten zu können als jede andere politische Kraft in diesem Land.

(Beifall)

Rot-grün besitzen diese Antworten nicht. Niemand wird ihnen guten Gewissens das Schicksal unserer Nation in die Hände legen können. Wir sind es, denen das deutsche Volk Regierungsverantwortung anvertraut hat. Unter der Führung von Helmut Kohl haben wir 1983, 1987 und 1990 das Vertrauen der Wähler errungen. Ich bin fest davon überzeugt, daß uns dies auch im kommenden Jahr wieder gelingen wird.

(Beifall)

Wir haben mit Helmut Kohl elf Jahre lang die Geschicke unseres Landes bestimmt – kraftvoll, zielstrebig, entschlossen. Seinem gewaltigen Einsatz verdanken wir die Erfolge unserer Politik. Dafür sagen wir Helmut Kohl von Herzen Dank.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir werden die vor uns liegenden Aufgaben um so besser meistern, je besser es uns gelingt, die innere Einheit unseres Vaterlandes herbeizuführen. Die Vollendung der Einheit wird gelingen, wenn wir unsere Mitbürger dafür gewinnen können, die Lasten aus vierzig Jahren Teilung und Sozialismus solidarisch zu tragen. Wir Deutschen müssen wieder besser lernen, an einem Strang zu ziehen, uns als eine gemeinsame Nation zu empfinden. Dies setzt voraus, daß sich die Menschen im Osten und im Westen unseres vereinten Vaterlandes besser kennenlernen, daß sie sich besser verstehen lernen. Die Menschen im Osten Deutschlands leben heute in Freiheit, sie leben in einer Demokratie, in einem funktionierenden Sozialstaat, und sie haben heute meist einen deutlich höheren Lebensstandard als vor der Einheit. Aber wahr ist auch: Den meisten geht es noch längst nicht so gut wie den Menschen im Westen, und sie müssen sehr viel mehr aushalten an Veränderungen, an Ungewißheiten, an Enttäuschungen, mehr, als sich ihre Mitbürger im Westen gemeinhin überhaupt vorstellen können.

Wir Deutsche müssen überwinden, was uns trennt. Uns trennen und uns unterscheiden die Erfahrung mit vierzig Jahren Diktatur und Unterdrückung unter dem SED-Regime. Wir leiden an den Erfahrungen mit der deutschen Teilung, die im Osten notwendigerweise andere waren als im Westen. Wir müssen die Diskussion darüber führen, wie aus den Wunden der Vergangenheit eine bessere Zukunft für Deutschland werden kann. Wir müssen diese Diskussion offensiv führen, denn verschweigen und verdrängen führen nicht zur Einheit. Aber die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit muß zur Versöhnung führen; sie darf Gräben nicht vertiefen, sie darf nicht zu neuen Verwundungen führen. Nur dann ist der Weg frei für eine gemeinsame Zukunft in Deutschland.

Wir können die Folgen der Teilung nur überwinden, wenn wir zum Teilen bereit bleiben. Die Bereitschaft zum Teilen bemißt sich eben auch in der Bereitschaft, Veränderungen zu ertragen. Dies gilt für Ost und für West gleichermaßen. Deshalb muß es bei dem beschlossenen Umzug von Bundestag und Teilen der Bundesregierung in die Hauptstadt Berlin bleiben, wenn möglich 1998.

(Beifall)

Jedenfalls darf der Umzug nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden. Das ist nicht nur wichtig, damit das Vertrauen der Menschen in die Handlungs- und in die Entscheidungsfähigkeit unserer Politik nicht Schaden nimmt, sondern für mich ist dies eben auch eine Nagelprobe darauf, ob wir im Westen tatsächlich bereit sind, unseren Beitrag für die deutsche Einheit zu leisten.

Aus dem gleichen Grund, liebe Freunde, unterstütze ich auch mit Nachdruck den Vorschlag von Helmut Kohl, eine Persönlichkeit aus den neuen Ländern für eines der führenden politischen Ämter in unserem vereinten Deutschland vorzuschlagen.

(Beifall)

Die Art, wie nahezu jeder Politiker aus dem Osten, wenn er in eine herausgehobene Verantwortung kommen soll oder gekommen ist, im Westen kaputtgeredet wird, ist unerträglich für die deutsche Einheit.

(Beifall)

Es geht eben nicht nur um die Frage, ob man sich um die neuen Länder kümmert, es geht auch nicht darum, ob man im Osten geboren ist, sondern es geht um die Frage, ob jemand in diesem vereinten Deutschland, der vierzig Jahre lang unter der sozialistischen Diktatur leben mußte, auch Führungsverantwortung übernehmen kann oder nicht. Darüber, finde ich, müßte man sich drei Jahre nach der Wiedervereinigung verständigen können. Und ich finde, Steffen Heitmann ist ein guter Vorschlag, um dies zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall)

Für unsere in Freiheit vereinte Nation brauchen wir als Grundlage gemeinsame Wertüberzeugungen. Menschenrechte und Schutz des Lebens sind die unverzichtbaren Voraussetzungen für Freiheit und Humanität. Mehr als vierzig Jahre geteilte Erfahrungen haben Spuren hinterlassen. Deshalb ist es für die innere Einheit der Deutschen nicht weniger wichtig, wie wir mit der Frage des Schutzes des ungeborenen Lebens weiter umgehen. Ich habe schon bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag im Jahre 1990 sehr empfunden, daß es im vereinten Deutschland nicht einfach werden würde, auch nicht für die Union, in dieser Frage zu einem Konsens zu finden.

Wir haben jetzt ein wichtiges Urteil des Bundesverfassungsgerichts erstritten, das den Staat unzweifelhaft zum Lebensschutz verpflichtet und das zugleich den Weg zu einem Konsens weist. Diesen Weg sollten wir nun miteinander gehen. Ich glaube, wenn die Union jetzt zu einer gemeinsamen Überzeugung und zu einer gemeinsamen Lösung findet, dann haben wir auch eine Chance, zum erstenmal im Deutschen Bundestag dafür eine Mehrheit zu finden.

Liebe Freunde, einen einfachen, einen unproblematischen Weg zur inneren Einheit Deutschlands wird es nicht geben. Es bleibt ein schwieriger, es bleibt ein beschwerlicher Weg, und doch müssen wir ihn gehen. Wir müssen die politische Kraft in diesem Lande bleiben, die sich entschiedener als andere der Vollendung der deutschen Einheit widmet. Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit, und Helmut Kohl ist der Kanzler der deutschen Einheit.

(Lebhafter Beifall)

Aber vielleicht bieten die Risiken und die Gefährdungen, denen wir heute wieder stärker ausgesetzt werden, auch eine Chance: die Chance, den Menschen wieder bewußter zu machen, wozu wir unseren Staat brauchen, die Menschen daran zu erinnern, was unsere nationale Gemeinschaft trägt und daß es auf das staatsbürgerliche Engagement jedes einzelnen ankommt, wenn wir diese Gemeinschaft lebensfähig

erhalten wollen. Die vor uns liegenden Herausforderungen könnten uns so veranlassen, uns wieder auf einige Selbstverständlichkeiten zu besinnen, die uns in 40 Jahren Wohlstand und sozialer Sicherheit fast aus dem Blick geraten scheinen.

Der freiheitliche Staat braucht das Bewußtsein der Menschen in bezug auf die Grundlagen ihrer Gemeinschaft. Nur gemeinsame Werte und auch die nationale Zusammengehörigkeit können unserem Staat Stabilität verleihen. Auch wenn wir Deutsche uns am Ende dieses Jahrhunderts schwertun, uns über unsere nationalen Grundlagen zu verständigen: *Wir müssen uns des Gefühls unserer nationalen Zusammengehörigkeit wieder sicherer und gewisser werden.*

Diese Rückbesinnung auf unsere nationale Identität steht überhaupt nicht im Gegensatz zur europäischen Einigung. Ganz im Gegenteil!

(Beifall)

Nur in einem vereinten Europa werden wir für unser deutsches Vaterland eine sichere Zukunft finden. Aber seine elementare, seine Halt und Orientierung gewährende Funktion für das menschliche Zusammenleben wird das Vaterland auch im europäischen Zusammenschluß behalten. Wir wollen kein zentralistisches Europa, sondern ein föderal aufgebautes Europa, aufgebaut nach dem Prinzip der Einheit in Vielfalt.

Für mich ist die zentrale Frage, ob unser Staat von uns allen noch als eine Schutz- und Schicksalsgemeinschaft verstanden wird, die die Bürger nach außen und nach innen sichert. Ist dieser Staat für uns noch eine Gemeinschaft, die ihre Bürger auch in Anspruch nimmt und für die man auch Dienst leisten muß? Oder ist dieser Staat nur noch eine Sozialagentur, eine Serviceeinrichtung, zu der man sich wie ein Verbraucher verhält, ein Automat, in den man oben Münzen einwirft, um unten Berechtigungsscheine aller Art in Empfang zu nehmen?

Alexis de Tocqueville hat bereits vor über 150 Jahren vor einem neuen Despotismus gewarnt. Es sei eine neue Art der Unterdrückung, die die demokratischen Völker bedroht, eine gewaltige, bevormundende Macht, unumschränkt, ins einzelne gehend, dabei vorsorglich und mild. Diese neue Form der Despotie arbeite gern für das Wohl der Bürger:

Sie sorgt für ihre Sicherheit, ermißt und sichert ihren Bedarf, erleichtert ihre Vergnügungen, führt ihre wichtigsten Geschäfte, lenkt ihre Industrie, ordnet ihre Erbschaften, teilt ihren Nachlaß; könnte sie ihnen nicht auch die Sorge des Nachdenkens und die Mühe des Lebens ganz abnehmen?

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat sich unser Gemeinwesen mehr und mehr zum Wohlfahrts- und Daseinsvorsorgestaat entwickelt. Auch die Politik ist allzuoft der Versuchung erlegen, sich für die Lösung nahezu aller Probleme, für die Absicherung nahezu aller Lebensrisiken vereinnahmen zu lassen. Die Folge ist eine weit verbreitete Konsumentenhaltung gegenüber Staat und Politik.

(Beifall)

Man fordert immer mehr von diesem Staat, aber man will von eigenen Zugeständnissen oder gar Opfern wenig wissen. Arnold Gehlen hat einmal davon gesprochen, zu den Merkmalen des Lebensstandards, dessen Garantie und Steigerung man sich heute vom Staat erwarte, gehöre auch, daß man von Pflichten gegenüber dem Staat tunlichst verschont bleibe.

Liebe Freunde, können wir so weitermachen? Ich bin überzeugt: Ohne Bürgersinn, ohne Pflichtgefühl, ohne Hilfsbereitschaft und Solidarität kann ein Gemeinwesen auf Dauer nicht bestehen. Nur wenn jeder einzelne sich seiner Verantwortung für das

Ganze bewußt ist, können wir die vor uns liegenden Herausforderungen meistern. Dienen ist nichts Altmodisches, sondern etwas Notwendiges, wenn wir die Zukunft bewältigen wollen. Hier in Berlin darf man vielleicht daran erinnern, daß Friedrich der Große der erste Diener seines Staates sein wollte. In der Demokratie sollten wir alle nicht nur Herr, sondern eben auch Diener zugleich sein.

(Lebhafter Beifall)

Dienst an der Gemeinschaft beginnt in der Familie. Wer Kinder aufzieht oder pflegebedürftige Angehörige betreut, der dient. Wer in sozialen, Sport- oder kulturellen Vereinen mitarbeitet, der dient. Wer sich in den oft zu billig gescholtenen politischen Parteien engagiert, der dient.

(Anhaltender Beifall)

Wir müssen das Bewußtsein wieder dafür schärfen und alle daran erinnern, daß man Rechte nur beanspruchen kann, wenn man auch bereit ist, Pflichten zu übernehmen.

(Beifall)

Das hat man von alters her unter Patriotismus, unter Liebe zum Vaterland verstanden. Auch Patriotismus ist nichts Altmodisches. Unser Vaterland könnte sehr viel mehr Patriotismus brauchen.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin auch überzeugt, daß die Menschen bereit sind, Einschränkungen hinzunehmen, Anstrengungen zu machen, Opfer zu erbringen. Die Menschen im Lande sehen die Zeichen der Zeit sehr viel schärfer als mancher, der sich als ihr Fürsprecher aufspielt. Deswegen ist mir auch nicht bange, daß wir trotz aller Widerstände die Mehrheit unserer Bevölkerung für unsere Politik gewinnen werden, wenn wir das für richtig Erkannte klar benennen, wenn wir es erklären und wenn wir das für richtig Erkannte konsequent und unbeirrt verfolgen.

(Beifall)

In der Wirtschaftspolitik haben wir von 1982 bis 1990 eindrucksvolle Erfolge erzielt, von einer stetigen Wachstumsentwicklung ohne Inflation, 3 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen, der Reduzierung der Staatsquote um 5 % bis zur großen Steuerentlastung und Steuerreform und der Verdoppelung der Leistungen für die Familienpolitik in den 80er Jahren.

(Beifall)

Gerade im Rückblick ist unsere Leistungsbilanz bemerkenswert. Sie war die ökonomische, die wirtschaftliche Voraussetzung der Wiedervereinigung. Wir haben sie gegen den ständigen Pessimismus und den Widerstand der Sozialdemokraten und vieler Gewerkschaften mit deren Schlagworten, die wir auch heute hören, von sozialer Kälte, Umverteilung und Sozialabbau erreicht.

(Beifall)

Ich sage das nicht aus Nostalgie, in der Erinnerung an bessere Zeiten, sondern ich sage es, weil das unsere Maßstäbe sind. Das sind die Ziele, die wir wieder erreichen werden, wenn wir die drei schweren Verwerfungen, mit denen wir jetzt kämpfen, überwunden haben: die Strukturverwerfungen durch die deutsche Einheit, die Überwindung der Weltrezession und die Stärkung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Wir haben einen großen Teil der notwendigen Anpassungen auf den Weg gebracht: mit dem Solidarpakt, mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm und mit dem

gegenwärtigen Sparpaket im Rahmen des Haushalts 1994. Wir müssen gleichzeitig sparen und Wachstumsimpulse setzen. Entscheidend sind neue Produkte und neue Märkte, die Steigerung der Produktivität, Dynamik, Flexibilität, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Wir ermöglichen für die Unternehmen die Anpassung der Rahmenbedingungen, z. B. durch das Arbeitszeitgesetz, das mehr Flexibilität bei der Wochenarbeit und auch bei der Wochenendarbeit ermöglicht, z. B. durch das Standortsicherungsgesetz, das dazu führt, daß die Unternehmenssteuersätze von 1989 bis 1994 um 11 Prozentpunkte sinken.

Die erfolgreiche Gesundheitsreform, die Postreform, die Bahnreform, das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz sind einige der wichtigsten Maßnahmen, mit denen wir Privatisierung, Deregulierung und Entbürokratisierung voranbringen.

Wir wollen diesen Weg weitergehen und mittelfristig Staatsquote, Steuer- und Abgabenquote und die Neuverschuldung wieder senken, um auf den alten erfolgreichen Kurs unserer Finanzpolitik einzuschwenken. Es wird uns, liebe Freunde, im internationalen Wettbewerb nichts geschenkt. Wir müssen unseren Wohlstand immer wieder neu erarbeiten; vor allem durch die Qualität unserer Produkte auf den Weltmärkten verdienen.

Für die Marktchancen unserer Produkte ist ein hoher Stand von Forschung und Technologie und vor allem ein schnelleres Umsetzen von Forschungsergebnissen in neue Produkte wichtig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der Energiepolitik ein klares Programm beschlossen, das auch die weitere friedliche Nutzung der Kernenergie umfaßt. Gerade weil wir mehr tun müssen für den Schutz der Erdatmosphäre, für den Schutz unseres Klimas und gegen die Luftverschmutzung, bleibt ein erheblicher Anteil der Kernenergie an unserer Stromversorgung in Deutschland und weltweit unverzichtbar. Selbst der Club of Rome hat in den letzten Jahren auf diese ökonomisch und ökologisch unverzichtbare Rolle der Kernenergie hingewiesen. Umweltpolitik bleibt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine zentrale Zukunftsaufgabe.

(Beifall)

Im übrigen unterstreicht unsere internationale Spitzenstellung bei den Umwelttechnologien ja auch, daß zwischen dem Ausbau des ökologischen Ordnungsrahmens und unserer ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit kein Widerspruch bestehen muß.

(Beifall)

Wir haben gute Gründe dafür, daß der neuerliche Wirtschaftsaufschwung bald mehr sein wird als der erste Silberstreifen, den wir jetzt am Horizont sehen.

Aber, liebe Freunde, auch wenn sich die Konjunktur wieder dauerhaft erholt, werden wir die Arbeitsmarktprobleme dadurch noch nicht gelöst haben. Wir kommen an der Erkenntnis nicht vorbei, daß der Anteil der strukturellen Arbeitslosigkeit laufend zunimmt. Die entscheidende Frage ist, wie die Unternehmen nach dem Ende der gegenwärtigen Rationalisierung wieder für mehr Menschen dauerhafte Arbeitsplätze schaffen können.

Der erste Schritt muß deshalb unausweichlich eine stärkere Differenzierung von Löhnen und Einkommen sein. Wir kommen an der Grundwahrheit nicht vorbei, daß auch im Arbeitsmarkt ein Zusammenhang zwischen dem Preis - das sind die Kosten der Arbeit - und der Menge - das ist die Zahl der Arbeitsplätze - besteht. Deshalb dürfen wir auch im Steuer- und Sozialversicherungssystem dem Faktor Arbeit nicht immer weiter zusätzliche Lasten aufbürden.

(Beifall)

Wir müssen, sobald wir wieder größeren Spielraum in unserer Finanzpolitik erarbeitet haben, was nur durch Einsparungen zu erreichen ist, zu einer Umschichtung in unserem Steuersystem kommen, und zwar zu einer Entlastung der produktiven Faktoren Kapital und Arbeit zu Lasten des Konsums einschließlich des Energieverbrauchs.

(Beifall)

Wir müssen auch darauf achten, daß zwischen Arbeitseinkommen und Transfereinkommen aus Sozialleistungen ein deutlicher Einkommensabstand bestehenbleibt, weil alles andere demotivierend wirkt.

(Beifall)

Es besteht gar kein Zweifel, daß es Schnittstellen zwischen Arbeits- und Sozialeinkommen gibt, bei denen die Sanktionen und Anreize für Arbeitseinkommen heute zu gering sind. Wo immer möglich, muß deshalb Empfängern von Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen – natürlich mit Auswirkungen auf ihre Bezüge - die Möglichkeit gemeinnütziger Arbeiten angeboten werden.

(Beifall)

Wir müssen darauf achten, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht dazu führen, daß reguläre Arbeitsplätze nicht mehr angenommen werden.

(Beifall)

Deshalb brauchen wir auch sozialrechtliche Beschäftigungsverhältnisse außerhalb von Tarifverträgen.

(Beifall)

Die sozialen Sicherungssysteme sind durch ständig wachsende Ausgaben und durch die demographische Entwicklung an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit gekommen, und um Fehlsteuerungen und Mißbrauch besser zu bekämpfen, werden Elemente von Selbstbeteiligung und Eigenverantwortung bei allen Sozialleistungen – lieber Herr Laumann, bei allen Sozialleistungen – immer wichtiger und unverzichtbar bleiben. Bei allen Leistungen, wo wir keine Eigenbeteiligung haben, wissen wir, daß die menschliche Natur dazu führt, daß man zu Verschwendung neigt. Die aber können wir uns in unserem sozialen Sicherungssystem nicht mehr leisten.

(Beifall)

Die demographische Entwicklung, also der immer größer werdende Anteil älterer Menschen bei gleichzeitig immer geringerer Stärke der jüngeren Jahrgänge, zwingt uns dazu, eine bessere Vorsorge für die Pflegebedürftigkeit älterer Menschen zu schaffen. Deshalb, Norbert Blüm, müssen und werden wir jetzt die Pflegeversicherung einführen. Dabei dürfen die Lohnkosten insgesamt nicht steigen. Beides ist notwendig, beides ist möglich, und das eine ist ohne das andere, liebe Freunde, nicht zu verantworten.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben gestern darüber gesprochen – ich will es noch einmal wiederholen –: Wenn dieser Staat Schutzgemeinschaft sein will und sein soll, dann muß er die Innere Sicherheit in unserem Land gewährleisten, dann muß er den Menschen die Zuversicht geben, daß sie von Gewalt und kriminellen Anschlägen, daß sie von Bedrohungen für Leib und Leben und Eigentum verschont bleiben. Wenn es nicht mehr die selbstverständliche Regelerfahrung des Bürgers ist, daß Verbrechen verhindert und bekämpft werden, dann gehen Rechtsfrieden, Rechtsgehorsam und

der Glaube an den Rechtsstaat verloren. Deshalb darf uns nicht ruhen lassen, daß die Innere Sicherheit für die Menschen zu einer steten Quelle von Sorgen und Ängsten geworden ist.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein 15-Punkte-Programm zur Inneren Sicherheit vorgelegt. Wir wollen härtere Strafen bei Körperverletzung und ein härteres Durchgreifen bei gewalttätigen Demonstrationen. Wir wollen die Möglichkeit, reisende Chaoten und andere Wiederholungstäter aus dem Verkehr ziehen zu können.

(Beifall)

Wir zeigen mit diesem Programm, daß wir den Kampf gegen Gewalttäter, Chaoten und Extremisten ernst nehmen. Wir haben auch die notwendigen Verabredungen mit unserem Koalitionspartner getroffen, und wir werden die erforderlichen Gesetzesanträge noch in diesem Jahr im Bundestag einbringen.

Ohne eine stabile Rechtsordnung gibt es keine Freiheit und auch keine soziale Gerechtigkeit.

(Beifall)

Rudi Seiters hat einmal sehr eindrucksvoll gesagt: Das Recht schützt den Schwachen. Freiheit und Recht stehen in einem natürlichen Spannungsverhältnis, und es kommt auf den vernünftigen Ausgleich an. Dieser Ausgleich, also die Balance von Freiheit und Recht, ist in unserem Land in den letzten Jahren ein Stück weit verlorengegangen.

Was wir heute vor allem im rot-grünen Lager beobachten, ist aber eben nicht der Versuch, diese Balance zurückzugewinnen, sondern dies ist im Gegenteil eher das Bestreben, die Position des Rechts immer weiter zu entwerten. Der Staat kapituliert vor dem Rechtsbruch. Das ist die traurige Realität in vielen SPD-regierten Bundesländern.

(Beifall)

Das Stichwort Deeskalation, das immer fällt, wenn die Polizei bei Demonstrationen Gewalttätigkeiten hinnimmt und nicht dagegen einschreitet, ist für mich ein gefährlicher Rückzug des Rechtsstaats.

(Beifall)

Die Tatsache, daß 6000 nordrhein-westfälische Polizeibeamte nicht einschreiten durften, als anlässlich der Asyldebatte im Bundestag linksautonome Schläger gegen Abgeordnete, Mitarbeiter und friedliche Bürger vorgingen, war ein Skandal.

(Beifall)

Daß in Hessen Hunderte Neonazis – übrigens im Gegensatz zu Thüringen – ihre widerwärtigen Aufzüge veranstalten konnten, ohne daß das SPD-geführte Innenministerium auch nur einen Finger rührte, war ein mindestens ebenso großer Skandal.

(Beifall)

In all dem zeigt sich: Die SPD versagt im Kampf gegen die Extremisten. Sie versagt im Kampf gegen die Extremisten von links wie gegen die Extremisten von rechts.

(Beifall)

Die Hafenstraße als rechtsfreier Raum – ich weiß, die Hamburger SPD mag davon nichts mehr hören, aber die Häuser sind immer noch nicht geräumt. Wenn wir hinnehmen, daß man in deutschen Großstädten bestimmte Gegenden und Plätze zu bestimmten Tages- und Nachtzeiten meiden muß, dann ist auch das ein Rückzug, eine Kapitulation des Rechtsstaats. So empfinden es jedenfalls die Bürger.

(Beifall)

Deswegen bin ich auch entschieden der Meinung, daß offene Drogenszenen in unseren Städten nicht toleriert werden dürfen.

(Beifall)

Aus denselben Gründen bin ich auch überzeugt, daß die Freigabe von Drogen genau der falsche Weg wäre, wenn wir organisierte Kriminalität bekämpfen wollen.

(Beifall)

Ich rate im übrigen dazu, liebe Freunde, auch in der Sprache nicht zu verharmlosen. Wer von „Alltagskriminalität“ und „Bagatelldelikten“ spricht und wer, wie sozialdemokratische Rechts- und Innenpolitiker, sagt, man müsse diese Delikte „entkriminalisieren“, weil der Staat zur Strafverfolgung nicht mehr in der Lage sei, der entlastet den Rechtsstaat nicht, sondern er ruiniert ihn.

(Beifall)

Wer sich so zurückzieht, zeigt, daß er bereit ist, vor dem Verbrechen zu kapitulieren, und dies darf der Rechtsstaat nicht.

Die Polizei kann nur dann erfolgreich arbeiten, wenn sie auch über das erforderliche Instrumentarium verfügt. Dies gilt vor allem bei der Bekämpfung der sich immer weiter ausbreitenden organisierten Kriminalität. Es macht keinen Sinn, die Polizei mit Pfeil und Bogen gegen mit Maschinengewehren und Panzern bewaffnete Verbrecher in den Einsatz zu schicken. Wir haben gesetzliche Regelungen verabschiedet, die es erlauben, das organisierte Verbrechen stärker bei den riesigen Vermögensgewinnen zu packen. Aber es fehlen noch entscheidende Instrumente. Wir brauchen die Möglichkeit zur Wohnraumüberwachung bei richterlicher Anordnung, und wir brauchen die Möglichkeit, verdeckte Ermittler in das kriminelle Milieu einzuschleusen. Die SPD hat sich dem bisher verweigert, aber es gibt Anzeichen, daß sie bereit sein könnte, ihre Position zu verändern. Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor hat diesen Sinneswandel seiner Partei dieser Tage übrigens auf bemerkenswerte Weise erklärt. Er hat nämlich auf die Frage, woher das komme, gesagt, das liege daran, daß es sozialdemokratische Innenminister gebe, die in der Verantwortung stehen.

Ich habe bei vielen Positionen der SPD in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in der Finanz- und Wirtschaftspolitik den Eindruck, daß diese Positionen darauf zurückzuführen sind, daß die Partei in diesen Fragen nicht in der Verantwortung steht. Das, was die SPD in diesen Fragen vorträgt, ist nichts anderes als der Ausdruck ihrer institutionellen Verantwortungslosigkeit.

(Beifall)

Nirgends wird diese Verantwortungslosigkeit, die Uneinigkeit und Handlungsunfähigkeit der SPD deutlicher als im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Auch wenn die SPD keine Regierungsverantwortung trägt und auch sobald nicht tragen wird

(Beifall)

– jedenfalls, was die Bundesebene betrifft –, bleibt in der heutigen weltpolitischen Lage die handlungsunfähige Opposition gleichwohl selbst eine Gefahr für unser Land. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ist die unmittelbare Bedrohung für unser Vaterland zum Glück geringer geworden. Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten geben uns Hoffnung, daß für einen weiteren gefährlichen Konflikt nun endlich Aussicht auf Frieden besteht. Der persönliche Mut derjenigen, die diesen Friedensprozeß tragen, muß uns jeden Respekt abnötigen.

(Beifall)

Aber die Welt wird ein gefährlicher Ort bleiben. In einer Zeit, in der die Verteilungskonflikte weltweit und auch in Europa immer dramatischer werden – die Wanderungsbewegungen sind nur ein Ausdruck dieser Verteilungskonflikte –, werden wir Frieden und Freiheit für uns weder zum Nulltarif noch alleine sichern können. Wir werden die Stabilität unseres Landes und ein stabiles Europa nur bewahren können, wenn wir zuverlässige Partner und Verbündete haben, und die werden wir nur haben, wenn wir auch selbst zuverlässige Partner und Verbündete sind.

(Beifall)

Deutschland hat mit der Wiedervereinigung seine volle Souveränität wiedererlangt. Die deutsche Nation lebt endlich wieder unter einem gemeinsamen staatlichen Dach. Von unseren Nachbarn und der Welt werden wir wieder als gleichberechtigte Nation angesehen. Jetzt erwartet das Ausland, daß wir uns auch so betragen. Nur dann erscheint unsere Außenpolitik begreifbar, berechenbar und verlässlich, nur dann betreiben wir eine Politik, die uns partnerschafts- und bündnisfähig macht und die den neuen globalen Herausforderungen angemessen begegnen kann.

Unsere Verbündeten verstehen sehr wohl, daß die Geschichte dieses Jahrhunderts uns Deutsche zur militärischen Zurückhaltung rät. Aber wenn Sie mit Bürgern unserer Partnerländer, mit Franzosen, mit Engländern oder Amerikanern, sprechen, dann äußern diese Erwartungen an uns, die in Staaten mit einer langen Tradition einer – auch nach außen – wehrhaften Demokratie ganz selbstverständlich erscheinen: Friede und Stabilität sind unteilbar. Wer von Partnern und Verbündeten Verständnis, Rücksichtnahme auf eigene Interessen und Hilfe, notfalls auch bewaffnete Hilfe, erwartet, der muß eben auch selbst bereit sein, einen vollwertigen Beitrag zur Erhaltung von Frieden, Freiheit und Sicherheit zu leisten.

(Beifall)

Wir haben über 40 Jahre im geteilten Deutschland durch den Schutz unserer Verbündeten in Frieden und Freiheit gelebt, und die Sozialdemokraten haben gelegentlich die Demonstrationen dagegen angeführt. Jetzt wird es Zeit, daß wir unseren Beitrag leisten, um in der Zukunft gemeinsam Frieden und Freiheit sichern zu können. Die SPD weiß seit langem, daß die Union zu jedem vernünftigen Gespräch über den Einsatz der Bundeswehr bereit ist. Wir haben gesagt, wir können auch eine verfassungsrechtliche Klarstellung mittragen. Aber eine Einschränkung unserer grundgesetzlichen Handlungsmöglichkeiten, wie sie die SPD will, würde Deutschland in eine Sonderrolle drängen und unsere Bündnisfähigkeit entscheidend beeinträchtigen. Eine solche Einschränkung ist mit unserer Verantwortung für Frieden und Freiheit nicht vereinbar. Mit unserer Fraktion wird dies nicht zu machen sein.

(Beifall)

Im übrigen finde ich es schon empörend, wenn die SPD von unserer Bundeswehr als „Interventionsarmee“ spricht. Unsere Soldaten sind nicht dazu da, „Krieg zu führen“,

(Beifall)

sondern unsere Soldaten leisten Dienst, um den Frieden zu sichern. Die Bundeswehr hat im Atlantischen Bündnis fast 40 Jahre lang ihren Beitrag geleistet, um Krieg zu verhindern. Wer sie heute als „Interventionsarmee“ diffamieren will, der versperrt den Weg zur sachlichen Auseinandersetzung.

(Beifall)

Er handelt im übrigen wider besseres Wissen, und er handelt böswillig. Selbst Bertolt Brecht hat erkannt, daß die romantische Formel: „Stell dir vor, es gibt Krieg, und keiner geht hin“, nicht weiterführt, denn er fuhr fort: „Dann kommt der Krieg zu dir“.

Unsere Partner begreifen nicht mehr die Debatten über die Frage, wo rein humanitäre Einsätze von Soldaten der Bundeswehr im Ausland enden und wo die Grenze zu Kampfeinsätzen liegt. Sie halten diese Auseinandersetzung zu Recht für akademisch und realitätsfern. Im dritten Jahr nach der Wiedervereinigung geht die Geduld des Auslands mit jeder Form deutscher Ohne-mich-Haltung mehr und mehr zu Ende.

(Beifall)

So ist die Frage der Handlungsfähigkeit und der Bündnisfähigkeit, der Berechenbarkeit und der Verlässlichkeit unserer Bundesrepublik Deutschland im europäischen, im atlantischen und im weltweiten Verbund die Schicksalsfrage unseres Landes. Der Gestaltungsrahmen für uns ist in erster Linie die Europäische Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft ist ein Modell des friedlichen Interessenausgleichs zwischen uns und unseren Nachbarn. Ihrer Existenz verdanken wir als Exportnation unseren Wohlstand und seit 40 Jahren auch Stabilität.

(Beifall)

Deshalb ist es unser herausragendes Interesse, daß wir nach dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags die europäischen Institutionen stärken, um die Gemeinschaft noch handlungsfähiger zu machen. Die Gemeinschaft muß nach außen offener und nach innen bürgernäher werden. Dann ist sie auch wirklich erweiterungsfähig.

Wir schulden nach dem Beitritt der EFTA-Staaten den neuen Demokratien in Mittelost- und Osteuropa wirtschaftlich die Öffnung der Europäischen Gemeinschaft, und wir schulden ihnen vor allen Dingen sicherheitspolitisch Schutz vor Krisen und Bedrohung. Wir sollten die Reformstaaten in unserer Nachbarschaft möglichst rasch in die Schutzgarantie des Atlantischen Bündnisses einbeziehen. Das gilt für Ungarn, die Tschechische und Slowakische Republik und vor allem für Polen, wo übrigens, liebe Freunde, die großartigen Veränderungen begannen, denen wir unsere Einheit in Freiheit verdanken.

(Beifall)

Wir können nur so das Entstehen einer neuen Trennlinie in Europa verhindern. Wir können nur so der Gefahr einer Rückkehr zu alten Verhaltensmustern, zu Hegemoniestreben, zu Nationalismus und Gewalt begegnen.

Wir sollten uns übrigens, wenn wir an die Reformstaaten in unserer Nachbarschaft denken, auch daran erinnern, daß die frühzeitige sicherheitsmäßige Einbindung der alten Bundesrepublik Deutschland in die NATO unsere rasche Wiederaufnahme in die Gemeinschaft westlicher Demokratien entscheidend beschleunigt hat. Was damals richtig war, ist auch ein gutes Rezept für die Stabilisierung der Reformprozesse bei unseren Nachbarn im Osten.

Angesichts all dieser Herausforderungen, liebe Freunde, ist für mich die entscheidende Frage, ob wir diesen Staat und unsere nationale Gemeinschaft zureichend als eine Wertegemeinschaft verstehen. Ich frage mich, ob es genügend Übereinstimmung in den Grundüberzeugungen gibt, um den notwendigen Zusammenhalt unserer Gesellschaft dauerhaft zu sichern. Wir spüren doch noch heute die Folgen aus den kulturevolutionären Umbrüchen der 60er Jahre. Es hat zwar seither einen Abbau überlieferter Werte gegeben, aber der Aufbau neuer Werte, der an ihre Stelle treten sollte, ist weitgehend ausgeblieben.

Wir haben viel an Autorität verloren - eher zuviel. Und das, wo immer deutlicher wird, daß die jüngere Generation ohne ein überzeugendes Werteangebot, ohne Leitbilder und Autoritäten, ohne institutionelle Bindungen nicht auskommen kann, wo immer

deutlicher wird, daß Jugendliche und junge Erwachsene Anleitung brauchen, daß sie Vorgaben brauchen, daß es mit Bildung und Ausbildung allein nicht getan ist, sondern daß es eben auch entscheidend auf Erziehung ankommt.

(Beifall)

Berlins Schulsenator Jürgen Klemann hat kürzlich - wie ich finde, zu Recht - vor den Gefahren gewarnt, sollte es uns an Mut zur Erziehung fehlen. Er hat gesagt:

Zu lange ist Autorität mit autoritär verwechselt worden und wurde Erziehung mit Repression und struktureller Gewalt gleichgesetzt. Über viele Jahre war Erziehung eher verpönt, standen Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstfindung allzu deutlich im Vordergrund ... Mangelnde Erziehung im Elternhaus und in der Schule führt zu Kindern und Jugendlichen, die sich allein gelassen fühlen, die unter Orientierungslosigkeit, Langeweile und Überdruß leiden - ein Nährboden für Gewaltbereitschaft und für rechtsextreme Orientierung.

Vielleicht sollten wir Älteren, liebe Freunde, uns selbstkritisch fragen, ob wir nicht Schuld an derartigen Fehlentwicklungen tragen. Sind es nicht unsere Scheu, Vorbildfunktion zu übernehmen, unser mangelnder Wille, die junge Generation ernstlich mit Herausforderungen zu konfrontieren, unser recht oberflächlicher Begriff von Liberalität, die die moralisch-ethische Desorientierung bei einem Teil der jungen Generation erst ausgelöst haben?

(Beifall)

Hat es nicht in der Vergangenheit zu viel an Erziehung zur Mitmenschlichkeit, zu sozialem Engagement, zu verantwortungsbewußter politischer Beteiligung gefehlt?

Wenn es heute Probleme gibt bei der Vermittlung von Werten an die jüngere Generation, dann hat dies meines Erachtens auch entscheidend damit zu tun, daß die sozialen Strukturen in unserem Lande, vor allem die Familien in ihrer Funktionskraft geschwächt worden sind, daß auch die Bindungswirkung von Vereinen, Kirchen und anderen Institutionen nachläßt, daß der Zusammenhalt in den Gemeinden schwindet. Der Auflösung sozialer und institutioneller Bindungen entspricht eine gesellschaftliche Entwicklung, in der Werte des Lebensgenusses und der Freizeit immer höhere Bedeutung gewinnen. Aber gerade in einer solchen Zeit der Individualisierung von Lebensstilen ist ein gemeinsamer Grundbestand an Werten und Überzeugungen, ein gemeinsamer Pflichtenkodex zwar schwer zusammenzuhalten, aber um so notwendiger.

Wenn wir dieser Entwicklung etwas entgegensetzen wollen, dann sollten wir vor allem die Familien stärken, dann müssen wir den Austausch und die Solidarität zwischen den Generationen fördern. Dies ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges.

(Beifall)

Sie umfaßt Fragen des Familienlastenausgleichs, auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Unterstützung von Pflegeleistungen für ältere Familienangehörige. Diese Aufgabe umfaßt auch Fragen der Wohnungsbauförderung und vieles andere mehr. Erziehung, Wertevermittlung setzt intakte Familien voraus, die sich vom Rückhalt der staatlichen Gemeinschaft getragen fühlen.

(Beifall)

Die Union, liebe Freunde, hat ein klares Wertegerüst. Darauf beruht unsere Arbeit auch in der Fraktion. Deshalb sind wir die stabilisierende Kraft in der Koalition. Damit

dies so bleibt, müssen wir auf die notwendige Geschlossenheit in unserer Fraktion achten. Bei 317 Abgeordneten ist das nicht immer einfach, aber es ist uns doch, denke ich, insgesamt gut gelungen.

(Beifall)

Wir dürfen uns auch in der Koalition von CDU/CSU und F.D.P. nicht auseinandertreiben lassen. Ich weiß wohl, daß manche jetzt versuchen, einen Keil in die Koalition zu treiben. Aber es wird ihnen nicht gelingen. Wir werden mit dieser Koalition und mit dieser Bundesregierung weiter Erfolg haben, wenn wir bei aller Festigkeit in den Grundsatzpositionen offenbleiben für das Gespräch und für den Kompromiß. Die dafür notwendigen Gemeinsamkeiten sind vorhanden.

Über den Zustand der SPD kann sich ja niemand Illusionen machen. Die innere Zerrissenheit, die Handlungsunfähigkeit der Sozialdemokraten, die bereits klar zutage getretene mangelnde Durchsetzungsfähigkeit ihres neuen Vorsitzenden dürfen kein Grund zur Schadenfreude sein. Wem es um das Schicksal unseres Landes zu tun ist, für den ist der Zustand der SPD eher Anlaß zur Besorgnis. Aber um so mehr müssen wir uns auf unsere eigene Verantwortung als Union konzentrieren.

Die Aufgaben, liebe Freunde, vor denen wir heute stehen, sind größer geworden; wir haben neue Verantwortungen. Wir wissen, daß es uns allen nicht leichtfällt, uns dem zu stellen. Aber es muß uns gelingen, auf neue Herausforderungen nicht mit Resignation oder Verweigerung, sondern mit Optimismus und Zuversicht zu reagieren. Wir haben auch keinen Grund zur Verzagtheit. Die Probleme sind groß, aber sie waren vor der deutschen Einheit größer.

(Beifall)

Die Teilung war eine Wunde in der Seele der Deutschen, und auch die Vergangenheit unter zwei Diktaturen ist eine Wunde in unserer Seele, auch in der Seele unseres Vaterlandes. Aber die Chance, daß diese Wunden heilen können, ist heute größer als je zuvor in den letzten 40 Jahren.

(Beifall)

Wenn wir Deutsche uns heute einschränken müssen, wenn wir Verzicht leisten müssen, wenn wir Belastungen tragen müssen, damit wir uns eine gute Zukunft sichern, dann geht darüber, liebe Freunde, die Welt nicht unter. Ich bin überzeugt: Wenn die Menschen spüren, daß wir die Kraft besitzen, Veränderungen durchzusetzen, und ihnen den Weg in eine bessere Zukunft zeigen, dann werden sie uns auf diesem Weg mit großer Mehrheit folgen. Deshalb liegt es letztlich an uns selbst. Dem müssen wir uns stellen, und dazu lade ich uns alle ein.

(Langanhaltender lebhafter Beifall –
Die Delegierten erheben sich)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herr Dr. Schäuble, der Parteitag hat Ihnen mit diesem Applaus für Ihre überzeugende Rede gedankt. Auch ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen und der gesamten Fraktion noch einmal mit Nachdruck für die geleistete Arbeit ganz herzlich zu danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort. Punkt 16 der Tagesordnung ist erledigt. – Wir erwarten in Kürze den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union. Ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt mit Punkt 14 der Tagesordnung fortfahren und die Beratung zu diesem Antrag unterbrechen, wenn unser Freund, Bundesfinanzminister Theo Waigel, zu uns kommt.

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 14 auf:

Beratung und Beschlußfassung über den Leitantrag „Erziehung, Ausbildung und Bildung in unserer freiheitlichen Demokratie: Für die Humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem“

Damit sind Sie als Delegierte wieder gefragt. – Die Landesverbände, die Kreisverbände, die Bezirksverbände, Elternpflegschaften, Lehrerverbände haben sich mit diesem Antrag befaßt. Dabei sind immerhin 748 Änderungsanträge herausgekommen. Ich glaube, man kann sagen: Die CDU ist eine diskutierende Partei. Das werden wir heute mit der Beratung über diesen Antrag sicherlich beweisen.

Eine Einführung in diesen Leitantrag gibt jetzt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Kulturpolitik, Herr Dr. Gölter, der den Leitantrag mit dem Ausschuß vorbereitet hat und der in vielen Abstimmungsgesprächen mit Experten innerhalb und außerhalb der CDU immense Vorarbeit geleistet hat. Gleiches gilt für unseren Kollegen Dr. Norbert Lammert. Beiden sei an dieser Stelle ein herzliches Wort des Dankes gesagt.

(Beifall)

Ich rufe zum Einführungsreferat nun Herrn Dr. Gölter auf. Bitte, Sie haben das Wort, Herr Gölter.

Dr. Georg Gölter: Frau Tagungspräsidentin! Herr Parteivorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Wenn sich eine Partei mit Schule, Berufsbildung und Hochschule befaßt, dann schieben sich oft sehr schnell Fragen der Organisation, der Strukturen und des Zeitaufwands in den Vordergrund.

Nichts gegen Organisations- und Strukturfragen. Dahinter stehen immer auch Inhalte, Überzeugungen, ja unterschiedliche Menschenbilder. Dennoch bittet der Bundesfachausschuß Kulturpolitik die Delegierten, diese Fragen – zumindest zunächst; wenn möglich überhaupt nicht – in den Vordergrund zu stellen. Was hilft es uns, wenn wir uns im Streit über Organisationsfragen durchsetzen, die Grundlagen von Erziehung und Ausbildung allerdings immer mehr in Gefahr geraten?

In der Präambel unserer Vorlage heißt es: „Erziehung und Ausbildung sind wesentliche Grundlagen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit“. Wenige Zeilen weiter heißt es: „Erziehung und Ausbildung sind gleichermaßen wesentliche Grundlagen für die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wie für die Sicherung des sozialen Zusammenlebens“. Die Vorlage unterstreicht somit bereits zu Beginn die dem Gemeinwohl, dem Zusammenleben dienende Aufgabe aller Erziehungs- und Bildungsprozesse.

Meine Damen und Herren, wir haben sodann einiges zu vier Punkten ausgeführt: zur Frage der Einheit, zur europäischen Entwicklung, zum Auseinanderdriften von Bildungs- und Beschäftigungssystemen sowie zu der begrenzten ökonomischen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, die ja auch Auswirkungen auf das Bildungswesen hat.

Die Formulierung bezüglich der weiteren Entwicklung in Deutschland ist uns besonders wichtig. Deshalb möchte ich sie zitieren:

Die kulturelle Identität der Menschen in ganz Deutschland hängt nicht davon ab, daß in Schule und Ausbildung überall alles gleich geregelt ist. Der Aufbau eines freien und leistungsfähigen Schul- und Hochschulsystems in den neuen Ländern eröffnet die Möglichkeit, neue Wege zu gehen, Erfahrungen der alten Länder zu berücksichtigen, ohne deren Fehler zu wiederholen, aber auch Erfahrungen der neuen Länder zu nutzen, die sie aus ihrer Vergangenheit ableiten und die sie beim Aufbau eines eigenen neuen Schul- und Hochschulsystems gewinnen. Kulturelle Identität in ganz Deutschland wird nur erreichbar sein, wenn nicht Wert und Nutzen des Menschen für irgendeine Zielsetzung oder Ideologie, sondern seine Persönlichkeit und Würde zur Grundlage unseres gesellschaftlichen Verständnisses und des Umgangs miteinander gemacht werden.

Letzteres ist der Maßstab, meine Damen und Herren.

Wir haben das auch deshalb so formuliert – ich sage das ganz offen –, weil viele Bildungspolitiker in den alten Ländern meinen, es müsse in den neuen Ländern um jeden Preis alles so geregelt sein wie in den alten Ländern. Ich denke, wir haben in den alten Ländern in vielen Fragen doch Probleme genug, so daß wir mit der Forderung nach einer reinen Fortschreibung und Übertragung relativ vorsichtig umgehen sollten.

Ich komme nun zu dem Abschnitt im Anschluß an die Beschreibung des Erziehungsauftrags der Eltern, der für mich der wichtigste des Papiers überhaupt ist. Wir beschreiben in Ziffer 3 die Ziele, denen Erziehung und Ausbildung über die Familie hinaus in Schule und Betrieb verpflichtet sind. Man mag das anders oder besser formulieren; auch die Antragskommission hat eine andere und möglicherweise bessere, umfassendere Formulierung vorzulegen versucht. Entscheidend ist nicht jedes Detail dieser Formulierung. Entscheidend ist vielmehr, daß mit diesen Erziehungszielen unverzichtbare Grundhaltungen beschrieben sind; unverzichtbar, wenn die Grundlagen unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates und seiner Einbindung in die europäische Kultur auf Dauer gesichert sein sollen.

Meine Damen und Herren, ich formuliere bewußt etwas hart: Immer noch gibt es Illusionisten, die die Auffassung vertreten, die Chance von Erziehung und Schule entscheide sich – ich übertreibe – vorrangig an der Farbe der Schulsäle, der Zuordnung der Klassenräume u.ä.

Immer noch gibt es Illusionisten, die meinen, die Zukunft der Schule entscheide sich vorrangig an Klassengrößen, verbesserter Lehrerbildung, verbesserter Weiterbildung, veränderter Einstufung usw.

Diese Fragen sind wichtig. Entscheidend sind sie allerdings nicht. Entscheidend vor allem mit Blick auf die Bekämpfung der Gewalt wird sein, ob wir bezüglich der Erziehung und ihrer Grundlagen in dieser Gesellschaft einen – wie es Peter Schneider vor ein paar Tagen in einem bemerkenswerten Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung formuliert hat – neuen Gesellschaftsvertrag schließen können.

Meine Damen und Herren, unsere Bildungspolitik, unsere Schulpolitik in Deutschland hat sich in den vergangenen 25 Jahren mit zwei Illusionen auseinandergesetzt. Die eine Illusion war: Der Mensch ist im Kern, wenn man es nur gut genug macht, unbegrenzt förderungsfähig. Diese Illusion vertritt heute im Grunde niemand mehr, der Anspruch auf Seriosität erheben will.

Aber mit einer zweiten Illusion haben wir nach wie vor zu schaffen, alle in irgendeiner Form, nämlich mit der Illusion, wenn man nur ausreichend Zwänge beseitigt und entsprechende Voraussetzungen schafft, dann liege der gute Kern im Menschen offen, und davon könne man ausgehen.

Es gibt kein Buch, das den Menschen realistischer, nüchterner schildert als die Bibel. Auch der gute alte Goethe, der so oft mißverstanden wird, hat nicht formuliert, „Edel ist der Mensch, hilfreich und gut“, sondern er hat gesagt, „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“, weil er sehr genau wußte, daß er es nicht ist.

Der Mensch ist - ein hartes Wort - dem Menschen ein Wolf. Wenn die Zwänge alle weg sind, dann ist das Problem nicht in erster Linie: Wie gehen wir mit dem Guten um? Vielmehr ist dann das Problem: Wie werden wir mit dem Bösen fertig?

Kultur und Zivilisation, das ist der mühsame Prozeß, das vorhandene Gewaltpotential in Grenzen zu halten. Ich denke, dieser Erkenntnis müssen wir uns gemeinsam - damit meine ich beileibe nicht nur die Union - stellen. Wir müssen uns diesem Thema auch und gerade in einer Gesellschaft stellen, die fast alle Tabus beseitigt hat – ich sage: „fast“ alle Tabus.

Ich formuliere - ich hoffe, mir gelingt das jetzt ohne die Gefahr eines Mißverständnisses -: Ich sehe in unserer Gesellschaft im Grunde nur noch ein einziges Tabu: Das ist der Nationalsozialismus, das ist Auschwitz, das ist das Hakenkreuz, und das ist der Hitlergruß.

Nur, meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht wundern, wenn in einer Gesellschaft, in der die Tabus abgeräumt sind, eine bestimmte Gruppe auch von jungen Leuten plötzlich Probleme hat, Tabus, die sie nicht mehr kennen, zu erkennen und zu respektieren.

Ich sagte, wir brauchen, wenn Erziehung und Bildung in Deutschland gelingen sollen, einen neuen Gesellschaftsvertrag, auch aus einem Stück Freude am Widerspruch heraus. Mit dem Appell an die Familie allein ist es nicht getan. An die Familie appellieren wir und andere seit 20 Jahren. Die Erziehungsprozesse sind trotzdem schwieriger geworden.

In Deutschland - da möchte ich an einiges anknüpfen, was Wolfgang Schäuble eben gesagt hat - verbringen Acht- bis Zwölfjährige im Schnitt 28 Stunden in der Woche am Fernsehapparat. Diese Zahl ist gesichert.

Wenn amerikanische Entwicklungen in mancherlei Hinsicht Vorläufer für deutsche Entwicklungen waren und sind, dann müssen wir festhalten, daß ein Kind in Amerika, wenn es zum erstenmal einer Grundschullehrerin begegnet, 8.000 Morde gesehen hat und damit fertig werden muß.

Das heißt, wenn der Prozeß von Erziehung und Ausbildung in Deutschland gelingen soll und wenn der Appell an Schule und Elternhaus nicht von vornherein versanden soll, dann bedarf es einer neuen grundsätzlichen Verständigung, die auch die Freiheit der Ausstrahlung in den Medien einbezieht, darüber, was von den Menschen überhaupt bewältigt werden kann.

(Beifall)

In Punkt 4 der Vorlage beschreiben wir das Spannungsverhältnis zwischen individueller Förderung und dem festzustellenden Ergebnis. Für uns bedeutet Chancengerechtigkeit Gleichheit der Startchancen im Rahmen des Möglichen. Wir haben lange darüber diskutiert, ob wir nicht doch den Begriff der Chancengleichheit übernehmen sollen, auch vor dem Hintergrund einer etwas zurückliegenden Diskussion in der Grundsatzprogrammkommission.

Wir haben an dem Begriff der Chancengerechtigkeit festgehalten. Wir unterstreichen die Notwendigkeit individueller Förderung, um Defizite ausgleichen und Begabungen entfalten zu können. Der Gedanke der Chancengerechtigkeit muß jedoch die

Verschiedenheit des Menschen berücksichtigen, einschließlich seiner Bereitschaft, sich einzusetzen, etwas für sich und andere zu tun. Der Begriff der Chancengerechtigkeit darf deshalb nicht zur Nivellierung oder zur Einschränkung der Chancen anderer führen.

Vor diesem Hintergrund erwächst das Bild der Humanen Leistungsschule, die wir im Punkt 5 formuliert haben. Ich frage Sie mit etwas bangem Herzen: Wird die CDU es schaffen, bzw. wird sie es wollen, einen solchen Begriff nicht nur in die öffentliche Diskussion, sondern darüber hinaus in die Köpfe der Menschen zu transportieren, als Ausweis dessen, was gewollt ist, als Markenzeichen christlich-demokratischer Bildungspolitik? Mit der Betonung der traditionellen Dreigliedrigkeit allein kommen wir in der öffentlichen Diskussion nicht immer sehr weit. Das sollten wir zur Kenntnis nehmen.

Ich zitiere:

Die Humane Leistungsschule als gegliedertes, differenziertes und begabungsgerechtes System ist die beste Grundlage, bei weitgehender Gleichheit der Startchancen ein Höchstmaß an Chancengerechtigkeit zu verwirklichen, den einzelnen gemäß seiner Anlagen und Neigungen bestmöglich zu fördern und die Leistungsfähigkeit unseres wirtschaftlichen Gesellschaftssystems in einem offenen Europa und einer veränderten Welt dauerhaft zu sichern.

Wahrlich ein großer Anspruch, den wir versucht haben, in einer ausführlichen Beschreibung der Inhalte umzusetzen, wobei es bei den Inhalten immer um die Vermittlung einer breiten Grundbildung, einer breiten Allgemeinbildung geht. Inhalte bedürfen der Legitimation mit Blick auf die Entwicklung des Kindes und des jungen Menschen, mit Blick auf die wesentlichen Traditionen der europäischen und der deutschen Kultur, mit Blick auf die Entwicklung unserer modernen Welt.

Die Aufgabe der Schule ist - selbstverständlich ist das im berufsbildenden Schulwesen unterschiedlich und in Teilen völlig anders - nicht konkrete inhaltliche Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf oder ein bestimmtes Berufsfeld. Die Schule muß es schaffen, so gut es irgend geht, jungen Leuten die Grundlagen zu vermitteln, die sie brauchen, um sich in einer sich rasch verändernden Welt zurechtzufinden, Positionen einzunehmen, Chancen zu ergreifen, aber auch Pflichten zu erfüllen.

Wir haben dann in Punkt 8, wie ich denke, recht gut das Bild einer kindgemäßen Grundschule gezeichnet: leben und schrittweise lernen, eine ausgewogene Verbindung von Lebensraum und Lernstätte.

In dem großen und inhaltlich fast zentralen Punkt 9 des Papiers haben wir zu den Schularten des gegliederten differenzierten Systems Position bezogen. Meine Damen und Herren, der Bundesfachausschuß ist der Auffassung – und das ist ja wohl auch die Auffassung der Breite der Partei –, daß Bildung und Bildungsabschlüsse am besten in Schularten mit klarem Leistungsprofil und durchgehender Lehrverantwortung vermittelt werden können. Deshalb ist, so glauben wir, das gegliederte differenzierte System trotz erheblich geringeren Personalaufwandes als das integrierte System und trotz geringeren Einsatzes an Sachmitteln und laufenden Kosten integrierten Systemen überlegen.

(Beifall)

Ich erspare Ihnen jetzt eine detaillierte Ausführung zu den einzelnen Schularten. Lassen Sie mich nur ganz wenige Bemerkungen zu einigen wichtigen Fragen machen. Ich sage es ganz offen: Wir haben den mancherorts tobenden Streit über die Frage „Dreigliedrigkeit oder Zweigliedrigkeit?“ nicht endgültig entscheiden wollen, auch

und gerade nicht mit Blick auf die neuen Länder und die sich dort abzeichnenden Entwicklungen. Der Bundesfachausschuß geht von Hauptschule, Realschule und Gymnasium aus; wir halten allerdings auch eine Zweigliedrigkeit für möglich, wie sie sich in einigen neuen Ländern herauskristallisiert und wie sie sich auch in einem Antrag der saarländischen CDU als Forderung niedergeschlagen hat.

(Zustimmung)

Wir meinen allerdings: Wenn Hauptschule und Realschule als Hauptschulbildungsgang und Realschulbildungsgang an einer Schule angeboten werden, müssen die speziellen Profile und Stärken beider Bildungsgänge gewährleistet bleiben. Das ist nun einmal nur durch ein hohes Maß an Differenzierung und Eigenständigkeit gesichert.

(Zustimmung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun eine kurze Bemerkung zur Frage des Gymnasiums, weil das die öffentliche Diskussion ja im besonderen bewegt.

Eberhard Dieppen, Tagungspräsidium: Lieber Herr Gölter, vielleicht sollten wir für einen ganz kleinen Augenblick unterbrechen. Wir begrüßen den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, Theo Waigel.

(Beifall)

Herzlich willkommen! – Herr Gölter, Sie haben weiter das Wort.

Dr. Georg Gölter: Der Herr Bundesvorsitzende hat gestern den Hamburger Parteitag in Erinnerung gerufen. Damals haben wir am späten Abend – ich weiß noch, wie viele Delegierte im Saal waren, denn ich habe sie gezählt, aber ich verrate es nicht – das achtjährige Gymnasium beschlossen. Das ist die Auffassung der breiten Mehrheit der Union. Ich meine, wir sollten jetzt – hier appelliere ich insbesondere an die Ministerpräsidenten, weil ich deren Einsicht und Durchsetzungskraft für etwas höher halte als die der Kultusministerkonferenz, obwohl ich diesem Gremium zehn Jahre engagiert angehört habe – wirklich einen Versuch machen, diese allmählich leidig werdende Diskussion zu beenden.

(Beifall)

Ich verstehe, daß es manche schon kaum mehr hören können.

(Zwischenruf von Dr. Norbert Blüm: Das ist wahr!)

Meine Damen und Herren, viele können es wirklich schon nicht mehr hören. Die Konzepte liegen auf dem Tisch, und noch so viele Untersuchungen, Modellversuche und - wie es so schön neudeutsch heißt - Evaluationen werden den Grad der Erkenntnis nicht wesentlich erhöhen. Das achtjährige Gymnasium wird allerdings dann ein Fehlschlag sein, wenn es nur eine gekappte Kopie des heute neunjährigen Gymnasiums ist. Das achtjährige Gymnasium muß anders konzipiert werden, und zwar als pädagogische inhaltliche Einheit von Anfang an, beginnend mit der Klasse 5.

(Zustimmung)

Das heißt, dieses achtjährige Gymnasium kann sich den nicht zu leugnenden Zeitverlust der mit viel Watte arbeitenden Orientierungsstufe nicht mehr leisten.

(Beifall)

Deshalb müssen wir auch entschlossen dafür eintreten. Es geht nicht, daß man, wie es in vielen Kreisverbänden der Fall ist, das achtjährige Gymnasium beschließt; da klatschen alle heftig; wenn dann aber ein paar Härten in der Konsequenz auftreten, zucken alle zurück, und viele – bis hin zum Kreisvorsitzenden – denken an den

eigenen Nachwuchs und verhalten sich dann wieder zurückhaltend. Wenn die Union bei dieser Linie bleiben sollte, sollte sie, so rate ich ihr, das Thema beerdigen. Wenn sie aber der Überzeugung ist, daß ein achtjähriges Gymnasium den Weg in eine richtige bildungspolitische Zukunft beschreibt, sollte sie entsprechend handeln, und zwar zuallererst mit Blick auf die jungen Leute, auf diejenigen, die das leisten wollen und leisten können. Argumentieren wir doch bitte zuerst mit den jungen Leuten, nicht immer zuerst mit der Wirtschaft und nicht immer zuerst mit Europa, sondern mit deren Lebens- und Zukunftschancen.

(Zustimmung)

Für die sind wir doch zunächst einmal da, nicht für irgendwelche anderen Überlegungen.

(Beifall)

Wenn wir das wollen, müssen wir jetzt eine große Anstrengung unternehmen.

Wir schlagen vor, das nach der Struktur 5 + 3 zu machen, d.h. die Konzentration in den Jahren der Unter- und Mittelstufe in Angriff zu nehmen. Da muß sicher das eine oder andere inhaltlich in die Oberstufe übertragen werden. Die wäre dreijährig, was bedeutet, daß auch begabte Kinder aus anderen Schularten die Möglichkeit haben – das muß bleiben! –, in eine solche dreijährige gymnasiale Oberstufe überzuwechseln.

Haben wir den Mut zu sagen, daß wir die Bildungsfähigkeit, die Neugierde, die Leistungsfähigkeit vieler Kinder nicht ausreichend aufnehmen, wenn wir mit der zweiten Fremdsprache erst in Klasse 7 anfangen. Haben wir den Mut zu einigen Konsequenzen: erste Fremdsprache in Klasse 5, zweite Fremdsprache in Klasse 6, die dritte, freiwillige Fremdsprache in der 8. Klasse. Das alles geht; wir müssen jetzt nur die Ängstlichkeit überwinden und werden hoffentlich nach diesem Parteitag auch gemeinsam ein entsprechendes Konzept vertreten, das wir wirklich ernst meinen.

Meine Damen und Herren, eine kurze Bemerkung zur Gesamtschule: Natürlich weiß der Bundesfachausschuß, daß es in Deutschland integrierte Gesamtschulen gibt und daß man mancherorts auch als CDU der integrierten Gesamtschule zugestimmt hat und in manchen Fällen auch in Zukunft noch ja sagen wird. Wir wissen auch, daß in vielen integrierten Gesamtschulen von guten Lehrerinnen und Lehrern gute Arbeit geleistet wird. Das sollte man doch gar nicht leugnen, und die CDU tut sich keinen Gefallen, wenn sie das nicht ganz freimütig und ganz locker so sagt, wie ich es hier eben versucht habe.

Dennoch, wir beschreiben eindeutig, daß integrierte Gesamtschulen nicht nur finanziell wesentlich aufwendiger sind, sondern daß sie auch alles in allem auf keinem entscheidenden Feld bessere Leistungen als die Schulen des gegliederten Systems erreichen, in vielen Fällen den Schulen des gegliederten Systems eindeutig unterlegen sind.

Meine Damen und Herren, ich mache einen Sprung und komme zu einigen Aussagen zur Berufsbildung. Ich würde jetzt gern ausführlicher – das kann ich leider nicht – die große Sorge zum Ausdruck bringen, die viele, auch uns im Bundesfachausschuß, im Blick auf die Entwicklung des dualen Systems ergreift. Dazu vielleicht ein bißchen provozierend: Beschwörungen allein helfen da nicht weiter. Wir sagen – und zwar mit Recht – seit 20 Jahren beschwörend: Das duale System ist das leistungsfähigste Berufsausbildungssystem der Welt. Das ist ja wahr und richtig und wird auch wahr bleiben, aber man muß auch den Mut haben, Kurskorrekturen vorzunehmen.

Der Bundesfachausschuß sagt – wir haben ja etwas mehr Wert auf die Schule gelegt – sinngemäß schlicht und ergreifend: Wenn die Berufsschule weiterhin in dieser Form

das fünfte Rad am Wagen bleibt - und alles andere ist nun einmal nicht die Wahrheit -, dann wird eine entscheidende Grundlage fehlen, um Berufsbildung auf vielen Berufsfeldern und für viele junge Leute attraktiver zu machen und mehr junge Leute dafür zu gewinnen.

Wir meinen, junge Leute würden ihre Berufswahl nach den Hochglanzbroschüren der Bundesanstalt für Arbeit, der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern treffen. Weit gefehlt! Die entscheidende Grundlage für die Berufswahl junger Leute ist heute das Gespräch junger Leute untereinander. Sprechen Sie mit 17-/18jährigen darüber, welches Ansehen Teile der Berufsausbildung, vor allem die Berufsschule in Deutschland, haben. Das muß man sehen, das muß man wissen, und deshalb plädieren wir hier auch für entsprechende Weiterentwicklung.

Meine Damen und Herren, ein Sprung in das Kapitel 18: Hochschulen und Wissenschaft. Eine kurze Bemerkung zu der Frage des Hochschulzugangs. Wir wollen das Abitur nicht abschaffen. Wir wollen an dem Abitur als Normalfall der Hochschulzugangsberechtigung festhalten. Aber wir sehen, daß nicht das Abitur allgemein, sondern viele Abiturzeugnisse an Aussagekraft verloren haben. Deshalb plädieren wir dafür, die Hochschulen gesetzlich in die Lage zu versetzen bzw. zu verpflichten, sich stärker an der Auswahl geeigneter Studenten zu beteiligen. Wir wollen nicht die Unmöglichkeit und Unsinnigkeit einer allgemeinen staatlichen Eingangsprüfung, sondern wir wollen abiturergänzende, fachorientierte Zugangsregelungen in Verantwortung der einzelnen Hochschulen bzw. der Fachbereiche, und dies vor allem in den Fächern, in denen die Zahl der Bewerbungen die Kapazität übersteigt. Es wird höchste Zeit, daß die Hochschulen nicht nur von ihren unbestreitbaren Schwierigkeiten reden, sondern daß sie sich in einer wohlverstandenen Autonomie auch der Aufgabe stellen, an der Auswahl geeigneter Studierender mitzuwirken und so auch einen Teil dessen abzubauen, was an vielen Hochschulen und in vielen Studiengängen nun einmal an Leerlauf, Zeitverlust und Schlendrian festzustellen ist. Das wissen wir alle; das ist gar nicht zu leugnen.

Mit Blick auf die Hochschulen noch ein kurzer Gedanke. Wir wollen die Hochschulen für besonders qualifizierte Berufstätige öffnen. Wir halten es – ich gebrauche eine Formulierung von Norbert Lammert – für völlig unsinnig, so zu tun, als sei jeder Abiturient prinzipiell für jedes Studium geeignet und jeder Berufstätige prinzipiell für jedes Hochschulstudium ungeeignet. Wir denken, daß sich hierbei angesichts der nüchterner gewordenen Diskussion auch Wege finden lassen, die Hochschulen für qualifizierte Berufstätige zu öffnen.

Meine Damen und Herren, qualifizierte Berufstätige werden unsere Hochschulen jedenfalls weniger belasten, als dies mit Blick auf eine doch nennenswerte Zahl von im Grunde für ein Studium ungeeigneten Abiturienten der Fall ist.

Ein letzter Gedanke! Wir haben die Ausführungen zur Weiterbildung in der Vorlage auf die berufliche Weiterbildung beschränkt. Dieses Vorgehen ist in der Tat zu Recht von vielen kritisiert worden. Wir sind deshalb seitens des Bundesfachausschusses froh darüber, daß die Antragskommission einen Antrag des Bezirksverbandes Ruhrgebiet aufgenommen hat, den Beschluß des Bundesfachausschusses zur Weiterbildung vom 2. April 1990 in leicht veränderter Form hier einzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Wir sind als Bundesfachausschuß alles in allem froh darüber, daß es gelungen ist, mit dieser Vorlage – sicherlich kann man sich einiges noch schöner, faszinierender und höherstehend vorstellen; aber ich denke, es ist ein nüchternes Papier, das die Notwendigkeiten der nächsten Jahre beschreibt –, in einen Parteitag vorzustößen und dort breite Aufmerksamkeit zu gewinnen.

(Beifall)

Eberhard Dieppen, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Gölter, der Parteitag dankt Ihnen für diese Einleitung, die Einführung in die Beratung zur Bildungspolitik. Sie haben deutlich gemacht: Mut zur Erziehung, Mut zur Entscheidung, Mut zum Umdenken sind notwendig. Wir werden nachher sicherlich eine interessante Diskussion haben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch noch einmal den Mitgliedern des Bundesfachausschusses Kulturpolitik für die Vorarbeit danken. Das ist bei den schwierigen bildungspolitischen Themen, den vielen Experten, die es dabei gibt, und den vielen Meinungen immer eine besondere Leistung. Diese wollen wir ausdrücklich anerkennen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir hatten vorhin schon das große Vergnügen, den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, der Christlich Sozialen Union, Theo Waigel, bei uns willkommen zu heißen. Ich tue dies noch einmal. Herzlich willkommen, Theo Waigel!

(Beifall)

Wir sind jetzt sehr gespannt darauf, was Sie uns vortragen werden. Sie haben das Wort.

Dr. Theo Waigel, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Herr Regierender Bürgermeister! Herr Bundeskanzler! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der größeren Schwesterpartei! Gerne wäre ich mit einer gewonnenen Oberbürgermeisterwahl von München hierher zu Ihnen gekommen. Das hat leider nicht ganz geklappt. Aber 43,4 % in einer Großstadt wie München sind kein schlechter Aspekt für das nächste Jahr. Denn wenn wir das gleiche Ergebnis in Hamburg erzielen und dann noch die gewonnenen Wahlen in Baden-Württemberg durch den Landesvorsitzenden der Jungen Union dazurechnen, dann bin ich sicher, sind die absolute Mehrheit in Bayern und die relative und strategische Mehrheit in Deutschland nicht in Gefahr. Dann kann auch künftig in Deutschland ohne und gegen CDU/CSU nicht regiert werden.

(Beifall)

Ich überbringe Ihnen die Grüße der Christlich-Sozialen Union und wünsche Ihnen für Ihren 4. gesamtdeutschen Parteitag alles Gute. Unser besonderer Gruß gilt dem gastgebenden Landesverband Berlin. Herr Dieppen, wir freuen uns mit Ihnen und mit allen darüber, daß Berlin wieder die Hauptstadt unseres deutschen Vaterlandes ist, daß das Brandenburger Tor wieder offen ist, Mauer und Stacheldraht niedergerissen sind. Wir hoffen mit Ihnen und mit dem Berliner Senat auf einen Erfolg bei der Bewerbung Berlins um die Ausrichtung der Olympiade 2000.

(Beifall)

Mein besonderer Gruß gilt dem CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. 20 Jahre an der Spitze der CDU, elf Jahre Bundeskanzler: Kein Kanzler vor ihm - bei allem Respekt vor den anderen - war so erfolgreich. Er ist und bleibt der Kanzler der Einheit, und er wird auch Kanzler nach 1994 sein. Dafür werden wir gemeinsam sorgen.

(Beifall)

Nach längeren Beratungen im Landesvorstand der CSU sind wir übereingekommen, kein längeres Abstimmungsgespräch über den Kanzlerkandidaten der Union für 1994 durchzuführen.

(Heiterkeit und erneuter Beifall)

Es ist vielfältiges Lob, das Helmut Kohl und bisweilen auch mir entgegenströmt. Aber wenn ein Mann wie Martin Walser sagt: „Ich kann Kohls historisches Geschick nicht deshalb madig machen, weil er in der CDU ist“, und wenn man sich einmal vorstellt, daß dann einem unbestreitbar großen Schriftsteller der ganze Haß der Linken entgegenströmt, wenn er nur ein paar positive Bemerkungen über den CDU- und den CSU-Vorsitzenden macht, dann ist das schon ein merkwürdiger Blick auf die Toleranz der Geisteswelt im linken Spektrum dieser Republik. Nur, wir werden uns davon nicht beirren lassen.

(Beifall)

Die Wiedervereinigung ist und bleibt die große historische Leistung der Unionsparteien. Als ich, meine lieben Freunde, vor einem Jahr die Möglichkeit hatte, vor Ihnen sprechen zu dürfen, war die Stimmung wesentlich problematischer. Vor uns liegen Riesenherausforderungen. Vor uns liegen ganz große Probleme. Vor uns liegt ein Superwahljahr. Und dennoch: Mit den Entscheidungen und mit der Standhaftigkeit, die wir gemeinsam im letzten Jahr gezeigt haben, bin ich davon überzeugt, daß wir das Schwierigste hinter uns haben.

Je mehr wir uns in den nächsten Wochen und Monaten mit dem politischen Gegner und mit der Darstellung dessen, was wir getan haben und vorhaben, beschäftigen und je weniger wir uns mit uns selbst beschäftigen, um so erfolgreicher werden wir bei den Kommunal-, bei den Landtags-, bei den Bundestags- und bei den Europawahlen im nächsten Jahr sein.

(Beifall)

Wir feiern in knapp drei Wochen den dritten Jahrestag der Wiedervereinigung. Dieser bevorstehende 3. Oktober gibt Anlaß zu einer politischen Bestandsaufnahme. Die deutschlandpolitische Strategie der Unionsparteien im Jahre 1990 war richtig. Auch zu dem ökonomischen und politischen Weg, den wir bisher gegangen sind, gibt es keine Alternative. Es gibt keinen Anlaß zu einer überschäumenden Euphorie, es gibt aber noch viel weniger Anlaß zu Nörgelei und Defätismus. Meine Damen und Herren, ich sage das gerade als jemand, der sehr viel seiner Zeit natürlich vom Amt her mit den Problemen in Ostdeutschland zu tun hat: Die Stimmung und die Akzeptanz bei den Menschen ist viel größer, als uns die Publizistik täglich überbringt. Wir sollten durchaus hoffnungsvoll darangehen, das gegenüber den Menschen gerade in den jungen Bundesländern darzustellen: Eine Vielzahl von Baustellen, die Straßen, modernisierte Häuser, neue Schulen, Betriebe und Einkaufszentren und nicht zuletzt planmäßig abziehende sowjetische Militäreinheiten.

Ich habe vor wenigen Wochen eine Schrift von Franz Josef Strauß aus dem Jahre 1966 entdeckt. Damals hat er einen gewagten Vorschlag gemacht, für den er sehr kritisiert wurde, ob im Interesse der Menschen in der damaligen DDR vielleicht ein Status wie der Österreichs, mit demokratischer Freiheit denkbar wäre und dann die sowjetischen Einheiten aus Ostdeutschland abzögen. Er sagte bei der Gelegenheit, für eine solche Leistung müßten wir wohl bereit sein, einen Preis von 120 bis 150 Milliarden DM aufzubringen. Meine Damen und Herren, im Überleitungsabkommen haben wir erreicht, daß 50 Jahre, nachdem der erste Rotarmist deutschen Boden betrat, für 15 Milliarden DM der letzte Soldat der früheren Sowjetunion deutschen Boden verlassen wird. Das ist auch eine Leistung, mit der wir uns sehen lassen können.

(Beifall)

Inzwischen haben wir den größten Solidarpakt in der deutschen Geschichte auf den Weg gebracht. Der Bund übernimmt die Finanzierung der DDR-Altlasten in Höhe von

400 Milliarden DM im Rahmen des Erblastentilgungsfonds. Durch die Neuregelung des Finanzausgleichs wird die Finanzausstattung der neuen Länder auf eine dauerhafte und solide Basis gestellt. Die SPD-Länder in Westdeutschland - ich will die CDU/CSU-Länder hier etwas ausnehmen - haben zu der Solidarität wenig beigetragen. Daß im Rahmen dieses Finanzausgleichs der SPD-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Scharping, 215 Millionen DM für politische Führung erhält, schmerzt mich, denn das haben seine Vorgänger Helmut Kohl und Vogel fast umsonst und wesentlich besser gemacht. Insofern ist es schon ein bißchen problematisch, daß auch einige Westländer fast Profiteure dieser Angelegenheit geworden sind. Der Bund hat die Hauptlast der deutschen Einheit getragen und wird sie auch weiter tragen. Darauf sind wir stolz. Das müssen wir aber auch den Menschen in ganz Deutschland sagen.

(Beifall)

Wir brauchen für die Angleichung der Lebensverhältnisse eine längere Zeitschiene. Auch das Wirtschaftswunder im Westen hat letztlich zehn Jahre in Anspruch genommen. Aber jene politischen Kräfte, die in den 70er Jahren die Wiedervereinigung als semantische Umweltverschmutzung und als Hindernis für einen europäischen Frieden bezeichnet haben, haben kein Recht, uns vorzuhalten, daß es schneller vorangeht. Die haben kein Recht, uns mit Kritik zu überziehen. Die haben auf der ganzen Linie versagt. Die Buchhalter der deutschen Einheit dürfen nicht zu den Gestaltern der nächsten Jahre werden, denn sie können nicht gestalten, weil sie in der entscheidenden Stunde versagt haben.

(Beifall)

Wir sind bis an die Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gegangen. Zur Abtragung dieser DDR-Erblast muß der Steuerzahler jährlich rund 30 Milliarden DM aufbringen. Unter Einbeziehung der Bahnreform und der Pflegeversicherung wird die Steuer- und Abgabenbelastung 1995 um mehr als 100 Milliarden DM über dem Niveau vor der Wiedervereinigung liegen. 1995 erreicht die gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenquote voraussichtlich einen Wert von etwa 44 %. Wer glaubt, man könne an der Steuer- und Abgabenschraube noch mehr drehen, der täuscht sich, er würde nämlich plötzlich feststellen, daß so die Konjunktur nicht anspringt. Auch hier müssen wir die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Menschen sehen.

(Vereinzelt Beifall)

Auch eine höhere Neuverschuldung ist nicht hinnehmbar. Auch hier sind wir an die Grenze gestoßen. Es hätte uns nicht gut getan, es hätte unsere Finanzpolitik und die Geldpolitik ins Schlingern gebracht, wenn wir nicht durch ein überzeugendes Spar- und Konsolidierungspaket für nächstes Jahr die Neuverschuldung drastisch reduziert hätten, die sonst auf fast 100 Milliarden DM angestiegen wäre.

Meine Damen und Herren, wie schnell unsere Entscheidungen im Juni und Juli gewirkt haben, hat sich bei den Weltkonferenzen in Tokio und im europäischen Bereich schnell herausgestellt. Denn während noch im Mai die D-Mark im Gerede war, spricht heute jedermann von der stabilsten und von der stärksten Währung der Welt. Das ist nicht von selbst gekommen, das ist das Ergebnis einer mutigen Spar- und Konsolidierungspolitik, und darum bin ich auch sehr froh, daß Sie mit überzeugenden Voten zu diesem Spar- und Konsolidierungspaket stehen. Es gibt dazu keine Alternative. Wir können die Steuer- und Abgabenschraube nicht weiter anziehen, wir können die Neuverschuldung nicht weiter erhöhen. Wir müssen auch bei den Ausgaben sparen. Es führt kein Weg daran vorbei, daß ein Bruttosozialprodukt, das in Deutschland pro Person durch die Wiedervereinigung um 15 % gesunken ist, sich auch in der

Anpassung bei den Löhnen, bei den Gehältern, bei den Sozialleistungen bemerkbar macht. Nichts wäre fataler für unsere Politik als eine geschwächte D-Mark, wo keine Zinssenkung möglich ist. Eine ganz konsequente Stabilitätspolitik, die in den letzten Wochen zweimal zu einer Zinssenkung geführt hat, das ist die richtige Politik für die Zukunft mit mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätzen und der besten Voraussetzung für die Konjunktur im nächsten und im übernächsten Jahr.

(Beifall)

Wir haben dieses Sparpaket durch Konjunkturbelebungen ergänzt. Ich erinnere an das Standortsicherungsgesetz, wo es erstmals gelungen ist, die Steuersätze unter 50 % zu bringen. Wer uns hier angreift, soll doch einmal von sozialdemokratischen oder sozialistischen Bundeskanzlern, Ministerpräsidenten oder Finanzministern lernen, die um uns herum die Steuersätze, auch die Spitzensteuersätze, senken und in Österreich sogar die Vermögensteuer absenken oder ganz abschaffen, und zwar nicht aus Liebe zum Sozialismus, sondern weil sie wissen, daß nur mit niedrigeren Steuern eine dauerhafte Konjunktur erreicht werden kann.

Was wir auch benötigen, ist ein baldiger Erfolg bei den GATT-Verhandlungen. Das neue Arbeitszeitgesetz bringt mehr Flexibilität. Ich glaube, wir sind auch in der Finanz- und in der Wirtschaftspolitik auf dem richtigen Weg. Die Auftragseingänge in der Industrie nehmen zu. Das Bruttosozialprodukt ist gegenüber dem ersten Quartal 1993 gestiegen. Auch die kurzfristigen Zinsen sind auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die Standortdebatte, die auch hier auf Ihrem Parteitag eine wichtige Rolle gespielt hat, ist richtig und wichtig im Hinblick auf die dauerhafte Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Bei aller realistischen Nennung dessen, was bei uns verändert werden muß, bleibt jedoch zu sagen: Es wäre ein ganz großer Fehler, den Standort Deutschland kaputtzureden und Horrorszenarien an die Wand zu malen.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt gilt es, die notwendigen Konsequenzen aus den Standortschwächen - ich nenne in diesem Zusammenhang z.B. Arbeitszeit, Genehmigungsverfahren und steuerliche Belastung der Betriebe - zu ziehen. Wir müssen die Standortschwächen mutig, aber auch mit dem erforderlichen Augenmaß in Angriff nehmen.

Wenn Oskar Lafontaine den Standortbericht der Bundesregierung als wirtschaftspolitischen Offenbarungseid bezeichnet und wenn die Gewerkschaften die Innovationschwäche der deutschen Unternehmen beklagen, dann verrät dies deren völligen Verlust an Lernfähigkeit und Zukunftsoffenheit.

(Beifall)

Wer nämlich - wie dies Teile von SPD und DGB tun - den Einsatz der Mikroelektronik als Jobkiller denunziert, moderne Technologien im Telekommunikationsbereich blockiert - es ist ja schon in Vergessenheit geraten, daß der große Weltökonom Helmut Schmidt gerade hier mit der größte Bremser war und überhaupt keine Antenne, kein Gespür dafür hatte, was in dem Telekommunikationsbereich auf uns zukommt -, wer die Kernkraftnutzung ablehnt und die Gentechnologie als Irrweg kritisiert, wer die Anpassung der steuerlichen Belastung der Betriebe als Steuergeschenke für die Reichen bezeichnet und die fortlaufende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich fordert, der hat jede Glaubwürdigkeit verloren, wenn es darum geht, die Standortbedingungen in Deutschland zu verbessern.

(Beifall)

Wir müssen uns stärker denn je auf die ordnungspolitischen Grundprinzipien der Marktwirtschaft zurückbesinnen und auf die erfolgreichen Weichenstellungen in den 50er Jahren und Anfang der 80er Jahre verweisen. Auch die Länder und Gemeinden stehen in der Verantwortung für möglichst schnelle Genehmigungsverfahren im Wohnungsbau sowie bei der Ausweisung von Bauland und Gewerbeflächen.

In diesem Zusammenhang zitiere ich gerne meinen Freund und Kollegen Heribert Scharrenbroich, der in Bad Kreuznach folgendes gesagt hat:

Wenn wir jetzt nicht zu Radikalkuren ansetzen, werden wir auch auf dem nächsten Konjunkturgipfel ein Riesenheer von Arbeitslosen haben. Deswegen muß man allen Einkommensbeziehern rechtzeitig sagen, daß eine Minderung der Realeinkommen angesagt ist. An den Sozialneid zu appellieren ist in der jetzigen Situation unverantwortlich. Die Pferde, die uns wieder bergauf tragen, müssen gut saufen und fressen. Wenn es weniger Arbeitsplätze gibt, nützt das beste Arbeitsrecht nichts, sind die Sozialkassen nicht mehr in der Lage, die Bedürftigen ausreichend zu unterstützen.

Jedes Wort, jeden Satz von Heribert Scharrenbroich unterstütze ich.

(Beifall)

Wenn ich das umsetze und er das umsetzt, wird er - dessen bin ich überzeugt - auch dem Spar- und Konsolidierungskonzept in der zweiten und dritten Lesung des Deutschen Bundestages mit Begeisterung zustimmen.

(Beifall)

Bei der Gelegenheit möchte ich mich bei Norbert Blüm einmal herzlich bedanken.

(Beifall)

Lieber Norbert Blüm, ich will Ihnen nicht schaden. Normalerweise nützt in der CDU Lob der CSU. Norbert Blüm hat sich in den letzten Wochen und Monaten auch für die notwendigen Kürzungen, die für einen Sozialpolitiker sehr schmerzlich sind, wirklich eingesetzt. Er hat sich hingestellt und dafür gekämpft. Ich meine, das ist der richtige Weg. Vielen Dank, Norbert Blüm!

(Beifall)

Diesen Mut benötigen wir auch zur Absicherung des Pflegefallrisikos. Wir müssen hier an dem zeitlichen Plan festhalten. Wir müssen dem Koalitionspartner sagen, daß in diesem Bereich mit uns nicht gespielt werden kann. Dies ist ein Markenzeichen von CDU und CSU. Es geht um eine neue Priorität in der Sozialpolitik. Es ist allerdings ein Umbau erforderlich. Das Thema der Absicherung des Pflegefallrisikos ist die erste Nagelprobe dafür, neue Prioritäten zu setzen und auch dazu bereit zu sein, dafür andere Dinge mit abzubauen, damit eben eine neue Priorität für alle Menschen in der Sozialpolitik geschaffen werden kann.

(Beifall)

Lassen Sie mich auch zu einem anderen Thema etwas sagen, das uns sehr bewegt hat. Dies ist das Thema des ungeborenen Lebens. Es gibt wenige Themen, die für die Union, für CDU und CSU von einer ganz besonderen Bedeutung, von einer ganz besonderen Dimension sind. Dies ist eines. Ich kann niemanden akzeptieren, der für mehr Naturschutz, für mehr Schutz der Wälder, für mehr Umweltschutz, für mehr Tierschutz eintritt, aber nicht für den Schutz des ungeborenen Lebens mit der gleichen Begeisterung und Leidenschaft eintritt.

(Lebhafter Beifall)

Hier hat die CSU manchmal stellvertretend für die ganze Union gehandelt. Ich bin Wolfgang Schäuble dankbar, daß die Fraktion die Klage in Karlsruhe eingebracht hat. Das war für CDU und CSU ganz wichtig, um in dieser wichtigen Frage unsere Glaubwürdigkeit überzeugend darzustellen.

Ein Thema, das im nächsten Jahr mindestens so gewichtig sein wird wie die ökonomischen Fragen, ist das Thema Innere Sicherheit. Innere Sicherheit und der Schutz vor Verbrechen ist inzwischen ein vorrangiges Problem der modernen Massengesellschaften geworden. Das Thema hat viele Facetten, vom Vordringen der Drogen bis hin zum Abbau von Hemmschwellen durch Gewalt in den Medien. Meine Damen und Herren, unsere Bürger haben kein Verständnis mehr, wenn Anzeigen wegen Autodiebstahls oder Wohnungseinbrüchen nur noch registriert und ad acta gelegt werden, während Geschwindigkeitskontrollen im Straßenverkehr zu Großeingriffen der Polizei führen oder führen müssen.

(Beifall)

Aus begreiflichem Anlaß sind vor zwei Jahren in meinem heimatlichen Umfeld gewaltige Polizeikontrollen durchgeführt worden, weil ich damals wie heute im Fadenkreuz der RAF stand. Diese Kontrollen haben dazu geführt, daß wegen mir 50 Mitbürger ihren Führerschein verloren haben.

(Heiterkeit)

Sie können sich vorstellen, welche Freude in meiner Umgebung aufkommt. Wenn über diese 50 Fälle an zehn Stammtischen erzählt wird, sind die Auswirkungen durch noch so gute Wahlkampfführung kaum auszugleichen.

(Erneute Heiterkeit)

Ich kritisiere nicht die Polizei, die so handeln mußte. Das Gespräch am Stammtisch über die Frage, was man erreicht und was man nicht erreicht, verläuft in diesem Fall aber nicht zu unseren Gunsten.

Meine Damen und Herren, der FDP-Vorsitzende hat in seiner früheren Eigenschaft als Justizminister einmal gesagt: Die Wohnung ist heilig. - Das gilt sicher für Ihre und hoffentlich auch für meine Wohnung. Die Wohnungen der Verbrecher, der Gangsterkönige, der Drogenhändler brauchen in Deutschland aber nicht heilig zu sein. In bezug auf diese Wohnungen muß endlich gehandelt werden.

(Lebhafter Beifall)

Es reicht nicht, wenn die FDP als die Tausendfüßlerpartei bei der nächsten Bundestagswahl überall ihre 5 bis 10 % der Stimmen holt.

Nein, wir brauchen etwa unsere 45 %, damit wir insgesamt regieren können. Wir lassen uns nicht von der kleinen Partei wegen ihrer Wählerklientel unsere Möglichkeiten und Chancen für die nächsten Landtagswahlen und die Bundestagswahl kaputt machen. Da muß schon ein Stück mehr Kompromißbereitschaft kommen.

(Beifall)

Vor einigen Wochen ist ein Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler eingestellt worden, und zwar hatte er Grams als Mörder bezeichnet. Meine Damen und Herren, Michael Newrzella war dort das Opfer, und Grams war der Täter. Das muß endlich der deutschen Bevölkerung wieder gesagt werden.

(Beifall)

Endlich beginnt der Erfolg eines Themas, um das wir die letzten Jahre immer wieder gekämpft haben, nämlich der Erfolg des neuen Asylrechts, zu greifen. Lag die Zahl der

Asylbewerber im Juli 1992 noch bei über 46 000, so waren es im Juli 1993 nur noch gut 20 000 und im August nur noch 14 000. Offensichtlich war und ist die Lösung dieses Problems bisher erfolgreich. Nur, jetzt gilt es, endlich darüber zu reden und der Bevölkerung zu sagen: Wir, CDU und CSU, haben nach jahrelangem Ringen ein Thema angepackt. Wenn wir das der Bevölkerung sagen, dann werden die Verführer von rechts keine Chance haben, in die Landtage oder in den nächsten Deutschen Bundestag einzuziehen.

(Beifall)

Wir stehen vor gewaltigen internationalen Herausforderungen. Die Unionsparteien werden dieser Verantwortung gerecht. Wir haben gleichzeitig und nach der deutschen Einheit auch eine vernünftige europäische Dimension durch den Vertrag von Maastricht aufgezeigt. Am Ende dieses Integrationsprozesses steht ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit einer stabilen Währung und eine politische Union ohne Preisgabe der nationalen Identitäten.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist nicht, ob eine europäische Währung ein oder zwei Jahre früher kommt. Entscheidend ist, daß die Kriterien eingehalten werden. Entscheidend ist, daß dieses Europa eine Stabilitätsgemeinschaft ist. Es kann nichts Besseres für Deutschland passieren, als wenn sich ganz Europa, die Zwölf, und die, die noch dazuwollen, auf den Weg zur Stabilitätspolitik aufmachen und dieses Europa zu einer Stabilitätszone wird, auf deren Basis sich dann dauerhaftes Wachstum und Stabilität weit über Europa hinaus entwickelt. Das ist unsere Vorstellung von Europa, und auch dazu gibt es keine Alternative.

(Beifall)

Wir verlangen allerdings auch burden-sharing. Wir verlangen eine faire Lastentragung. Es kann nicht so sein, daß bei den Hilfen für Mittel- und Osteuropa und die frühere Sowjetunion nur wir an der Spitze stehen, die anderen viel darüber reden, sich aber vornehm zurückhalten. Hier wird es Zeit, daß Japan, die Vereinigten Staaten und auch andere ebenfalls ihren gleichgewichtigen Beitrag leisten. Dies ist nicht nur ein Thema der Deutschen. Dies ist ein Thema Europas und der ganzen Welt.

(Beifall)

Wer am Sonntag lautstark die Internationale singt und die internationale Solidarität beschwört, aber im konkreten Einzelfall eine deutsche Beteiligung an friedenssichernden und friedenschaffenden Maßnahmen verweigert, der hat seine politische Glaubwürdigkeit verloren.

(Beifall)

Wir werden der SPD auch nicht anbieten, wie dies der FDP-Vorsitzende getan hat, uns bei friedensstiftenden Maßnahmen auf eine Zweidrittelmehrheit einzulassen. Bei diesem verheerenden Zustand der SPD können wir doch Entscheidungen, die für Deutschland und die Bündnisfähigkeit sowie für das Schicksal Deutschlands entscheidend sind, nicht in die Hände der zerrissenen Flügel der SPD legen.

(Beifall)

Es hat sich gelohnt, und es war unabdingbar notwendig, auf der Grundlage des Art. 24 GG die Interventions- und Bündnisfähigkeit Deutschlands klarzustellen, und wir gehen davon aus, daß das Bundesverfassungsgericht auch in der Entscheidung das bestätigt, was es in den vorläufigen Anordnungen angedeutet hat.

Meine Damen und Herren, hier geht es doch bei der SPD nicht mehr um Sachfragen, sondern nur um die Absteckung interner Machtansprüche von Lafontaine und

Schröder. Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, wir stehen vor einem Wahljahr, das Auswirkungen bis zum Ende dieses Jahrhunderts haben wird. Die Entscheidungen in 1994 sind mitentscheidend für die Zukunft über das Jahr 2000 hinaus. Gleichzeitig stehen wir vor riesigen politischen Herausforderungen: die Vollendung der ökonomischen Einheit, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Sicherung der finanziellen Grundlagen unseres sozialen Netzes, die Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland, die Bewältigung der ökologischen Herausforderung und die Fortentwicklung der europäischen Integration.

Ebenfalls müssen wir die Rolle Deutschlands in der Welt neu definieren. Das erwarten die anderen, das erwartet die internationale Staatengemeinschaft von uns. Wenn wir dies bewältigen wollen, dann erfordert dies Bereitschaft und Fähigkeit zur Verantwortung. Darum ist unser Handeln verantwortungsethisch begründet. Es geht um Verantwortung vor dem Schicksal und um Verantwortung vor den nächsten Generationen.

Die Opposition, das zeigt sich ganz deutlich in diesen Tagen und Wochen, ist zur Verantwortung weder fähig noch bereit. Sie ist nicht einmal so weit, wie die SPD in Godesberg Ende der 50er Jahre es gewesen ist. Sie flüchtet sich in Verweigerung und in Obstruktion in der Außenpolitik, in der Haushalts- und Finanzpolitik sowie beim Thema Standort Deutschland. Wir müssen unseren politischen Führungs- und Gestaltungsanspruch verdeutlichen. Derjenige wird am Ende des Jahres 1994 gewonnen haben, der seine politischen Ziele am stärksten darstellt, der politische Führung dokumentiert und dem die Menschen mehr Vertrauen entgegenbringen. Darum gehört es auch unabdingbar dazu, daß die Unionsparteien aus ihren Reihen einen überzeugenden Kandidaten für den Bundespräsidenten bringen, und wir werden das tun, weil wir das Deutschland und den Menschen schuldig sind. Ich nehme an, wir werden das bald tun, Herr Bundeskanzler.

(Beifall)

Ich erwarte von der SPD und auch von den Medien, daß sie denen oder dem aus der Union, der genannt und vorgeschlagen wird, die gleiche Fairneß entgegenbringen, wie wir das gegenüber dem Kandidaten der SPD tun.

(Beifall)

Ein Mann wie Johannes Rau hat es verdient, daß man in dieser Frage fair mit ihm umgeht. Aber wenn Herr Heitmann genannt wird, dann verdient auch er es, fair behandelt zu werden, nicht aber sofort angeschossen zu werden, wie das jetzt der Fall ist.

(Anhaltender Beifall)

Nur, Herr Bundesvorsitzender und lieber Herr Heitmann, wir würden Sie gern noch etwas näher kennenlernen. Da bitte ich um Verständnis.

(Vereinzelt Beifall)

Bei uns gehört Kennenlernen zur Freundschaft. Wenn man jemand kennengelernt hat, dann setzt man sich um so intensiver für ihn ein. An der CSU ist noch nie eine überzeugende Präsidentenwahl gescheitert. Wer weiß, ob es damals Carstens geworden oder geblieben wäre, wenn sich die CSU nicht so klar und eindeutig für ihn eingesetzt hätte.

(Beifall)

Die Bundespräsidentenwahlen von 1949, 1969 und 1979 waren jeweils schicksals-hafte Weichenstellungen. Dies gilt auch für das nächste so wichtige Jahr. Darum kann

niemand von uns erwarten, daß wir in diesem Jahr grundlegende Auseinandersetzungen um den Kurs Deutschlands führen und zum gleichen Zeitpunkt dann einen Kandidaten der SPD wählen. Es geht nicht um den Kandidaten, der uns mehr oder weniger sympathisch ist, sondern es geht um den, der in einer schwierigen Situation überzeugend ganz Deutschland vertritt. Der wird aus den Reihen der beiden Parteien kommen, die nun in den letzten Jahren auch die überzeugenden Konzeptionen für die deutsche Einheit herbeigeführt haben.

(Beifall)

Die kommenden Wahlen werden von harten sachpolitischen Themen bestimmt – das Jahr 1994 wird nichts für politische Softies werden -: die Überwindung der Wachstumsschwäche, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Begrenzung des Zustroms von Ausländern, konsequenter Einsatz zur Verbrechensbekämpfung und Bewahrung der nationalen Identität im Rahmen der europäischen Einigung. Die offensive Besetzung dieser gemeinhin als konservativ geltenden Themen hat nicht das geringste mit einer Annäherung an Positionen der Republikaner zu tun. Im Gegenteil, die Besetzung dieser Themen spiegelt das wider, was der Mehrheit der Menschen in diesem Lande auf den Nägeln brennt.

Ich habe oft, meine lieben Freunde, darüber nachgedacht, warum ausgerechnet uns manchmal der Volkszorn so trifft. Es ist ganz normal. Der Volkszorn trifft die Volkspartei. Denn an den Parteien, die sie nie gewählt haben – das gilt für die meisten auch für die FDP –, können sie sich nicht reiben. Dies ist anders, wenn die aber uns gewählt haben und manche Dinge nicht so vorangekommen sind, weil wir es nicht ändern könnten. Denken Sie an den Kollegen Teufel. Keiner – nur noch übertroffen von der CSU –

(Heiterkeit)

hat wie er für eine Änderung des Asylrechts gefochten. Trotzdem – nicht wegen seiner Politik – haben uns die Wähler in Baden-Württemberg einen Denkkzettel gegeben, weil es uns nicht gelungen ist, ein paar Themen auf Bundesebene rechtzeitig zu lösen. Was soll der Durchschnittswähler in Baden-Württemberg tun? Er hat immer CDU gewählt und war damit sehr erfolgreich. Jetzt wollte er, daß einige Themen endlich gelöst werden. Dann sind wir durchs Land gezogen und haben gesagt: „Wir haben keine Zweidrittelmehrheit.“ Ja, diese staatsbürgerliche Belehrung aus dem Verfassungsrecht hat den Bürger nicht mehr überzeugt. Irgendwann hat er das satt. Dann geht er nicht mehr zur Wahl oder wählt vielleicht sogar einmal eine andere Gruppierung, um uns an der falschen Stelle und dem falschen Mann einen Denkkzettel zu geben. Darum war es notwendig, daß die Dinge wie Asyl, Verbrechensbekämpfung und wie jetzt Pflege endlich auf den Weg kommen. Denn dann hat der Bürger, der uns zu Recht oder zu Unrecht einen Denkkzettel gegeben hat, das Gefühl: Die haben es begriffen, die nehmen es auf. Dann wird er uns wieder wie früher, vielleicht nicht mit überschäumender Begeisterung, aber doch mit nüchterner Überzeugung wählen. Das reicht, um Deutschland auch künftig wieder vernünftig zu regieren.

(Beifall)

Die Wähler erwarten von uns Glaubwürdigkeit, Geradlinigkeit und Geschlossenheit. Wo dies nicht gegeben ist, da macht sich Politikverdrossenheit breit, die sich in erster Linie leider gegen die großen Volksparteien richtet. Dennoch können wir die großen Herausforderungen auf der Grundlage eines realistischen Zukunftsoptimismus bewältigen, für die das Programm des mittlerweile über 90jährigen Philosophen Sir Karl Popper steht – ich wünschte mir, daß manche 19jährigen den Optimismus dieses 90jährigen hätten -: Es besteht kein Anlaß, pessimistisch in die Zukunft zu blicken.

Während die Generationen unserer Väter und Großväter auf den Schlachtfeldern in Verdun und Stalingrad verbluten mußten, steht die junge Generation heute vor Zukunftschancen, von denen man in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht einmal zu träumen gewagt hätte.

Vor wenigen Tagen habe ich erfahren, daß das Grab eines mit 18 Jahren gefallenen Bruders nur wenige Kilometer von der saarländischen Grenze entfernt ist. Mein Gott, was hätten meine Eltern, was hätte er mit 18 Jahren gegeben, wenn er nicht da hätte hinziehen müssen und wenn er die Chancen der 18jährigen von heute gehabt hätte. Was ist das für ein Wandel in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts,

(Beifall)

in Deutschland eine neue Welt, Europa in einer Neuordnung und – wir haben es doch kaum für möglich gehalten – vielleicht sogar der Frieden im Nahen Osten.

Großartige Chancen und dann doch wieder die Bilder im ehemaligen Jugoslawien und an anderer Stelle. Der ewige Friede wird nie eintreten. Aber wir können immer wieder alles daransetzen, den Frieden sicherer zu machen. Ich bin gestern in München für knappe Wahlkampfparolen im Münchener Wahlkampf kritisiert worden. Ich habe der Presse gesagt: War es nicht auch eine Verkürzung der Themen, als Hans-Jochen Vogel 1983 sagte, es sei ganz einfach, wer gegen Raketen sei, der müsse SPD wählen, und wer für Raketen sei, der müsse CDU/CSU wählen. Nein, wer damals uns gewählt hat, der hat dafür gesorgt, daß die Raketen in ganz Europa abgebaut worden sind. Das war unser erfolgreicher Weg in die Zukunft.

(Beifall)

Karl Popper schrieb:

Ich stehe unserer heutigen Gesellschaft sehr kritisch gegenüber. Da ließe sich viel verbessern. Aber unsere liberale Gesellschaftsordnung ist die beste und gerechteste, die es bisher je auf Erden gab.

Auf dieser Grundlage, meine lieben Freunde, sind die Unionsparteien bereit, sich den Zukunftsaufgaben zu stellen und die politische Entwicklung der kommenden Jahre zu gestalten. Wenn wir überzeugt sind und wenn wir Überzeugung vermitteln, dann werden auch die Bürger uns glauben und vertrauen. Auf dieser Basis können wir die Probleme in Deutschland meistern. – Glück auf! Alles Gute der CDU.

(Anhaltender Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Lieber Theo Waigel, der Beifall hat es gezeigt: Der Parteitag dankt Ihnen für eine engagierte Rede, er dankt Ihnen für den Optimismus, den Sie verbreiten. Der Respekt mit dem Beifall gilt auch dem Mann, der in besonderer Weise Verantwortung für Geldwertstabilität und Stabilität insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland trägt.

(Beifall)

Vielleicht noch der Hinweis: Die Geschlossenheit der Union ist, glaube ich, durch die verschiedenen Reden auf diesem Parteitag deutlich geworden. Das, was Sie vorgetragen haben, lieber Theo Waigel, zeigt die geschwisterliche Eintracht in der ganzen Vielfalt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zurück zur Bildungspolitik.

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Generalausprache im Rahmen des Tagesordnungspunktes 14. Wir sind gut in der Zeit, was nicht bedeutet, daß die Redner, die jetzt das Wort erhalten werden, wahnsinnig lange reden sollen. Ich mache darauf aufmerksam, daß immer noch Wortmeldungen zu Einzelanträgen abgegeben werden können. – In der Generalausprache hat als erster das Wort Dr. Norbert Lammert, Mit-Ghostwriter des Leitantes.

Dr. Norbert Lammert: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Eine große, vielgelesene deutsche Tageszeitung hat in ihrem Kommentar am Wochenende zu diesem Parteitag und insbesondere zu diesem zentralen Thema des Parteitages geschrieben: „In dem Leitantrag des CDU-Vorstands zur Bildungspolitik werden Positionen formuliert, denen eigentlich niemand Zustimmung verweigern kann.“ Nun, es bleibt abzuwarten, ob das allgemein in der breiten deutschen Öffentlichkeit und insbesondere auch bei der politischen Konkurrenz auf eine so breite Zustimmung treffen wird.

Aber daß diesem Parteitag heute ein Leitantrag vorliegt, der jedenfalls große Aussicht hat, auf breite Zustimmung in dieser Partei und in ihrer Wählerschaft zu stoßen, ist das Ergebnis einer ungewöhnlich intensiven Zusammenarbeit über viele Monate hinweg mit allen bildungspolitisch Verantwortlichen sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene unter Beteiligung nahestehender Verbände. Das ist in der Union auch nicht immer so selbstverständlich gewesen. Deswegen werden Sie Verständnis dafür haben, daß ich mich für diese ungewöhnlich intensive und kooperative Zusammenarbeit ausdrücklich bedanken möchte.

(Beifall)

Im übrigen schafft diese Zusammenarbeit zugleich auch die Voraussetzung dafür, daß der Beschluß, den wir heute fassen wollen, nicht folgenlos bleibt. Vielmehr haben wir die Aussicht, daß er tatsächlich auch in die Gesellschaft, in die Schulen, in die Hochschulen, in die Multiplikatoren, in die Verbände vermittelt werden kann. Daran müssen wir ein gemeinsames Interesse haben.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, als Hintergrund für die Orientierungen, die dieser Leitantrag vermitteln soll, zwei knappe Bestandsaufnahmen unseres Bildungssystems formulieren. Erstens, ich denke, das deutsche Bildungssystem hält auch internationalen Vergleichen durchaus stand. Es gibt keinen Grund, mit eingezogenen Köpfen und lädiertem Selbstbewußtsein durch die Gegend zu laufen mit der Vermutung, wir könnten uns einem solchen Wettbewerb erfolgreich gar nicht stellen. Davon kann natürlich überhaupt keine Rede sein.

Aber ich will zweitens hinzufügen - und dieser zweite Befund ist nicht weniger wichtig als der erste: Unser Bildungssystem ist nicht so gut, wie es sein könnte. Es ist gegenwärtig auch nicht so gut, wie es wieder werden muß, damit wir den veränderten Bedingungen in Deutschland und Europa wirklich Rechnung tragen können. Deswegen brauchen wir in der Tat eine grundlegende Erneuerung und Modernisierung.

(Beifall)

Die europäische Einigung und der Integrationsprozeß, dem wir ja mit den Maastrichter Verträgen neue Ausrichtungspunkte gegeben haben, werden zum Testfall der Leistungsfähigkeit der nationalen Bildungssysteme. Denn man muß wissen, daß völlig unabhängig von der beschränkten Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft in Bildungsfragen jeder, der sich bei uns und anderswo gegenwärtig in einer Ausbildung befindet - völlig gleichgültig, wo, ob in der Schule, in der Hochschule oder in einer beruflichen Bildung -, nach Abschluß dieser Ausbildung keinen nationalen Arbeitsmarkt mehr vorfinden wird, sondern einen internationalen, einen europäischen Arbeitsmarkt.

Wie gut die Ausbildung ist, die er bekommen hat, entscheidet sich ab sofort nicht mehr an nationalen Maßstäben, sondern an internationalen Maßstäben. Es gibt leider Grund zu der Vermutung, daß sich das im deutschen Bildungssystem noch nicht in aller Breite herumgesprochen hat.

Ich wage jedenfalls die Prognose, daß der eigentliche Bewährungstest für die Leistungsfähigkeit eines nationalen Bildungssystems das Produkt von Qualität und Zeitaufwand werden wird. Das heißt, es wird auf der einen Seite natürlich darauf ankommen, welche konkreten Qualifikationen dieses System vermittelt. Aber es kommt auf der anderen Seite auch immer mehr darauf an, wieviel Zeit es braucht, um die Qualifikationen zu vermitteln, die dann auf konkreten Arbeitsmärkten tatsächlich nachgefragt werden.

Meine Freunde, machen wir uns nichts vor: Selbst wenn das deutsche Bildungssystem unter qualitativen Gesichtspunkten über jeden Zweifel erhaben wäre - was ich so allgemein leider auch nicht mehr glaube -, dann ist allein die unendlich lange - im internationalen Vergleich viel zu lange - Zeit ein gravierendes Hemmnis der Wettbewerbsfähigkeit der Abschlüsse in unserem Bildungssystem. Deswegen müssen wir da endlich ran, und zwar nicht nur in Form von Beschlüssen, die wir heute sicher fassen werden, sondern auch durch Umsetzung, um die wir uns dann anschließend gemeinsam bemühen müssen.

(Beifall)

Wir werden in der Einzelberatung Gelegenheit haben, über viele konkrete Vorschläge, die der Leitantrag zu verschiedenen Teilen unseres Bildungssystems macht, miteinander zu reden und dazu Beschlüsse zu fassen. Ich will zu Beginn nur auf einen grundsätzlichen Aspekt aufmerksam machen, der der Hintergrund für eine Reihe von Änderungsvorschlägen zum gegenwärtigen Zustand ist und den der Bundesfachausschuß Kulturpolitik in seinen Leitantrag aufgenommen hat. Dieser grundsätzliche Hinweis betrifft die im deutschen Bildungssystem nun seit vielen Jahren aufgelaufenen Gleichgewichtsstörungen, die wir endlich aufarbeiten müssen, wenn wir unser Bildungssystem so leistungsfähig machen wollen, wie es im internationalen Maßstab wieder werden muß.

Wir haben eine schwer zu übersehene, aber seit vielen Jahren verdrängte akute Gleichgewichtsstörung zwischen Eignungen und Neigungen. Natürlich ist wahr, daß ich ein Bildungssystem nicht erfolgreich organisieren kann, wenn ich nicht die Interessen und die Neigungen von Kindern, jungen Leuten und auch ihren Erziehungsberechtigten einbeziehe; denn ich kann niemand für etwas ausbilden, für das er sich nicht interessiert, für das er keine Lust hat, für das er keine Neigung mitbringt. Aber wahr ist doch auch, daß die Anmeldung von Neigungen alleine nicht reicht und daß sie insbesondere Eignungen nicht ersetzen können, die für jede konkrete Art von Ausbildung gebraucht werden.

(Beifall)

Man muß schon ein hohes Maß an Borniertheit aufbringen, wenn man nicht bereit ist, zur Kenntnis zu nehmen, daß das deutsche Bildungssystem seit vielen Jahren genau dadurch gekennzeichnet ist: durch die Anmeldung von Interessen anstelle der Ermittlung von Begabungen. Damit muß es aufhören, wenn wir sowohl den Interessen der jungen Leute wie der Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems wieder einen Gefallen tun wollen.

Eng verbunden mit dieser Gleichgewichtsstörung von Neigungen und Eignungen ist die Gleichgewichtsstörung von Befähigungen und Berechtigungen.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt ziemlich genau 30 Jahre her, seit Georg Picht in einer ganz fulminanten Weise das beschrieben hat, was er für die nationale Bildungskatastrophe hielt. Einer der Kernbotschaften mit beachtlichen, um nicht zu sagen verheerenden Folgen für das deutsche Bildungssystem war die Aussage, daß der Anteil der Abiturienten und der Akademiker in Deutschland entschieden zu gering sei und daß wir ihn verdoppeln müßten, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf den internationalen Arbeitsmärkten sichern wollten. Die wenigsten werden sich daran erinnern, daß der Anteil der Abiturienten in Deutschland damals etwa 5 % pro Jahrgang betrug, daß die von ihm für notwendig gehaltene Verdoppelung dann vielleicht 10 % betragen hätte, daß wir inzwischen bei über 30 % jeden Jahrgangs angekommen sind, in den Großstädten bei 40 % auf der nach oben offenen Richterskala. Kein Mensch hat sich ernsthaft die Mühe gemacht, sich mit der – zugegeben – unangenehmen Frage zu beschäftigen, ob die wundersame Vermehrung der Zertifikate in dieser Gesellschaft mit einer ähnlich eindrucksvollen Vermehrung der Begabungen verbunden gewesen ist oder ob wir nicht längst auch im Bildungssystem Inflationierungseffekte beobachten können.

(Beifall)

Eine allerletzte Bemerkung. Es kann nicht ernsthaft verwundern, daß sich aus diesen Gleichgewichtsstörungen innerhalb des Bildungssystems zunehmend auch eine gravierende Gleichgewichtsstörung zwischen dem Bildungssystem auf der einen Seite und dem Beschäftigungssystem auf der anderen Seite ergeben hat. Nun muß man einen Bildungspolitiker sicher nicht davon überzeugen, daß Bildung zunächst einmal nichts mit Verwertungsinteressen zu tun hat, daß Bildung Persönlichkeitsentfaltung ist und daß sie nicht auf Nutzenaspekte ökonomischer Betrachtung reduziert werden darf. Aber wahr ist doch auch, daß ich den Interessen der jungen Leute, die eine Ausbildung machen, einen Torteil antue, wenn ich nicht berücksichtige, daß sie am Ende dieser Ausbildung über Qualifikationen verfügen müssen, die auf real existierenden Arbeitsmärkten auch nachgefragt werden.

Ich habe im übrigen auch nicht den Eindruck, daß sich immer mehr junge Leute einem immer größeren Teil ihres jungen Lebens der Ausbildung widmen, nur weil sie den Prozeß der Persönlichkeitsentfaltung so spannend finden. Sie verbinden damit vielmehr die Erwartung, am Ende über Qualifikationen zu verfügen, die sie für eine befriedigende Berufstätigkeit umsetzen können. Das muß die Perspektive der Erneuerung unseres Bildungssystems sein, zu denen dieser Leitantrag aufruft.

Wir empfehlen diesem Parteitag – knapp formuliert – die Wiederherstellung verbindlicher, an der Verfassung orientierter Wertorientierungen in unserem Bildungssystem, die Wiederherstellung unaufgebarbarer Leistungsstandards, die Gewährleistung verlässlicher und fairer Förderbedingungen, die Sicherung der Durchlässigkeit eines differenzierten gegliederten Bildungssystems und eine Neuordnung des Verhältnisses von Erstausbildung zur Weiterbildung.

Mit dieser Perspektive stehen wir ganz sicher an der Spitze der bildungspolitischen Diskussion in Deutschland. Deswegen freue ich mich auf unsere Diskussion und hoffe auf eine möglichst breite Unterstützung dieses Kurses.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dr. Lammert. – Ich erinnere die nachfolgenden Redner an die Vereinbarung, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen. Ich rufe sodann den Spitzenkandidaten im Land Niedersachsen für die CDU, Herrn Christian Wulff, auf.

Christian Wulff (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn es stimmt, daß Bildung der Schlüssel zur Welt ist – insbesondere für die junge Generation -, dann müssen wir uns vergegenwärtigen, daß die Welt sich dramatisch verändert hat, daß eine Welt zusammenwächst, in der wir immer mehr Kulturen und Sprachen in unseren Schulen integrieren, in der wir eine dramatische technologische Veränderung hin zur Informationsgesellschaft verzeichnen können, bei der wir wachsende Konkurrenz der Volkswirtschaften und immer größere Mobilität von Investitionen und Arbeitnehmern haben, auf die wir die junge Generation vorbereiten wollen.

Wir verzeichnen gesellschaftliche Veränderungen mit immer mehr Problemfamilien, Ein-Kind-Familien und Konflikten, die faktisch dazu führen müssen, daß Schule nicht nur auf den Beruf, auf das Arbeitsleben, sondern auch auf die Rolle als Eltern, auf Familientätigkeit, auf Funktionen vorbereitet, die früher noch anderswo vermittelt wurden.

Wenn Bildung der Schlüssel zur Welt ist und die Welt sich dramatisch verändert, dann muß sich auch dieser Schlüssel verändern. Ansonsten bleibt der jungen Generation die Tür zur Welt verschlossen.

(Beifall)

Wir können heute feststellen, daß viele Erfahrungen uns deutlich machen, daß die junge Generation nicht mehr so in unsere Gesellschaft integriert wird, wie das über Jahrzehnte funktioniert hat. Wir registrieren: Die Hälfte aller Anschläge auf Ausländerunterkünfte wird von 16- bis 20jährigen Tätern begangen. Wir verzeichnen Desintegration und Orientierungslosigkeit.

Hierfür gibt es viele Erklärungen und Begründungen. Eine ist ganz sicher die bequeme Antwort der 60er Jahre in Form der antiautoritären Erziehung nach dem Motto: Macht es doch, wie ihr wollt! Seht doch zu, wie ihr klarkommt! Findet eine Position!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es entsprang der Bequemlichkeit großer Teile der mittleren und älteren Generation zu sagen: Jeder soll selbst sehen, wie er eine Position findet. - Aber der einzelne braucht nicht mehr eine eigene Position anzubieten, ein Stück von sich selbst preiszugeben. Die junge Generation muß gegen das Ererbte revoltieren, aber sie muß auch die Fähigkeit haben, Erfahrungen tradiert und übermittelt zu bekommen. Darin hat es in großen Teilen gemangelt.

Ich möchte uns, die Union, davor warnen, die Lehrerinnen und Lehrer nunmehr abermals zu überfordern. Wir brauchen die engagierten Lehrkräfte, die sich zur Vermittlung von Erfahrungen, Wissen, Tradierungen, Werten einsetzen. Aber wir dürfen nicht der falschen Hoffnung sein, daß wir mit der Bildungspolitik, mit den Lehrerinnen und Lehrern allein das Problem bewältigen würden. Dafür haben wir viel zu viele Erziehungsdefizite, viel zuviel Medienkonsum, Sprachschwierigkeiten und andere Dinge mehr, mit denen Lehrer heute zu tun haben.

Die Union sollte deutlich sagen, daß ein 16jähriger Schüler heute mehr Zeit vor dem Fernseher verbracht hat als in der Schule und daß es deswegen ein Irrglaube ist zu meinen, die Schule könnte die Erziehungsdefizite in unserer Gesellschaft ausgleichen, die wir vorfinden. Dies wäre die Konsequenz aus dem Luxus, an den wir uns gewöhnt haben. Es ist Bequemlichkeit, wenn gesagt wird: Für Sicherheit ist die Polizei zuständig, für Wirtschaft ist die Politik zuständig, für Erziehung sind die Lehrer zuständig. Wir haben überall ein Beauftragtenwesen und Zuständigkeiten, aber der einzelne selber ist für nichts mehr zuständig und für nichts mehr verantwortlich und kann sich bequem aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall)

Wenn wir den Standort Deutschland sichern wollen, wie es unser Motto, das Thema unseres Parteitagés ist, dann werden wir das nur schaffen, wenn der einzelne wieder fragt: Was habe ich für eine Aufgabe als Vater oder Mutter, als Nachbar, als Angehöriger, als Medienmacher, als Tarifpartei, als Wissenschaftler? Hier muß es darum gehen, insgesamt mehr Gemeinwohlorientierung, mehr Gemeinschaftsfähigkeit, mehr Leistungsbereitschaft und mehr Eigenverantwortung zu wecken.

Ich möchte Sie fragen: Welches Vorbild geben wir für die junge Generation überhaupt ab? Wieviel Zuversicht in die Zukunft vermitteln wir denn? Wieviel Zukunft zur Technologieoffenheit haben wir denn? Wir haben gestern und heute gehört, daß wir Verkehrssysteme anbieten, die wir anderswo verkaufen wollen, aber bei uns nirgendwo einsetzen, daß unsere Manager nach Japan fahren und den Transrapid verkaufen wollen, aber auf die Frage, wo fährt er denn bei euch, sagen müssen: Bei uns fährt er im Emsland auf und ab, weil er dort niemanden stört.

Wie verhält sich denn die Union zu der Frage der Besetzung des Themas „Weltausstellung Expo 2000“? Es gibt doch auch viele in der Union, die sagen: So etwas können wir uns nicht mehr erlauben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns eine Weltausstellung zu dem dominierenden Thema der Zukunft „Mensch, Natur, Technik“ nicht mehr erlauben können, dann sollten wir auch deutlich sagen, daß wir es uns nicht erlauben können, eines der fünf führenden Industrieländer dieser Erde bleiben zu wollen.

(Beifall)

Es gibt doch nicht nur die größer werdende Gruppe derjenigen, die sich von Technologie, von Forschung, von der Zukunft nichts mehr versprechen, weil sie damit nur Ängste verbindet, sondern es gibt auch die größer werdende Gruppe derer, die sich von Zukunft, von Forschung, von Technik nichts mehr versprechen müssen, weil sie bereits alles haben und weil sie saturiert sind. Wenn in einem Industrieland beide Gruppen immer größer werden – diejenigen, die sich nichts mehr versprechen, weil sie Angst vor der Zukunft haben, und diejenigen, die sich nichts mehr versprechen, weil sie schon alles haben -, dann wird die Gruppe immer kleiner, die auf Veränderung, auf Innovation, auf Kreativität setzt. Da ist nach meiner Meinung das Ende einer Wirtschaftsnation im weltweiten Wettbewerb.

Die Frage der Patentanmeldungen, die Frage des Erfindungsreichtums, anwendungsorientiert zu forschen, vermarktungsfähige Produkte zu entwickeln, ist über Jahre hin vernachlässigt worden, gerade von unserer Industrie und Wirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über den Bestandteil der Bildungspolitik zur Sicherung der Zukunft Deutschlands reden, dann sollten wir auch darüber reden, daß wir endlich anfangen müssen, Konsequenzen zu ziehen, was dann auch bedeuten würde, die von mir beispielhaft genannten Verkehrsträger einzusetzen, hier Gen- und Bioforschung einzuführen, die Weltausstellung durchzuführen und sich im Jahre 2000 als eines der führenden Industrieländer dieser Erde zurückzumelden.

Wir sollten uns also nicht selbst aus der Verantwortung stehlen und nur Wiederverantwortung delegieren. Wir sollten dies vor allem mit der jungen Generation und nicht gegen sie diskutieren.

Kein Land hat bisher Schaden genommen, wenn es viel Bildung, auch lange Bildung vermittelt hat. Kein Land leidet darunter, daß wir viele Abiturienten haben. Die Stimmung, zu meinen, wir müßten wieder die alte Zeit aufrufen, indem wir den Abiturientenanteil erheblich reduzieren, scheint mir die falsche Antwort der 60er Jahre zu sein.

Vielmehr sollten wir deutlich machen, daß, wenn wir mehr Abiturienten haben, der einzelne mit dem Abitur weniger an Ansprüchen herleiten und ableiten kann. Er muß dann eben mehr Alternativen jenseits der Hochschulen aufgezeigt bekommen, von Berufsschulen über Berufsakademien bis hin zu Fachhochschulen, und er sollte nicht mehr so stark isoliert auf wissenschaftliche Hochschuleinrichtungen zentriert werden.

(Beifall)

Dieses wäre ein Signal, das mir lieber wäre als das Signal, nun wieder alte Zeiten zurückzurufen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Wulff. Der Parteitag wünscht Ihnen auch weiterhin steigende Wählergunst und einen Erfolg bei den Landtagswahlen.

(Beifall)

Ich rufe als nächsten Redner Herrn Udo Haschke auf.

Udo Haschke: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freunde! Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat gestern zu Recht darauf hingewiesen, daß die vielberedete Strukturkrise einen Teil enthält, den man mit Technologiekrise umschreiben könnte. Er hat somit Forschungs-, Technologie- und letztlich Bildungspolitik in den wirklich berechtigten Mittelpunkt der Diskussion um den Standort Deutschland gerückt.

Lassen Sie mich aus der Sicht der neuen Bundesländer zu diesen Dingen zwei Anmerkungen machen: Wenn dem so ist - ich zweifle nicht daran -, trennen uns in den neuen Bundesländern trotz großzügiger Förderung durch den Bund, die nicht mehr zu steigern ist, wenn wir die Geldwertstabilität nicht gefährden wollen, von einer wirklich zeitgemäßen Forschungs- und Hochschullandschaft Jahre, Jahrzehnte.

Am Beispiel Thüringen: Für den Aufbau von drei Fachhochschulen und für die Instandsetzung einer bestehenden Universität wäre ein kurzfristiger Finanzbedarf von 450 Millionen DM dringend erforderlich, und damit hätten wir nur Übergangslösungen. Bei den Fördermitteln, die der Bund zur Verfügung stellen kann, bei den eigenen Haushaltsmitteln können wir diese Summe kurzfristig gar nicht, mittelfristig nicht und langfristig vielleicht aufbringen. Die Ausgaben könnten nur die allerdringlichsten Aufgaben decken und würden unser Ziel in weite Ferne - 30, 40 Jahre - rücken. Welche Folgen das hätte, brauche ich nicht zu beschreiben.

Wir haben also die Pflicht, nach neuen Möglichkeiten zu suchen. Hier gilt, wie in vielen Bereichen des Aufbaus Ost auch, die Devise: Es wird nötig sein, privates Kapital zu aktivieren und in diesen Bereichen einzusetzen.

Wir haben bei der Bundesregierung, konkret beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft und beim Finanzministerium, gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, wie die Mittel des Hochschulbauförderungsgesetzes benutzt werden können, um privat finanzierte Hochschulbauten zu refinanzieren. Das stößt derzeit noch auf erhebliche Bedenken. Ich denke aber, es muß uns und es wird uns gelingen, notfalls die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Dies brächte keine Erhöhung der vorgesehenen Mittel mit sich, könnte die anstehenden Aufgaben aber in wesentlich kürzerer Zeit leisten, und - einige Nebeneffekte sind jetzt schon zu sehen - mit der zügigen Modernisierung der Forschungslandschaft entstünden mittelbare Folgen für eine innovative Industrie, entstünde eine deutliche Belebung der Konjunktur in der Bauwirtschaft, entstünde eine deutliche mittelfristig

einzukalkulierende Konjunkturlage für den wissenschaftlichen Gerätebau. Dies paßt, meine ich, in unsere Bemühungen um die Verbesserung der Standortvorteile in Deutschland.

Vor allen Dingen in den Landtagen, in den Landesregierungen wäre es wichtig, daß, wenn der Bundestag diese gesetzlichen Regelungen trifft - ich zweifle nicht daran -, diese in den Ländern mutig und entschlossen angewendet werden.

Lassen Sie mich dieses mutig und entschlossen noch einmal doppelt unterstreichen, vor allen Dingen hinsichtlich des Teiles des Antrags zum Ausbau des Hochschulsystems, der da heißt: Der Aufbau in den neuen Bundesländern eröffnet die Möglichkeiten, die Chancen, neue Ansätze zu entwickeln, Erfahrungen der alten Länder zu berücksichtigen und deren Fehler zu vermeiden.

Wenn es darum geht, daß wir das Problem der viel zu langen Studienzeiten wirklich angehen und lösen wollen, dann lassen Sie uns dieses entschlossen tun, und zwar mit einer Gebührenleistung durch die Studierenden, die die Regelzeiten zu weit überschreiten.

In den alten Bundesländern, nein, in ganz Deutschland arbeiten mittlerweile Wissenschaftler, Techniker, Physiker, Mathematiker usw., die ihre Ausbildung in den neuen Bundesländern, d.h. in der damaligen DDR, genossen haben.

Wir haben damals ganz feste Studienzeiten gehabt. Ein Physiker war eben nach 10 Semestern fertig. Dies, meine ich, zeigt, daß es geht. Die Leute bewähren sich in der Wirtschaft und in der Industrie. Ich sehe keinen Grund, länger Studienzeiten von z.B. über 15 Semestern hinzunehmen und dabei so zu tun, als ob uns dies alles nichts kosten würde. - Danke schön.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Haschke, für den Inhalt und auch dafür, daß Sie sich an die Redezeit gehalten haben. - Herr Klaus Panther, bitte.

Klaus Panther: Liebe Parteifreunde! Es wurde schon sehr oft gesagt, daß die Zukunft Deutschlands nicht nur von der wirtschaftlichen Leistung, sondern auch von der Bildungspolitik abhängig ist. Vor allen Dingen sollten wir Mut zu Reformen haben. Das wurde hier immer wieder dargelegt.

Die CDU muß die Partei sein, die auch neue Akzente setzt und die nicht bestimmte Dinge einfach nur akzeptiert und sagt: Das ist auch gut.

Bernhard Vogel hat, glaube ich, in den Ausführungen zu diesem Papier gesagt, man solle nicht glauben, nur das dreigliedrige Schulsystem allein sei der wahre Glaube und sei die einzige Bildungspolitik, die die CDU vollbringen kann.

Biedenkopf, Vogel, Münch haben alle, bevor sie Ministerpräsidenten geworden sind, in den alten Bundesländern etwas mit der Bildungspolitik zu tun gehabt. Sie kannten sich also in der Bildungspolitik hervorragend aus. Wenn sie geglaubt hätten, daß nur das dreigliedrige Schulsystem das einzig richtige sei, dann hätten sie es auch eingeführt. Statt dessen haben alle ein differenziertes zweigliedriges Schulsystem eingeführt.

Tatsächlich hat der Antrag des Landesverbandes Saarland, den ich Ihnen wirklich zur Annahme empfehlen kann, dies auch ausgesprochen. Wie ich gehört habe, ist der Antrag des Landesverbandes Saarland auch mit Berlin abgestimmt worden.

Bildungszentren, Zweigliedrigkeit gibt es z.B. in Baden-Württemberg bei 50 Haupt- und Realschulzentren, die aber manchmal durch Erlaß beschränkt werden, miteinander zu arbeiten. Das gibt es aber nicht nur in Baden-Württemberg.

Wenn wir unsere Politik am Wohl des Kindes orientieren, dann müssen wir doch den Schulleitern zugestehen, daß sie zum Wohl des Kindes zusammenarbeiten.

Ich möchte Sie bitten, dem Antrag des Saarlandes zuzustimmen. Dieser Parteitag muß den Mut haben, auch einmal etwas gegen das Votum der Antragskommission zu beschließen.

(Beifall)

Jeder sagt es, Gölder sagt es, Lammert sagt es, alle sagen: Jawohl, man kann das, was drüben in den neuen Bundesländern geschieht, ebenfalls akzeptieren. Nein, wir müssen das nicht akzeptieren, sondern das ist eine echte bildungspolitische Innovation, mit der wir vor die Bevölkerung treten sollten. Damit hätte dieser Parteitag einen neuen Akzent gesetzt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Panther. - Ehe ich zur nächsten Wortmeldung übergehe, möchte ich Ihnen folgendes mitteilen: Wir haben zur allgemeinen Aussprache noch acht Wortmeldungen. Ich denke, Sie sind damit einverstanden, daß wir damit die Wortmeldungsliste zur allgemeinen Aussprache schließen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen. - Damit rufe ich Herrn Schreier von der Saar auf.

Jürgen Schreier: Meine Damen und Herren, wir haben diesen Parteitag als einen Bildungsparteitag angekündigt und ausgewiesen. Aber stellen Sie sich vor, Sie werden morgen, wenn Sie aus Berlin nach Hause kommen, gefragt, was denn nun dieser lange angekündigte Bildungsparteitag der CDU Deutschlands Zukunftsweisendes in der Bildungspolitik gebracht hat, weiche neuen Antworten die CDU denn auf die von ihr richtig beschriebenen Herausforderungen gegeben hat. Dann werden Sie, wenn Sie ehrlich und aufrichtig mit sich selbst sind und die Hand aufs Herz legen, antworten: Wir haben erstens einen Beschluß zur Verkürzung der gymnasialen Schulzeit zum drittenmal wiederholt; umgesetzt haben wir ihn noch nicht, aber wir waren immerhin vor zwölf Jahren schon so prophetisch, daß wir die Notwendigkeit dazu erkannt haben. Wir haben zweitens zum x-ten Mal das in Hauptschule, Realschule und Gymnasium gegliederte Schulwesen bekräftigt und haben beteuert, daß wir für die Hauptschule, das schwächste und kränkste Kind der Schulschwester, jetzt endlich eine Wundermedizin gefunden hätten, die sie kräftigt.

Meine Damen und Herren, sind das wirklich unsere pragmatisch-programmatischen Antworten im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens? Sichern wir damit eine gute Zukunft des Einzelnen und unseres Wirtschaftsstandorts? Ist das das richtige Signal angesichts der Tatsache, daß in Deutschland das Schulwesen zwischen Ost und West eher auseinanderdriftet, statt zusammenzuwachsen? Ist das die politische Weichenstellung eines Bundesparteitages gegenüber gravierenden Fehlentwicklungen, und ist das die Weichenstellung, Eltern zu überzeugen, bei der nächsten Wahl auf Grund bildungspolitischer Überlegungen die CDU zu wählen?

Die bildungspolitische Botschaft dieses Parteitages nach außen darf sich nicht auf die Schulzeitverkürzung reduzieren. Es ist ein Alarmsignal – der Bundeskanzler hat es gesagt –, wenn es in Deutschland mehr Studenten als Lehrlinge gibt, wenn die Hörsäle und die Gymnasien überquellen und die Werkbänke leer sind. Das sage ich nicht deshalb, weil wir als CDU den Studentinnen und Studenten die Bildung nicht gönnen würden, sondern weil dies ein schlimmes Symptom ist, nämlich ein Symptom dafür, daß wir in Deutschland eine Tradition fortschreiben, bei der die akademisch-theoretische Bildung viel und die beruflich-praktische Bildung wenig gilt. Diese

Mentalität, die den Kopf über die Hand, das Theoretische über das Faktische und die saubere Arbeit über die vermeintlich schmutzige stellt, müssen wir überwinden, wenn wir Deutschland kraftvoll wieder voranbringen wollen. Diese Mentalität überwinden wir nicht durch Schönheitsreparaturen, durch Restriktionen und durch unausgesprochene Vorwürfe an die Eltern, ihre Kinder in die falsche Schulform zu senden. Diese Fehlentwicklungen überwinden wir nur durch eine attraktive Alternative und durch neue Konzepte im Schulwesen. Wir dürfen uns nicht einfach länger nur auf Tradiertes verlassen und nur das Bewährte fortschreiben. Die Chance dieses Bildungsparteitages muß dafür genutzt werden, neue Schulkonzepte anzudenken, starre Festlegungen abzuwerfen und so einen Beitrag zum Grundkonsens im Bildungswesen zu leisten; denn nie war die Chance dazu nach der Einheit Deutschlands und vor der Einheit Europas so groß.

Für Schule, Hochschule und berufliche Bildung bedeutet dies, daß folgende Kurskorrekturen notwendig sind, zu denen wir als CDU Saar auch Anträge gestellt und Beiträge geleistet haben:

Erstens: Die Ausbildungszeiten in Schulen und Hochschulen müssen entschieden gestrafft werden. Als ersten Schritt fordern wir ganz konkret, daß die Abiturienten zukünftig bereits im Sommersemester mit ihrem Studium beginnen können statt wie bisher in der Regel im Wintersemester; Zeitersparnis ein ganzes Semester, ohne die Qualität der Gymnasialbildung in Frage zu stellen.

Zweitens: Beruflicher Erfolg darf im Bewußtsein der Eltern nicht mehr länger nur mit dem Gymnasium und der Universität verknüpft sein. Wir brauchen eine vernünftige und attraktive berufsbezogene Alternative neben dem Gymnasium, die eng mit dem beruflichen Schulwesen verknüpft ist.

Drittens: Das duale Berufsausbildungssystem mit den Lernorten Schule und Betrieb ist überzeugend und im Gegensatz zum allgemeinbildenden Schulwesen ein Vorbild. Hier dürfen wir auch nicht nur auf die Theorie setzen, sondern müssen auch auf die Praxis schauen. Es kann nicht angehen, daß jemand, der einen normalen Hauptschulabschluß absolviert hat, eine Elektrikerlehre nicht mehr absolvieren kann und dort scheitert. Wir brauchen auch hier neben der Gesellenprüfung eine weitere Praktikerprüfung, um das Scheitern zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, ich bitte darum, daß wir uns nicht nur auf Tradiertes verlassen, sondern die Zukunft mit neuen Ideen gestalten. Es wäre schlimm, wenn die Bildungspolitik dabei außen vor bliebe. – Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schreier. Ich darf noch einmal an die Redezeit erinnern. – Herr Dr. Blüm, bitte!

Dr. Norbert Blüm: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur deshalb gemeldet, weil ich denke, daß wir die Politik nicht in Schrebergärten von Zuständigkeiten eingrenzen dürfen. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen hat gerade dieses Thema auf einem der letzten Parteitage zum Hauptthema gemacht, und wir wollen es hier auch einbringen.

Ich möchte in der kurzen Zeit nur auf ganz spezifische Probleme hinweisen. Wir haben kein Gold, kein Silber, keinen Diamanten, keine Bodenschätze. Was haben wir? Unsere Produktionsschätze sind qualifizierte Arbeitnehmer. Wir werden auch weltwirtschaftlich nur mit intelligenten Produkten wettbewerbsfähig sein. Die Massenfertigung mit niedriger Technologie wird in der Dritten Welt billiger zu betreiben sein, und das ist für die Menschen dort auch die einzige Möglichkeit, sich aus dem Elend herauszuarbeiten. Also heißt unser Thema „Qualifikation“.

Was mich beunruhigt, ist die Frage: Warum hat es der ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt immer schwerer? Das war früher der Arbeitskollege, der alle Tricks beherrschte, der alles kannte, den die Jüngeren gefragt haben: Schorsch, wie machen wir das? – Heute ist er in der Gefahr, derjenige zu sein, dessen Bildung am weitesten zurückliegt, der durch die technologische Entwicklung überholt ist.

Deshalb müssen wir, so glaube ich, mit dem Vorurteil aufräumen, Bildung sei etwas für das erste Drittel des Lebens.

(Zustimmung)

Sie wird die Arbeitnehmer begleiten, und das wird nicht nur von der Bundesanstalt zu machen sein; es wird auch eine Aufgabe der Unternehmen sein, nicht nur moderne Maschinen zu haben, sondern auch Arbeitnehmer, die die Maschinen beherrschen können. Das braucht das Zeitbudget für Bildung überhaupt nicht zu verlängern: vielleicht im ersten Drittel etwas weniger, um es über das ganze Leben zu verteilen.

Wenn dann die Bundesanstalt mit Fortbildung und Umschulung zur Seite steht – nur flankierend –, wünsche ich mir eine andere Finanzierung als heute. Denn kann mir jemand folgendes erklären? Wenn der Werkzeugmacher Norbert Blüm zum Bauzeichner umschulung, bezahlt das der Beitragszahler. Wenn der Akademiker Blüm ein Zweitstudium als Medizinstudent beginnt, bezahlt das der Steuerzahler. Kann mir jemand die Logik dieser Unterscheidung klarmachen?

(Zustimmung)

Die akademische Bildung ist wie die berufliche Fortbildung eine Bildung, und deshalb kann es nicht so sein, daß die Arbeitnehmer ihre Bildung mit Beiträgen bezahlen, während die akademische Bildung mit Steuern bezahlt wird.

(Beifall)

Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der Lohnnebenkosten.

Drittens möchte ich noch einmal das Hohelied des dualen Bildungssystem anstimmen. Es ist, wie ich glaube, die größte pädagogische Erfindung seit Pestalozzi, weil der Ernstfall des Lebens das Bildungsmaterial ist. Die Frustration eines Teils der akademischen Jugend basiert darauf, daß sie dem Ernstfall des Lebens, der Bewährung zu lange ferngehalten wird. Es kann nicht normal sein, daß man schon sein erstes Kind hat und noch nicht sein eigenes Geld verdient. In vielen Fällen wird dann ja aufs Kind verzichtet. Ich finde, daß wir auch aus diesen Gründen das Bildungskontingent auf das ganze Leben verteilen sollten und daß die Praxis ein wichtiges Bildungsmaterial ist. Der Kollege Wunder von der GEW wird diese Formulierung möglicherweise mißverstehen: Die Abwertung der Praxis hat der Arbeiterbewegung einen Teil ihrer Würde und ihrer Selbstachtung genommen. Die Arbeiterbewegung hat dadurch Kraft verloren. Auch eine moderne Volkswirtschaft braucht diejenigen, die einen Wasserhahn reparieren können. Wir haben nichts gewonnen, wenn jeder einen Computer bedienen kann, aber niemand mehr die handwerklichen Arbeiten erledigen kann. Aber das ist nicht der einzige Grund; es geht auch darum, die Würde und die Selbstachtung jener Arbeiter hochzuhalten, die sich ihr Brot mit ihrer Hände Arbeit redlich verdienen.

Wer Schwielen auf den Händen hat, der ist so viel wert wie derjenige, auf dessen Türschild der Dokortitel steht.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diesen Beitrag! – Aufrufen möchte ich jetzt Frau Dr. Hanna-Renate Laurien.

Dr. Hanna-Renate Laurien (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich mich vor dem Hintergrund der Initiativanträge 755 bis 760 zu Wort melde, dann tue ich dies in der Tat aus Verantwortung in der Berliner Politik. 1981 übernahmen wir hier die Regierung. Wir haben seit damals – das sind jetzt immerhin zwölf Jahre – die Schlacht der Systeme beendet und die Gleichrangigkeit der Einzelschule durchgesetzt. Meine Damen und Herren, in einer Vielfalt von Schularten müssen – das ist unstrittig – die Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit der Abschlüsse gesichert sein, darf Gesamtschule niemals als Instrument eingesetzt werden, um bewährte Schulen des gegliederten Systems zu töten. Das ist eindeutig.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, dort, wo wir die Gesamtschule als Regelschule vorfinden, haben wir nicht die Möglichkeit – und das wollen wir auch nicht –, sie zu schließen, sondern wir müssen ihre Qualität sichern. Die apodiktische Art, in der hier die Gesamtschule verteufelt wird, die ich aus der Berliner Erfahrung überhaupt nicht teilen kann, schließt aus, daß Sie glauben, jemals ein SPD-regiertes Land für die CDU zu übernehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, unsere Realschule dauert nicht sechs, sondern vier Jahre. Wenn „in der Regel“ davorstünde, wäre auch unsere Realschule vom Parteitag der CDU integriert. Wir haben erstklassige Gesamtschulen und erstklassige Gymnasien, durchschnittliche Gesamtschulen und durchschnittliche Gymnasien. Bei beiden Arten haben wir auch ein paar Problemschulen; das sei gerne zugegeben. 25 oder 28 % der Eltern – das wechselt immer ein bißchen – entscheiden sich in freier Entscheidung für die Gesamtschule.

Meine Damen und Herren, ich kann Sie nur davor warnen, hier die überholte Schlacht der Systeme wiederaufzunehmen, statt sich um die Qualifizierung der Einzelschule zu bemühen. Die 25 % der Schüler, die in diesen Schulen sind, müssen einen Schreck kriegen, wenn sie etwa CDU wählen sollten. Das hat Abschreckungscharakter für Wähler mit einer anderen Richtung. Die CDU-Linie war immer: Gleichrangigkeit des Unterschiedlichen, nicht nur in der Frauenpolitik, sondern auch in der Bildungspolitik.

Ich meine deshalb, daß wir deshalb Vielgliedrigkeit mit Qualität verbinden sollten. Können Sie sich vorstellen – ich will das einmal so deutlich sagen –, wenn wir die Formulierung auf Seite 102, daß Gesamtschulen nicht das soziale Spektrum widerspiegeln, daß sie also keine entsprechenden Leistungen brächten, beschließen, wie wir in Berlin den Wahlkampf für unsere Partei bestehen wollen? Können Sie mir das einmal sagen? Dann wird doch festgestellt: Aha, das, was auf Seite 102 nachzulesen ist, das, was ihr in der Wirklichkeit der Politik für die Menschen verwirklicht, beschießt ihr auf eurem Parteitag völlig anders.

Unser Vorschlag lautet deshalb: Versuchen Sie, alle pauschalen Wertungen dieser Art herauszunehmen! Man kann auch im Schweigen unterschiedlicher Meinung sein. Wir sollten aber deutlich sagen, daß wir überall dort, wo Gesamtschule als ideologische Waffe eingesetzt werde, klar Gegenfront bezögen und daß wir auch dort, wo ideologische Bestausstattungen erfolgen, ebenfalls klar Gegenfront bezögen. Die einzige Schulart, die wir in Berlin privilegiert haben, ist die Hauptschule gewesen und dies ist sie auch heute noch. Für diese Linie, die sich dann nämlich auch in finanziellen Entscheidungen ausdrückt, möchte ich Sie hier gerne gewinnen.

Noch eine letzte, ganz knappe Bemerkung, weil ich weiß, daß sie sinnlos ist.

(Heiterkeit)

– So ist es. Stellen Sie sich vor, daß ein Schüler am Ende der 9. Klasse in Französisch eine Sechs, in Griechisch oder Latein eine Fünf hat, aber in allen anderen Fächern die Note „Ausreichend“ oder „Befriedigend“ bekommt. Wenn Sie sich vorstellen, daß dieser damit künftig nicht mehr einem Hauptschüler gleichgestellt sein soll - der seine Klasse mit Erfolg absolviert hat - und dann eine Prüfung vor Hauptschullehrern absolvieren soll. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Einrichtung dieser Sache.

Das zu beschließen, meine Damen und Herren, zeigt einen so großen Mangel an Wirklichkeitssinn und soviel Mißachtung von Elternwillen, daß ich mich in der Tat frage, wohin wir steuern wollen. Mein Vorschlag ist, daß man die Anträge, in dem das enthalten ist – das sind die Anträge 359 und 321 – zusammen mit dem Niederschönhauser Antrag – das ist wohl Antrag 239 – dem Bundesvorstand zur Beratung überweist. Denn die Wirklichkeit in den jungen Ländern ist auch nicht die der lupenreinen Dreigliedrigkeit. Dort gibt es ein paar Öffnungsansätze, die zu begrüßen sind.

Ich meine, wir sollten – ich sage das mit liebevollem Schmerz auch in Richtung des Bundeskanzlers; ich war auf dem Parteitag, auf dem wir die zwölf Jahre beschlossen haben, anwesend und habe damals dagegen gestimmt –, wenn etwas beschlossen ist, das auch machen, und dann hat die Mehrheit recht. Insofern warne ich Sie heute vor einem solchen Beschluß, eine Prüfungssorge hier einzuführen, sie zu beschließen und dann nie zu verwirklichen. Irgendwo hat der Zusammenhang von Denken und Tun auch etwas mit der Glaubwürdigkeit der Politik zu tun.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Laurien! – Als nächster Redner wird Herbert Reul aufgerufen, danach Herr Arnold Timm. – Herbert Reul, bitte!

Herbert Reul: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Endlich haben wir heute die Chance, einmal eine klare Linie in der CDU-Bildungspolitik zu verabschieden, die über alle Länder hinweg auch einen Konsens bedeutet. Endlich kommen wir davon weg, mit Wischi-Waschi-Formulierungen Öffnungen an allen Stellen zu haben, die dann in Wahlkämpfen dazu führen, daß wir überhaupt nicht mehr wissen, wie das CDU-Profil in Bildungsfragen war. Das hat mich in der Vergangenheit außerordentlich gestört. Deshalb bin ich vehement dagegen, daß solche Vorschläge, die hier soeben auch wieder gemacht wurden, in den Antrag eingeführt werden, und damit das, was das Ergebnis der Kommission war, nämlich Strukturen, Konzepte, Ideen der CDU-Bildungspolitik zu formulieren, hier deutlich wird. Ich bin sehr wohl dafür, daß wir klar sagen, das Konzept der integrierten Schule, der integrierten Gesamtschule, sei nicht unser Konzept.

(Beifall)

Das ist ein inhaltlicher Streit; das ist kein Formalstreit, der hier ansteht. Dabei geht es nicht darum, wie man in einem SPD-regierten Land damit umgeht, wie man das nachher organisatorisch und inhaltlich faßt – das ist nicht die Frage –, sondern es geht um die politische Aussage, daß das eine Auseinandersetzung ist, die wir als richtig und notwendig ansehen.

Deshalb bin ich auch überhaupt nicht damit einverstanden, Herr Schreyer, zu sagen: Statt der Integration in ein System machen wir eine Integration in zwei Systeme. Denn ich meine, das ist eine bildungspolitische Ausgangslage, die wir hier festlegen müssen, ob wir meinen, es müßten unterschiedliche Bildungsgänge sein. In der Frage, wie man das vor Ort organisiert, bin ich sehr, sehr flexibel. Das ist wirklich nicht die Kernfrage. Aber zu sagen: Es muß drei Wege geben, weil es unterschiedliche Anforderungen gibt, dafür bin ich allerdings.

Ich bin deshalb auch dafür, daß wir in bezug auf die Hauptschule sagen: Wir brauchen einen solchen Bildungsweg. 20 % eines Jahrgangs schaffen die Mittlere Reife nicht. Was wollen Sie eigentlich mit denen machen? Sollen sie nachher als Gescheiterte aus dem Schulsystem herauskommen, sollen sie ohne Schulabschluß in die Sozialhilfe kommen, oder wie soll das funktionieren?

Deshalb habe ich die dringende Bitte, daß wir bei dem, was hier vorgelegt worden ist, drei Wege festschreiben, auch den Hauptschulweg und den Hauptschulabschluß, daß wir aber sagen: Vor Ort kann man das flexibel organisieren. Das bedeutet der Hinweis auf die differenzierte Mittelschule. Das ist die richtige Antwort, die wir brauchen, um auch unterschiedlichen regionalen Besonderheiten gerecht zu werden. Aber wir brauchen das Ganze nicht auf ein Zwei-Säulen-Modell festzuschreiben. Denn damit würden wir genau den Fehler begehen, den Hauptschul-Bildungsgang als einen eigenen, einen zwingend notwendigen zuzuschütten.

Wenn es richtig ist, Frau Laurien, daß es in dieser Bildungsdebatte nicht nur darum geht, daß wir uns für junge Leute einsetzen und deren Zukunftsentwicklung im Auge haben, sondern daß Bildung und Schule auch den Auftrag haben, dafür zu sorgen, daß die Gesellschaft funktioniert und sich weiterentwickelt, und wenn die Standortdebatte hier nicht nur Makulatur sein soll und sich nicht nur auf Kostenfragen reduziert, dann sage ich Ihnen: Es ist eine sehr wichtige Aufgabe, daß wir feststellen, daß das Bildungssystem der nächsten Jahre endlich wieder stärker darauf ausgerichtet sein muß, daß Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft in der Schule gefördert werden und daß Leistungen auch als ein Kriterium von Schule kenntlich gemacht werden. Wenn Sie das wollen, bedeutet das natürlich eine klare Konfliktlinie mit denjenigen, die meinen, Schule könnte so etwas wie „Phantasialand“ zwischen den Ferien sein.

Dann ist das natürlich eine klare Aussage, daß wir sagen, wir stehen dazu, daß Noten gegeben werden, denn wir sind der Meinung, daß Schülerinnen und Schüler in der Schule auch Grenzen erfahren müssen, übrigens auch lernen müssen, mit Grenzen fertigzuwerden. Es gehört genauso dazu, daß die Leistungen, die erbracht werden, auch geprüft werden müssen. Ich kenne kein anderes Kriterium, was überzeugender ist als dieses, über Leistungen Selektion oder Auswahlentscheidungen treffen zu lassen. Das ist mir wesentlich sympathischer als das, was in der ehemaligen DDR war, daß das Parteibuch entscheidend dafür war, wo man hinkam und welchen Weg man gehen konnte. Deswegen muß man dieses Kriterium Leistung stützen und stärken.

Dazu gehört auch, daß das Gymnasium als Schulform ein ganz anderes Konzept bekommt. Wenn es richtig ist, was wir von den Hochschulen hören, wie sie klagen, dann können wir doch nicht „Weiter so Deutschland“ machen. Dann muß man doch sagen, die Gymnasien müssen verändert werden. Dann gehört natürlich die Frage dazu, daß der Hauptschulabschluß da nicht vergeben werden kann - wie denn sonst auch, wenn es ein anderes Konzept ist - und der Realschulbildungsgang. Dann muß man doch darüber nachdenken. Dann muß man die Debatte über die Verkürzung der Schulzeit auch nicht anfangen, weil das in Europa so ist. Das ist nicht die Kernfrage. Die kürzere Gymnasialzeit beinhaltet eben auch, daß es eine andere Schule ist, die die Inhalte anders organisiert und andere Anforderungen stellt. Das hat Folgen für die Schülerinnen und Schüler, die diese Schule besuchen werden. Das will ich, das halte ich für richtig und notwendig, und das sollte die CDU auch so fordern.

Wenn wir als CDU in der Bundesrepublik Deutschland Bildungspolitik machen und als CDU erkennbar bleiben oder wieder werden wollen, dann bin ich sehr dafür, daß wir an ein paar Stellen die Konflikte austragen und hier profiliert Entscheidungen treffen,

damit wir uns von dem unterscheiden, was die SPD will. Ich habe keine Sorge davor. Ich halte das für zwingend notwendig. Man muß dann allerdings die Entscheidungen treffen, die die Antragskommission hier vorgesehen hat, und darf nicht dem Versuch unterliegen, dies aufzuweichen, wie es in einigen Wortmeldungen versucht worden ist. – Ich danke.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Trotz allem Engagement in dieser Frage darf ich noch einmal geschäftsleitend darauf hinweisen, daß wir eine Redezeit von fünf Minuten haben, daß man die aber nicht unbedingt ausreizen muß. – Ich rufe jetzt auf Herrn Tim Arnold, dann Frau Ursula Körtner.

Tim Arnold: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich studiere Wirtschaftsgeschichte in Bonn und habe vor vier Wochen den Vorsitz einer Organisation übernommen, die heißt European Democratic Students. Das ist der Dachverband des Rings Christlich Demokratischer Studenten auf europäischer Ebene. Dort diskutieren wir genau diese Punkte, die im bildungspolitischen Antrag in den europapolitischen Teilen enthalten sind. Ich kann Ihnen sagen, daß unsere europäischen Kommilitonen mit uns einig sind, daß es höchste Zeit ist, der Bildungspolitik eine klare europapolitische Dimension zu verleihen. Darum unterstützen wir alle europapolitischen Teile dieses Antrages.

Ich will das begründen. Die Einigung Europas und die wachsende Verflechtung der Weltmärkte sind wahrscheinlich die größte Herausforderung an unser Bildungssystem. Warum? Weil wir einem scharfen Wettbewerb um Innovationen ausgesetzt sind, den wir zum Teil, wie ich bedauern muß, schon zu verlieren drohen. Unsere Debatte um den Wirtschaftsstandort Deutschland hat darum auch eine wichtige bildungspolitische Dimension. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, Bildungsfragen allein den Kulturpolitikern zu überlassen und - ich muß hinzufügen - auch nicht allein dem Koalitionspartner.

Die Einheit Europas ist aber nicht nur eine Frage der Marktintegration, sondern auch eine Frage des politischen Handlungswillens. Ohne die aktive Beteiligung der Bürger und ohne das aktive Bewußtsein für das gemeinsame Kulturerbe Europas wird sich der europäische Bundesstaat kaum verwirklichen lassen.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen zu sagen, daß wir christlich demokratische Studenten nicht bereit sind, dieses Ziel aufzugeben, gerade weil wir uns der bildungspolitischen Dimension bewußt sind. Wir müssen uns immer wieder in Erinnerung rufen, was die Völker Europas miteinander verbindet. Wissenschaft und Kunst kennen eben keine nationalen Grenzen. Unsere Schulen sind ein Motor der europäischen Integration, unsere Hochschulen sind Brücken, über die unser Kontinent zusammenwächst.

Überlegen Sie einmal, wie schwierig es immer noch ist, einen Studienabschluß im Ausland abzulegen. Es gibt natürlich Mobilitätsprogramme. Dafür sind wir auch dankbar. Die Mobilitätsprogramme erreichen aber längst nicht die 10 % der Studenten, die sich die Europäische Gemeinschaft zum Ziel gesetzt hat. Mobilität schaffen wir nun einmal nur, indem wir unsere Studenten in die Lage versetzen, ihr Studium individuell aufzubauen. Es muß in Zukunft selbstverständlich werden, daß begabte Studenten ohne Zeitverlust einen Abschnitt an einer Wunschhochschule im Ausland studieren können.

Hier sind die Bundesländer gefragt. Der Vertrag über die Europäische Union hat ein wesentliches Strukturelement der europäischen Bildungspolitik festgeschrieben. Das

Prinzip der Subsidiarität garantiert die Kulturhoheit der Länder und bremst zugleich die Harmonisierung der nationalen Bildungssysteme. Die Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft treten nur flankierend hinzu.

Ich bin schon etwas überrascht, daß auf diesem Parteitag immer noch Christdemokraten auftreten, die erklären, sie wüßten nicht, was das Prinzip der Subsidiarität bedeute. Ich glaube, das kann nicht sein. Wir sollten nicht darüber jammern, daß das unverständlich ist, sondern als Christdemokraten, die dieses Prinzip entwickelt haben, rausgehen in die Wahlkreise und es den Menschen erklären. Das Subsidiaritätsprinzip ist für uns kein Freibrief für Untätigkeit und Kompetenzgerangel. Im Gegenteil, die Länder müssen ihre Schulen und Hochschulen der europäischen Herausforderung entsprechend weiterentwickeln.

Mit diesem Leitantrag zeigen wir an, daß die CDU Deutschlands die Dringlichkeit bildungspolitischer Reformen erkannt hat. Sie alle können dabei mithelfen, diesen Reformwillen in die Länderparlamente hineinzutragen. Ich danke Herrn Gölder für die konkreten Beispiele, die er angeführt hat, besonders im Hinblick auf die Sprachenausbildung.

Lassen Sie mich noch sagen, daß im Gegensatz zur Vergangenheit, als deutsche Hochschulen eine führende Rolle in Europa spielten, wir im Moment vor dem Scherbenhaufen einer Bildungspolitik stehen, die Bewußtsein ändern wollte, aber Begabungen, wie ich meine, nivelliert hat. Unsere Reformen kommen spät. Sie sind notwendig. Die jungen Leute werden nicht mehr davon profitieren können, aber wir müssen an die denken, die nach uns kommen, die jetzt noch Kinder sind.

Zum Schluß eine Bemerkung: Wir haben mehrmals gehört, es ist jetzt die Zeit - und ich sage das bewußt als Student vom RCDS -, sich einmal mehr um den Bundeskanzler zu scharen und die CDU auf ein großes Wahlkampfsjahr vorzubereiten. Lassen Sie uns die Chance nutzen, Landtags- und Europawahlen zu verbinden, Europa und Bildung zu einer großen bildungspolitischen Offensive zu verbinden. Machen Sie Deutschlands Jugend fit für Europa, helfen Sie mit, unsere wirtschaftliche Zukunft zu sichern, und bauen Sie mit uns die Bildungsgemeinschaft Europa.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Arnold. Als nächste Frau Ursula Körtner, dann Dieter Burkert, danach Dieter Balkhausen. Das ist dann der Schluß der allgemeinen Aussprache.

Ursula Körtner: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich nicht zu den Inhalten unserer Beschlüsse äußern. Ich denke, damit können wir in allen Bundesländern leben. Daß für unsere CDU Bildungspolitik leider lange Zeit kein Thema war, ist unstrittig. Wir haben die Themenführerschaft in der Bildungspolitik viel zu lange der SPD überlassen. Die Quittung dafür haben wir erhalten. Die SPD hat rigoros sowohl inhaltlich-ideologisch als auch personell zugeschlagen. Wir haben das zugelassen, und wir haben das viele Jahre zugelassen.

(Vereinzelte Beifall)

Schulleiter, die das CDU-Parteibuch haben, genießen in vielen Bundesländern leider inzwischen Artenschutz. Die Mehrheit der Eltern - und für die spreche ich hier - in diesem Land will endlich Ruhe an der Schulfront, und sie hat auch die Nase voll von Modellversuchen jeglicher Art. Sie will auch nicht, daß ihre Kinder zu Versuchskaninchen gemacht werden. Sie will gute Lehrer haben, sie will begabungsgerecht gegliederte durchlässige Schulsysteme, sie will keine Gesamtschulsysteme, die in anderen Ländern kläglich gescheitert sind.

(Beifall)

Wir bestätigen mit diesen Anträgen, die dazugekommen sind, de facto die linke ideologische Bildungspolitik. Wir werten sie auf und verlieren damit vollends unser Profil in Sachen Bildungspolitik. Wenn wir hier und heute keine klare Aussage zum gegliederten Schulsystem machen, werden sich die linken Ideologen einmal mehr ins Fäustchen lachen. Wenn wir erneut die bildungspolitische Führerschaft der anderen Seite überlassen, dann ist dieser Parteitag ein Flop.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Körtner. Ich bitte jetzt Herrn Dieter Burkert aus Nordrhein-Westfalen.

Hans-Dieter Burkert: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Dr. Lammert sagte vorhin in seiner Einführung zu dem Leitantrag zur Bildungspolitik, der im wesentlichen in der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen entwickelt worden ist, daß es niemanden gebe, der hier nicht zustimmen könne. Ich bin dieser Niemand.

Ich unterrichte seit 34 Jahren am Gymnasium und habe mich vielleicht zu wenig um die allgemeinen Zusammenhänge, damit man dort unterrichten kann, gekümmert. Ich versuche das jetzt, da ich etwas älter geworden bin, nachzuholen. In diesem Sinne weise ich auf bestimmte Halbherzigkeiten dieses Leitantrages hin.

Erstens. Es wird nach wie vor von der Gesamtschule gesprochen. In dieser Hinsicht bin ich überhaupt nicht der Meinung der sonst von mir sehr verehrten Dr. Hanna-Renate Laurien. „Gesamtschule“ ist für mich, der ich nun über 60 Jahre alt bin und, wie gesagt, seit über 30 Jahren Tag für Tag vor der deutschen Jugend stehe, ein Name, der mit gesellschaftspolitischer Aushebelung schlimmster Art in den 60er und 70er Jahren verbunden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Teil haben wir diese Entwicklung sogar selbst mit zu verantworten. Die Kultusministerkonferenz hat im Jahre 1972 das Oberstufenkurssystem mit den Stimmen der CDU-Kultusminister beschlossen. Es wäre eine gute Gelegenheit, damit nun endlich und für alle Zeiten Schluß zu machen. Die Gesamtschule hat als Schularart weniger bildungsmäßig versagt - darin stimme ich Frau Laurien zu -, aber sie hat gesellschaftspolitisch Kulturrevolution in dieses Land gebracht. Es kam zu einer Entwicklung, die zu unserer deutschen und europäischen Bildungstradition in keiner Weise paßt. Wer an der Front zusammen mit Genossen im selben Lehrerkollegium jahrzehntelang unterrichtet hat, wird wissen, was wir gelitten haben. Ich wäre froh, wenn meine Partei, zu der ich immer noch stehe, jetzt sagen würde: Schluß mit der Gesamtschule. Ob kooperativ oder additiv oder integrativ, das interessiert mich nicht mehr. Es geht hier nicht um Strukturen. Es geht hier um bildungspolitische, fundamentalpolitische und wertepolitische Entscheidungen. Jetzt oder nie: Schluß mit diesem radikalen Spuk der 60er Jahre.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind keine halbsozialistische Partei, die sich mit Sozialdemokratisierung zu befassen hätte.

(Beifall)

Soviel zur Halbherzigkeit.

Zweitens komme ich nun auf die Widersprüchlichkeit zu sprechen. Ich wende mich an Herrn Göltner. Als Kultusminister habe ich ihn sehr geschätzt, obwohl er nicht mein Kultusminister war. Er hätte eher mein Kultusminister sein können, aber ich kann mir

den Kultusminister in Nordrhein-Westfalen ja nicht aussuchen. Herr Gölder hat gesagt, das Abitur müsse durch erhöhte Leistung wieder allgemeine Studierfähigkeit garantieren. Sehr einverstanden, zumal als Lehrer für Altgriechisch. Wenn man das sagt, darf man aber nicht auf der anderen Seite hergehen und sagen: Wir brauchen die fachbereichsspezifische Aufnahme- und womöglich Ausleseprüfung der Universität. - Sonst fällt man von der Motivation her den Lehrern in den Rücken, die mehr leisten wollen. - Danke schön.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Burkert. Nächster Redner ist Herr Dieter Althaus, Thüringen.

Dieter Althaus: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir unverständlich, wie hier in der Diskussion ideologische Gräben aufgerissen werden, die sich in dem Leitantrag überhaupt nicht wiederfinden.

(Beifall)

Es geht doch nicht um den Kampf der Systeme, sondern es geht nach meiner Auffassung um die Klarheit einer bildungspolitischen Aussage der Union. Wenn es diese Klarheit schon in allen Bundesländern gäbe, brauchten wir hier nicht viele Wochen und Monate und in manchen Bundesländern schon viele Jahrzehnte miteinander zu streiten. Thüringen hätte diesem Weg und auch diesem Leitantrag sicher nicht seine grundsätzliche Zustimmung gegeben, wenn sich dort nicht die bildungspolitische Praxis der neuen Länder wiederfinden würde. Ich meine schon, daß wir zu realistischen Ansätzen im Schulbereich zurückfinden müssen. Die Illusionen haben uns in Sackgassen geführt. Bezahlt haben dafür nicht die Politiker, sondern die jungen Menschen, die in diesen Sackgassen am Ende allein gelassen werden. So, wie schlechte Wirtschaftspolitik die Leistung und das Geld inflationiert, inflationiert auch schlechte Bildungspolitik die Leistung. Wir produzieren dann Scheinerfolge. Diese wirken sowohl personell als auch gesellschaftlich katastrophal.

Ich behaupte, auch die unionsgeführten Länder in Deutschland haben kein echtes differenziertes Schulsystem. Wir haben vielmehr ein System mit Königswegen und mit Trampelpfaden. Dieses System haben wir selbst so gestaltet.

Es wurde auf diesem Parteitag sehr viel über den Wirtschaftsstandort Deutschland gesprochen, und das ist gut so. Ich bin froh, daß im gleichen Zusammenhang auch über Bildungspolitik gesprochen wird und daß diese bildungspolitische Diskussion nicht unter einer fiskalischen Regie geführt wird. Studienabbrecher, Hochschulüberlast, Numerus clausus, Dortmunder Zentralstelle und vieles andere lassen uns deutlich erkennen, daß eine Reform im Bildungs- und Ausbildungssystem dringend geboten ist.

Wir können klare Zielperspektiven geben, wenn wir klar umreißen, wie eine Struktur sich auf Abschlüsse hin orientiert. Ich meine, es hat genug Expertenrunden, Hearings und wissenschaftliche Studien gegeben. Jetzt ist Mut zum Handeln angesagt. Praktische Politik muß gestaltet werden. Insoweit eröffnet, wie ich glaube, die deutsche Einheit eine große Chance. Die Kraft des Faktischen wirkt doch eruptiver als so mancher Parteitagbeschuß, so manche Studie oder so manches Programm.

Für uns geht es in Thüringen nicht um die Frage einer 12- oder 13jährigen Schulzeit. Wir haben für diese Schulform die Entscheidung für eine 8jährige Gymnasial- und eine 12jährige Schulzeit getroffen. Es geht dabei nicht um Verkürzung. In mehreren westdeutschen Bundesländern wird eine vertikale Schulzeitverkürzung aus finanziellen Erwägungen durchgeführt. Thüringen bietet jetzt schon in 12 Schuljahren mehr Unterricht als andere Bundesländer in 13 Schuljahren. Es geht also nicht um Kürzung. Es geht um Neuorganisation.

Als Kultusminister stört es mich außerdem, wenn wir so tun, als könnten wir alle Systeme nebeneinander und miteinander kooperierend anbieten. Ich meine, dieses ist nicht möglich. Wir brauchen Klarheit in unserer bildungspolitischen Aussage, und wir brauchen auch Klarheit bei der Durchsetzung. Wir stellen doch fest, daß z.B. das deutsche Abitur und auch viele andere Abschlüsse - vorhin wurden einige Beispiele genannt - nicht mehr durchgängig zufriedenstellen können. Die föderale Struktur Deutschlands hat sich in dieser Hinsicht nicht qualitätssteigernd ausgewirkt. Das Schlimme daran ist, daß sie nicht gerechtigkeitsfördernd ist. Es ist schon richtig, was vorhin gesagt worden ist: Wenn wir einen Maßstab für gerechte Beurteilung finden wollen, dann kann das nur der Maßstab der Leistung sein. Negative individuelle und gesellschaftliche Konsequenzen stellen sich ein, wenn wir dies von vornherein negieren.

Es muß klar sein, daß Schulabschlüsse nur in der Schulform vergeben werden, in der sie auch vorbereitet werden. Die Mitnahmeeffekte machen Königswege und machen die anderen Wege von vornherein zu unwerten Wegen.

Wenn wir diesen Leitantrag sehen, stellen wir, wie ich denke, fest, daß eine bildungspolitische Grundidee zum Vorschein kommt, die deutlich folgendes aussagt: Der Staat hat nicht das Recht, eine Steuerung im Hinblick auf Bildungswege vorzunehmen, aber er hat die Pflicht, den Standard, d.h. die Qualitätsanforderungen zu definieren und zu sichern. Nur so ist es möglich, Lebensfähigkeit insgesamt auf weite Sicht zu sichern. Damit ist sowohl dem einzelnen als auch der Gesellschaft gedient. Unsere Gesellschaft erfordert Auswahlprozesse. Wer dies verneint, verneint auch die Praxis. Das falsch verstandene Gleichheitsideal führt zu einer temporären Verschiebung der Auswahlprozesse. Die Scheinerfolge, die Nivellierungen, die Überforderung, die Unzufriedenheit und auch so manche Gewaltsituation an Schulen entstehen genau hieraus.

Wir dürfen doch die Bildungspolitik nicht mit Sozialpolitik verwechseln. Bildungspolitik ist für den einzelnen ein Selbstverwirklichungsprinzip, ist aber auch für die Gesellschaft unbedingte Voraussetzung, um Gemeinschaft auf Dauer leben zu können.

Deshalb bitte ich uns alle, den Leitantrag mit den eingearbeiteten Veränderungen zu verabschieden und dann – das ist noch viel wichtiger – auch so zu handeln. Dazu bräuchten wir eigentlich auch die Mehrheiten in den Ländern, weil sonst alles nur auf dem Papier stehenbleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Eike Wülfing, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt dem Kultusminister des Landes Thüringen für seine Rede. Damit sind wir am Ende der allgemeinen Aussprache angekommen.

Alle diejenigen, die hier jetzt nicht das Wort genommen haben oder nehmen konnten, bitte ich, sich dann bei den Einzelanträgen zu melden.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Geduld der Delegierten, mit der Sie die Redner angehört haben. Ich bedanke mich auch für die disziplinierte Art der Reden. Ebenfalls danke ich dafür, daß Sie sich an die Zeit gehalten haben. – Ich übergebe das Tagungspräsidium an meinen Kollegen Bernd Neumann.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Der Leitantrag zur Bildungspolitik umfaßt insgesamt 748 einzelne Anträge. Dies beweist zunächst, daß die CDU eine rege diskutierende Partei ist. Dies zeigt auch insbesondere, daß Fragen von Bildung, Ausbildung und Erziehung in den Diskussionen der Gliederungen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Aber, meine Damen und Herren, dieser Parteitag wäre überfordert, wollte er sich mit allen einzelnen Aspekten der Antragslage befassen. Dies ist bereits sehr gründlich in der Antragskommission erfolgt, der ich an dieser Stelle einmal in Ihrem Namen für die aufwendige Arbeit und die vielen Sitzungen in Verbindung mit dieser Antragsbroschüre herzlich danken möchte.

(Beifall)

Das Parteitagspräsidium schlägt Ihnen vor, bei dem vorliegenden Antrag so zu verfahren, wie das gestern bei den Anträgen zur Inneren Sicherheit praktiziert worden ist. In der Regel sollen immer mehrere Ziffern aufgerufen werden. Dann soll über sie Beschluß gefaßt werden. Wir bemühen uns, einzelne Ziffern nur dann aufzurufen, wenn die Antragslage einen hohen Diskussionsbedarf erkennen läßt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist sehr sinnvoll. Können wir so verfahren? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe die Überschrift auf. Es geht um die Vorschläge zur Neugliederung des Textes sowie um die Ziff. 1 bis 5 des Leitantrags. Dieser Aufruf umfaßt die Anträge A 1 bis A 57. Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf den Seiten 2 bis 14.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der jeweils vorgeschlagenen Fassung. Dazu liegen uns keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich komme zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 1 bis A 57 zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist damit im Sinne der Antragskommission mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu Ziff. 6 des Leitantrags. Dazu steht etwas auf Seite 15 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziff. 6 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Dann ist das so einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Ziff. 7 des Leitantrags auf. In dieser Ziffer werden die Erziehungsziele behandelt, und ich verweise auf Seite 19 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziff. 7 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dies ist ebenfalls einstimmig so angenommen worden.

Ich rufe die Ziff. 8 bis 11 des Leitantrags auf. Dabei verweise ich auf die Seiten 26 bis 38 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der jeweils vorgeschlagenen Fassung. Dazu liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Hubert Scharf, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Hubert Scharf: Herr Präsident! Ich folge einer Anregung von Herrn Dr. Göltner, die dieser gestern in dem Forum gegeben hat. Ich bitte, daß in die Erziehungsziele der humanen Leistungsschule der Begriff „Zuverlässigkeit“ bzw. der Begriff „Verlässlichkeit“ aufgenommen wird. Gestern ist bei uns im Forum mehrfach herausgestellt worden, daß ein solcher Begriff aufgenommen werden sollte. Unser Antrag sagt zwar, man könne das Wort „Höflichkeit“ an Stelle dessen vergessen, aber wir sind der Meinung, daß dann eben beides aufgenommen wird.

Mehrere Redner im Forum 1 haben gerade die Qualität von „Verlässlichkeit“ oder von „Zuverlässigkeit“ im Katalog der Erziehungsziele besonders herausgestellt. Das fehlt bei uns hier.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission signalisiert, daß sie bereit ist, diesen Vorschlag aufzunehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Ich lasse jetzt über die Vorschläge der Antragskommission in der vorgesehenen Fassung unter Einbeziehung des soeben erfolgten Vorschlags abstimmen.

Wer den Ziff. 8 bis 11 so zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das ebenfalls so angenommen worden.

Wir kommen jetzt zu Ziff. 12 des Leitantrags. Die Fundstelle ist Seite 39 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziff. 12 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen worden.

Wir kommen nunmehr zu den Ziff. 13 bis 21. Dabei verweise ich auf die Seiten 42 bis 56 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der jeweils vorgeschlagenen Fassung. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesen Empfehlungen zu den Ziff. 13 bis 21 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit ist auch das so angenommen worden.

Wir kommen zu den Ziff. 22 bis 25. Dabei verweise ich auf die Seiten 56 bis 61 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der jeweils vorgeschlagenen Fassung. Dazu haben wir ebenfalls keine Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu diesen Ziffern zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit ist dies ebenfalls so beschlossen worden.

Es folgt nun Ziff. 26 des Leitantrags. Dabei geht es um die erste Begegnung mit einer Fremdsprache in der Grundschule. Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf den Seiten 61ff. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Dazu gibt es zwei Wortmeldungen, und zwar von Frau Elsbeth Rickal und von Frau Rita Gerdemann.

Elsbeth Rickal: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich für den Antrag der Antragskommission und gegen die Streichungsanträge aussprechen. Abgesehen davon, daß in vielen Regionen Europas Kinder zweisprachig aufwachsen, ist es auch in der Bundesrepublik Deutschland üblich, daß ausländische Kinder neben ihrer Muttersprache auch Deutsch als Fremdsprache erlernen. Also warum sollten wir Sorge davor haben, daß deutsche Kinder, wenn sie eine Fremdsprache in der Grundschule erlernen, überfordert würden?

Es geht beim Erlernen der Fremdsprache in der Grundschule nicht darum, jetzt den Fremdsprachenunterricht der 5. Klasse auf die 3. Klasse vorzuziehen – das wäre sicher ein schreckliches Bild –, sondern es geht darum, den Kindern Freude an der Begegnung mit einer fremden Sprache zu vermitteln und ihnen zu zeigen, daß man sich durch das Erlernen einer fremden Sprache oder wenigstens einzelner Wörter leichter mit dem Klassenkameraden, der eben aus einem anderen Land kommt, verständigen kann.



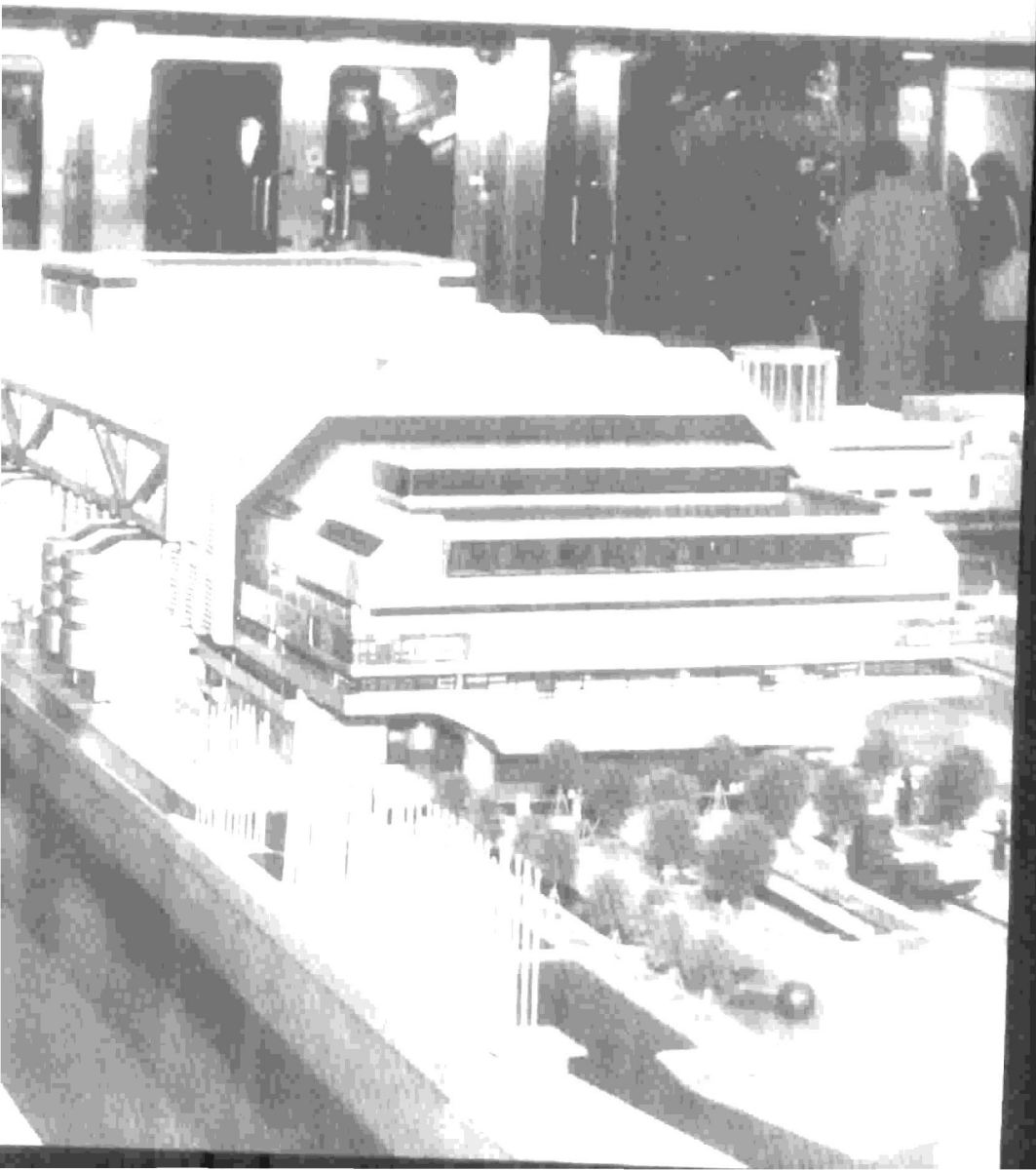
Herzlich Willkommen zum

1. Jahrestag der *Wirtschaftlichen* *Zeitung*



nen

utschlands





Kohl



Schäuble



an

Merke

Wir sichern Deutschlands Zukunft



CDU

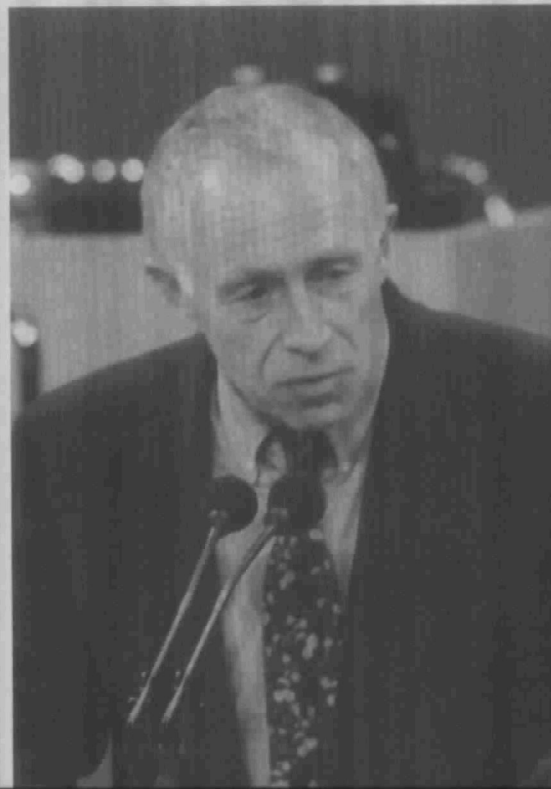


CDU











Ich meine, daß der Leitantrag der Tatsache Rechnung trägt, daß Kinder, die heute eingeschult werden, in einem vereinten Europa leben und arbeiten werden. Daher bitte ich darum, daß diese Passagen erhalten bleiben und den Streichungsanträgen nicht stattgegeben wird.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste Rednerin spricht Frau Gerdemann aus Nordrhein-Westfalen.

Rita Gerdemann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte darum bitten, daß die gesamte Grundschulzeit als Zeit der Begegnung mit der Fremdsprache einbezogen wird und die Beschränkung auf die Zeit ab dem 3. Schuljahr herausgenommen wird. In Nordrhein-Westfalen haben wir bereits einen Erlaß; wir sind in diesen Dingen manchmal Vorreiter. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Kinder sehr gern vom ersten Schultag an spielerisch den Umgang mit fremden Sprachen lernen. Auch sollte in dem Antrag nicht nur von „einer Fremdsprache“ die Rede sein, sondern etwas allgemeiner von „den Fremdsprachen“ gesprochen werden. Nur so kann man bei Lehrern und Eltern überbringen, daß in der Grundschule kein neues Fach eingeführt werden soll, nämlich der vorgezogene Fremdsprachenunterricht, sondern daß es sich hier wirklich lediglich um ein erstes Kennenlernen von fremden Sprachen und den Sprachen unserer Nachbarn handelt. – Danke schön.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen hierzu keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich habe den letzten Vorschlag zur Kenntnis genommen. Es ist aber so Usus, daß zuerst über die von der Antragskommission vorgeschlagene Fassung abgestimmt wird. Wenn das keine Mehrheit ergibt, kommen wir zur anderen Abstimmung. Ich verfare deswegen so, wie es die Geschäftsordnung vorsieht. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission betreffend Ziffer 26 abstimmen. – Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist die vorgeschlagene Fassung der Antragskommission mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe Ziffern 27 bis 29 des Leitantrags auf. Ich verweise auf die Seiten 64 bis 69 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der jeweils vorgeschlagenen Fassung. Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Hansjürgen Doss aus Rheinland-Pfalz. – Ist er im Saal? – Er hat sich bereits verabschiedet. Dann verabschieden wir auch seine Wortmeldung und kommen zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den Ziffern 27 bis 29 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ist ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 30 des Leitantrags auf und verweise auf Seite 69 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Dazu gibt es zwei Wortmeldungen. Das Wort hat zunächst Frau Beatrix Philipp aus Nordrhein-Westfalen.

Beatrix Philipp: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige Wortmeldungen auch in der allgemeinen Aussprache veranlassen mich doch, einen Satz noch einmal aufzunehmen – ich kann es schon nicht mehr hören –, und ich beziehe mich nicht auf die Verkürzung der Schulzeit, sondern auf das Kaputtreden der Hauptschule. Ich muß an dieser Stelle vielleicht auch Herrn Schreier noch einmal beschreiben, wie die Hauptschule z.B. in Nordrhein-Westfalen aussieht, die er als schwache und kranke Schulschwester bezeichnet hat. Diese Schulform wird in Nordrhein-Westfalen von ca. 300 000 Schülerinnen und Schülern besucht. Es gibt selbst in Nordrhein-Westfalen,

wo alles gegen diese Schulform getan wird, ca. 800 Hauptschulen. Meine Damen und Herren, das heißt doch, wir müssen uns auch um diese Kinder kümmern, wir müssen ihnen ein Angebot machen.

(Beifall)

Sie mit Realschülern – ich bitte um Nachsicht – zusammenzustecken, zusammenzupacken, wie das Antrag A 314 vorsieht, löst ihre zum Teil besonderen Probleme meiner Ansicht nach überhaupt nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Gestatten Sie mir einen Satz auch noch zur Gesamtschule. Selbstverständlich gibt es auch in dieser Schulform, wie wir bei uns in Nordrhein-Westfalen sagen, Sonne und Sonne. Aber in Nordrhein-Westfalen sind, das wissen wir, 80 % derjenigen, die die Gesamtschule besuchen, potentielle Hauptschüler. Das ist der beste Beweis dafür, daß die SPD ein gestörtes Verhältnis zum Leistungsbegriff und zur Leistung insgesamt hat. Ich erinnere nur an das bundespolitische SPD-Bildungsprogramm. Dort finden Sie, jedenfalls in der ungekürzten Fassung, den Satz: „Wer von Leistung spricht, muß nach Auschwitz sagen, was er damit meint.“ Meine Damen und Herren, wer dann mit uns über ein leistungsfähiges Schulsystem reden will, der muß sein eigenes Verhältnis zur Leistung erst einmal definieren oder in Ordnung bringen, ganz wie Sie wollen.

(Beifall)

Ich denke auch, daß das nichts mit bildungspolitischen Gräben zu tun hat, die man aufreißt. Auch wir haben halt unsere Erfahrungen mit Ideologien, besonders im Bildungsbereich, wie es eben ein Herr aus Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit der Gesamtschule sehr eindeutig erwähnt hat.

Für mich bedeutet Antrag A 314 eine Gefährdung des gegliederten Schulwesens, eine Gefährdung der gut funktionierenden Realschule und einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Gesamtschule.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Gölder hat in seiner Einführung mit Recht darauf hingewiesen, daß uns Christdemokraten von der SPD mehr als die Organisationsformen von Schulen unterscheidet. Aber es geht auch darum, für Nichtfachleute verständlich zu machen, warum und in welchen Fragen wir uns von den Sozialdemokraten unterscheiden. Dazu gehört für den Bildungsbereich das eindeutige Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen, weil wir es für das kindgerechtere und damit auch den unterschiedlichen Begabungen von Kindern und Jugendlichen am besten entsprechende System halten.

Wir oder ich oder die Antragskommission oder der Bundesfachausschuß – ich hoffe, auch Sie – erteilen daher der Gesamtschule und ihrer Ideologie nicht zuletzt wegen unseres anderen Menschenbildes eine deutliche Absage.

(Beifall)

Weil das so ist, lehnen wir alle Anträge, die das gegliederte Schulsystem schon im Ansatz gefährden, ab. Dazu gehört auch der Antrag des Saarlands. Ich bin der Ansicht, daß der Hauptschul- und Realschulbildungsgang voneinander getrennt geführt werden können und sollen. Abschlußbezogene Bildungsgänge setzen ein eigenständiges Profil voraus, eben das der Hauptschule und das der Realschule. Daß das, und zwar schon ab Klasse 5, möglich ist und wie das in der Praxis aussieht, haben wir gerade in einer internen Beratung vorgelegt.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, alle integrativen Systeme sind immer ein Schritt in Richtung Gesamtschule. Wenn Eltern ihre Kinder aus egal welchen Gründen nicht auf die Hauptschule schicken wollen, dann werden sie sie auch nicht auf die saarländische Sekundarschule schicken, sondern direkt auf das Gymnasium, weil auch dort Haupt- und Realschulabschluß erworben werden können. Das heißt, wir schicken so viele Kinder auf das Gymnasium, daß die von uns gewünschte Studierfähigkeit, die das Gymnasium vermitteln soll, dann auch gefährdet ist. Es wäre eigentlich so etwas wie Etikettenschwindel, wenn wir das Gymnasium dann wirklich noch Gymnasium nennen würden.

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt, daß wir, wenn wir dem Antrag des Saarlandes folgen würden, in ein paar Jahren so über die Existenz der Realschulen werden reden müssen, wie wir das an manchen Stellen - und an manchen Stellen auch fälschlicherweise - heute mit Blick auf die Hauptschule tun. Warum aber soll ich eine funktionierende Schulform wie die Realschule, die sich stabilisiert hat, wachsende Schülerzahlen aufweist, völlig unnötig gefährden?

Was wir brauchen, ist ein ortsnahes, kindgerechtes, d.h. gegliedertes, differenziertes Schulangebot auch im ländlichen Raum. Und nur da, wo Haupt- und Realschule den geordneten Schulbetrieb nicht sichern können, sollten wir den Hauptschul- und Realschulbildungsgang unter einem Dach organisatorisch zusammenführen, aber, wie gesagt, eben bei eigenständigen Profilen.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß: Wir haben in den westlichen Ländern ein differenziertes Schulsystem. Es gibt für uns keine Veranlassung, es durch die Einführung einer Sekundarschule, wie sie hier geplant ist, auf lange Sicht zu gefährden. Ich darf Sie daher bitten, den Antrag A 314 abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Panther, Baden-Württemberg.

Klaus Panther: Ich möchte den Antrag stellen, Antrag A 314 anzunehmen. Lassen Sie mich das aus ganz persönlicher Erfahrung meiner Tätigkeit als Leiter einer beruflichen Schule erklären.

Vor 30 Jahren war es unmöglich, daß in beruflichen Schulen unter Umständen gewerbliche und kaufmännische Schulen zusammengefaßt werden. Da gab es Grabenkriege. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß sich die Schüler sehr wohl fühlen. Wir nehmen auch die Schüler aus der Hauptschule und der Realschule auf. Sie kommen nach der Klasse 9 oder 10 in verschiedensten Schularten wieder zusammen.

Als Stadtrat habe ich mich in den 60er Jahren für einen Realschulzug und nicht für eine eigenständige Realschule ausgesprochen. In der Zwischenzeit wird diese Schulart in einer CDU-geführten Gemeinde als optimal angesehen und von allen begrüßt. Man kann doch auf diesem Parteitag nicht hingehen und diese Erfahrung, die seit 20 Jahren existiert und die jetzt, nach 20 Jahren, von einem ganz anderen Landesverband hervorragend formuliert und dargelegt worden ist - ich habe Herrn Schreier vorher überhaupt nicht gekannt -, einfach runterbügeln. Darum geht es mir.

Dieser Parteitag sollte zeigen, daß er auch einmal innovative Kräfte zum Zug kommen läßt. Darum bitten wir. Es ist genau so, wie es die Antragskommission eigentlich auch will. Nur wird in dem Antrag in die Zukunft gewiesen, und es wird darin alles positiv gezeigt.

Der Leitantrag spricht von Duldung: Na ja, wenn es schon da ist, dann machen wir es eben. Das ist uns und dem Saarland sowie auch einigen Delegierten aus Berlin zu wenig. Es wäre daher ein großes Ereignis, wenn der Antrag A 314 angenommen werden würde.

(Vereinzelter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für den Antragsteller hat jetzt Herr Schreier aus dem Landesverband Saar das Wort.

Jürgen Schreier: Ich darf in aller Kürze nur auf einen Punkt aufmerksam machen. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ein föderales System, d.h. die Bildungspolitik ist Ländersache. Wir könnten in der Bundesrepublik Deutschland in drei Ländern das, was wir heute beschließen - wenn der Leitantrag durchgeht -, umsetzen. Aber ich stelle fest, daß das, was wir daran sind zu beschließen, in den drei Ländern, in denen wir es umsetzen könnten, nicht umgesetzt wird. Dort wird vielmehr das umgesetzt, was gerade in dem saarländischen Antrag formuliert und wohl abgelehnt wird. Auf diese Diskrepanz zwischen dem, was wir hier beschließen, und dem, was in den Ländern, in denen es gemacht werden könnte, praktiziert wird, möchte ich diesen Parteitag doch einmal hinweisen.

Ich meine, es kann nicht sein, daß wir neue Ansätze, wie sie in den neuen Bundesländern praktiziert werden, einfach nicht als Konzept begreifen wollen, sondern lediglich als Übergangslösung hin zu dem traditionellen System, was wir immer schon praktiziert haben.

Wir sind auch im Saarland für Gliederung. Aber Gliederung muß sich doch nicht immer in einer äußeren Form derart ausgestalten, daß die Hauptschule links, die Realschule rechts und das Gymnasium oben ist. Ich meine, das sollten wir überwinden und zu flexibleren Formen übergehen.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir müssen neue systematische Ansätze finden. Einen solchen Ansatz legen wir Ihnen vor. Er wird in den neuen Bundesländern praktiziert. Eine Ablehnung dieses Antrages kommt auch einer Ablehnung dessen gleich, was in den neuen Bundesländern als Schulsystem praktiziert wird.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Gölder das Wort.

Dr. Georg Gölder, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich versuche, es kurz zu machen, aber ich möchte ein ganz klein bißchen mögliche Unklarheiten beseitigen.

Erstens zur Diskussion in der Vergangenheit: einerseits Union: Hauptschule, Realschule, Gymnasium; andererseits SPD: ausschließlich Integrierte Gesamtschule. Späte 60er, 70er Jahre: Gegliedertes System, IGS als Monopol.

Die zweite Phase, die späten 70er und die 80er Jahre, wobei ich jetzt mit der SPD anfangen: Die SPD und die GEW - stimmt es, Herr Wunder? - merkten, daß sie sich am Gymnasium die Zähne ausbeißen. Also hat die SPD die Kurve gekratzt und verlangt jetzt, wenn auch unter unterschiedlicher Benennung, im Grunde ein zweisäuliges System: auf der einen Seite Gymnasium - es wird immer breiter und der Gesamtschule immer ähnlicher - und auf der anderen Seite Gesamtschule. Im Endergebnis sind die beiden gar nicht so weit auseinander. Man hat nur für die Bevölkerung mit dem Namen Gymnasium eine angemessenere Bezeichnung. Ich hoffe, das war klar genug: IGS plus Gymnasium.

Bei uns ist - auch in den alten Ländern - eine breite Diskussion losgetreten worden, ausgehend von der Frage: Hat die Hauptschule als selbständige Schulart um jeden Preis noch eine Chance? In diese Diskussion sind dann die neuen Länder gestoßen, vor allem die drei Länder im Süden bzw. in der Mitte, mit Regelschule, Mittelschule und Sekundarschule. Dabei gestatten Sie mir die Randbemerkung: Es war schon bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, sich unter den drei Ländern wenigstens auf einen Namen zu einigen, wenn man schon ein einigermaßen übereinstimmendes Konzept verfolgt.

Was machen wir jetzt, wo stehen wir? Der Fachausschuß und die Antragskommission sagen in Ziff. 31 „Die Hauptschule bzw. der Hauptschulbildungsgang“, sagen nicht: Hauptschule in jedem Fall in Reinkultur. Der Leitantrag sagt in Ziff. 32 „Die Realschule bzw. der Realschulbildungsgang“. Er sagt dann in Ziff. 33 - jetzt bitte ich, wenn ich das darf, die Seite 84 aufzuschlagen -, daß es die Möglichkeit gibt, Hauptschule und Realschule unter einem Dach zusammenzufassen, und nennt dort ausdrücklich die Formen Mittel-, Regel-, Sekundarschule bzw. differenzierte Mittelschule.

Der Leitantrag eröffnet also auch in Zukunft die Möglichkeit der selbständigen Hauptschule, der selbständigen Realschule. Er sagt etwas zum Hauptschul- und Realschulbildungsgang und eröffnet die Möglichkeit der Zusammenfassung unter einem Dach, greift also, lieber Herr Schreier, ausdrücklich auf, was sich in den neuen Ländern vollzieht. Und der Kollege Althaus, der bekanntlich Kultusminister in Thüringen ist, hat dieser Formulierung als Mitglied des Bundesfachausschusses ausdrücklich zugestimmt und mich ermächtigt, das jetzt so zu sagen. Das heißt, hier steht nichts, was als Übergang zurück in ein dreigliedriges System gemeint ist. Vielmehr wird in dem Leitantrag neben Hauptschule, Realschule und Gymnasium eine weitere Entwicklung offengelassen.

Was macht das Saarland? Meine Damen und Herren, der Unterschied ist gar nicht so fundamental, wie jetzt vielleicht einige auf Grund der Beiträge denken könnten. Das werden Sie sehen, wenn Sie die Texte genau durchlesen.

Das Saarland geht von einer etwas anderen Philosophie aus. Das Saarland setzt die Zusammenfassung von Hauptschule und Realschule an die Spitze. Der Bundesfachausschuß eröffnet diese Möglichkeit und sagt: Darüber wollen wir weiter reden. Manche sagen, daß sich das möglicherweise in der Perspektive der nächsten zehn Jahre in bestimmten Formen breiter durchsetzt. Aber, meine Damen und Herren, vieles wissen wir noch nicht so recht.

In vielen Diskussionen ist beispielsweise besorgt die Frage geäußert worden, ob das Gymnasium, wenn wir überall Hauptschule und Realschule zusammenfassen, nicht noch mehr explodiert, ob dann doch nicht nur die Realschule, sondern auch der Realschulbildungsgang als eigenes Profil an Kontur verliert.

Deshalb glauben wir, der Fachausschuß und mit ihm die Antragskommission, daß wir den offenen, aber in dieser Frage zurückhaltenderen Weg beschreiten sollten, der weitere Entwicklungen ausdrücklich nicht ausschließt. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, der Fassung der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 30 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? - Der Antrag ist bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe Ziffer 31 des Leitantes auf. Sie befaßt sich mit der Hauptschule. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Seite 73 der Antragsbroschüre und auf die Sammlung der Initiativanträge II auf Seite 5. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Dazu gibt es zwei Wortmeldungen. Als erste spricht Frau Angelika Volquartz aus Schleswig-Holstein und nach ihr Herr Hubert Scharf aus Nordrhein-Westfalen.

Angelika Volquartz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Klares Ziel unseres Bildungsprogramms ist es, ein Signal zu setzen, das in der gestrigen Rede unseres Parteivorsitzenden sehr deutlich wurde, nämlich den Leistungsgedanken wieder mit in das Zentrum unserer Strategie zu stellen. Herr Lammert hat heute einen der Fixpunkte ganz deutlich herausgestellt: Wiederherstellung unaufgebarbarer Leistungsanforderungen.

Damit komme ich zu unserem Antrag, dem Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein. Wenn es bei der jetzigen Fassung des Papiers bleibt, dann existieren in einem sehr zentralen Punkt Formulierungen, die dem soeben skizzierten Gedanken ganz eindeutig widersprechen.

Das gegliederte Schulwesen und unser neues Programm basieren auf der soeben angeführten Leistungsdifferenzierung. Die Vorstellung, für den Übergang zur gymnasialen Oberstufe nach dem freiwilligen 10. Hauptschuljahr eine Qualifikation zu verlangen, ist mit den Bildungsgängen von Hauptschule und Gymnasium unvereinbar. Damit wird auch die Frage aufgeworfen, was in den ersten sechs Jahren in einem Gymnasium geleistet wird. Es widerspricht dem Gedanken, den wir vertreten, nachhaltig, daß dort in den ersten sechs Jahren ganz gezielt auf das Abitur vorbereitet wird, welches wieder eine verlässliche Qualität hat.

Ich bitte den Parteitag deshalb nachdrücklich, den Antrag, wonach das freiwillige 10. Hauptschuljahr dazu berechtigen soll, den Übergang in die Oberstufe des Gymnasiums zu vollziehen, abzulehnen. Das widerspricht dem Leistungsgedanken.

(Beifall)

Herr Präsident, wenn Sie einverstanden sind, möchte ich noch eine zweite Anmerkung machen. Sie bezieht sich auf die zweite Fremdsprache ab Klassenstufe 6. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich bitte vor: in der Hauptschule ab Klassenstufe 6 die zweite Fremdsprache! Das ist nicht realisierbar.

Ich bitte, in diesen beiden Fällen der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen, sondern den Änderungsanträgen der Schleswig-Holsteiner zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Herr Scharf.

Hubert Scharf: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu folgenden Problembereichen: Dauer der Bildungsgänge, Abschlüsse, wie und wo diese verlangt werden, also Prüfungen und deren Vergleichbarkeit, Übergänge zur Sprachenfolge und Formen des Angebots und gegebenenfalls Zusammenarbeit der Schulformen.

Viele Änderungsanträge von Vereinigungen, Landesverbänden, Kreisverbänden machen durch ihre vom Leitantes abweichenden Positionen deutlich, daß es sich hierbei um Kernpunkte unserer Diskussion handelt.

Wenn es sich auf den ersten Blick zunächst um Fragen der Schul- und Unterrichtsorganisation handelt, so haben die hier zur Abstimmung anstehenden programmatischen Entscheidungen doch weitgehende bildungspolitische, pädagogische, soziale, psychologische und wirtschaftliche Folgen.

Einigkeit besteht offensichtlich fast durchgängig in der Frage der Kürzung um ein Jahr bis hin zum Abitur. Das gilt auch für unsere Anträge. Ich vertrete den Kreisverband Steinfurt und kann sagen, daß sich der Bezirksverband Münsterland etlichen dieser Anträge angeschlossen hat. Ich weiß, daß wir uns im Gegensatz zu dem befinden, was unser Generalsekretär, Herr Reul, soeben gesagt hat.

Das Hauptproblem ist doch wohl: Wo ist die Kürzung vorzunehmen? Ich meine, der Weg ist hierbei genauso wichtig wie das Ziel. Wir plädieren nicht nur aus Gründen der Gleichbehandlung und damit auch der Durchsetzbarkeit dafür, daß es zwar einen Hauptschulabschluß nach Klasse 9 als sogenannte Berufsschulreife geben soll, aber ansonsten plädieren wir für einen durchgängigen Bildungsgang von 10 Schuljahren, und zwar erstens beim freiwilligen 10. Jahr in der Hauptschule, zweitens beim 10. Jahr in der Realschule und drittens im Gymnasium sowie viertens in der Gesamtschule dort, wo es – das wird in dem Leitantrag ja ausdrücklich herausgestellt – diese aus politischen Gründen eben geben muß, weil sie auch weiterhin bestehen werden. Das schafft unseres Erachtens Klarheit.

An diese zehn Schuljahre soll sich nach unserer Meinung eine zweijährige gymnasiale Oberstufe bzw. der Zugang zu Fachoberschulen und Fachschulen anschließen.

In der Frage der Abschlüsse – damit komme ich zu einem zweiten Punkt – halten wir die gemachten Unterschiede bei der Verleihung oder Vergabe von Abschlüssen einerseits, so wie das ja in der Hauptschule und an der fortbestehenden Gesamtschule der Fall sein soll, und bei Prüfungen und sogar bei Fremdprüfungen für Realschüler und Gymnasiasten andererseits für einen höchst bedenklichen Weg.

Nach unserer Meinung sollte das 10. Schuljahr in allen Schularten genutzt werden, um eine intensive Vorbereitung auf den Übergang zu den verschiedenen Schulformen einschließlich der zweijährigen gymnasialen Oberstufe zu gewährleisten, so wie es der Leitantrag ja ohnehin für das freiwillige 10. Schuljahr an der Hauptschule vorgesehen hat. Wir sind der Meinung, das schaffen die Schulformen schon.

Herr Präsident, ich spreche zu einer ganzen Reihe von Anträgen, und das ist etwas kompliziert. Ich will mich aber kurz fassen. In bezug auf die Abschlüsse plädieren wir für die Möglichkeit von Prüfungen, wenn sie schon sein müssen. Ich bin Frau Laurien dankbar, daß sie das Problem schon angeschnitten hat. Wir plädieren für die Möglichkeit von Prüfungen sowohl an der fremden als auch an der eigenen Schule. Diese Prüfungen sollten dann natürlich von der Schulaufsicht kontrolliert werden. Wir beantragen statt des Zentralabiturs eine zentrale Aufgabenprüfung.

Meine Damen und Herren, in der Fremdsprachenfolge des Gymnasiums setzen wir uns – wie eine Reihe von Antragstellern auch; die Problematik ist erwähnt worden – für das Einsetzen der zweiten Fremdsprache ab Klasse 7 und für eine freiwillige Wahl der dritten Fremdsprache ab Klasse 8 ein. Wir sind Herrn Dr. Gölter dafür dankbar, daß er das Wort „freiwillig“ soeben erwähnt hat, aber, Herr Dr. Gölter, dieses Wort kommt weder in Ihrem Antrag noch in der kommentierten Fassung der Antragskommission vor.

Wir wären Ihnen aber dankbar, wenn Sie deutlich machen würden, daß der Leitantrag in dieser Form entsprechend unseren Vorstellungen bereits geändert ist.

Bei der Begründung unserer Anträge muß ich mich, wie gesagt, kurzfassen. Ich mache noch einmal deutlich: Es wird weiterhin nicht nur eine absolute Begabungsspitze geben, sondern es werden auch unterschiedliche Begabungen auftreten. Es wird nach wie vor Schülerinnen und Schüler geben, die mit den Fremdsprachen große Schwierigkeiten haben, während sie in Mathematik, Technologie oder in anderen Naturwissenschaften hervorragende Leistungen erbringen werden, oder umgekehrt.

Nach wie vor werden die Schülerinnen und Schüler aus entwicklungspsychologischen Gründen die meisten Schwierigkeiten in der Schule dort haben, wo der Leitantrag ansetzt, nämlich in den Jahrgängen 8 und folgende.

Die Folgen unserer Beschlüsse werden also nicht die absoluten Durchstarter treffen, sondern die anderen, und die sind unseres Erachtens keine zu vernachlässigende Größe.

Bei den Fragen über Fragen, auf die uns niemand eine verlässliche Antwort geben kann, plädieren wir hier also für eine Änderung, da sich bei uns der Eindruck verstärkt, daß mit dem Leitantrag der bildungspolitische Pendelschlag von einem Extrem ins andere gehen soll; das ist eben auch schon von Herrn Wulff angesprochen worden.

Wir sehen zwar ein, daß heute die Gefahr besteht, daß das Gymnasium zu einer Art Gesamtschule zu werden droht. Aber wenn die Vorstellungen des Leitantrages durchgehen, dann könnte morgen ein Gymnasium mit einer Schnellzugmittelstufe für eine ausgesuchte kleine Schar eines Jahrgangs geschaffen werden, mit vielen Problemen für diejenigen, die nicht ganz dazugehören.

Was wir für die Schule brauchen, ist ein ruhiger mittlerer Kurs, dem - hier zitiere ich unseren Bundeskanzler von gestern - eine Politik der Mitte gut ansteht. Wir sagen ja zur Reform und Verkürzung, aber diese Reform sollte mit Augenmaß für die Realität und das Machbare erfolgen. Auch begabungs- und leistungsfähige Kinder - das sind ja die Schülerinnen und Schüler unserer Mittelstufen - brauchen Luft zum Durchatmen. Etwas weniger wird hier unseres Erachtens etwas mehr sein.

Es wird die Humanität der Leistungsschule ausmachen, wenn wir hier den Anträgen - darum bitte ich Sie, die eine etwas gemäßigttere Form wünschen - zustimmen.

Zu Antrag A 384 unseres Kreisverbandes -

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Darf ich Sie bitten, allmählich zum Schluß zu kommen? Sie haben die Redezeit bei weitem ausgenutzt.

Hubert Scharf: Herr Präsident, wenn ein Kreisverband sehr intensiv gearbeitet hat - wir wollen hier eine offene Diskussion -, dann hat er auch eine Fülle von Anträgen. Ich will aber gerne gleich, wenn Sie den Antrag A 384 aufrufen, mich noch einmal melden und zum Saalmikrophon begeben.

Wir fordern also folgendes - das ist mein letzter Satz -: Eine Abstimmung muß, weil hier divergierende Ansichten im Raum sind, getrennt erfolgen, und zwar erstens zu den Fremdprüfungen und Prüfungen für die verschiedenen Abschlüsse, zweitens zur Fremdsprachenfolge und drittens dazu, ob es eine zwei- oder eine dreijährige Oberstufe, d.h. das 6-plus-2-Modell oder das 5-plus-3-Modell, geben soll. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Gölder das Wort.

Dr. Georg Gölder, Antragskommission: Meine Damen und Herren, eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen von Frau Volquartz. Sie hat vorgeschlagen, auf der Seite 74, linke Spalte, den letzten Abschnitt zu streichen. Wenn wir das machen, dann gibt es aus der Hauptschule in Zukunft keine Durchlässigkeit mehr in andere Bildungsgänge schulischer Art.

Als wir 1991 in Rheinland-Pfalz herausgeflogen sind, hatten wir nicht nur die stärkste Hauptschule aller Bundesländer, sondern wir hatten immer in jedem Jahr zwischen zwei und drei Prozent von Mädchen und Jungen aus der Hauptschule, die über ein

qualifizierendes, anspruchsvolles zehntes Jahr einen gleichwertigen mittleren Abschluß mit der Berechtigung absolviert haben, in die gymnasiale Oberstufe zu gehen.

Mir haben die Schulleiter immer gesagt, daß sie mit denen besser arbeiten als mit einem großen Teil derjenigen, die mit einem Schnitt von 3,8 oder 4,0 nach dem zehnten Jahr in die gymnasiale Oberstufe gegangen sind,

(Beifall)

weil diese Kinder sich einsetzen, weil sie arbeiten können und weil sie sich beispielsweise die zweite Fremdsprache über die dreijährige gymnasiale Oberstufe in fünf Stunden pro Woche erarbeiten müssen. Auch in Baden-Württemberg ist darüber lange diskutiert worden.

Diese Möglichkeit war ein entscheidender Punkt dafür, daß die Hauptschule auch im öffentlichen Bewußtsein nicht als Sackgasse verstanden worden ist.

(Beifall)

Deshalb bitte ich, diesem Antrag von Schleswig-Holstein nicht stattzugeben.

Eine ganz kurze Bemerkung zu den Anträgen des Kreisverbandes Steinfurt: Meine Damen und Herren, es tut auch einer Antragskommission weh - so ist es uns in diesem Falle ergangen -, wenn ein Kreisverband, der außerordentlich intensiv gearbeitet hat, in dem, was er will, irgendwo hinten herunterfällt.

Aber ich denke, aus den Ausführungen des Sprechers des Kreisverbandes Steinfurt ist deutlich geworden: Das ist ein anderer Ansatz und ein anderes System. Das ist ein ganz anderer Ansatz mit einer Nahtstelle des 10. Schuljahres für möglichst viele und einer zweijährigen gymnasialen Oberstufe, die dann in der Tat keine studienvorbereitende Schule mehr sein kann und letztlich auch nicht mehr sein will.

Deshalb bitte ich um Verständnis, daß die Antragskommission in Übereinstimmung mit dem Bundesfachausschuß zu dem Ergebnis gekommen ist, daß diese Anträge nicht zum Zuge kommen können.

Eine letzte kurze Bemerkung zu der Frage der Prüfungen bei der anderen Schulart - Frau Laurien hat das besonders intensiv angesprochen -, also daß ein Kind, das im Gymnasium an seine Grenzen kommt, dann nicht mehr den Hauptschulabschluß und nicht mehr den Realschulabschluß bekommt.

Wir wissen, das ist ein Vorschlag durchaus mit Härten. Wer aber will, daß das auch in Zukunft geht, der muß sich vom Konzept eines leistungsfähigen achtjährigen Gymnasiums verabschieden. Man muß sich wirklich entscheiden, ob man ein leistungsfähiges Gymnasium in acht Jahren will. Wenn man es will, dann ist das eine pädagogische Einheit, anspruchsvoller als heute. Dann muß man das den Eltern auch frühestmöglich sagen. Dann muß der Versuch gemacht werden, daß die Eltern daraus im Interesse des eigenen Kindes die Konsequenzen ziehen. Man kann nicht sagen, das ist uns zu hart. Dann würde man wirklich versuchen, den Pelz zu waschen und ihn gleichzeitig nicht naß zu machen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung.

Ziffer 31: Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 31 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Bei einigen gewichtigen Gegenstimmen war das erste, die Zustimmung, klar die Mehrheit.

Ich komme zum nächsten Antrag, Ziffer 32. Diese Ziffer behandelt die Realschule. Fundstellen sind die Antragsbroschüre auf Seite 81 und die Sammlung der Initiativanträge II auf Seite 4 und auf Seite 5. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung: Wer dieser Empfehlung zu Ziffer 32 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ziffer 33 des Leitantrages; er betrifft die Aussagen zu additiven Formen von Hauptschul- und Realschulbildungsgang, Antragsbroschüre auf Seite 84: Es wird Annahme in der vorgeschlagenen Fassung der Antragskommission empfohlen. - Dazu liegt eine Wortmeldung vor.

Hubert Scharf: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Antrag A 384. Wir sind der Meinung, daß diese ganz strikte Form der Wahrung der Eigenständigkeit so nicht stehengelassen werden kann. Es muß in der differenzierten Mittelschule bestimmte Formen der Kooperation z. B. in Fächern wie Sport, Kunst oder ähnliches geben.

Das schadet der strikten Wahrung der Eigenständigkeit überhaupt nicht, und deshalb bitten wir die Antragskommission, sich zu überlegen, ob nicht entsprechend unserem Antrag in irgendeiner Weise mit aufgenommen werden kann, daß es in bestimmten Fällen bzw. in bestimmten Fächern eine Kooperation geben kann; denn nur das macht doch für die kleineren Gemeinden – und ich spreche hier für den ländlichen Raum – Sinn.

(Zustimmung)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Minister Althaus das Wort.

Dieter Althaus, Antragskommission: Im Text steht ja das, was Sie eigentlich ausgedrückt haben. Die Antragskommission würde befürworten, daß wir schreiben: additive bzw. kooperative Formen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Die Antragskommission hat damit die Anregung des letzten Redners aufgenommen. Unter Einbeziehung dieser Änderung lasse ich jetzt über den Vorschlag der Antragskommission zu Ziffer 33 abstimmen. Wer dieser Ziffer so zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 34. Hier geht es um die sonderpädagogische Förderung. Fundstelle ist Seite 86 der Antragsbroschüre. Von der Antragskommission wird Annahme in der vorgeschlagenen Fassung empfohlen. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Frau Velte aus Hessen. Bitte!

Inge Velte: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Wir Hessen haben viel praktische Erfahrung mit Integration – darüber ist heute schon viel gesprochen worden –, und zwar Erfahrungen nicht nur mit der integrierten Gesamtschule, sondern auch mit den sogenannten Integrationsklassen, nämlich mit dem gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder. Es ist eine sehr emotionale Diskussion, die auch deshalb schwierig zu führen ist, weil es leicht passiert, daß diejenigen, die Zweifel an einem solchen gemeinsamen Unterricht äußern, in eine behindertenfeindliche Ecke gestellt werden.

Wir haben als Hessen einen Antrag gestellt, den Antrag A 389, den Bereich „Sonderpädagogische Förderung“ neu zu formulieren. Einiges daraus, z.B. Prävention und Frühförderung, ist übernommen worden, anderes, was uns wichtig war,

nicht. Deshalb spreche ich hier noch einmal dafür, die hessische Formulierung zum Bereich der Sonderpädagogik anzunehmen; denn wir sind gerade nach unseren hessischen Erfahrungen davon überzeugt, daß gemeinsamer Unterricht auch in der Grundschule nur dann sinnvoll und vernünftig ist, wenn es eine Chance gibt, daß das behinderte Kind den Abschluß der jeweiligen Schulart erreicht.

(Beifall)

Dies kann nicht nur, wie die Antragskommission es vorschlägt und wie ein Hamburger Antrag es fordert, für die weiterführenden Schulen gelten. Meine Damen und Herren, es gilt auch und gerade für die Grundschulen, denn dort werden die Grundlagen für den weiteren Lebensweg der Kinder gelegt, und Versäumnisse, die in diesem Lebensalter gerade bei behinderten Kindern entstehen, sind nicht wiedergutzumachen. Nicht umsonst gibt es zehn verschiedene Sonderschulformen und Sonderschullehrer mit unterschiedlichen Fachausbildungen, die versuchen, Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu fördern. Dabeisein allein genügt nicht; Schule muß auch auf das Leben vorbereiten, und dies gilt gerade für die behinderten Kinder.

Man muß sich von sogenannten Integrationsbefürwortern immer wieder darauf hinweisen lassen, daß gemeinsamer Unterricht die Nichtbehinderten zu Toleranz gegenüber Behinderten erzieht. Ich halte dem die Aussage des Leiters einer hessischen Sonderschule entgegen, der gesagt hat: Machen Sie bitte nicht ausgerechnet Behinderte zum Transmissionsriemen für die Toleranz in der Gesellschaft.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, gut gemeint ist nicht von vornherein gut. Mitleid allein genügt nicht. Behinderte Kinder, insbesondere geistig behinderte Kinder – um die geht es in diesem Falle – brauchen gezielte Hilfen, die in den meisten Fällen nur in gut ausgestatteten Sonderschulen gegeben werden können.

(Zustimmung)

Stimmen Sie deshalb bitte dem hessischen Antrag A 389 auf Neuformulierung zu, denn darin ist das alles mit enthalten.

Sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, weil erst über die Vorgabe der Antragskommission abgestimmt wird, möchten wir auf jeden Fall beantragen, daß die Einfügung aus dem Hamburger Antrag A 388 auf Seite 87 „über die Grundschule hinaus“ im letzten Absatz des Vorschlages der Antragskommission gestrichen wird; denn nur dann werden wir erreichen, was wir alle wollen, nämlich die Eingliederung behinderter Kinder in die Gesellschaft und ins Berufsleben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Eine weitere Wortmeldung liegt zum Antrag A 392 vor. Bitte, Frau Vogelsang.

Irmgard Vogelsang: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aussage im Vorschlag der Antragskommission, daß Integration nur dann sinnvoll und vernünftig ist, wenn das behinderte Kind den Abschluß der jeweiligen Schulart erreichen kann, halte ich nicht für in Ordnung. Ich kann dieser Aussage nicht zustimmen und bitte Sie herzlich, der Formulierung im Antrag A 392 zuzustimmen; das ist ein Antrag der Kreisverbände aus dem Bezirksverband Osnabrück-Emsland. Da heißt es:

Die Integration ist dann sinnvoll und vernünftig, wenn die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes unter den Rahmenbedingungen in anderen Regelschulen erfolgreicher als in der Sonderschule gefördert werden können.

Wir alle wissen, daß wir eine große Anzahl von lernschwachen Kindern haben, die in der Hauptschule zwar nach neun Schuljahren, aber aus der 8. Klasse entlassen werden müssen. Weshalb wollen wir die Behinderten mit anderen Maßstäben messen als diejenigen, die wir nicht zu den Behinderten zählen? Ich bitte also wirklich darum, daß wir das entsprechend ändern.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Minister Althaus das Wort.

Dieter Althaus, Antragskommission: In der Formulierung der Antragskommission wird eigentlich deutlich, daß man sich das Grundprinzip immer vom Kind her überlegen muß, und dabei steht die Frage der Lernzielgleichheit im Mittelpunkt. Die Lernzielgleichheit entscheidet schon ganz am Anfang darüber, ob eine Integration in eine Regelschule möglich ist oder nicht. Dieser Obersatz „Eine zum Prinzip erhobene Integration ...“ drückt das aus. Ziel der Förderung behinderter Kinder ist ja allgemein die Integration in das gesellschaftliche Leben.

Ursprünglich war im Bundesfachausschuß die Formulierung offener, so daß auch die Grundschule herausgenommen war. In der Antragskommission wurde auch über viele Versuche, die in Deutschland zur Zeit durchgeführt werden, diskutiert, Versuche, die gute Ansätze für die Integration insbesondere im Grundschulbereich sinnvoll erscheinen lassen.

Die Formulierung in diesem Abschnitt sagt aber nicht aus, daß eine Integration in der Grundschule grundsätzlich zu erfolgen hat. Es geht immer – ich denke, so muß man den Text auch verstehen – zuerst um die Frage der Lernzielgleichheit. Das gilt für alle Schulformen, und das hat auch keinen anderen Grund, als daß wir versuchen wollen, den Weg einer gemeinsamen Beschulung zu gehen, und das kann nur in der Grundschule erfolgen.

Deshalb meint die Antragskommission, daß wir bei der vorgeschlagenen Formulierung bleiben sollten. Die Entscheidung ist immer im Sinne des Kindes zu fällen. Deshalb sagen wir, daß keine Integration auf Grund ideologischer Entscheidungen erfolgen soll, sondern daß immer die Frage des Zieles und des Weges im Mittelpunkt stehen muß.

(Vereinzelt Zustimmung)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung, und zwar, wie die Geschäftsordnung es vorsieht, zuerst über den Antrag der Antragskommission.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 34 in der vorgeschlagenen Fassung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mir war nicht auf Anheb deutlich, welches die Mehrheit war. Wenn Sie damit einverstanden sind, wiederholen wir das noch einmal mit Aufstehen.

Ich sage es noch einmal für alle, die im Saal sind: Es geht um die Ziffer 34, die sonderpädagogische Förderung. Ich lasse jetzt als erstes über den Vorschlag der Antragskommission in der Ihnen vorliegenden Fassung abstimmen. Wer diesem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich aufzustehen. Ich bitte auch die Karte zu heben, damit wir sehen, ob alle, die abstimmen, auch stimmberechtigt sind. – Jetzt können Sie sich wieder setzen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Wer diesen Vorschlag ablehnt, der möge sich jetzt erheben. – Meine Damen und Herren, es ist bedauerlich für diejenigen, die jetzt stehen; aber das erstere war von hier oben aus gesehen eindeutig die Mehrheit.

(Widerspruch und Zurufe)

Ich darf noch um Enthaltungen bitten. Wer möchte sich bei diesem Antrag enthalten? – Das sind nur ganz wenige. Wir brauchen also nicht auszuzählen. Es war eindeutig so, daß für den Antrag der Antragskommission die Mehrheit gestimmt hat.

Ich rufe den Antrag zu Ziffer 35 des Leitantrages. Unter dieser Ziffer behandeln wir das Gymnasium. Fundstellen sind die Antragsbroschüre auf Seite 90f. und die Sammlung der Initiativanträge II auf Seite 4. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich bitte um Abstimmung.

Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen.

Ziffer 36! Diese Ziffer enthält unsere Aussagen zur Gesamtschule. Sie finden sie in der Antragsbroschüre auf Seite 101f. und in der Sammlung der Initiativanträge II auf Seite 4. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Haben wir dazu eine Wortmeldung? – Keine Wortmeldung!

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 36 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Vorschlag der Antragskommission mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe jetzt die Ziffern 37 bis 49 des Leitantrages auf. Es handelt sich hier um das Kapitel 11 des Leitantrages, der sich mit der beruflichen Bildung befaßt. Auf den Seiten 106 bis 122 der Antragsbroschüre finden Sie diese Ziffern. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der jeweils vorgeschlagenen Fassung.

Dazu haben wir zwei Wortmeldungen, als erstes von Herrn Jaffke vom Landesverband Baden-Württemberg und als zweites von Frau Hartfelder vom Landesverband Brandenburg. – Herr Jaffke, Sie haben das Wort.

Edward-Errol Jaffke: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte gezielt zum Antrag 498 – Leitantrag Bildungspolitik – und zu den ersten Sätzen sprechen. Ich spreche für diesen Antrag, weil ich meine, daß die Ansätze, die dort geschrieben stehen, in die richtige Richtung drängen. Ich meine aber darüber hinaus, daß wir uns ein paar Punkte in der beruflichen Bildung noch einmal vor Augen führen müssen. Diese kommen mir in den Ausführungen noch ein ganz klein wenig zu kurz.

Zuallererst läßt sich die berufliche Schule mit allgemeinen Schulen in vielen Punkten sicherlich überhaupt nicht vergleichen. Ich will Ihnen dazu zwei, drei Beispiele nennen. Das erste ist, daß im beruflichen Schulwesen Schülerzahlen und Schülerqualifikation sehr eng, ja, sehr entscheidend mit den Rahmenbedingungen in Handwerk und Industrie zusammenhängen. Dort erleben wir, daß neben einem kurzfristigen Boomen von einzelnen Berufsbildern auch totale Zusammenbrüche erfolgen. Daraus ergibt sich konsequenterweise, daß Forderungen, wie sie auch in der Neufassung der Antragskommission stehen, also z.B. die Forderung nach einer Intensivierung des Praxisbezuges oder nach einer praxisorientierten Weiterbildung der beruflichen Lehrer, nur dann zu verwirklichen sind, wenn sich das Auf und Ab in der Schulstruktur und Organisation der beruflichen Schulen nicht immer unmittelbar bemerkbar macht.

Ich komme aus Baden-Württemberg. Dort ist die berufliche Schule sehr stark und arbeitet gut mit Handwerk und Industrie zusammen. Von anderen Bundesländern weiß man aber z.B., daß dort immer noch getrennte Prüfungen abgehalten werden. Ich meine, daß das baden-württembergische Modell – Handwerk und Industrie plus Berufsschule nehmen die berufliche Abschlußprüfung ab – der richtige und der

einzige Weg ist. Ich meine aber auch, wenn man den hohen Standard der beruflichen Schulen erhalten will – d.h. eben auch, daß sich die berufliche Schule schnellstmöglich dem technologischen Wandel anpassen muß –, daß man das Auf und Ab in der Zuweisung von Lehrern, in dem Abziehen oder in dem nur partiellen Unterstützen von beruflichen Schulen, indem man Kollegen von allgemeinbildenden Schulen abordnet, nicht gerecht wird.

Wenn wir also die beruflichen Schulen als eine entscheidende Qualifikation für das Know-how und für die Fortentwicklung des Know-how in der Bundesrepublik Deutschland ansehen, dann müssen wir diesem Schulzweig eine größere Aufmerksamkeit schenken. Ich würde mir eben deshalb wünschen, daß die Unterpunkte, die hier stehen, stark verinnerlicht werden, besonders in allen anderen Bundesländern, die dieses ausgeprägte und gleichgewichtige Berufsschulsystem als gleichgewichtiger Partner von Handel, Handwerk und Industrie noch nicht haben, dann auch wirklich umgesetzt werden. Schöne Thesen allein tun es nicht. Ich bin Gewerbelehrer. Deswegen spreche ich auch für diese Gruppe. Ich meine, wir haben es an den beruflichen Schulen verdient, daß der jahrelange Einsatz, der dort erbracht worden ist, eben auch für die technologische Fortentwicklung in der Bundesrepublik dadurch honoriert wird, daß eine größere Kontinuität im beruflichen Schulwesen erreicht werden kann. – Vielen Dank.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste Rednerin spricht Frau Carola Hartfelder.

Carola Hartfelder: Sehr verehrter Herr Präsident! Herr Gölter! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag A 546 des Landesverbandes Brandenburg auf der Seite 120, d.h. zu Ziffer 47, Anstriche 2 und 3.

Der Landesverband zieht den Antrag zum Anstrich 2 zurück, plädiert aber weiterhin für das Streichen des Anstriches 3. Warum? – Eine abgeschlossene Fachhochschulausbildung kann nicht Vordiplom für ein zweites Studium sein. Damit wertet man das Fachhochschulstudium ab. Gerade der andere Weg aber wird von uns angestrebt. Der Berufsschullehrer soll, da er eine praxisorientierte Fachhochschulausbildung nachweisen kann, eine wissenschaftliche Ausbildung erfahren. Dies leistet aber die Ausbildung nach dem Vordiplom nicht mehr.

Der Anstrich 4 zeigt gerade eine entgegengesetzte, sinnvollere Denkweise, d.h. die Öffnung des Vorbereitungsdienstes im Lehramtsstudiengang für Fachhochschulabsolventen. Der vorgeschlagene Weg in der Fachhochschule – Diplom, Promotion und daran anschließend ein zweites Studium – treibt einerseits die Akademisierung – hier speziell der Berufsschullehrer – auf eine einmalige Spitze. Andererseits genügt die Fachhochschulausbildung zur Promotion, aber nicht zur Ausbildung im Lehramt.

Die Finanzierung eines zweiten Studiums ist fragwürdig. Damit entfällt eigentlich die Motivation, ein zweites Studium für das Lehramt eines Berufsschullehrers aufzunehmen, worum es in diesem Antrag geht. Generell ist sicher darüber nachzudenken, die Berufsschullehrerausbildung auch an die Fachhochschulen anzubinden.

Um aber diesen offensichtlichen Ungereimtheiten hier aus dem Wege zu gehen, bitten wir, den Anstrich 3 zu streichen, und wir bitten die Antragskommission um eventuelle Korrektur. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Althaus das Wort.

Dieter Althaus, Antragskommission: Auch wenn wir nicht jedem der Begründungssätze folgen können, sind wir trotzdem der Meinung, daß es sicher richtig ist, daß hier eine einseitige Benachteiligung der Fachhochschulen festgeschrieben wird, die so politisch nicht gewollt ist. Deshalb stimmt die Antragskommission der Streichung des Abs. 3 zu und unterstützt demzufolge den Antrag, der veränderten Fassung zuzustimmen, d.h. ohne Abschnitt 3.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag der Antragskommission von Herrn Althaus gehört. Er ist damit integriert in den ursprünglichen Antrag zu den Ziffern 37 bis 49 und ist damit Grundlage der Abstimmung.

Wer der so geänderten Fassung der Antragskommission zu den Ziffern 37 bis 49 seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich komme jetzt zu den Ziffern 50 und 51 des Leitantrages. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seiten 122 bis 125. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der jeweils vorgeschlagenen Fassung. Es liegt die Wortmeldung von Herrn Nikolaus Kircher aus Nordrhein-Westfalen vor zum Antrag 563.

Nikolaus Kircher: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten zum Antrag A 557 - Integration von Aussiedlern und Ausländern - vorgeschlagen, diese beiden Bevölkerungsgruppen in zwei getrennten Abteilungen zu behandeln, und zwar aus folgenden Gründen. Wir halten es gegenüber den Aussiedlern für, sagen wir ruhig, etwas wenig feinfühlig, wenn wir sie, die in ihren Herkunftsländern, wo sie sich zu ihrem Deutschtum bekannt haben, als Ausländer abgegrenzt waren, nun, wenn sie zurückkehren, wiederum mit der Gruppe der Ausländer in einem Atemzug nennen.

Zum anderen widerspricht es auch der Textlogik des vorliegenden Textes. Da heißt es nämlich: „... bei der Eingliederung von Menschen anderer Nationalitäten, Sprache ...“ Das sind Aussiedler beim besten Willen nicht, daß sie einer anderen Nationalität angehören. Ich denke, wir könnten der Antragskommission eine kleine redaktionelle Mühe zumuten und dies aufnehmen. Wenn sie dies tut, müssen wir gar nicht darüber abstimmen. – Herr Worms, darf ich das als autorisierte Äußerung nehmen?

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Worms ist nicht Mitglied der Antragskommission. Das war nur eine Sympathiebekundung. – Er könnte es sein. – Die Antragskommission äußert sich gleich.

Nikolaus Kircher: Dann bitte ich um Annahme des Antrages des Kreisverbandes Bonn, für Aussiedler ein eigenes Kapitel zu machen, das inhaltlich nur leicht von dem Kapitel differiert, das hier vorgelegt ist.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Herr Kollege Lammert.

Dr. Norbert Lammert, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission meint, es solle bei der Formulierung bleiben, die hier steht. Es hat niemand inhaltlich Zweifel an der Vernünftigkeit dessen angemeldet, was hier steht. Wir würden es wirklich mit dem Perfektionismus übertreiben, wenn wir wegen des, wie wir glauben, eher eingebildeten als wirklichen Mißverständnisses, wir sähen den Unterschied zwischen beiden nicht, in zwei getrennten Kapiteln zweimal dasselbe aufführen wollten. Es geht darum, daß die einen wie die anderen naturgemäß spezifische Probleme bei der Integration in die Gesellschaft haben, daß es dabei natürlich eine Schlüsselfunktion von Bildung gibt und daß das in angemessener

Weise berücksichtigt wird. Das wird in der Formulierung deutlich, und da kann sich an der Überschrift ganz sicher nicht die Art von Mißverständnis entzünden, die hier vielleicht befürchtet worden ist.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich komme zur Abstimmung zu den Ziffern 50 und 51 des Leitantrages in der Fassung der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe Kapitel 14 auf, Ziffern 52 und 53 des Leitantrages.

Meine Damen und Herren, da wir hier zügig gearbeitet haben, neigt sich die Antragsdebatte dem Ende zu, und ich bitte die Landesgeschäftsführer, daß sie dafür Sorge tragen, daß zum Schluß des Parteitages all die Delegierten, die sich jetzt möglicherweise in einer Kaffeepause befinden, in den Saal gebeten werden.

Wir setzen die Diskussion fort zu den Ziffern 52 und 53 des Leitantrages. Fundstellen sind die Seiten 125 bis 133 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der jeweils vorgeschlagenen Fassung. Dazu haben wir keine Wortmeldungen.

Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu diesen Ziffern zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu den Ziffern 54 bis 59 des Leitantrages, Antragsbroschüre Seiten 133 bis 138. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der jeweils vorgeschlagenen Fassung. Dazu haben wir keine Wortmeldungen mehr. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den Ziffern 54 bis 59 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffern 60 bis 73 auf. Das ist das Kapitel 18, Hochschule und Wissenschaft, das wir als Ganzes zur Abstimmung stellen. Wenn es hierzu Wortmeldungen gibt, können Sie auch generell dazu Stellung nehmen, können das also verbinden mit dem jeweiligen Änderungsantrag.

Es liegen drei Wortmeldungen vor, einmal von Herrn Oliver Röseler vom RCDS, dann von Frau Zieschang, RCDS-Vorsitzende und danach Frau Rauschning aus dem Landesverband Hannover.

Oliver Röseler: Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrten Herren! Ziffer 62 des Ihnen vorliegenden Antrags ist mit den Worten „Autonomie und Wettbewerb“ überschrieben, Worte, auf die wir sehr, sehr lange warten mußten, Worte auch, die die deutsche Hochschullandschaft so nötig hat, wie wir alle die Luft zum Atmen.

Versetzen wir uns einmal in eine Hochschule der Gegenwart. Nehmen wir den einfachen Fall, daß eine Hochschule eine frei werdende Professorenstelle neu besetzen will. Die Stelle wird ausgeschrieben. In Berufungskommissionen redet man lange über die Kandidaten. Am Ende findet man nach einem langen und sorgfältigen Verfahren den Bestgeeigneten.

Viele denken jetzt, die Geschichte sei hier zu Ende, und die Hochschule habe einen neuen Professor. Weit gefehlt! Die ganze Sache geht jetzt in das Kultusministerium. Der Kultusminister trifft die Entscheidung über die Berufung, wohlgemerkt: über jede Berufung. Er kann ablehnen, umstellen, rückverweisen. Wenn der Vorschlag nicht seine Zustimmung findet, beginnt das Verfahren von vorn.

Wir müssen uns ernsthaft fragen: Trauen wir unseren Hochschulen denn wirklich nicht mehr zu? Denken wir wirklich, daß hochqualifizierte Professoren ihre Kollegen schlechter beurteilen können als eine Ministerialbürokratie? Wir lassen die Professoren den akademischen Nachwuchs ausbilden und damit für die Zukunft unseres Landes arbeiten. Die Auswahl und Entscheidung trifft aber der Kultusminister, und zwar in personellen wie in finanziellen Fragen.

Unter diese Hochschulpolitik müssen wir endgültig einen deutlichen Schlußstrich ziehen. Die Entscheidungen müssen jetzt endlich dort fallen, wo die Beurteilung am besten erfolgen kann, so daß die Entscheidungen die effektivsten Ergebnisse zeigen. Geben wir den Hochschulen endlich die Entscheidungsunabhängigkeit. Nur durch Autonomie können die Hochschulen ein eigenes Profil entwickeln und dann auch in einen Wettbewerb eintreten. Ebenen wir für diesen Wettbewerb endlich die Bahn, damit der Lastenkahn Hochschulpolitik wieder zum Flaggschiff der deutschen Ausbildung wird.

Wenn wir den Hochschulen diese Autonomie einräumen, müssen ihre Leitungsstrukturen natürlich einer umfassenden Reform unterzogen werden. Zum einen zielt dies natürlich auf das Verhältnis von Hochschulleitungen und Landesbehörden ab. Zum anderen bedarf auch die innere Struktur der Hochschulen einer inneren Umgestaltung. Dazu gehört auch, wie Sie es im Antrag A 641 des Landesverbandes Hessen finden, die Aufwertung der Rolle des Dekans.

Mit Stärkung der Leitungsstruktur der Hochschule ist jedoch noch wesentlich mehr gemeint. Hochschulleitungen müssen in Zukunft fundierte betriebswirtschaftliche Kenntnisse haben. Entscheidungswege und Entscheidungsverfahren müssen gestrafft und wesentlich flexibler gestaltet werden.

Der momentan wichtigste Aspekt ist und bleibt jedoch die Stärkung der Hochschulleitungen nach außen. Die Vormundschaft der Kultusministerien über die Hochschulen muß endlich ein Ende haben und auf das Maß der Rechtsaufsicht zurückgestuft werden. Der Antrag A 641 erweckt demgegenüber - dies gilt auch für die von der Antragskommission zur Annahme vorgeschlagene Fassung - etwas den Eindruck, die Stärkung der Leitungsstrukturen sei vor allen Dingen nach innen gerichtet. Mit der Nennung der Dekane wird nur ein ganz winziger Ausschnitt einer gewaltigen Reformaufgabe genannt. Die ursprünglich schlichte Formulierung, wie Sie sie im Antrag A 638 des Bundesfachausschusses „Kulturpolitik“ finden - sie ist auf Seite 140 der Antragsbroschüre auf der linken Seite ausgedruckt -, ist wesentlich klarer und läßt wesentlich mehr Spielraum für diese Aufgabe.

Ich möchte daher im Namen des RCDS dafür plädieren, die ursprüngliche Fassung - "Die Leitungsstrukturen der Hochschulen müssen gestärkt werden ..." - beizubehalten und der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag A 641 nicht zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste hat Frau Tamara Zieschang, Vorsitzende des RCDS, das Wort. Die letzte Wortmeldung, die mir vorliegt, stammt von Frau Rauschning aus dem Landesverband Hannover.

Tamara Zieschang: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Wintersemester 1992/93 wartete der Wissenschaftsrat mit der Forderung nach allgemeinen Studiengebühren in Höhe von 1.000 DM pro Semester auf. Diese Forderung des Wissenschaftsrates stieß auf den Protest von Studenten und vielen Bildungspolitikern. Auch der Herr Bundeskanzler hat Studiengebühren zu Beginn des Jahres eine deutliche

Absage erteilt. Die Diskussion über Studiengebühren wurde damit allerdings nicht beerdigt. So wird immer wieder die Forderung nach Einführung von Studiengebühren für Längerstudierende laut.

Die Antragskommission schlägt als Ergänzung zum Antrag des Bundesfachausschusses „Kulturpolitik“ folgendes vor - ich zitiere -:

Bei einer erheblichen Überschreitung der Regelstudienzeit sind Studiengebühren zu erheben.

Die Forderung nach Studiengebühren für Längerstudierende ist nicht neu. Sie wurde mehrfach in den 80er Jahren erhoben und jedesmal wieder fallengelassen. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten hat sich stets mit Vehemenz gegen die Einführung von Studiengebühren gewehrt - und dies nicht, weil wir gleichsam verbohrt studentische Interessen vertreten wollen, sondern weil wir die Einführung von Studiengebühren für Längerstudierende für falsch halten. Ich will hier unsere Gründe kurz darlegen.

Die Konstanzer Erhebung von 1992, eine Umfrage zur Situation der Studenten, hat gezeigt, daß die überwiegende Anzahl der Studenten zu Beginn ihres Studiums plant, das Studium innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen. Auf Grund äußerer Umstände, die nicht im Verantwortungsbereich der Studenten liegen - etwa auf Grund der durch die Überlastsituation bedingten überfüllten Seminare, Bibliotheken, Labore und langen Korrekturzeiten -, wird dieser Vorsatz vereitelt. Studiengebühren einzuführen hieße, die Studenten für die Überlastsituation verantwortlich zu machen. Opfer werden zu Tätern erklärt.

(Beifall)

Ich verkenne nicht, daß ein Student auf Grund seines Status Sozialvorteile genießt. Diese Sozialvorteile sind ihm von der Politik gewolltermaßen zugestanden worden. Zur Belastung wird die Nutzung dieser Vorteile doch erst, wenn es zum Mißbrauch kommt. Es kommt dann zum Sozialmißbrauch, wenn die mit dem Studentenstatus verbundenen Sozialvorteile nicht mehr Mittel zur Förderung des Studienerfolges sind, sondern der Studentenstatus ausschließlich Mittel zur Erlangung der Sozialvorteile ist. In diesem Bereich bietet sich eine Palette von Mißbrauchsmöglichkeiten. Neben der Ermäßigung für die öffentlichen Verkehrsmittel im Nah- und Fernverkehr und für Museen, Theater und Kinos gehören auch die Leistungen der Studentenwerke bei der Zimmervergabe in Wohnheimen und das Mensaessen dazu. Vorteilhaft sind auch die studentische Krankenversicherung, die Steuervorteile sowie die Tatsache, daß keine Einzahlungen in die Renten- und Arbeitslosenversicherung erfolgen. Dieser Mißbrauch muß entschieden bekämpft werden. Studiengebühren sind jedoch auch hier der falsche Weg, denn Mißbrauch von öffentlichen Leistungen kann nicht dadurch bekämpft werden, daß man sich mit zusätzlichen Gebühren die Genehmigung zum Mißbrauch erkaufte.

Die Einforderung von Studiengebühren für Längerstudierende käme einer Kapitulation vor der Mißbrauchsfähigkeit des eigenen Systems gleich.

(Beifall)

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten schlägt deshalb die Einführung eines sogenannten Studentenstatus II vor. Das heißt, einem sogenannten Langzeitstudenten werden nach viersemestriger Überschreitung der Regelstudienzeit die mit dem Studentenstatus verbundenen Sozialvorteile entzogen. - Außerdem möchte ich Sie auf folgende Punkte aufmerksam machen.

Erstens: Studiengebühren sind ungeeignet, zusätzliche Studienplätze zu schaffen, denn Längerstudierende blockieren keine Bibliotheken, Lehrveranstaltungen und Labore.

(Beifall)

Zweitens: Praktische Erfahrungen mit der Einführung von Studiengebühren für Längerstudierende zeigen, daß ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand erforderlich ist, um zu prüfen, wer unter die Gebührenpflicht fällt.

(Vereinzelt Beifall)

Drittens: Erliegen Sie nicht dem Vorurteil, daß das Studium in Deutschland nichts kostet. In der Regel investieren unsere Eltern über 1.000 DM im Monat in unser Studium.

Viertens: Der Staat investiert in jeden Studienplatz für Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften nur ca. 3.000 DM. Ein Arbeitsplatz im Steinkohlenbergbau wird demgegenüber mit durchschnittlich 70.000 DM vom Staat subventioniert. Ich frage Sie: Wo bleibt hier die Verhältnismäßigkeit? Wird Bildung noch als Investition in die Zukunft verstanden?

(Beifall)

Seit über zwei Jahrzehnten wehrt sich der RCDS gegen dieses politische Ablenkungsmanöver der Landespolitiker und Professoren, die damit strukturelle und inhaltliche Reformen an den Hochschulen verhindern wollen. Erliegen Sie nicht diesem Ablenkungsmanöver. Helfen Sie uns bei den strukturellen Reformen der Hochschule, die wir nachher noch beschließen werden. Es kann doch nicht sein, daß von alledem nur die einfallslöseste Variante übrigbleibt.

In welche Kassen fließen die Studiengebühren überhaupt? Fließen sie in die Kassen der Hochschulen oder in den Staatshaushalt? Auf diese Frage gibt der vorliegende Änderungsantrag keine Antwort. Wenn die Studiengebühren in die Kassen der Hochschulen fließen, bietet dies geradezu einen Anreiz für die Hochschulen, sich Langzeitstudenten zu halten. Das eigentliche Ziel, eine Verkürzung der Studienzeiten, wird so völlig verfehlt.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, Sie haben zu Beginn des Jahres allgemeinen Studiengebühren eine deutliche Absage erteilt. Studiengebühren für sogenannte Langzeitstudenten öffnen die Tür für Studiengebühren für alle Studenten, die zu Recht im Hinblick auf die Sicherung des Bildungsstandortes Deutschland abgelehnt wurden.

Das Thema der Studiengebühren für Längerstudierende ist bedeutend komplexer, als daß es in dem vorliegenden Telegrammstil beschlossen werden könnte. Lassen Sie sich doch nicht weismachen, daß Studiengebühren etwas anderes sind, als das Herumkurieren an Symptomen. Ziel muß es sein, die strukturellen Defizite unseres Hochschulsystems zu beseitigen, damit das Studium wieder in der Regelstudienzeit studierbar wird.

Ich fordere Sie deshalb auf, den Änderungsantrag der Antragskommission sowie den Antrag A 684 abzulehnen und am ursprünglichen Text des Bundesfachausschusses Kulturpolitik festzuhalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste Rednerin spricht Frau Inge Rauschnig aus dem Landesverband Niedersachsen.

Inge Rauschnig: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der CDU-Bezirksverband Hildesheim hat – genau wie der Landesverband Hessen mit A 707 – mit A 708 beantragt, die Ziff. 70 des Leitetrags ganz zu streichen. Der CDU-Bezirksverband Hildesheim hat zudem vorgeschlagen, die Ziff. 70 durch Ziff. 138 des Entwurfs des Grundsatzprogramms zu ersetzen. Die Antragskommission hat jedoch Abs. 1 von Ziff. 70 belassen und nur Abs. 2 ersetzt.

Was sagt dieser Abs. 1? Er sagt, daß bei Erstberufungen von Hochschullehrern die Verbeamtung auf Lebenszeit künftig die Ausnahme sein soll; daß Hochschullehrer in Zukunft nicht mehr Berufsbeamte sein sollen.

Diese Formulierung scheint mir einer Grundsatzdiskussion bedürftig zu sein. Wir können nicht am Ende eines so langen Parteitags hier eben am Rande einen massiven Eingriff in das Berufsbeamtentum vornehmen. Die Hochschullehrer sind zudem auch eine denkbar ungeeignete Gruppe, um mit ihnen zu beginnen, wenn wir die Säge an den Ast des Berufsbeamtentums legen wollen.

Erstens ist ein Pluspunkt für das Berufsbeamtentum die Unabhängigkeit des Beamten. Angesichts der zu bedauernden Politisierung unserer Hochschulen scheint mir diese Unabhängigkeit des Berufsbeamten ein wichtiger Garant für die Freiheit von Forschung und Lehre zu sein. Wir sollten sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Zweitens sind die Hochschullehrer die Beamten mit der längsten Ausbildungszeit. Wir erwarten zu Recht von ihnen, daß sie Diplom, Magister oder zwei Staatsexamina haben, daß sie anschließend promovieren und sich später habilitieren. Diejenigen, die das alles geschafft haben, sind in der Regel Mitte 30, manchmal sogar Ende 30.

Wenn wir diesen qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern nichts anderes als einen Zeitvertrag im Rahmen der besoldungsrechtlichen Möglichkeiten des Öffentlichen Dienstes anbieten, d.h. wenn wir sie dann immer noch nicht sozial sichern, nachdem sie über 20 bis 30 Ausbildungsjahre nicht sozial gesichert waren, so frage ich: Glauben Sie denn wirklich, daß qualifizierte junge Wissenschaftler in dem Fall bereit sind, den Beruf des Hochschullehrers zu ergreifen?

Dritter Punkt. Die Ziff. 70 ist zur Zeit nicht schlüssig. Wenn wir in Abs. 1 sagen, das Berufsbeamtentum wird abgeschafft, dann brauchen wir in Abs. 2 nicht noch zu sagen, daß die gesetzlichen Möglichkeiten, die heute schon gegeben sind, um Hochschullehrer auf Zeit einzustellen, verstärkt genutzt werden sollen.

Wir sind der Meinung, daß dann, wenn nur der von uns vorgeschlagene Absatz aus dem Grundsatzprogramm aufgenommen wird, das Petikum der Flexibilität, der Mobilität und des Leistungswettbewerbs der Hochschulen zunächst erfüllt ist. Wenn wir denn über das Berufsbeamtentum diskutieren wollen, dann sollten wir dies auf einem späteren Parteitag gründlich und mit viel Zeit tun.

Der CDU-Bezirksverband Hildesheim fordert also, daß Abs. 1 von Ziff. 70 gestrichen wird, daß darüber jetzt auch getrennt abgestimmt wird und daß nur die von uns vorgeschlagene Formulierung, die Sie in der Antragsmappe finden, hier als Ziff. 70 angenommen wird.

(Vereinzelter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als letzter Redner spricht für die Antragskommission der Kollege Lammert. Herr Kollege Lammert, es wäre hilfreich, wenn Sie auch noch einmal etwas zum Procedere sagten.

Dr. Norbert Lammert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind jetzt zu drei unterschiedlichen Ziffern des Hochschulkapitels Beiträge mit Änderungswünschen

vorgetragen worden. Ich will gern zu den drei Aspekten Stellung nehmen. Wahrscheinlich ist es in der Tat vernünftig, darüber gesondert abzustimmen, weil es ja durchaus denkbar ist, daß verschiedene Delegierte dem einen Änderungswunsch folgen, sich aber einem anderen möglicherweise nicht anschließen wollen.

Ich möchte eine Vorbemerkung – vor allem zu den Kolleginnen und Kollegen aus dem RCDS, die sich ja jetzt nicht nur an dieser Debatte hier beim Bundesparteitag beteiligt haben – machen. Ich denke, das ist eine gute Gelegenheit, einmal darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Bildungspapier in monatelangen Beratungen, insbesondere dieses Kapitel zum Hochschulbereich, aus meiner Sicht jedenfalls in einer ungewöhnlich intensiven Kooperation mit dem Ring Christlich Demokratischer Studenten zustande gekommen ist.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte mich auch herzlich sowohl für die Zusammenarbeit als auch vor allem für die innovativen Impulse bedanken, die der RCDS gerade für die Formulierung dieses Kapitels beigetragen hat.

(Beifall)

Ich finde es nicht nur protokollarisch angemessen, sondern halte es auch für ein ermutigendes Zeichen dafür, daß es möglich ist, im Gespräch mit den unmittelbar Beteiligten, Spielräume für Veränderungen zu erschließen, die ganz sicher inzwischen aufgelaufen sind. Ich denke, daß man, wenn man sich konkret und mit dem Willen zur Modernisierung mit einem solchen Sachverhalt beschäftigt, gemeinsame Lösungen finden kann. Dafür sage ich auch an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich herzlichen Dank an den RCDS.

Nun haben die beiden Sprecher des RCDS zutreffend darauf hingewiesen, daß die Empfehlung der Antragskommission in den beiden von ihnen angesprochenen Punkten vom ursprünglichen Text des Leitantrags abweicht. Es ist naturgemäß für diejenigen, die an der Formulierung des ursprünglichen Textes unmittelbar beteiligt waren, immer eine etwas delikate Situation, wenn sie anschließend begründen sollen, warum eine Modifizierung vorgeschlagen wird, die sie selber nicht ganz zufälligerweise zunächst nicht vorgetragen haben. Ich will das gleichwohl versuchen.

In dem ersten hier zur Debatte stehenden Bereich – das ist Ziff. 62 – hat die Antragskommission empfohlen, Änderungswünsche einzuarbeiten, die von einigen Landesverbänden, u.a. von Hessen, von Kreisverbänden und von Bezirksverbänden vorgetragen worden sind. Dabei mache ich darauf aufmerksam, daß die Antragskommission diese Änderungswünsche aus Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden nicht wörtlich zur Übernahme empfiehlt, sondern sie in einer Art und Weise sinngemäß eingearbeitet hat, die nach meinem Verständnis einen Teil der Bedenken ausräumen könnte, die der RCDS gerade noch einmal vorgetragen hat.

Es ist wahr, das will ich durchaus einräumen, daß mit der ausdrücklichen Nennung der Einbeziehung des fachspezifischen Sachverstands und der Verantwortung der Dekane das Problem der inneren Strukturreform der Hochschule nicht vollständig beschrieben und sicher auch nicht vollständig gelöst ist. Aber wahr ist sicher auch, daß dies Bestandteil einer solchen Veränderung sein muß. Insofern lassen sich mit ähnlich guten Argumenten, wie sie gegen die beispielhafte Erwähnung dieses Bereichs vorgetragen worden sind, natürlich auch Bedenken anmelden, wenn man sagte: Das nennen wir erst gar nicht. Insofern, glaube ich, kann man der Empfehlung der Antragskommission folgen, dies in der modifizierten Fassung in Ziff. 62 einzufügen.

Was im übrigen die Autonomie der Hochschulen und die Stärkung von Wettbewerb angeht, so sind wir dankbar, daß die Entschlossenheit des Bundesfachausschusses, genau an der Stelle einen neuen Akzent zu setzen, hier auch in der Diskussion ausdrücklich Unterstützung gefunden hat. Das brauchen wir auch ganz sicher als dringende Orientierungslinie der Erneuerung des deutschen Hochschulsystems.

Aber wir wollen uns nichts vormachen. Das deutsche Hochschulsystem ist nicht nur gegenwärtig, sondern auch für die überschaubare Zukunft im wesentlichen staatlich verfaßt. Das muß man nicht unbedingt für der Weisheit letzten Schluß halten, aber es ist so. Wenn es aber so ist, und so lange es so ist, ist es sicher vernünftig – so wie das von Antragstellern auch als Ergänzung gefordert worden ist –, in unseren Leitantrag aufzunehmen: Die Landesregierungen und die Landtage dürfen jedoch nicht aus ihrer Verantwortung für die Sicherung und die Förderung von Wissenschaft in Forschung und Lehre bezüglich der Hochschulen entlassen werden.

Das steht unserem Ziel der Stärkung von Autonomie und Wettbewerb nicht im Weg. Ich fürchte vielmehr, wir würden einen Pyrrhussieg für die Hochschulen erstreiten, wenn wir uns im allgemeinen für die Stärkung von Autonomie und Wettbewerb aussprechen und die Landesregierungen und Landtage damit jedenfalls implizit aus ihrer Verantwortung entließen. Daß wir hier beides ausdrücklich markieren, ist, glaube ich, eine Verbesserung der Formulierung des Leitantrags.

Was den zweiten Punkt angeht, stimme ich Frau Zieschang zu, daß das Thema Studiengebühren ein ungewöhnlich kompliziertes ist, als daß es auch mit einer noch so gut gemeinten Formulierung überzeugend abschließend geregelt werden kann. Allerdings werden wir auch nicht so tun dürfen, als sei in allen möglichen anderen Bereichen unseres Bildungssystems eine angemessene Selbstbeteiligung der Anspruchnehmer an den Kosten von Ausbildung zulässig, im Hochschulbereich aber prinzipiell nicht. Das, denke ich, kann auch keine für die Zukunft tragfähige Auskunft sein.

Die Antragskommission hat gegenüber dem ursprünglichen Text nur eine vergleichsweise sehr bescheidene Ergänzung zur Beschlußfassung empfohlen. Das betrifft die Aufnahme einer Regelung – die mindestens zwei CDU-geführte Landesregierungen gerade in ihre novellierten Hochschulgesetze hineingeschrieben haben –, daß bei einer aus persönlich zu vertretenden Gründen – sonst tritt das wieder nicht in Kraft – erheblichen Überschreitung der Regelstudienzeit Studiengebühren erhoben werden können. Ich sage noch einmal: Ich stimme dem RCDS zu, wenn er sagt, damit ist das Thema insgesamt nicht erledigt. Auch lösen wir das Gesamtproblem der Finanzierung von Bildungseinrichtungen in diesem Papier keineswegs abschließend. Da müssen wir uns miteinander insgesamt einmal mehr Zeit nehmen, um das gründlich und nicht nur für die Hochschulen, sondern für alle Teile unseres Bildungssystems zu durchdenken. Ich denke, wenn CDU-geführte Landesregierungen aus beachtlichen Gründen für diesen gerade genannten eng eingegrenzten Bereich – übrigens auch in Übereinstimmung mit einem Eckwertepapier, das Bund und Länder für das vorgesehene Spitzengespräch gemeinsam erarbeitet haben – die Erhebung von Studiengebühren ausschließlich bei erheblicher Überschreitung von Regelstudienzeiten beschlossen haben, dann könnten wir uns das als Parteitag auch zu eigen machen.

Was den letzten Punkt von Frau Rauschnig angeht, so ist die Formulierung der Ziffer 70 – das ist die dritte Änderung, über die wir gesondert abstimmen müßten, Herr Präsident – noch einmal angesprochen worden. Hier geht es in der Tat darum, daß nach den Empfehlungen sowohl des Bundesfachausschusses wie auch der Antragskommission wir uns politisch darauf verpflichten wollen, in Zukunft von vorhandenen

gesetzlichen Spielräumen in dem dienstrechtlichen Verhältnis von Hochschullehrern stärker Gebrauch zu machen. Frau Rauschnig, es kann keine Rede davon sein, daß hier die Forderung nach Verabschiedung des Berufsbeamtentums auch nur andeutungsweise erhoben würde. Es wird nicht einmal für den Hochschulbereich erklärt, es dürfte keine verbeamteten Hochschullehrer mehr geben. Wir sagen hier nicht mehr, allerdings auch nicht weniger, als das bitte schön doch die Hochschulen, von denen wir ein Großteil der Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft erwarten, vorhandene gesetzliche Spielräume zu einer stärkeren Flexibilität in den Personalstrukturen bitte schön nutzen sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir dies denn je ernsthaft machen wollen, dann machen wir es entweder jetzt oder nie mehr, denn aus rein demographischen Gründen werden innerhalb der nächsten zehn Jahre rund 50 % aller Lehrstühle neu besetzt werden müssen. Wenn wir jemals, ohne erworbene Besitzstände in Frage zu stellen, eine Veränderung von Strukturen und vor allem eine Stärkung von Flexibilität, zugleich auch eine Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft erreichen wollen, dann müssen wir das jetzt angehen. Wir sagen, wie gesagt nicht, dafür verändern wir Gesetze, sondern wir sagen nur: Wir fordern die Hochschulen, wir fordern die Landesregierungen, die Landtage auf, von diesen gesetzlichen Möglichkeiten stärker Gebrauch zu machen. Dazu haben wir eine modifizierte Fassungsempfehlung, die die Formulierung mit aufnimmt, die auch im Entwurf unseres Grundsatzprogramms vorgesehen ist. Die Antragskommission bittet Sie herzlich, dieser Empfehlung zuzustimmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über das gesamte Kapitel 18, Hochschulen und Wissenschaft. Das sind die Ziffern 60 bis 73. Kollege Lammert hat, bezogen auf die Diskussion, vorgeschlagen, über 3 Ziffern getrennt abzustimmen, nämlich, wenn ich das jetzt richtig verfolgt habe, über Ziffer 62 – da geht es um die Autonomie der Hochschulen –, den letzten Satz der Ziffer 68 – da geht es um die Studiengebühren – und die Ziffer 70 – da geht es um die dienstrechtliche Stellung der Hochschullehrer. Wir würden jetzt von dem bisher beschlossenen Verfahren der En-bloc-Abstimmung abweichen. Ich schlage daher vor: Wir stimmen über die drei von mir genannten Ziffern vorweg ab und stimmen dann über das gesamte Kapitel ab. Das läge in der Logik der Diskussion. Einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch.

Demzufolge lasse ich jetzt über Ziffer 62 abstimmen. Ich sage das Thema noch einmal: Autonomie der Hochschulen. Ich stelle den Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Antrag mit klarer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe dann Ziffer 68 auf. Da geht es um die Studiengebühren. Auch hier lasse ich über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen, bei dem Kollege Lammert eben noch das Wort genommen hat. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zu Ziffer 68 zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen und Enthaltungen ebenfalls mit klarer Mehrheit angenommen.

Ich rufe dann Ziffer 70 auf. Es geht dabei um die dienstrechtliche Stellung der Hochschullehrer. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Ich lasse nun über das gesamte Kapitel 18, Hochschulen und Wissenschaft, also die Ziffern 60 bis 73, in der von der Antragskommission vorgeschlagenen jeweiligen Fassung abstimmen. Wer dieser zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe die letzte Ziffer, Ziffer 74, des Leitantrags auf. Diese Ziffer behandelt die Weiterbildung. Dazu ist etwas auf Seite 165 der Antragsbroschüre zu lesen. Die Antragskommission ist dem Vorschlag vieler Antragsteller gefolgt und hat einen grundlegend neuen Text zur Weiterbildung erarbeitet. Sie finden diesen Text in den schmalen Spalten auf den Seiten 165 bis 170 Ihrer Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt diesen neuen Text zur Annahme. Dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Deshalb komme ich zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu Ziffer 74 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir das neue bildungspolitische Programm der CDU Deutschlands in seinen Einzelaspekten beraten. Im Namen des Parteitagspräsidiums danke ich Ihnen für die außerordentliche, sachorientierte Mitarbeit. Ich danke, die CDU kann auf dieses umfassende Programm zur Bildungspolitik stolz sein.

Wir kommen jetzt zur Schlußabstimmung. Wer dem Antrag „Erziehung, Ausbildung und Bildung in unserer freiheitlichen Demokratie“ in der durch die Einzelabstimmung festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei 1 Gegenstimme und ganz wenigen Enthaltungen ist dieses Bildungsprogramm mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor wir jetzt zu den letzten Höhepunkten des Parteitages kommen, habe ich noch einige Schlußanmerkungen zu machen.

Ich möchte allen danken, die zum erfolgreichen Verlauf unseres Parteitages beigetragen haben. Zunächst herzlichen Dank an alle Delegierten, die in großer Konzentration und Disziplin diesen Parteitag mitgestaltet haben. Herzlichen Dank auch an meine Kolleginnen und Kollegen im Tagungspräsidium für die gute Zusammenarbeit.

Mein Dank gilt den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die uns begleitet haben und über unseren Parteitag berichten. Das Ausmaß des Dankes werden wir morgen feststellen, wenn wir gelesen haben.

Ich bedanke mich sehr bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ICC, die in den letzten Tagen nahezu Tag und Nacht im Einsatz waren. Wir haben von Seiten des ICC eine große Unterstützung erfahren.

(Beifall)

Bedanken möchte ich mich auch bei allen Angehörigen der Berliner Polizei für die mit diesem Parteitag verbundenen Sicherungs- und Schutzmaßnahmen.

(Beifall)

Ich danke den Helferinnen und Helfern des Roten Kreuzes für ihren Einsatz.

(Beifall)

Sicherlich auch in Ihrer aller Namen bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Bundesgeschäftsstelle sowie auch bei den zahlreichen Helferinnen und Helfern der Berliner CDU für die Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des Parteitages.

(Beifall)

Ich persönlich habe nur einen Wunsch: daß Berlin Ihnen ein guter Gastgeber gewesen ist und daß das in Ihrer Erinnerung bleibt.

(Beifall)

Das Wort hat Steffen Heitmann.

Steffen Heitmann (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren, ich habe keine Parteitagserfahrung. Es ist erst das zweite Mal, daß ich als Gast auf einem Bundesparteitag der CDU bin. Aber dieser Parteitag wird mir in tiefer Erinnerung bleiben. Ich bin von Ihnen mit soviel Freundlichkeit und Entgegenkommen aufgenommen worden, ich habe soviel Ermunterung und Zuspruch erfahren - das hat mich sehr bewegt. Das ist nicht selbstverständlich. Ich möchte Ihnen dafür aufrichtig und herzlich danken.

(Beifall)

Es ist für mich ungemein ermutigend, daß dieser Zuspruch und diese Ermunterung von ostdeutschen und westdeutschen Delegierten in gleicher Weise gekommen sind. Da kann es doch um die innere Einheit unseres Vaterlands so schlecht nicht bestellt sein, wie es oft - oft auch in vordergründiger Absicht - herbeigeredet wird.

(Beifall)

Die Mauer in den Köpfen und Herzen wird nicht höher, wenn wir es nur wollen.

(Beifall)

Es tut uns, glaube ich, immer wieder gut, wenn wir uns erinnern, woher wir kommen. Mir jedenfalls wird sonst schwindlig, wenn ich auf meinen eigenen Lebensweg in den letzten vier Jahren zurückblicke.

Vor fast genau vier Jahren öffnete sich der Eiserne Vorhang von Ungarn zu Österreich, und eine Menge von DDR-Bürgern nutzte die Gelegenheit zur Flucht. Wir werden das dem ungarischen Volk nicht vergessen.

(Beifall)

Aber vor vier Jahren stand die DDR noch ungeschmälert. Daß das ihr erster Todesstoß war, wußten wir erst im nachhinein.

Damals glaubte niemand, daß eine so rasante Entwicklung vor uns liegt, daß wir in einem Jahr ein wiedervereinigtes Vaterland sein würden. Keiner hätte das für möglich gehalten. Ich glaube, das Wunderbare dieses Vorgangs müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, damit die Probleme, die daraus erwachsen, nicht zu einem buchhalterischen Vorgang verkommen.

(Beifall)

Ich glaube, die Größe der Aufgaben, die vor uns liegen - das ist heute schon einmal in ähnlicher Weise gesagt worden -, ist gering im Vergleich zu der Chance für die Neugestaltung Deutschlands, die wir durch die Wiedervereinigung gewonnen haben. - Ich danke Ihnen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Lieber Steffen Heitmann, gestern hat Helmut Kohl gesagt, wir verfolgen Ihre Absichten, Ihre Bereitschaft mit Sympathie. Dem Beifall eben haben Sie auch entnehmen können: Sympathie bedeutet für uns viel.

(Beifall)

Das Wort hat der Bundesvorsitzende.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir sind – was niemand glauben wollte, auch ich nicht - vor der geplanten Zeit am Ende dieses wichtigen Berliner Parteitags angekommen.

Ich will vorweg ein herzliches Dankeschön sagen. Viel ist schon gedankt worden, aber, Herr Diepgen, ich will dem Präsidium danken, vor allem auch Ihnen, und allen Berliner Freunden sowie allen Berliner Bürgerinnen und Bürgern, die uns so prima aufgenommen haben

(Beifall)

in einer Art und Weise, daß jeder fühlte: Wir sind hier willkommen; es ist die deutsche Hauptstadt, in der wir getagt haben.

(Beifall)

Deshalb bleibt es – ich sage es nicht jeden Tag, weil ich es absurd finde, es jeden Tag zu sagen – bei den Beschlüssen, die wir im Parlament getroffen haben.

(Beifall)

Aber als eine große Volkspartei sind wir auch zur Fairneß verpflichtet. Es geht nicht an, daß die einen die eine Hälfte des Beschlusses und die anderen die andere Hälfte des Beschlusses lesen. Es ist ein Beschluß.

(Beifall)

Das heißt: Es ist ein Beschluß, der Berlin und Bonn und natürlich das Umfeld dieser Städte betrifft, und daran werden wir uns halten. Daran gibt es nichts zu deuteln. Darauf müssen sich die Menschen hier in Berlin wie in Bonn verlassen können, denn wir alle schulden auch den Menschen in Bonn, in der Region Bonn viel Dank für das, was 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland ausgemacht haben.

(Beifall)

Als Steffen Heitmann soeben sprach und dabei anklingen ließ, was er an einem solchen Tag im Blick zurück auf vier Jahre empfindet, dachte auch ich an die Zeit zurück, als ich zum erstenmal in Berlin war. Damals war ich 17 Jahre; es war 1947. Unter den Einwirkungen des Krieges hatte sich die zerstörte Stadt in eine trostlose Landschaft verwandelt.

Ich hätte nie für möglich gehalten, daß ich, der damals 17jährige, später in anderen Funktionen oft nach Berlin kommen würde. Aber wir alle – auch die ganz Jungen – haben damals nicht daran geglaubt, daß unser Volk mit viel Arbeit, mit viel Mühe, mit einer klugen Politik, auch mit Unterstützung vieler im Ausland wieder den Aufstieg schaffen würde.

Damals war unsere Partei gerade zwei Jahre alt. Sie wurde hier in Berlin gegründet – kaum mehr vorstellbar, wenige Wochen nach der Kapitulation.

Man kann es nicht oft genug sagen, gerade in diesen Tagen: Sie wurde hier wie in Köln und anderswo vor allem von Männern und Frauen gegründet, die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen und von den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges der Nazi-Zeit kamen. Zu der Gründungsversammlung kamen einige aus den Todeszellen von Plötzensee. Wir wollen dies nicht vergessen, weil von diesem Gesetz des Anfangs die Ideengemeinschaft unserer Union bestimmt wird.

Wenn man im Blick auf diese Zeit, im Blick auf das, was soeben bei Steffen Heitmann in bezug auf die jüngsten Jahre anklang, einmal Maß nimmt an den Notwendigkeiten von heute, an dem, was wir uns zutrauen oder nicht zutrauen, an der Frage, ob wir Mut

haben oder keinen Mut haben, ob wir an Besitzständen festhalten oder sagen, wir wagen den Aufbruch, dann, finde ich, ist die Antwort für Christliche Demokraten nicht sonderlich schwierig: Wir richten den Blick nach vorn. Den anderen überlassen wir es, auf dem zu beharren, was keine Zukunft hat.

Wir wollen all das erhalten, was sich in diesem freiheitlichen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland bewährt hat. Aber wir wollen die Tore weit offenhalten für uns und für kommende Generationen, damit dieses Land eine sichere Zukunft hat. Das ist die Politik der Christlichen Demokraten.

(Beifall)

So wollen wir von diesem Parteitag nach Hause in die Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände zurückkehren. Wir wollen uns nichts von denen einreden lassen, die im Blick auf die Diskussion um das Grundsatzprogramm sagen: Das ist doch Luxus in einer solchen Zeit.

In der Tagespolitik brauchen wir heute mehr denn je den Kompaß, klare Prinzipien und klare Ausrichtungen. Das, was wir soeben in bezug auf die letzten vier Jahre hörten, hat uns gezeigt, daß die Völker – das ist eine Erfahrung der Geschichte -, aber auch politische Parteien dann erfolgreich sind, wenn sie ungeachtet der eigenen Fehler und auch trotz manch verfehlter Tagesziele im Prinzipiellen einen klaren Kurs halten. Man kann keinen klaren Kurs im Prinzipiellen halten, wenn man sich bei Grundsatzfragen der eigenen politischen Existenz von den täglich wechselnden Launen der Demoskopie abhängig macht.

Deswegen bitte ich Sie herzlich, bei all dem, was wir zu tun haben: Nehmen Sie diese Diskussion um das Grundsatzprogramm auf! Es ist eine wichtige Entscheidung. Es ist das erste gesamtdeutsche Grundsatzprogramm einer deutschen Partei, und das sind wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

(Beifall)

Wer die drei Parteitage seit der deutschen Einheit miterlebt und mitgestaltet hat, wird mir sicher zustimmen: Wir sind in diesen drei Jahren – manchmal mühsam genug - immer weiter zusammengewachsen. Wir verstehen uns besser, aber das heißt nicht, daß wir im Umgang miteinander schon alles besser verstehen. Das ist eben der Auftrag, den wir uns selbst gegeben haben. Hier in Berlin – dies behaupte ich – ist die CDU Deutschlands in allen ihren Landesverbänden, mit allen ihren Delegierten in gelebter Einheit ein gutes Stück weiter zusammengewachsen und vorangekommen.

Lassen Sie uns von diesem Parteitag mit dem Vorsatz nach Hause gehen, daß wir ganz einfach unsere Pflicht tun wollen – in der Verantwortung für Deutschland, im Geiste dessen, was im Deutschlandlied ganz knapp zusammengefaßt ist: „Einigkeit und Recht und Freiheit“.

(Beifall)

Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist damit geschlossen. - Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

(Schluß: 15.08 Uhr)

Anhang

Beschlußprotokoll des 4. Parteitages der CDU Deutschlands 13.-14. September 1993, Berlin

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Stimmzählkommission
6. Grußworte
7. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
8. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
9. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
10. Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands:
Vorlage der nach § 23 Abs. 2 Parteiengesetz erforderlichen Rechenschaftsberichts 1991
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
12. Aussprache zu den Berichten
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission
14. Beratung und Beschlußfassung über den Leitantrag „Erziehung, Ausbildung und Bildung in unserer freiheitlichen Demokratie: Für die Humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem“
15. Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken“
16. Beratung und Beschlußfassung über Anträge zur Änderung des Statuts, der Beitragsordnung, der Parteigerichtsordnung und der Geschäftsordnung der CDU
17. Wahl der Delegierten und ihrer Stellvertreter zum X. EVP-Kongreß in Brüssel
18. Sonstige Anträge
19. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 2:

Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteita-
ges am 13.09.1993 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen
und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:

Eberhard Dieppen MdA

Beisitzer:

Brigitte Frank

Klaus Landowsky MdA

Ulf Fink

Bernd Neumann MdB

Dirk Fischer MdB

Otti Geschka MdL

Renate Holznagel MdL

Josef Stock MdL

Christian Wulff

Horst Horrmann MdL

Manfred Carstens MdB

Herbert Reul MdL

Elke Wülfing MdB

Peter Schuler MdL

Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB

Dr. Fritz Hähle MdL

Sabine Klenke MdL

Dr. Ottfried Hennig MdL

Dr. Birgit Bauer

Christine Lieberknecht MdL

Irmgard Karwatzki MdB

Hermann Gröhe

Pia-Madeleine Garitz

Klaus E. Bregger

Helmut Sauer MdB

Dr. Bernhard Worms

Rainer Eppelmann MdB

Bernhard Sälzer MdEP

Zu TOP 3:

Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener
Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstim-
mig angenommen.

Zu TOP 4:

Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Peter Hintze MdB

Stellv. Vorsitzender:

Hans-Joachim Reck

Weitere Mitglieder:

Dieter Althaus MdL	Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer
Christine Arlt-Palmer	Maria Michalk MdB
Dr. Christoph Bergner MdL	Dr. Gottfried Müller MdL
Dr. Joseph-Theodor Blank	MdB Dr. Dieter Murmann
Klaus E. Bregger	Bernd Neumann MdB
Kerstin Claubert	Marcus Ostermann
Rainer Eppelmann MdB	Doris Pack MdEP
Rudolf Friedrich MdL	Hartmut Perschau
Dr. Reinhard Göhner MdB	Peter Rauen MdB
Dr. Georg Gölter MdL	Oliver Röseler
Dr. Fritz Hähle MdL	Bernhard Sälzer MdEP
Ulrich Junghanns MdB	Dr. Thomas Schäuble MdL
Martin Keppler	Birgit Schnieber-Jastram MdHB
Roland Koch MdL	Thomas Stritzl MdL
Dr. Paul Krüger MdB	Gabriele Wiechatzek MdB
Dr. Norbert Lammert MdB	Dr. Bernhard Worms
Christine Lieberknecht MdL	Elke Wülfing MdB
Dr. Helmut Linssen MdL	Christian Wulff
Erich Maaß MdB	Tamara Zieschang
Dr. Hedde Meseke MdB	

Zu TOP 5:

In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Hans-Joachim Woelke

Stellv. Vorsitzende:

Gabriele Krischel

Weitere Mitglieder:

Bernhard Albrecht	Karl-Ferdinand Kinting
Sabine Appel	Hans-Gerd Lelickens
Renate Baum	Roswitha Machel
Martina Becher	Peter Müllenbach
Hans Bender	Karl Nimtsch
Matthias Biergans	Harald Oertel
Klaus Böhm	Angela Ott
Georg Brokelmann	Gerd Ozimek
Günter Brummundt	Hans-Georg Pelzer
Heinz Budde	Hans-Ulrich Püschel
Jörg-Dieter	Burfeind Dieter Ramm
Rose Marie Choitz	Kathrin Reichel
Rainer Deppe	Josef Reichl
Gertrud Dorer	Dieter Richter
Heinz-Jürgen Engberding	Eberhard Sachse
Josef Figula	Ludger Samson
Ferdinand Fleischer	Lars Scheidler
Harry Grunert	Siegbert Schrader
Brigitte Hasche	Günter Schulze
Harald Hempel	Margrit Seehaus
Paul Holtmannspoetter	Irmgard Tammen
Erich Hönow	Bernhard Tremmel
Heinz Werner Janßen	Paul Westeppe
Andreas Johné	Peter Wettenmann
Hans-Josef Kampe	Manfred Wynands
Udo Kamperdick	Erich Zimmermann
Ulrich Keiluwert	Josef Zollmann
Siegmar Kelm	

- Zu TOP 7/12:** Der 4. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 8/12:** Der 4. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Generalsekretärs, Peter Hintze MdB, zustimmend zur Kenntnis. Dem Bericht waren 3 Anlagen beigefügt.
- Zu TOP 9/12:** Der 4. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 10/12:** Der 4. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlichen Bericht der Bundesschatzmeisterin Brigitte Baumeister, den Rechenschaftsbericht 1991 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 11/12:** Der 4. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlichen Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Mandatsprüfungskommission

Vorsitzender: Konrad Wilczek

Beisitzer: Jochen von Allwörden
Heinz Hesping
Ulf Leisner
Karl Rauber
Bernd Reisener
Friedrich Claudius Schlumberger

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Mandatsprüfungskommission des 4. Parteitages erstattete am Montag, den 13. September 1993, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.000 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12.00 Uhr von den 1.000 voll stimmberechtigten Delegierten des 4. Parteitages 938 anwesend.

Der Parteitag ist beschlußfähig.

gez. Konrad Wilczek	gez. Jochen von Allwörden
gez. Heinz Hesping	gez. Ulf Leisner
gez. Karl Rauber	gez. Bernd Reisener
gez. Friedrich Claudius Schlumberger“	

Zu TOP 14:

Der 4. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über den Leitantrag des Bundesvorstandes **„Erziehung, Ausbildung und Bildung in unserer freiheitlichen Demokratie: Für die Humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrags des Bundesvorstandes sowie der dazugehörenden Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 4. Parteitages der CDU Deutschlands“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge II und Empfehlungen der Antragskommission“ ...abgedruckt.)

- Annahme von Antrag A6 und Änderung der Überschrift
- Annahme von Antrag A7 und Änderung der Gliederung
- Annahme der Anträge A3, A8 (letzter Absatz) und D21 und Auftrag an den Bundesfachausschuß, eine Kurzfassung des Programms zu erstellen
- dadurch Erledigung der Anträge A4 und A2
- Behandlung von Antrag A5 bei Ziffer 6
- Ablehnung der Anträge A1, A8 a-e und A9
- Annahme der Anträge A10 bis A13, A15 und A16 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A14
- Annahme der Anträge A17, A20 und A23
- Erledigung von Antrag A22 durch Beschlußfassung zu Ziffer 7
- Erledigung von Antrag A24 durch Beschlußfassung zu Ziffer 52
- Behandlung der Anträge A26 und A27 bei Ziffer 3
- Ablehnung der Anträge A18, A19, A21 und A25
- Annahme der Anträge A28, A31, A32, A36 und A40 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A34, A38, und A39
- Erledigung der Anträge A41 und A42 durch Beschlußfassung zu Ziffer 36 bzw. Ziffer 11, 2. Absatz
- Ablehnung der Anträge A26, A27, A29, A30, A33, A35 und A37
- Annahme der Anträge A43 bis A46
- Ablehnung von Antrag A47
- Annahme der Anträge A48, A49 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A51
- Erledigung von Antrag A54 durch Beschlußfassung zu Ziffer 36
- Ablehnung der Anträge A50, A52, A53, A55 bis A57
- Annahme der Anträge A58, A59, A61, A62, A63, A64 und A75 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A72
- Erledigung der Anträge A60, A68, A69 und A73 durch Beschlußfassung zu Ziffer 29
- Ablehnung der Anträge A 5, A65, A66, A67, A70, A71, A74 und A76
- Annahme der Anträge A77, A78, A80, A81, A82, A83, A84, A85, A86, A87, A88, A89, A92, A93, A95, A96, A100, A101, A102, A103, A104, A105 und A106 idF der AK
- nach Ziffer 7 Einfügung einer neuen Ziffer 8 (Text des Antrages A84)

- dadurch Erledigung von Antrag A91
- Erledigung von Antrag A94 durch Beschlußfassung zu Ziffer 17
- Ablehnung der Anträge A79, A90, A97, A98 und A99
- Annahme der Anträge A107, A110, A112, A114, A115, A116, A117, A121 und A123 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A111 und A122
- Ablehnung der Anträge A108, A109, A113, A118 bis A120 und A124
- Annahme der Anträge A125 und A132 idF der AK
- Erledigung der Anträge A127, A130 und A133 durch Beschlußfassung zu Kapitel 16
- Ablehnung der Anträge A126, A128, A129 und A131
- Annahme der Anträge A134, A135, A142, A148, A157 und A238 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A152 und A240
- Erledigung der Anträge A151 und A153 durch Beschlußfassung zu den Ziffern 7 und 8
- Erledigung von Antrag A150 durch Beschlußfassung zu den Ziffern 31/32/35
- A154 erledigt durch Beschlußfassung zu Kapitel 11
- Ablehnung der Anträge A136 bis A141, A143 bis A147, A149, A155 und A156
- Annahme der Anträge A158, A160, A161, A162 und A165 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A163, A168 und A169
- Antrag A166 erledigt durch geltende Rechtslage
- Ablehnung der Anträge A159, A164 und A167
- Annahme der Anträge A170, A171, A172, A176, A178, A184, A185 und A187 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A186
- Erledigung von Antrag A177 durch Beschlußfassung zu Ziffer 52
- Erledigung von Antrag A179 durch Beschlußfassung zu Ziffer 54
- Ablehnung der Anträge A173 bis A175 und A180 bis A183
- Annahme der Anträge A188, A189 und A190 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A191
- Ablehnung von Antrag A192
- Annahme von Antrag A194 idF der AK
- Annahme der Anträge A193 und A195 idF des Antrags A195
- dadurch Erledigung von Antrag A198
- Ablehnung der Anträge A196 und A197
- Annahme von Antrag A199
- Annahme der Anträge A200, A201, A202 und A203 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A204
- Annahme der Anträge A205 bis A208 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A209
- Annahme der Anträge A210 bis A219 idF der AK
- Annahme der Anträge A220, A222 bis A225, A227 und A229 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A228
- Ablehnung der Anträge A221 und A226
- Annahme der Anträge A230, A231 und A233 idF der AK

- Ablehnung der Anträge A232 und A234
- Annahme der Anträge A235 und A236 idF des Antrags A236 und idF der AK
- Ablehnung der Anträge A237 und A239
- Behandlung der Anträge A238 und A240 bei Ziffer 10
- Annahme der Anträge A241, A242, A244, A245 und A251 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A252
- Ablehnung der Anträge A243 und A246 bis A250
- Annahme der Anträge A253 bis A255 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A256
- Annahme der Anträge A257 und A259 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A258, A260 und A261
- Annahme der Anträge A262, A263, A264 und A265 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A266 und A267
- Annahme der Anträge A268 bis A271, A273, A274, A277, A282, A283 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A284
- Ablehnung der Anträge A272, A275, A276, A278, A280 und A281
- Annahme der Anträge A285 und A286 idF der AK
- Erledigung von Antrag A288 durch Beschlußfassung zu Kapitel 16
- Ablehnung der Anträge A287 und A289
- Annahme der Anträge A290 und A293 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A291, A292 und A294 bis A297
- Annahme der Anträge A298, A299 und A301 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A306 und A308
- Ablehnung der Anträge A300, A302 bis A305, A307, A309 und A310
- Annahme der Anträge A311, A312, A313, A318 und A320 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A314 bis A317 und A319
- Annahme der Anträge A321, A322, A333a, A337 und A356 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A323 bis A332, A333 b/c, A334 bis A336, A338 bis A355 sowie A357 und A358
- Annahme der Anträge A359, A363, A366 und A367 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A360 bis A362, A364 bis A365 und A368 bis A373
- Annahme der Anträge A374, A378, A379 und A383 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A381
- Erledigung von Antrag A382 durch Beschlußfassung zu den Ziffern 31/32
- Ablehnung der Anträge A375 bis A377, A380 und A384
- Annahme der Anträge A385 bis A386, A388 und A389 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A387, A395 und A396
- Behandlung von Antrag A394 bei Ziffer 74
- Ablehnung der Anträge A390 bis A393
- Annahme der Anträge A397, A402, A405, A410 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A403, A421, A432, A444, A450 und A451
- Erledigung von Antrag A420 durch Beschlußfassung zu Ziffer 51
- Erledigung von Antrag A449 durch Beschlußfassung zu Ziffer 49

- Ablehnung der Anträge A398 bis A410, A404, A406 bis A409, A411 bis A419, A422 bis A431, A433 bis A443 und A445 bis A448
- Annahme der Anträge A452, A453, A455, A457, A458, A459 und A476 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A461, A463, A467, A472 und A475
- Erledigung von Antrag A462 durch Beschlußfassung zu Ziffer 54
- Ablehnung der Anträge A454, A456, A460, A464 bis A466, A468 bis A471, A473 und A474 sowie A477
- Annahme der Anträge A478, A479 und A484 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A482
- Erledigung von Antrag A485 durch Beschlußfassung zu Ziffer 74
- Ablehnung der Anträge A480, A481, A483 sowie A486 bis A488
- Annahme der Anträge A489 und A491
- Ablehnung von Antrag A490
- Annahme der Anträge A492, A493, A495 und A496 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A494 und A497
- Annahme der Anträge A498 bis A502 und A504 bis A506 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A503
- Annahme von Antrag A507
- Ablehnung der Anträge A508 bis A519
- Annahme der Anträge A520, A522 und A524 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A521 und A523
- Annahme von Antrag A525
- Ablehnung der Anträge A526 und A527
- Annahme von Antrag A528
- Erledigung von Antrag A530 durch Beschlußfassung zu Ziffer 40
- Ablehnung der Anträge A529 und A531 bis A536
- Annahme der Anträge A537 und A538 (Teil 2)
- Ablehnung der Anträge A538 (Teil 1), A539 und A540
- Annahme von Antrag A541
- Behandlung von Antrag A543 bei Ziffer 74
- Ablehnung von Antrag A542
- Annahme der Anträge A544, A548 und A550 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A545 bis A547, A549 und A551
- Annahme von Antrag A552
- Ablehnung von Antrag A553
- Annahme der Anträge A554 und A556
- Ablehnung von Antrag A555
- Annahme der Anträge A557, A558, A559, A561, A562 und A564 idF der AK
- Erledigung von Antrag A560 durch Beschlußfassung zu Antrag A7
- Ablehnung der Anträge A563, A565 und A566
- Annahme der Anträge A567 bis A569 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A571
- Behandlung von Antrag A570 bei Ziffer 52
- Annahme der Anträge A570, A572, A577, A584, A585, A587 und A588 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A573 und A574
- Ablehnung der Anträge A575 und A576, A578 bis A583, A586 und A589

- Annahme der Anträge A590 bis A592, A596 bis A598, A600 und A601, A603 und A605 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A599 und A604
- Ablehnung der Anträge A593, A594, A595 und A602
- Annahme der Anträge A606, A609, A610 und A613 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A607, A608, A611, A612 und A614
- Annahme der Anträge A615 und A616
- Ablehnung der Anträge A617 und A618
- Annahme von Antrag A619
- Ablehnung von Antrag A620
- Annahme von Antrag A619
- Ablehnung von Antrag A620
- Annahme von Antrag A621
- Ablehnung von Antrag A622
- Annahme der Anträge A623 und A625
- Ablehnung von Antrag A624
- Annahme der Anträge A626 und A628
- Ablehnung der Anträge A627 und A629
- Annahme von Antrag A630
- Überweisung von Antrag A633 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Erledigung von Antrag A632 im Gesamtzusammenhang des Kapitels 18
- Ablehnung der Anträge A631 und A634
- Annahme von Antrag A635
- Erledigung von Antrag A637
- Ablehnung von Antrag A636
- Annahme der Anträge A638, A641, A643 und A645 bis A647 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A639, A640, A642, A644 und A648 bis A652
- Annahme der Anträge A653 bis A656 idF der AK
- Annahme der Anträge A657 und A658 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A659 bis A660
- Annahme der Anträge A661, A662 und A666 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A663 bis A665 sowie A667
- Annahme der Anträge A668 und A670 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A669 und A671 bis A680
- Annahme von Antrag A681
- Überweisung von Antrag A682 an die CDU-Landtagsfraktionen
- Annahme der Anträge A683, A684, A686 bis A688, A691 und A699 idF der AK
- Erledigung von Antrag A685 und Überweisung an die CDU-Landtagsfraktionen
- Ablehnung der Anträge A689, A690 und A692 bis A698
- Annahme der Anträge A700 und A701 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A702 bis A705
- Annahme der Anträge A706 und A708 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A707, A709 bis A711
- Annahme der Anträge A712 und A718 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A713 bis A717 und A719 bis A728

- Annahme der Anträge A729 und A730
- Ablehnung von Antrag A731
- Annahme von Antrag A732
- Ablehnung der Anträge A733 bis A738
- Annahme der Anträge A7, A394, A739 bis A743, A745 und A747 bis A748 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A543
- Ablehnung der Anträge A744 und A746
- Annahme der Anträge A751, A753, A754 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A755, A756, A757, A759, A760
- Erledigung der Anträge A750, A752, A758

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

(Die endgültige Fassung des Beschlusses „Erziehung, Ausbildung und Bildung in unserer freiheitlichen Demokratie: Für die Humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem“ ... ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 4. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 15:

Der 4. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über den Leitantrag des Bundesvorstandes **„Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrags des Bundesvorstandes sowie der dazugehörenden Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 4. Parteitages der CDU Deutschlands“ zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge I und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- Annahme von Antrag B1
- Erledigung von Antrag B2
- Annahme von Antrag B3
- Ablehnung von Antrag B4
- Annahme der Anträge B5 und B6
- Annahme der Anträge B7 und B8
- Annahme von Antrag B9
- Erledigung von Antrag B10 durch Beschlußfassung zu Ziffer 39
- Erledigung von Antrag B11 durch Beschlußfassung zu Ziffer 11
- Annahme der Anträge B12 und B13 idF der AK
- Annahme von Antrag B14
- Ablehnung der Anträge B15 und B16
- Annahme der Anträge B17 bis B21 idF der AK
- Annahme der Anträge B22 und B23
- Annahme der Anträge B24 und B26
- Ablehnung der Anträge B25 und B27
- Annahme der Anträge B28, B29, B32, B35 und B36 idF der AK
- Ablehnung der Anträge B30, B31, B33 und B34

- Annahme der Anträge B37, B38, B39, B42, B44, B45 und B49 idF der AK
- Behandlung von Antrag B43 bei Ziffer 19
- Überweisung von Antrag B50 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge B40, B41, B46, B47 und B48
- Annahme von Antrag B51
- Annahme der Anträge B52 und B53
- Ablehnung der Anträge B54 bis B56 idF der AK
- Annahme von Antrag B57
- Ablehnung der Anträge B58, B59 und B60
- Annahme von Antrag B61
- Annahme der Anträge B62, B63, B64 und B65 idF der AK
- Ablehnung von Antrag B66
- Annahme der Anträge B67 und B68
- Ablehnung der Anträge B69 und B70
- Annahme der Anträge B43, B71, B77 und B78 idF der AK
- Überweisung von Antrag B74 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge B72, B73, B75, B76, B79 und B80
- Annahme von Antrag B81
- Behandlung von Antrag B82 bei Ziffer 23
- Behandlung von Antrag B83 bei Ziffer 25
- Ablehnung der Anträge B84 und B85
- Annahme der Anträge B86 und B87
- Ablehnung von Antrag B88
- Annahme der Anträge B89 und B90
- Behandlung von Antrag B91 bei Ziffer 28
- Annahme der Anträge B82, B92 und B93 idF der AK
- Erledigung von Antrag B94
- Ablehnung von Antrag B95
- Annahme der Anträge B96, B97 und B98 idF der AK
- Erledigung von Antrag B99
- Annahme der Anträge B83 und B100 idF der AK
- Ablehnung der Anträge B101 und B102
- Annahme der Anträge B103 und B105
- Erledigung von Antrag B104 durch Beschlußfassung zu den Ziffern 26 und 49
- Erledigung von Antrag B106 durch Beschlußfassung zu Ziffer 28
- Annahme der Anträge B107 und B108
- Ablehnung von Antrag B109
- Annahme der Anträge B 91, B110, B112, B116 idF der AK
- Erledigung von Antrag B11 durch geltende Rechtslage
- Überweisung von Antrag B114 als Material an den BfA Jugendpolitik
- Ablehnung der Anträge B113 und B115
- Annahme der Anträge B117, B118, B120 und B121 idF der AK
- Erledigung von Antrag B119 durch Beschlußfassung zu den Ziffern 17 und 29
- Ablehnung von Antrag B122

- Annahme der Anträge B123 und B124 idF der AK
 - Ablehnung der Anträge B125 bis B127
 - Annahme von Antrag B128
 - Annahme von Antrag B129
 - Annahme von Antrag B130
 - Annahme von Antrag B131
 - Ablehnung der Anträge B132 und B133
 - Annahme der Anträge B134 und B138 idF der AK
 - Behandlung von Antrag B137 bei Ziffer 38
 - Ablehnung der Anträge B135, B136 und B139
 - Annahme der Anträge B140, B141 und B142
 - Erledigung von Antrag B143
 - Annahme der Anträge B144, B147 und B148
 - Ablehnung der Anträge B145, B146 und B149
 - Annahme der Anträge B137, B150 und B151 idF der AK
 - Ablehnung von Antrag B152
 - Annahme der Anträge B153 und B155 idF der AK
 - Erledigung von Antrag B156
 - Ablehnung der Anträge B157 und B158
 - Annahme der Anträge B159, B160, B162 und B164 idF der AK
 - Ablehnung der Anträge B161 und B163
 - Annahme der Anträge B165 und B166 idF der AK
 - Ablehnung von Antrag B167
 - Annahme der Anträge B168, B170 und B171 idF der AK
 - Erledigung von Antrag B169 durch geltende Rechtslage
 - Ablehnung von Antrag B172
 - Annahme von Antrag B173
 - Annahme der Anträge B174, B176 und B178 idF der AK
 - Ablehnung der Anträge B175 und B177
 - Annahme von Antrag B179
 - Ablehnung von Antrag B180
 - Annahme der Anträge B181, B182 und B184
 - Ablehnung von Antrag B183
 - Annahme von Antrag B185
 - Überweisung von Antrag B186 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
 - Ablehnung von Antrag B187
 - Annahme der Anträge B188 und B190
 - Ablehnung von Antrag B189
 - Annahme der Anträge B191 und B193
 - Überweisung von Antrag B192 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
 - Ablehnung der Anträge B194 bis B196
 - Annahme von Antrag B197
 - Annahme von Antrag B198
 - Ablehnung der Anträge B199 bis B201
 - Annahme von Antrag B202
 - Annahme von Antrag B203
 - Erledigung von Antrag B204 durch Beschlußfassung zu Ziffer 35
- Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

In der Schlußabstimmung wurde der Leitantrag des Bundesvorstandes **„Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken“** in offener Abstimmung mit überwältigender Mehrheit bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung angenommen.

(Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 4. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 16:

Der 4. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die **Anträge zur Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung, der Parteigerichtsordnung und der Geschäftsordnung der CDU** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge des Bundesvorstandes, eines Landesverbandes und von zwei Kreisverbänden ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 4. Parteitages der CDU Deutschlands“ oder in der „Sammlung der Initiativanträge II und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- Annahme von Antrag C1 idF der AK
- Ablehnung von Antrag C2
- Ablehnung von Antrag C3
- Ablehnung von Antrag C4
- Annahme von Antrag C5

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

(Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 4. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 17:

Als CDU-Vertreter und ihre Stellvertreter aus den Landesverbänden wurden zu Delegierten zum X. EVP-Kongreß vom 8.-10.12.1993 in Brüssel in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen gewählt:

Delegierte

Dr. Karl A. Lamers
Frieder Fundis
Dr. Gero Pfennig MdB
Martin Habermann MdL
Dr. Hans-Georg Faust
Reinhard Metz MdBB
Klaus Francke MdB
Inge Rauschnig
Hartmut Nassauer MdL
Günter Marten MdB
Jürgen Wahl
Prof. Dr. H.-P. Mayer
Dr. Sigmund Heller

Ersatzdelegierte

Rose Lässig

Dr. Elke Hofmann MdA
Anne-Karin Glase MdEP-Beob.

Klaus Bürger MdBB
Bettina Machaczek
Wilhelm Hogrefe
Christoph Greiff MdL
Dr. Karl Hagemann MdEP-Beob.
Dr. Heinrich Hoffschulte
Thorsten Thümler
Dr. Melanie Piepenschneider

Peter Altmaier	Prof. Rudolf Warnking MdL
Jürgen Schröder MdEP-Beob.	Dr. Lutz Goepel MdEP-Beob.
Monika Brudlewsky MdB	
Meinhard Füllner MdL	Jost de Jager
Christine Lieberknecht MdL	Rolf Berend MdEP-Beob.
	Dr. Dieter Koch MdEP-Beob.

Zu TOP 18:

Der 4. Parteitag der CDU Deutschlands faßte nach eingehender Aussprache über die „SONSTIGEN ANTRÄGE“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in den Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 4. Parteitages der CDU Deutschlands“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung Initiativanträge II und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- Annahme von Antrag D1 idF der AK
- Annahme von Antrag D2
- Annahme von Antrag D3 idF der AK
- Überweisung von Antrag D4 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag D5 idF der AK
- Überweisung von Antrag D6 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag D7 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag D8 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Überweisung der Anträge D9 und D10 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag D10 an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
- Annahme von Antrag D11 idF der AK
- Überweisung von Antrag D12 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag D13 idF der AK
- Annahme von Antrag D14
- Überweisung von Antrag D15 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Erledigung von Antrag D16 durch Beschlußfassung zu dem Programm „Für die Humane Leistungsschule ...“ und Überweisung als Material an den BFA Kulturpolitik
- Erledigung von Antrag D17 durch Beschlußfassung zu dem Programm „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Erledigung von Antrag D18 durch Beschlußfassung zu dem Programm „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Erledigung von Antrag D19 durch Beschlußfassung zu dem Programm „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Erledigung von Antrag D20 durch Beschlußfassung zu dem Programm „Für die Humane Leistungsschule ...“

- Behandlung von Antrag D21 zusammen mit dem Antrag A3
- Erledigung von Antrag D22 durch Beschlußfassung zum bildungspolitischen Leitantrag des 4. Parteitages
- Erledigung von Antrag D23 durch Beschlußfassung zu Kapitel 19 des Programms „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Erledigung von Antrag D24 durch Beschlußfassung zu Kapitel 18 des Programms „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Erledigung von Antrag D25 durch Beschlußfassung zu Kapitel 17 des Programms „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Erledigung von Antrag D26 durch Beschlußfassung zu Kapitel 17 des Programms „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Erledigung von Antrag D27 durch Beschlußfassung zu Kapitel 19 des Programms „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Ablehnung von Antrag D28
- Überweisung von Antrag D29 an die CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern
- Erledigung von Antrag D30 durch Beschlußfassung zu Kapitel 18 des Programms „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Überweisung von Antrag D31 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von Antrag D32
- Ablehnung von Antrag D33
- Erledigung von Antrag D34 durch Beschlußfassung zum Programm „Für die Humane Leistungsschule ...“
- Erledigung von Antrag D35 durch Beschlußfassung zu Ziffer 17 des Programms „Für die Humane Leistungsschule ...“ und zu Ziffer 18 des Programms „Kriminalität entschlossen bekämpfen ...“
- Ablehnung von Antrag D36
- Überweisung von Antrag D37 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung von Antrag D38
- Überweisung von Antrag D39 an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag D40 (Resolution „Den Radikalen keine Chance!“)
- Annahme von Antrag D41 idF der AK
- Annahme von Antrag D43 idF der AK
- Überweisung von Antrag D44 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag D45 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag D46

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

(Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 4. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Beschlüsse

Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit stärken

I. Wehrhafte Demokratie

1. Die anwachsende Kriminalität und die zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft muß uns mit großer Sorge erfüllen. Mehr als sechs Millionen Straftaten wurden 1992 in Deutschland registriert. Die Polizeilichen Kriminalstatistiken weisen in manchen Sparten dramatische Steigerungsraten aus. Dies gilt – nicht nur, aber vor allem – im Bereich der Eigentumsdelikte, die den Bürger im Alltag besonders betreffen. Dabei handelt es sich oftmals um Erscheinungsformen organisierter Kriminalität.

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlen sich angesichts dieser Entwicklung verunsichert, bedroht und gefährdet. Sie erwarten zu Recht, daß der Staat alles daran setzt, um Kriminalität und Gewalt nachhaltig entgegenzutreten.

2. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands tritt ein für eine konsequente Politik zum Schutz des Bürgers. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich alle frei bewegen und sicher fühlen können. Freiheit, Leib und Leben sowie öffentliches und privates Eigentum müssen als zentrale Rechtsgüter wirkungsvoll geschützt werden.

Wir Christliche Demokraten stehen ein für die wehrhafte Demokratie. Nur ein starker Staat kann eine Ordnung, die Freiheit und persönliche Sicherheit gibt, schützen und aufrechterhalten. Deshalb sind Freiheit des Bürgers und Autorität des Staates keine Gegensätze, sie bedingen einander. Die Wahrung des inneren Friedens ist kein Selbstzweck, sondern Grundlage menschlichen Zusammenlebens in jeder Gemeinschaft und unabdingbare Voraussetzung für Freiheit und Entfaltung der Bürger. Nur der Staat, der sich gegen die Bedrohung des inneren Friedens entschlossen zur Wehr setzt und Gesetzesbrecher konsequent zur Verantwortung zieht, wird vom Vertrauen seiner Bürger getragen.

3. Wir bekennen uns zum staatlichen Gewaltmonopol. Es gehört zu den Grundlagen eines demokratischen Rechtsstaates. Das Gewaltmonopol des Staates bedeutet nicht staatliche Allmacht, sondern schützt gerade die Schwächeren in der Gesellschaft und ist Voraussetzung für die Rechtssicherheit des Bürgers.

Der Staat muß die geltenden Gesetze konsequent durchsetzen. Andernfalls nimmt das Rechtsbewußtsein Schaden. Die Rechtsordnung ist für alle gleichermaßen verbindlich. Davon darf es keine Ausnahme geben. Die demokratisch legitimierte und rechtlich verfaßte Staatsgewalt und die sie ausübenden staatlichen Organe dürfen weder konkurrierende Macht noch rechtsfreie Räume dulden.

4. Wir unterstützen Polizei und Justiz im Kampf gegen das Verbrechen nachhaltig. Sie müssen über die zur Bewältigung ihrer schwierigen Aufgaben notwendigen Rechtsgrundlagen sowie über eine angemessene, aufgabengerechte personelle und sachliche Ausstattung verfügen können.

Die CDU steht zu den Polizeibeamten, die ihren Dienst zum Wohle des Gemeinwesens oftmals unter Gefahr für Leib und Leben aufopferungsvoll und zuverlässig erfüllen. Sie verdienen für ihren Einsatz Unterstützung, Dank und Anerkennung.

5. Angesichts der wachsenden Herausforderungen hält die CDU verstärktes Handeln für notwendig, um Sicherheit und Freiheit der Bürger wirksam zu schützen. Der Kampf gegen Kriminalität und Gewalt muß einen höheren Stellenwert in Politik und Gesellschaft erhalten. Deshalb fordert die CDU die Parteien und betroffenen Verbände, aber auch die Bundesregierung und die Länder auf, im Rahmen eines nationalen Konsenses ein einheitliches Sicherheitskonzept zu entwerfen.

Wirksame Kriminalitätsbekämpfung gibt es nicht zum Nulltarif. Für den Schutz der Inneren Sicherheit und die Wahrung des inneren Friedens müssen Staat und Gesellschaft die notwendigen Kosten zu tragen bereit sein. Auch in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen müssen die notwendigen Mittel für die Verbrechensbekämpfung bereitgestellt werden. Die Wahrung der Inneren Sicherheit gehört zu den zentralen Aufgaben und Grundlagen des freiheitlichen Rechtsstaates. Ihr muß daher entsprechende Priorität eingeräumt werden.

II. Massenkriminalität

6. Ein sicheres Lebensumfeld ist wesentlich für die Lebensqualität. Die Lebensqualität wird durch die dramatisch ansteigende Massenkriminalität schwerwiegend beeinträchtigt.

Das Anwachsen der Massenkriminalität beeinträchtigt erheblich das Sicherheitsempfinden des einzelnen. Zunehmend mehr Menschen fühlen sich verunsichert, bedroht und gefährdet. Wenn diese Entwicklung anhält, entsteht ein schwerer und gefährlicher Vertrauensverlust in den Rechtsstaat.

Die entschlossene Bekämpfung der Massenkriminalität ist daher für die Zukunft unseres freiheitlich demokratischen Gemeinwesens von zentraler Bedeutung.

7. Das Anwachsen der Massenkriminalität spiegelt einen gesellschaftlichen Werteverlust wider. Achtung vor Leib und Leben, fremdem Hab und Gut, Solidarität mit den Mitmenschen, Rechts- und Unrechtsbewußtsein haben abgenommen. Ohne einen allgemein gültigen und eingehaltenen Konsens über Recht und Ordnung kommt keine Gesellschaft aus. Wir halten es daher für dringend geboten, die Akzeptanz des rechtsstaatlichen Werte- und Normengefüges zu verbessern und durchzusetzen.

Die Gültigkeit unserer bewährten Grundwerte, die Verbundenheit und das Verantwortungsgefühl gegenüber Familie, Gesellschaft und Staat sowie die Achtung auch der ungeschriebenen sozialen und ethischen Verhaltensregeln haben langfristig einen erheblichen hemmenden Einfluß auf die Kriminalitätsentwicklung. Es ist daher erforderlich, mit der nötigen Bewußtseinsbildung schon bei der Erziehung durch Elternhaus und Schule zu beginnen.

8. Eine verantwortungsvolle Erziehung durch die Eltern ist die wirksamste Art der Kriminalitätsvorbeugung. Die Erziehungsfähigkeit der Eltern muß deshalb unterstützt werden. Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft ist weiterhin nachhaltig zu fördern.

In den Schulen und in der Lehrerausbildung müssen verstärkt wieder jene Werte vermittelt werden, die Grundlage unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sind. Die Erziehungsaufgabe der Schulen erstreckt sich auch auf die Entwicklung des Rechtsbewußtseins.

Einer Bagatellisierung von Rechtsverstößen ist schon im Elternhaus, in der Schule und in der Jugendarbeit entschieden entgegenzuwirken. Notwendig ist das klare Bewußtsein, daß auch kleinere Delikte Unrecht sind und zu Recht bestraft werden.

9. Berufliche Ausbildungsdefizite und Arbeitslosigkeit können die Anfälligkeit gegenüber kriminellen Einflüssen erhöhen. Die Förderung der beruflichen Bildung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind daher auch unter dem Gesichtspunkt der Kriminalitätsvorbeugung wichtig.

Die Erfahrung zeigt, daß junge Menschen, die einer sinnvollen Freizeitgestaltung z.B. in den Jugend- und Sportverbänden nachgehen, erheblich weniger für Kriminalität oder anderes, sozial abweichendes Verhalten anfällig sind als andere. Die Förderung sinnvoller Freizeitgestaltung liegt daher auch im Interesse der Kriminalitätsvorbeugung.

10. Die CDU tritt dafür ein, die Präsenz der Polizei auf Straßen und Plätzen – insbesondere in Ballungsräumen – deutlich zu verstärken. Die Beamten müssen von sicherheitsfremden Tätigkeiten und reiner Verwaltungsarbeit so weit wie möglich entlastet werden. Der Polizeieinsatz muß sich vorrangig der Verhinderung und der Verfolgung krimineller Delikte widmen.

Langfristige, auf Schwerpunkte ausgerichtete polizeiliche Vorbeugungs- und Bekämpfungsstrategien sind zur Zurückdrängung der Massenkriminalität erforderlich.

11. Wir setzen uns für eine konsequente Strafverfolgung ein. Eine Entkriminalisierung sogenannter „Bagatelldelikte“ sowie einen pauschalen oder an Wertgrenzen orientierten Gebrauch der strafprozessualen Vorschriften über Einstellung wegen Geringfügigkeit lehnen wir ab.

Die Strafandrohung allein hat nur eine begrenzt präventive Wirkung. Nach praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen hängt die präventive Wirkung der Strafe am stärksten von der möglichst raschen Tataufklärung, der schnellen Täterüberführung und einer möglichst unverzüglichen Ahndung der Straftat und Vollstreckung der Strafe ab. Der Gedanke der Verwarnung mit Strafvorbehalt ist als Alternative zur weitverbreiteten Verfahrenseinstellung heranzuziehen.

Die Aufklärungsquote muß verbessert und dadurch das Vertrauen der Bürger in die Strafverfolgung gestärkt werden. Der potentielle Straftäter muß mit einer hohen Entdeckungswahrscheinlichkeit rechnen. Alle Möglichkeiten zur Beschleunigung des Strafverfahrens und zur Straffung des Verfahrensablaufs müssen genutzt werden.

Insbesondere im Bereich der sogenannten „Bagatellkriminalität“ bis hin zu mittel-schweren Verfehlungen muß das Strafverfahren generell beschleunigt werden. Möglichkeiten hierzu sind u.a. die technische Zusammenführung aller Register, die die für die Beurteilung von Tat und Täter erforderlichen Daten verwalten (Bundeszentralregister, Verkehrszentralregister, Führerscheinregister), die Einführung eines bundesweiten Strafverfahrensregisters zwecks Vermeidung von Parallelverfahren verschiedener Ermittlungsbehörden gegen denselben Beschuldigten, die Vereinfachung des Beweisrechts, insbesondere die Beschränkung des Beweisantragsrechts in einem bestimmten Verfahrensstadium, sowie die Verbesserung der Möglichkeit der Ablehnung von Beweisanträgen (Prozeßverschleppung). Der strafgerichtliche Instanzenweg soll bei „Bagatelldelikten“ auf eine Instanz reduziert werden.

Eine effektive Kriminalitätsbekämpfung setzt die stärkere Kooperation um den verbesserten Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden voraus. Insbesondere im Verhältnis von Jugend- und sonstigen Sozialbehörden müssen die Möglichkeiten zum Datenaustausch verbessert werden.

Das Beschleunigte Verfahren der Strafprozeßordnung muß in viel stärkerem Maße genutzt werden. Eine Beschränkung auf bestimmte Straftatbestände sollte nicht vorgenommen werden. Die Vorschrift der StPO, wonach eine gerichtliche Entscheidung, das Beschleunigte Verfahren nicht durchzuführen, unanfechtbar ist, soll ersatzlos entfallen, um für die Staatsanwaltschaft bessere Möglichkeiten zur Durchführung des Beschleunigten Verfahrens zu schaffen.

Dasselbe gilt insbesondere bei der Strafverfolgung von Jugendlichen. Im Vereinfachten Jugendverfahren muß ebenfalls eine Beschwerdemöglichkeit gegen eine das Vereinfachte Verfahren ablehnende Gerichtsentscheidung möglich sein.

Wer mit 18 Jahren volljährig ist, muß auch für seine Straftaten die Verantwortung tragen. Deshalb treten wir für eine Änderung des Jugendgerichtsgesetzes ein, die sicherstellt, daß Täter ab 18 Jahren nur bei Vorliegen besonderer Gründe nach dem

Jugendstrafrecht bestraft werden und daß auch bei der Anwendung des Jugendstrafrechts neben dem Erziehungsgedanken die Verantwortung für die Schuld stärker berücksichtigt wird.

12. Alle an der Bekämpfung der Massenkriminalität beteiligten und interessierten Stellen müssen ihre Kooperation verstärken und ihre Maßnahmen so weit wie möglich koordinieren. Dies gilt in erster Linie für die kommunale Ebene, da hier die Problembereiche und Lösungsmöglichkeiten am besten erkannt und aufeinander abgestimmt werden können. Familien und Schulen, Vereine, Verkehrsbetriebe, in der Sozialarbeit tätige Institutionen, kommunale Behörden und die lokale Wirtschaft sind hier besonders gefordert. Sie sollen gemeinsam mit Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten in entsprechende Aktionen eingebunden werden.

Es ist dringend erforderlich, die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung in Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs zu verstärken, damit insbesondere Frauen und ältere Menschen die Sicherheit haben, zu jeder Tages- und Nachtzeit in öffentlichen Verkehrsmitteln, auf Bahnhöfen und an Haltestellen nicht bedroht zu werden.

13. Im Kampf gegen die wachsende Kfz-Diebstahlkriminalität müssen die Automobilindustrie und die Versicherungswirtschaft im Hinblick auf eine Verbesserung der Sicherungssysteme stärker in die Verantwortung genommen werden, ggf. auch durch gesetzliche Maßnahmen.

Bankgewerbe und Wohnungswirtschaft sind gefordert, durch die praktische Anwendung modernster Sicherungstechniken für eine deutliche Verringerung der Tatgelegenheiten Sorge zu tragen.

Die Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Verbrechensverhütung leisten, indem sie bei der Entwicklung städtebaulicher Konzepte anonyme Wohnstrukturen vermeiden und ausreichende Sicherungsmaßnahmen an relevanten Punkten und Objekten vornehmen. So können eine optimale Ausleuchtung von Unterführungen, Fußgängerzonen und öffentlichen Grünanlagen sowie die Einrichtung von Frauenparkplätzen in Parkhäusern die Sicherheit erheblich erhöhen. Polizei und Sicherheitsbehörden sollen deshalb bei entsprechenden Maßnahmen als Träger öffentlicher Belange zwingend angehört werden und mittels gutachterlicher Stellungnahmen für verbesserte Sicherheitsstandards sorgen.

14. Der weitaus größte Teil der in Deutschland lebenden Ausländer achtet die Gesetze und verhält sich rechtstreu. Dennoch gibt der zunehmende Anteil ausländischer Straftäter an der Kriminalitätsentwicklung Anlaß zur Sorge. Er belastet das gute Miteinander von Deutschen und bei uns lebenden Ausländern. Es ist deshalb dringend geboten, daß gegen ausländische Straftäter unter voller Anwendung und Ausschöpfung der Ausweisungsvorschriften des Ausländerrechts vorgegangen wird. Wer das Aufenthaltsrecht für kriminelle Machenschaften mißbraucht, hat es verwirkt.

Eine rechtskräftige Verurteilung von Ausländern wegen eines Kapitalverbrechens oder der Teilnahme an organisierter Kriminalität sind regelmäßig Grund zur Abschiebung nach Strafverbüßung. Um die Rauschgiftszene auszutrocknen, müssen Drogendelikte von Ausländern in jedem Fall zur Abschiebung führen.

Die Kapazitäten der Ausländerbehörden für Ausweisungen und Abschiebungen sind zu erhöhen. Eine zentrale Organisation der Abschiebungen auf Länder- bzw. Regierungsbezirksebene ist diesbezüglich sinnvoll.

15. Operative Maßnahmen, Vernehmungen und Milieuermittlungen können wegen der Sprachbarriere oder infolge ungenügender Kenntnis ethnischer Besonderheiten

häufig nicht im erforderlichen Umfang betrieben werden. Zur Bekämpfung und Verhinderung von Ausländerkriminalität kann es deshalb hilfreich sein, in Deutschland geborene oder aufgewachsene Ausländer in die Polizei aufzunehmen. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Integration.

Darüber hinaus sollen in Wohnbezirken mit hohem Ausländeranteil für bestimmte Ausländergruppen bei den Polizeidienststellen Vertrauensbeamte eingesetzt werden. Diese sind Ansprechpartner und können in Zusammenarbeit mit den Ausländerbeauftragten der Gemeinden Informations- und Aufklärungsveranstaltungen sowie zielgruppenorientierte Präventionsprogramme durchführen.

16. Der Schutz personenbezogener Daten vor unbefugter Verwendung ist gerade angesichts der immer weiter reichenden Möglichkeiten der automatisierten Informationsverarbeitung und Kommunikationsmittel von großer Bedeutung. Der Datenschutz muß aber in allen seinen Ausprägungen und bei allen Regelungen abgewogen werden mit anderen, vorrangigen Interessen der Bürger und der Gemeinschaft. Dazu gehört das Bedürfnis des Bürgers nach dem Schutz vor Kriminalität und nach Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

Die Normenflut von sich überschneidenden Datenschutzregelungen in den Gesetzen von Bund und Ländern muß eingegrenzt werden. Bereichsspezifische Datenschutzregelungen kommen nur für größere, sensible oder besonders schutzbedürftige Datenbestände in Betracht. Im Regelfall muß der Rückgriff auf die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes ausreichen.

III. Gewalt

17. Die Zahl der Gewaltdelikte ist in den vergangenen Jahren bedrohlich angestiegen. Damit geht eine zunehmende Brutalisierung einher. Nur eine wehrhafte Demokratie, die das Gewaltmonopol des Staates als Voraussetzung für Rechtssicherheit, Freiheit und Entfaltung des Bürgers verteidigt, vermag dieser Entwicklung wirksam entgegenzutreten.

Gewalt und Rechtsbruch dürfen in einem freiheitlichen Rechtsstaat keine Mittel zur Durchsetzung eines angestrebten Zieles sein. Jedem Versuch, Gewalt gegen Personen und Sachen zu verharmlosen, Unrecht zu leugnen und Straftaten zu beschönigen, erteilen wir eine entschiedene Absage.

Die CDU hält eine breite Diskussion über die Möglichkeiten der Gewalteinämmung in allen Lebensbereichen – insbesondere durch Einbeziehung aller verantwortlichen Erziehungsträger, wie z.B. Familien, Schulen, Kirchen und Jugendverbände – für erforderlich. Mit dem Bericht der „Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ liegt dazu eine gute Diskussionsgrundlage vor.

18. Bei der Eindämmung von Gewalt kommt nicht zuletzt den Medien eine große Verantwortung zu. Die Welle der Gewalt, die in den Medien dargeboten wird und die besonders in den Fernsehprogrammen eine breite Wirkung entfaltet, ist erschreckend. Sie hinterläßt gerade bei Kindern und Jugendlichen erhebliche negative Eindrücke. Aggressive Darstellungen verändern Werte, Normen und Einstellungen zu Aggressionen, lassen gegen Gewalt abstumpfen, stellen Gewalt als legitime Problemlösungsmittel dar und regen zur Nachahmung an.

Die Gefahr, daß insbesondere das Fernsehen bei der Berichterstattung über Gewalttaten „negative Helden“ schafft, ist groß. Es regt zur Imitation an, wenn Gewalttätern eine unverhältnismäßig breite und spektakuläre Präsenz in den Medien eingeräumt wird.

Gewaltdarstellungen insbesondere in Film und Fernsehen führen zu Gewöhnung und damit langfristig zu einer Verrohung der Gesellschaft. Wir fordern deshalb eine drastische Einschränkung der Gewaltdarstellung vor allem im Fernsehen und auf Videos.

Wir stehen zu der verfassungsmäßig garantierten Freiheit von Presse, Funk und Fernsehen. Die Medien müssen sich aber ihrer Verantwortung bewußt sein und eine wirkungsvolle freiwillige Selbstkontrolle ausüben.

Die CDU tritt dafür ein, zu einer „Konvention der Verantwortlichkeit“ aller gestaltenden Kräfte im Medienbereich zu kommen. Ziel muß es sein, sich auf einen wirksamen, allgemein anerkannten Verhaltenskodex zu einigen, durch den der billigend in Kauf genommenen Gefährdung von Jugend und Gesellschaft durch Gewalt in den Medien ein Riegel vorgeschoben wird. Die „Konvention der Verantwortlichkeit“ sollte ein Abkommen der Fernsehveranstalter und Produzenten sein, in dem die Grenzen der Darstellung von Gewalt und Sexualität im Fernsehen festgelegt sind und damit eine freiwillige Selbstbeschränkung erfolgt.

Analog zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sollte auch für den Medienbereich ein hochrangig besetztes Gremium eingerichtet werden. Es soll die Aufgabe haben, die Entwicklung in öffentlich-rechtlichen sowie in privaten Fernsehprogrammen zu beurteilen und regelmäßig einen Bericht mit Handlungs-Empfehlungen vorzulegen.

Wir treten dafür ein, daß der Straftatbestand der Gewaltverherrlichung konsequent auch auf Gewaltdarstellungen, insbesondere auf Videos und sonstigen visuellen Medien, angewendet wird. Darüber hinaus sind die gesetzlichen Grundlagen zu verbessern, um junge Menschen vor gewaltverherrlichenden Darstellungen schützen zu können.

19. Das Strafmaß bei Gewaltdelikten ist - im Vergleich zu anderen Straftaten - zu niedrig. Die Höchststrafen für schwere Körperverletzung, d.h. für Gewaltanwendung, die zu einem schwerwiegenden dauernden Körperschaden beim Opfer führt, oder die Mißhandlung von Kindern, beträgt derzeit fünf Jahre - nicht mehr als beim einfachen Diebstahl. Die CDU tritt deshalb dafür ein, daß die Mindest- und Höchststrafen für das gesamte Spektrum der Gewaltdelikte - vom Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, schwerer Brandstiftung, Mißhandlung und sexuellem Mißbrauch von Kindern, dem Landfriedensbruch bis hin zu Körperverletzung und Raub - angehoben werden.

Gewalt trifft vielfach gerade die Schwächeren in der Gesellschaft. Deshalb sollen Gewaltdelikte gegen bestimmte Opfer wie Kinder, alte und behinderte Mitmenschen als besonders schwerer Fall mit der Konsequenz eines höheren Strafrahmens qualifiziert werden. Gleiches gilt im Falle der Ausnutzung von Hilfsbereitschaft.

Schon der Versuch einer Körperverletzung soll unter Strafe gestellt werden. Das Erfordernis des besonderen öffentlichen Interesses für ein Einschreiten von Amtswegen soll bei Körperverletzungs- und Beleidigungsdelikten entfallen.

Wir treten dafür ein, die Haftgründe der Strafprozeßordnung auf Fälle gemeingefährlicher oder anderer schwerer Gewalttaten zu erweitern. Wer einen anderen schwer mißhandelt oder schwere Brandstiftung begeht, muß sofort in Untersuchungshaft genommen werden können, auch wenn keine Flucht- oder Verdunkelungsgefahr besteht. Der zusätzliche Haftgrund muß künftig außer für Mord und Totschlag auch für andere gemeingefährliche Verbrechen (z.B. schwere Brandstiftung) und Körperverletzungs-Verbrechen Anwendung finden.

IV. Organisierte Kriminalität

20. Die Organisierte Kriminalität, d.h. die Begehung von Straftaten durch straff geführte, hierarchisch klar gegliederte und arbeitsteilig agierende unternehmensähnliche Organisationen, die die einfachen Strukturen traditioneller Bandenkriminalität weit hinter sich gelassen haben, hat inzwischen auch viele Bereiche der sog. „Massenkriminalität“ erfaßt. So wird ein erheblicher Teil der in den Kriminalstatistiken noch als Einzeltaten ausgewiesenen Wohnungseinbrüche, der Kfz-Diebstähle und -Verschiebungen, der Falschgeld-, Scheck- und Kreditkartendelikte sowie des Taschendiebstahls durch Gruppierungen des Organisierten Verbrechens begangen.

Betätigungsfeld dieser Syndikate professioneller Straftäter sind auch Deliktbereiche wie die Wirtschaftskriminalität und zunehmend auch die Umweltkriminalität, wo hohe kriminelle Gewinne zu erzielen sind. Der volkswirtschaftliche Schaden, der durch diese Delikte entsteht, ist beträchtlich. Schwere, häufig grenzüberschreitende Umweltdelikte, wie z.B. die illegale Entsorgung giftiger Stoffe oder der unerlaubte Handel mit Kernbrennelementen, gefährden Leben und Gesundheit vieler Menschen im In- und Ausland.

Daneben ist auch in den typischen Aktionsfeldern der Organisierten Kriminalität (Schutzgelderpressung, Prostitution, illegaler Menschenhandel, Rauschgifthandel, illegales Glücksspiel u.ä.) ein starker Anstieg der Straftaten zu verzeichnen. Insbesondere der illegale Handel mit Betäubungsmitteln hat einen Grad der Professionalität und Internationalisierung erreicht, daß von einer „neuen Dimension“ des Organisierten Verbrechens gesprochen werden muß.

Die systematische Markterschließung durch die Drogenkartelle und die zur Bedarfsdeckung jederzeit in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehenden großen Mengen von Betäubungsmitteln in immer reinerer Qualität haben darüber hinaus zu einem starken Anstieg der Beschaffungskriminalität geführt. Rauschgiftsüchtige decken ihren Finanzbedarf weitestgehend durch Straftaten im Bereich der Massenkriminalität. So ist festgestellt worden, daß jeder zweite Diebstahl von oder aus Kraftfahrzeugen, mehr als jeder dritte Einbruch in Gebäude sowie mehr als jeder fünfte Raub von Rauschgiftsüchtigen zur Finanzierung ihres Drogenkonsums verübt wird.

Die Organisierte Kriminalität bedroht sowohl über den direkten Weg der Durchdringung der Massenkriminalität als auch über den Umweg der Beschaffungskriminalität die Mehrzahl der Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld. Sie ist längst nicht mehr auf die Ballungsregionen beschränkt.

Eine nachhaltige Bekämpfung der Organisierten Kriminalität leistet einen entscheidenden Beitrag zur Zurückdrängung der Massenkriminalität.

21. Wesentliche Triebfeder für das Organisierte Verbrechen ist das Streben nach materiellem Gewinn. Eine wirksame Bekämpfung muß daher an dieser Stelle ansetzen. Mit der Einführung des Straftatbestandes der Geldwäsche in § 261 StGB durch das Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität hat der Gesetzgeber eine wesentliche Grundlage im Kampf gegen illegale Geldtransaktionen geschaffen. Das Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz) enthält die Rechtsgrundlagen für die Ermittlung der illegalen Gewinne.

Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen allerdings nicht aus. Ihnen müssen weitere Schritte folgen.

22. Das Geldwäschegesetz muß in regelmäßigen Abständen auf seine Wirksamkeit hin überprüft werden. Dies gilt insbesondere für die Schwellenwerte für die Identifizierungspflicht sowie für die Frist für die Überprüfung von Anzeigen wegen Geldwäscheverdachts durch die Polizei/Staatsanwaltschaft. Die Privilegien für Berufsgeheimnisträger bei der Kundenidentifizierung müssen abgeschafft werden.

Wir treten dafür ein, den Anwendungsbereich des Straftatbestandes der Geldwäsche auch auf Beträge auszudehnen, die durch Betrug, Untreue, Urkundenfälschung, Geldfälschungsdelikte, Bandendiebstahl oder gewerbsmäßige Hehlerei erlangt wurden. Der Anwendungsbereich der Vermögensstrafe soll auf Geldfälschung, Menschenhandel und Zuhälterei, Geldwäsche und Glücksspiel nicht nur in bandenmäßiger, sondern auch in gewerbsmäßiger Form erweitert werden.

Das Geldwäschegesetz muß auf weitere Formen der Vermögensanlagen, die von der Organisierten Kriminalität genutzt werden, ausgedehnt werden.

23. Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität kann nur dann Erfolg haben, wenn es gelingt, Hindernisse bei Ermittlungen und bei der Beweisführung zu beseitigen. Der Zeugenschutz in Gerichtsverfahren muß verbessert werden. Dies ist insbesondere durch organisatorische und zeitliche Abtrennung der Vernehmung des gefährdeten Zeugen unter Ausschluß von Angeklagten und Verteidigern, die gesetzliche Normierung des Zeugenschutzauftrages im Bundeskriminalamtgesetz sowie die Einführung einer Kronzeugenregelung zu erreichen.

Die CDU erachtet es für dringend notwendig, die rechtlichen Voraussetzungen zum Einsatz technischer Mittel zu schaffen, damit Verbrecher auch in Wohnungen abgehört und deren Gespräche aufgezeichnet werden können. Gleichzeitig müssen die tatsächlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß auch die Funktelefonnetze D1 und D2 überwacht werden können. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um die besonders schwer zu ermittelnden Formen der Organisierten Kriminalität wirkungsvoll bekämpfen zu können.

In den USA und in zahlreichen europäischen Nachbarländern ist der Einsatz akustischer und/oder optischer Mittel bei der Fahndung zulässig. Nur mit ihrer Hilfe sind dort Erfolge gegen kriminelle Organisationen möglich. Der Verzicht auf den Einsatz technischer Fahndungsmittel zum Abhören und zur Dokumentation konspirativer Gespräche zwischen Straftätern in Wohnungen, Hotelzimmern, Gaststätten usw. würde zu fahndungsfreien Zonen führen, die die Aufklärung und Verhütung schwerster Straftaten vereiteln oder wesentlich erschweren.

Ferner befürworten wir die Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten für Rasterfahndungen und der Befugnisse verdeckter Ermittler. Ihnen müssen begrenzte, milieubedingte Normverletzungen gesetzlich zugestanden werden. Ansonsten ist die Einschleusung verdeckter Ermittler in Gruppierungen der Organisierten Kriminalität und der Aufbau geeigneter Legenden zu ihrer Abdeckung kaum möglich.

Die Internationalisierung der Organisierten Kriminalität setzt dem Einsatz deutscher verdeckter Ermittler zunehmend Grenzen. Um gegen ethnisch abgeschlossene Tätergruppierungen besser vorgehen zu können, ist der Einsatz verdeckter Ermittler nicht-deutscher Herkunft erforderlich.

Der § 261 StGB (Geldwäsche) soll in den Straftatenkatalog des 100a StPO aufgenommen werden, damit der Fernmeldeverkehr eines Tatverdächtigen überwacht werden kann. Ferner treten wir dafür ein, daß die Strafverfolgungsbehörden im Rahmen der Geldwäsche zur kontrollierten Weiterleitung von „schmutzigen Geldern“ befugt werden, um auch die verdeckt arbeitenden Organisatoren der Geldwäsche identifizieren und überführen zu können.

Die CDU befürwortet eine Beweislastumkehr bei sichergestellten Vermögenswerten, um eine Einziehung auch der Vermögenswerte zu gewährleisten, deren legale Herkunft der Straftäter nicht nachweisen kann. Mißbrauchsmöglichkeiten des strafprozessualen Beweisanspruchs müssen beseitigt werden.

Um Terrorismus und Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen zu können, sind die Schaffung von Rechtsgrundlagen für Initiativmittlungen des Bundeskriminalamtes und die Zuweisung originärer Zuständigkeiten im Rahmen der Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität notwendig.

Ferner müssen Erkenntnisse zum illegalen Drogen- und Waffenhandel sowie zum illegalen Technologietransfer, die den Nachrichtendiensten bei der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs nach dem G-10-Gesetz zugeflossen sind, an die Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden können.

Die CDU tritt Forderungen entgegen, Schußwaffen leichter beschaffen zu können. Illegaler Waffenbesitz darf nicht bagatellisiert werden.

24. Neben der weiteren Verbesserung des rechtlichen Instrumentariums (z.B. Erweiterung des Untersuchungshaftrechtes wegen Wiederholungsgefahr um die Straftatbestände „Förderung der Prostitution“, „Menschenhandel“ und „Zuhälterei“) bedarf es auch einer Weiterentwicklung der bisherigen Ermittlungskonzepte gegen die Organisierte Kriminalität und - ergänzend hierzu - einer Verbesserung der Organisation bei den Strafverfolgungsbehörden.

Gegen die Organisierte Kriminalität muß verdeckt und schon im Vorfeld, d.h. ohne daß wie bisher ein konkreter Tatverdacht vorzuliegen hat, ermittelt werden können. Da bisher ein polizeiliches Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität noch nicht vorliegt, sollen die Innen- und Justizminister des Bundes und der Länder unverzüglich eine „Ständige Arbeitsgruppe Organisierte Kriminalität“ einrichten, die unmittelbar der Innen- und der Justizministerkonferenz unterstellt ist. Diese Arbeitsgruppe soll sich aus Experten der Bundes- und Länderpolizeien, der Nachrichtendienste, aus Staatsanwälten und Richtern zusammensetzen und konkrete Vorschläge zur Ermittlungsmethodik, Verbesserung der polizeilichen Organisation sowie der Zusammenarbeit von Polizeien, Zoll, Steuerfahndung u.ä. erarbeiten. Die Arbeitsgruppe soll auch ständig überprüfen, wie die neuen Gesetze gegen die Organisierte Kriminalität sich in der Praxis bewähren und ggf. Vorschläge zu deren Verbesserung vorlegen.

Die Organisation der Länderpolizeien muß mit dem Ziel einer Bündelung der bisher getrennten Zuständigkeiten (z.B. Kommissariate für Rauschgiftkriminalität, Wirtschaftsvergehen, Kapitalverbrechen) durch Bildung bundeseinheitlich aufgebauter Spezialdienststellen zur Bekämpfung von Organisierter Kriminalität flächendeckend gestrafft werden. Das Bundeskriminalamt hat bereits durch die Errichtung einer derartigen Fachabteilung einen ersten Beitrag geleistet. Auch bei den Staatsanwaltschaften ist in allen Ländern die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften - wie bereits auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität geschehen - erforderlich. Die Verbesserung der polizeilichen Organisationsstruktur ist eines der wichtigsten Aufgabefelder für die einzurichtende Arbeitsgruppe.

Die Korruption ist ein wesentliches Instrument der Organisierten Kriminalität. Um möglichen Verbindungen von Organisierter Kriminalität und Polizei oder Verwaltung begegnen zu können, müssen bundesweit entsprechende Spezialdienststellen eingerichtet werden.

25. Durch die Organisierte Kriminalität entstehen auch der gewerblichen Wirtschaft erhebliche Schäden. Unternehmensinterne Präventions-Maßnahmen reichen heute nicht mehr aus, um Schutz vor verbrecherischen Machenschaften zu gewährleisten. Deshalb ist eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und der gewerblichen Wirtschaft erforderlich.

Zur Bekämpfung der organisierten KfZ-Diebstähle und Verschiebungen in das Ausland müssen die Polizeien des Bundes und der Länder gemeinsam mit der Zollverwaltung ihre Maßnahmen koordinieren und weiter verstärken. Die CDU hält abgestimmte Fahndungskonzeptionen, Schaffung kleiner mobiler Polizeieinheiten für die Kontrolle auf den wichtigsten Verkehrsverbindungswegen und Fahndungskontrollen an den Grenzübergangsstellen für erforderlich.

Im Hinblick auf die konspirativen, in vielen Punkten professionellen Nachrichtendiensten vergleichbaren Arbeitsmethoden der Organisierten Kriminalität und die Erfahrungen unserer Abwehrdienste auf dem Gebiet der der Polizei noch weitgehend fremden Vorfeldbeobachtung treten wir für die Beteiligung des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität durch Beobachtung der Strukturen und der Entwicklung ein. In Paragraph 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes ist der Aufgabenbereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz entsprechend zu erweitern.

Insbesondere im Rahmen internationaler Zusammenarbeit eröffnen sich dabei neue Erkenntnismöglichkeiten, da bei unseren Partnern (u.a. USA, Italien, Niederlande) auch die Inlandsnachrichtendienste mit der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität befaßt sind und insoweit die internationale Kooperation auch auf das Vorfeld der Strafverfolgung ausgedehnt werden könnte.

V. Rauschgiftkriminalität

26. Die Rauschgiftkriminalität ist die zentrale wirtschaftliche Basis des Organisierten Verbrechens. Die Rauschgiftsituation hat sich in den letzten Jahren weltweit weiter verschärft. In der Bundesrepublik Deutschland hat diese Entwicklung in den letzten beiden Jahren jeweils mehr als 2.000 Tote gefordert. Die Zahl der Erstkonsumenten ist erheblich angestiegen. Trotz hoher Sicherstellungsmengen ist eine Entspannung in der Rauschgiftsituation nicht absehbar.

Für eine wirksame Bewältigung der Drogenproblematik brauchen wir die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte in unserem Land - bei der Aufklärung, der Beratung, der Rehabilitation und bei der Schaffung von erheblich mehr Therapieplätzen in Ländern und Gemeinden für die intensive Betreuung der Rauschgiftsüchtigen.

27. Eine wirksame Vorbeugung gegen Drogenmißbrauch ist nur möglich, wenn das Ausmaß des Drogenproblems und die davon ausgehende Gefahr für jeden einzelnen nicht verharmlost wird. Die Forderung nach einer Freigabe von sogenannten „weichen Drogen“ lehnen wir entschieden ab. Sie ist geeignet, die großen Gefahren des Drogenkonsums zu verharmlosen, die Hemmschwelle bei potentiellen Drogenkonsumenten herabzusetzen, unsere gesamte Prävention unglaubwürdig und damit unwirksam werden zu lassen.

Eine Freigabe von sogenannten „weichen Drogen“ würde mit Sicherheit zu einer Konsumsteigerung auch bei den harten Drogen führen. Die leichte Verfügbarkeit von Drogen in der Bundesrepublik Deutschland würde zwangsläufig auf einen „Drogentourismus“ hinauslaufen. Es wäre mit einer steigenden Anzahl Drogenabhängiger zu rechnen. Beschaffungskriminalität und Folgekriminalität würden sprunghaft steigen. Bei einer Freigabe würde darüber hinaus die notwendige Beschränkung der Abgabe von Rauschgift zum Herausbilden neuer Schwarzmärkte und illegaler Handelsstrukturen führen.

Die CDU tritt deshalb dafür ein, nicht die resignative Flucht in die „Legalisierung“ anzutreten, sondern den Kampf gegen die Drogen, gegen die Drogenbosse und -kartelle noch konsequenter und systematischer zu führen.

28. Die vorbeugenden Maßnahmen müssen erheblich intensiviert werden. Es gilt in noch stärkerem Maße als bisher die Bevölkerung zu sensibilisieren und vor allem die besonders gefährdete junge Generation für ein „Leben ohne Drogen“ zu gewinnen. Ansatzpunkt muß auch die Schule sein. Lehrpläne sind generell unter diesem Aspekt zu erweitern.

Der Grundsatz „Hilfe vor Strafe“ muß noch mehr praktizierte Wirklichkeit werden. Drogenabhängigen muß mit Beratungs- und Behandlungsangeboten, mit Entzugs- und Therapieplätzen geholfen werden.

Gegen Drogendealer muß härter vorgegangen werden. Die CDU tritt deshalb dafür ein, bei bandenmäßiger Betäubungsmittelkriminalität in besonders schweren Fällen eine lebenslange Freiheitsstrafe einzuführen. Ferner befürworten wir ein strengeres Haftrecht für Drogenkriminelle.

Wir treten dafür ein, einen besonderen Straftatbestand des Mitführens von Waffen beim Begehen von Betäubungsmittelstraftaten einzuführen. Gleiches gilt für das Einsetzen von Kindern beim Betäubungsmittelhandel.

Der Ausnahmetatbestand der „geringen Menge“ nach dem Betäubungsmittelgesetz soll für professionelle Kleindealer abgeschafft und auf Drogenabhängige beschränkt werden. Dadurch kann die Strategie der Drogenhändler durchkreuzt werden, lediglich „geringe Mengen“ mitzuführen. In diesen Fällen sind konsequent schnelrichterliche Verfahren durchzuführen, wie sie in der Strafprozeßordnung vorgesehen sind.

Darüber hinaus soll ein Straftatbestand der Abzweigung von Chemikalien zum Zwecke der illegalen Betäubungsmittelherstellung eingeführt werden.

VI. Gewalttätiger politischer Extremismus

29. Nach wie vor richten politische Extremisten von links und von rechts ihre Bestrebungen gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Mit großer Sorge beobachten wir insbesondere gewalttätige Ausschreitungen, auch die zunehmend brutale Auseinandersetzung zwischen rechts- und linksextremistischen Organisationen. Die Zunahme von ausländergefeindlichen Straftaten bedroht das friedliche Zusammenleben und schädigt das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir verurteilen entschieden die Übergriffe auf ausländische Mitbürger und deren Unterkünfte. Sie sind eine Herausforderung für unsere Demokratie und ein Angriff auf unsere Rechts- und Werteordnung. Wir verurteilen gleichermaßen gewalttätige Auseinandersetzungen ausländischer Gruppierungen in Deutschland untereinander und Übergriffe auf Deutsche.

Feige Anschläge und gewalttätige Ausschreitungen müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Gewalttäter müssen konsequent dingfest gemacht und umgehend zu harten Strafen verurteilt werden. Das den Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehende Instrumentarium muß überprüft und wo nötig verbessert und erweitert werden.

30. Gegen Straftäter, die der Begehung einer politisch motivierten Straftat mit Gewaltanwendung dringend verdächtigt werden, muß zukünftig bei Wiederholungsgefahr in weit größerem Maße als bisher durch den Haftrichter Untersuchungshaft angeordnet werden können. In § 112a Abs. 1 Nr. 2 StPO sollte das Wort „schwerwiegend“ durch die Worte „nicht nur unerheblich“ ersetzt werden. Der Straftatenkatalog sollte umfassend erweitert werden, insbesondere um die Tatbestände Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, schwere Brandstiftung, Landfriedensbruch, Volksverhetzung.

Die in § 112a StPO geregelte Voraussetzung für die Annahme einer Wiederholungsgefahr, „daß der Beschuldigte innerhalb der letzten fünf Jahre wegen einer Straftat gleicher Art rechtskräftig zu Freiheitsstrafe verurteilt worden ist“, soll ersatzlos gestrichen werden.

Allen Bestrebungen, durch Änderungen des Straftatbestandes der Nötigung die Störung friedlicher Versammlungen oder die Blockade des Straßenverkehrs, öffentlicher Einrichtungen u.ä. straffrei zu stellen, erteilen wir eine Absage. Die Grenzen zwischen der strafwürdigen Verletzung der Rechte Dritter durch Nötigung und der verfassungsgemäßen Wahrnehmung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit dürfen nicht verwischt werden.

Wer bei Demonstrationen Gewalttätern Gelegenheit gibt, aus der schützenden Anonymität einer Menschenmenge heraus zu operieren, begeht selbst vorwerfbares Unrecht. Wir treten deshalb dafür ein, den Tatbestand des Landfriedensbruchs so zu novellieren, daß sich auch derjenige strafbar macht, der sich im Falle von Gewalttätigkeiten und Bedrohungen aus einer Menschenmenge heraus nicht aus ihr entfernt oder sich ihr anschließt, obwohl die Polizei dazu aufgefordert hat, auseinanderzugehen.

Um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder die Fortsetzung einer Straftat, insbesondere im Rahmen gewalttätiger Ausschreitungen, zu unterbinden, muß die Polizei potentielle Gewalttäter vorbeugend in Gewahrsam nehmen können. Die bereits teilweise bestehenden, in der Praxis bewährten landesgesetzlichen Regelungen sollen daher in die Polizeigesetze aller Länder sowie des Bundes übernommen werden.

31. Die Bund-Länder-Zusammenarbeit beim Einsatz geschlossener Polizeiverbände anlässlich von Demonstrationen und gewalttätigen Ausschreitungen muß weiter ausgebaut werden. Dies gilt vor allem für die von der Innenministerkonferenz beschlossenen Maßnahmen für den kurzfristigen, flexiblen Einsatz des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizeien der Länder bei Demonstrationen und gewalttätigen Ausschreitungen. Insbesondere für den Einsatz in den neuen Bundesländern, deren Bereitschaftspolizeien nach Personal- und Ausbildungsstand noch für einige Zeit unter dem Soll liegen werden, müssen jederzeit abrufbare Einsatzkräfte zur Verfügung stehen.

32. Die CDU tritt für Ausbildung und Einsatz spezieller Polizeikräfte zur beweissicheren Festnahme von Gewalttätern bei Demonstrationen ein. In mehreren Bundesländern bestehen bereits in geringem Umfang Beweis- und Festnahmeeinheiten der Schutzpolizei zum Einsatz bei gewalttätigen Demonstrationen. Diese polizeiliche Einsatzkomponente muß bundesweit mit dem Ziel ausgebaut werden, gewalttätige Straftäter gezielt festnehmen und die zur Verurteilung erforderlichen Beweise sichern zu können. Im Bereich der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte muß durch die Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften und durch die Benennung speziell zuständiger Ermittlungsrichter sichergestellt werden, daß gegen Gewalttäter unmittelbar nach der Festnahme das Ermittlungsverfahren eröffnet und über die Anordnung von Untersuchungshaft entschieden wird.

33. Der Verfassungsschutz in Bund und Ländern ist wichtiger Bestandteil der Inneren Sicherheit. Er darf nicht geschwächt werden. Er muß vielmehr voll einsatzbereit und leistungsfähig sein und muß die Unterstützung erhalten, die er zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben benötigt.

Wir treten dafür ein, dem Verfassungsschutz durch Gesetz die Möglichkeit einzuräumen, durch Abhörmaßnahmen über das Entstehen krimineller Vereinigungen, über die Vorbereitung volksverhetzender Aufrufe und die Aufstachelung zum Rassenhaß schon im Planungsstadium zielgerichtet Informationen zu beschaffen.

Der Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Justiz muß verbessert werden.

34. Wir treten dafür ein, die Tarnungsmöglichkeiten extremistischer in- und ausländischer Organisationen dadurch zu beschneiden, daß sie sich Aktivitäten ihrer Mitglieder zurechnen lassen müssen. Ferner sollen Verbote politischer Betätigung nicht nur gegen Einzelpersonen, sondern auch gegen derartige Vereinigungen ausgesprochen werden können.

Um Rechtsdefizite beim Vollzug von Vereinsverböten zu beseitigen, muß eine Rechtsgrundlage zur Nutzung von beschlagnahmtem Material zu Beweisziwecken geschaffen werden, auch zu Beweisziwecken in Strafverfahren gegen Mitglieder des Vereins.

Der Straftatbestand der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen muß so erweitert werden, daß auch die Verwendung von Kennzeichen, die den bereits verbotenen ähnlich sind, geahndet werden kann.

VII. Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger

35. Der freiheitlich demokratische Rechtsstaat ist auf die aktive Unterstützung seiner Bürger angewiesen. Dazu gehört nicht nur ein intaktes Rechtsbewußtsein und gesetzestreuies Verhalten, sondern auch die Entschlossenheit, für den Schutz der Rechtsgüter und Interessen der Mitmenschen und unseres Gemeinwesens einzutreten. Die Bürger haben eine Mitverantwortung und Mitwirkungspflicht bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Ihr müssen sie stärker als bisher nachkommen.

Jeder Bürger muß sich als aktiver Sicherheitspartner seiner Nachbarn verstehen und betätigen. Der Bürger, der seinem Nachbarn durch schlichte Aufmerksamkeit hilft, Haus oder Wohnung zu beschützen, der Bürger, der bei Straftaten nicht wegschaut, sondern der sich kümmert und die Polizei ruft, der Bürger, der seinen Zeugenpflichten nicht ausweicht, und schließlich auch der Bürger, der sich für die Wiedereingliederung von Straftätern engagiert - dieser Bürger leistet einen ganz entscheidenden Beitrag zur Verbrechensbekämpfung.

36. Wirksame Schutzvorkehrungen und der Einsatz moderner Technologie können potentielle Straftäter abschrecken. Eigenverantwortliches Handeln ist gefordert. Die Möglichkeiten des Schutzes des eigenen Hab und Gutes durch mechanische Sicherungen und Alarmanlagen müssen vom Bürger verstärkt genutzt werden. Die Polizei muß durch Information und Aufklärung die Mitverantwortung und Mitwirkung der Bürger, wie sie sich vor Straftaten schützen können, unterstützen.

Zu prüfen ist, ob auch gesetzlich eine Pflicht zur Eigensicherung festgelegt werden sollte, etwa durch Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung im Hinblick auf den Einbau von Sicherungseinrichtungen in Kraftfahrzeugen.

Engagement des Bürgers bei der Sicherung eigenen Hab und Guts muß sich auszahlen. Die Versicherungswirtschaft sollte Maßnahmen zur Sicherung durch entsprechende Prämiengestaltung (Abschläge) fördern.

37. Zur Unterstützung und Entlastung der Vollzugspolizei ist ein freiwilliger Polizeidienst einzuführen, in den Männer und Frauen aufgenommen werden. Im freiwilligen Polizeidienst unterstützen die Bürger ehrenamtlich die Arbeit der Polizei und leisten einen besonderen Beitrag zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit sowie zur Entlastung von hauptberuflichen Polizeibeamten. Die Verpflichtung insbesondere von jungen Menschen wird gefördert, einen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten.

Dieser ehrenamtliche Polizeidienst besteht aus Personen, die sich freiwillig für die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben zur Verfügung stellen und nach Weisung der Vollzugspolizei arbeiten. Er kann eingesetzt werden zur Sicherung von Gebäuden und Anlagen, zur Sicherung, Regelung und Überwachung des Straßenverkehrs und zum Streifendienst.

In den freiwilligen Polizeidienst kann jeder aufgenommen werden, der über die erforderliche Eignung verfügt. Die Interessenten erhalten eine Grundausbildung und sind zur regelmäßigen Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen verpflichtet. Sie tragen Dienstkleidung und erhalten auf Antrag Ersatz für Verdienstausfall und notwendige Auslagen.

Die Dienstzeit im freiwilligen Polizeidienst ist auf den Wehr- bzw. Ersatzdienst anzurechnen.

38. In „Kommunalen Sicherheitsforen“ sollen durch die organisierte Zusammenarbeit von Behörden, Sachverständigen und interessierten Mitarbeitern aus der Bürgerschaft ortsspezifische Verbrechensbekämpfungs- und Präventionsstrategien entwickelt werden. Durch Koordination mit der örtlichen Polizei kann so insbesondere den ortstypischen Kriminalitätsstrukturen und -ursachen entgegengewirkt werden.

Die „Kommunalen Sicherheitsforen“ sollen auch die Aufgabe haben, die Bürger über polizeiliche Beratungsangebote und Warnhinweise zu informieren, sie zum Einbau technischer Sicherungen an Haus oder Wohnung zu motivieren, für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Polizei zu werben (Bereitschaft zu Zeugenaussagen, Hinweise auf sicherheitsrelevante Beobachtungen und Vorgänge etc.) sowie Anliegen und Wünsche der Bürger an die Polizei weiterzuleiten.

VIII. Polizei

39. Die Polizei gehört zu den tragenden Säulen unseres Gemeinwesens. Sie ist Garant der Inneren Sicherheit. Tagtäglich ergreift die Polizei Partei für das Recht und gegen das Unrecht, für den inneren Frieden und gegen Selbstjustiz, für die Freiheit des einzelnen und gegen Gewalt. Auch der Polizist ist „Bürger in Uniform“.

Die CDU steht zur Polizei. Wer Innere Sicherheit will, muß sich zur Polizei und ihren Aufgaben bekennen. Sie verdient unser aller Vertrauen, Dank, Anerkennung und Unterstützung. Die CDU fordert alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft dazu auf, den Stellenwert des Polizeiberufes in unserem Gemeinwesen aufzuwerten, der Polizei den Rücken zu stärken und häufiger deutlich zu machen, daß die Polizisten ihren Dienst zum Schutz jedes einzelnen und zum Wohl unseres Gemeinwesens versehen. Dazu gehört auch eine respektvolle Behandlung des Polizisten als Zeuge vor Gericht.

40. Die Polizei kann ihre schwierige Aufgabe nur bewältigen, wenn sie personell, rechtlich und logistisch dafür hinreichend gerüstet ist. Attraktivität und Rahmenbedingungen des Polizeiberufes einschließlich des Dienstes im Bundesgrenzschutz müssen verbessert werden. Dazu gehören u.a. eine leistungsgerechte Bezahlung, eine moderne Laufbahnstruktur, eine aufgabenorientierte Aus- und Fortbildung, moderne Organisationsstrukturen mit dem Ziel größerer Bürgernähe und Effizienz, eine ständige Verbesserung der personellen und sächlichen Ausstattung sowie eine Intensivierung der Nachwuchswerbung.

Wir treten für eine „Sonderlaufbahn Polizei“ ein, die den besonderen Strukturen des Polizeidienstes gerecht wird. Als Vorstufe hierzu befürworten wir eine deutliche Anhebung des Anteils gehobenen Polizeivollzugsdienstes an den Stellenplänen.

Die CDU fordert die Bundesregierung und die Länder auf, im Rahmen der Diskussion über neue Formen der Polizeiorganisation, der Verbesserung polizeirechtlicher Regelungen, insbesondere der polizeilichen Eingriffsbefugnisse, ein Höchstmaß an Harmonisierung anzustreben. Angesichts der fortschreitenden europäischen Integration ist die bundesdeutsche Vielfalt im Bereich der Inneren Sicherheit schwer mit den unterschiedlichen Strukturen in den anderen EG-Mitgliedstaaten in Einklang zu bringen.

41. Unabhängig von der Notwendigkeit einer generellen Personalaufstockung der Polizei gilt es angesichts der wachsenden Kriminalität, im Zuge einer aufgabenkritischen Überprüfung der Polizeiarbeit durch Aufgabenbereinigung und Aufgabenumschichtung in möglichst großem Umfang das Personal der Polizei umzuorganisieren. Die Polizeibeamten müssen von Aufgaben, die nicht unmittelbar sicherheitsrelevant sind, insbesondere von reinen Verwaltungstätigkeiten, so weit wie möglich entlastet werden. Dadurch können zusätzliche Kräfte für die Kriminalitätsvorbeugung und Strafverfolgung gewonnen werden. Dazu gehört auch eine Prüfung, ob dienstunfähige Polizeibeamte anstelle vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand Aufgaben innerhalb der Polizeiverwaltung wahrnehmen können.

Die polizeiliche Präsenz in der Öffentlichkeit muß insbesondere in Ballungsräumen deutlich erhöht werden. Die sichtbare Präsenz der Polizei auf Straßen und Plätzen ist das wichtigste Mittel, um potentielle Straftäter abzuschrecken und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Der Polizist soll den Bürgern des von ihm betreuten Wohnviertels als vertrauter Ansprechpartner und Helfer zur Verfügung stehen.

42. Polizisten müssen gegen Angriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit so gut wie möglich geschützt werden. Wir wenden uns entschieden gegen die Haltung eines Teiles der Medien und der Öffentlichkeit, über Gewalttaten gegen Polizisten und deren Folgen hinwegzugehen oder diese gleichmütig hinzunehmen.

Wer bewußt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung schafft oder den Einsatz von Polizei und Ordnungskräften zur Verhinderung von Gefahren verursacht, muß verstärkt zu den Kosten herangezogen werden.

Veranstalter müssen verstärkt private Sicherheitsdienste zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung im Rahmen des Hausrechts mit nicht hoheitlichen Befugnissen auf eigene Kosten heranziehen.

43. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung muß grundsätzlich hoheitliche Aufgabe und damit der Polizei vorbehalten bleiben. Die Tätigkeit privater Sicherheitsdienste ist deshalb grundsätzlich auf privatrechtliche Aufgaben zu beschränken. Sie können die den privaten Veranstaltern obliegenden Pflichten zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung im Rahmen des Hausrechts erfüllen. In jedem Fall sind die Anforderungen an Ausbildung und Zuverlässigkeit gewerbsmäßig betriebener Sicherheitsdienste deutlich zu erhöhen. Die Erlaubnis zum Betreiben eines Sicherheitsdienstes ist außer von der persönlichen Zuverlässigkeit des Inhabers davon abhängig zu machen, daß das eingesetzte Personal einschlägige Rechts- und Sachkenntnisse besitzt und strafrechtlich nicht gravierend in Erscheinung getreten ist.

44. Im Rahmen der Diskussion über die Innere Sicherheit gewinnen die hoheitlichen Aufgaben im Bereich unserer Küstengewässer und auf hoher See zunehmend an Bedeutung. Zur Zeit sind die Zuständigkeiten auf verschiedene Bundesbehörden und die Länder verteilt. Trotz aller Koordinierungsbemühungen gibt es beträchtliche Reibungsverluste und Doppelzuständigkeiten, von effizienter Aufgabenerfüllung kann nicht gesprochen werden.

Deshalb fordert die CDU die Schaffung einer einheitlichen nationalen Küstenwache, in der die Zuständigkeiten

- des Bundesgrenzschutzes See,
 - des Zolls,
 - der Bundesschiffahrtsverwaltung,
 - des Fischereischutzes und
 - Teilzuständigkeiten der Wasserschutzpolizeien der Länder
- unter einer Leitung zusammengefaßt werden.

IX. Strafvollzug

45. Vor dem Hintergrund hoher Rückfallquoten kommt auch dem Strafvollzug große Bedeutung für die Innere Sicherheit zu. Erfolgreiche Resozialisierung, die das Ziel des Strafvollzugsgesetzes ist, dient zugleich auch dem Schutz möglicher künftiger Opfer. In der Praxis muß der Strafvollzug jedoch unter Bedingungen arbeiten, die nicht selten eine kriminelle Laufbahn eher noch verstärken.

46. Die nur sehr begrenzt zur Verfügung stehenden Finanzmittel für den Strafvollzug dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Sie müssen vielmehr schwerpunktmäßig dort eingesetzt werden, wo die Wiedereingliederungschancen besonders erfolversprechend erscheinen: etwa bei Jugendlichen, Heranwachsenden, Jungtätern oder erstverbüßenden erwachsenen Straftätern.

Das Ziel des Vollzugs muß vor allem darin bestehen, dem Rückfall vorzubeugen. Diesem Ziel entsprechend sind die Bemühungen vor allem darauf zu richten, den Gefangenen durch Aus- und Weiterbildung, Unterricht, Beratung bei der Lösung persönlicher und wirtschaftlicher Probleme sowie Hilfe zur Selbsthilfe die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern bzw. kriminelle Neigungen zu beheben.

Dem Gefangenen, der seine kriminelle Laufbahn abbrechen will, soll eine entsprechende Chance eröffnet werden. Diese Chance kann z.B. darin bestehen, während des Strafvollzuges schulische oder berufliche Defizite zu beheben.

Politik und Wirtschaft müssen die Justizverwaltung mehr als bisher bei ihrem Bemühen unterstützen, Betriebe für die Beschäftigung von Strafgefangenen zu gewinnen. Den Gefangenen sollen diese Arbeitseinsätze – möglichst mit Ausbildungsabschnitten verbunden – eine Chance eröffnen, ihren kriminellen Lebensweg abzubrechen und den Weg ins geregelte Arbeitsleben zu finden. Es ist dabei auch eine im pädagogischen Sinn wirksame Arbeitsleistung zur Wiedergutmachung des materiellen Schadens der verursachten Straftaten anzustreben.

Es kann für den Einsatz finanzieller Mittel im Rahmen der Rückfallverhütung allerdings nicht gleichgültig sein, wegen welcher Tat ein Strafgefangener (vor)bestraft ist. Ferner kann es nicht bedeutungslos sein, wie oft ein Strafgefangener bereits straffällig wurde und wie oft besondere Resozialisierungsmaßnahmen bisher ohne Erfolg gewährt worden sind.

47. Die Sicherheitsbedürfnisse der Bürger sind angemessen zu berücksichtigen. Insoweit muß auch das System der Vollzugslockerungen daraufhin überdacht werden, wo sie sinnvoll und vertretbar erscheinen und wo nicht. Ferner müssen die Kontrollstrukturen in den Haftanstalten wesentlich verstärkt werden, damit z.B. der Drogenschmuggel, der Drogenhandel und Drogenbesitz besser als bisher unterbunden werden können.

Soweit die entsprechende Gefahr nur gering ist (z.B. bei „Selbststellern“) soll vorrangig der offene Vollzug durch die Errichtung von neuen Gebäuden an günstigen Standorten ausgebaut werden.

48. Die Suche nach Alternativen für den Freiheitsentzug - nicht nur im Jugendstrafrecht - muß fortgesetzt werden. Insbesondere sind gemeinnützige Arbeiten im Rahmen bereits bestehender Organisationen in Betracht zu ziehen.

Die Bewährungshilfe und die außerstaatliche Entlassenenhilfe müssen ausgebaut werden (z.B. „Anlaufstellen für Straffällige“; Resozialisierungsfonds). Eine Betreuung in der Anstalt kann meist nur wenig nützen, wenn sie im Zeitpunkt der größten Rückfallgefährdung, d.h. kurz nach der Entlassung, aufhören muß.

49. In der modernen Industriegesellschaft hat das Instrument der „Sozialen Kontrolle“ immer mehr an Bedeutung verloren. Eine immer anonymere werdende Gesellschaft und die weniger ausgeprägten Bindungen in den Familien und den nachbarschaftlichen Beziehungen führen heute dazu, daß auch die kleinsten Streitigkeiten vor Gericht ausgetragen werden.

Neben dem Umstand, daß in der Familie und der Schule wieder mehr Erziehungsverantwortung übernommen und auch zugebilligt werden muß, kann das Instrument des „Täter-Opfer-Ausgleichs“ einen wesentlichen Beitrag zur Kompensation der mangelnden „Sozialen Kontrolle“ leisten.

X. Internationale Zusammenarbeit

50. Die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft ist ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur Politischen Union Europa. Der Wegfall der Grenzkontrollen weckt bei vielen Menschen die Befürchtung, das Verbrechen habe es in einem Europa ohne Binnengrenzen leichter. In Wirklichkeit arbeiten die Organisierte Kriminalität, der Terrorismus und der Drogenhandel längst grenzüberschreitend. Eine wirksame Bekämpfung wird insoweit allein durch eine europaweite Zusammenarbeit der nationalen Polizeien, des Zolls und der übrigen Sicherheitsbehörden gewährleistet. Darüber hinaus sind gemeinsame Einrichtungen zur Bekämpfung der Kriminalität erforderlich. Wir treten für die Errichtung einer europäischen Polizeibehörde sowie für die Errichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft ein. Der Schutz vor Verbrechen und Terrorismus ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Bürger Europas dem europäischen Einigungsprozeß zustimmen können. Die Europäische Gemeinschaft als Ganzes trägt Verantwortung für die Sicherheit ihrer Bürger.

51. Die europaweite Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitsbehörden in den Mitgliedsstaaten der EG muß ausgebaut werden. Zwischen allen europäischen Nachbarn müssen Regelungen vereinbart werden, welche die grenzüberschreitende Fahndung sowie polizeiliches Eingreifen in der benachbarten Grenzregion zulassen. Das Recht der Nacheile soll einheitliches europäisches Recht werden. Als Ausgleich für den Wegfall der Binnengrenzen fordert die CDU einheitliche europäische Standards für die Kontrolle an den EG-Außengrenzen und wirkungsvolle Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Einwanderung. Darüber hinaus muß die Zusammenarbeit der örtlichen Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften beiderseits der Grenzen erheblich verbessert und unbürokratischer gestaltet werden. Dies gilt insbesondere für die Bedingungen zur Einreise von Nicht-EG-Bürgern, für die Erteilung von Sichtvermerken, für Rauschgiftkontrollen und für Rechtshilfe- und Auslieferungsverfahren unter den EG-Mitgliedsstaaten.

52. Die CDU setzt sich für die möglichst umgehende Errichtung eines „Europäischen Polizeiamtes (EUROPOL)“ ein. Diese Polizeibehörde der Gemeinschaft soll mit exekutiven Befugnissen ausgestattet sein und insbesondere alle Formen der international organisierten Kriminalität bekämpfen. Die Angehörigen der zu schaffenden EUROPOL sollten einen einheitlichen EG-Ausbildungsstandard haben. Dabei ist eine

besondere Einheit zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels zu schaffen. Damit die Ausübung hoheitlicher Befugnisse von EUROPOL rechtsstaatlicher Kontrolle unterliegt, muß das Europäische Polizeiamt der Exekutivverantwortung der EG-Kommission und der parlamentarischen Verantwortung des Europäischen Parlaments unterstellt werden.

EUROPOL soll neben der eigenständigen internationalen Verbrechensbekämpfung auch zentrale Service- und Koordinationsaufgaben für die nationalen Sicherheitsbehörden erbringen. Vor allem in den Bereichen Kriminaltechnik, Forschung, Erkennungsdienst und Informations- und Datenverwaltung kann das Europäische Polizeiamt die Arbeit der Polizeien der Mitgliedsstaaten wirkungsvoll unterstützen. Durch die Einrichtung von EUROPOL-Außenstellen bei den nationalen Polizeibehörden wird die europaweite Zusammenarbeit zum Schutz der Inneren Sicherheit wirkungsvoll unterstützt. Eine engere Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Verbrechensbekämpfung ist über die Europäische Gemeinschaft hinaus auch durch Verträge mit den osteuropäischen Staaten notwendig.

Vor allem der illegale Handel mit Waffen und der Umgang mit nuklearen Stoffen aus dem Bestand des früheren Warschauer Paktes stellt eine erhebliche Bedrohung für die Menschen und ihre Umwelt dar. Beratung und Unterstützung für die Polizeien der ehemaligen Ostblockländer bei der Aus- und Fortbildung sowie fachlicher Transfer sind daher erforderlich.

Die CDU tritt darüber hinaus für eine Intensivierung der Zusammenarbeit der europäischen Zollverwaltungen bei der Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels, der Embargo-Verletzungen und der illegalen Einfuhr gefährlicher Substanzen wie z.B. Plutonium ein. Durch den Aufbau europaweiter Zollinformationssysteme sollen die Erfahrungen und Erkenntnisse der einzelnen Zollverwaltungen aus der Überwachung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs und der Strafverfolgung besser genutzt werden.

Besondere Bedeutung kommt der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu. Die Geldwäsche muß unmöglich gemacht werden. Dadurch kann der Sumpf organisierter Banden- und Drogenkriminalität ausgetrocknet werden. Kompetente und hochspezialisierte Sonderdienststellen von EUROPOL können in enger Verbindung mit nationalen Einrichtungen wirksamen Schutz geben. Sie können darüber hinaus helfen, illegalen Waffenhandel einzudämmen, Wirtschaftsembargos wirksam werden zu lassen und Mißbrauch beim Einsatz ausländischer Arbeitnehmer über Scheinarbeitsverhältnisse und Scheinfirmen zu verhindern.

53. Seit geraumer Zeit ist ein starker Anstieg der Schleuserkriminalität und der damit verbundenen illegalen Einreise zu verzeichnen. Schleuserkriminalität ist eine besonders verwerfliche Form des Menschenhandels. Die kriminellen Schleuser, die vielfach der internationalen Organisierten Kriminalität zuzurechnen sind, machen ihr schmutziges Geschäft mit den Träumen und Hoffnungen vieler Menschen aus Osteuropa oder der Dritten Welt. Diese verkaufen oft ihre gesamte Habe, um die geforderten Preise aufbringen zu können. Den Schleuserbanden muß mit allen rechtsstaatlichen Mitteln ihr kriminelles Handwerk gelegt werden.

54. Die CDU fordert eine verstärkte Grenzfehndung und Überwachung an den erkannten Brennpunkten entlang der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze sowie an den Flughäfen. Wir befürworten auch den verstärkten Einsatz technischer Hilfsmittel.

Die Strafverfolgungstätigkeit muß durch Maßnahmen im personellen und materiellen Bereich gestärkt werden, z.B. durch die Schaffung eigenständiger Ermittlungs-/Bekämpfungseinheiten. Die bundesweiten Ermittlungstätigkeiten im Bereich der Schleuserkriminalität müssen durch eine zentrale Stelle koordiniert werden.

Die Zusammenarbeit mit den benachbarten ausländischen Grenzpolizeien muß intensiviert werden. Wir treten ein für einen engen Informationsaustausch zwischen den jeweiligen Zentralstellen, für den Austausch von Verbindungsbeamten sowie für gemeinsame Aktionen. Der Erkenntnisaustausch über erkannte Verfahrensweisen bei Visa-Erschleichungen bzw. Paßfälschungen muß unter Einbeziehung der deutschen Auslandsvertretungen vertieft werden.

55. Eine Verschärfung des Haftrechts im Bereich der Schleuserkriminalität ist unabweisbar. Ohne sofortige Inhaftierung der – meist ausländischen – Straftäter ist die Durchführung eines Verfahrens praktisch unmöglich. Auch im Bereich der Schleuserkriminalität ist darüber hinaus eine Vereinfachung der Einziehungsvoraussetzungen von Vermögenswerten zu schaffen.

XI. Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

56. Die Bekämpfung der Kriminalität ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern der ganzen Gesellschaft. Alleine mit den Mitteln der Polizei und der Justiz kann diese Herausforderung nicht bewältigt werden. So unersetzbar Polizei und Justiz bei der Unterbindung und Verfolgung von Kriminalität sind, so wenig kann die Polizei allein Straftaten vorbeugen oder gar kriminelle Laufbahnen verhindern.

Alle Anstrengungen zur Kriminalitätsbekämpfung können letztlich nur in dem Maße erfolgreich sein, in dem sie von der Gesellschaft mitgetragen und unterstützt werden. Wir rufen deshalb alle gesellschaftlichen Kräfte dazu auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dazu ihren Beitrag zu leisten. Kriminalitätsbekämpfung geht alle an; sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

**Erziehung und Ausbildung
in unserem freiheitlichen
und demokratischen Bildungssystem**
**– Zukunftssicherung durch Leistung,
Verantwortung und Gemeinsinn –**

Gliederung:

1. Herausforderungen
 - 1.1 Einleitung
 - Deutsche Einheit
 - Europa
 - Bildungs- und Beschäftigungssystem
 - Ökonomische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland
 - 1.2 Konzentration und Straffung der Bildungs- und Ausbildungszeiten
 - 1.3 Integration von Ausländern und Aussiedlern
2. Grundlagen
 - 2.1 Erziehungsziele
 - 2.2 Erziehungsauftrag der Eltern
 - 2.3 Humanes Leistungsprinzip und Chancengerechtigkeit
 - 2.4 Föderalismus als *Chance und Verpflichtung*
 - 2.5 Begabtenförderung
 - 2.6 Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft
3. Schule
 - 3.1 Die Humane Leistungsschule
 - 3.2 Inhalte der Bildungsgänge der Humanen Leistungsschule
 - 3.3 Die Grundschule
 - 3.4 Die Schularten des gegliederten Systems
 - 3.5 Die Gesamtschule
 - 3.6 *Betreuungsangebote auf freiwilliger Grundlage*
 - 3.7 Lehrerbildung
4. Berufliche Bildung
5. Hochschulen und Wissenschaft
6. Allgemeine und berufliche Weiterbildung

1. HERAUSFORDERUNGEN

1.1 Einleitung

1. Erziehung, Ausbildung und Bildung sind wesentliche Grundlagen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit: Bildung befähigt den Menschen, sein Leben selbstständig und verantwortlich zu gestalten, Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu übernehmen, das Leben als Chance zu begreifen und seinen Platz in Familie, Gesellschaft und Beruf zu finden. Zu diesen Rechten und Pflichten bekennen wir uns aus einem christlichen Verständnis vom Menschen.

Erziehung und Ausbildung sind gleichermaßen wesentliche Grundlagen für die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wie für die Sicherung des sozialen Zusammenlebens. Unser Bildungssystem hat somit auch eine Gemeinwohl-funktion: Es dient über die Entfaltung der Person und die Bildung der Bürger der Zukunftssicherung von Staat und Gesellschaft in Deutschland.

Angesichts der Wiedergewinnung der deutschen Einheit, der Vollendung des Europäischen Binnenmarkts und des Umbruchs in Mittel-, Ost- und Südosteuropa müssen auch in Erziehung und Ausbildung aus den sich daraus ergebenden Veränderungen Konsequenzen gezogen werden.

– Deutsche Einheit

2. Die Teilung Deutschlands hat tiefe Spuren hinterlassen. In den Jahrzehnten der Trennung haben sich nicht nur unterschiedliche Gesellschaftssysteme und Lebensbedingungen, sondern auch unterschiedliche Einstellungen und Sichtweisen entwickelt.

Erziehung, Bildung und Ausbildung müssen zur geistigen und kulturellen Einheit Deutschlands beitragen. Die geistige Überwindung der Teilung durch die Anerkennung und Verwirklichung der Werte einer freiheitlichen Demokratie ist in den alten wie in den neuen Ländern die unabdingbare Voraussetzung für die Verständigung zwischen allen Deutschen.

Die kulturelle Identität der Menschen in ganz Deutschland hängt nicht davon ab, daß in Schule und Ausbildung überall alles gleich geregelt ist. Der Aufbau eines freien und leistungsfähigen Schul- und Hochschulsystems in den neuen Ländern eröffnet die Möglichkeit, neue Wege zu gehen, Erfahrungen der alten Länder zu berücksichtigen, ohne deren Fehler zu wiederholen, aber auch Erfahrungen der neuen Länder zu nutzen, die sie aus ihrer Vergangenheit herleiten und die sie beim Aufbau eines eigenen neuen Schul- und Hochschulsystems gewinnen. Kulturelle Identität in ganz Deutschland wird nur erreichbar sein, wenn nicht Wert und Nutzen des Menschen für irgendeine Zielsetzung oder Ideologie, sondern seine Personalität und Würde zur Grundlage unseres gesellschaftlichen Verständnisses und des Umgangs miteinander gemacht werden.

Erziehung und Bildung müssen dazu befähigen und beitragen, daß der einzelne über seine persönlichen Interessen hinaus Verantwortung entwickelt und wahrzunehmen bereit ist. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und seine Einbindung in die Gemeinschaft sind Maß und Grundlage jedes freiheitlichen Bildungssystems.

– Europa

3. Europa wächst zusammen – wirtschaftlich, politisch und kulturell. Austausch, gegenseitige Offenheit und Wettbewerb beziehen sich allerdings nicht nur auf den Raum der Europäischen Gemeinschaft. Durch die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa sind Staaten entstanden, die sich an Erfahrungen und Erfolgen der

westlichen Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft orientieren wollen. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft sind bereit, ihnen dabei zu helfen.

Die europäische Einigung ist neben der Überwindung der Spaltung Deutschlands die zweite große Herausforderung für unser Bildungssystem. Freie Berufswahl und Berufsausübung sind nur bei gegenseitiger Anerkennung der Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse möglich. Die Stärken des deutschen Bildungssystems, das Erziehung und Ausbildung miteinander verbindet, müssen gepflegt werden; seine begabungsgerechte Gliederung und Differenzierung in verschiedenen Schularten, die Ausbildung im Betrieb und das berufliche Schulwesen müssen weiterentwickelt werden. Das Duale Ausbildungssystem mit seiner Verbindung von Betrieb und Schule ist ein bewährtes Modell, das sich auch für die Europäische Gemeinschaft empfiehlt.

Es geht bei dem weiteren Weg der europäischen Integration nicht um Anpassung, sondern um inhaltliche Weiterentwicklung, gegenseitige Anregung, Voneinander-Lernen und Förderung der kulturellen Gemeinsamkeit. Insbesondere die Bildungs- und Ausbildungszeiten sind unter Wahrung bzw. Steigerung der Qualität an europäische Standards anzunähern, um Nachteile für junge Menschen wie für unsere Wirtschaft zu vermeiden.

In dem Maße, wie Kultur- und Bildungspolitik – anknüpfend an lokale, regionale und nationale Erfahrungen – personale Identität fördert, muß sie künftig verstärkt darauf abzielen, junge Menschen in die Lage zu versetzen, das Bewußtsein für eine verbindende europäische Identität zu fördern.

– Bildungs- und Beschäftigungssystem

4. Das Bildungs- bzw. Ausbildungssystem und das Beschäftigungssystem laufen zunehmend auseinander. Auf der einen Seite gibt es immer mehr Abiturienten, die ein wissenschaftliches Studium aufnehmen wollen, ohne dafür geeignet zu sein; auf der anderen Seite nimmt trotz des qualitativ hohen Standards der deutschen Berufsausbildung und guter Beschäftigungsperspektiven für Fachkräfte das Interesse junger Menschen an dieser Ausbildung ab. Aus dem Mangel an qualifizierten Fachkräften erwächst eine weitreichende Gefährdung der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Eine Korrektur der Bildungspolitik zugunsten berufsbezogener Bildung ist unverzichtbar. In der öffentlichen Diskussion, in der Wirtschaft wie in der Schule müssen große Anstrengungen unternommen werden, um die Attraktivität beruflicher Bildung zu stärken.

– Ökonomische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland

5. Die ökonomische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist begrenzt. Die deutsche Einheit, Verpflichtungen in Europa wie in der weiten Welt belasten die öffentlichen Haushalte. Das Bildungswesen zählt zu den finanzaufwendigsten staatlichen Aufgabenfeldern. Fiskalische Zwänge wie ökonomische Vernunft machen notwendig, die aufgewendeten Mittel in Schule wie Hochschule so effizient und sparsam wie möglich einzusetzen. Das Bildungswesen darf sich einer notwendigen Überprüfung im Hinblick auf Effizienz und sparsamen Einsatz der Mittel nicht von vornherein entziehen. Es stehen in der Schule nicht nur Stundentafeln, Klassenfrequenzen, Lehrerdeputate und Entlastungsstunden zur Disposition; Schularten, die trotz wesentlich erhöhten Aufwands nicht leistungsfähiger sind bzw. die Leistungen des differenzierten Systems in aller Regel nicht erreichen, sind mit Blick auf den Steuerzahler und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft finanziell nicht zu verantworten.

Die steigenden Kosten wie die sich häufenden Probleme des Hochschulbereiches müssen Konsequenzen bezüglich der Struktur der Hochschulen sowie der Dauer und Form des Studiums zur Folge haben.

1.2 Konzentration und Straffung der Bildungs- und Ausbildungszeiten

6. Der Ausbau von Bildung und Ausbildung in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland war mit einer erheblichen Verlängerung der Bildungs- und Ausbildungszeiten verbunden, einschließlich der Konsequenz, daß persönliche und berufliche Selbständigkeit in aller Regel erst wesentlich später erreicht werden kann.

Im gesamten Bildungswesen sind Konzentration der Inhalte und Straffung der Arbeit unverzichtbar. Dies bedeutet für alle Bereiche des Schulwesens:

- regelmäßige Überprüfung der Inhalte,
- Konzentration auf die Vermittlung des Wesentlichen,
- systematische Vermittlung von Arbeits- und Lerntechniken, mit denen die Fülle der Informationen besser bewältigt werden kann,
- Abbau von Leerlauf und organisatorischen Mängeln,
- Abbau des Unterrichtsausfalls,
- bessere Abstimmung der Stundentafeln und Lehrpläne sowie engere Verzahnung der Fächer.

Inhaltliche Konzentration und organisatorische Straffung sind kein Selbstzweck; sie verbessern die Qualität der Arbeit, sichern mehr pädagogischen Freiraum und ermöglichen Verkürzung der Bildungsgänge.

1.3 Integration von Ausländern und Aussiedlern

7. Eine wichtige Aufgabe unseres Bildungssystems ist die unterstützende Hilfe bei der Eingliederung von Menschen anderer Nationalitäten, Sprachen, Kulturen und Religionen in unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Die Integration der Kinder aus Aussiedler- und Ausländerfamilien erfolgt in erster Linie über Schule und Betrieb. Diese wichtige Leistung bedarf in Zukunft nicht nur größerer öffentlicher Anerkennung, sondern auch weiterhin besonderer Unterstützung durch Bund und Länder.

Der Integrationsprozeß bietet für beide Seiten neben Problemen auch große Chancen. Er setzt Offenheit und die Bereitschaft, auf den anderen zuzugehen, voraus. Zu einem besseren Verständnis der Menschen anderer Länder wie anderer Kulturen können alle Unterrichtsfächer, eine entsprechende Gestaltung des Schullebens und der Schulgemeinschaft beitragen. Zum Erziehungsauftrag unserer Schulen gehört die Förderung internationaler Verständigung, Erziehung zum Frieden, Überwindung von Vorurteilen und die Bereitschaft, aufkommende Konflikte friedlich zu lösen.

2. GRUNDLAGEN

2.1 Erziehungsziele

8. Erziehung vollzieht sich vor allem in Familie, Schule und Betrieb. Die Erziehungsziele von Familie, Schule und Betrieb greifen ineinander und ergänzen sich:

- Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde jedes Menschen, ausgeprägter Gemeinsinn,
- Selbstvertrauen; Vertrauen zum Leben und zur Welt,
- Bereitschaft zur Eigenverantwortung, Eigeninitiative und zur Leistung,
- realistisches Selbst- und Weltverständnis,
- Mitmenschlichkeit, Höflichkeit, Hilfsbereitschaft und Zuverlässigkeit,
- partnerschaftliches Verhalten und die Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen,
- Toleranz, Kritikfähigkeit und Bereitschaft zum Kompromiß,

- Patriotismus und Weltoffenheit,
- Aufgeschlossenheit für andere, auch für das Fremde,
- Ehrfurcht vor der Schöpfung und Verantwortung für die Umwelt

sind unverzichtbare Grundhaltungen, zu deren Vermittlung alle Einrichtungen des Bildungswesens verpflichtet sind, wenn die Grundlagen unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates und seine Einbindung in die europäische Kultur auf Dauer gesichert sein sollen.

Diese Erziehungsziele sind Haltungen, die für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft grundlegend wichtig sind. Die für die Erziehung Verantwortlichen haben die Verpflichtung, durch ihr persönliches Vorbild dazu beizutragen, daß diese Ziele erreicht werden können.

Die Erziehungsziele des Staates gelten zwar nur für die Erziehung in der Schule; sie sind jedoch zugleich Ausdruck des moralischen Wertkonsenses, der gesellschaftlichen Ideale der im Staat organisierten Nation. Verbindliche Wertvorstellungen, aus dem Grundgesetz und den Länderverfassungen abgeleitet, zu deren Vermittlung die Schule in Erziehung und Unterricht verpflichtet ist, sind Grundlage des auf Dauer zu sichernden freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates.

9. Für den Schüler gelten die Grundrechte ebenso wie für jeden Bürger unseres Staates. Seine Handlungsfreiheit und seine Verantwortlichkeit sind zu seinem Schutz durch Gesetz eingeschränkt, bis er die Volljährigkeit erlangt. Daran hat sich schulische Erziehung zu orientieren. Die Schule hat den Auftrag, den Schüler zur Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten zu erziehen, indem sie Schülerinnen und Schüler ihrem Alter und ihrer Entwicklung entsprechend an Planung und Gestaltung des Unterrichtes und des Schullebens beteiligt.

10. Jeder hat einen Anspruch auf Erziehung und Ausbildung. Nur Bildung versetzt den Menschen in die Lage, seine Würde und Freiheit zu erkennen, Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Rechte zu gebrauchen. Bildung ist Voraussetzung für die Teilhabe an Kultur und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Die Grundsätze der Verfassung setzen den Rahmen für die Pluralität unterschiedlicher weltanschaulicher Positionen in der Schule. Erziehung in einem freiheitlichen sozialen Rechtsstaat kann sich nur innerhalb der Grenzen vollziehen, die das Grundgesetz gezogen hat.

Die freiheitliche Demokratie lebt durch die Bürger, die selbständig urteilen und entscheiden und zur Übernahme von Verantwortung bereit sind. Erziehung zielt deshalb auf die Bejahung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates; weltanschauliche Parteilichkeit wie wertneutrale Beliebigkeit verbieten sich gleichermaßen.

Ziel der Erziehung ist die Heranbildung von mündigen, urteilsfähigen und verantwortungsbereiten Menschen, die fähig sind, sich in einer rasch verändernden hochtechnisierten Welt zurechtzufinden. Dies setzt voraus, Probleme in ihrer unterschiedlichen menschlichen, religiösen, sozialen, politischen, technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimension begreifen zu können. Da unsere Welt immer mehr zu einer globalen Schicksalsgemeinschaft zusammenwächst, gewinnt die Sensibilität für komplexe, grenzüberschreitende Entwicklungen zunehmend an Bedeutung. Bildung braucht Neugierde, Bereitschaft zur Offenheit und Information, sie zielt auf die Fähigkeit zur Innovation, Kreativität und Antwort auf Veränderungen. Bildung ist zugleich die Bereitschaft zu lebenslanger Auseinandersetzung mit den Anforderungen im persönlichen Lebenskreis, im Beruf und in der Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist nicht nur durch zunehmend schnelleren Wandel gekennzeichnet. Es gibt auch beständige Werte im Zusammenleben der Menschen, die auf die Erziehung der Jugend ausstrahlen und - weil häufig anstrengend und unbequem zu leben – nachhaltiger Betonung bedürfen. Dazu gehört das Beharren darauf, daß der Maßstab für die individuellen Lebenschancen die jeweiligen Leistungen des Menschen sind, die Verteidigung oft in Frage gestellter Tugenden wie Pünktlichkeit, Ordnung, Ausdauer, Belastbarkeit und Höflichkeit. Der junge Mensch muß erfahren können, daß das Leben nicht allein durch Konflikte, sondern auch durch Liebe, Solidarität und gegenseitige Rücksichtnahme geprägt werden kann.

Bildung ist zugleich die Bereitschaft zu lebenslanger Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Sinn des Lebens sowie die Auseinandersetzung mit Beruf, Lebenskreis und Welt. Ziel der Erziehung ist somit auch die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen.

2.2 Erziehungsauftrag der Eltern

11. Erziehung orientiert sich an dem Wohl des Kindes. Sie ist in erster Linie Aufgabe der Eltern. Das ist Elternrecht und Elternpflicht zugleich. Viele Eltern stellen sich ihren erzieherischen Aufgaben auch heute in hervorragender Weise.

Staatliche und private Erziehungseinrichtungen müssen das Elternrecht respektieren; daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Erziehungspartnerschaft von Eltern und Schule.

Dem Staat kommt außerhalb der Schule keine mit dem Elternrecht konkurrierende Erziehungskompetenz zu. Dennoch brauchen Familien zur Bewältigung der erzieherischen Aufgaben vielfältige Formen der Ermutigung, Unterstützung und Entlastung.

- Viele Eltern fühlen sich angesichts der Flut von Angeboten, Wahlmöglichkeiten und unterschiedlichen Lebensstilen überfordert, wertorientiert zu erziehen.
- Viele Eltern glauben, Kindern „Glück“ durch uneingeschränkte Konsumangebote in Technik und Freizeit kaufen zu können.
- Viele Eltern erwarten von der Schule den vermeintlich besten, im Interesse ihres Kindes liegenden Abschluß, ohne hinreichende Berücksichtigung seiner Begabung und Leistungsfähigkeit.

Es ist Aufgabe des Staates, Eltern auf ihren Erziehungsauftrag und die Verantwortung dafür hinzuweisen und die Erziehungskraft der Familien zu stärken. Die Schule ist auf das Engagement der Eltern angewiesen. Eine klare Wertorientierung setzt Konsens zwischen Elternhaus und Schule voraus. Nur dann, wenn das Elternrecht nicht wahrgenommen oder mißbraucht wird, muß das Wohl des Kindes durch die Gemeinschaft sichergestellt werden.

2.3 Humanes Leistungsprinzip und Chancengerechtigkeit

12. Das Bildungssystem soll die Voraussetzungen schaffen und den Freiraum eröffnen, die individuellen Anlagen und Begabungen zu entfalten und eigene Neigungen zu entwickeln. Die Bildungspolitik muß dabei von der grundlegenden Rechtsgleichheit aller Menschen ausgehen und Gleichheit der äußeren Startchancen im Rahmen des Möglichen verwirklichen.

Zu den Grundlagen des Bildungssystems gehören das humane Leistungsprinzip und das Prinzip der Chancengerechtigkeit:

- Das gegliederte Schulsystem fördert durch auf den einzelnen abgestellte differenzierte Anforderungen. Das humane Leistungsprinzip bedeutet, daß jeder die

Leistung erbringen soll, die er erbringen kann und daß er dafür die gebührende Anerkennung erhält. Ein humanes Leistungsprinzip ist im Gegensatz zu ideologiegeprägten Auswahlmechanismen das sozial gerechteste Aufstiegs- und Differenzierungskriterium und als einziges einer freiheitlichen Demokratie angemessen.

- Chancengerechtigkeit bedeutet im Rahmen des Möglichen Gleichheit der Startchancen, aber nicht Gleichheit der Ergebnisse. Benachteiligte Kinder müssen eine besondere Förderung erhalten, um Defizite ausgleichen und ihre Begabung entfalten zu können. Dies darf jedoch andere in ihrer Entwicklung nicht beeinträchtigen: Chancengerechtigkeit muß die Verschiedenheit der Menschen berücksichtigen und darf deshalb nicht durch Nivellierung und die Einschränkung der Chancen anderer erreicht werden.

Das humane Leistungsprinzip und das Prinzip der Chancengerechtigkeit bedingen einander. Ein an diesen Prinzipien orientiertes Bildungssystem schafft die Voraussetzung, um den Schwächeren zu fördern und dem Starken mehr Leistung abzuverlangen.

2.4 Föderalismus als Chance und Verpflichtung

13. Vielfalt und Wettbewerb sind Voraussetzungen, um Leistungsfähigkeit und Kreativität anzuregen und zu sichern. Die verfassungsrechtliche Aufgabenverteilung von Bund und Ländern im Bildungswesen hat sich bewährt; weder die besondere Verantwortung der Länder im Schul- und Hochschulbereich noch die rahmenrechtlichen Kompetenzen des Bundes und die bundeseinheitliche Geltung der beruflichen Ausbildungsordnungen stehen für die Union zur Disposition.

Wenn mit unterschiedlichen Bildungsgängen Abschlüsse verbunden sind, die in allen Ländern gleich bewertet werden, dann stehen die Länder in der besonderen Verantwortung, nicht nur die grundsätzliche Gleichwertigkeit der jeweiligen Bildungsgänge, sondern auch ein gleichwertiges Niveau in den unterschiedlichen Abschlüssen zu gewährleisten.

In einem zusammenwachsenden Europa muß auch die Vergleichbarkeit der mit den Abschlüssen verbundenen Berechtigungen über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus angestrebt werden.

Schulabschlüsse sind Schritte, Marksteine auf dem Weg jedes Einzelnen. Deshalb müssen die mit Blick auf die Abschlüsse gestellten Anforderungen innerhalb Deutschlands alles in allem gleichwertig sein. Es ist ein Verstoß gegen das Gebot der Gerechtigkeit, wenn ein und derselbe Abschluß in einem Land oder an einem Ort hart erarbeitet werden muß, während er andernorts mit wesentlich geringerem Aufwand erworben werden kann.

2.5 Begabtenförderung

14. In der Humanen Leistungsschule ist Begabtenförderung zu allererst Förderung der individuellen Begabung jedes einzelnen Kindes. Die Förderung aller, die gezielte Förderung von Kindern aus sozial schwierigen Verhältnissen und benachteiligten Gruppen wie die Förderung Hochbegabter schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. Jedes Kind hat starke Seiten; sie zu entwickeln, ist wichtige Aufgabe der Schule. Äußere Differenzierung ist immer zugleich ein Stück Begabtenförderung, da so homogenere Arbeits- und Leistungsgruppen entstehen, in denen zielgerichtete Förderung besser möglich ist. Darüber hinaus ist die Durchlässigkeit des gegliederten Systems eine in das System eingepflanzte Form der Begabtenförderung. Pädagogischer Freiraum, Wahlpflichtfächer, freiwillige Arbeitsgemeinschaften, Schülerwettbewerbe usw. eröffnen vielfältige Formen der Begabtenförderung in allen Schularten.

Leistungsstarken Kindern und Jugendlichen muß in Zukunft durch eine besondere Förderung die Möglichkeit gegeben werden, ihrem Recht auf eine eigene, ungewöhnliche Leistung zu entsprechen.

15. Den Fremdsprachen kommt bei der Begabtenförderung eine besonders wichtige Rolle zu. Die Begegnung mit der Fremdsprache bereits in der Grundschule, ein höherer Anteil des Fremdsprachenunterrichts in allen Schularten, ein früheres Einsetzen der 2. und 3. Fremdsprache, breitere Angebote in Spanisch, Italienisch, Russisch sowie den Sprachen der unmittelbaren Nachbarn sind nicht nur notwendig und sinnvoll mit Blick auf die europäische Integration und die wachsende Zusammenarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn, sie werden zu immer wichtigeren Elementen der Begabtenförderung.

16. Mit der Verkürzung der Bildungs- und Ausbildungszeiten vollzieht sich zugleich auch Begabtenförderung. Solange eine grundlegende Revision im Sinne einer durchgehenden Straffung der Bildungsinhalte und einer weitreichenden Kürzung der Bildungswege noch nicht überall möglich ist, muß begabten Jugendlichen die Möglichkeit eröffnet werden, Schulabschlüsse schneller und damit früher als üblich zu erwerben.

17. Die Hochbegabtenförderung muß ausgebaut werden. Neben der Begabtenförderung in Schule, Hochschule und Wissenschaft müssen Instrumente der Begabtenförderung in der beruflichen Bildung weiterentwickelt werden.

18. In Absprache mit unseren europäischen Partnern ist eine europäische Begabtenförderung einzurichten.

2.6 Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft

19. Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind neben den staatlichen Einrichtungen gleichrangige Bestandteile des öffentlichen Bildungswesens. Sie wirken neben den staatlichen Einrichtungen an der Verwirklichung eines vielfältigen Bildungsangebotes mit und sind somit Ausdruck der Freiheit in Staat und Gesellschaft. Sie sind zudem eine Bereicherung der Vielfalt des Bildungswesens und eine Herausforderung für das öffentliche Bildungsangebot. Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft haben eine besondere Chance, religiöse Positionen, weltanschauliche Prägungen und besondere Wertvorstellungen in den Bildungsbereich einzubringen. Das Grundgesetz und seine Wertvorstellungen sind dabei Maßgaben, deren Einhaltung vom Staat gesichert sein muß.

Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind durch den Staat als grundsätzlich gleichberechtigt mit öffentlichen Bildungseinrichtungen zu fördern.

3. SCHULE

3.1 Die Humane Leistungsschule

20. Ziel der Schul- und Bildungspolitik der CDU ist die Erhaltung und Entwicklung der Humanen Leistungsschule.

- Die Humane Leistungsschule fördert die individuellen Anlagen und Begabungen; sie fördert durch Vorbild, Beispiel, Fordern, Lernen, Handeln und Üben; so ermöglicht sie Leistung und Qualität.
- Die Humane Leistungsschule praktiziert die Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens und erzieht zur Partnerschaft der Geschlechter; sie erzieht zu Toleranz, Kompromißbereitschaft, Höflichkeit, Hilfsbereitschaft und Verantwortung gegenüber dem Mitmenschen und der Gemeinschaft. Sie orientiert sich in ihren Zielen an den Werten des Grundgesetzes.

- Die Humane Leistungsschule verwirklicht Wahlfreiheit durch ein vielfältiges Angebot unterschiedlicher Schularten und Bildungsgängen in staatlicher und freier Trägerschaft. Sie bietet Alternative und Wettbewerb; eine solche Schule ist der Gegensatz zur Einheitsschule, zur Stufenschule und zur Anonymisierung als Ausdruck sozialistischen Menschenverständnisses.
- Die Humane Leistungsschule gliedert sich mit Blick auf unterschiedliche Begabungen und individuelle Leistungsfähigkeit in verschiedene Schularten bzw. Bildungsgänge; sie ermöglicht so die Vielfalt, die der Begabung und Neigung entsprechenden Leistungsformen des gegliederten Schulsystems.
- Die Humane Leistungsschule garantiert durch eine Vielzahl von Übergängen zu bestimmten Zeitpunkten ein Höchstmaß an institutionalisierter Durchlässigkeit. Ein erfolgreicher Abschluß ermöglicht den Zugang zu weiterführenden Bildungsgängen und Abschlüssen und schafft die Möglichkeit der Korrektur getroffener Entscheidungen. Sie ist unverzichtbar zur Schaffung von Chancengerechtigkeit.
- Die Humane Leistungsschule vermittelt in unterschiedlichen Schularten bzw. Bildungsgängen mit unterschiedlicher Dauer die bestmögliche Voraussetzung, sich in einer rasch verändernden Welt zurechtzufinden; sie konzentriert sich dabei auf Vermittlung von allgemeiner Grundbildung. Sie vermeidet einseitige Spezialisierungen in einzelnen Fächern und nimmt keine ins einzelne gehende Vorbereitung auf bestimmte Berufsfelder vorweg.
- Die Humane Leistungsschule hat auch die Aufgabe, die Schüler auf eine berufliche Tätigkeit vorzubereiten. Um ihnen eine Berufswahl zu ermöglichen, soll ihnen eine Orientierungshilfe gegeben werden. Sie soll den Schülern ihre speziellen Fähigkeiten und Eignungen bewußt machen und ausprägen helfen.
- Die Humane Leistungsschule bietet mit ihrer Ausrichtung auf Allgemeinbildung und Grundlagenwissen die beste Voraussetzung für
 - * die Berufsbildung in Betrieb und Schule wie die speziellen Formen des berufsbildenden Schulwesens,
 - * die praxisorientierten Bildungsgänge im tertiären Bereich wie Fachhochschule, Berufsintegrierende Studiengänge oder Berufsakademie,
 - * das Studium als Berufsvorbereitung durch Beschäftigung mit der Wissenschaft.
- Die Humane Leistungsschule als gegliedertes, differenziertes und begabungsgeRechtes System ist die beste Grundlage, bei weitgehender Gleichheit der Startchancen ein Höchstmaß an Chancengerechtigkeit zu verwirklichen, den einzelnen gemäß seiner Anlagen und Neigungen bestmöglich zu fördern und die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in einem offenen Europa und einer veränderten Welt dauerhaft zu sichern.

3.2 Inhalte der Bildungsgänge der Humanen Leistungsschule

21. Die Humane Leistungsschule konzentriert sich auf die Vermittlung einer breiten allgemeinen Grundbildung. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen, vor allem die sichere Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Eine unangemessene Gewichtung einzelner Fächer wie eine zu starke Spezialisierung stehen dem Ziel der Allgemeinbildung ebenso entgegen wie die vorweggenommene detaillierte Vorbereitung auf konkrete Berufsfelder. Die Entwicklungen in Wissenschaft, Technik und Politik und die damit verbundene ständige Vermehrung des Wissens, die Entwicklung neuer Fachgebiete sowie der Trend zu einer stärkeren Spezialisierung erfordern Konzentration auf das für wesentlich Erkannte bei gleichzeitiger Straffung der Inhalte.

Da Schule nicht in der Stofffülle ertrinken darf, muß in regelmäßigen Abständen eine Überprüfung des Notwendigen und Wesentlichen vorgenommen werden. Schule ist nicht für alles, schon gar nicht für die Aufarbeitung aller Defizite einer Gesellschaft zuständig. Sie kann insbesondere nicht die Aufgaben übernehmen, die der Familie obliegen. Deshalb muß Schule gegen die Flut der Ansprüche und Anforderungen geschützt werden; die Inhalte bedürfen der Legitimation mit Blick auf die Entwicklung des Kindes und des jungen Menschens, mit Blick auf die wesentlichen Traditionen der deutschen und europäischen Kultur wie die Entwicklung unserer modernen Welt. So gehört nach wie vor die Vergegenwärtigung der christlichen Tradition und ihrer biblischen Begründung als formendes Element auch der Gegenwart zu den unverzichtbaren Inhalten der Schule.

22. Die europäische Integration muß in der Schule wesentlicher Unterrichtsinhalt sein. Die Landeskunde unserer Nachbarländer sollte verstärkt Eingang in die dafür geeigneten Fächer finden; aber auch die Geographie und Geschichte Deutschlands dürfen nicht vernachlässigt werden.

23. Eine der vordringlichen Aufgaben der Schule ist, den Schülern die deutsche Sprache und Literatur zu vermitteln. Das sprachliche Fundament, die sichere Beherrschung der deutschen Sprache ist eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen. In der gemeinsamen Sprache und Geschichte verwirklicht sie die kulturelle Identität. Das Lernen in der Schule schafft den Schülern die Möglichkeit, sich diese anzueignen und daran teilzuhaben.

24. Fremdsprachen erleichtern die Kenntnis der Welt. Das Erlernen jeder fremden Sprache bedeutet in erster Linie Verständigung mit anderen Menschen und damit Zugang zum Kern einer anderen Kultur. Fremdsprachenkenntnisse werden darüber hinaus immer mehr zur Voraussetzung für die alltägliche Berufsausübung. In allen Schulen müssen daher gute Kenntnisse zumindest in einer Nachbarsprache vermittelt werden. Zweisprachige Schulen in Grenzregionen sind deshalb vermehrt anzubieten. Dazu sollte in der Regel Englisch und wo immer möglich eine dritte Fremdsprache treten. Der Schüleraustausch muß stärker gefördert werden.

25. Der Erwerb elementarer Kenntnisse in den Naturwissenschaften ist Voraussetzung für das Verständnis von Natur und Technik sowie den mit der Anwendung der Technik verbundenen Chancen und Gefährdungen. Ein solches Verständnis ist auch Voraussetzung für den verantwortlichen Umgang mit der Schöpfung.

26. Mathematik ist Grundlagenfach. Mathematische Denkweisen, Begriffe und Verfahren sind Grundlagen vieler Berufe und Wissenschaften. Der Mathematikunterricht hat die Aufgabe, die hierfür notwendigen Grundkenntnisse zu vermitteln. Er soll sich nicht auf die Behandlung innermathematischer Fragestellungen beschränken. Vielmehr sollen die Schüler mit Anwendungssituationen vertraut gemacht und befähigt werden, ihr Wissen zur Lösung entsprechender Probleme einzusetzen.

Die zunehmende Rolle der Kommunikations- und Informationstechniken in unserer Gesellschaft erfordert eine qualifizierte informationstechnische Grundbildung aller Jugendlichen sowie eine ständige Auseinandersetzung mit der technischen Informationsverarbeitung. Durch die zunehmende Verwendung der elektronischen Datenverarbeitung in allen Bereichen der Gesellschaft werden mehr und mehr kognitive Prozesse auf die Informationstechnik übertragen; menschliches Denken und technische Informationsverarbeitung müssen sich angemessen ergänzen. Das Bildungswesen muß auf diese gravierende Herausforderung angemessen reagieren.

Das Interesse von Mädchen an naturwissenschaftlich-technischen Themen ist besonders groß im Zusammenhang mit Umwelt-, Natur- und Gesellschaftsfragen. Es gilt, die andersgearteten Zugangsweisen von Mädchen und Jungen zu naturwissenschaftlichen und technischen Sachverhalten in Unterrichtsmaterialien, Lehrplänen und Lernmethoden zu berücksichtigen, um so das Interesse zu wecken und zu fördern.

27. Die Medien, vor allem Rundfunk und Fernsehen, beeinflussen in hohem Maße Lebenseinstellungen und Alltag vieler Menschen. Die Wahrnehmungs- und Erfahrungsebenen wandeln sich, viele Kinder gewinnen ihr Bild von der Welt nicht mehr durch direktes Erleben und auch nicht mehr aus Büchern, sondern über den Bildschirm. Die Vielfalt der so vermittelten Informationen, Meinungen und Leitbilder erfordert eine kritische Medienerziehung. Kinder und Jugendliche brauchen Hilfe und Anleitung, um mit Informationen und Medien besonnen und kritisch umgehen zu können.

28. Geschichtsbewußtsein ist ein elementarer Bestandteil einer umfassenden Allgemeinbildung. Systematisch vermittelte Geschichtskennntnisse über historische Ereignisse und wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge, einschließlich der Grundzüge der Geschichte anderer Völker, helfen, Urteilsfähigkeit zu begründen und die eigene Position richtig einzuschätzen. Die Auseinandersetzung mit der neuesten deutschen Geschichte ist zugleich Voraussetzung für Toleranz zwischen den Generationen und für das Verständnis zwischen den Menschen in den östlichen und westlichen Bundesländern. Geschichtsbewußtsein rückt die eigenen Maßstäbe zurecht und hilft, künftige Aufgaben besser zu bewältigen. Die Kenntnis unserer gemeinsamen europäischen Geschichte hilft, auch eine europäische Identität bewußt zu machen.

Die Auseinandersetzung mit Geschichte und Kultur der Heimatländer der ausländischen Schülerinnen und Schüler in unseren Schulen stärkt das Verständnis füreinander und dient der gegenseitigen Toleranz.

Historisch-politische Bildung und Grundwissen in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Recht sind die Grundlage für das Handeln als mitverantwortlicher Staatsbürger. Grundkenntnisse der wirtschaftlichen Abläufe, der Geld- und Währungsfragen erleichtern eine realistische Einschätzung der ökonomischen und fiskalischen Zwänge und Abläufe der modernen Volkswirtschaft.

29. Bei der Suche junger Menschen nach Antwort auf ethische und religiöse Fragen muß die Schule Orientierung geben. Orientierung ist Aufgabe aller Fächer, nicht zuletzt aber eine wichtige Aufgabe des Religionsunterrichtes; er ist nicht nur Teil des Verkündigungsauftrages der Kirchen. Nach dem Grundgesetz ist er als ordentliches, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften zu erteilendes Lehrfach eine staatliche Aufgabe. Jedenfalls muß auch Schule jungen Menschen helfen, der Frage nach Gott nachzugehen und Antworten auf die Frage nach dem Sinn des Lebens zu geben.

In jedem Fall müssen den Schülern auch Kenntnisse über nichtchristliche Religionen und Weltanschauungen vermittelt werden, damit sie andere Völker und Kulturen besser verstehen. Auf die Gefahr der gefährlichen Psychokulte und Jugendsekten ist hinzuweisen.

Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen oder sollen, ist ein verpflichtender philosophisch-ethischer Unterricht anzubieten.

30. Bildende Kunst und Musik sind ästhetische Schöpfungen, die unsere Wirklichkeit deuten und bereichern. Die künstlerische Tätigkeit ist unverzichtbarer Bestandteil menschlicher Existenz. Die musisch-kulturelle Bildung ist im Hinblick auf die ganzheitliche Entwicklung nicht weniger wichtig als muttersprachliche, fremdsprachliche und mathematisch-naturwissenschaftliche Kenntnisse. Die Auseinandersetzung mit Kunstwerken, mehr noch aber das eigene kreative Schaffen müssen in der Schule gefördert werden. Dabei soll insbesondere ästhetisches Gespür und differenzierende Sensibilität geweckt werden.

31. Regelmäßig durchzuführender Schulsport ist mit Blick auf die individuelle Entwicklung wichtig; Sport fördert die Fairneß und den Gemeinsinn, hat positive Folgen für die gesundheitliche Entwicklung und läßt die körperliche Leistungsfähigkeit erfahren.

3.3 Die Grundschule

32. Die in Deutschland derzeit geltende Einschulungsregelung geht nicht von der Unterschiedlichkeit der Reifeentwicklung aus, sondern macht eine weniger pädagogisch als mehr historisch gewachsene Regelung zur Norm.

Die CDU setzt sich für eine flexible Regelung der Einschulung ein. Kinder, die bis zum 31.12. eines Jahres das 6. Lebensjahr vollenden und die die erforderliche Reife besitzen, müssen zum 1. August desselben Jahres ohne besonderen Antrag eingeschult werden können. Ein besonderer Antrag einschließlich der nachfolgenden Begutachtung darf nur dann notwendig sein, wenn Eltern auf der Einschulung bestehen, auch wenn das Kind bis zum 31.12. das 6. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Die Grundschule muß auch der Tatsache Rechnung tragen, daß sich nicht alle Kinder in der gleichen Zeit den schulischen Anforderungen anpassen können. Es ist Aufgabe der Schule, die individuelle Ausgangslage zu erkennen und von dieser Grundlage aus die Kinder allmählich zu den Formen schulischen Lernens zu führen.

33. Die Grundschule ist der für alle Kinder gemeinsame Bildungsgang in den ersten vier Schuljahren.

Grundschulen sollen möglichst wohnortnah eingerichtet werden.

34. Die Grundschule muß die geistige und seelische Entwicklung des Kindes zu Beginn des Schulbesuches berücksichtigen. Die Grundschule erwirkt so einen für unsere Leistungsgesellschaft unverzichtbaren Chancenausgleich, erleichtert die Gleichheit der Startchancen in unserem Bildungswesen und ermöglicht Chancengerechtigkeit. Die Grundschule ist keine einseitige Vorbereitungsschule für das Gymnasium, sondern Basis für alle differenzierten Bildungsgänge innerhalb der Humanen Leistungsschule.

35. Die Grundschule ist Lebensraum und Lernstätte. Beide Prinzipien bedürfen der kindgerechten Abwägung. Das Prinzip des Lebensraums darf das Ziel des Lernens nicht in den Hintergrund drängen und die Erfahrung der eigenen Leistungsfähigkeit nicht unmöglich machen. Grundschule lebt von der Freude des Kindes an Leistung und Erfolg. Dies heißt: Auch die Grundschule braucht Leistungsermittlung und Leistungsbewertung; Zeugnisnoten sind spätestens ab Klasse 3 unverzichtbar, um Kindern wie Eltern eine klare Orientierung zu geben. In Zusammenarbeit von erfahrenen Pädagogen, Wissenschaft, Schulaufsicht und Kultusbehörde erarbeitete Leistungskriterien, die ihren Niederschlag in Noten finden, sind kindgerechter als oft undurchsichtige verbale Beurteilungen, die in vielen Fällen weder dem Kind noch den Eltern gerecht werden oder weiterhelfen.

36. Im Vordergrund der Arbeit der Grundschule steht die Vermittlung der Kulturtechniken Schreiben, Rechnen und Lesen. Die Beherrschung der Kulturtechniken ist Voraussetzung für Chancenausgleich und Chancengerechtigkeit. Als wichtigste inhaltliche Aufgabe der Grundschule muß die Vermittlung der Kulturtechniken einen entsprechenden Niederschlag in Studentafel und Lehrplänen finden.

37. Im 3. Schuljahr sollte für alle Kinder der Grundschule die erste Begegnung mit einer Fremdsprache vorgesehen werden. Fremdsprache auf freiwilliger Grundlage verschärft das Mißverständnis der Grundschule als Vorbereitungsschule für das Gymnasium und benachteiligt die Kinder, die stärker praxisorientierte Bildungswege einschlagen.

Die Begegnung mit der Fremdsprache darf nicht in ein benotetes „Fach“ münden, sondern muß in spielerischer Form in den Unterricht integriert werden. Dazu bedarf es nicht nur didaktischer Konzepte, sondern auch der Aufnahme der Fremdsprachenarbeit der Grundschule in die Lehrerbildung. Die jeweils wichtigsten Sprachen unserer Nachbarn sind in die Ausbildung für die Grundschule einzubeziehen.

38. Für Schüler mit Leistungsschwächen muß ein Angebot an individueller Förderung bestehen. Je unterschiedlicher die Grundschulklasse ist, umso größer muß das Kontingent zusätzlicher Stunden für Maßnahmen der Differenzierung und Individualisierung bemessen sein.

39. Die vierjährige Grundschule ist in der Lage, für die überwiegende Mehrheit der Kinder eine sachgerechte Empfehlung bezüglich des weiteren Bildungsganges auszusprechen. Diese Empfehlung muß im Gespräch mit den Erziehungsberechtigten intensiv erörtert werden, um sie gegebenenfalls auf den Konflikt zwischen Elternwunsch hinsichtlich des Übertritts in eine weiterführende Schule und Kindeswohl aufmerksam zu machen. Die Eltern müssen das Recht haben, unter Beachtung des Eignungsgrundsatzes unter verschiedenen Schularten zu wählen.

Die Schule muß die Möglichkeit haben, im Falle des Dissenses zwischen Elternentscheidung und Grundschulempfehlung die Eignung des Kindes für die gewählte Schulart zu überprüfen, um dem Kind nach Möglichkeit Mißerfolgserebnisse und Schulversagen zu ersparen.

3.4. Die Schularten des gegliederten differenzierten Systems

40. Schulabschlüsse können am besten in Schularten mit klarem Leistungsprofil und durchgehender Lehrerverantwortung vermittelt werden. Deshalb ist das gegliederte, differenzierte System trotz geringeren Personalaufwands und geringeren Einsatzes an Sachmitteln integrierten Systemen überlegen.

Die Schularten des gegliederten Systems beginnen unmittelbar nach der Grundschule, in der Regel mit dem 5. Schuljahrgang.

Die einzelnen Schularten müssen überprüfen, ob das einzelne Kind in der gewählten Schulart ausreichend gefördert werden kann. Sollte dies nicht (mehr) der Fall sein, ist ein Schulwechsel vorzunehmen. Deshalb ist horizontale Durchlässigkeit unabdingbar.

41. Die Hauptschule bzw. der Hauptschulbildungsgang

Die Hauptschule bzw. der Hauptschulbildungsgang sind auch in Zukunft unverzichtbar. Die CDU verweist mit großem Nachdruck auf den Bildungsanspruch der Kinder, die handlungs-, anschauungs- und praxisorientiert lernen und die für ihre Lernprozesse mehr Zeit brauchen als andere. Hauptschulen bzw. Hauptschulbildungsgänge gibt es in mehreren Formen. Nach wie vor gibt es Regionen, in denen die leistungsfähige Hauptschule besteht, die von mehr als 40 Prozent eines Jahrganges

besucht wird. Daneben gibt es in Ballungsräumen die Hauptschule, die zur Förderschule geworden ist und die die ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe übernimmt, intellektuell schwächere, zum Teil auch verhaltensgestörte Kinder zu unterrichten und zu erziehen. Hauptschulen gibt es neben diesen beiden Schulformen auch in Gestalt des Hauptschulbildungsganges in unterschiedlicher Zuordnung.

Zur Sicherung ihrer Zukunftschancen braucht die Hauptschule bzw. der Hauptschulbildungsgang:

- ein klares, eigenständiges Leistungsprofil,
- eigene Lehrpläne,
- die Möglichkeit der Schwerpunktbildung: Der richtige Ansatz der Arbeitslehre muß durch Schwerpunkte wie Technik, Pflege oder Hauswirtschaft erweitert werden.

Die Hauptschule bzw. der Hauptschulbildungsgang brauchen Lern- und Arbeitsbedingungen, die individuelles Eingehen auf die Kinder ermöglichen. Notwendig sind:

- kleine Klassen,
- mehrere Fächer mit hoher Stundenzahl beim Klassenleiter,
- Verfügungs- und Beratungsstunden.

Eigenständiges Profil und Durchlässigkeit zu anderen Bildungsgängen schließen sich nicht aus. Die Hauptschule ist in besonderem Maße auf institutionalisierte Durchlässigkeit angewiesen, wenn sie auch in Zukunft von den Eltern angenommen werden soll.

Der Abschluß nach Klasse 9 (Berufs- oder Berufsschulreife) wird nur von der Hauptschule verliehen. Für Schüler der Realschule und des Gymnasiums ist die Möglichkeit des Erwerbs des Hauptschulabschlusses auf dem Wege einer durch die Hauptschule durchgeführten Prüfung zu eröffnen.

Die Hauptschule verleiht nach neun Jahren im Falle einer besonderen Qualifikation einen qualifizierenden Abschluß; dieser qualifizierende Abschluß muß in Verbindung mit einem guten Abschluß der betrieblichen Ausbildung und einem guten Zeugnis der Berufsschule zur Verleihung eines der mittleren Reife gleichwertigen Abschlusses führen.

In den Ländern mit neunjähriger Hauptschule eröffnet dieser qualifizierende Abschluß zugleich den Zugang zu einem freiwilligen 10. Jahr; es verleiht einen gleichberechtigten mittleren Abschluß und somit die Zugangsberechtigung zu Fachoberschulen und Fachschulen, es berechtigt im Falle eines guten Zeugnisses zum Zugang zur gymnasialen Oberstufe.

42. Die Realschule bzw. der Realschulbildungsgang

Das Selbstverständnis der Realschule erwächst aus einer langen Tradition und der Bewährung der letzten Jahrzehnte. Die CDU sieht in der Eigenständigkeit des Schultyps Realschule bzw. der Eigenständigkeit des Realschulbildungsganges auch in Zukunft große Entwicklungschancen. Die weitere wirtschaftsnahe und praxisnahe Ausgestaltung der Wahlpflichtfächer auf den Feldern der Fremdsprachen, der Informatik, der Technik, der Naturwissenschaften, von Wirtschaftsrecht und Hauswirtschaft/Sozialpädagogik ist dabei von besonderer Bedeutung.

Die Realschule bietet sowohl Chancen für den Zugang zu anspruchsvollen Berufen als auch Möglichkeiten des unmittelbaren Übergangs in Schulen der Sekundarstufe II.

Die Dauer des Realschul-Bildungsganges beträgt sechs Jahre. Der Realschulabschluß darf nur von der Realschule verliehen werden. Für Schüler des Gymnasiums

muß die Möglichkeit des Erwerbs des Realschulabschlusses über eine eigene von der Realschule durchgeführte Prüfung eröffnet werden. Der Realschulabschluß soll in allen Ländern mit einer Prüfung verbunden sein; ein besonders qualifizierter Abschluß der Realschule muß auch zum Eintritt in die gymnasiale Oberstufe berechtigen.

43. Additive bzw. kooperative Formen mit eigenständigem Hauptschul- und Realschulbildungsgang (Mittel-, Regel- oder Sekundarschule bzw. differenzierte Mittelschule)

Wenn Hauptschule und Realschule als Hauptschulbildungsgang und Realschulbildungsgang in einer Schule angeboten werden, müssen die speziellen Profile und Stärken beider Bildungsgänge gewährleistet bleiben. Nur ein hohes Maß an Differenzierung und Eigenständigkeit gewährleistet,

- daß die Bildungsziele von Hauptschule und Realschule bei der Zusammenführung der beiden Bildungswege unter einem Dach auch tatsächlich erreicht werden und
- daß sowohl eine Grundlegung für die Berufsbildung erfolgt wie auch die Möglichkeit eröffnet wird, im Fall der Eignung in die gymnasiale Oberstufe zu wechseln.

Additive Formen aus Hauptschul- und Realschulbildungsgang können dort eingerichtet werden, wo Eltern, Schulbehörde und Schulträger übereinstimmend diese Organisationsform wählen.

44. Sonderpädagogische Förderung in den Sonderschulen und im allgemeinbildenden Schulwesen

Ziel der Förderung behinderter Kinder ist die Rehabilitation, die Eingliederung in die Gesellschaft und das Berufsleben.

Das Konzept

- Sonderschule in unterschiedlicher Ausprägung,
- Einzelintegration unterstützt durch ambulante, behinderungsspezifische Hilfe,
- gemeinsamer Unterricht in Integrationsklassen,
- Kooperation von Allgemeinbildenden Schulen und Sonderschulen

ist auch für die Zukunft eine gute und breite Grundlage, um allen behinderten und beeinträchtigten Kindern die bestmögliche Förderung zukommen zu lassen.

Es ist verstärkt darauf hinzuwirken, daß drohende oder bereits manifeste Behinderungen frühzeitig, also schon im Kleinkindalter, diagnostiziert und therapeutische Maßnahmen entsprechend frühzeitig begonnen werden können.

Sonderpädagogische Förderung entzieht sich jeder Ideologie und Voreingenommenheit. Der für das einzelne Kind jeweils richtige Weg muß in jedem einzelnen Fall in Zusammenarbeit von Eltern, Sonderpädagogen, Ärzten und Pädagogen des Allgemeinbildenden Schulwesens gefunden werden.

Integration soweit wie möglich, gezielte, besondere Förderung soweit wie nötig: das bleibt auch in Zukunft Leitlinie der Politik der CDU mit Blick auf behinderte und beeinträchtigende Kinder. Schul-Neubauten müssen, Altbauten sollten so ausgestattet sein, daß sie von körperbehinderten Kindern besucht werden können.

Eine zum Prinzip erhobene Integration aller behinderten Kinder in die Regelschule ist abzulehnen; die Integration ist über die Grundschule hinaus dann sinnvoll und vernünftig, wenn eine Chance besteht, daß das behinderte Kind den Abschluß der jeweiligen Schulart erreichen kann.

45. Das Gymnasium

Die CDU tritt für ein anspruchsvolles Gymnasium ein, das zu einer breiten und vertieften Allgemeinbildung führt und die allgemeine Studierfähigkeit vermittelt. Das Profil des Gymnasiums als studienvorbereitende Schule muß auch im Interesse von Haupt- und Realschule gestärkt werden. Das Abitur muß in Zukunft wieder eine verlässliche Aussage über die Studierfähigkeit sein.

Die CDU fordert, nach entsprechender Vorbereitungs- und Übergangszeit, die allgemeine Hochschulreife nach achtjährigem Gymnasialbesuch zu verleihen. Dies setzt voraus, daß das Gymnasium als organisatorische und pädagogische Einheit der Klassen 5 bis 12 verstanden wird. Das achtjährige Gymnasium gliedert sich in eine fünfjährige Unter- und Mittelstufe und eine dreijährige gymnasiale Oberstufe. Beim Zugang zum verkürzten Gymnasium muß der Eignungsgrundsatz konsequent beachtet werden.

Die Möglichkeit, die getroffene Schullaufbahn zu korrigieren, muß erhalten bleiben; die Korrektur sollte spätestens nach der Jahrgangsstufe 5 vorgenommen sein. Die Orientierungs- und Förderstufe hat sich nicht bewährt. Sie bedeutet alles in allem einen unverantwortlichen Zeitverlust.

Die zweite Fremdsprache muß ab Klasse 6, die dritte Fremdsprache ab Klasse 8 einsetzen.

Die Beschränkung der Unter- und Mittelstufe auf fünf Jahre erhöht die Anforderungen, da dasselbe Ziel in kürzerer Zeit erreicht werden soll; die dreijährige gymnasiale Oberstufe eröffnet dennoch qualifizierten Abgängern der Hauptschule (nach dem freiwilligen zehnten Jahr) und der Realschule die Möglichkeit, in die gymnasiale Oberstufe überzuwechseln.

Die CDU fordert in der gymnasialen Oberstufe eine gründliche und vertiefte Allgemeinbildung in den Fächern, die die Studierfähigkeit garantieren. In der Abiturprüfung sind Deutsch, Mathematik und eine fortgeführte Fremdsprache als schriftliche Prüfungsfächer festzulegen.

Beim vierten schriftlichen Prüfungsfach sollen eine Naturwissenschaft oder Geschichte, die beide bis zum Abitur belegt werden müssen, zur Wahl stehen, das fünfte Prüfungsfach liegt in der Wahlentscheidung der Schülerin oder des Schülers.

Um ein weiteres Auseinanderdriften der Leistungsprofile zwischen Gymnasien und den Oberstufen der Integrierten Gesamtschulen, zwischen den einzelnen Ländern, aber auch innerhalb eines Landes zu verhindern, muß im jeweiligen Land beim schriftlichen Abitur eine zentrale Aufgabenstellung erfolgen. Die Höhe der Anforderungen ist zwischen den Ländern innerhalb der Kultusministerkonferenz abzustimmen. Nur so ist mehr Gerechtigkeit gegenüber der jungen Generation und mehr Gerechtigkeit beim Zugang zur Hochschule zu verwirklichen.

3.5 Die Gesamtschule

46. Kooperative Gesamtschulen wie andere Formen des Schulverbundes müssen die Eigenständigkeit und Selbständigkeit der Bildungsgänge des gegliederten Systems wahren. Ihre Einführung ist deshalb ausschließlich eine Frage der örtlichen Gegebenheiten, darf jedoch nicht zur Einführung der integrierten Form mißbraucht werden.

Integrierte Gesamtschulen sind nicht nur finanziell wesentlich aufwendiger, in keinem Fall erreichen sie bessere Leistungen als die Schulen des gegliederten Systems, in vielen Fällen sind sie den Schulen des gegliederten Systems weit unterlegen. Den

Gesamtschulen, die als vierte Schulform im Regelschulsystem gegründet worden sind bzw. gegründet werden, gelingt es gerade nicht, in nennenswerter Zahl andere Schüler als die, die ansonsten Hauptschulen besuchen würden, zu gewinnen. Die Schüler, die diese Gesamtschulen besuchen, repräsentieren weder das gesamte Begabungs- und Leistungsspektrum noch alle sozialen Schichten der Bevölkerung. Sie erfassen nur noch einen Teil der Kinder und Jugendlichen, sie können ihren Anspruch „Gesamtschule“ von der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft her nicht erfüllen. Hinzu kommt, daß viele großen Gesamtschulen durch Unüberschaubarkeit, damit verbundener Anonymität und mangelnde Geborgenheit gekennzeichnet sind. Sie rechtfertigen nicht die Privilegierung durch hohe Personal- und Sachkosten.

Die CDU lehnt daher die Integrierte Gesamtschule als politisch-pädagogische Zielsetzung ab. Wo die Integrierte Gesamtschule aufgrund politischer Mehrheiten eingerichtet worden ist bzw. aus politischen Gründen fortbesteht, darf es in der personellen und sächlichen Ausstattung keine Bevorzugung gegenüber gegliederten Schulformen geben. Im Rahmen der Vergabe von Abschlüssen und Berechtigungen muß sie dieselbe Qualität erreichen wie die Schulen des differenzierten Systems. Die Gleichwertigkeit der Abschlüsse ist über Richtlinien und Lehrpläne, die zentrale Aufgabenstellung beim Abitur sowie eine fächerspezifische Fachaufsicht sicherzustellen.

3.6. Betreuungsangebote auf freiwilliger Grundlage

47. Unsere Gesellschaft hat sich verändert; immer mehr Eltern wollen Familie und Beruf miteinander verbinden, in immer mehr Familien erzieht die alleinstehende Mutter oder der alleinstehende Vater. Die Schule muß deshalb in ihrer ergänzenden sozialen Funktion gestärkt werden; halb- und ganztägige Betreuungsangebote auf freiwilliger Grundlage sind in allen Schularten einzurichten. Eine Bevorzugung einzelner Schularten in personeller, sächlicher und finanzieller Hinsicht bei der Einrichtung solcher Betreuungsangebote ist abzulehnen. Durch die Einbeziehung des Nachmittags kann der Wahlunterricht ausgebaut, die Begabtenförderung intensiviert, muttersprachlicher Unterricht und Förderunterricht für Schülerinnen und Schüler mit partiellen Leistungsschwächen angeboten werden.

Soweit sozial zumutbar und vertretbar, müssen die Erziehungsberechtigten die Kosten für die über den Unterricht hinausgehende Ganztagsbetreuung aufbringen.

3.7 Lehrerbildung

48. Die Qualität der Arbeit der Schule wird durch nichts so bestimmt wie durch die Qualität der Arbeit, des Engagements und des Vorbilds der Lehrerinnen und Lehrer. Eine vorbildliche pädagogische Arbeit im Schulalltag vermittelt nicht zuletzt jungen Menschen die Anregung, selbst Lehrer zu werden. Die Schule braucht einen erheblichen Anteil unter den Besten des Jahrgangs, wenn sie als Schule auf Dauer Schule der Nation sein will. Die Lehrerausbildung muß so angelegt sein, daß sowohl attraktive Karrieren im Lehrerberuf wie auch berufliche Veränderungen möglich sind.

Die CDU tritt auch in Zukunft für eine schulartbezogene, mehrphasige Ausbildung in mindestens zwei Fächern ein. Grundschullehrer sollten in mindestens drei Fächern die Unterrichtsbefähigung besitzen. In der Ausbildung müssen die Anforderungen der einzelnen Schularten sowohl in der Struktur des Studiums wie in den Inhalten stärker als bisher zur Geltung kommen. Die Studiengänge müssen sich fachwissenschaftlich wie fachdidaktisch stärker an dem angestrebten Ausbildungsziel orientieren. Die Ausbildung der Lehrer muß die Vermittlung sozialer Handlungskompetenz stärker gewichten. Dazu gehören auch ethische, pädagogische und psychologische Inhalte.

Innerhalb der Lehrerausbildung muß die Fremdsprachenkenntnis intensiviert werden. Jede Lehrerin und jeder Lehrer braucht die Beherrschung einer Fremdsprache, um gegebenenfalls in bilingualen Schulen und neuen Formen des Unterrichts eingesetzt werden zu können. Der Austausch von Lehrern europäischer Partnerschulen ist zu fördern.

49. Die drei Phasen der Lehrerbildung müssen als Einheit gesehen werden:

a) Die erste Phase vermittelt die wissenschaftliche Ausbildung in den Fächern. Sie führt auch in die Grundlagen der Erziehungswissenschaften unter Berücksichtigung der sozialpädagogischen Probleme der Gegenwart und der Didaktik der Fächer ein. Neben den Fach- und Erziehungswissenschaften darf die Fachdidaktik nicht zu kurz kommen. Dies ist bei der Personalzuweisung und der Aufgabenbeschreibung der Professoren in Zukunft stärker zu berücksichtigen. Für alle Schularten ist bereits während der ersten Phase eine Verknüpfung von Theorie und Praxis in Form von ausgiebigen, begleitenden Schulpraktika notwendig.

b) Die zweite Phase dient der intensiven fachpraktischen Ausbildung sowie der Methodik und Didaktik. Sie schafft die Grundlagen für die Umsetzung der wissenschaftlichen Kenntnisse aus der ersten Phase in die Praxis des Schulalltags. Sie schafft die Grundlagen der Fähigkeit, die wissenschaftlichen Kenntnisse der ersten Phase in die Praxis des Schulalltags und des Fachunterrichts umzusetzen. Sie dient darüber hinaus der Erfahrung, welche Fähigkeiten vom Lehrer über die Vermittlung von Fachwissen hinaus verlangt werden, wenn Bildung und Erziehung, aber auch Beratung und Hilfe Teil der täglichen Arbeit der Schule sein sollen.

c) Die dritte Phase der Fort- und Weiterbildung dient nicht nur der Auffrischung der fachwissenschaftlichen Grundlagen und der Aufarbeitung neuer Erkenntnisse in der Fachwissenschaft, sie hat darüber hinaus die wichtige Aufgabe, den Lehrerinnen und Lehrern die Veränderungen ihres Umfeldes aufzuzeigen und Handreichungen zu vermitteln, mit diesen Veränderungen umzugehen. In den neuen Bundesländern ist eine gezielte Aus- und Weiterbildung in den Fächern Fremdsprachen, Religion und Ethik dringend erforderlich. Diese dritte Phase hat auch die Aufgabe, die innerhalb der Schularten wie im ganzen gegliederten Schulsystem notwendig gewordenen neuen Schwerpunkte und Veränderungen verwirklichen zu helfen.

Die dritte Phase muß aus der Zufälligkeit des persönlichen Interesses herausgeführt und in einer angemessenen Form als Pflicht institutionalisiert werden.

Das bedeutet: Lehrerfort- und -weiterbildung müssen stärker als bisher auf professionell solider Basis erfolgen und sowohl allgemeinen pädagogischen, psychologischen wie soziologischen als auch didaktisch-methodischen und fachwissenschaftlichen Anforderungen und Weiterentwicklungen Rechnung tragen. Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrer sind in der Regel während der unterrichtsfreien Zeit durchzuführen. Die Ausbildung schulischer Führungskräfte, insbesondere die von Schulleitern, muß auf eine breitere Basis gestellt werden. Den pädagogischen Führungsaufgaben ist stärker als bisher Aufmerksamkeit zu widmen. Die Ausbildung hat rechtzeitig vor Übernahme eines neuen Amtes zu erfolgen.

4. BERUFLICHE BILDUNG

50. Kein Berufsbildungssystem eines anderen Landes hat sich als so erfolgreich erwiesen wie „die duale Ausbildung“ in Betrieb und Schule in der Bundesrepublik Deutschland. Das duale System ist eine der Ursachen unseres wirtschaftlichen Aufstiegs; seine Leistungsfähigkeit ist eine wichtige Grundlage bei der Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben und der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Unabhängig davon sind Bildungssystem und Beschäftigungssystem aus dem Gleichgewicht geraten, der einseitige Drang nach Abitur und Studium verkennt Bildungswert und Chance beruflicher Bildung.

Wir brauchen eine große, gemeinsame Offensive aller für Berufsbildung Verantwortlichen, um die Chancen innerhalb der beruflichen Bildung wieder ins Bewußtsein zu rücken und eine zeitgemäße Weiterentwicklung voranzutreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es auch einer verstärkten öffentlichen Anerkennung, d.h. einer entsprechenden Propagierung in der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst.

Die verfassungsrechtlich garantierte freie Berufswahl verbietet staatliche Lenkungsmechanismen. Korrekturen müssen daher auf anderen Wegen bewirkt werden: durch die Veränderung bildungspolitischer Rahmenbedingungen wie durch marktwirtschaftliche Mechanismen, die sich stärker an Leistung und Qualität als an formalen Bildungsabschlüssen orientieren.

Wir erteilen einer Verschulung beruflicher Bildung, wie sie die SPD durch eine Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung praktiziert, eine eindeutige Absage.

51. Die Bildungs- und Berufsberatung ist zu intensivieren. Eltern, Schüler wie Lehrer sind besser zu informieren, welche Chancen mit den Bildungs- und Berufswegen, die nicht über Gymnasien und Studium führen, verbunden sind. Eine besondere Aufgabe der Berufsberatung liegt darin, den Mädchen aufzuzeigen, wie durch Berufswahl Benachteiligungen vermieden und Aufstiegschancen eröffnet werden können. Die Arbeitsämter führen zum geeigneten Zeitpunkt eine qualifizierte Pflichtberatung in den Schulen durch, an der Schüler, Lehrer und Eltern beteiligt werden. An dieser Beratung sollten auch die ausbildenden Kammern und Unternehmen mitwirken.

52. Die berufliche Bildung bedarf in Betrieb und Schule insgesamt stärkerer Differenzierung, um den breiter gewordenen Fähigkeiten, Neigungen und den veränderten Eingangsvoraussetzungen der Auszubildenden besser gerecht zu werden. Die Differenzierung darf die allgemeinen Anforderungen an die Abschlußprüfung nicht beeinträchtigen. In Betrieb wie Schule sind Zusatzangebote für besonders begabte, aber auch für leistungsschwache Jugendliche unverzichtbar. Zusätzliche Förderung vollzieht sich auch in überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die mit Betrieb und Schule reibungslos zusammenarbeiten.

53. Die Berufsschule ist sowohl in ihrer Vermittlung von fachtheoretischen, allgemeinbildenden und fachpraktischen Inhalten zu stärken. Das gilt vor allem für die Vermittlung zukunftsorientierter Schlüsselqualifikationen. Ziel der beruflichen Bildung muß sein, bei den Auszubildenden Handlungskompetenz in fachlicher, sozialer und humaner Hinsicht zu entwickeln.

Ohne eine Stärkung der Berufsschule als Partner im Dualen System, ohne eine Verbesserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten und ohne eine Hebung ihres Ansehens wird die Kurskorrektur zugunsten der beruflichen Bildung nicht gelingen. Notwendig sind:

- eine weitere Verbesserung der materiellen und personellen Ausstattung; die Verbesserung der personellen Ausstattung ist die Voraussetzung des Abbaus des Unterrichtsausfalles;
- eine intensive Integration moderner Medien in den Unterricht;
- eine Intensivierung des Praxisbezugs, vor allem eine Intensivierung der praxisorientierten Lehrerfortbildung (regelmäßige Betriebspraktika);
- permanente, kurzfristige Anpassung der Berufsbilder und der dazugehörigen Ausbildungsordnungen und Richtlinien an die dynamische Entwicklung der Wirtschaft;

- Verstärkung der äußeren und Vertiefung der inneren Differenzierung in der alltäglichen Unterrichtsarbeit, um sowohl Begabte wie Leistungsschwächere stärker zu fördern;
- Stärkung des theoretischen Anspruchs, einschließlich der Vertiefung der Kenntnisse in Deutsch und des Angebots an Fremdsprachen, der berufsintegrierend umgesetzt werden muß.

Die während der Ausbildungszeit an den Lernorten Schule und Betrieb erbrachten Leistungen der Auszubildenden müssen kontinuierlich erhoben werden und angemessen in die Abschlußqualifikation einfließen.

Die gegenwärtig praktizierte punktuelle Abschlußprüfung ist für die Ermittlung der Berufsqualifikation ungeeignet und für die Entwicklung einer modernen, zukunftsorientierten Berufsausbildung hinderlich.

54. Die Berufsschule braucht die zur Verwirklichung ihres Bildungsauftrags angemessene Zeit. So muß eine Fremdsprache (Englisch oder die jeweilige Nachbarsprache) als Pflichtfach vermittelt, eine zweite Sprache als freiwilliges Fach angeboten werden. Mittelfristig ist ein zweiter Berufsschultag einzuführen.

55. Das Berufsbildende Schulwesen hat mit Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen und Beruflichen Gymnasien eine außerordentliche Band- und Leistungsbreite gewonnen. Es entsprach damit nicht zuletzt der Verbreiterung im Angebot der Bildungsabschlüsse, mit denen junge Menschen heute in das System der Berufsbildung eintreten. Mit rund einer Million Schülerinnen und Schülern in schulischen Vollzeitformen oder Teilzeitformen (nach Abschluß der Ausbildung) leisten die berufsbildenden Schulen einen wichtigen Beitrag zur Qualifikation in Wirtschaft und Gesellschaft. Die beruflichen Gymnasien haben sich bewährt; sie sind in der bisherigen Form zu erhalten.

56. Das Berufsbildende Schulwesen hat die wichtige Aufgabe übernommen, Jugendliche ohne Hauptschulabschluß mit Lern- und Verhaltensstörungen in Berufsvorbereitungsjahren auf eine Ausbildung vorzubereiten. Dieser außerordentlich wichtige wie schwierige Auftrag ist in der Öffentlichkeit noch nicht zur Kenntnis genommen worden; er ist in der Personalausstattung besser als bisher zu berücksichtigen; Sonderpädagogen bzw. Berufspädagogen mit sonderpädagogischen Kenntnissen sind unverzichtbar.

57. Die Anforderungen der neu konzipierten Ausbildungsordnungen überfordern die Leistungsfähigkeit vieler Jugendlicher. Im Interesse aller Kinder und Jugendlichen, die durch die neuen Ausbildungsordnungen nachweislich überfordert werden, müssen neue, anerkannte Ausbildungsberufe im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung geschaffen werden. Dabei ist eine stärkere Gewichtung der praktischen Anforderungen notwendig. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, die Blockade der Entwicklung dieser neuen Ausbildungsordnungen aufzugeben, die Wirtschaft ist aufgefordert, für einen solchen Weg im Interesse hunderttausender junger Menschen in Deutschland endlich auch öffentlich zu streiten.

58. Berufliche Bildung ist konsequenter als bisher als eigenständiger Weg bis in die Fachhochschule zu konzipieren und auszubauen. Dieser Weg kann von der Grundschule über Hauptschule oder Realschule mit ihren berufsvorbereitenden Inhalten, über die duale Ausbildung oder Vollzeitschulformen bei entsprechendem Leistungsnachweis bis in die Fachhochschule führen.

59. Über qualifizierte Berufsbildung muß der Hochschulzugang möglich sein. Für qualifizierte Berufstätige sind Zugangsvoraussetzungen für Universitäten und Fachhochschulen zu bestimmen, in denen fachliche Leistungen und theoretische Kenntnisse im Hinblick auf das ins Auge gefaßte Studium nachgewiesen werden.

60. Die Länder müssen ihre Anstrengungen in der Ausbildung und Fortbildung der Berufsschullehrer vergrößern, wenn die Qualität der Berufsbildung in Deutschland gesichert bleiben soll.

Dazu gehören:

- Werbung in den Abschlußklassen der allgemeinbildenden, vor allem aber der beruflichen Gymnasien, für den Beruf des Lehrers an berufsbildenden Schulen,
- Werbung in den einschlägigen Studiengängen an Universitäten und Technischen Hochschulen,
- Öffnung des Vorbereitungsdienstes im Lehramtsstudiengang Berufsschule in Mangelfächern für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventen mit mehrjähriger Berufserfahrung,
- Zahlung von Anwärterzuschlägen in Mangelfächern.

61. Die Wirtschaft muß in viel stärkerem Maße als bisher Qualifizierungs- und Personalpolitik mit Blick auf die Aufstiegschancen junger, im dualen System ausgebildeter Fachkräfte als Chance und Auftrag begreifen. Die in weiten Teilen der Wirtschaft festzustellende Tendenz zur Akademisierung der Führungsstrukturen steht im Gegensatz zur behaupteten Attraktivität des beruflichen Bildungssystems und der damit verbundenen Aufstiegschancen. Qualifizierte Aufsteiger müssen, vor allem im Verhältnis zu akademisch vorgebildeten Sachbearbeitern, attraktiv entlohnt werden.

62. Der Öffentliche Dienst muß zur Attraktivität des beruflichen Bildungssystems einen wichtigen Beitrag leisten. Absolventen aus berufsbildenden Bereichen müssen dieselben Chancen zum beruflichen Aufstieg erhalten wie Absolventen aus akademischen Bildungswegen. Der berufliche Aufstieg muß darüber hinaus auch dem Leistungsprinzip Rechnung tragen.

5. HOCHSCHULEN UND WISSENSCHAFT

63. Grundlagen und Aufgaben

Die deutsche Wissenschaft hat eine lange Tradition und international ein hohes Ansehen.

Leistungsfähige Hochschulen und ein leistungsfähiges außeruniversitäres Forschungssystem sind wichtige Grundlagen für die Zukunft von Staat und Gesellschaft und den Standort Deutschland im europäischen und internationalen Wettbewerb.

Die Zusammenführung der beiden Hochschulsysteme in West- und Ostdeutschland zu einer gemeinsamen Hochschul- und Forschungslandschaft ist ein herausragendes politisches Ziel und ein wichtiger Beitrag zur inneren Einigung. Die Neuordnung der Hochschulstrukturen in den neuen Ländern ist zugleich ein wichtiger Impuls zur notwendigen Erneuerung des deutschen Hochschulsystems.

64. Einheit von Lehre, Forschung und Lernen

Träger der Wissenschaft sind vornehmlich die Universitäten als Ort der Einheit von freier Forschung und freier Lehre, an dem Studenten zu wissenschaftlichem Arbeiten befähigt und auf ihre Berufstätigkeit vorbereitet werden.

Aufgabe der Hochschulpolitik ist es, in einem differenzierten Hochschulsystem qualifizierte Lehre und Forschung sowie ein leistungsorientiertes Studium zu sichern.

Aufgabe der Wissenschaftspolitik ist es, ein leistungsfähiges universitäres und außeruniversitäres Forschungssystem zu fördern. Wo immer möglich sollten Hochschulen und Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen zusammenarbeiten.

65. Autonomie und Wettbewerb

Die Autonomie von Hochschulen ist nicht nur Ausfluß unseres Wissenschaftsverständnisses, sie stärkt auch deren Leistungsfähigkeit. Dies erfordert eine deutliche Verringerung der durch Landesrecht geschaffenen Regelungsdichte. Die Landesregierungen und die Landtage dürfen jedoch nicht aus ihrer Verantwortung für die Sicherung und die Förderung von Wissenschaft in Forschung und Lehre an den Hochschulen entlassen werden. Die Hochschulen müssen einen größeren Freiraum eigenständiger Gestaltung erhalten; dies gilt für die Gestaltung der Strukturen, die personelle Zusammensetzung des Lehrkörpers und die Verwendung der zugewiesenen Mittel. Die sparsame Verwendung der den Universitäten für Forschung und Lehre zur Verfügung stehenden Mittel ist durch externes Controlling sicherzustellen. Die Leitungsstrukturen der Hochschulen müssen unter Einbeziehung des fachspezifischen Sachverständigen und der Verantwortung der Dekane gestärkt werden, damit sie von der ihnen mit der Autonomie übertragenen Verantwortung und der damit verbundenen Pflicht zur Selbstgestaltung und Selbstkorrektur wirksamer als bisher Gebrauch machen können.

Ein größerer Gestaltungsspielraum ist Voraussetzung für eine Intensivierung des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen und den Professoren innerhalb der einzelnen Hochschule. So wie im Forschungsbereich die Mittel schon jetzt weitgehend leistungsbezogen vergeben werden, sind auch im Bereich der Lehre leistungsbezogene Vergabeverfahren zu entwickeln. Als Kriterien hierfür kommen in Betracht: die durchschnittliche Studiendauer, die Zahl der Absolventen innerhalb der Regelstudienzeit sowie die Beurteilung der Qualität der Lehre in der Verantwortung der Fachbereiche unter Beteiligung der Studenten. Wir brauchen einen verstärkten Wettbewerb um gute Hochschullehrer. Die Qualität von Forschung und Lehre der einzelnen Hochschulen und Professoren muß für die interessierte Öffentlichkeit nachvollziehbar sein.

66. Europäische und internationale Zusammenarbeit

Hochschule und Wissenschaft haben mit Austausch und Zusammenarbeit einen speziellen Beitrag zur europäischen Einigung, zum gemeinsamen europäischen Markt und zur Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen in ein gemeinsames Europa zu leisten. Bei dieser Aufgabe kann an weit zurückreichende Traditionen angeknüpft werden.

Wissenschaft ist ohne internationale Zusammenarbeit nicht denkbar. Hierzu gehört ein breiter Studentenaustausch wie eine Intensivierung des Austauschs von Hochschullehrern und Wissenschaftlern. Im Rahmen dieser internationalen Dimension der Hochschulen sind verstärkt international integrierte Studiengänge zu entwickeln und an ausländischen Hochschulen erbrachte Studienleistungen anzuerkennen sowie inhaltlich spezifisch europäisch ausgeprägte Abschlüsse anzubieten. Der Fremdsprachenunterricht ist auszubauen.

Für die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands ist es unerlässlich, daß die Studenten besser als bisher auf das vereinte Europa vorbereitet werden; europäische Themen sind daher verstärkt in die Studienpläne aufzunehmen.

Die Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit darf nicht auf Europa beschränkt bleiben.

67. Schwerpunkte der Hochschulpolitik in den nächsten Jahren

Die gegenwärtige Situation an den meisten Hochschulen in den alten Ländern ist gekennzeichnet durch eine massive Überfüllung in vielen Fachbereichen. Die Konsequenz daraus sind Zulassungsbeschränkungen, Verteilungs- und Auswahlverfahren.

Die Zahl der Studenten steigt, die der Absolventen stagniert. Häufiger Studienfachwechsel, hohe Abbrecherquoten, lange Studiendauer und ein im internationalen Vergleich zu hohes Lebensalter beim ersten Studienabschluß und Berufseintritt kennzeichnen die gegenwärtige Krise unseres Hochschulsystems. Oft stehen unzureichende räumliche Voraussetzungen, überfüllte Seminare sowie Wartezeiten für Praktika- und Seminarplätze einem schnellen Studienabschluß entgegen.

Die Anstrengungen für den Aufbau freier und leistungsfähiger Hochschulen in den neuen Ländern eröffnen die Möglichkeit, neue Ansätze zu entwickeln und Erfahrungen aus den alten Ländern zu berücksichtigen, ohne deren Fehler zu wiederholen.

Die Situation der deutschen Hochschullandschaft erfordert eine Reihe von Maßnahmen, die über die Forderung nach mehr Geld hinaus durch Erneuerung und Weiterentwicklung der Strukturen die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in den alten und in den neuen Ländern sicherstellt:

68. Ausbau des Hochschulsystems

Das Hochschulsystem muß differenziert ausgebaut werden. Wir brauchen eine stärkere Differenzierung des Hochschulbereichs unter Wahrung des besonderen Profils der jeweiligen Hochschulart.

Schwerpunkt des Ausbaus sind praxisorientierte Studiengänge an dezentralen überschaubaren Fachhochschulen. Das berufsbegleitende Studium ist auszubauen. Die Möglichkeiten des Fernstudiums sind verstärkt zu nutzen. Neue duale Bildungswege unter Einbeziehung betrieblicher Weiterbildung sind zu entwickeln. Berufsakademien nach dem baden-württembergischen Vorbild sind, wo immer möglich, einzurichten. Ihre Abschlüsse sind durch Änderung des Hochschulrahmengesetzes denen einer Staatlichen Fachhochschule bundesweit gleichzustellen; eine EG-weite Anerkennung ist anzustreben.

69. Hochschulzugang

An dem Abitur als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung ist festzuhalten. Das Abitur muß aber in Zukunft wieder eine verlässliche Aussage über die Studierfähigkeit machen. Darüber hinaus sind die Hochschulen für besonders qualifizierte Berufstätige zu öffnen. Dafür sind besondere Zugangsvoraussetzungen zu bestimmen, in denen fachliche Leistungen und theoretische Kenntnisse mit Blick auf das gewünschte Studium nachgewiesen werden.

Die Hochschulen müssen gesetzlich in die Lage versetzt bzw. verpflichtet werden, sich stärker an der Auswahl geeigneter Studenten zu beteiligen. Dabei geht es nicht um eine allgemeine staatliche Eingangsprüfung, sondern um fachorientierte Zugangsregelungen in Verantwortung der einzelnen Hochschulen bzw. Fachbereiche. Dies gilt insbesondere in den Fächern, in denen die Zahl der Bewerbungen die Kapazität übersteigt. Ein Katalog möglicher Auswahlverfahren, wie Berücksichtigung des Abiturnotendurchschnitts, studienfachbezogene Gewichtung der Abiturnoten, Auswahlgespräche und ergänzende Tests, ist im Hochschulrahmengesetz bzw. den Landeshochschulgesetzen zu verankern. Ihre Auswahl und Anwendung liegt im einzelnen in der Verantwortung der jeweiligen Hochschule.

70. Beratung

Um die Zahl der Studienabbrecher und Fachwechsler zu mindern, ist eine den ganzen Bildungsweg begleitende intensive Beratung notwendig. Beratung an der Schule, Berufsberatung durch das Arbeitsamt und Studienberatung der Hochschule müssen jungen Menschen helfen, den richtigen Weg zu finden. Dazu gehört auch eine intensive Beratung über Alternativen zum Studium.

71. Studienreform und Studienzeitverkürzungen

Die überlangen Studienzeiten müssen verkürzt werden. Studien- und Prüfungsordnungen sind im Sinne einer wissenschaftlichen Grundbildung auf das im jeweiligen Studiengang Wesentliche einer kritischen Durchsicht zu unterziehen. Die Fülle des Studienstoffs und der Umfang der Prüfungsanforderungen sind zu reduzieren, die Prüfungsabläufe sind zu verkürzen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ein wissenschaftliches Studium auch innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann. Es müssen vermehrt Anreize geschaffen werden, sich frühzeitig zu Prüfungen anzumelden. Wiederholungsmöglichkeiten nach dem Modell des sog. „Freiversuches“ können dazu beitragen, das Studium eher als bisher mit einem Examen zu beenden.

Im Rahmen der zu intensivierenden Studienreform sind die Studiengänge an den wissenschaftlichen Hochschulen nach berufsbefähigendem grundständigen Studium und darauf aufbauend einer Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für die wissenschaftliche Tätigkeit zu stufen. Die wissenschaftliche Orientierung des Grundstudiums darf durch diese Neuorganisation nicht angetastet werden. Das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluß muß grundsätzlich in der Regelstudienzeit durchgeführt werden. Bei einer erheblichen Überschreitung der Regelstudienzeit sind Studiengebühren zu erheben.

Die Bildungs- und Ausbildungsinhalte sind besser auf Erstausbildung und auf Weiterbildung zu verteilen. Im Rahmen der Intensivierung der Weiterbildung müssen auch die Hochschulen zunehmend wichtiger werdende Aufgaben übernehmen. Dies gilt vor allem für die Fachhochschulen.

72. Es ist künftig zu berücksichtigen, daß eine bessere Vertretung von Frauen an den Hochschulen nur dann erreicht werden kann, wenn die aus ihrer biologischen Rolle sich ergebenden Nachteile ausgeglichen werden.

Der eklatante Mangel an Kinderbetreuung an den Hochschulen ist zu beseitigen. Bei der Ausgestaltung von Dienstverhältnissen sind Verzögerungen durch Kinderbetreuung und andere für Frauen typische Gründe voll zu berücksichtigen.

Besser ausgeschöpft werden sollten die heute schon gegebenen Möglichkeiten wie Teilzeitbeschäftigung, familiengerechte gleitende Arbeitszeit, Teilzeitstipendien sowie Beurlaubung aus familiären Gründen.

Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Universitäten und Fachhochschulen ermöglichen, durch Sonderstudienpläne schwangeren Studentinnen zu helfen, damit diese ihr Studium in angemessener Zeit erfolgreich absolvieren können. Das gleiche muß gelten für junge Frauen oder junge Männer mit Verpflichtungen gegenüber Kindern.

Mögliche Hilfen könnten sein:

- Verlegung von Prüfungen (Vor- und Nachzeiten) mit Hinweisen zur Themenstrafung;
- Verlagerung von Studienabschnitten;
- Austausch von Praktika;
- Kinderbetreuungsangebote an den Hochschulen für Kinder aller Altersgruppen

73. Wissenschaftlicher Nachwuchs

Da im Verlauf der nächsten zehn Jahre rund die Hälfte aller Professoren aus Altersgründen ausscheidet, wächst der Bedarf an qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs sprunghaft. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses muß intensiviert werden. Die Stellenstruktur muß dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine

Berufsperspektive geben. Zeiten und Verfahrensaufwand für Promotion und Habilitation müssen verkürzt werden. Hervorragende Leistungen in der beruflichen Praxis sind stärker als bisher bei der Bewerbung um eine Hochschullehrerstelle zu berücksichtigen.

74. Dienstrechtliche Stellung von Hochschullehrern

Die Neuberufung von Hochschullehrern muß für eine strukturelle Reform genutzt werden, die eine Verbeamtung der Hochschullehrer auf Lebenszeit bei Erstberufungen nur als Ausnahme vorsieht.

Zur Stärkung von Wettbewerb und Leistungsfähigkeit in und zwischen den Hochschulen sowie zur Förderung der notwendigen Mobilität zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung müssen die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten der Anstellung von Hochschullehrern außerhalb eines Beamtenverhältnisses stärker als bisher in Anspruch genommen werden. Wir treten dafür ein, die aus demographischen Gründen in den nächsten Jahren in großem Umfang notwendige Neuberufung von Hochschullehrern für eine solche Personalreform zu nutzen.

75. Qualität der Lehre

Aufgabe der Hochschullehrer ist es, einerseits in ihrem Fach zu forschen und wissenschaftliche Weiter- und Neuentwicklungen voranzubringen, andererseits Fachwissen und wissenschaftliche Methodik zu vermitteln sowie die Studenten zu selbständigem wissenschaftlichen Arbeiten anzuleiten.

Bei Berufungen ist nicht nur Wert auf Leistungen in speziellen Forschungsbereichen zu legen. Auch pädagogisch-didaktische Fähigkeiten, die Breite des wissenschaftlichen Überblicks sowie die persönliche Integrität müssen als wichtige Kriterien in die Bewertung einbezogen werden.

Die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Hochschullehrer müssen durch flexiblere finanzielle Regelungen für besonderes Engagement in der Lehre gestärkt werden.

Die ständige Verbindung zur beruflichen Praxis ist eine wichtige Voraussetzung für gute Lehre und effektives Studium an der Fachhochschule. Deshalb ist insbesondere Fachhochschullehrern verstärkt die Gelegenheit zu Praxiskontakten zu geben. Hierzu gehört die Auffrischung des Praxisbezugs in regelmäßigen Abständen sowie die Ausübung entwicklungsbezogener Forschung.

Die Steigerung der Qualität der Lehre kann nur erreicht werden, wenn auch die Betreuungsrelation – insbesondere an den Fachhochschulen – verbessert und also die Zahl der wissenschaftlichen Planstellen an den Hochschulen gesteigert wird.

Die Studierenden müssen stärker als bisher zu Mitbeteiligten bei der Lehre werden. Eine gemeinsame Erörterung von Struktur, Aufbau und Ziel vor Lehrveranstaltungen zu Semesterbeginn, wie eine kritische Nachlese zu Semesterschluß, müssen Selbstverständlichkeit sein.

Die Verbesserung der Qualität der Lehre ist in erster Linie Aufgabe der Professoren und Fachbereiche. An der Bewertung der Qualität der Lehre wirken die Studenten mit; auch außerhochschulische unabhängige Institutionen können beteiligt werden.

76. Soziale Situation der Studierenden

Die sozialen Rahmenbedingungen haben einen bedeutenden Einfluß auf Studienentscheidung und -abschluß. Deshalb ist eine angemessene Förderung der Studenten auch in Zukunft für die Durchsetzung der Chancengerechtigkeit unverzichtbar. Die Bedarfssätze und Freibeträge der Ausbildungsförderung im Rahmen des BAföG sind regelmäßig an die allgemeine wirtschaftliche Lage anzupassen. Ein frühzeitiger Studienabschluß muß auch in Zukunft besonders gewichtet werden.

Der Bau von Studentenwohnungen muß verstärkt werden. Die Möglichkeiten des sozialen Wohnungsbaus sind stärker zu nutzen. Privaten Investoren sind Anreize zu geben, sich auf diesem Sektor zu engagieren.

Die besondere Situation von behinderten Studierenden und Studierenden mit Kindern muß mehr als bisher berücksichtigt werden. Es sind behindertengerechte und kindgerechte Wohnungen für alleinerziehende und studierende Eltern zu schaffen. Die Möglichkeiten der Kinderbetreuung an der Hochschule sind zu verbessern.

77. Abbau der Benachteiligung von Wissenschaftlerinnen

Nach wie vor ist der Anteil der Frauen an der Assistenten- und Professorenschaft viel zu gering. Die Schwierigkeiten, die Frauen entgegenstehen, wenn sie Wissenschaft als Beruf ergreifen wollen, sind nicht nur ein Verstoß gegen Gleichberechtigung und Benachteiligungsverbot. Die Hochschulen müssen das Problem der Benachteiligung endlich als eine Aufgabe erkennen und lösen. Die Regierungen und Parlamente des Bundes und der Länder sind aufgefordert, durch Förderprogramme, ggfls. auch durch gesetzgeberische Maßnahmen, die vorhandenen Schwierigkeiten schrittweise zu überwinden. Die bestehenden Förderungsprogramme müssen mit Blick auf ihre Voraussetzungen, ihre Laufzeit und die Höhe der finanziellen Hilfen weiterentwickelt werden.

6. ALLGEMEINE UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG

78. Erziehung und Ausbildung zielen auf die Fähigkeit, sich in einer rasch ändernden Welt zurechtzufinden. In der Erstausbildung geht es in Schule, Betrieb und Hochschule vor allem um Grundlegung, weniger um Spezialisierung.

In der Erstausbildung erworbenes Spezialwissen wird immer schneller durch neue Erkenntnisse ersetzt. Der rasche technische und wissenschaftliche Fortschritt erfordert die Bereitschaft, auch nach dem Abschluß der Erstausbildung den eigenen Kenntnisstand ständig zu ergänzen und zu erneuern. Die Straffung der Erstausbildung ist notwendig, sie ist mit Blick auf die Notwendigkeit regelmäßiger und organisierter Weiterbildung auch möglich. Das Verhältnis von Aus- und Weiterbildungszeiten im Lebenszyklus muß neu verteilt werden.

79. Weiterbildung gewinnt durch die wachsenden beruflichen Anforderungen, die technische Entwicklung, den Wunsch nach staatsbürgerlichem Engagement, der Persönlichkeitsentfaltung des einzelnen und individueller Freizeitgestaltung zunehmend an Bedeutung. Weiterbildung muß mit gleichem Rang und Gewicht als vierter Bildungsbereich neben die Schulbildung, die Berufsausbildung und das Hochschulstudium treten. Der Bereich der Weiterbildung umfaßt alle Formen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluß einer ersten Bildungsphase und nach Aufnahme einer Berufstätigkeit einschließlich der Hausfrauentätigkeit.

80. Jeder Bürger muß grundsätzlich die Möglichkeit haben, an Veranstaltungen der Weiterbildung teilzunehmen. Hierfür sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, und es ist die Eigeninitiative des einzelnen zu stärken. Soweit Weiterbildung nicht außerhalb der Arbeitszeit stattfinden kann, ist die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen für Erwerbstätige vor allem durch entsprechende Vereinbarungen der Sozialpartner zu ermöglichen.

81. Der Verpflichtung des einzelnen zur Weiterbildung entspricht die Verpflichtung von Wirtschaft und öffentlicher Hand, in die weitere Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren. Investitionen in Weiterbildung sind ebenso wichtig wie

Investitionen in Maschinen, Anlagen und Gebäude. Vielfalt und Flexibilität sind für die Zukunft der beruflichen Weiterbildung die einzig erfolversprechende Grundlage; der Staat (einschließlich der Kommunen) hat nur dort Aufgaben wahrzunehmen, wo er subsidiär das Handeln anderer ergänzt.

Die Organisation der Weiterbildung ist Aufgabe einer Vielzahl privater und öffentlicher Träger. Die CDU sieht in den Angeboten des Zweiten Bildungsweges eine wesentliche Möglichkeit zur Herstellung größerer Chancengerechtigkeit. Es ist zu prüfen, inwieweit die Berufsschulen noch stärker als bisher Fort- und Weiterbildungsangebote machen können. Während weite Bereiche in der Hand nicht-öffentlicher Einrichtungen wie Betrieben, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Privatschulen liegen, trägt die öffentliche Hand die politische Rahmenverantwortung dafür, daß die Bürger ein ausreichendes Weiterbildungsangebot vorfinden. Diese Aufteilung der Verantwortung sichert einerseits die unbedingt notwendige Angebotsvielfalt und damit einen gesunden Wettbewerb und schafft andererseits Möglichkeiten der Kooperation.

82. Weiterbildung ist umfassend zu verstehen; sie darf sich nicht nur auf einen Teilbereich beschränken. Bedeutsame Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, auf die wir uns einstellen müssen, sind über technologische Entwicklungen hinaus auch von sozialer und kultureller Bedeutung. Allein die neuen Technologien bringen eine erhebliche qualitative Veränderung der geforderten Qualifikationsinhalte mit sich. Sie fordern nicht nur neue fachliche Kompetenzen, sondern machen soziale und personelle Kompetenzen wie Verantwortungsbewußtsein, Ideenreichtum, die Fähigkeit zur Initiative und zur Zusammenarbeit, Umsicht und Mitdenken immer wichtiger. Damit werden zugleich die Grenzen zwischen sogenannter allgemeiner, politischer und berufsbezogener Weiterbildung fließend und sollten in Zukunft mehr als bisher in ihrer Verbindung gesehen und gefördert werden.

83. Weiterbildung bedarf der Vorbereitung bereits im Rahmen der Erstausbildung, bietet kontinuierliche Hilfen zur Bewältigung der Aufgaben in Beruf, Familie und Gesellschaft und sollte auch älteren Menschen ermöglichen, persönlichen Wünschen gerecht zu werden und Versäumtes nachzuholen. Das Ziel der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert entsprechende Rahmenbedingungen.

Weiterbildungseinrichtungen, Verbände, Betriebe und Verwaltungen sowie Hochschulen müssen verstärkt Weiterbildung zur Wiedereingliederung von Frauen in den Beruf anbieten; eine Rückkehrgarantie erhöht die Weiterbildungsbereitschaft.

84. Die berufliche Erstausbildung kann die Qualifikation für den Berufseintritt, aber nicht für eine auf Dauer angelegte, anforderungsgerechte Berufsausübung vermitteln. Das Mißverständnis, Berufsausbildung müsse umfassende Berufsqualifikation vermitteln, führt zur zunehmenden Überforderung aller Formen berufsqualifizierender Bildungsgänge und zum Teil zu ihrer unnötigen Verlängerung.

Über das vorhandene Weiterbildungssystem der Wirtschaft, der Kommunen und privater Träger hinaus sind vor allem an den Fachhochschulen und Universitäten Bildungsangebote zu entwickeln, die Fortbildung auch in späteren Phasen des Berufslebens ermöglichen.

85. Die verantwortliche Mitwirkung des mündigen Bürgers ist ein unverzichtbares Element der lebendigen Demokratie. Angebote der politischen Weiterbildung erhöhen die Fähigkeit der Bürger zur politischen Mitwirkung, gerade auch in einem sich zusammenschließenden Europa. Die politische Weiterbildung in den neuen Bundesländern soll weiterhin einen hohen Stellenwert genießen, denn sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Einleben und Verstehen in eine freiheitlich demokratische Grundordnung.

Politische Weiterbildung soll vor allem dazu befähigen, zwischen Agitation und Information zu unterscheiden, Andersdenkende zu tolerieren und ehrenamtliche Tätigkeiten in Volksvertretungen, Bürgerinitiativen, Selbstverwaltungsorganen und Betriebs- und Personalräten zu übernehmen.

86. Information und Transparenz der Angebote sowie Weiterbildungsberatung und -werbung sind wichtige Voraussetzungen für eine Stärkung der Weiterbildungsbereitschaft. Eine umfassende Information und Übersicht über Weiterbildungsangebote erleichtert sachgerechte Entscheidungen bildungswilliger Bürger sowie interessierter Unternehmen und erspart Fehlversuche, Enttäuschungen und Kosten. Information wird erleichtert durch Einrichtung kompatibler Datenbanken. Freiwillige Güteprüfungen können Entscheidungshilfen bieten und Qualitätsunterschiede verdeutlichen.

Weiterbildungs-Informationen werden erst verwertbar durch ergänzende Weiterbildungsberatung. Sie verhilft dem interessierten Bürger zu sachgerechter Auswahl und gibt dem Unternehmen Hinweise zum Angebotsprofil. Beratungen können von Arbeitsämtern, Kammern, Kommunen, Weiterbildungseinrichtungen und Datenbanken wahrgenommen werden.

87. Zur Verankerung der Weiterbildung als eigenständigem Bildungsbereich sind qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erforderlich. Weiterbildungsveranstaltungen können hauptberuflich, nebenberuflich und ehrenamtlich tätigen Personen übertragen werden. Weiterbildungseinrichtungen sollten in der Regel hauptberuflich geleitet werden. Entsprechende fachliche und methodisch-didaktische Qualifikationen sind Voraussetzung. Der Einsatz nebenberuflicher, ehrenamtlicher Kräfte stellt sicher, daß Kenntnisse und Erfahrungen aus allen gesellschaftlichen Bereichen Eingang in die Weiterbildung finden.

88. Die Hochschulen sind gefordert, sowohl in Hauptstudiengängen als auch im Rahmen begleitender Studiengänge für Funktionen in der Weiterbildung zu qualifizieren sowie entsprechende Fortbildungsangebote zu entwickeln. Ebenso ist die Weiterbildung der Fachkräfte eine vordringliche Aufgabe der Betriebe, Kammern, Verbände und Einrichtungen. Darin liegt zugleich ein große Chance, Arbeitsmarkt und Bildungssystem wieder stärker miteinander zu verzahnen.

**Änderung des Statuts,
der Finanz- und Beitragsordnung,
der Partei-Gerichtsordnung und der Geschäftsordnung**

Beschluß Nr. C1

In § 6 (Antragsrechte) der Geschäftsordnung der CDU (GO-CDU) vom 23.6.1975, zuletzt geändert am 26.10.1992, wird in dessen Absatz 1 eingefügt:

„6. die Bundesfachausschüsse der CDU zu den jeweiligen Leitthemen eines Parteitages.“

Beschluß Nr. C5

In § 18 (Kreisverbände) des Statuts erhält in Absatz 3 der letzte Satz unter ersatzloser Streichung der Worte „in seinem Auftrag und“ folgende Neufassung:

„Der Kreisverband kann seinen Untergliederungen gestatten, unter seiner vollen Aufsicht über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über die dazu gehörenden Belege eine Kasse zu führen.“

Sonstige Beschlüsse

Beschluß Nr. D1

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

- die Personalstärke der Bundeswehr ausschließlich am Sicherheitsbedarf und nicht an der Haushaltslage zu orientieren. An der bis 1995 festgelegten Stärke von 370.000 Mann ist auf absehbare Zeit festzuhalten;
- eine Wehrpflichtigen-Armee unbedingt beizubehalten;
- Wehrpflichtige nur auf freiwilliger Basis im Rahmen von friedenserhaltenden und friedenswiederherstellenden Maßnahmen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen einzusetzen;
- Wehr- und Dienstgerechtigkeit sicherzustellen.

Beschluß Nr. D2

Die Festigung der transatlantischen Partnerschaft – Empfehlungen für die neunziger Jahre

Die Atlantische Allianz war in den Zeiten des Ost-West-Konfliktes Garant für Freiheit, Wohlstand und Frieden der westlichen Demokratien. Die großen Aufgaben der kommenden Jahre erfordern auch in Zukunft eine Festigung und Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft in Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Kultur. Die Schaffung und Sicherung ökonomischer Grundlagen unserer nationalen und internationalen Handlungsfreiheit, die Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft in den Staaten Osteuropas, Friedenssicherung in und für Europa sowie die Bewältigung neuer globaler Herausforderungen bedingen einen immer engeren Zusammenschluß der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, als Partner unter Gleichen, die eine transatlantische Handlungseinheit formen wollen.

Die Staaten der Atlantischen Gemeinschaft teilen ein gemeinsames Erbe. Sie sind verbunden in ihrem Glauben an die Werte der Menschenwürde, der geistigen Freiheit und der bürgerlichen Freiheiten sowie an die demokratischen Institutionen, die sich auf beiden Seiten des Atlantiks über die Jahrhunderte hinweg entwickelt haben. Die Teilhabe der Vereinigten Staaten wie auch Kanadas an der europäischen Politik einschließlich ihrer physischen Präsenz ist essentiell für politische Stabilität, militärisches Gleichgewicht und wirtschaftliches Wohlergehen des europäischen Kontinents. Die Überwindung der Teilung Europas, ein demokratisches Deutschland, das seine Einheit in Frieden und Freiheit erreicht, wären ohne das amerikanische Engagement und ohne die deutsch-amerikanische Freundschaft und Partnerschaft nicht möglich gewesen. Die transatlantische Orientierung des neuen Europas zu gestalten, die traditionellen engen historischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bande zu festigen und die transatlantische Solidarität in der ganzen Vielfalt ihrer internationalen Beziehungen zu stärken, bleibt eine Hauptaufgabe deutscher Außen- und Europapolitik. Unter Fortentwicklung der deutsch-amerikanischen Freundschaft, der freundschaftlichen Beziehungen zu Kanada und auf der Basis des Nordatlantischen Vertrages sowie der Transatlantischen Erklärungen vom November 1990 wird sie sich dabei von den nachstehenden Grundüberlegungen leiten lassen.

I. Transatlantische Partnerschaft ist Garant freien Welthandels und wirtschaftlicher Prosperität.

1. Enge Kooperation der führenden Industriemächte in der Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik ist Voraussetzung für gesundes wirtschaftliches Wachstum. Sie schafft die Grundlagen zur Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben. In der Zeit des Ost-West-Konflikts haben die Vereinigten Staaten außenwirtschaftliche Interessen übergeordneten strategischen Zielen untergeordnet. In den 90er Jahren müssen beide Seiten des Atlantik praktizieren, daß nationale wirtschaftliche Interessen dem gemeinsamen Ziel weltwirtschaftlichen Wachstums untergeordnet sind.

2. Transatlantische Kooperation ist der Schlüssel für die Fortentwicklung multilateralen Freihandels und Voraussetzung für Marktöffnungsstrategien. Sie ist nur dann erfolgreich, wenn die Europäische Union und die Staaten Nordamerikas die Uruguay-Runde im GATT zum Abschluß bringen und die Prinzipien globalen Freihandels in der Praxis beherrzigen. Konzepte eines „fairen Handels“, eines „managed trade“ oder der Regionalisierung laufen auf Dauer den Leitbildern globaler freier Wirtschaft zuwider. Aktuelle Handelskonflikte dürfen nicht protektionistischen Strömungen in die Hände spielen. Wettbewerbsfähigkeit beginnt zu Hause. Aber Wettbewerbsdruck darf nicht zur Abkehr von internationaler Kooperation führen. Reform des EG-Agrarmarkts und Liberalisierung des Agrarhandels sind auch ein Gebot gegenüber den Ländern Osteuropas und der Dritten Welt.

3. Abbau von Haushaltsdefiziten und gleichzeitig produktive Investitionen sind die Herausforderung, die sich beiderseits des Atlantik stellt. Sie muß abgestimmt und gemeinsam angegangen werden. Vor diesem Hintergrund muß die G7 ihre Rolle und bisherigen Erfahrungen überprüfen. Die Schaffung einer Europäischen Währungsunion wird somit auch die momentäre Voraussetzung einer Partnerschaft unter Gleichen.

II. Die Entwicklung Osteuropas ist eine transatlantische Aufgabe.

1. Die Entwicklung der Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion zu Demokratie und Marktwirtschaft in einer stabilen euroatlantischen Ordnung ist globale Aufgabe, die alle reichen Industrienationen fordert. Das vitale Interesse der Staaten der Europäischen Union und Nordamerikas an politischer und wirtschaftlicher Stabilität Gesamteuropas sowie die darin begründete besondere Verantwortung verpflichten sie zu engem koordinierten Vorgehen, zu Führungsverantwortung in multilateralen Gremien und zur Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen.

2. Neben der geistigen Neuorientierung und Transformation, stabilen politischen Strukturen mit Schutz der Minderheiten ist die Schaffung von Wohlstand und die Beseitigung der Erblast kommunistischer Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung Europas und die Eindämmung gefährlicher Nationalismen. Die vielfältigen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen, insbesondere im Rahmen der G7, der Europäischen Gemeinschaft, aber auch auf bilateraler Ebene greifen nur, wenn die Adressaten die Voraussetzungen erfüllen. In gleicher Weise entfaltet nur eine eng koordinierte Gesamtstrategie der Staaten der Europäischen Union und Nordamerikas ihre volle Wirksamkeit. Sie werden dabei die unterschiedlichen Ausgangslagen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Staaten ebenso berücksichtigen wie die eigenen unterschiedlichen geopolitischen Interessen, historischen Erfahrungen und Traditionen in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West. Die daraus erwachsenden Chancen arbeitsteiligen Vorgehens wird die Atlantische Gemeinschaft nutzen. Doch gilt es dabei folgendes zu berücksichtigen:

- a) Die Konzeptionen der Ausgestaltung marktwirtschaftlicher Ordnungen sind auch bei den westlichen Ländern nicht einheitlich. Daraus resultierende unterschiedliche Transformationsansätze müssen in der Beratungshilfe stärker als bisher bewußt sein.
- b) Die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen für Stabilisierungs- und Reformmaßnahmen darf nicht auf den Schultern weniger liegen. In der künftigen Lastenverteilung muß zum Ausdruck kommen, daß es sich um gemeinsame Investitionen in die Zukunft und nicht um Abtragung von alten Verpflichtungen handelt.
- c) Wie Osteuropa Zukunftsmarkt für alle Staaten der Atlantischen Gemeinschaft ist, so müssen die Europäische Gemeinschaft und die Staaten Nordamerikas ihre Märkte öffnen, um Hilfe zur Selbsthilfe Erfolg werden zu lassen.
- d) Eine Arbeitsteilung zwischen beiden Seiten des Atlantiks, die Sicherheit und Wirtschaftspolitik trennt oder auf Exklusivität von Beziehungen setzt, schwächt die Gesamtstrategie.

3. Die Atlantische Gemeinschaft trägt gemeinschaftliche Verantwortung für die äußeren Rahmenbedingungen des Transformationsprozesses in Osteuropa. Sie muß dabei den Gefahren aus dem Zerfall der Sowjetunion mit der ihm eigenen Dynamik, insbesondere den nuklearen Risiken, ebenso Rechnung tragen wie den neuen, gewandelten Sicherheitsbedürfnissen der osteuropäischen Staaten und neuen nationalen Konfliktpotentialen. Die KSZE ist Grundlage und Forum, Demokratie und Menschenrechte immer fester zu etablieren. Doch sie ist eine ungenügende Antwort auf die neuen Gefahren und Risiken. Angesichts dieser Herausforderung werden die Atlantische Allianz und die WEU in dem Maße, wie diese Staaten in die Europäische Union integriert werden, eine immer engere Anbindung bieten. Dabei sind eine Fülle von Formen der Kooperation bis hin zu einer Vollmitgliedschaft noch auszuloten.

Während die geostrategische Lage Rußlands, seine riesigen Potentiale eine Mitgliedschaft im Bündnis ausschließen, bleibt dieses angewiesen auf kooperative Partnerschaft Moskaus für Stabilität in Europa. Ein in den nuklearstrategischen Beziehungen begründetes Sonderverhältnis zwischen den vereinigten Staaten und Rußland bedarf der entsprechenden atlantischen Einbettung.

III. Die Atlantische Allianz bleibt das vorrangige Bündnis für Sicherheit in und für Europa.

- 1. Europäische und atlantische Sicherheit sind nicht zu trennen. Insofern stärkt eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union die Atlantische Allianz. Europäische Verteidigungsidentität muß sich aber immer ihrer Komplementarität zur transatlantischen Sicherheit bewußt bleiben.
- 2. Ein gewandeltes internationales Umfeld, neuartige Bedrohungen und Gefährdungen, ein geänderter Stellenwert traditioneller Sicherheitspolitik in der Weltpolitik, die Bildung europäischer Sicherheitsidentität begründen eine Anpassung der NATO, bekräftigen aber gleichzeitig ihren Vorrang, als Bündnis zur Wahrung von Sicherheit in und für Europa.
- 3. Die NATO bleibt sicherheitspolitische und nukleare Rückversicherung ihrer Mitgliedstaaten und Stabilitätsanker euroatlantischer Ordnung. Sie wird ihre politische Rolle gegenüber den Staaten Osteuropas intensivieren und die Möglichkeiten des Nordatlantischen Kooperationsrats, insbesondere der Vertrauensbildung, weiter ausloten. Sie soll die Fähigkeiten erwerben, auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen europäischer Sicherheit friedenerhaltende und friedenschaffende Maßnahmen in und für die Sicherheit des Atlantischen Verbundes durchzuführen.

4. Die besondere Verantwortung der Vereinigten Staaten für Stabilität und Balance in Gesamteuropa findet Ausdruck in einer angemessenen, handlungsfähigen physischen Militärpräsenz. Ihr muß ein adäquater Beitrag - Ausrüstung und Stärke der Streitkräfte, finanzielle Ausstattung und politischer Wille - an europäischer Eigenverantwortung gegenüberstehen. Multinationale Verbände beiderseits des Atlantik werden den Zusammenhalt ebenso stärken wie Rüstungskoooperation auf einem gemeinsamen Beschaffungsmarkt. Lastenteilung heißt zuerst Arbeitsteilung innerhalb des Bündnisses auf sicherheitspolitischem Gebiet. Wie die Fortentwicklung von Auftrag und Strategie das gewandelte internationale Umfeld reflektiert, wird auch die innere Struktur des Bündnisses geänderten internen Kräfteverhältnissen und Rollen Rechnung tragen.

IV. Neue globale Aufgaben fordern einen transatlantischen Handlungsverbund.

Die Bewältigung staatenübergreifender Herausforderungen gelingt nur, wenn die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten und die Staaten Nordamerikas die Prioritäten und Strategien gemeinsam formulieren und umsetzen.

Die dringendste und potentiell gefährlichste Herausforderung ist die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Ihre Eindämmung schließt rigide nationale wie internationale multilaterale Kontrollregime ebenso ein wie die Stabilisierung von Krisenregionen und die Bereitschaft zu Sanktionen bei Verstößen. Nichtweiterverbreitungspolitik braucht deshalb den strategischen Verbund der Atlantischen Gemeinschaft. Insbesondere die Bewältigung des nuklearen Erbes der ehemaligen Sowjetunion kann nur in der koordinierten Einbringung amerikanischer und europäischer Ressourcen und Erfahrungen zum Erfolg führen.

Die Bewahrung der Schöpfung ist zur vorrangigen Aufgabe der Menschheit geworden. Die kommenden Jahre bieten die Chancen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Staaten Europas diese Aufgabe wieder im Gleichklang betreiben. Mit der gemeinsamen Umsetzung der Beschlüsse von Rio, insbesondere mit der konsequenten Durchführung des CO₂-Minderungsprogrammes, gewinnt Umweltpolitik national wie international neue Handlungsspielräume. Der Atlantische Verbund muß auch dem untrennbaren Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung Rechnung tragen. Das Konzept einer globalen Umweltpartnerschaft kann zur gemeinsamen Marschroute werden.

Migration und Flüchtlingswellen treffen die Staaten beiderseits des Atlantiks unterschiedlich. In dem Maße aber, wie sie soziale Kohärenz der europäischen Gesellschaften gefährden und Konfliktpotentiale schaffen, werden sie zu einem internationalen Faktor, der das politische und wirtschaftliche Umfeld der Atlantischen Gemeinschaft gefährdet. In der Bekämpfung der Ursachen liegt der Ansatz einer gemeinsamen Strategie.

V. Die institutionelle Absicherung der transatlantischen Partnerschaft bestimmt sich aus ihren Aufgaben.

1. Die traditionellen Konsultations- und Entscheidungsgremien der Atlantischen Allianz, die Konsultationsverfahren der Transatlantischen Erklärungen und die globalen, multilateralen Organisationen wie IWF, Weltbank und GATT bleiben ebenso unerlässlich für die Koordination und Umsetzung transatlantischer Politik wie das Gremium der G7. Die zunehmende Übertragung nationaler Kompetenzen im Prozeß der Entwicklung zur Europäischen Union, die systematische Vertiefung aller Bereiche der transatlantischen Beziehungen wie neue und gewandelte Anforderungen an die transatlantische Gemeinschaft machen aber institutionelle Anpassungen und, wo nötig, Neuerungen erforderlich.

2. Zur Partnerschaft in der Führung bedarf es eines transatlantischen Seismographen. Im gemeinsamen Willensbildungsprozeß muß neben den nationalen Regierungen die Europäische Union einschließlich der parlamentarischen Ebene stärker als bisher zum Tragen kommen. Eine Transatlantische Wirtschaftliche und Politische Zusammenarbeit nach dem Modell der EPZ könnte die Umsetzung transatlantischer Politik in multilateralen Organisationen vorbereiten und fördern. Mit der zunehmenden Herausbildung der neuen europäischen und transatlantischen Strukturen zeichnen sich auch Bedarf und Möglichkeit eines den Washingtoner Vertrag ergänzenden Vertrages zwischen der Europäischen Union und den USA ab. Bereits jetzt sollten die Gespräche darüber beginnen und geeignete Foren und Inhalte eruiert werden.

Beschluß Nr. D3

Die CDU begrüßt den auf Anregung von Bundeskanzler Helmut Kohl geplanten EG-Sondergipfel nach Abschluß des Ratifizierungsverfahrens der Verträge von Maastricht. Damit wird deutlich, daß der Vertrag von Maastricht kein Schlußpunkt, sondern der eigentliche Beginn der Entwicklung zur Politischen Union ist.

Das durch den Vertrag von Maastricht eingeführte Subsidiaritätsprinzip eröffnet die Möglichkeit einer klaren Abgrenzung von Kompetenzen zwischen den Mitgliedsstaaten und der EG. Die CDU unterstützt die Politik der Bundesregierung, aus der Politischen Union keinen europäischen Zentralstaat werden zu lassen. Die Nationalstaaten sollen ihre volle Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in allen Bereichen behalten, die nicht konkret der europäischen Ebene übertragen werden.

Die Vollendung der Politischen Union, die durch Maastricht möglich wird, bedeutet nicht die Auflösung der Nationalstaaten. Die einzelnen Mitgliedstaaten werden um des gemeinsamen Erfolges willen - und damit in ihrem ureigenstem Interesse - Befugnisse, Aufgabenbereiche und politische Souveränitätsrechte übertragen müssen. Für alle Aufgaben, die der EG übertragen werden, muß die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft auch nach der von der CDU gewünschten Erweiterung der EG sichergestellt sein.

Zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft stehen folgende Punkte auf der Tagesordnung:

- gleichberechtigte Mitwirkung des Europäischen Parlamentes und des EG-Ministerrates an der Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammer-Systems,
- Neuentwicklung der Zusammensetzung, Struktur und Aufgabenstellung der EG-Kommission,
- Neuregelung der EG-Ratspräsidentschaft, da das gegenwärtige System der halbjährlich rotierenden Ratspräsidentschaft auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten ist.
- Überprüfung der Stimmgewichtung im EG-Ministerrat im Hinblick auf die zu erwartende Mitgliedschaft von Finnland, Norwegen, Scheden und Österreich.

Der Vertrag von Maastricht bietet die Möglichkeit, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EG zu entwickeln. Das von Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident François Mitterand geschaffene Eurocorps hat sich als ein erfolgreicher Einstieg in die Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik erwiesen.

Maastricht schafft auch die Voraussetzungen für eine wirkungsvollere Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik. Das Verbrechenum hat sich bereits längst vor dem Europäischen Binnenmarkt international organisiert. EUROPOL soll zügig ausgebaut und handlungsfähig gestaltet werden.

Auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gibt es für die CDU keine Aufweichung der Stabilitätskriterien für die gemeinsame europäische Währung, so wie sie im Vertrag von Maastricht festgehalten ist. Wenn die Alternative lautet: Aufweichung der Kriterien oder Hinausschieben des Zeithorizontes, muß der zweite Weg gegangen werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in mehreren wichtigen Reden begründet, daß die Politische Union in besonderer Weise im deutschen Interesse liegt: Deutschland hat in Europa die längsten Grenzen und die meisten Nachbarn. Deutschland ist wie kein anderes Land auf einen freien und intensiven Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr in der EG angewiesen.

Es liegt im Interesse Deutschlands, daß Europa nicht wieder vom Sog der Geschichte in das verhängnisvolle Spannungsfeld von Hegemoniestreben einzelner Nationalstaaten und Allianzen aus Gegnerschaft hineingezogen wird. Frieden kann es in Europa nur geben, wenn EG-Europa Stabilitätsanker ist.

Der Vertrag von Maastricht eröffnet die Möglichkeit, schrittweise eine entsprechende Politik umzusetzen. Die CDU erwartet, daß der Sondergipfel im Oktober 1993 hierzu erste weiterführende Beschlüsse faßt.

Beschluß Nr. D5

Der Bundesvorstand der CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, alle politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die international bestehenden Unterschiede bei den Maschinenlaufzeiten, die zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen, beseitigt werden können.

Beschluß Nr. D11

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei Einstellung und Weiterbeschäftigung der bei Bundesbehörden auf dem Gebiet der neuen Bundesländer Beschäftigten im Öffentlichen Dienst – insbesondere bei Arbeitsämtern, Oberfinanzdirektionen, Zollbehörden, der Bundesvermögensverwaltung und der Bundesvermögensämter – sicherzustellen, daß diese überprüft werden und hierbei festgestellt wird, ob sie

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben, insbesondere ob sie die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gewährleisteten Menschenrechte oder die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthaltenen Grundrechte verletzt haben oder
2. für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit der DDR tätig waren

und ihre Beschäftigung im Öffentlichen Dienst deshalb unzumutbar erscheint.

Beschluß Nr. D13

Die CDU Deutschlands bittet den Bundesminister der Finanzen, auf die Vollstreckung von DDR-Zollgebührenbescheiden für Kraftfahrzeuge, die nach dem 9. November 1989 importiert wurden, künftig zu verzichten.

Beschluß Nr. D14

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden aufgefordert, bei der Entwicklung von Bebauungsplänen, bei Modernisierung und Sanierung sowie bei der Planung des Wohnumfelds, der Grünflächen und Verkehrsflächen die Kriterien zu berücksichtigen, die die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern im öffentlichen Raum erhöhen.

Darüber hinaus sollten Kommunen verstärkt Aufklärungs- und Beratungsangebote unterstützen, die

- a) informieren, wie man/frau sich vor Kriminalität und Gewalt schützen kann, bzw.
- b) den Opfern Hilfe und Unterstützung bei der Bewältigung der Opfererfahrung anbieten.

Beschluß D40

Den Radikalen keine Chance!

Jede Form von politischem Radikalismus ist eine Herausforderung für unsere freiheitliche Demokratie.

Die Zunahme rechtsextremistisch motivierter Anschläge und Gewalttaten, das dreiste Auftreten von Neonazis in der Öffentlichkeit und die neue Dimension rechtsradikaler Organisationsformen müssen auf den entschiedenen Widerstand unseres Rechtsstaates und aller seiner Bürger stoßen. Von Rechtsextremisten verübte Gewalt ist nicht weniger ein gezielter Anschlag auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung als linksextremistischer Terror.

Wir wenden uns gegen alle Versuche, Gewalt zu verherrlichen oder zu verharmlosen, Unrecht zu leugnen und Straftaten zu beschönigen. Gewalt ist kein Mittel der Politik. Für sie gibt es keine Rechtfertigung. Die Überzeugung von der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen – gleich welcher Herkunft und Hautfarbe – gehört zu den Fundamenten unserer Zivilisation und zum Kernbestand christlich-demokratischen Selbstverständnisses. Jeder Anschlag auf Leben, Gesundheit und Würde der bei uns lebenden Ausländer ist ein Rückfall in die Barbarei.

Von menschenverachtenden Parolen zu menschenfeindlichem Handeln ist es oft nur ein kurzer Weg. Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte in unserem Land, bereits den Anfängen zu wehren. Wer radikale und ausländerfeindliche Parolen verbreitet oder mit Radikalen sympathisiert, muß in unserer Gesellschaft isoliert sein. Wer durch seine Stimmabgabe Radikalen Zugang zu unseren Parlamenten verschafft, fügt der Würde und dem Ansehen unseres demokratischen Staates schweren Schaden zu. Er kann nicht für sich in Anspruch nehmen, ein guter deutscher Patriot zu sein.

Wo rechtsradikale Gewalt den inneren Frieden bedroht, sind alle strafrechtlichen Möglichkeiten wie schnelle Verurteilungen und abschreckende Strafen auszuschöpfen. Durch Verbote rechtsextremistischer Organisationen müssen deren Strukturen zerschlagen und deren verfassungsfeindlicher Charakter öffentlich geächtet werden. Genauso nachdrücklich treten wir dafür ein, den Rechtsradikalismus durch noch wirksamere Gewaltprävention zu bekämpfen. Der Staat muß gleichzeitig besonders jenen aus der jüngeren Generation helfen, die aus Orientierungslosigkeit verführbar und gefährdet sind.

Wir appellieren an die Medien, ihr grundgesetzlich garantiertes Recht auf freie Berichterstattung mit großer Sorgfalt wahrzunehmen. Sie dürfen sich nicht zu einer Plattform machen, die radikalen Parolen Verbreitung und Aufmerksamkeit verschafft. Auch darf die Berichterstattung über abstoßende Aufmärsche rechtsradikaler Organisationen sowie Versammlungen von Neonazis und anderen Ewig-gestrigen nicht den Eindruck erwecken, es werde ein repräsentatives Bild von Deutschland vermittelt.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands lehnt auch weiterhin jede politische Zusammenarbeit mit radikalen und extremistischen Parteien wie DVU, REP oder PDS entschieden ab. Jeder Verstoß gegen diesen Grundsatz ist mit den Zielen und der Mitgliedschaft in der CDU unvereinbar.

Unser Kurs ist und bleibt ein Kurs der Mitte. Radikale von rechts und links haben in diesem Jahrhundert nur Unglück über unser Volk gebracht. Unsere historischen Wurzeln als Christlich Demokratische Union Deutschlands liegen im Widerstand gegen jede Form von Gewalt und Diktatur. Diesem Gesetz des Anfangs bleiben wir treu.

Beschluß Nr. D41

Der 4. Parteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, daß kinderreiche Familien auch künftig zu besonderen Tarifen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn benutzen können.

Beschluß Nr. D43

Sendeverpflichtung für Wahlsports der Parteien

Die CDU spricht sich für die Beibehaltung der Sendeverpflichtung der Rundfunkanstalten von Wahlsports der Parteien aus. Der Bundesfachausschuß „Medien“ wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie unter Beibehaltung der derzeitigen Sendeverpflichtung (etwa durch Konkretisierung der bestehenden Regelungen) die Kontrolle von Wahlsports rechtsradikaler Parteien verbessert werden kann.

Beschluß Nr. D46

Völkermord in Bosnien-Herzegowina und Südosteuropa

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit ihren Partnern Vorkehrungen dafür zu treffen, daß im Krieg in Bosnien-Herzegowina und Kroatien Aggressionen, Vertreibungen und gewalttätige Eroberungen nicht belohnt werden und daß dieser Krieg endlich beendet wird. Ebenso wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre Hilfen für die notleidenden Menschen in den Kriegsgebieten zu verstärken.

**Bericht des Vorsitzenden
der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
des Europäischen Parlaments,
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP**

Die gegenwärtige Situation in Deutschland und Europa ist eine Phase turbulenter Interdependenzen. In einer solchen Zeit des stürmischen Umbruchs und der gegenseitigen Abhängigkeit ist es sinnvoll, sich erneut Klarheit über die eigene Position und Zielorientierung zu verschaffen. In diesem Zusammenhang ist auch die selbstkritische Frage zu stellen, ob die eigene Zielsetzung in Übereinstimmung mit den Gegebenheiten und Entwicklungen in größeren Räumen und Problembereichen steht.

Globalisierung und Fragmentierung

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments hat sich dieser selbstkritischen Frage gestellt und die Kritik vieler Bürger ernst genommen. „Das Bild des Ganzen erst ergibt das Maß der Teile.“ – Dieser Aphorismus von Carl Ritter ist Ausgangspunkt von Überlegungen der CDU/CSU-Gruppe über die Einordnung unserer Ziele und Maßnahmen der europäischen Einigungspolitik in die gegenwärtige weltpolitische Entwicklung. Die Gegebenheiten und Gefährdungen Europas in der Gegenwart stehen in einem weltweiten Zusammenhang mit den gegenläufigen Tendenzen der Globalisierung einerseits und einer Fragmentierung der Weltpolitik andererseits. Schlüsselworte dieser „Ambivalenz“ der weltweiten Entwicklung sind

1. Globalisierung, d.h. zunehmende weltweite Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit, sozialökonomische Interdependenz, Integrationstendenzen und supranationale Regionalisierung, z.B. ASEAN, NAFTA, usw.
2. Fragmentierung, d.h. Zerfall und Zersplitterung von Staaten, Verlust an Geborgenheit und „Nestwärme“ als Folge einer für viele Menschen nicht mehr verständlichen Dynamik und Komplexität der Entwicklung, Sorge um Identitätsverlust und Suche nach ethnischer Identität, Abgrenzung und Ausgrenzung durch ethnische Konflikte, Fundamentalismus, intranationale Regionalisierung, usw.

In seiner gedankenreichen Publikation „Europa imaginieren“ hat Peter Koslowski die Aufgabe der europäischen Politik darin gesehen, das Wohl der Völker Europas, das europäische Gemeinwohl zu fördern.

„Es geht um die Verständigung und Konsensbildung zwischen den europäischen Nationen über das, was das Wohl Europas ist, und um die Erkenntnis der Bedingungen, unter denen das Gemeinwohl Europas gefördert wird.“ (Koslowski)

Die CDU/CSU-Gruppe fühlt sich dieser Aufgabe verpflichtet. Wir wissen aber, daß die europäische Integration heute eine weltpolitische Bedeutung hat. Die vitalen Wünsche unserer Bürger können nur dann bestmöglich erfüllt und die weltweiten Gefährdungen können nur dann überwunden werden, wenn es gelingt, die gegenläufigen Tendenzen der Globalisierung und Fragmentierung miteinander vereinbar, d.h. kompatibel zu machen. Erforderlich sind hier praktikable Institutionen, die auf den Bauprinzipien der Europäischen Gemeinschaft – den Grundsätzen der Subsidiarität und Solidarität – aufbauen. Die Europäische Gemeinschaft – als ein Modell für das friedliche Zusammenleben von Völkern – hat (auch aus diesem Grund) eine weltpolitische Verantwortung. Die CDU/CSU-Gruppe hat somit die begründete Überzeugung, daß unsere Arbeit für die europäische Integration in voller Übereinstimmung mit den regionalen und globalen Erfordernissen steht.

Aus Chaos Ordnung schaffen!

Von erheblichem Einfluß auf die weltweiten Integrationstendenzen ist die Erkenntnis, daß die menscheitsbedrohenden Gefahren nur noch durch eine funktionsfähige Zusammenarbeit der Staaten und supranationalen Gemeinschaften gebannt werden können. In einer Zusammenfassung 1992 wurden „sieben Plagen der Menschheit“ benannt:

1. Bürgerkriege und Menschenrechtsverletzungen in allen Kontinenten
2. Hungersnöte in den Entwicklungsländern
3. Weltweiter Drogenhandel
4. International organisiertes Verbrechen
5. Globale Umweltzerstörung
6. Überbevölkerung und Massenmigration
7. Globale Epidemien.

Die Zersplitterung der Weltpolitik und die anarchistische Struktur der internationalen Staatenwelt behindern und verhindern die Lösung existentieller Probleme der Erde. Die Frage nach der neuen Weltordnung wird gestellt, aber noch nicht beantwortet. Es gilt, aus Chaos Ordnung zu schaffen. Rupert Riedl definiert: „Ordnung ist Gesetz mal Anwendung“. Aber : Wer macht die Gesetze und wer sorgt für deren Anwendung? Da in absehbarer Zukunft weder ein Weltparlament noch eine Weltregierung bestehen werden, sind es supranationale Zusammenschlüsse von Staaten, die Beiträge zur Bändigung globaler Anarchie leisten können. Die Europäische Gemeinschaft als Stabilitätsanker und als die entscheidende gestalterische Kraft einer neuen Ordnung in Europa kann wesentliche Beiträge zur Lösung globaler Probleme erbringen, wenn es ihr gelingt, ihre gegenwärtigen Krisen zu meistern und in eine neue Dynamik der Integration einmünden zu lassen.

Für die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments ergeben sich die wichtigen europapolitischen Aufgaben aus den Ursachen der gegenwärtigen Krisen. Dabei sind zu unterscheiden:

1. die Bewußtseinskrise, d.h. auch: Defizite an europäischer Information, Kommunikation und Motivation,
2. die Politikkrise, d.h. auch: Defizite an europäischer Entscheidungs-, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit,
3. die Legitimitätskrise, d.h. auch: Defizite an Kompetenzbegründung und Kompetenz-Kompetenz (d.h. wer bestimmt, wer was tut?)

Da die Kehrseite jeder Krise die Chance ist, haben sich die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments bemüht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Chancen zu nützen und Defizite abzubauen. In der gegenwärtigen Situation des Umbruchs und der Unsicherheit heißt eine schwierige Aufgabe der Europäischen Einigungspolitik: Nicht das Populäre notwendig, sondern das Notwendige populär machen!

Die vor uns liegenden Wahlkämpfe und politischen Auseinandersetzungen geben uns Gelegenheit, in diesem Sinne mit neuen Möglichkeiten tätig zu werden. Die Bilanz unserer Impulse und Initiativen für das europäische Gemeinwohl und damit nicht zuletzt für unsere Mitbürger in Deutschland kann sich sehen lassen.

Aktivitäten der CDU/CSU-Gruppe des Europäischen Parlaments: Hilfe und praktizierte Solidarität

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments hat sich im Berichtszeitraum intensiv und initiativ bemüht, den Anforderungen gerecht zu

werden, die von innen und von außen an uns gerichtet werden. Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe haben in den interparlamentarischen Delegationen und gemischten parlamentarischen Ausschüssen für die Schaffung und Verbesserung der gesamteuropäischen Information und Kommunikation gearbeitet. In einigen Gebieten in Ost- und Südosteuropa, z.B. im Bereich des früheren Jugoslawien, haben sich Abgeordnete der CDU/CSU mit großem und manchmal auch gefährlichem persönlichen Einsatz für humanitäre Hilfe und für die Linderung der Not der betroffenen und leidenden Bevölkerung eingesetzt. Der Kampf für die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte wurde mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen fortgesetzt.

Die Hilfen der Europäischen Gemeinschaft für die fünf neuen deutschen Bundesländer konnten – nicht zuletzt dank des erfolgreichen Engagements der CDU/CSU-Abgeordneten und der CDU-Beobachter (Assoziierte Abgeordnete) – erheblich verbessert und erweitert werden.

Sicherheit als europäische Aufgabe

Europa ist keine Insel der Seligen, sondern Teil einer unruhigen und krisengeschüttelten Welt. Die CDU/CSU-Abgeordneten nehmen die Warnungen der Sachkenner vor den akuten und zukünftigen Gefährdungen der Sicherheit Europas sehr ernst. Aus der Sicht des Historikers schreibt Michael Stürmer: „Die Welt ist aus den Fugen ... So wie die Französische Revolution drei Jahrzehnte der Kriege und Krisen einleitete, so werden Niedergang und Sturz der Sowjetmacht auf lange Zeit die welthistorischen Bewegungen vorantreiben. Die sowjetische Erbfolge wird sich vermischen mit den anderen, neu aufsteigenden Gefahrendimensionen: dem islamischen Krisenbogen, der Waffenproliferation, den neuen Völkerwanderungen.“

Unter Beachtung dieser potentiellen Gefahren für Europa hat die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament am 09.03.1993 einstimmig eine Resolution beschlossen, in der es u.a. heißt: „Die Bewahrung von Frieden und Freiheit ist Kern einer gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Eine weitere vorrangige Aufgabe einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist eine 'vorsorgende Sicherheitspolitik' als Instrument für die politische und wirtschaftliche Entwicklung sowohl Mittel- und Osteuropas als auch der Staaten der Dritten Welt.“

Unbestreitbar ist: Frieden, Freiheit und Sicherheit in ganz Europa sind mit den bisherigen Mitteln und Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft auf Dauer nicht zu sichern. Da die EG als Ordnungsmacht im evolutionären und revolutionären Europa der 90er Jahre aber unverzichtbar ist – wer sonst sollte diese Aufgabe übernehmen? –, ist der schnelle Ausbau einer handlungsfähigen politischen Union eine historische Notwendigkeit. Wenn der Gang der Geschichte sich beschleunigt, muß die institutionelle Entwicklung einer Gemeinschaft mit den wachsenden Erfordernissen synchronisiert werden. Wenn die Mittel und Methoden für die Lösung der Probleme von heute erst übermorgen zur Verfügung stehen, werden Verspätung und Verzögerung zur Gefährdung von Frieden, Freiheit und Sicherheit der Europäer.

Dies gilt auch und besonders für den Bereich der inneren Sicherheit. Mit Fug und Recht schreibt Martina Fietz in einem Kommentar zum Thema: „Scheitert Schengen?“:

„Die zunehmend international operierenden Verbrecherorganisationen profitieren von den Verzögerungen – im gleichen Maße übrigens, wie ihnen der lähmende Streit um den Sitz der europäischen Polizei Europol zugute kommt.“

Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich vehement und mit einer Vielzahl von Initiativen für die grundlegende Verbesserung der inneren Sicherheit ein, die zur Kernaufgabe der Europäischen Gemeinschaft werden muß. Nach unserer Auffassung ist die Schaffung einer Europol-Drogeneinheit im Juni 1993 nur ein erster Schritt in die richtige Richtung, der die Errichtung des Europäischen Polizeiamtes (Europol) und folgerichtig einer „Euroanwaltschaft“ unverzüglich folgen muß.

Integration und Zukunftssicherung

Die CDU/CSU-Gruppe ist sich bewußt, daß eine erfolversprechende Lösung der großen Probleme in Europa und in anderen Kontinenten um so eher möglich ist, je besser die Entscheidungs-, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft ist. Europäische Integration ist somit eine entscheidende Voraussetzung der Zukunftssicherung.

Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich für die zügige Realisierung des Vertrages von Maastricht ein, weil die Erfordernisse von morgen wichtiger sind als die Gegebenheiten von gestern. Unser aufrichtiger Dank und unsere unermüdliche Unterstützung gelten unserem Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, der als Integrator und dynamische Antriebskraft der europäischen Einigung für Deutschlands Zukunft in Europa arbeitet und im Europäischen Parlament höchste Achtung und Anerkennung erfährt. Sein Wort: „Nicht im Gestern und Gegeneinander, sondern im Morgen und Miteinander liegen unsere Chancen!“ ist richtungsweisend für die Arbeit der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament.

Die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe haben in den vergangenen Monaten in allen Fachausschüssen und Arbeitsgruppen des Europäischen Parlaments mit Ideen und Energie für die Umsetzung der aus dem Vertrag von Maastricht resultierenden Möglichkeiten und Erfordernisse gearbeitet. Unsere Aufgabe besteht darin, die große potentielle Kraft der Europäischen Gemeinschaft zu aktivieren. Hierzu gehören nicht zuletzt

1. die selbstkritische Überprüfung der Effektivität der EG-Institutionen („Tun wir die richtigen Dinge?“)
2. die Steigerung der Effizienz unserer Aufgabenerfüllung („Tun wir die Dinge richtig?“)
3. die grundlegende Verbesserung der europäischen Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten („Sind wir sozialökonomisch für morgen gerüstet?“).

Da das Europa des 21. Jahrhunderts weder Paradies noch Schlaraffenland sein wird und der Wettbewerb mit den dynamischen asiatischen Volkswirtschaften nicht einfacher, sondern schwieriger werden wird, sind Leistungen und hohe Arbeitsergiebigkeit unverzichtbar, wenn die zentralen Aufgaben gesamteuropäischer Politik gelöst und die damit verbundenen Ausgaben finanziert werden sollen.

Unter diesen Aspekten europäischer Zukunftssicherung sind 1993/94 folgende Wirkkräfte der EG und ihres Integrationsprozesses von erheblicher Bedeutung:

1. die Vollendung und Nutzung des Binnenmarktes, auch als Fitneßstudio für die weltweite Wettbewerbsfähigkeit,
2. die Umsetzung der Beschlüsse des erfolgreichen EG-Gipfels von Edinburgh (Dezember 1992),
3. die Realisierung des Vertrages von Maastricht,
4. die Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 1994,

5. die deutsche EG-Ratspräsidentschaft in der 2. Jahreshälfte 1994,
6. die zügigen Beitrittsverhandlungen mit den EFTA-Staaten mit dem Ziel, die Erweiterung der EG um diese Länder bis spätestens 1999 abzuschließen,
7. die Vorbereitung der EG-Regierungskonferenz 1996, die weitere institutionelle Fortschritte der europäischen Integration und eine existentielle notwendige Verbesserung der europäischen Handlungsfähigkeit zum Ziel hat.

Diese Wirkkräfte und Stufen der europäischen Einigung in Frieden und Freiheit sind Bausteine der Zukunftssicherung für alle Europäer. Aus Einsicht in diese Notwendigkeit arbeitet die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament für eine stabile und neue Ordnung in Europa, in der die politischen Aktivitäten der Europäer in Freiheit koordiniert und die Ergebnisse ihrer Arbeit optimiert werden können. Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands als Europapartei aller Deutschen unter der Führung des deutschen Bundeskanzlers und europäischen Integrators Helmut Kohl trägt hier eine historische Verantwortung.

FOREN

Zusätzlich zur Tagesordnung fanden am Montag, dem 13. September 1993, vier Foren statt, aus denen hier die Einführungsreferate sowie die jeweils ersten Diskussionsbeiträge der Podiumsteilnehmer wiedergegeben werden.

Forum 1

Zu Toleranz und Verantwortung erziehen

Vors. Dr. Norbert Lammert: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie im Forum 1 dieses Parteitages sehr herzlich begrüßen und bedanke mich zu Beginn bei Ihnen dafür, daß Sie der Versuchung widerstanden haben, die Zeit zwischen dem Ende der Plenarberatungen des heutigen Tages und dem Beginn des Berliner Abends, mit dessen Unterhaltungswert wir hier nur mühsam werden konkurrieren können, durch zwischenzeitliches Aufsuchen des Hotels zu überbrücken, und sich statt dessen mit uns gemeinsam einem sicher aktuellen und zugleich schwierigen Thema widmen wollen.

Bevor ich zu diesem Thema einige wenige Stichworte anspreche, darf ich Ihnen vorab sagen, wie wir uns den Ablauf dieser Veranstaltung gedacht haben. Wir wollen gegen 20.30 Uhr zum Schluß kommen, damit jeder, ohne sich hetzen lassen zu müssen, pünktlich drüben beim Berliner Abend sein kann. Wenn wir den Eindruck haben, daß wir die Diskussion noch früher schließen können, steht dem durch diese Art von Vorankündigung nichts im Wege.

Die zweite für Sie sicher wichtige technische Bemerkung ist die, daß wir miteinander übereingekommen sind, hier keine Podiumsdiskussion zu führen. Wir wollen vielmehr zunächst die Statements der Podiumsteilnehmer hören, die ich Ihnen nachher - jeweils vor Beginn des Statements des Betreffenden - vorstellen möchte. Unmittelbar anschließend wollen wir ins Gespräch mit dem Auditorium kommen; das heißt, unmittelbar danach ist die Diskussion für jedermann eröffnet.

Es liegen inzwischen Wortmeldezettel auf den Tischen. Meine Damen und Herren, Sie sollten beabsichtigte Wortmeldungen mit Hilfe dieser Zettel zum Ausdruck bringen und dabei möglichst auch deutlich machen, zu welchem Thema Sie sprechen möchten bzw. ob und, wenn ja, von welchem Podiumsteilnehmer Sie möglicherweise eine Stellungnahme oder eine Antwort auf Ihren Diskussionsbeitrag erwarten.

Es ist natürlich kein Zufall, daß sich der Bundesparteitag zum erstenmal seit vielen Jahren wieder mit Bildungspolitik beschäftigt, und es ist auch kein Zufall, daß wir uns in diesem Forum mit dem Thema „Zu Toleranz und Verantwortung erziehen“ befassen wollen und wohl auch befassen müssen. Denn es gibt Grund zu der Vermutung, daß alle drei Sachverhalte, die als Stichworte im Titel des Forums angesprochen sind, nicht mehr als Selbstverständlichkeiten und als selbstverständlich verfügbare Orientierungen in dieser Gesellschaft unterstellt werden dürfen, weder Toleranz noch Verantwortung und vielleicht auch nicht mehr Erziehung. Darüber, ob und in welchem Umfang ein solcher Befund zutrifft, wollen wir uns hier mit ausgewiesenen Fachleuten aus der Praxis und aus der Politik unterhalten. Ich möchte zu Beginn einige wenige Stichworte nennen.

Die Schule ist ganz sicher keine gewalttätige Einrichtung, aber es gibt leider inzwischen ein beachtliches und auch erschreckendes Ausmaß an Gewalt auch in der Schule, in einem Gesellschaftsbereich, in dem man diese Form von Umgang miteinander eigentlich besonders sorgfältig vermeiden möchte und auch vermieden sehen möchte.

An Deutschlands Schulen entsteht gegenwärtig jährlich ein Schaden an Mobiliar und Gebäuden durch Zerstörungen in einer Größenordnung von durchschnittlich etwa 200 Millionen DM. Nach Auskunft des Unfallversicherungsverbandes werden 40 % aller körperlichen Verletzungen an Schulen durch aggressive Auseinandersetzungen

verursacht. In einem solchen - natürlich immer schwierigen - statistischen Befund sind selbstredend seelische Verletzungen nicht erfaßt und nicht mitgerechnet, die im Zweifel mindestens ebenso wichtig für unser Thema sind.

Die jüngeren Jahrgänge zeigen keine geringere, in manchen Fällen eher eine ausgeprägtere Aggressionsbereitschaft als die älteren. Es sieht nicht so aus, als handelte es sich hier um ein sich auswachsendes Phänomen; manches spricht dafür, daß es ein sich aufbauendes, ein stärker werdendes Phänomen ist. Das Grundrecht auf körperliche und seelische Unversehrtheit scheint heute an den Schulen mehr gefährdet als in manchen anderen Gesellschaftsbereichen.

Die inzwischen breite öffentliche Forderung nach einer großen Offensive für eine wertorientierte Erziehung steht in engem Zusammenhang insbesondere mit den beunruhigenden Tendenzen wachsender Jugendgewalt und Fremdenfeindlichkeit. Sie ist ohne sorgfältige Aufarbeitung der ihnen zugrunde liegenden Ursachen nicht überzeugend einzulösen. Über solche Ursachen wollen wir miteinander reden, und wir sollten dabei gleichzeitig das im Hinterkopf behalten, was vor wenigen Tagen der Berliner Schriftsteller Peter Schneider in einem fulminanten Aufsatz in einer großen deutschen Tageszeitung als zusätzliches Problem angemerkt hat, daß nämlich gelegentlich - ich gebe es jetzt mit meinen Worten wieder - der Eindruck nicht von der Hand zu weisen ist, daß die sorgfältige Suche nach Ursachen gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und persönlicher Verirrungen an die Stelle der Entschlossenheit tritt, diesen entgegenzutreten. Dies ist deswegen nicht akzeptabel, weil bestimmte Entwicklungen unabhängig davon, ob es für sie Erklärungen gibt, so oder so nicht hingenommen werden dürfen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns der bitteren Einsicht stellen, daß in Deutschland nicht nur die Gewaltbereitschaft, sondern auch das Ausmaß tatsächlich ausgeübter Gewalt gestiegen ist. Dies ist auch, aber keineswegs nur ein Jugendproblem. Unsere Gesellschaft ist im ganzen brutaler, jedenfalls in mancherlei Beziehung rücksichtsloser geworden.

Eine grundlegende Betrachtung kann nicht umhin, die Frage nach der Vermittlung von Werten und Normen unserer Gesellschaft auf dem Hintergrund der gründlich veränderten Sozialisationsbedingungen zu stellen und zu beantworten. Dabei ist nach dem veränderten Einfluß und Gewicht der Familien, der Schulen und natürlich auch der Medien zu fragen.

Falls Elternhaus und Schule je so etwas wie ein Monopol auf Sinnstiftung und Sinndeutung der Welt besessen haben sollten, so haben sie es jedenfalls weitgehend an die modernen Medien verloren. Der durchschnittliche Zeitaufwand für Medienkonsum liegt deutlich höher als der Zeitaufwand für schulische Aufgaben und liegt deprimierend deutlich über der Zeit für Lesen. Die Drei- bis Sechsjährigen, die bei uns durchschnittlich fünf bis sechs Stunden in der Woche vor dem Fernseher verbringen, haben bereits rund 1 200 Stunden „Fernseherfahrung“ hinter sich, bevor sie in die Schule kommen. Man hat für die 13jährigen im Durchschnitt insgesamt rund 5 500 Stunden Fernsehzeit errechnet, denen rund 3 000 Stunden Hausaufgaben und 300 Stunden Lesen gegenüberstehen. In den USA verbringt heute ein Jugendlicher im Durchschnitt 15 000 Stunden vor dem Fernsehschirm, also fast zwei volle Jahre.

Daß dies für den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule sowohl in sachlicher wie in normativer Hinsicht gewaltige Folgen hat, liegt auf der Hand. Die Schule kann kaum noch etwas zeigen, was die Schüler im Fernsehen nicht längst eindrucksvoller oder zumindest spektakulärer gesehen haben. Die Lehrer können den Wettbewerb mit dem Unterhaltungswert von Fernsehsendungen schwerlich bestehen. Der Demon-

strationscharakter gut gemachter Fernsehsendungen etwa auch zu Fragen der Physik, Chemie, Biologie oder Ökologie ist auch engagierten Unterrichtsbemühungen notwendigerweise weit überlegen. Schulische Bemühungen um eine behutsame und verantwortliche Sexuaufklärung sind vor dem Hintergrund der Kenntnisse - mit und ohne Anführungszeichen -, die Schüler über das Fernsehen mitbekommen, geradezu dem Risiko der Lächerlichkeit ausgesetzt.

Die Verweigerung und schließlich der Verlust allgemein anerkannter Autorität und Autoritäten hat die Gesellschaft offensichtlich weder konfliktfähiger noch humaner gemacht. Die Infragestellung der Autorität des Staates hat auch dessen Monopol legitimer Gewaltanwendung ins Wanken gebracht. Daß sich dies dann auch etwa im schulischen Bereich bemerkbar macht, darf jedenfalls nicht erstaunen.

Es entbehrt weder der Logik noch einer gewissen Komik, daß heute der „Mut zur Erziehung“ zum Teil von den gleichen Leuten reklamiert wird, die noch vor wenigen Jahren eine „repressionsfreie Gesellschaft“ durch eine „emanzipatorische Pädagogik“ erreichen wollten, deren vielleicht einzig verbindliches Prinzip die „antiautoritäre Orientierung“ war und die mit ebenso beachtlichem wie fragwürdigem Erfolg fast jegliche Autorität in Elternhaus, Schule, Politik und Gesellschaft grundsätzlich in Frage gestellt hat.

Heute stellen wir fest, daß unserer Gesellschaft die Tabus weitgehend abhanden gekommen sind - und offensichtlich zugleich die fundamentalen Werte und Regeln, ohne die weder menschliches Zusammenleben noch eine demokratische Ordnung verläßlich und erträglich funktionieren können.

Über diese Zusammenhänge wollen wir uns heute nachmittag miteinander verständigen, und wir können das mit den Damen und Herren auf dem Podium sowohl aus der Perspektive der schulischen Praxis, aus der Sicht von Lehrern und von Eltern, als auch aus der Sicht unmittelbar dafür verantwortlicher Politiker tun. Ich freue mich, daß ich zu Beginn Frau Dr. Kabisch begrüßen darf, die als Oberschulrätin hier in Berlin unmittelbar mit den Fragestellungen, soweit sie die Schule im weitesten Sinne betreffen, befaßt ist und die sich mit diesen Fragestellungen nicht erst aus der Perspektive einer Schulaufsichtsbeamtin, sondern über viele Jahre auch aus der Binnenperspektive einer aktiven Lehrerin befaßt hat. Deswegen darf ich Ihnen, Frau Dr. Kabisch, zu Beginn das Wort erteilen.

(Beifall)

Dr. Eva-Maria Kabisch: Meine Damen und Herren! Für uns geht es heute darum, eine Antwort auf die alltägliche Gewalt unter Jugendlichen und insgesamt in dieser Gesellschaft zu finden. Einer der Gründe und eine der Ursachen, die wir sehr ernst nehmen müssen, ist offenkundig die Verunsicherung im Hinblick auf einen so nicht mehr empfundenen oder auch gar nicht mehr vorhandenen Wertekonsens in weiten Teilen unserer Gesellschaft. Wir müssen uns fragen, welche Möglichkeiten die Erziehung als orientierende Begleitung junger Menschen hierbei bietet. Dazu möchte ich am Anfang einige Anmerkungen machen, nicht etwa zur Verharmlosung, sondern einfach, um angesichts der vielen Horrorszenarien, die wir aus den Medien erhalten, auch einmal das eine oder andere zurechtzurücken.

Die Schule, soweit wir sie hier in Berlin überblicken können - z.B. arbeiten wir sehr eng mit der Polizei zusammen, es gibt außerdem eine AG Gruppengewalt, und wir haben ständig Kontakte mit den Schulleitern -, bietet noch nicht - das sage ich ganz bewußt - das Horrorszenario, das uns die Medien gern suggerieren wollen. Polizeiliche Aussagen belegen, daß Gewaltvorkommnisse noch kein zentrales innerschulisches Problem sind. Die eigentlich spektakulären Ereignisse, vor allen Dingen Banden- und

Gruppendelikte, geschehen vielfach außerhalb. Deshalb ist es wichtig, daß wir nicht nur den Schulvormittag betrachten, sondern wissen, daß dies in die gesamtgesellschaftliche Situation hineingestellt werden muß.

Nach Aussagen der Polizei liegen in dieser Stadt delinquente Vorfälle an den Schulen bei 5 bis 10 % des Gesamtbestandes. Die von der Polizei erfaßten Meldungen für den Zeitraum des ersten Halbjahres 1992 sprechen von 189 Vorfällen; im ersten Halbjahr 1993 sind es 239 Vorfälle gewesen. Die Dunkelziffer ist hoch, aber immerhin beziehen sich diese Angaben auf ca. 370 000 Schüler in dieser Stadt. Die Schule ist demnach immer noch - so drückt es die Polizei in dieser Stadt selbst aus - ein Ort verhältnismäßig funktionierender Sozialisation.

Trotzdem ist dies kein Grund zur Verharmlosung. Es gibt insgesamt Anlaß zu großer Sorge. Die vorsorgliche Bewaffnung nimmt zu. Dazu gehören Mädchen, die sich zunehmend mit Spraydosen und anderem bewaffnen; dazu gehören auch und mit vehementer Begründung ausländische Schüler, die beispielsweise ihre Schwestern in der Schule schützen wollen. Die Gewalttendenz ist zunehmend; die Zahl der Körperverletzungen und der Sachbeschädigungen steigt an. Die Hemmschwelle zur Aggressivität ist gesunken, und auch verbale und körperliche Ausgrenzungs- und Diffamierungsattacken werden häufiger. Dabei sind die neuralgischen Stellen der Aggressivität der Schulweg vor, aber vor allem nach der Schule, die Pausen, die Situation kurz vor und kurz nach dem jeweiligen Unterricht.

Es gibt hierbei noch ein nicht geklärtes Problem - Herr Dr. Lammert hat vorhin indirekt darauf angespielt -, nämlich die Definition des Begriffs Gewalt in der Schule. Das hat ja auch Auswirkungen auf die Meldepflicht und auf Zahlen und faßbares Material überhaupt. Dieser Begriff ist nach allgemeiner juristischer, pädagogischer und sozialpsychologischer Ansicht mit den bisherigen strafrechtlichen Kategorien nicht differenziert genug erfaßbar; denn es gibt eben Schädigungen und Attacken, die in dem sensiblen Alter zwischen 10 und 15 Jahren bzw. kurz darunter oder darüber ganz andere Folgen haben als ein Faustschlag.

Vor welchem Dilemma wir stehen, macht ein Auszug aus einer Zuschrift eines Berliner Lehrers deutlich. Ich zitiere:

Schule ist eine der letzten Erziehungsinstanzen, in denen junge Menschen einigermaßen systematisch sozialisiert werden. Die kirchlich-religiöse Bindung Jugendlicher ist fast bis zur Bedeutungslosigkeit geschwunden. Damit fielen auch Werte über Bord wie Nächstenliebe, Opferbereitschaft, Achtung vor dem Mitmenschen. Gleichzeitig hat das Elternhaus in weiten Kreisen der Bevölkerung die prägende Kraft verloren. Medial vermittelte Ideale sind viel mächtiger als die oft hilflosen Appelle der Eltern.

Das Verhaltensmodell Schule ist demnach offenbar nach den zunehmenden Verunsicherungen der primären Verhaltensmodelle Familie immer noch ein Ort, an dem etwas zu machen, möglicherweise etwas zu verändern ist. Dann muß dieser Ort - das sage ich als ehemals leidenschaftliche Lehrerin - aber auch von der Gesellschaft und der Politik ganz ernstgenommen werden und darf nicht einerseits als Sündenbock diffamiert werden - das ist sehr leicht - und zum anderen mit der anderen Hand als Reparaturbetrieb in Anspruch genommen und dann völlig überfordert werden. Wir müssen wissen, was wir von der Schule erwarten können, und dürfen nicht gleichzeitig denen, die in der Schule arbeiten - die Schule, das sind Menschen -, ihre Würde und auch ihre Möglichkeiten streitig machen.

Zu dem, was vielleicht bedacht werden sollte, einige Thesen als Anregung:

Erstens. Menschen, die in der Schule arbeiten und in ihr auch etwas bewirken wollen, können ihrer Aufgabe ebenso wie die verunsicherten Eltern nur gerecht werden, wenn sie von einem gesamtgesellschaftlichen Einverständnis über Inhalt, Bedeutung und Notwendigkeit eines Erziehungsauftrages überhaupt getragen werden. Das heißt - und darüber werden Sie ja auf diesem Parteitag auch sprechen -, daß die Medien unmittelbar mitverantwortlich sind. Es heißt aber vor allem, daß es deutliche Signale der Politik geben muß, und zwar nicht nur als Alibis, sondern als Zeichen eines ernsthaften und vordringlichen Herangehens an die Fragen und Probleme von Schule, Erziehung und Bildungspolitik insgesamt.

Meine Damen und Herren, in den Schulen sitzen die Staatsbürger, die irgendwann Steuern zahlen sollen, die die Wirtschaft aufrechterhalten sollen, die die Werte dieser Gesellschaft, den Zusammenhalt dieser Gesellschaft weiter leben sollen. Hier eigentlich ist der Knackpunkt, um den wir uns sofort und ganz engagiert zu kümmern haben.

Wir müssen also diejenigen, die diese Erziehungsarbeit versuchen, nachdrücklich unterstützen. Ich meine eine Erziehungsarbeit, die in jedem Fach, in jeder Unterrichtsstunde, eigentlich in jeder kritischen Situation, in der man mit jungen Menschen zu tun hat, als aktives Eintreten für unsere Grundwerte zu verstehen ist, um damit eine zwar vorhandene, aber offenbar in diesen Jahren abhanden gekommene demokratische Wehrhaftigkeit auch wirklich umzusetzen. Ich denke, wir haben etwas zu schützen, und darauf sollten wir uns wieder stärker besinnen.

Zweitens. Solche Fragen sollten nicht wieder allein in die vermeintlich dafür zuständigen Fächer abgeschoben werden. Das tun wir ja gerne: In der politischen Weltkunde wird der gute Staatsbürger erzogen, in Ethik der „gute Mensch von Sezuan“, und so geht das immer weiter. Das eine hat dann in dieser additiven, atomisierten Menschenbildfunktion nichts mit anderen zu tun; wir haben vorhin darüber gesprochen.

Wir brauchen so etwas wie einen ethischen Orientierungsrahmen für alle Fächer, und zwar entsprechend den Grundwerten unserer Verfassung. Wir in Berlin sind dabei, dies zu erarbeiten - als Verstärkung des Art. 1 unseres Schulgesetzes.

Es geht um eine von jedem in Familie und Erziehung, in Ausbildung und Schule Verantwortlichen in jeder Situation unabhängig vom Unterrichtsgegenstand tagtäglich zu vermittelnde Haltung. Das muß der Sportlehrer so tun wie der Biologielehrer, die Musiklehrerin genauso wie der Mathematiklehrer. Es ist eine Haltung gegenseitiger Akzeptanz, die sich vor allem dadurch zeigt: präsent sein, nicht weggucken oder weghören, auch nicht in heiklen Situationen, durch Mut zur verantwortlichen und deutlichen Markierung dessen, was nicht geht, was die Grenzen des anständigen Umgangs miteinander in dieser Gesellschaft überschreitet; also: Maßstäbe setzen, und dafür ist jeder zuständig, nicht der einzelne Fachlehrer allein.

Drittens. Voraussetzung für die einzelne Schule ist ein Grundkonsens aller am Schulleben Beteiligten in der Reaktion auf bestimmte Verhaltensweisen. So etwas muß in Konferenzen thematisiert werden. Wie gehen wir mit bestimmten kritischen Situationen, mit Gewaltsituationen in der Schule um? Es darf nicht sein, daß nachher der eine gegen den anderen ausgespielt werden kann, wodurch insgesamt wieder Verunsicherung eintritt.

In diesem Grundkonsens müßte man sich auch wieder auf die verstärkte Durchsetzung oder vielleicht sogar überhaupt auf das Wiedereinüben unverzichtbarer Regeln

für ein gemeinschaftliches Leben und Arbeiten einigen. Wenn eben einer ständig zu spät kommt, wenn eben einer seine Dinge nicht dabei hat, dann ist das im Grunde ein Angriff auf die Würde aller anderen, die doch gemeinsam mit ihm arbeiten wollen. Dieser gemeinsame Konsens muß gesichert sein, d. h. er muß eine Rückendeckung durch alle Kollegen und auch durch die Schulleitung und natürlich auch durch die Schulaufsicht erhalten.

Viertens. Wir als Lehrer, als Erziehende, als erwachsene Begleiter der jungen Menschen, müssen wohl auch wieder lernen, diese Rolle, diese Verantwortung entschiedener als bisher anzunehmen, und wir müssen uns in aller Behutsamkeit und Differenzierung mit ihr identifizieren. Ich meine im Klartext: Junge Menschen haben einen Anspruch darauf, daß wir mehr und anderes wissen als sie, daß wir mehr und andere Erfahrungen haben und daß wir auch den Mut zu ehrlich begründeter Kritik und entsprechender Anerkennung haben. Schülern ist sehr viel mehr damit gedient, daß sie sich auf eine 2, die wir geben, auf ein „gut“, das wir sagen, verlassen können, daß dies also etwas ist, das sozusagen eine Begründung hat, das nicht nur gegeben wird, um einem Konflikt aus dem Wege zu gehen oder dergleichen. Sie haben einen Anspruch darauf, daß wir ihnen unser Wissen und unsere Erfahrung zur Verfügung stellen, nicht als Rezept, sondern als gelebtes Orientierungsangebot. Sie haben ein Recht auf unsere liebevolle Zuwendung, was Vertrauen, Bindung, Phantasie und Kreativität ermöglicht, aber, wo nötig, auch einen Anspruch auf unseren qualifizierten Widerstand - also, wie man sagt, auf Förderung und Forderung.

Dabei ist gerade beim Aufbau von Achtung und Respekt zwischen Jugendlichen und Erwachsenen das Einhalten der Generationsgrenze, wie Leggewie gesagt hat, von besonderer Bedeutung. Offenbar hat die Verwischung durch Kumpanei und vermeintliche Annäherung bei den Jugendlichen gar nicht den Effekt gehabt, den man sich erhofft hat. Junge Menschen haben ein feines Gespür für falsche Töne und spüren Anbiederung sehr schnell. Die „solidarische Dauerpubertät“ von 40jährigen geht ihnen auf die Nerven.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie brauchen Menschen, die versuchen, sie zu verstehen. Sie brauchen übrigens - das ganz nebenbei - auch wieder sehr viel mehr junge Lehrer.

(Beifall)

Sie brauchen Menschen, die sie verstehen, deren Urteil und Rat sie schätzen und deren behutsame Hilfe sie ohne Angst vor Vereinnahmung annehmen können. Sie haben von uns zu erwarten, daß wir diese Gratwanderung zwischen persönlicher Nähe und notwendiger Distanz auch bewußt beherrschen.

Fünftens. Besonders wichtig ist die durch den einzelnen Lehrer in seinen 45 Minuten Unterricht hergestellte und garantierte klare Rahmenbedingung einer angemessenen Arbeitsatmosphäre - lebendig, anregend, konzentriert und angstfrei -, in der Schüler lernen, Zeit sinnvoll zu nutzen, und das zuverlässige Einhalten von Regeln in diesem Unterricht, das eben auch Sicherheit und Schutz für den einzelnen bietet, übrigens gerade auch für den Schwächeren in dieser Gruppe. Der richtige gemeinsame Anfang einer Unterrichtsstunde und der gemeinsame Abschluß, die klaren methodischen Arbeitshilfen lassen oft mehr Freiräume für phantasievolle Selbstverantwortung in einem Unterricht möglich werden als die Unverbindlichkeit des „vielleicht irgendwie einmal ein bißchen etwas arbeiten“.

Im Rahmen einer verbindlich an gegenseitiger Achtung orientierten Unterrichtsarbeit ist der, der den anderen nicht ausreden läßt, der sich sprachlich oder inhaltlich in

unangemessener Weise äußert, der z.B. von „Bullen“ oder „jemanden aufklatschen“ spricht, der den anderen auslacht, wegen seines Äußeren madig macht, beleidigt, verletzt, der sich insgesamt für das gemeinsame Arbeitsklima abträglich verhält, ebenso entschieden zurückzuweisen wie derjenige, der diffamierende politische Parolen verbreitet.

Sechstens. Jedes Nichtsehen oder Nichtzurückweisen von verbaler oder körperlicher Gewalt - darüber müssen wir uns im klaren sein -, jedes Nichtzurückweisen von Unangemessenheit und von Verletzungen notwendiger Regeln im Unterricht ist, wenn wir es nicht sofort tun, bereits ein Zurückweichen; damit geben wir Räume frei, wir legitimieren durch Nichtstun. Das kann sogar als stillschweigendes Einverständnis mißverstanden werden.

Dazu gehört auch die Selbstkontrolle. Wir müssen uns wieder dessen bewußt werden, daß in der Schule die Jugendlichen den Staat und die diese Gesellschaft repräsentierenden Verhaltensweisen hautnah an uns erleben und deren Wertigkeit an uns selbst beobachten und ablesen. Wir sind die ersten Repräsentanten, die sie erleben, und sie nehmen uns ab und zu auch beim Wort und sind tief enttäuscht.

Darum gehört zur notwendigen demokratischen Vorbildfunktion der Erziehenden auch das Verhalten der am Schulleben Beteiligten, z.B. das der Lehrer untereinander und im Umgang mit Eltern und Schülern, natürlich auch der Umgang von Schulaufsicht mit Lehrern usw.

Ein ganz wichtiges Kapitel ist die Lehrersprache: Unüberlegtheit, unangemessene Kumpanei, unterschwellige Diskriminierung usw. Wesentlich ist die verantwortliche Kontrolle der Tragweite der eigenen Meinungsäußerungen zu aktuellen Problemen vor einer Klasse; dazu gehört viel Selbstdisziplin. Wichtig ist das Bewußtmachen übertragbarer Krisenbewältigungsmuster; Schüler sehen sehr genau hin, wie der Lehrer mit einer entstandenen kritischen Situation umgeht, was er dazu sagt, wie er versucht, zu einem Konsens zu kommen, usw.

Wir können auch ein Beispiel sein für das persönlich engagierte Eintreten für etwas – argumentativ und überzeugend –, also nicht immer nur gegen etwas. Wir sollten also mit unseren jungen Menschen die Achtung vor und das angemessene Umgehen mit Begrenzungen sowie die Klarheit und Verbindlichkeit der gemeinsamen Sprache wieder neu lernen. Wenn es um den Konsens mit einem Gegner geht, dann sollten wir auch sagen, es sei ein Gegner und kein Feind. Weiter: Mut zur persönlichen Verantwortung und Entscheidung und auch eine Neubesinnung auf die berühmten alten Tugenden der Verlässlichkeit und des Einhaltens von Formen und Regeln. Ich denke, die Tatsache, daß sie mißbrauchbar sind, hindert nicht daran, sie in einem neuen demokratischen Bewußtsein möglicherweise als soziale Grundwerte zu erkennen.

Auch müssen wir unseren jungen Leuten wieder den Blick für Zusammenhänge und Vernetzungen im kulturellen Bereich geben. Erst wenn sie wieder etwas über die eigene Kulturgeschichte wissen, wissen sie auch, warum sich beispielsweise der Muslim an bestimmte Regeln hält, warum ein jüdischer Friedhof so aussieht, wie er aussieht. All diese Aspekte gehören auch zu den Tabus oder Ritualen, von denen Sie vorhin gesprochen haben.

Fazit: Von uns Erziehenden wird wieder eine neue Akzeptanz von Autorität erwartet: Sachautorität und menschliche Wärme, soziale Kompetenz und persönliche Glaubwürdigkeit. Viele Jugendliche fühlen sich im Stich gelassen, und dem müssen wir eben nicht mit dieser Gummiiwandpädagogik begegnen, sondern damit, daß wir zur Verfügung stehen, daß wir sie ernst nehmen und daß wir auch Zivilcourage in der

entschiedenen begründeten Abwehr inhumaner, undemokratischer Haltungen – die übrigens in den vermeintlich kleinen und harmlosen Dingen des Alltags beginnen – zeigen.

Ein Letztes: Ich denke, wir sollten unseren jungen Menschen und auch uns selbst wieder einmal den eigentlichen Sinn des Wortes „Toleranz“ nahebringen. Tolerant ist ja nicht der, dem alles egal ist; Toleranz ist ja nicht Gleichgültigkeit, sondern setzt eigene Standortbestimmung voraus. Wir müssen uns alle miteinander wieder vor Augen halten, daß eigentlich tolerant nur der ist, der selbst die Möglichkeit bekommt, aus differenzierter Nachdenklichkeit selbstbewußt und offen zu einer eigenen Position zu finden, und der deshalb, weil er um die Anstrengungen solcher Setzungen weiß, die des anderen anerkennt und respektiert und, wenn nötig, verteidigt.

Dies waren meine – zugegebenermaßen etwas lang geratenen – Thesen, die vielleicht eine Basis für die nächsten Überlegungen sein könnten. – Vielen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall)

Vors. Dr. Norbert Lammert: Vielen Dank, Frau Dr. Kabisch. Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie sich nicht mit einer reinen Beschreibung der Lage zufriedengegeben haben, sondern den Versuch unternommen haben, daraus jedenfalls Ihre Einschätzung notwendiger Schlußfolgerungen und der Anforderungen auch für die Schule und insbesondere für die Lehrer herzuleiten.

Sie haben vorhin, Frau Dr. Kabisch, davon gesprochen, die Lehrer seien die erste Instanz, in denen Kindern der Staat begegnet. Die erste Instanz, mit der Kindern Erziehung und Wertvermittlung – hoffentlich – begegnen, ist die Familie, sind die Eltern. Deswegen ist es sicher vernünftig, wenn wir das Gespräch, das wir miteinander führen wollen, mit genau dieser Perspektive beginnen.

Ich darf Ihnen Frau Glaser vorstellen, die denjenigen von Ihnen, die vor einigen Monaten am bildungspolitischen Kongreß der CDU in Wiesbaden teilgenommen haben, vielleicht schon bekannt ist. Wir freuen uns, daß Sie auch heute auf dem Podium mit uns diskutieren.

Barbara Glaser: Gewalt an Schulen – das hat Frau Dr. Kabisch vorhin schon gesagt – wird in den Medien häufig als Horrorszenario dargestellt. Das wird übertrieben. Dennoch häufen sich in den letzten zwei Jahren die Berichte über zunehmende Gewalt in der Schule. Dieses Thema, meine ich, kann aber nicht isoliert von der gesamtgesellschaftlichen Gewaltdiskussion betrachtet werden. Schule ist Teil und Spiegelbild der Gesellschaft, so daß alle Entwicklungen und Fehlentwicklungen hier ihren Niederschlag finden. Gewaltentstehung ist nur in komplexen Zusammenhängen zu sehen, so daß zu ihrer Bekämpfung ebenso komplexe Handlungsmuster erforderlich sind. Da es keine Patentrezepte gibt, müssen für unterschiedliche Bereiche unterschiedliche Konzepte der Problemlösung gefunden werden. Die meisten Eltern und Lehrer sind sich darüber einig, daß die zunehmende Gewaltbereitschaft mit dem Wertewandel oder, mit meinen Worten, dem Wertennotstand in der Gesellschaft zu tun hat. Ein Hauptansatzpunkt der Prävention wird daher in der Pädagogik liegen müssen. Was getan werden kann, möchte ich an Hand einiger Thesen darstellen.

Eltern sollten gemäß Art. 6 Abs. 2 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“, mehr Zeit und Geduld für ihre Kinder aufbringen. Sie müssen sich der Verantwortung und der Verpflichtung ihren Kindern gegenüber stärker bewußt werden und mehr Mut zu einer konsequenten Erziehung aufbringen. Eltern wie Lehrer sollten Vorbild sein und ihre Autorität verantwortungsvoll einsetzen. Lehrer sollten

verstärkt die Erziehung zu Toleranz, zu Menschlichkeit und Verantwortungsbereitschaft wahrnehmen. Die Schule muß jungen Menschen Orientierungshilfen geben und im Sinne von Werteerziehung Normen vermitteln und dann für deren Einhaltung Verantwortung übernehmen. Die pädagogische Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule muß verstärkt werden. Erziehungsarbeit in der Schule kann weder an den Eltern vorbei noch gegen sie erfolgen. Sie muß als permanente Aufgabe mit dem Ziel wechselseitiger Information, Beratung, Vertrauensbildung, Impulsgebung und Konsensfindung gesehen werden. Die Abdeckung des Fachs Religion muß erheblich verbessert werden. Schüler brauchen in einer immer komplizierter werdenden Welt Hilfen zur Orientierung in ethischen, moralischen und religiösen Fragen. Solche Hilfen zu erbringen ist Aufgabe des Unterrichts in allen Fächern. Einen ganz besonderen Beitrag muß jedoch der Religionsunterricht leisten. Für die Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, heißt das, daß das Fach Ethik oder Philosophie diese Orientierungshilfe geben muß.

Schulleben und Schulklima müssen auf Basis eines Wir-Gefühls aufgebaut und gepflegt werden. Alle beteiligten Gruppen müssen sich auf eine gemeinsame Verantwortung festlegen, die Fairneß und Achtung im Umgang mit Personen und Sachen sichert. Schulchor, Schulorchester, Theater-AG u.ä. dienen der Gemeinschaft von Schülern, Lehrern und Eltern und tragen wesentlich zur Persönlichkeitsbildung bei. Ihre Einrichtung ist daher zu fördern bzw. ihre Beibehaltung sicherzustellen.

Das Selbstwertgefühl der Schüler ist zu fördern. Lehrer müssen stärker auf die Individualität altersbedingter Probleme der Schüler eingehen. Schüler müssen erkennen, daß sie ernst genommen werden. Die Mitverantwortung der Schüler für das Schulleben muß gefördert und gestärkt werden. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß Schüler weder über- noch unterfordert sind. Dies wiederum erfordert Schulen, die möglichst leistungsbezogene, homogene Lerngruppen haben. Die Vermeidung allzu unterschiedlicher Maßstäbe der Leistungsbewertung ist im Sinne einer gerechten und durchschaubaren Notengebung erforderlich. Leistung und Wettbewerb dürfen nicht negativ dargestellt werden. Wettbewerb muß durch Fairneß gekennzeichnet sein. Zu große Schulklassen sollten vermieden werden, da sich in ihnen nur schwer feste Klassengemeinschaften bilden und eine wirkungsvolle Wissensvermittlung eingeschränkt wird. Auch Mammutschulen wirken sich durch ihre Unübersichtlichkeit negativ für Schüler aus, da dort der personale Bezug verlorengeht.

Die Konstanz des Klassenlehrers, feste Klassengemeinschaften und Klassenräume stärken Orientierung und Gemeinschaft. Das Lehrerkollegium muß sich auch über die sozialen Regeln und Normen der Leistungsanforderungen und -bewertung und über wichtige pädagogische Grundsätze einigen. Einer Beliebigkeit muß auch im Hinblick auf Unterrichtsinhalte entgegengewirkt werden. Natürlich müssen jedem Lehrer und jeder Lerngruppe Freiräume bleiben. Das heißt aber auch, es darf keine unüberschaubare Vielfalt geben, die nicht einmal innerhalb derselben Schule eine Vergleichbarkeit der Inhalte und Ziele ermöglicht. Lehrpläne müssen verbindliche Bildungsinhalte und Erziehungsziele enthalten und dürfen kein Allerlei sein, aus dem sich jeder das herausnimmt, was ihm mundet.

(Beifall)

Entscheidend sind das überzeugende pädagogische Handeln, die Qualität des Unterrichts und die Persönlichkeit des Lehrers. Das gesamte Lehrerverhalten und Schulklima müssen auf einen konstruktiven Umgang mit Konflikten ausgerichtet sein. Konflikte dürfen nicht unterdrückt oder verdrängt werden. Das Rechtsbewußtsein der Schüler ist zu stärken. Auch die Verantwortlichkeit des Lehrers für die Schule sollte

gestärkt werden, denn bei Gewalttätigkeit unter Schülern wird vom Lehrer ein rasches Eingreifen erwartet. Das Verhalten aggressiver Schüler darf nicht gedeckt werden. Schule muß ein handhabbares, justitierbares Instrumentarium an wirkungsvollen Ordnungsmaßnahmen haben.

Aus diesen thesenartigen Vorschlägen wird deutlich: Angesichts der Erziehungsdefizite in Familie und Schule brauchen wir einen Aufbruch zu gemeinschaftlicher Erziehungsverantwortung. Erziehung in der Schule kann nur einvernehmlich gelingen, denn pädagogische Defizite in der Schule belasten die Familie und Versäumnisse in der Familienerziehung umgekehrt die Schule.

Die moderne Entwicklungspsychologie hat die Notwendigkeit des gefühlsmäßigen Eingebundenseins in eine haltende Umwelt bestätigt. Über die Gemütsbildung, heißt es, erlernt das Kind das, was man seit der griechischen Antike Tugend nennt: Rücksicht, Gerechtigkeit, Liebe, Zuverlässigkeit, Glaube, Verantwortlichkeit, Selbstüberwindung, Toleranz u.a. Damit erwirbt das Kind seine stabilisierende moralische Grundlage für seine Persönlichkeitsbildung. Auf diese Entwicklung positiv Einfluß zu nehmen ist gemeinsame Aufgabe von Familie und Schule. Zweifellos aber werden die Erwartungen, die unsere Gesellschaft an die Schule richtet, oft übertrieben und die Erziehungs- und Bildungsmöglichkeiten überschätzt. Richtig ist auch: Die Schule kann das Elternhaus nie ersetzen.

Im Blick auf den Erziehungsauftrag der Schule sagte der Pädagoge Eduard Spranger in den 20er Jahren:

Das Feinste und Entscheidende der Erziehung kann die Schule gar nicht leisten. Sie kann lehren und Gemeinschaftskräfte in Wirkung setzen. Aber die geheimen Kräfte des Gemüts, die ganz persönlichen Bindungen, die den sittlichen Takt der Seele stärken, werden letztlich nicht von der Schule geweckt, sondern von kleineren Erziehungsgemeinschaften, vor allem aber von der Familie.

Danke schön.

(Beifall)

Vors. Dr. Norbert Lammert: Vielen Dank, Frau Glaser. – Wenn wir über Schule und den Erziehungsauftrag der Schule reden, dann müssen wir auch über Lehrer reden, noch besser, müssen wir mit den Lehrern reden. Wir tun das heute nachmittag mit dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, den ich herzlich bei uns begrüße und dem ich hiermit das Wort erteile.

Josef Kraus: Meine Damen und Herren, ich werde Ihnen zehn Thesen vorstellen – wenn mir die Zeit davonläuft, vielleicht auch weniger –, die kompakt und diskussionsanregend sein sollen und mir schon seit einigen Monaten, wenn nicht Jahren auf den Nägeln brennen.

Erstens. Wer heutzutage über Jugendprobleme und Erziehungsfragen spricht, der tut zunächst gut daran, hypochondrischen Jugenddiagnosen eine Absage zu erteilen. Die verkorkste Jugend gibt es nicht. Im Gegenteil, Millionen von Heranwachsenden gehen tagtäglich wie selbstverständlich mit etwas mehr oder etwas weniger Freude ihren Aufgaben nach. Sie sind schulisch, beruflich, sozial oder ökologisch engagiert. Es gibt also, so gesehen, keinen generellen Erziehungsnotstand. Ein solches Notstandsbild trägt, auch wenn es oft vermittelt wird. Wenn hundert Jugendliche randalieren, boykottieren, sich verweigern, dann steht es in den Zeitungen. Von den Millionen, die tagtäglich ihren Eltern und Lehrern Freude machen, schreibt, sendet und spricht kaum jemand.

(Beifall)

Zweitens. Dieser zufriedenstellende Blick, der auf die Jugend als Ganzes erlaubt sein mag, darf den Blick nicht für Negativentwicklungen verstellen. Gerade hinsichtlich Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit – darum soll es heute gehen – sind quantitative und qualitative Veränderungen festzustellen. Wir haben – gottlob – noch keine amerikanischen Verhältnisse. Dennoch ist zu beobachten: Mehr Heranwachsende als früher neigen, beginnend übrigens schon – es fällt uns manchmal gar nicht mehr auf – mit dem Verbalverhalten, zu roheren und brutaleren Umgangsformen sowie zum Bekunden radikaler Einstellungen. Allerdings gibt es dabei kaum jugendspezifische Erscheinungsformen. Was hier unter den Jugendlichen gewaltspezifisch erscheint, ist Abbild dessen, was man im gesellschaftlichen und medialen Alltag vorfindet. Die Schuljugend ist insofern auch hier nichts anderes als ein Seismograph für die Gesamtgesellschaft.

Drittens. Die Schulen sind sich dieser Entwicklungen bewußt. Sie versuchen zumeist in sehr engagierter Weise entgegenzuwirken; ich brauche Ihnen dazu keine Beispiele zu nennen. Oftmals reichen diese schulischen Unternehmungen aber nicht an die vielfältigen Ursachen von Gewaltbereitschaft heran.

Viertens. Gewalttätigkeit und Gewaltbereitschaft sind nicht monokausal erklärbar, auch wenn mancher versucht, es sich mit der Erklärung ganz leicht zu machen. Vielmehr verbirgt sich hinter solchen Erscheinungsformen ein individuell sehr unterschiedliches und höchst komplexes Ursachengefüge, so daß es auch keine Rezepte mit Gegenmaßnahmen geben kann. Ich darf in Erinnerung rufen, daß bei Gewaltanfälligen, ob Jugendlicher oder Erwachsener, je nach Individuum biographische und familiäre Faktoren eine Rolle spielen. Ich nenne erlittene Kindesmißhandlung, extreme Erziehungsstile, von der extrem autoritären bis hin zu der extrem überbehütenden oder permissiven Erziehung, ein Dasein als Straßenwaise oder sogenannte Scheidungswaise, individuelle Dispositionen und Defizite, beispielsweise Langeweile, Aufmerksamkeitsmangel, Angst, Sprachlosigkeit, und natürlich gesellschaftliche Einflüsse, etwa der Wandel im Werteempfinden, der Vorrang heutzutage in breiten Kreisen der Bevölkerung privatistisch-hedonistischer Werte, auch von Durchsetzungswerten, von Pflicht- und Akzeptanzwerten und vieles mehr.

Fünftens. Ich sagte, der Einfluß der Schule reicht an diese Vielschichtigkeit der Ursachen meist nicht heran. Insofern – Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich so pointiert formuliere – ist es utopisch, wenn nicht gar ein bequemes Ablenkungsmanöver, zu glauben, Schule könnte hier maßgebliche oder gar allein wirksame gesellschaftliche Besserungsanstalt oder Müllentsorgung sein. Ein solcher omnipotenter Anspruch an Schule und Lehrer mag uns Lehrern schmeicheln. Tatsächlich aber sind bei der Aufgabe, Gewalt einzudämmen, alle gefordert, neben der Schule die Eltern, alle Erwachsenen, die Vorbilder in der Politik und die Medien. Ich bitte – ich sage es nicht mit Blick auf Sie, sondern allgemein –, Schulpolitik nicht mit Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik, Wohnungsbaupolitik, Medienpolitik zu verwechseln. Das sind nämlich alles Bereiche, von denen ich manchmal den Eindruck habe, daß Schulpolitik sie ausbügeln soll.

Sechstens. Vonnöten ist vor allem ein öffentlicher Konsens in Fragen der Erziehungsziele und der Erziehungsstile. Dieser Konsens ist durch eine Politisierung und auch eine Pseudopsychologisierung verlorengegangen oder zumindest brüchig geworden. Wir sollten alle zusammen wieder erkennen, daß Erziehung eben nicht Vergewaltigung oder Herrschaftsausübung ist und Erziehung nicht in einer an hedonistischer Relevanz orientierten Gefälligkeitspädagogik bestehen kann, vielmehr ein bekennendes Erziehen die wichtigste Mitgift für unsere Kinder ist.

(Beifall)

Erziehen, hat ein kluger Mann einmal gesagt, heißt wachsen lassen, befreien einerseits und führen und binden zugleich andererseits. Jede einseitige Betonung einer dieser beiden Pole ist falsch. Allerdings ist mein Eindruck, daß zuletzt wohl das Wachsen- und Gewährenlassen überbetont wurde. Gerade Erziehung – das ist das Leitmotiv des heutigen Forums – zu Toleranz und Verantwortung setzt beides voraus. Die Entstehung von Toleranz und Verantwortungsbewußtsein setzt einerseits natürlich Erprobungsfreiräume für die Heranwachsenden voraus, das ist unstrittig. Erziehung zu Verantwortung setzt zweitens aber – so hat es der gerade schon einmal zitierte große Eduard Spranger formuliert – ein Inanspruchnehmen junger Menschen hinsichtlich Leistungsbereitschaft und hinsichtlich sozialer Pflichten voraus. Erziehung zu Toleranz setzt u. a. voraus, daß Erzieher eben nicht alles tolerieren. Überfällig sind dementsprechend ein Ende der Diskriminierung und eine pädagogische Renaissance tradierter Werte wie Fleiß, Disziplin, Zuverlässigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Verzicht, Treue und Leistung sowie eine kritische Relativierung der pseudomodernen Werteautonomie Ungebundenheit, Eigennützigkeit, Durchsetzungsvermögen, Distanz und Ausleben.

Ein solcher Konsens – auch da bitte ich um Ihre Mithilfe – ist für die Erziehung in der Schule und natürlich auch im Elternhaus dringend vonnöten.

Siebtens. Gelitten hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht nur die schulische Erziehung – dies zugegebenermaßen -, ich meine, vor allem hat auch die elterliche Erziehung gelitten. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Ich deute sie nur an: Scheidungsraten, erzieherische Verunsicherung in den Elternhäusern, Berufstätigkeit beider Elternteile. Die Mehrzahl der Eltern erzieht zugegebenermaßen – daß Sie das nicht falsch verstehen – nach wie vor überzeugt und engagiert. Die Zahl der Eltern aber, die Erziehung nicht mehr leisten können oder leisten wollen, wird größer. Symptome dafür sind die Delegation elterlicher Erziehung außer Haus an die Schule, die immer neuen Forderungen nach neuen Fächern oder nach neuen Nebenlehrplänen – Medienerziehung, Konsumerziehung, Freizeiterziehung, Sexualerziehung, Friedenserziehung usw., usw. Wenn man das zu Stundenplänen erhöhe, wäre kein Platz mehr für Englisch, Ethik, Religion, Sport usw. Ein Symptom dafür ist sicherlich – wenn ich das realpolitisch richtig einzuschätzen vermag – die vermehrte Forderung nach Etablierung von Ganztagschulen oder schulischer Ganztagsbetreuung, die abnehmende Bereitschaft von Eltern – lesen Sie es im Haus Allensbach nach! – Einfluß auf die Lektüre, die Wahl von Vorbildern, die weltanschaulichen Einstellungen ihrer Kinder zu nehmen. Frau Nölle-Neumann hat vor etwa einem Jahr auf Grund einer repräsentativen Untersuchung bekanntgegeben, daß in diesen Bereichen nur noch ein Drittel der Eltern Einfluß nehmen möchte.

Achtens. Was wir deshalb brauchen, ist eine Wiederentdeckung und Stärkung der elterlichen Erziehung. Die Schule hat hier natürlich entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip unterstützend, heutzutage auch vermehrt unterstützend tätig zu sein, durchaus auch – es mag hochtrabend klingen – im Rahmen vermehrter pädagogischer Elternfortbildung. Ansonsten aber wäre zu wünschen, die Gesellschaft würde mit dem gleichem Engagement wie die anderen Bürger- und Menschenrechte des Grundgesetzes auch die Erziehungsrechte und Erziehungspflichten aus Art. 6 des Grundgesetzes sowie eine elterliche Erziehung im Interesse des Kindeswohls – § 1627 des Bürgerlichen Gesetzbuchs – einfordern.

Eine solche Stärkung der elterlichen Erziehung setzt – ich weiß, es ist schwer genug – einen Bewußtseinswandel voraus. Sie setzt natürlich auch politische Maßnahmen zur Stärkung der Familien voraus, so entsprechende arbeitspolitische Maßnahmen, wohnungsbaupolitische Maßnahmen. Ich denke nur an den engen Zusammenhang zwischen Mietpreisen und doppelter Berufstätigkeit der Eltern.

Neuntens. Was für die elterliche Erziehung gilt, gilt auch für die schulische Erziehung. Zwei der wichtigsten Erziehungsfaktoren sind die Faktoren „Zeit“ und „Vorbild“. Das heißt erstens: Erzieher brauchen gerade heute mehr Zeit für das Erziehen. Zeit in der schulischen Erziehung heißt freilich, daß dieses Erziehen in einer dramatisch schwieriger gewordenen Erziehungssituation und angesichts steigender Qualifikationsanforderungen auch seinen Preis hat. Für diese Aufgabe brauchen wir mehr Lehrer – es ist angedeutet worden – auch jüngere Lehrer, die mehr Zeit für den einzelnen Schüler zur Verfügung haben. Ich bin mir nicht sicher, ob aktuelle Entwicklungen – größere Klassen, Kürzungen bei den Wochenstundentafeln oder den Schuljahren – hier produktiv sind. Zweitens heißt das: Mit einem hektischen schulischen Projekt oder Lehrplanrevisionsaktionismus ist es natürlich nicht getan; das dient nur der Beruhigung des eigenen Gewissens. Denn zu Werthaltungen kann man nicht mit noch so ausgereifter Lehrplandidaktik oder Unterrichtstechnologie erziehen. Gerade die Vermittlung von Werthaltungen bedarf des vorgelebten Vorbilds von Eltern und Lehrern und auch von denjenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Auch hier bin ich mir nicht sicher, ob alle, die in der Öffentlichkeit stehen, in jüngster Zeit – ich brauche keine Namen zu nennen – in puncto Unrechtsbewußtsein ein günstiges Vorbild waren.

Zehntens. Keine im engeren Sinne erzieherische Funktion, aber die Erziehung flankierende wichtige Funktion, zumindest eine bewußtseinsbildende Funktion haben beispielsweise gerade auch Medien und Gerichte. Die bekannten Medienangebote und eine in diesem Bereich bisweilen schwer nachvollziehbare extrem liberale Rechtsprechung erschweren das Erziehen ungemein. Die Medienrepräsentanten und der Rechtsprechung ist also in puncto Freizügigkeit mehr Askese abzuverlangen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vors. Dr. Norbert Lammert: Vielen Dank, Herr Kraus. – Meine Damen und Herren, wir haben jetzt gehört, daß es Probleme gibt, die, auch wenn man sie nicht dramatisieren soll, jedenfalls beachtlich sind. Es ist aus guten Gründen vorgetragen worden, daß die Schule allein, daß die Lehrer allein das Problem nicht lösen können. Dann ist aus der Sicht der Eltern gesagt worden, jawohl, es gibt hier Probleme, aber die Eltern alleine können das sicher auch nicht lösen. Wenn nun jemand sagen würde, na ja, aber die Politik alleine kann das auch nicht lösen, wäre auch das wieder richtig. Jedenfalls müssen wir auch über den Beitrag reden, den Politik in diesem Zusammenhang leisten kann, und möglicherweise auch über das, was sie nicht leisten kann. Deswegen freue ich mich, daß die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Frau Schnoor, auf diesem Podium vertreten ist, die im übrigen in dieses Amt ein gehöriges Maß an praktischer Erfahrung mit dem Gegenstand mitbringt, über den wir hier reden. Sie haben das Wort.

Steffie Schnoor: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Zusammenbruch der alten Weltordnung durch die Beendigung des Ost-West-Konflikts, der rasante gesellschaftliche Wandel in ganz Deutschland, der Zusammenprall zweier sehr verschiedener Systeme in Deutschland, sowohl gesellschaftlich als bildungsmäßig und wirtschaftlich, der Zusammenbruch des Wertesystems im Osten unseres Landes und auch der schleichende Verfall des Wertesystems im Westen Deutschlands, alles das und mehr hat zu einer zunehmenden Orientierungslosigkeit geführt. Ich glaube, das ist der Punkt, über den wir hier heute reden. Die Orientierungslosigkeit äußert sich in Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung, in Korruption und Verletzung der Straßenverkehrsordnung, in Kindesmißbrauch und Neonazismus, in Egoismus und Raffgier. Max Horkheimer hat einmal gesagt:

Was soll aus einer Gesellschaft werden, in der die durch Ansprüche und Sinnlosigkeit des täglichen Lebens aufs höchste gesteigerten Aggressionen nicht durch eine verinnerlichte Moral im Zaum gehalten werden?

In Frankfurt gehen angeblich 38 % der Gymnasiasten inzwischen bewaffnet in den Unterricht. Bei Raub, Vergewaltigung und Tötungsdelikten in Deutschland liegt der Anteil jugendlicher Täter nach den Statistiken inzwischen bei knapp unter 30 %. Werden wir Zeugen des Anfangs vom Ende einer zivilisierten Gesellschaft?

Ich habe – um Sie nicht zu sehr zu strapazieren – drei Thesen aufgestellt. These 1 lautet: Unsere Gesellschaft hat die Kraft zur Umkehr, sie hat sie nur noch nicht freigesetzt. Die Voraussetzungen für ein entschiedenes Umdenken sind vorhanden. Dazu gehört die Verabschiedung von der Vorstellung, daß das vereinte Deutschland mit der alten Bundesrepublik identisch sei. Das vereinte Deutschland steht vor neuen Herausforderungen, die neue Antworten verlangen. Alter Wein in neuen Schläuchen kann wohl nicht die Antwort sein. Alles muß auf den Prüfstand.

Dazu gehört zweitens die Wiederbesinnung auf verpönte Tugenden wie Dienen und Pflichtbewußtsein. Wir haben Jahre erfahren, in denen die sogenannte „Selbstverwirklichung“ zum Lebensziel erklärt wurde. Selbstverwirklichung nicht mit, sondern gegen die Gesellschaft, verbunden mit einem hemmungslosen Streben nach materiellen Gütern leistet dem Dienen und dem Pflichtbewußtsein keinen Vorschub. Demokratie lebt aber vom Vor-Leben!

Dazu gehört drittens die Entfrachtung von Begriffen wie Verantwortung, Toleranz und Freiheit. Diese Begriffe sind inzwischen sinnentleert worden. In den letzten Jahren wurde zuviel über Toleranz geredet. Herausgekommen ist ein falsch verstandener Liberalismus. Ich darf dabei daran erinnern: Toleranz kommt von tolerare, erleiden, erdulden. Verantwortung tragen heißt Antworten geben, heißt die Folgen des Handelns bedenken. Es gibt kein folgenloses Handeln. Aus Freiheit erwachsen stets Pflichten.

These 2 lautet: Unsere Gesellschaft überfordert die Schule. Ich glaube, da bin ich mit einigen Vorrednern bereits im Einklang. Schule – dies ist meine feste Überzeugung – ist zur Zeit mehr Frust als Lust. Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren die Schule mit Ansprüchen und Aufgaben überhäuft. Es sind Aufgaben der Familie in die Schule verlagert worden. Da sind plötzlich die Wohnung, das neue Auto, die Vermehrung des Wohlstands oder der nächste geplante Urlaub wichtiger und stehen stärker im Vordergrund als die mühevoll erzielte Erziehung der Kinder. In den neuen Bundesländern kommt dazu, daß auch die Vergangenheitsbewältigung der Schule übertragen wird. Es scheint doch zunehmend so, daß Gewalt – dies nicht zuletzt an Schulen – ein Hilfeschrei nach Aufmerksamkeit und Zuwendung ist. Die Frage muß daher sein: Wie bewahre ich die Schule vor der Überforderung, gesellschaftliche Schäden zu begleichen?

Schule kann weder Familienersatz noch Reparaturwerkstatt der Nation sein!

(Vereinzel Beifall)

These 3 lautet: Erziehung heißt Vorbild und Liebe. Die Familie als Mikrokosmos ist im Westen wie im Osten durch Wertewandel und die Veränderungen in der Welt in die Krise geraten. Die Politik darf sie nicht fallenlassen, sondern muß sich fragen, welche Unterstützung sie der Familie geben kann. Ein Jugendforscher hat festgestellt, daß etwa ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen heute mit deutlichen Zeichen einer sozialen Verwahrlosung in die Kindergärten und Schulen kommt. Sie können sich nur schwer in die sozialen Regeln des Gemeinschaftslebens einordnen. Erziehung heißt Vorbild und Liebe, hat bereits Pestalozzi definiert, d. h. aufeinander zuzugehen und eigene Interessen hintanzustellen. Politik heißt Vorbild und Zuwendung, könnte man hinzufügen. Das heißt, die Politik muß die Rahmenbedingungen für eine kinderfreundliche Gesellschaft schaffen, muß sich der Probleme der Familien bewußt werden.

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Eine Gesellschaft, die zunehmend weniger weiß, was ihre Werte sind, kann von der Schule keine Werteerziehung verlangen.

Die politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich führenden Kräfte müssen umdenken. Egoismen, Materialismus und übersteigertes Konkurrenzdenken führen nicht in die Zukunft. Sie führen vielmehr zu sozialer Kälte.

Die Familien und die Politik sind die Orte, an denen vorgelebt wird, was später zu einem verantwortungsvollen, solidarischen und gewaltfreien Miteinander führt. Dann können auch die Schulen ihrer Aufgabe wieder gerecht werden.

(Beifall)

Vors. Dr. Norbert Lammert: Vielen Dank, Frau Schnoor, für diesen Beitrag. – Meine Damen und Herren, die Wirtschaft, die im übrigen in dem versandten Text der Einladung zum Parteitag auf dem Podium nicht vorgesehen war, hat mit dem Thema, über das wir diskutieren wollen, gleichwohl sicher mehr zu tun, als man spontan und auf den ersten Blick vermutet. Erstens prägt sie ganz wesentlich die gesellschaftliche Umgebung, in der Schule stattfindet. Zweitens ist sie einer und in vielen Fällen der erste wichtige Adressat der Erziehungs- und Bildungsergebnisse, die im schulischen Bereich tatsächlich oder auch nicht zustande kommen. Wir sind deswegen dankbar, daß sich Herr Blese, der Präsident der Handwerkskammer Berlin, bereit erklärt hat, an diesem Gespräch teilzunehmen. Ich darf Sie herzlich begrüßen und Ihnen das Wort erteilen.

Hans-Dieter Blese: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Toleranz und Verantwortung erziehen, dieses Thema könnte auch lauten: Wie Jugendliche zu mehr Toleranz erzogen werden können. Tolerant zu sein, behauptet im Grunde fast jeder von sich. Bei einer Werteerziehung geht es aber darum, im Gegenüber den Mitmenschen zu sehen, ihm fair zu begegnen, ihn zu nehmen, wie er ist, und nicht, wie man ihn gerne möchte. Hier hat und kann das Handwerk sicher ein gutes Beispiel geben, denn es bildet über 52 000 ausländische Jugendliche aus. Ausländische Jugendliche werden gemeinsam mit deutschen Lehrlingen qualifiziert. Gemeinsamkeit steht ganz oben an. Betriebspraktika und Betriebserkundungen sowie Tage der offenen Tür sind beispielhaft zu erwähnen, wie Schüler und Lehrer aus der Wirtschaftswelt erfahren können, wie Toleranz in der Praxis funktioniert. Gutgemeinte Aufsätze oder Hochglanzbroschüren helfen da in aller Regel nicht weiter. Sicherlich ist die persönliche Ansprache der Jugendlichen durch Ausbilder, Berufsschullehrer, Erzieher usw. auch ein Weg, wenn auch ein sehr mühseliger. Doch kann Toleranz nicht wie Wissen vermittelt werden. Auch hier gilt das Wort Erich Kästners: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Anders gesagt: Aus der Praxis lernen und in der Praxis üben; Projektarbeit, Patenschaft, Arbeitsgemeinschaften usw. sind ergänzende Erziehungsmittel.

Was kann die Ausbildung dazu beitragen? Gesucht wird die gemeinsame Zukunftsperspektive, die Worte und Taten identisch erfahrbar machen. Ein Lehrer, ein Ausbilder, der ein eigenständiges Wort spricht und durch Taten belegt, erreicht auch die Jugend. Aber Ausbilder und Lehrer können keine überzeugenderen Beispiele geben, als sich selbst tolerant zu verhalten. Im Großen wie im Kleinen können unterschiedliche Beiträge zum Erziehungsziel Toleranz geleistet werden. Zum einen habe ich auf die gemeinsame Ausbildung von ausländischen und deutschen Jugendlichen hingewiesen. Hier sind auch das Ernstnehmen des Lehrlings, Zuhören, Auf-ihn-Eingehen, Mit-ihm-Reden usw. anzusprechen. Dies geschieht zumindest im allgemeinen in den Betrieben. Schlüsselqualifikation wie Teamarbeit, Förderung der Selbständigkeit, Problemlösungsfähigkeit, Motivation, Leistungsbereitschaft und

Zuverlässigkeit sind bestens geeignet, den toleranteren Umgang mit Menschen zu begünstigen. Die moderne Wirtschaftswelt ist inzwischen so komplex und kompliziert geworden, daß ein einziger die Probleme gar nicht lösen kann. Zusammenarbeit, Teamarbeit sind deshalb immer mehr gefragt. Spätestens hier zeigt sich dann, wie tolerant man mit den in seinem Boot sitzenden Kollegen umgeht.

An dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ein Wort aus der Praxis. Ich bin nicht nur Ehrenamtsträger. Ich habe einen Handwerksbetrieb und kontinuierlich 12 bis 15 Lehrlinge, jetzt bereits schon über 25 Jahre lang. Ich führe jetzt die Einstellungsgespräche mit Eltern und Jugendlichen für das Ausbildungsjahr beginnend am 1. September 1994. Ich mache den Jugendlichen klar, daß sie in einem Dreieck stehen. Dieses Dreieck ist kein Zaun, ist kein Getto, in dessen Mittelpunkt der Jugendliche steht, vielmehr sind drei da, die ihn während der Ausbildungszeit betreuen und begleiten. Das ist der Berufsschullehrer, das sind die Eltern, und das bin als Ausbildungsmeister in diesem Fall ich bzw. in der Phase der überbetrieblichen Ausbildung der Ausbilder dort. Ich mache ihm klar, daß wir alle das Beste wollen und wir ihn begleiten. Ich mache ihm aber auch klar, daß wir dafür sorgen, daß er aus diesem Kreis nicht ausbricht, sondern daß wir ihn über die Kontakte, die wir – Eltern, Ausbilder und auch Berufsschullehrer – miteinander halten, ständig begleiten.

Ich habe ausländische Jugendliche in gleicher Weise als Lehrlinge wie deutsche. Ich habe in der Gemeinschaft des Betriebs überhaupt keine Probleme in dem Miteinander. Ich meine, daß das Handwerk und, ich glaube, mit Sicherheit auch die Industrie hier Vorbildliches leisten und die Probleme der Gewalt in der kleinen Einheit des Handwerksbetriebs absolut untergeordnet sind, ich möchte sagen, keine Rolle spielen.

Einer, der zu Gewalt neigen würde, erlebt, eingebunden in die Arbeitsgemeinschaft des Betriebs, durch handwerkliche Leistung, daß das, was er vollbringt, auch gebraucht, anerkannt wird. Dies motiviert ihn zu ganz anderen Leistungen als es vielleicht die Schule, derer er überdrüssig war und ist, vermitteln konnte. Das ist bestimmt ein guter Weg, den Jugendlichen dann in das berufliche Leben zu entlassen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vors. Dr. Norbert Lammert: Vielen Dank, auch für die Schlußbemerkungen, die deutlich machen, daß es nicht nur Probleme gibt, sondern auch Möglichkeiten, mit ihnen fertig zu werden bzw. sie nicht entstehen zu lassen.

Meine Damen und Herren, Georg Gölder muß ich Ihnen nicht vorstellen; er ist als langjähriger Kultusminister und früherer Präsident der Kultusministerkonferenz bestens ausgewiesen. Daß sich der Bundestag erstmals seit vielen Jahren wieder mit Bildungspolitik befaßt, ist ganz wesentlich seiner Energie zu verdanken, der des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Kulturpolitik. Im übrigen habe ich mir vorhin gedacht, daß er auf Grund seiner Ausbildung, auf Grund seiner früheren Tätigkeit und auf Grund seiner sonstigen Funktionen eigentlich sämtliche Funktionen auf dem Podium allein hätte wahrnehmen können, denn er hätte auch aus der Sicht von Eltern, aus der Sicht der Lehrer oder natürlich aus der Sicht der Politik vortragen können. Wir bekommen jetzt zum Schluß also sozusagen eine integrierte Gesamtperspektive. Bitte, Georg Gölder!

Dr. Georg Gölder: Vielen Dank, Norbert Lammert! Ich habe die feine Ironie durchaus bemerkt. – Meine Damen und Herren, wenn in manchen Kreisen, vor allem von Leuten mittleren Alters und von Älteren, über junge Leute hergezogen wird, kriege ich eine

riesige Wut und nehme die jungen Leute in Schutz. Ich bin wirklich der Überzeugung, daß sie alles in allem mindestens so gut und so altruistisch sind wie der Schnitt unserer Erwachsenenwelt.

(Zustimmung)

Ich sage das, damit meine – vielleicht ein wenig aus dem Rahmen fallenden – Bemerkungen nicht mißverstanden werden. Eigentlich bin ich nämlich Optimist. Ich denke auch, daß man als Kultusminister über längere Zeit nur durchhält, wenn man Optimist ist.

(Zustimmung)

Aber einige Entwicklungen, vor allem das Studium der Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, erfüllen mich doch mit größter Sorge. Wir müssen ja zur Kenntnis nehmen, daß alle wesentlichen gesellschaftlichen Entwicklungen mit einem Zeitverzug von zehn Jahren über den Atlantik zu uns gekommen sind.

Über diesem Podium stehen drei Begriffe: Toleranz, Verantwortung, Erziehung. Toleranz und Verantwortung will ich jetzt nicht definieren; ich möchte nur ein kurzes Wort zur Erziehung sagen.

Erziehung war immer, seit es Menschen gibt, die zusammenleben, Erziehung zum Überleben des Einzelnen und Erziehung zum Überleben der Gesellschaft. Erziehung war nie etwas anderes: Wie kann man überleben, und wie verhält man sich?

Überleben des Einzelnen ist in vielfältiger Form möglich; Überleben der Gesellschaft ist nur möglich, wenn das menschliche Aggressionspotential unter Kontrolle bleibt. Es gibt kein Buch, das ein realistischeres, brutaleres Menschenbild zeichnet als die Bibel. Die Bibel ist der lebendige Beweis für das „homo homini lupus“: der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Auch der alte Goethe, den man so gern mißbraucht hat, hat es gewußt. Viele denken immer, er habe gesagt: Edel ist der Mensch, hilfreich und gut. Er war aber der Überzeugung, daß er es überhaupt nicht ist, und sagte „Edel sei der Mensch“, weil er es eben nicht ist.

Meine Damen und Herren, die antiautoritäre Erziehung ist ein schrecklicher Irrtum. Sie glaubt, man brauche nur die gesellschaftlichen Zwänge aufzuheben, und dann liege der gute Kern des Menschen frei. Wenn die Zwänge aufgehoben sind, liegt aber nicht der gute, sondern der böse Kern des Menschen frei; denn auch als Christ bin ich der Überzeugung: „homo homini lupus“.

Die Linke ist am Ende. Das geht aus den Schriften der letzten zwei oder drei Jahre hervor. Jetzt, wo ich nicht mehr Kultusminister bin, habe ich ja ein bißchen mehr Zeit als früher und kann manches lesen, was ich früher aus Zeitgründen nicht lesen konnte. Welches Bild also zeichnen die Schriften der Linken heute? Die nachwachsende Generation hat auf diesem Erdball keine Chance – Schluß, aus, die Welt ist ganz schrecklich. Das ist das, was zu lesen ist.

Das Gewaltpotential war aber immer vorhanden. Gewalt wird nur durch einen schwierigen Prozeß in Schranken gehalten, den wir üblicherweise Kultur oder Zivilisation nennen. Wir kommen zu der Frage – und hinter dieser Frage verblaßt alles andere, auch das, was ich hauptberuflich zehn Jahre lang im wesentlichen vertreten habe –: Welche Kontrollmechanismen versagen so, daß dieser Grundgedanke immer weniger gesehen wird, nämlich der Grundgedanke, daß es notwendig ist, die Menschen in Schranken zu halten? Und: Hat unsere Gesellschaft völlig vergessen, wie sie entstanden ist? – Gerhard Mayer-Vorfelder meint gerade: Das habe ich schon vor zehn Jahren gesagt, und damals haben es mir alle nicht geglaubt. – Ich kann ihm das ausdrücklich bestätigen; in der Frage „Neun Jahre oder acht Jahre Gymnasium?“ hat er allerdings einen Positionswechsel vorgenommen, aber das nur nebenbei.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem vorher Gesagten vertrete ich die These: Wenn es in Deutschland keine Ausländer und keine Asylbewerber gäbe, wäre das Gewaltpotential nicht wesentlich anders; dann wären andere Gruppen die Opfer. Wir machen uns in der CDU auch diesbezüglich etwas vor. In einem Buch über die Skinheads habe ich das folgende – wie ich meine, typische – Zitat gefunden:

Bei Deutschen hätte ich es auch gemacht, wir hatten eben Spaß am Prügeln; wenn irgendwelche Bauern uns anpöbeln, die verprügeln wir auch und tanzen dann noch darauf herum.

Das Gewaltpotential ist also vorhanden, und es wird genährt. In Deutschland sehen die Kinder zwischen acht und zwölf Jahren im Schnitt 28 Stunden in der Woche fern. Manchmal erregt man sich ja in CDU-Kreisen so fürchterlich über die Ganztagschule, aber da wird es mir immer ein bißchen unheimlich. Es sind bestimmte Eltern, die da bestimmte Bilder transportieren, aber für einen großen Teil der Kinder wäre es besser, sie wären in einer halbwegs gut gemachten Ganztagschule,

(Beifall)

weil sie sich dann nicht im gleichen Umfang Gewaltfilme und Sexfilme so reinziehen könnten, wie sie es jetzt größtenteils tun. Wir machen uns etwas vor!

Meine Damen und Herren, in den USA haben Kinder, wenn sie zum erstenmal eine Schule sehen, nach genau aufgestellten Statistiken rund 8 000 Morde gesehen. Und dann gibt es in unserer Gesellschaft die gutbezahlten Deuterische, die in unerträglichen Talkshows – ich sage das unabhängig vom jeweiligen Veranstalter – die Frage stellen, ob die Zusammenhänge wirklich erwiesen seien usw. usf. Man kann es nicht mehr ertragen!

Meine Damen und Herren, ich wußte nicht, daß Norbert Lammert Peter Schneider zitieren würde; ich wollte ihn auch zitieren. Peter Schneider hat in seinem Artikel in der „FAZ“ am 7. September geschrieben, daß eine Gesellschaft auf den Mond geschossen gehört, die die Zusammenhänge zwischen der Gewalt in den Medien und der realen Zunahme der Gewalt leugnet und darauf wartet, daß auch diese Zusammenhänge wissenschaftlich erwiesen sind.

Gibt es Konsequenzen für die Medien? Das ist meines Erachtens eine dramatische Frage. Wir brauchen eine Diskussion, die die Meinungsäußerungsfreiheit des Grundgesetzes in einem gesellschaftlichen Konsens kanalisiert. Wenn wir das nicht schaffen, können wir noch lange über Werteerziehung in der Schule reden; es wird dann – um kein anderes Wort zu gebrauchen – immer lustiger. So einfach sind die Zusammenhänge.

Was die Schule betrifft: Die erste Lüge war, daß die Menschen unbegrenzt begabungsfähig sind.

(Zustimmung)

Der haben wir immer widerstanden, und die wird ja auch heute nicht mehr vertreten.

Von der zweiten Lüge jedoch leben mehr oder minder alle: Wenn wir uns nur viel Mühe geben und noch besser zusammenarbeiten und die Lehrer besser ausbilden und auch die Weiterbildung verbessern, dann werden wir auch mit diesen Phänomenen – ich meine die der Gewalt – fertig. Daran glaube ich nicht mehr. Wir reden in der Schule von Frieden, Versöhnung, Umwelt und Ökologie. All das ist notwendig, und ich distanziere mich davon nicht – hoffentlich verstehen Sie meinen Ansatz –, aber wenn der Unterricht zu Ende ist, dann beginnt die Gewalt auf dem Pausenhof, dann kommen die 28 Stunden Fernsehen pro Woche, die im wesentlichen gewaltgetränkt sind, und dann kommt das mich nicht loslassende Beispiel von Bosnien, wo deutlich wird, daß das Opfer keine Chance hat, es sei denn, es besitzt Öl. So sehen die Dinge aus!

Meine Damen und Herren, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft vollzieht sich Völkermord, und zwar unter faktischer Billigung europäischer Kulturstaaten. Es gibt Staaten, die dies faktisch billigen, weil sie in diesem Zusammenhang die Bildung eines antideutschen Serbien begünstigen wollen. Wenn in einer Gesellschaft Derartiges nachvollzogen werden muß – ich denke, das ist die andere Seite unseres Lebens, und die müssen wir in unser Reden einbeziehen –, wenn wir in einer Gesellschaft leben, in der alle Tabus gebrochen sind bis auf eines, nämlich bis auf den Nationalsozialismus, Auschwitz, das Hakenkreuz und den Hitlergruß, dann regen wir uns darüber auf – und unterstellen Sie mir bitte nicht, daß ich nicht dafür bin, daß wir uns darüber aufregen –, daß es junge Leute gibt, die, wenn es keine Tabus mehr gibt, plötzlich vor diesen tabuisierten Symbolen nicht mehr zurückschrecken.

Das heißt, wir können noch so viele Lehrer einstellen, wir können noch so viele Schriften durch Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung verteilen lassen, Schriften über Nationalsozialismus, Auschwitz, Hakenkreuz und Hitlergruß, wir werden relativ wenig erfolgreich sein, weil der eigentliche Ansatzpunkt nicht das Hakenkreuz und der Hitlergruß, sondern der Verlust aller Tabus ist. Das ist das eigentliche Problem.

(Zustimmung)

Das ist kein Widerspruch zu besseren Lehrern, zu Lehrerbildung, zu kleineren Klassen, zu weniger Stunden, zu besserer Bezahlung usw. usf. Aber, meine Damen und Herren, all das wird nur relativ wenig helfen. Es ist wichtig und richtig, aber darüber reden wir ja schon seit Mitte der 60er Jahre, und über den Mut zur Erziehung sagen wir seit 20 Jahren in regelmäßigen Abständen so ziemlich dasselbe. Vergleichen Sie bitte die Protokolle derartiger Veranstaltungen von vor 15 oder 20 Jahren. So wesentlich neu ist das, was wir in den letzten Jahren sagen, gar nicht. Aber die Probleme werden größer, und der Befund wird schlimmer. Das ist das Faktum, und deshalb will ich mit einem Zitat von Peter Schneider schließen. Übrigens ist das ein Mann, der in Berlin einmal wegen verfassungsfeindlicher Äußerungen abgelehnt worden ist – vielleicht damals begründet; ich will das gar nicht kritisieren –, als er sich für den Berliner Schuldienst beworben hatte. Es haben sich übrigens manche sehr weit bewegt; denken Sie an das, was der von mir sehr geschätzte Martin Walser in den 50er oder den frühen 60er Jahren auch über dieses Problemfeld gelegentlich gesagt hat. Ich zitiere also Peter Schneider:

Für das Versagen der „seelischen“ und auch der institutionellen Gegenkräfte gegen die Ausbrüche roher Gewalt sind strukturelle Veränderungen verantwortlich, die sich durch Appelle nicht rückgängig machen lassen. Die „zerrütteten“ Familien werden nicht plötzlich zusammenwachsen, die Ehen nicht auf einmal heilen, die Lehrer ihre verlorene Autorität nicht wiedererlangen, nur weil ein paar konservative Propheten entsprechende Mahnungen ausstoßen. Wenn Schule und Familie

– und ich stimme dem zu –

immer weniger in der Lage sind, den zivilen Konsens weiterzugeben, so kommt die vielbeschworene „Wiederbesinnung auf die traditionellen Werte“ der Empfehlung gleich, ins Epizentrum des Erdbebens zurückzukehren. Die Zurückdrängung der Barbarei verlangt eine Anstrengung der gesamten zivilen Gesellschaft, fast möchte man sagen: einen erneuerten *contrat social*. Kommt er nicht zustande,

– wie in den Vereinigten Staaten, man schaue sich die Großstädte an, wie ich es gerade am Beispiel von Los Angeles sehr intensiv getan habe –
so wird diese Gesellschaft die Monster ausbrüten, die sie in aller Unschuld umbringen werden.

Meine Damen und Herren, noch einmal, um Mißverständnissen vorzubeugen: Alles, bei dem wir uns im Alltag mit der Frage beschäftigen, was wir besser machen können, ist wichtig, aber es wird wenig helfen, wenn uns dieser große Durchbruch nicht gelingt. Diesen Durchbruch kann man nicht bei Lehrerverbänden und bei Bildungspolitikern erreichen – das ist gar keine Kritik –, auch nicht bei Politikern, die sich in Familienverbänden um die Familie kümmern, sondern dieser Durchbruch muß in den Fundamenten unserer Gesellschaft erarbeitet werden; sonst werden wir, so befürchte ich, dieses Thema in fünf Jahren auf einem Parteitag wieder aufgreifen, aber der Befund wird dann noch wesentlich schlimmer sein.

(Beifall)

Forum 2

Jugend in Deutschland

Vors. Dr. Angela Merkel: Ich begrüße Sie alle, die Sie heute hierhergekommen sind, um mit uns über die Jugend in Deutschland zu diskutieren.

Ich begrüße vor allem diejenigen, die hier auf dem Podium mitmachen, und möchte Sie gleich vorstellen: Neben mir sitzt Herr Paschert. Herr Paschert ist Sozialarbeiter in Münster und wird uns nachher von seiner Arbeit berichten. Auf der anderen Seite neben mir sitzt Herr Boyles, der bei den St.-Georgs-Pfadfindern tätig ist. Daneben sehen Sie Hermann Gröhe, den Vorsitzenden der Jungen Union; er dürfte den meisten bekannt sein. Wir haben hier Frau John, die Ausländerbeauftragte von Berlin, sowie Yildiz und Erdal. Die beiden sind mitgekommen, damit Frau John nicht nur über ausländische Jugendliche spricht, sondern damit ausländische Jugendliche hier selber zu Wort kommen. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Auf der anderen Seite sehen Sie Tamara Zieschang, die RCDS-Vorsitzende, und Claudia Nolte, selbst jung und die jugend- und frauenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, eine der beiden jüngsten Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Last, but not least sehen Sie Professor Bertram, den langjährigen Direktor des Deutschen Jugendinstituts und inzwischen dankenswerterweise an die Humboldt-Universität zu Berlin gegangen. Er ist dort einer der Hochschullehrer, die sich der Frage Erneuerung und Aufbau der Universitäten in den neuen Bundesländern stellen.

Wir haben noch weitere Gäste, die hier vorne in den ersten beiden Reihen sitzen. Das sind Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse des Humboldt-Gymnasiums Greifswald. Sie sind mit ihrer Lehrerin, Frau Gräuslich, hierhergekommen. Ich hatte nämlich die Sorge, daß dieses Forum zu theoretisch werden könnte, wenn wir als Erwachsene hier über die Jugend diskutieren. Deshalb war es mir wichtig, daß wir ein bißchen aus dem Leben mitbekommen. Ich hoffe, daß uns das jetzt einigermaßen gelingt.

Daß wir über die Jugend in Deutschland sprechen, verdanken wir eigentlich Ereignissen, die eher eine Schande für unser Land als erfreulich sind. Es ist sehr traurig für mich - das möchte ich als Jugendministerin einmal sagen -, daß wir immer dann über die Jugend sprechen, wenn es sozusagen negative Schlagzeilen, negative Vorkommnisse gibt. Über die Jugend in unserem Land sollten wir alle uns Gedanken machen. Wir sollten vor allen Dingen mit der Jugend sprechen und mit ihr im Gespräch sein.

Ich möchte hier zu Beginn sagen, daß mir immer wieder stark auffällt, daß die Separation der Generationen dazu führt, daß immer weniger direkte Kontakte stattfinden. Da durch die gestiegene Lebenserwartung in unserem Land der Anteil der Jugendlichen, also derer, die unter 20 oder 25 Jahre alt sind, immer mehr abnimmt, ist die Jugend auf dem besten Wege, sozusagen eine Rarität zu werden.

Das hat zur Folge, daß, wenn wir uns nicht um die direkten Kontakte kümmern, wir überhaupt keine klaren Vorstellungen mehr davon haben, was junge Leute bewegt, wie es jungen Leuten in diesem Lande geht, was ihnen Sorgen macht und worüber sie nachdenken.

Deshalb halte ich es für außerordentlich wichtig, daß wir in guten wie in schlechten Zeiten mit der Jugend im Gespräch bleiben; denn wir alle sagen gerne und häufig: Die

Jugend ist unsere Zukunft. Wenn es dann ins Konkrete geht, wissen wir entweder nicht Bescheid, oder wir haben eine Menge von Gründen, warum wir dieses oder jenes nicht tun können. Deshalb freue ich mich auf diese Diskussion hier. – Zunächst sollte uns Herr Paschert eine kleine Einführung geben.

Bernhard Paschert: Aus dem Arbeitsalltag eines Streetworkers. - Guten Abend, meine Damen und Herren, ich bedanke mich, daß ich auf dem 4. Parteitag der CDU die Gelegenheit habe, von den Sorgen und Ängsten der Jugendlichen, von Tendenzen und Gefährdungen, denen Jugendliche heute ausgesetzt sind, zu berichten.

Ein Satz zu meiner Person: Ich bin Diplomsozialarbeiter, beschäftigt beim Jugendamt der Stadt Münster, einer Stadt mit 300 000 Einwohnern in Nordrhein-Westfalen. Hauptberuflich bin ich seit sieben Jahren in der Jugendarbeit tätig, seit zwei Jahren als Streetworker auf der Straße.

Ich möchte direkt in das Thema einsteigen und Ihnen aus dem Lebensalltag der Jugendlichen, die auf der Straße leben, berichten.

Die Medien überschlagen sich mit täglich neuen Hiobsbotschaften über Ausuferungen jugendlicher Gewalt. Angesichts der zunehmenden Härte und Brutalität, die heute bei Jugendlichen zu beobachten ist, sind neue Konzepte gefragt. Der Ruf nach Streetwork wird lauter, um der Hilflosigkeit begegnen zu können. In meiner Arbeit als Streetworker habe ich mit den Jugendlichen zu tun, die eine erschreckend hohe Bereitschaft zur Gewalt akzeptieren.

Streetwork, eine Form der Sozialarbeit, orientiert sich an den konkreten Alltagssituationen der Jugendlichen, Streetwork geht zu den Jugendlichen, sucht sie in ihren Lebenswelten auf und findet somit Zugangsmöglichkeiten und Veränderungsmöglichkeiten. Indem man in die Szene geht, deren Lebensgewohnheiten kennenlernt, akzeptiert und den defizitären Ansatz außen vorläßt, können verlässliche Hilfen individuell auch für ganze Gruppen aufgebaut werden.

In Münster arbeite ich am Hauptbahnhof mit Jugendlichen, die ihren Lebensalltag fernab von jeder bürgerlichen Normalität im Gefährdungsbereich verbringen: Punks, Ausreißer, Straßenkinder. Allen gemeinsam ist das Problem der Gefährdung im Suchtbereich, im Kriminalitätsbereich, im Bereich der Gewalt.

Das System Bahnhof mit seinen subkulturellen Elementen ist ein Ort der Verführungen, aber auch ein Ort der sozialen Anerkennung und Unterstützung. Organisierte Jugendliche aus dem rechten Spektrum sind dort zwar nicht zu finden, die Ausgrenzung und das Gefühl von Ohnmacht und Hilflosigkeit sind aber für die Jugendlichen ein guter Nährboden für ein extremistisches Gedankengut in jeder Hinsicht.

In den letzten Jahren haben sich für mich vier zentrale Themen herauskristallisiert, die regelmäßig zu beobachten waren: Erstens. Jugendliche, die Gewalt ausüben, haben sehr häufig in ihrer Kindheit Gewalt erfahren. In der Streetwork trifft man immer wieder Jugendliche, die in ihrer Herkunftsfamilie massiv mißhandelt, mißbraucht und vernachlässigt wurden. In einem Bezugssystem wie dem der Familie, das eigentlich Wärme und Geborgenheit, Förderung und Zuwendung bieten soll, damit aber völlig überfordert ist, wird Gewalt produziert.

Zweitens. Wo Familienbilder auseinanderfallen, fehlt es Jugendlichen an Orientierungen. In einer Gesellschaft, die sich dermaßen rasant verändert wie hier unsere westlichen Industrienationen, sind soziale Institutionen gefordert, das aufzufangen, was Eltern nicht mehr leisten können. Schaffen soziale Einrichtungen dies nicht, sucht der Jugendliche diese Orientierung ausschließlich bei Gleichaltrigen in der Szene.

Mit dem erhöhten Maß an Wahlfreiheit wächst die Qual der Entscheidung und die Verführung des Verdrängens durch den Suchtbereich, den Suizid oder die Gewaltbereitschaft. Gewalt auszuüben bedeutet, mit sehr primitiven, aber sehr wirkungsvollen Mitteln die eigene Ohnmacht zu übertünchen und sich den Eindruck zu besorgen, das Leben gut im Griff zu haben.

Drittens. Gewalt ist für Jugendliche ein mittlerweile legitimes Mittel, um aus einer ohnmächtigen Situation herauszukommen. Jugendliche, die gesellschaftlichen Mißständen, z.B. Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, chancenlos ausgeliefert sind und damit ausgegrenzt werden, sind eine gute Zielscheibe für faschistoides Gedankengut. Sie erleben, daß einerseits Lichterketten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gebildet werden, andererseits die Gesellschaft diese Jugendlichen aber ausgrenzt.

Vierter und letzter Punkt. Gewalt von und unter Jugendlichen ist nur ein Indiz einer Ursache, deren Wurzeln wesentlich tiefer liegen. Wer nur das Gewaltphänomen behandelt, unterliegt einer gefährlichen Fehleinschätzung.

Streetwork kann neben den anderen Formen der Jugendarbeit mit dazu beitragen, daß die Gewaltbereitschaft und die Akzeptanz zur Gewaltverherrlichung unter Jugendlichen wieder reduziert werden. Dies kann nur mit professionellen Rahmenbedingungen erreicht werden.

Leider ist es so, daß im sozialen Bereich immer wieder reagiert werden muß. Wir brauchen vor Ort Jugendeinrichtungen, die gut ausgestattet sind. Wir brauchen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die mit einer guten Qualifikation die notwendige Beziehungsarbeit leisten und damit eine grundlegende Veränderung herbeiführen.

Jugendarbeit ist ein wichtiger Pfeiler, der im prophylaktischen Bereich das Familiensystem wirkungsvoll unterstützen und Gewalt im Ursprung verhindern kann. Wir müssen weg von der Gewaltdiskussion und hin zu einer ganzheitlichen Form, die positive Orientierungsmuster für Jugendliche bietet.

Ich denke, daß ich im Verlaufe der Diskussion noch Gelegenheit habe, einige Praxisbeispiele nachzureichen.

(Beifall)

Vors. Dr. Angela Merkel: Herzlichen Dank, Herr Paschert. Ich war selber einmal in Münster und habe mit den Jugendlichen dort gesprochen, mit denen auch Sie arbeiten. Ich muß Ihnen schon sagen, daß man stark beeindruckt ist, wenn das Leben von Jugendlichen, die keine Wohnung haben, beschrieben wird bzw. wenn die Jugendlichen selber ihr Leben beschreiben.

Man kann natürlich fragen, warum sie keine Wohnung haben, und darüber viel philosophieren. Tatsache ist, daß diejenigen, die dort vor einem sitzen, keine haben. Die Spirale, in die diese Jugendlichen dann hineingeraten - das haben Sie eben schon gesagt -, ist ziemlich unauflösbar und führt zu Gegebenheiten, die man sich sonst im täglichen Leben nicht vorstellt.

Wenn ich dann auf der anderen Seite sehe, unter welcher schwierigen Situationen Sozialarbeiter oft ihre Arbeit tun, ist es meiner Ansicht nach gerechtfertigt, daß wir auch darüber einmal diskutieren.

Wir kommen jetzt zum Auftritt der Schülerinnen und Schüler aus Greifswald. Zunächst einmal herzlichen Dank, daß ihr gekommen seid. Ich bin auf diese Idee gekommen, weil ich einmal in Greifswald an der Universität war und von den Vorgängern dieser

Schüler etwas vorgespielt bekommen habe, was mich beeindruckt hat. Wir wollen einmal sehen, was ihr heute zu bieten habt. Bühne frei!

(Beifall –
Vorführung einer Schülergruppe des
Humboldt-Gymnasiums Greifswald)

Vors. Dr. Angela Merkel: Ganz herzlichen Dank, verbunden mit der Einladung, bei der Diskussion nachher durchaus mitzumachen und, wenn aus eurer Sicht „Blech“ gesprochen wird, euch ruhig einzumischen.

Jetzt werden hier oben die Podiumsteilnehmer kurze einführende Bemerkungen machen, bevor wir dann ins Gespräch kommen.

Alan Boyles: Ich bin etwas südlich von Mosambik geboren - das ist vorhin in dem Stück vorgekommen -, nämlich in Südafrika. Ich bin seit 1973 in Deutschland, verheiratet und habe zwei jugendliche Kinder, 17 und 19 Jahre alt. Ich bin ehrenamtlicher Diözesanvorsitzender der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg in der Diözese Berlin und leite auch eine Jugendgruppe in Berlin-Kreuzberg, wo ich wohne.

Meine Damen und Herren! Liebe Jugendlichen! Kaum ein Thema hat uns in den letzten Jahren so beschäftigt wie das der zunehmenden Gewalt unter Jugendlichen, hauptsächlich gegen Ausländer gerichtet. Obwohl die Gewalttäter einer kleinen Minderheit angehören, weisen Zustimmung, sogar Applaus für ihre Taten auf eine große Sympathieschicht in der Bevölkerung hin.

Gewaltszenen unter den Jugendlichen hat es immer gegeben. Die Zuspitzung jetzt ist leider in den Folgen der Wiedervereinigung zu sehen. Der gesellschaftliche Umbruch ist für viele Jugendliche und Erwachsene in den neuen Bundesländern zu einem Zusammenbruch geworden. Der erhoffte Wohlstand ist ausgeblieben, und eine hoffnungslose Orientierungslosigkeit in einer zunehmend komplizierteren und unüberschaubareren Gesellschaft hat sich bei vielen Jugendlichen breitgemacht.

Das Vertrauen in Politiker ist auf einem Tiefstand. Zunehmend wird den Wessis nur mit Mißtrauen von den Ostjugendlichen begegnet, ein Nährboden für Gewalt. Eins haben die Jugendlichen erkannt: Nur Gewalt garantiert Aufmerksamkeit.

Leider gibt es keine Zauberformel für eine rasche Veränderung. Einerseits muß Gewalt mit den geltenden Gesetzen bekämpft werden, andererseits muß Vertrauen in eine Demokratie ohne Mogelpackungen konsequent wieder aufgebaut werden, und zwar von allen gesellschaftlichen Gruppierungen: Staat, Gemeinde, Schule, Kirche, Familie, Jugendverbänden und den Initiativen.

Die enorme Arbeitslosigkeit ist der erste Stolperstein. Das Versprechen, Lehrstellen für alle Jugendlichen aus den neuen Bundesländern zur Verfügung zu stellen, muß eingehalten werden, ohne die Jugendlichen in den alten Bundesländern zu benachteiligen, und es muß eine Perspektive darüber hinaus geschaffen werden. Begegnungen zwischen Ost- und Westjugendlichen müssen vorrangig gefordert und gefördert werden, um die zunehmenden Vorurteile abzubauen.

Zahlreiche Artikel, Gespräche und Studien zur Jugendgewalt z.B. in Brandenburg und Sachsen haben wertvolle Analysen erbracht. Ich will mich nur auf einige praktische Aspekte der Jugendarbeit aus der Verbandssicht beschränken.

Die verbandliche Jugendarbeit hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen Beitrag zur personalen Entfaltung junger Menschen zu leisten. Begegnungen, Orientierungen und Wertevermittlungen sind die Ziele ihrer Arbeit. Dabei ist die Unterstützung des

Staates unverzichtbar. Programme wie AFT, Sommer der Begegnung, Jugend mit Zukunft – in Berlin – usw. sind wichtig, können aber nicht auf Kosten der präventiven Jugendarbeit gehen.

Gerade in Berlin erfahren Jugendverbände einen Abbau des Bundesjugendplans, Sonderplan Berlin, mit nur einer begrenzten Übernahme in den Landesjugendplan. Eine kontinuierliche hauptamtliche Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit muß gesichert sein.

Aus meinem Verband kenne ich den ungeheuren Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter. Es wird in letzter Zeit immer wieder verstärkt betont, daß die Gesellschaft Wert auf die Leistung ehrenamtlicher Mitarbeiter legt. Wenn dies tatsächlich so ist, dann muß die Gesellschaft, z.B. die Gemeinde, Verwaltungen, Landkreise usw., das auch deutlich machen. Nur mit einer ausreichenden Anzahl von motivierten Gruppenleitern können wir unseren Teil zur Begegnung, Orientierung und Wertevermittlung leisten.

Zum Schluß ein letztes Beispiel aus der Praxis: Der DPSG-Diözesanverband Berlin, von Jütteburg im Land Brandenburg bis Rügen an der Ostsee, sucht intensiv nach einer Kinder- und Jugendeinrichtung zur Nutzung als Begegnungsstätte für Kinder und Jugendliche sowie als Ausbildungsort für Gruppenleiter. Eine Beteiligung an Ausschreibungsverfahren der Treuhandanstalt gibt uns wenig Chancen auf Erfolg. Verhandlungen mit den Verwaltungen haben ebensowenig gebracht.

In meiner Ausführung habe ich versucht, praktisch und praxisbezogen zu bleiben. Helfen Sie uns, unsere unverzichtbare Arbeit, die jetzt dringlicher geworden ist, zu leisten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Hermann Gröhe: Meine Damen und Herren, ich will mit der Sorge beginnen, daß die dramatische Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt, für die zu etwa 75 % junge Leute unter 20 Jahren, davon weit über 90 % Jungen oder junge Männer, verantwortlich sind, sehr schnell wieder für parteipolitisch motivierte Verkürzungen Anlaß gibt und dann sehr schnell die SPD gerne über Kürzungen im Sozialbereich, die CDU sehr schnell und sehr gerne über die wilden Folgen der wilden 68er Jahre und die antiautoritäre Erziehung redet.

Ich habe zunächst einfach nur den Wunsch, daß jeder, bevor er sein Lieblingsthema in dieser Frage auspackt, sich einmal überlegt, ob man damit der Komplexität der Ursachen und damit auch den vorbeugenden Maßnahmen, wenn es um gewalttätige Jugendliche geht, gerecht wird.

Würde ich von der SPD eingeladen, würde ich möglicherweise über die Verhöhnung des Rechts während der Studentenrevolte oder über die friedensbewahrende Rolle des Rechts sprechen. Hier hat es sicherlich Dinge gegeben, die aufzuarbeiten sein werden.

Hier bei uns möchte ich über die Frage reden: Wo ist das Gewaltphänomen unter Jugendlichen eine sozialpolitische Herausforderung? Ich frage bewußt, wo das eine sozialpolitische Herausforderung ist, weil ich nicht nur soziale Ursachen meine. Natürlich gibt es eine Fülle sehr individueller Ursachen, die der politischen Ursachenbekämpfung ohnehin kaum zugänglich sind: Konflikte bei der Ablösung vom Elternhaus, Konflikte in Beziehungen. Herr Paschert hat die Jugendlichen angesprochen, die zu Hause selber Gewalt erfahren.

Wenn hier auch nicht alle Ursachen politisch lösbar sind, dann bedarf es doch sicher eines Netzwerkes der Selbst- und Nächstenhilfe. Dies zu fördern und zu ermöglichen ist eine sozialpolitische Aufgabe, damit in solchen Schwierigkeiten, die sehr individuelle Ursachen haben können, eine Hilfe zur Verfügung steht.

Bei der Frage, wie man mit Problemen umgeht, wäre sicherlich auch anzusprechen: Wie befähigt Erziehung zum richtigen Umgang mit Problemen? Ich habe eben schon einmal gesagt, wie schnell dann der Hinweis auf die antiautoritäre Erziehung und ihre Folgen kommt. Nur, Untersuchungen belegen ja, daß im Gegenteil Jugendliche, die im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten straffällig geworden sind, sehr wohl etwa von sehr autoritären Elternhäusern und der Angst, Erwartungen nicht Rechnung tragen zu können, sprechen.

Im übrigen glaube ich, daß auch auf einem solchen Bundesparteitag, der dieses Thema und insgesamt das Thema Erziehung behandelt, gesagt werden muß, daß es Erziehungsverweigerung oder Nichterziehung in dieser Gesellschaft nicht nur aus einer Ideologie heraus, sondern auch aus ökonomischen Zwängen oder als Folge einer Wohlstandsverwahrlosung gibt, und hier sicher die Verkürzung auf eine bestimmte pädagogische Überzeugung zu kurz greift.

Wenn es um diejenigen geht, die möglicherweise helfen, durch Jugendarbeit konkrete Angebote für junge Leute zu machen, will ich nur wenig ergänzend zu dem sagen, was Herr Boyles angesprochen hat.

Ich verstehe eine gewisse Verärgerung bei all denen, die Jugendarbeit machen, wenn nach den Schreckensbildern von Rostock-Lichtenhagen sehr schnell alle von der Stärkung der Jugendarbeit sprechen, aber dann, wenn es konkret um den Haushaltsausgleich geht - die Diskussionen laufen ja in jeder einzelnen Kommune -, man sich daran erinnert, daß Jugendarbeit eine freiwillige Aufgabe ist. Freiwillige Aufgabe heißt in finanzpolitisch schlechten Zeiten immer: Das ist eine Aufgabe, die schnell der Kürzung anheimfällt. Ich denke sehr wohl, daß wir angesichts sehr geringer Summen in diesem Bereich darüber nachdenken müssen.

Wir müssen uns aber auch überlegen - ich möchte das wirklich einmal so konkret hier sagen -, welche Auswirkungen das hat. Welche Auswirkungen hat eine 10%ige Kürzung eines Jugendetats, wenn die Fixkosten für Einrichtung und Personal fest laufen? Das hat längst die Konsequenz, daß, wenn es um konkrete Veranstaltungen, Jugendfreizeiten und -maßnahmen, Jugendkulturprogramme und anderes mehr geht, Kürzungen bis zu 20 % und mehr folgen müssen, weil im Personaletat oder in Einrichtungen eine Null-Prozent-Steigerung durchzusetzen schon eine außerordentliche Leistung des Kämmerers oder anderer erfordert, und das in einer Zeit, wo die Anforderungen an diesen Bereich dramatisch angestiegen sind.

Ich will, weil hier vieles nur kurz angerissen werden kann und dann in der Diskussion vertieft werden möge, nur auf das Problem hinweisen, daß Jugendarbeiter oder diejenigen, die haupt- oder ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig sind, mit der großen Herausforderung zu tun haben - ich denke, sie ist in den letzten Jahren gewachsen; ich habe selber Erfahrungen in der evangelischen Jugendarbeit -, daß immer mehr Jugendliche, die es sich leisten können, von einem sehr ausgiebigen gewachsenen kommerziellen Freizeitangebot Gebrauch machen. Ich sage es einmal sehr salopp. Da, wo die Jugendlichen sich dies nicht leisten können, wo sie das Gefühl haben, nicht mehr mithalten zu können, dort sammeln sie sich in Jugendheimen oder in der Jugendarbeit. Dort ist das notwendige Miteinander von Jugendlichen mit unterschiedlichsten gesellschaftlichen Hintergründen immer weniger gegeben. Dadurch wird man natürlich vor ganz neue pädagogische Herausforderungen gestellt.

Neben diesen individuellen Fragestellungen und dem, was Jugendarbeit angeht, will ich ein Stichwort zu den ebenfalls klar auf der Hand liegenden sozialen Ursachen nennen, wo es sicher falsch wäre, zu sagen: Genau das ist die Ursache.

Wenn eine Studie des Ministeriums für Frauen und Jugend zu dem Ergebnis kommt, daß die Klammer der Motive vieler fremdenfeindlicher Straftaten in eher diffusen Gefühlen und Vorstellungen, einer generellen Bedrohung und Benachteiligung der Deutschen gegenüber den Ausländern, insbesondere gegenüber den Asylbewerbern, zu sehen ist, eine Vorstellung, die sich vor allem auf die Wohnraumbeschaffung, die staatliche Alimentierung usw. bezieht, dann sieht man schon, daß die Angst, zu kurz zu kommen, die Angst vor Benachteiligung und Bedrohung, festgemacht an Themen wie Wohnungsmarkt, wie Ausbildungschancen, wie Arbeitsmarktsituation, ernst zu nehmen ist.

Angela Merkel hat die Jugendlichen erwähnt, die ohne Wohnraum sind. Der Deutsche Kinderschutzbund sagt: Allein in Westdeutschland sind es 500 000 Kinder, die in Obdachlosigkeit oder in vergleichbar verheerenden Wohnraumverhältnissen leben. Da mag man den Kopf schütteln. Aber es gibt eine Reihe von Untersuchungen, die die krassen Zahlen in dieser oder ähnlicher Größenordnung bestätigen.

Ich frage mich schon, wenn man Werterziehung das Wort redet, wie Wertschätzung möglich sein soll, wenn unter bestimmten Wohnraumbedingungen oder sogar bei fehlender Wohnung nicht einmal Selbstachtung entwickelt werden kann.

Was Bildung und Arbeit angeht, so wäre es sicher verkürzt, so zu tun, als seien die Arbeitslosen oder diejenigen ohne Bildungsabschluß hier in besonderer Weise gefährdet. Aber es muß schon daran erinnert werden, daß etwa 20 % der 18- bis 20jährigen Gewalttäter gegen Fremde in unserem Land arbeitslos sind - in den neuen Ländern liegt diese Zahl zum Teil weit höher -, daß 16 % ohne Abschluß sind oder nur einen Sonderschulabschluß haben.

Ich denke schon, ohne daß man damit das ganze Problem umfaßt: Man sieht, Bildung und Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind auch Teil der Gewaltprävention.

Weil wir konkret sein sollen, will ich eine gute und eine schlechte Nachricht in diesem Zusammenhang nennen. Ich halte es für einen Fehler, daß bei der letzten Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes Maßnahmen zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses gestrichen worden sind, ohne daß zunächst mit den Ländern, die für die Schulpolitik eigentlich zuständig sind, Vereinbarungen über die Fortsetzung solcher Maßnahmen erzielt worden sind. Wenn man weiß, welche Chancen es auf dem Ausbildungsmarkt ohne Schulabschluß gibt, erkennt man, daß das falsch war.

Ich gebe umgekehrt Alan Boyles recht: Auch ich halte es für eine gute Nachricht, daß sich die Bundesregierung entschieden hat, alles zu tun, um die 10 000 noch fehlenden Ausbildungsplätze in den jungen Bundesländern zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, wir müssen Bildung und Ausbildungsplatzsituation wirklich als wesentliches Element der Gewaltprävention begreifen.

(Beifall)

Vors. Dr. Angela Merkel: Herzlichen Dank, Hermann Gröhe. Jetzt sicherlich aus ganz anderer Sicht Frau John und die beiden Jugendlichen.

Barbara John: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wir sprechen über Jugendliche, und dazu gehören heute überall auch Jugendliche von ethnischen Minderheiten, die in Deutschland leben. Ihre Zahl ist nicht klein. Sie beträgt etwa 1,3 bis 1,4 Millionen. In Berlin ist es jeder fünfte Jugendliche, und in Deutschland ist es etwa jeder sechste Jugendliche.

Man findet sie überall, natürlich in der Schule, natürlich in der Freizeit. Wenn sie Glück haben, kommen sie in eine Diskothek hinein. Man findet sie im Straßenbild, und man findet sie heute sogar auf dem Bundesparteitag der CDU in Berlin.

Ich will meine Redezeit mit ihnen teilen. Ich möchte als erster Yildiz das Wort geben.

(Beifall)

Yildiz Gündogdu: Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich bei Ihnen allen und bei Frau Barbara John, unserer Ausländerbeauftragten, dafür bedanken, daß Sie mir heute die Gelegenheit geben, als türkischstämmige Bürgerin hier zu sprechen.

Ich möchte mich Ihnen zuerst kurz bekannt machen: Ich lebe seit 1981 hier in Berlin und studiere zur Zeit an der FU Berlin im Fachbereich Rechtswissenschaft.

Wie wir alle wissen, ist es heute das erste Mal, daß eine türkischstämmige Bürgerin vor einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union sprechen darf.

(Beifall)

Wie wir alle wissen, ist die Beteiligung der jungen Ausländergeneration in den Parteien sehr gering, sogar fast nicht gegeben. Ich persönlich habe mir darüber Gedanken gemacht, wo die Ursachen für diese Tatsache liegen.

Als erstes ist mir aufgefallen, daß durch die angewandte politische Taktik der anderen Parteien die CDU als eine ausländerfeindliche und negative Partei dargestellt wird. Diese Parteien erregen bei vielen ausländischen Mitbürgern Sympathie, indem sie rechtlich nicht realisierbare Fakten vorspielen, z. B. die Einführung der Kommunalwahlen für ausländische Mitbürger.

Ich bin der Meinung, daß die CDU eine ausländerfreundliche und tolerante Partei ist. Ihre politischen Richtlinien sind auf der Basis einer international sicheren Zukunft gegründet. Deshalb sollte die CDU als eine Volkspartei den Mitbürgern vor Augen führen, daß sie eine realistisch denkende, tolerante und für alle offene Partei ist.

Obwohl ich Bürgerin dieses Staates bin, mit allen Rechten und Pflichten, habe ich mich bis heute von den Aktivitäten der Partei nicht angesprochen gefühlt. Aus diesem Grunde würde es mich sehr freuen, wenn Sie als eine große Volkspartei Ihre Politik für uns Jugendliche zugänglicher machen würden. Sie sollten den ersten Schritt tun und uns auffordern, bei Ihnen mitzuwirken.

(Beifall)

Somit könnten wir gemeinsam eine gegenseitige sichere Zukunft für uns alle aufbauen.

Ich möchte als nächstes auf einen Punkt eingehen, der zur Zeit sehr aktuell ist: die Forderung zur Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Innerhalb der Bevölkerung wird der Anschein erweckt, daß dies die einzige und beste Lösung für die zur Zeit oft herrschende Ausländerfeindlichkeit und für den Rassismus ist.

Ich bin der Meinung, daß eine generelle Doppelstaatsbürgerschaft verschiedene rechtliche sowie soziale Probleme hervorrufen würde. Aus diesem Grund sollte man lieber die Einbürgerung erleichtern; denn es wäre für uns Jugendliche moralisch leichter, uns einbürgern zu lassen, ohne die Voraussetzung der Ausbürgerung. Denn ich habe selber erfahren, wie sich meine Eltern weigerten, als sie hörten, daß ich aus der türkischen Staatsbürgerschaft austreten müßte, um die deutsche zu erlangen. Dies führte bei mir zu Konflikten innerhalb der Familie.

Um eine generelle Antwort auf die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft zu finden, müßte die Lösung bei dieser Frage nach meiner Meinung innerhalb der europäischen Gemeinschaft gesucht und gefunden werden. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vors. Dr. Angela Merkel: Herzlichen Dank, Yildiz. Wir werden nachher vielleicht noch manches vertiefen können. - Erdal, bitte schön.

Erdal Safak: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst auch bei Frau Barbara John dafür bedanken, daß sie uns die Möglichkeit geschaffen hat, hier reden zu können. Außerdem möchte ich mich bei ihr dafür bedanken, daß sie sich sehr für die Werkstatt der Kultur engagiert hat, die demnächst in Neukölln eröffnet werden soll. Sie wird viele Gemeinden unterschiedlicher Herkunft beherbergen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Student, in der Türkei geboren und mit zehn Jahren nach Berlin gekommen. Ich habe hier das Abitur gemacht, und ich habe nun die Ehre, hier vor Ihnen zu sprechen. Ich wurde gebeten, einiges zur Lage der Jugendlichen in Deutschland und insbesondere natürlich in Berlin, denn ich bin Berliner, zu sagen, und zwar über die Jugendlichen mit nichtdeutschem Ausweis. Ich bin mir bewußt, daß die Zeit sehr knapp ist, und ich kann deshalb leider die Lage nicht genau beschreiben, denn sie ist sehr komplex. Deshalb möchte ich nur einige Stichworte geben, die - hoffentlich - meine Vorstellungen und meine Erfahrungen charakterisieren.

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich ein Kind vor, das nach Deutschland gekommen ist oder kommt oder in Deutschland geboren worden ist. Dieses Kind hat schwarze Haare, braune Augen und Eltern, die als Ausländer bezeichnet werden. Deshalb darf es z.B. auch keinen deutschen Ausweis bekommen bzw. bekommt ihn nur sehr schwer. Dieses Kind ahnt zunächst noch nichts. Es geht in die Schule, es spricht deutsch als Muttersprache - viel besser als die Sprache seiner Eltern -, es denkt deutsch, es träumt deutsch, es zieht sich deutsch an, es isst deutsch. Dieser Mensch fühlt sich als ein Teil Deutschlands, als ein Kind Deutschlands. Dieses Kind wächst weiter heran. Es kommt in die jugendliche Phase. Wir wissen aus der Psychologie, daß bestimmte Vorgänge dazu führen, daß man seine Umwelt anders, wahrscheinlich noch genauer analysierend wahrnimmt. Was passiert mit diesem Kind? Dieser Jugendliche erschrickt, denn er wird als Ausländer beschimpft, er soll das Land verlassen, und dieses Kind hat, nachdem die Berufsausbildung beendet ist, keine Arbeitsstelle mehr, es wird nicht aufgenommen. Und außerdem - das ist auch sehr wichtig, ich bitte Sie, sehr genau zuzuhören - hat dieses Kind auch noch Probleme mit seinen eigenen Eltern, denn diese Eltern sind der Meinung, daß dieses Kind nicht mehr das vertritt, wofür sie gestanden haben. Das heißt, daß dieses Kind vielleicht schon zu deutsch ist. Ich meine das nicht negativ, aber diese Eltern sagen das.

Was macht dieses Kind? Es verzweifelt, es sucht nach Hilfe. Eigentlich ist es ein Jugendlicher, aber in seiner Verzweiflung ist es immer noch ein Kind. Dieses Kind und seinesgleichen wollen nun auf den größten Teil der Bevölkerung zugehen, auf jene, die einen deutschen Ausweis besitzen, denn von dort erhoffen sie sich am ehesten Hilfe. Ich muß aber sagen, in der Mehrheit treffen sie auf Ablehnung. Es gibt natürlich erfreuliche Ausnahmen, aber die Resultate sind ablehnend. Sie treffen auf kein Interesse.

Diese Menschen suchen weiterhin nach Hilfe. Sie suchen z.B. Hilfe beim Staat, aber ich muß auch hier leider feststellen, der Staat und damit auch die Regierung sieht tatenlos zu, wie z.B. in Mölln oder in Solingen unschuldige Frauen und Kinder, die in keiner Weise, wirklich in überhaupt keiner Weise in Beziehung zu den Tätern stehen, nachts verbrannt werden. Sie wissen nicht, wie sie sich helfen sollen, sie können sich nicht einmal frei bewegen. Wenn diese Menschen im ehemaligen West-Berlin leben wie ich z.B., dann trauen sie sich nicht in den Ostteil der Stadt. Die Eltern raten ihnen

auch davon ab. Was sollen sie tun? Sollen Sie sich vielleicht bewaffnen, wie es viele Journalisten und andere Leute sagen? Diese Menschen wissen genau, daß diese Fragen nicht aus Sorgen um sie kommen, sondern aus Sorge um sich selbst. Aber diese Menschen bewaffnen sich nicht, sie wollen sich auch nicht bewaffnen. Sie wollen aber auch nicht nachts in Angst leben, bis sie vielleicht dran sind. Sie wollen, daß der Staat endlich von seinem Gewaltmonopol Gebrauch macht und sie schützt. Sie wollen aber auch gleiche Rechte bei gleichen Pflichten, gleiche Rechte und gleiche Lebenschancen.

Zum Abschluß möchte ich bemerken, ich habe keine Patentlösung für diese Probleme. Es ist mir in der Kürze der Zeit auch nicht möglich, noch tiefergehendere Ursachen oder Gründe zu nennen. Es gibt aber einige Vorschläge, die meines Erachtens wirklich Lösungen andeuten. Von meiner Vorgängerin wurde z.B. die doppelte Staatsbürgerschaft nach dem Territorialprinzip als keine Lösung angesehen. Ich bin entgegengesetzter Meinung, denn die doppelte Staatsangehörigkeit ist nur Stichwort. Damit werden vielleicht erst einmal einige Leute abgeschreckt. Was aber soll sie bewirken, was ist der Grund für so etwas? Da muß man allgemeiner sprechen, man muß mit Maßnahmen kommen, die diesen Menschen das Gefühl vermitteln, daß sie ein integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft sind und daß sie als Menschen mit eigener Persönlichkeit angesehen werden und nicht als Ausländer oder als Arbeitskräfte, die gerade einmal so geduldet werden, weil sie vielleicht nützlich sein könnten.

Um diese Probleme zu lösen, gibt es folgende Punkte. Das gilt für alle Menschen, das gilt auch für uns, das gilt für Sie, die Sie hier zuhören, das gilt vor allem für die Politiker. Um diese Probleme zu lösen, müssen wir mit echter emotionaler Wertschätzung und unbedingter Akzeptanz rechnen, denn wir wollen auch als Teil dieser Gesellschaft diese Gesellschaft aufbauen. Wir, meine Damen und Herren von der CDU, behaupten, wir helfen, die Zukunft Deutschlands zu sichern. Diese Leute müssen akzeptiert werden, sie müssen als Menschen, als Teile der Gesellschaft, als Kinder Deutschland angesehen werden, aber nicht, indem man sie vor eine absolute Entscheidung stellt, entweder verlierst du deine Identität vollkommen, oder du hast hier nichts zu suchen. Ich würde gerne noch einiges sagen, aber meine Vorbereitungszeit war ziemlich kurz, wie ich zugeben muß, und deshalb danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vors. Dr. Angela Merkel: Herzlichen Dank für die beiden Schilderungen. Ihr seid beide Studenten. Ich möchte nur sagen, damit auch das gesehen wird: Nur jeder 21. der 18- bis 25jährigen türkischen Bewohner in Deutschland geht auf eine Hochschule. Ihr seid also die absolute Ausnahme. Nur jeder 16. geht auf ein Gymnasium. Die deutschen Zahlen liegen da ganz anders; jeder hat da Vorstellungen.

Claudia Nolte: Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Ich versuche, mich in meinem Statement bewußt darauf zu konzentrieren, was Hermann Gröhe bewußt ausgelassen hat. Die Fragen der Gewaltbereitschaft Jugendlicher sind so komplex, daß sowohl die Sozialpolitik als auch die Frage nach der wertorientierten Erziehung betrachtet werden müssen. Heute morgen sprach der Bundeskanzler von der Unsicherheit, die viele junge Menschen haben, und das in einer Zeit, wo die junge Generation Perspektiven hat, wie sie keine vorher hatte. Unsicherheit empfinden aber auch die Älteren. Wie sollen sie, um das einmal platt zu sagen, die in ihrer Mehrheit fast alles haben und doch unzufrieden sind, mit dem Problem umgehen?

Ich denke, es ist zu kurz gegriffen, wenn man die Lebenssituation Jugendlicher auf materielle Aspekte einengt. Die junge Generation hat heute in der Tat mehr Chancen

und Möglichkeiten als noch die Generation vor ihr. Das schließt aber auch ein Mehr an Verantwortung ein. Die Lebenssituation Jugendlicher ist bestimmt durch Pluralisierung und Individualisierung. Jungen Menschen stehen heute eine Vielzahl von Entscheidungsmöglichkeiten offen, angefangen beim Freizeitangebot bis hin zur Studien- und Berufswahl, losgelöst von tradierten Vorgaben. Diese Freiheit bedeutet verantwortungsvolles Entscheiden. Mit dem Verlust von Traditionen, mit dem Nicht-mehr-Akzeptieren von Autorität, dem Infragestellen verbindlicher Werte und in einem Klima materieller Ausrichtung ist dieses verantwortungsvolle Entscheiden, dieses Orientierung-Finden aber für Jugendliche schwer.

Dazu kommt, daß Jugendliche unter Entscheidungsdruck stehen. Das heißt, sie haben auch einen Zwang, sich entscheiden zu müssen, und jede Entscheidung schließt die Möglichkeit der Fehlentscheidung ein.

Bei allen Möglichkeiten, bei dem Wohlstand, den die meisten Jugendlichen als selbstverständlich ansehen, bei den Chancen der unterschiedlichsten Bildungswege in Deutschland und in ganz EG-Europa, die offenstehen, vermissen viele junge Leute, auch wenn sie es vielleicht nicht so aussprechen, nicht so artikulieren, postmaterielle Werte. Orientierungslosigkeit und Bindungsunfähigkeit werden zu Recht auch als Ursachen der zunehmenden Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und, was ich für eine besorgniserregende Entwicklung halte, von Kindern genannt.

Zuallererst sind die Familien gefordert. Ich halte es für bedenklich, wenn sich nur noch ein Drittel der Eltern für die religiöse Einstellung ihrer Kinder interessiert und nur noch ein Fünftel der Eltern die politische Einstellung ihrer Kinder zu bilden versucht. In den 80er Jahren stimmten 30 % der Jugendlichen in Deutschland in keiner wesentlichen Wertorientierung mit ihren Eltern überein. Selbst in Staaten wie den USA sind das nur etwa 10 % gewesen. Das Erziehungsrecht ist eine Elternpflicht. Es ist notwendig, daß Eltern ihre Kinder positiv beeinflussen, sie motivieren, aber auch Grenzen aufzeigen. Dazu brauchen Eltern Zeit, müssen Ansprechpartner für ihre Kinder sein. Das ist sicher ein Problem in einer sehr mobilen Zeit, die entsprechenden Kontaktmöglichkeiten zwischen Eltern und Kindern zu schaffen. Während der braunen und roten Diktatur wurde der jugendliche Idealismus mißbraucht. Wir müssen uns davor hüten, heute in das andere Extrem zu verfallen, daß wir Jugendlichen und Heranwachsenden keine Ideale oder Vorbilder anbieten.

Maßgeblich waren die Schulen daran beteiligt, als es darum ging, traditionelle Werte zu hinterfragen und in Frage zu stellen. Auch CDU-Kultusminister haben die Gefahren der Frankfurter Schule und ihrer Konfliktpädagogik nicht ernst genug genommen. Wer nur kritisch und mißtrauisch die Welt beobachtet, analysiert und zu entlarven sucht, beschädigt ein Wesenselement jeder Gesellschaft, das Vertrauen. Das Mißtrauen gegen Institutionen, das Verbände, Parteien und Kirchen immer beklagen, ist dafür sicherlich ein Zeichen. Ich denke, es ist heute unbestritten, wie wichtig es ist, daß Schulen auch erziehen, um traditionelle Werte und vor allen Dingen ethische Normen zu vermitteln. Nur durch Wertorientierung läßt sich das Orientierungsvakuum überwinden. – Danke.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans Bertram: Ich will auch zu der Frage nach der Orientierung junger Menschen, wozu wir eigentlich junge Menschen erziehen, einige Thesen formulieren. Die veröffentlichte Meinung tendiert gegenwärtig dazu, viele Jugendprobleme darauf zurückzuführen, daß die Eltern dieser Generation Jugendlicher als 68er mit zu wenig Autorität erziehen. Diese Thesen werden in der „Zeit“, im „Spiegel“ oder im „Focus“ häufig vorgetragen. Guckt man in empirischen Untersuchungen nach, wie denn die

Vorstellungen von Eltern zu Pflichtbewußtsein, Fleiß, Leistung und Gehorsam sind, so stellt man fest, daß die Eltern, die jetzt als 68er erziehen, sich in diesen Werten eigentlich nicht von der eigenen Elterngeneration unterscheiden. Dies gilt noch sehr viel stärker für die neuen Bundesländer, in denen noch sehr viel stärker diese Werte von den Eltern betont werden.

Der vielfach beschworene Wertewandel und das Aufkommen neuer Werte findet sich sehr viel weniger bei den Eltern mit Kindern, sondern ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Teil derjenigen in unserer Gesellschaft, die sich für das Alleinleben entschieden haben, immer größer wird. Gerade dieser Teil der Gesellschaft ist der Träger des beschworenen Wertwandels.

Dennoch gibt es heute große Unsicherheiten, welche Ziele, welche Werte denn als Grundlage der modernen Erziehung in Elternhaus, Schule und Jugendverband vorzugeben sind. Diese Unsicherheit ist meines Erachtens weniger Konsequenz der Entwicklung der Familie als vielmehr Ausdruck der Tatsache, daß sich für moderne Gesellschaften neue Anforderungen stellen, die sich in irgendeiner Weise auch in den Wertvorstellungen und Erziehungsprozessen niederschlagen haben. Im beruflichen Bereich, in der Schule, aber auch in der Öffentlichkeit und Politik geht man davon aus, daß der einzelne selbständig und kompetent die ihm gestellten Aufgaben in eigener Verantwortlichkeit lösen kann. Selbständigkeit, Kompetenz und Eigenverantwortlichkeit sind aber nun einmal Wesensmerkmale individualistischer Persönlichkeitsstrukturen. So zeigt sich beispielsweise in den Diskussionen um den Wirtschaftsstandort Deutschland, daß von den Arbeitnehmern neben hoher fachlicher Qualifikation immer auch wieder solche individualistischen Verhaltensweisen wie Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungsfreude als Wesensmerkmale ihrer Persönlichkeit erwartet werden. Wenn sich Eltern auf der einen Seite bemühen, ihren Kindern ein gewisses Pflichtbewußtsein und Fleiß beizubringen, sich andererseits darum bemühen, möglichst vielen Kindern ein hohes Maß an Qualifikation zu ermöglichen, so kann man zunächst unter dieser Perspektive sagen, daß sich die Eltern außerordentlich bemühen, in Zukunft Arbeitnehmer zu erziehen, die für den Wirtschaftsstandort Deutschland außerordentlich funktional sind.

Das Kernproblem - das ist meine dritte These - der gegenwärtigen Wertedebatte liegt darin, daß diese Merkmale einer individuellen Persönlichkeit in einer Gesellschaft nicht notwendigerweise mit Kooperation und Solidarität verknüpft werden müssen. Solange aber in der Politik, in der Öffentlichkeit und in den Erziehungswissenschaften recht einseitig Verhaltensziele und Verhaltenszüge betont werden, die diese Form des, ich nenne es immer *utilitaristischen Individualismus* - man kann es auch egoistischen Individualismus nennen - in den Mittelpunkt der Debatte stellen, darf man sich eigentlich nicht wundern, wenn Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch ihre Eltern eine solche Entwicklung unterstützen mit der Konsequenz, daß sie diese Form des Individualismus sehr viel stärker entwickeln als andere Formen.

These 4. Diese Entwicklung, daß wir möglicherweise in der gegenwärtigen Gesellschaft sehr viel stärker diese Form eines utilitaristischen Individualismus betonen, hängt auch damit zusammen, daß jene Formen des Lebensumfeldes von Kindern und Jugendlichen, die die Entwicklung von Kooperation und Solidarität zumindest angeregt haben, zunehmend in Frage gestellt werden. Kleinere Familien führen in der Regel dazu, daß eine Solidarität zwischen Geschwistern weniger bedeutungsvoll ist als die Auseinandersetzung mit den erwachsenen Eltern. Schulen, in denen in allen Fächern nur noch die intellektuelle Leistungsfähigkeit des einzelnen in den Mittelpunkt des Unterrichts gestellt wird, fördern mit Sicherheit keine Kooperation und keine

Solidarität. Wenn ich etwa an der Hochschule eine Vorlesung über Moral halte, die Kooperation und Solidarität zum Thema macht, und anschließend in einer Klausur die individuellen Leistungen der einzelnen zu diesem Thema abfrage, bin ich natürlich in meinem Verhalten vollständig kontraproduktiv, weil ich vorher in meiner Vorlesung genau das Gegenteil thematisiert habe.

Jugendverbände, Nachbarschaftshilfe, traditionelle Formen, in denen sich Solidarität entwickeln konnte, sind heute nicht mehr jene zentralen Orte, an denen sich Jugendliche treffen. So muß man vielleicht feststellen, daß in unserer Gesellschaft in den letzten zwanzig Jahren auch unter dem Blickpunkt der Entwicklung des Wirtschaftssystems vor allem jene Formen des eigennützig Individualismus als generelles Erziehungsziel vorgegeben wurden, die uns heute solches Kopfzerbrechen bereiten.

Daraus leite ich These 5 ab. Wir wissen aus der Entwicklungspsychologie, aber auch aus der Erziehungstheorie, daß Formen des kooperativen Individualismus immer dann entwickelt werden können, wenn auf der einen Seite Kinder im Elternhaus eine vertrauensvolle und liebevolle Erziehung erfahren, die es ermöglicht, sich selbst als Person zu achten, denn Selbstachtung ist eine Grundvoraussetzung, auch andere Menschen achten zu können, wie man sich nämlich selber achtet. Aber auch Achtung vor anderen ist kein zufälliges Produkt des Erziehungsprozesses, sondern kann systematisch dadurch gefördert werden, daß Eltern in ihrer Erziehung den Kindern und Jugendlichen die Konsequenzen eigenen Handelns vor Augen führen und daß in der Schule, aber auch in der Hochschule sehr viel stärker, als das heute der Fall ist, Formen kooperativen Arbeitens geübt werden, weil dies sicher eher und leichter zur Einsicht führt, daß Kooperation ein notwendiges Element menschlichen Zusammenlebens ist. Diese Erfahrung macht man am ehesten, wenn man Aufgaben gemeinsam löst.

Ich denke jedenfalls, daß man diese Erfahrung zunächst in der Familie und Geschwistergruppe machen kann, aber auch schon im Kindergarten, in der Schule und im Jugendverband sollten dieses ganz wesentliche Elemente der Erziehung sein. Wenn wir diese Form der Kooperation nicht zum Gegenstand der Diskussion machen, werden wir jenen utilitaristischen Individualismus, den ich am Anfang skizziert habe, weiter verstärken.

(Beifall)

Tamara Zieschang: Frau Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Statement beginne ich mit zwei Gedanken. Erstens ein kurzer Blick auf die anderen Foren, die parallel stattfinden. Forum 1 lautet: „Zu Toleranz und Verantwortung erziehen“. Forum 3: „Für eine neue Ethik der Medien“. Forum 4: „Den inneren Frieden schützen“. Alle drei Foren bekunden bereits in ihrer Überschrift eine politische Absichtserklärung. Die Überschriften zeigen, was die CDU im Hinblick auf ihre Medien-, Bildungs- und Sicherheitspolitik erreichen will. Unser Forum lautet: „Jugend in Deutschland“. Fällt der CDU zur Jugendpolitik nicht mehr ein? Verfolgt sie in der Jugendpolitik überhaupt ein politisches Ziel?

(Beifall)

Zweitens. Als Einführung in dieses Forum hat ein Streetworker, Herr Paschert, über seine Erfahrungen aus seiner Arbeit berichtet. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß sich Jugendpolitik immer erst dann mit Jugendlichen auseinandersetzt, wenn sie der Gesellschaft unangenehm auffallen. Wenn Jugendliche Drogen nehmen, wenn sie rechts- oder linksradikale Parolen rufen, wenn sie gewalttätig sind, dann sind sie von allgemeinem gesellschaftlichen Interesse. Doch, ist das die

Mehrheit der Jugendlichen? Diese Frage kann wohl jeder mit nein beantworten. Jugendpolitik muß differenziert sein. Sie darf sich deshalb nicht nur mit einer Minderheit auseinandersetzen. Jugendpolitik darf nicht zu einer Krisenverhinderungspolitik werden.

(Beifall)

Deshalb will ich im folgenden auch einen kleinen Gegenakzent zum bisher Gesagten setzen, denn unser Forum heißt schließlich nicht „Jugend und Gewalt“, sondern „Jugend in Deutschland“.

(Beifall)

Unter den heutigen Jugendlichen lassen sich meines Erachtens, auch wenn es die Jugend nicht gibt, einige Trends, unabhängig vom Elternhaus und der Art der Ausbildung, feststellen. Im Gegensatz zu früheren Generationen, der No-Future- oder Null-Bock-Generation, steckt in der heutigen Jugend Leistungswille, aber auch Lebens- und Genußfreude. So ist die Selbstverwirklichung für Jugendliche im Beruf ein ganz zentrales Moment. Auch an den Hochschulen bemerkt man den verstärkten Drang, das Studium schnell und mit Zusatzqualifikation abzuschließen. Gleichzeitig gibt sich die Jugend sehr angepaßt. Sie beschäftigt sich vor allem mit sich selbst, wie es im Elternhaus vorgelebt wird. Das heißt gleichzeitig, gesellschaftliches Engagement wird ganz klein geschrieben. Auch wenn junge Menschen heute gut informiert sind und gesellschaftlichen und politischen Problemen kritisch gegenüberstehen, fallen sie durch Passivität im gesellschaftlichen Bereich auf. So engagiert sich nur ca. 1 % in politischen Parteien; in der älteren Generation ist es allerdings auch nicht mehr. Das ist eigentlich ein trauriges Bild, denn heute könnte angesichts der vorherrschenden Leistungsbereitschaft vielleicht der beste politische Nachwuchs gewonnen werden, den es je gab.

Worin liegen die Gründe dieser Politikabstinenz? Was muß Jugendpolitik heute leisten? Hierzu will ich einige Anmerkungen zur Diskussion stellen. Die dramatischen gesellschaftlichen und weltpolitischen Veränderungen der letzten Jahre haben junge Menschen in eine Orientierungskrise gestürzt. Unsere Welt wird immer komplexer und damit für den einzelnen nicht mehr überschaubar. Gerade die Komplexität heutigen Lebens, die zahllosen Widersprüche und Brüche, die immer größere Unübersichtlichkeit des eigenen Lebens, gepaart mit der ohnehin vorhandenen Unsicherheit junger Menschen, begünstigt Ideologen von links und rechts. Radikale und Extreme verstehen es, die Welt möglichst einfach zu erklären. Eltern, Schule und Politik stehen vor dem Problem, Jugendlichen gerade das Gegenteil nahezubringen. Die Welt ist nicht einfach schön, nein, sie ist noch viel komplizierter, als sie aus der Sicht junger Menschen ohnehin erscheint. Doch, war dies je anders? Hat unsere Elterngeneration nach dem Krieg oder in der Wiederaufbauphase Westdeutschlands eine weniger komplexe, eine überschaubarere Welt erlebt? Wohl kaum. Aber unseren Eltern wurden in Elternhaus und Schule noch Werte und Normen vermittelt, die heute insgesamt zur Disposition gestellt werden. Werte geben insbesondere jungen Menschen Halt und Sicherheit.

Jugendliche wollen wissen, wo es langgeht, deshalb muß ihnen insbesondere auch die Politik Perspektiven und Dimensionen aufzeigen, doch dies gelingt heute der Politik nicht mehr. Gleichzeitig muß sich die Politik vorwerfen lassen, daß sie 1989 die Illusion geschürt hat, jetzt werde alles besser, einfacher und friedlicher. Damit hat sie bei jungen Menschen eine Erwartungshaltung geschaffen, der sie in keiner Weise gerecht werden konnte, denn unsere Welt ist in den letzten Jahren weder einfacher noch friedlicher geworden. Ein Blick auf den Balkan oder auf die Nachfolgestaaten der

Sowjetunion zeigt das. Auch die Politik muß deshalb einen Beitrag dazu leisten, Jugendlichen Orientierung zu geben. Wer Jugendlichen Orientierung geben will, der muß zum Dialog mit der Jugend bereit sein, der muß sich mit ihren Ängsten und Fragen auseinandersetzen, der muß aber auch den Mut haben, ihr zu widersprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie alle kennen den Satz: „Jugendliche interessiert nichts weniger als Jugendpolitik.“ Jugendliche interessieren sich aber sehr wohl für Umweltschutzfragen, für die ansteigende Arbeitslosigkeit, die wachsende Gewalt gegen Ausländer. Jugendliche fordern von der Politik Antworten auf ihre Zukunftsfragen und ihre Zukunftsängste ein. Dazu zählen auch Fragen nach den Folgen der demographischen Entwicklung, der Altersversorgung, der Pflegeversicherung. Es reicht nicht aus, wenn beispielsweise gebetsmühlenhaft beschworen wird, die Renten seien sicher. Auch Jugendliche beherrschen die Grundrechenarten und wissen um die Konsequenzen der demographischen Entwicklung im Hinblick auf das Rentensystem,

(Beifall)

zumal es uns an der Uni in den VWL-Vorlesungen täglich vorgerechnet wird.

Wer Jugendliche für die Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft gewinnen will, der muß mit ihren Ängsten sensibel umgehen. Jugendliche wollen ernst genommen werden. Beruhigungs- und Hinhaltetaktik werden schnell enttarnt und führen nicht gerade zu einer höheren Glaubwürdigkeit des politischen Systems. Vor allem ist es ein Fehler, die Jugend, die in der Regel noch nicht wahlberechtigt ist, aus wahltaktischen Gründen zu vernachlässigen. Hier muß ich leider Claudia widersprechen; ich meine, daß die Spielräume für Kreativität und Entfaltung junger Menschen angesichts der wachsenden Umweltbelastungen wie aber auch der steigenden Staatsverwaltung drastisch eingeschränkt sind, denn heute wird verteilt, was in Zukunft noch erarbeitet werden muß. Wir, die junge Generation, werden diese Lasten tragen. Aber die Jugend ist kein beliebig belastbarer Packesel.

(Beifall)

Abschließend bleibt festzuhalten, Jugendpolitik ist keine Aufgabe, die auf das Jugendministerium oder alleine auf die Politik abgeschoben werden kann. Sie geht jeden von uns an. Darüber hinaus lohnt sich Jugendpolitik, denn in der Auseinandersetzung mit jungen Menschen findet die Auseinandersetzung um die Zukunft statt. Das heißt, es geht nicht alleine um Jugendpolitik, sondern um die politischen Haltungen und Ziele der kommenden Jahrzehnte. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vors. Dr. Angela Merkel: Ein entschiedenes Wort, das uns gemahnt hat, nicht zuviel über Jugendpolitik zu sprechen, sondern mehr über die Ansprüche der Jugendlichen an unsere Gesellschaft.

Vielen Dank, Tamara Zieschang, daß du über den Titel gesprochen hast. Ich war nämlich auch einigermaßen ratlos und habe gedacht: Meine Güte, jeder hat eine klare Aussage bei den anderen Foren, und wir machen nur „Jugend in Deutschland“. Dann habe ich mir wieder gedacht, das hat ja auch den Vorteil, daß eben das Ergebnis noch nicht da ist und daß wir vielleicht etwas dazulernen können, was ja auch nicht schlecht ist und was gerade im Zusammenhang von Jugend und CDU eine Möglichkeit ist, unseren Horizont zu erweitern. Vielleicht ist uns das durch die ganz verschiedenen Beiträge auch ein bißchen gelungen.

Jetzt ist das Publikum dran, das ganz hervorragend in Form von Wortmeldungen sein Interesse bekundet hat. Ich habe jetzt sechs Wortmeldungen – die siebente kommt von Rita Süßmuth. Mit der gebotenen Kürze möchte ich alle erst einmal rannehmen, möchte dann noch ein paar Meldungen berücksichtigen, und wir machen dann zum Schluß noch einmal eine Runde mit dem Podium. Ich glaube, Stoff ist hinreichend aus den verschiedenen Bereichen da.

Forum 3

Für eine neue Ethik der Medien

Vors. Bernd Neumann: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich im Forum 3 mit dem Titel: „Für eine neue Ethik der Medien“.

Sie wissen, im Augenblick finden in den Räumen dieses Kongreßgebäudes vier verschiedene Foren statt, deren Ziel die Auseinandersetzung mit den Ursachen der anwachsenden Gewaltbereitschaft und die Diskussion von Möglichkeiten, dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenzutreten, ist. Dieses Forum soll sich mit dem Einfluß der Medien auf die Realitätssicht und vor allem mit der veränderten Einstellung zur Gewalt beschäftigen. Wir wollen in der dann folgenden Diskussion, in die Sie sich in einem zweiten Teil einschalten können, nicht generell über Medienpolitik diskutieren, sondern uns auf die von mir soeben präzisierete Frage konzentrieren.

Meine Damen und Herren, Gewalt ist gegenwärtig in den Medien in vielen Programmen und Formen präsent: in Spielfilmen, TV-Serien, Comics, in sensationsorientierten Reportagen und in sogenannten Reality-Programmen. Gewalt findet aber auch in Nachrichten und als sogenannte verbale Aggression auch in manchen Diskussions-sendungen statt, wo an Stelle politischer Meinungsbildung Brüllorgien veranstaltet werden. Nicht zuletzt der Video-Markt ist ein Sektor, auf dem sich der Gewaltanteil besorgniserregend erhöht hat.

Fazit: Gewalt und Aggression sind heute ein unübersehbarer Bestandteil des deutschen Fernsehprogramms.

Im Laufe der folgenden Diskussion sollen folgende Leitfragen im Mittelpunkt stehen: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Gewalt in den Medien und einer angestiegenen Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft? Wie lassen sich Gewaltdarstellungen zurückdrängen? Funktioniert die Selbstkontrolle der Medien? Brauchen wir neue Mechanismen, neue Gremien? Wie kann eine neue Ethik der Medien aussehen?

Zu dieser Diskussion möchte ich Ihnen die Teilnehmer des Podiums vorstellen. Zu meiner Rechten sitzt Frau Elke Monssen-Engberding. Sie ist Vorsitzende der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Sie wird sogleich einleitend anhand einiger Beispiele in die Thematik einführen.

Ich begrüße ferner Frau Cornelia Yzer, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Frauen und Jugend.

Ich begrüße sodann Professor Dr. Jo Groebel von der Universität Utrecht. Herr Groebel beschäftigt sich praktisch seit 15 Jahren wissenschaftlich mit der Thematik „Gewalt“. Er hat inzwischen auch mehrere Veröffentlichungen vorgelegt.

Des weiteren begrüße ich Dr. Georg Kofler, Chef von Pro 7. Er ist verantwortlich für das Programm.

Ich begrüße ferner den Intendanten des Senders Freies Berlin, Dr. Günther von Lojewski.

Ich heiße Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank willkommen. Er ist medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Meine Damen und Herren, wir werden nach der Einführung von Frau Monssen-Engberding eine erste Runde von Statements zu der von mir angesprochenen Thematik durchführen.

Ich bitte Sie, Frau Monssen-Engberding, um Ihre Einführung, bitte schön.

Elke Monssen-Engberding: Kinder und Jugendliche werden heute schon im allerzartesten Kinderalter mit einer Vielzahl von Gewaltdarstellungen konfrontiert. Es sind zum einen Video-Filme, die sich die Eltern ausleihen. Von diesen Video-Filmen sind nicht in erster Linie die Filme gefährlich, in denen Menschen auf unterschiedliche Art und Weise zerstückelt werden, z. B. bei den Horrorfilmen, sondern es sind in erster Linie Action-Filme, bei denen nicht mehr zwischen Gut und Böse unterschieden wird. Derjenige, der zuerst und die härteste Gewalt anwendet, obsiegt. Dabei handelt der Polizist häufig genauso verwerflich wie der Verbrecher.

Es geht aber auch vielfach um Medien, von denen Eltern gar nicht wissen, daß ihre Kinder damit Gewalt konsumieren. Der Fortschritt der Technik hat es mit sich gebracht, daß von Kindern heute Computerspiele gespielt werden, in denen Menschen auf unterschiedliche Art und Weise äußerst realistisch getötet werden. Mit ins Kinderzimmer wird gleichzeitig die Pistole geliefert, und derjenige, der die meisten Menschen auf dem Bildschirm erschießt, bekommt die meisten Punkte. Dabei hat es die technische Entwicklung mit sich gebracht, daß die Tötungsszenen heute realistisch dargestellt werden: Den Menschen platzt der Kopf weg, der Brustkorb platzt auf, und sie stoßen laute Schmerzensschreie aus.

Die Computergeneration hat bereits im Kinderzimmer Einzug gehalten, z.B. durch Super-Nintendo, den Eltern bestens bekannt. Auch hier werden nicht mehr Billardspiele, Tennisspiele o. ä. angeboten, sondern der Jugendliche oder das Kind mit seinen fünf oder sechs Jahren versetzt sich in die Rolle des Ninja-Kämpfers: Seine Aufgabe ist es, seinem Gegner mit einem lauten Knacken das Kreuz zu brechen. Eine Selbstkontrolle in diesem Bereich findet überhaupt nicht statt.

Wir sehen den neuen technischen Entwicklungen mit großem Erschrecken entgegen. Es gibt in Amerika bereits sogenannte Laser-Video-Discs. Dabei kann der Zuschauer selbst in das Geschehen eingreifen. Man kann nun bestimmen, wann und wie man die Personen auf dem Bildschirm umbringt. In Amerika gibt es die ersten Spiele, in denen vier Gangster ein Haus überfallen, in dem Frauen zugegen sind. Entweder werden die Gangster daran gehindert, indem man sie auf unterschiedliche Art und Weise tötet, oder der jugendliche Zuschauer wird Zeuge, wie die Gangster die Frauen überfallen, vergewaltigen oder auf andere Art und Weise brutal mißhandeln.

Von seiten des Jugendschutzes können wir immer nur dann tätig werden, wenn diese Medien hier auf den Markt gekommen sind. Ich denke mir, viele Eltern sind über die Entwicklung, die diese Medien mit sich gebracht haben, ja zunächst nicht einmal informiert.

Es gibt weitere Medien, mit denen Kinder und Jugendliche vor dem Bildschirm, vor dem Automaten selbst in das Kriegsgeschehen eingreifen können. Sie können dort als Soldat tätig werden und ihre Feinde auf unterschiedliche Art und Weise umbringen. Dabei ist es besonders wichtig, daß diese Tötungsmechanismen außerordentlich brutal sind.

Gerade in diesen Bereichen wäre eine Selbstkontrolle sehr zu begrüßen. Aber ich darf noch einmal betonen, daß z. B. im Computerbereich oder bezüglich solcher Laser-Video-Discs, die ich gerade angesprochen habe, zunächst einmal der Markt das Geschehen bestimmt und von seiten des Jugendschutzes zunächst nur sehr wenig unternommen werden kann.

(Beifall)

Vors. Bernd Neumann: Vielen Dank. – Ich möchte als nächste Frau Yzer um ihr Statement bitten.

Cornelia Yzer: Meine Damen und Herren! In Diskussionen höre ich immer häufiger die Aussage: Es war ein Fehler, private Sender zuzulassen. Sie haben uns die Gewalt auf den Bildschirm gebracht. – Ich denke, das ist der falsche Ansatz, denn die Ursachen der Gewalt werden durch eine solche Aussage verkannt. Das duale System von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern ist durchaus etwas, auf das wir stolz sein können, denn Freiheitlichkeit und Pluralität der Medien gehören zu unserer Gesellschaft. Wir sollten die Gewalt, die in unserer Gesellschaft aufkeimt und die in den Medien dargestellt wird, nicht durch eine Systemdiskussion verkennen und in eine falsche Richtung diskutieren.

Im Grundsatzprogramm der CDU steht: „Private und öffentlich-rechtliche Sender stehen in der politischen Verantwortung für eine demokratische Kultur der Meinungsbildung.“ – Ich unterstreiche diesen Satz. Dabei muß man immer sagen: Politische Verantwortung kann nur in Freiheit wahrgenommen werden, aber die Freiheit darf auch nicht mißbraucht werden. Freiheit heißt eben auch, nicht alles zu sagen, nicht alles zu zeigen, nicht alles zu filmen und nicht alles zu kommentieren. Das wäre falschverstandene Freiheit. Es geht nicht darum, alles Machbare umzusetzen, sondern es geht darum, das verantwortete Machbare zu tun bzw. zu senden.

Wir wissen, daß acht- bis zwölfjährige Kinder in Deutschland pro Woche durchschnittlich 28 Stunden vor dem Fernseher sitzen. Wir sollten uns bei dieser Zahl immer wieder vergegenwärtigen: Das ist mehr Zeit als Kinder in den Schulen zubringen. Wir dürfen nicht zulassen, daß Kinder damit auch einer Gewaltspirale ausgesetzt sind, in die sie sich durch die Darstellung, die sie in den Medien sehen, immer mehr hineinsteigern.

Daß zwischen dem Gewaltexzess in den Medien und der realen Zunahme von Gewalt ein Zusammenhang besteht, ist für mich völlig unstrittig. Ich lasse es auch nicht zu, daß von Fernsehveranstaltern immer gesagt wird, hier müsse noch mehr Wirkungsforschung betrieben werden. Es leuchtet jedem normal denkenden Menschen ein, daß die ständige Gewaltdarstellung Einfluß auf den Zuschauer haben muß, erst recht auf einen Jugendlichen.

(Beifall)

Deshalb meine ich, man muß einmal mit normalem Menschenverstand an die Sache herangehen.

Wenn es so ist, daß es Wirkungen gibt, dann sind die Veranstalter, die mit ihrem Medium in jedes Wohnzimmer hineinkommen, auch in der Verantwortung, daß Gewaltdarstellungen unterbunden werden, die selbst wiederum zu Gewalt anstacheln können.

Dabei weiß ich natürlich, daß Gewalt Teil unserer Realität ist. Deshalb kann man sie nicht wegdiskutieren. Man muß sie darstellen, aber die Frage dabei ist immer, welche Botschaft ich mit der Gewalt verbinde. Das kann von der Abschreckung bis zur Gewaltverherrlichung reichen. Insofern sind die Medien in der Verantwortung, eine Botschaft zu senden, die eine abschreckende Wirkung hat. Diese Verantwortung nehmen sie nicht in ausreichendem Maße wahr.

Dabei irritiert mich auch die Summe der Gewaltdarstellungen in den Medien, die nämlich nicht mehr unserer Realität entspricht. Es wird vielmehr ein Zerrbild der Gesellschaft geschaffen. Es kommt hinzu, daß Gewalt in den Medien zunehmend als akzeptiertes Mittel der Sieger dargestellt wird, als probates Mittel, einen Anreiz für junge Menschen zu schaffen, ebenso gewalttätig zu handeln, weil man dann auf der Seite der Besseren steht.

Sicherlich wird ein Verzicht auf Gewaltsendungen nicht automatisch dazu führen, daß das Gesamtprogramm besser, qualifizierter wird. Aber ein Gewaltverzicht wäre ein erster Schritt. Die Anlegung ethischer Maßstäbe an die Mediengesellschaft von morgen hat sicherlich nur dann einen Sinn, wenn alle mitmachen.

Ich habe in meinem Eingangsstatement bislang immer die Programmacher angesprochen. Mitmachen müssen aber vor allen Dingen auch die Programmkonsumenten, denn derjenige, der den Einschaltknopf betätigt, rechtfertigt zum Teil auch die Darstellung, die auf den Bildschirmen erfolgt. Insofern muß ich gerade unter dem Aspekt des Jugendschutzes sagen: Ich verlange von den Medien, daß sie sich der Verantwortung stellen bzw. in die Verantwortung nehmen lassen. Ich verlange aber auch von den Eltern, daß sie Verantwortung übernehmen und Kinder nicht alles sehen lassen, was auf dem Medienmarkt vorhanden ist.

(Beifall)

Vors. Bernd Neumann: Herr Professor Groebel, Sie haben ja vielfältige Untersuchungen angestellt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auf die Frage eingehen würden, wie es mit der Gewalt und deren Darstellung aussieht, und zwar auch in der Quantität. Die zweite Frage ist: Wie ist die Wirkung? Über welche Untersuchungsergebnisse verfügen Sie in diesem Bereich?

Dr. Jo Groebel: Erst einmal vielen Dank für die Einladung.

Ich kann sofort an das anschließen, was Frau Staatssekretärin Yzer gesagt hat. Wenn in der Öffentlichkeit heute immer noch gesagt wird, die Wissenschaft wisse nichts, dann ist das ein blanker Mythos.

De facto ist es so, daß sowohl in der Bundesrepublik als auch international etliche tausend Studien zu dem Thema durchgeführt worden sind, die von der Richtung her fast alle belegen, daß ein hohes Wirkungsrisiko vorhanden ist. Der Mythos, daß Gewaltdarstellungen sogar therapeutische Funktionen übernehmen können – nach dem Motto: Gewalt wird quasi kathartisch abgebaut –, ist heute nicht mehr zu halten. Selbst die Hauptprotagonisten dieser These, u. a. Seymour Fejnbach von der Universität Los Angeles, erhalten diese These heute nicht mehr aufrecht. Das Wirkungsrisiko ist heute wissenschaftlich belegt.

Es gibt unterschiedliche Einschätzungen, wie weitreichend diese Wirkungen sind. Aber daß es Wirkungen gibt, ist bestätigt und, wenn Sie so wollen, sogar bewiesen.

Die Frage ist allerdings: Welchen Einfluß haben Medien im Zusammenhang, im Tenor mit anderen Faktoren? Dabei ist es sicherlich auch ganz sinnvoll, noch einmal sehr deutlich auf die Familie, auf die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen hinzuweisen. Ich denke auch, daß es ganz sinnvoll ist, hier den Bogen zu anderen Foren zu spannen. Medien sind nicht die Hauptursache von Kriminalität und Gewalt, sondern zunächst einmal werden die Grundlagen dafür in der Familie gelegt. Sie werden sicherlich auch in Alltagserfahrungen gelegt. Aber – auch darauf wurde schon hingewiesen – Medien sind heute Miterzieher geworden. Zum Teil kann man sicherlich sagen, daß die Medien schon bei sehr jungen Kindern zum Teil einen größeren Einfluß haben, als ihn Eltern haben, zumindest wenn man an Zeitbudgets denkt. Also Mitverantwortung auf jeden Fall, wenn auch nicht Hauptverantwortung!

Wie sieht die Struktur dessen, was uns gezeigt wird, nun aus? Wir haben 1991 – ich denke, daß das zum Teil bekannt ist – eine Untersuchung durchgeführt, die damals – ich betone das sehr deutlich; Herr Kofler wird dazu sicherlich etwas sagen – zeigte, daß Gewalt heute ein selbstverständlicher Bestandteil des Programms ist, daß man im Durchschnitt, auf alle Programm-Genres bezogen, pro Stunde fünf Gewaltakte

sehen kann. Das mag sich inzwischen verändert haben. Schauen Sie sich mir aber die Nettozahlen an, die sich auch aus neueren Studien ergeben, so scheint es zumindest so zu sein, wenn man das Programm als 24-Stunden-Programm bezeichnet, daß sich hier nach wie vor nicht sehr viel getan hat, daß Gewalt nach wie vor also sehr präsent ist. Jeder kann das nachvollziehen. Wenn er einmal durch das Programm schaltet, wird er früher oder später sehr schnell auf entsprechende Angebote stoßen.

Zur Struktur dessen, was dort gezeigt wird, auch hier noch ganz kurz auf unsere Analyse bezogen: Wir haben nicht nur Leichen gezählt, sondern wir haben uns auch angeschaut, wie Gewalt präsentiert wird. Der weitaus überwiegende Teil dessen, was an Gewalt gezeigt wird, ist nicht die Gewalt, bei der z. B. nahegelegt wird, mit dem Opfer Mitleid zu haben, Empathie oder Einfühlung gegenüber dem Opfer aufzubauen, sondern Gewalt wird in der Tat vor allem als etwas gezeigt, was gut geeignet ist, die Umwelt zu kontrollieren, sich als stark zu erweisen. Oder – das ist eine der Hauptbotschaften – Gewalt macht Spaß.

Ein Letztes schließlich! Es wird häufig gesagt: „Programmanbieter befriedigen nur Bedürfnisse.“ Dem ist nicht so. Man kann eben nicht sagen, daß es ein natürliches Bedürfnis gebe, immer schlimmere Szenen zu sehen, sondern hier muß man eher von einer Wechselbeziehung ausgehen. Wenn intensivere, wenn extremere Formen gezeigt werden, sind die Leute, sind die Zuschauer darauf auch durchaus neugierig, gewöhnen sich daran und kommen zu immer extremeren Darstellungen, möchten also noch immer extremere Dinge gezeigt bekommen.

Und ein allerletztes schließlich: Die Wirkung hat zum einen nicht so sehr der einzelne Film, der zur Imitation führt. Auch das gibt es bei kleineren Kindern. Die Hauptwirkung besteht, wie man erkennt, wenn man sich die Forschung insgesamt anschaut, darin, daß Gewalt immer normaler erscheint, daß man Gewalt nach einer Weile als etwas völlig Angemessenes betrachtet, um Konflikte zu lösen, und das Problem eben wirklich in der Häufung und nicht so sehr in dem einzelnen Film liegt. – Zunächst vielen Dank!

(Beifall)

Vors. Bernd Neumann: Herr Dr. Kofler, Sie sollen ja nun einer der „bösen Buben“ aus dem Bereich der Privaten sein. Wie fühlt man sich denn in dieser Rolle?

Dr. Georg Kofler: Na ja! Wenn man sieht, auf Grund welcher programmlichen Tatsachen diese Rolle zustande gekommen ist, dann fühlt man sich wie einer, der ein verhältnismäßig gutes Gewissen hat. Herr Groebel hat nämlich in seiner Studie, die Mitte 1991 durchgeführt worden ist, auch unser Programm untersucht. Herausgekommen ist ein wahnsinnig großes Aggressionspotential im Vorabendprogramm. Ich habe mir dann gedacht: Ja, um Himmels willen, das kann doch nicht mit rechten Dingen zugegangen sein! Wir wollen uns einmal das Programm anschauen, das wir damals im Vorabendprogramm gesendet haben und heute nach wie vor senden. Wir haben also so „blutrünstige Filme“, wie „Familie Feuerstein“, „Bugs Bunny – Die schnellste Maus von Mexiko“, „Snoopy“, „Garfield“ und ähnliche Filme gesendet. Wir haben nämlich von 18 bis 20 Uhr Zeichentrickfilme gesendet. Wenn Sie „Bugs Bunny“ oder „Tom und Jerry“ - was ja das Schlimmste ist – kennen, dann wissen Sie, daß das ein sehr pointiertes Katz-und-Maus-Spiel ist, bei dem schon einmal Jerry in Sekundenabständen Tom, die Maus, mit der Pfanne in Grund und Boden schlägt. Aber danach steht die Maus ebenso in Bruchteilen von Sekunden wieder unverletzt auf, und das Rennen geht weiter.

Wenn das die Gewalt ist, die uns in dieser Gesellschaft besorgt machen muß, dann, muß ich sagen, haben wir falsche Orientierungen. Dann ist das ein mangelndes Verständnis von Humor und Gags. Aber ich will das jetzt hier nicht verniedlichen.

Ich möchte Ihnen sagen, den Privatsendern – ich spreche hier einmal für alle – ist durchaus bewußt, daß der Betrieb eines Massenmediums auch mit Verantwortung verbunden ist. Frau Yzer, Sie haben recht: Wir leben in einer freiheitlichen Gesellschaft. Also ist uns die Möglichkeit gegeben worden, Privatfernsehen zu betreiben. Wir haben diese Freiheit alle genutzt, manche bis an die Grenzen, jawohl. Wir haben eine gesellschaftliche Diskussion geführt, die in den letzten Monaten Gewalt im Fernsehen zu einem sehr populären Thema gemacht hat. Die Sachdiskussion, die Sachkenntnis haben in dem Maße abgenommen, wie sich Personen, vor allem viele Politiker, zu Wort gemeldet haben, die laut eigenem Bekunden kaum Zeit zum fernsehen haben. Es ist richtig, man kann auch den gesunden Menschenverstand für die Beurteilung dieser Sachverhalte heranziehen. Aber das entbindet einen nicht davon, daß man Fernsehen kritisiert, ohne Fernsehen zu schauen. Tatsache ist nämlich, daß das Privatfernsehen heute zu den wichtigen Zeiten, also zu den Zeiten, in denen Kinder, Familien fernsehen, eines der gewaltfreiesten Angebote auf der Welt ist. Das Privatfernsehen – das müssen Sie zur Kenntnis nehmen – hat sich in den letzten zwölf bis 15 Monaten verhältnismäßig radikal verändert.

Ich sage Ihnen meine Position. Meine Position ist, daß die Verantwortung für die Wahrnehmung des Jugendschutzes eine kontinuierliche Aufgabenteilung zwischen Programmanbietern und Eltern ist. Ich sage: Zu den Zeiten, wo unter normalen Umständen Kinder fernsehen, liegt selbstverständlich die Hauptlast der Verantwortung beim Programmanbieter. Wir müssen dafür sorgen, daß etwa am Nachmittag oder am Vorabend ein gewaltfreies, familienverträgliches Programm angeboten wird. Wenn Sie sich heute das deutsche Privatfernsehen einmal anschauen, dann werden Sie hier verhältnismäßig wenig Probleme finden. Auch im Hauptabendprogramm ist ein eindeutiger Trend weg von der Gewalt festzustellen, und zwar nicht deswegen, weil plötzlich ein Wetterleuchten von Ethik und Moral über uns Programmveranstalter hereingebrochen wäre, sondern weil wir ganz einfach festgestellt haben, daß Programme die größten Akzeptanzchancen haben, die in der Lage sind, die ganze Familie anzusprechen. Ich habe aus dem Schema von Pro 7 „Die Straßen von San Francisco“ herausgenommen. Diese haben wir um 19 Uhr gespielt. Diese Filme durfte ich mir vor geraumer Zeit, wie Sie an meinem Alter erkennen können, als Zwölfjähriger im Diözesanen-Knabenseminar Vincentinum zu Brixen unter reiflicher Aufsicht ansehen. Wir haben dieses Programm herausgenommen, weil es in dieser Diskussion einen Gewaltpegel in Pro 7 hineingebracht hat, den ich dann für unangemessen hielt. Wir haben Gewalt durch Humor ersetzt. Wissen Sie, was das Ergebnis ist? Wir haben praktisch eine Verdoppelung der Marktanteile im Vorabendprogramm, und wir sind mit Werbezeiten ausgebucht, weil nämlich in der Zwischenzeit auch die Werbekunden gemerkt haben, daß, ich sage es einmal pointiert, nach einem real gefilmten Selbstmord auch die bestgelaunte Knorr-Familie keinen Appetit auf neue Suppen wecken kann. Insofern merken wir selbstverständlich hier auch eine Regulierung durch den Markt.

Sie haben die Frage gestellt: „Brauchen wir eine neue Ethik der Medien?“ - Na ja, ich kenne die alte Ethik der Medien nicht. Für mich ist die Diskussion über Ethik eine theoretische Diskussion. Ethik kann nicht vorgeschrieben werden, sondern Ethik will gelebt werden. Ethik ergibt sich aus einem bestimmten Handeln. Daher sage ich: Die Grundpfeiler der neuen oder alten Ethik der Medien sind selbstverständlich die beiden Begriffe „Freiheit“ und „Verantwortung“. Das sind die beiden Begriffe, die miteinander verbunden sind. Wir leben in einer Gesellschaft, die auf Freiheit des Handelns, auf Individualverantwortung, auf Marktwirtschaft aufgebaut ist. Dabei können die Medien keine Sondersituation, kein besonderes ethisches Ghetto darstellen. Die Ethik der

Medien kann sich auf die Ethik der Gesellschaft aufbauen. In der Gesellschaft und in den Medien müssen selbstverständlich dieselben Begriffe und dieselben Prinzipien beachtet werden.

Ich habe den Eindruck, daß hier zur Zeit die Versuchung zu ganz einfachen, ganz schnellen Lösungen auch in dieser Partei groß ist, nämlich Verordnungen, Einengungen, Beschränkungen zu erlassen. Ich verstehe nicht, Frau Yzer, wie man ganz pauschal ein Ausstrahlungsverbot für indizierte Filme nach 23 Uhr vertreten kann. Das ist kontraproduktiv; das führt zu nichts. Wir haben in Deutschland die Situation, daß etwa um Mitternacht zwischen 300 000 und 400 000 Minderjährige vor dem Fernseher sitzen. Nur, sage ich: Das ist kein spezifisches Fernsehproblem. Das ist ein Familienproblem. Selbst wenn sich alle Fernsehsender darauf einigten, um diese Zeit noch „Pipi Langstrumpf“ und „Familie Feuerstein“ auszustrahlen, wäre diesen Kindern wahrscheinlich nicht geholfen.

Wenn Sie dann, um diese Kinder zu schützen, ein generelles Ausstrahlungsverbot für indizierte Filme fordern – das wird auch in dieser Partei offensichtlich als große Neuerung diskutiert, um Handlungsfähigkeit zu beweisen –, dann müssen Sie ein generelles Ausstrahlungsverbot für FSK-18-Filme, für FSK-16-Filme verlangen, und dann weiß ich echt nicht mehr, was wir dann um diese Zeit senden sollen. Dasselbe gilt für Ausstrahlungsverbote von FSK-12-Filme untertags. Ich glaube also, man muß schon sehen, daß hier eine gewisse programmliche Verantwortung der Programmveranstalter auch anzuerkennen ist. Wir werden sie wahrnehmen.

Abschließend sage ich: Jawohl, diese Diskussion, so unfair sie manchmal war, hat zu einer erhöhten Sensibilisierung nicht nur der Geschäftsführer, sondern auch der Mitarbeiter in den Programmredaktionen bei allen Privatsendern geführt. Ich glaube, daß wir heute sehr viel länger über die Einsatzmöglichkeiten von Spielfilmen oder Serien diskutieren, in denen Gewaltpunkte vorhanden sind, als wir das noch vor einem Jahr getan hätten. Insofern bitte ich Sie, hier auch eine Veränderung zur Kenntnis zu nehmen und vor allem zur Kenntnis zu nehmen, daß wir diese Verantwortung in Richtung gewaltfreieres Fernsehen oder, sagen wir, in Richtung eines Fernsehprogramms, das für Familien und für Kinder in manchen Teilen geeigneter ist, wahrnehmen. Im übrigen ist das nicht nur ein fernsehspezifisches Problem; es ist auch in den Printmedien vorhanden. Wenn Sie an einem Zeitungskiosk vorbeigehen, werden Sie sehen, daß der Anteil am Gesamtangebot der Printmedien an Sex und Crime sehr viel höher ist als der Anteil an Sex und Crime im gesamten Fernsehangebot.

(Beifall)

Vors. Bernd Neumann: Vielen Dank!

Als nächster Herr Prof. Dr. Blank!

Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank: Ich stimme mit Herrn Kofler überein, daß wir keine neue Ethik und schon gar keine gesonderte Medienethik brauchen. Was wir nur brauchen – und wenn dieses kleine Wörtchen „nur“ so einfach wäre –, ist ein neues Bewußtsein hinsichtlich unserer ethischen Werte auch in den Medien; denn ich behaupte: Wir können in unserer Gesellschaft immer noch auf einen ethischen Grundkonsens aufbauen.

Nun will ich jetzt nicht über den Begriff der Ethik streiten, Herr Kofler. Aber sicher gehören zu den elementaren Bausteinen einer Ethik nicht nur Freiheit und Verantwortung, sondern genauso das Prinzip der Menschenwürde und der Menschenrechte. Was sich in letzter Zeit an Programmexzessen insbesondere im Bereich privater

elektronischer Medien abgespielt hat, verstößt jedenfalls nach meinem Dafürhalten eklatant gegen Menschenwürde und auch Menschenrechte.

(Beifall - Dr. Georg Kofler: Beispiele!)

– Ich komme nachher noch darauf zu sprechen. Wir können uns dann ja einmal über Reality-TV-Sendungen und einiges andere unterhalten.

Ich weiß natürlich, daß die privaten elektronischen Medien von ökonomischem Kalkül bestimmt sind. Gut ist also, was Geld bringt. Und wenn die Konkurrenz dann hart ist - und sie wird in Zukunft härter - und die Verlustzone nicht weit, dann wird der Raum für ethische Rücksichten enger. Ich fürchte, daß die Politikerappelle an die Selbstverantwortung der Medien zwar von edlen Motiven zeugen, aber letztlich doch nicht so effektiv sind. Jedenfalls hat die gefeierte Konvention der Verantwortung, Herr Kofler, bislang wenige handfeste Erfolge hervorgebracht.

(Dr. Georg Kofler: Das stimmt nicht!)

Marktwirtschaftlich arbeitende Medien reagieren nämlich auf zwei Arten von Steuerungsmechanismen: Einmal auf zwingend sanktionierbare Rechtsnormen - darauf will ich aber gar nicht den Schwerpunkt legen - und zum anderen auf ein verändertes Nachfrageverhalten der Konsumenten. Trotzdem zwei, drei Bemerkungen zu möglichen geänderten Rechtsnormen.

Ich frage mich seit längerem, warum wir eigentlich nicht das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften auch auf das Fernsehen und die dort gezeigten Filme ausdehnen.

(Beifall)

Ich frage mich auch, warum wir nicht ernsthaft darüber diskutieren können, sollen, dürfen, ob wir das Verbreitungsverbot von jugendgefährdenden Schriften nicht zu einem totalen Sende- und Verbot erweitern. Und scharf würde dieses Schwert dann endlich werden, wenn in allen Gesetzen von der Ermächtigung in § 32 des Rundfunkstaatsvertrages Gebrauch gemacht würde, also die Verletzung von Jugendschutzbestimmungen als Ordnungswidrigkeitentatbestand normiert würde. Dann könnten nämlich mit hohen Geldbußen - bis zu 500 000 DM; das ist ja etwas, worauf die Privaten ausgesprochen empfindlich reagieren - die Gewinne der privaten Anstalten, die sie mit der Verbreitung jugendgefährdender Sendungen erzielen, abgeschöpft werden.

Aber ich sage noch einmal: Das ist nicht mein Schwerpunkt. Mein Schwerpunkt ist vielmehr: Mindestens für genauso wirkungsvoll halte ich allerdings ein verändertes Nachfrageverhalten der Fernsehkonsumenten.

Proteste der Bürger gegen Gewalt und Schmuddelsex - etwa bei RTL - könnten die Werbekunden schneller zum Rückzug und damit die Sender zur Kurskorrektur veranlassen. Wir haben das ja im Bereich von Reality-TV gesehen: Auf Proteste der Kunden, die in der Regel mit einer Imageschädigung für den eigenen Sender verbunden sind, wird man nachhaltiger reagieren als auf den gesetzlich erhobenen Zeigefinger, der dann sofort als Verstoß gegen Art. 5 des Grundgesetzes bezeichnet wird.

Mein Freund Dieter Weirich hat kürzlich einmal eine breitangelegte Bürgeraktion gegen Gewalt angeregt. Ich denke, eine solch breitangelegte Bürgeraktion gegen Gewalt ist in einer pluralen Gesellschaft, in der der Staat nur über ein begrenztes Medienkontrollinstrumentarium verfügt, wohl eine nicht schlechte Strategie. Die Frage ist doch die: Warum sollten wir gegen den Medienmüll eigentlich nicht ebenso vorgehen können, wie wir das Bewußtsein der Menschen jedenfalls insoweit zum Teil verändert haben, als es den Umweltmüll angeht?

Bürgerproteste gegen Pimitivfernsehen, engagierte Medienerziehung gegen die meist unbewußte Medienmassage und nicht zuletzt ein verstärktes konstruktives Engagement von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat sind die Schlüsselemente, wie ich finde, eines neuen Wertebewußtseins in den Medien. Und daran sind eben alle beteiligt, nicht nur die Produzenten und die Politiker, sondern auch Schule, Elternhaus, unsere ganze Gesellschaft.

(Beifall)

Vors. Bernd Neumann: Herr Dr. von Lojewski.

Dr. Günther von Lojewski: Herr Blank, ich bin Ihnen außerordentlich dankbar für dieses engagierte Plädoyer für ein duales System. Das hätte ich von Ihnen an dieser Stelle nicht erwartet.

(Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank: Da können Sie einmal sehen!)

Herr Neumann, Sie haben uns jeweils fünf Minuten gegeben. Die neue Ethik könnte ja damit beginnen, daß man einander wieder zuhört und erlaubt, differenziert zu argumentieren und Argumente nicht zu vergewaltigen.

Ich möchte es kurz machen. Sie haben fünf Fragen gestellt. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Gewalt in den Medien und der Gewaltbereitschaft der Gesellschaft? Ich sage ja. Das habe ich nie bestritten. Das wissen wir spätestens seit der Arbeit von Frau Noelle-Neumann über die Schweigespirale. Aber wir wissen aus dieser Arbeit auch, daß sich dieser Zusammenhang in beide Richtungen bewegt und daß er sich nicht quantifizieren läßt.

Wie lassen sich Gewaltdarstellungen zurückdrängen? Ich möchte differenzieren. Ich meine, da, wo es um die Abbildung der Wirklichkeit geht, überhaupt gar nicht. Es ist das Bild der Wirklichkeit und der Gesellschaft, die wir in unseren Darstellungen zeigen. Ich sehe es anders im Bereich des Fiktionalen, also da, wo es um Fernsehspiele geht. Da kann man in der Tat über eine Reduzierung der Zahl wie über die Intensität der Darstellungen diskutieren.

Brauchen wir neue Mechanismen? Ich möchte davor dringend warnen. Art. 5 des Grundgesetzes ist nicht außer Kraft zu setzen, und eine Demokratie braucht ihn. Ich kenne bis heute kein Modell, das es erlaubt, in das System der drei Gewalten, das Dreieck der Gewalten Montesquieus sozusagen eine vierte Gewalt, nämlich die Medien - die ohne Zweifel eine Gewalt geworden sind -, einzubauen. Die Kontrolle funktioniert in keinem Viereck, sie kann nur in einem Dreieck funktionieren.

Also geht es viertens nur über die Selbstkontrolle, von der ich zugebe, daß sie nicht funktioniert, und von der ich dennoch sage: Sie muß erreicht werden, indem wir erstens bei den Journalisten eine höhere Sensibilität erzeugen, aber diese zweitens eben auch - Wechselwirkung - beim Publikum zu erzeugen suchen.

Wie kann eine neue Ethik der Medien aussehen? Ich kenne so wenig wie Herr Kofler die alte, obwohl wir darüber seit 30, 40 Jahren diskutieren. Ich will versuchen, ein paar Anmerkungen - ich will einmal sagen - subjektiver Art aus 30 Berufsjahren zu machen. Ich meine, das ist erlaubt, weil objektiv nicht bestritten werden kann, daß alle journalistische Arbeit subjektiv ist. Sie beruht, wenn Sie so wollen, auf der Ethik eines jeden einzelnen.

Ich will darzulegen versuchen, an welchen Kriterien ich mich in 30 Jahren auszurichten versucht habe. Das ist ein humanistisches oder, wenn Sie wollen, christliches Menschenbild gewesen, das sich ausdrückt in den Grundrechten des Menschen, wie sie in allen demokratischen Verfassungen niedergeschrieben sind und wie sie sich in den Gesetzen, also auch in den Rundfunkgesetzen wiederfinden.

Ein paar Beispiele. Ich versuche, die Würde des Menschen zu achten; das ist eben angesprochen worden. Das heißt, um es konkret zu sagen: Ich dringe eben nicht in das Privatleben von Menschen ein. Ich setze nicht einen Menschen auf einen heißen Stuhl, wenn Sie so wollen: den millionenfachen Pranger unserer Zeit, um ihn dann am Ende dort chancenlos, ohne daß er ausreden darf, hinzurichten.

Ich störe nicht mit der Kamera die Würde des Todes. Ich achte alle Menschen gleich, d. h. ich beteilige mich eben nicht an der Lustbefriedigung eines Mannes zu Lasten einer Frau mit Pornofilmen.

Ich achte die religiösen Gefühle, und zwar die - sage ich - des Mohammedaners in Kreuzberg ebenso wie der Katholikin in Memmingen. Ich lasse nicht zu, daß einer wegen seines Geschlechtes usw. und wegen seiner politischen Überzeugungen benachteiligt oder bevorzugt wird. Das gilt für mich für die Extremisten von rechts heute ebenso, wie es für die Linksextremisten vor 20 Jahren nicht gegolten hat.

(Beifall)

Ich diene, wo ich kann, dem Frieden in der Welt, also, wenn Sie wollen, auch dem Zusammenleben der Menschen in Europa oder zwischen Deutschland Ost und Deutschland West. Das heißt, ich sende eben nicht Programme, die ihren Gewinn bewußt aus Desintegration machen, wie es in Berlin Sender gibt. Ich verherrliche nicht Gewalt oder Haß und empfehle sie auch nicht als Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte, wie das „Der Spiegel“ heute über einen Hamburger Hörfunkanbieter schreibt und wie wir das von anderen Programmen kennen.

Insoweit habe ich meine Confessio für den Bereich der journalistischen Berichterstattung abgelegt. Hier wird es nur so gehen, daß wir ein hohes Maß von Sensibilität bei den Machern erzeugen, daß diese sich in der Tat selbst dieser Kontrolle unterwerfen. Je freiwilliger ich mich selbst in meiner Freiheit begrenze, desto größer ist diese Freiheit. Wenn das gelingt, werden wir nach meiner Einschätzung auch zu einer Korrektur des öffentlichen Bewußtseins kommen. Ich kläre nicht die Frage, in welche Richtung da mehr getan werden muß.

Andererseits sehe ich es für den fiktionalen Bereich, also z. B. für Hörspiele oder auch insbesondere für Fernsehspiele. Hier mag zwar gelten, daß künstlerischen Darstellungen einerseits manches erlaubt sein muß, was Reality-TV versagt sein sollte, etwa die verfremdete Darstellung des Überganges vom Leben zum Tode. Andererseits darf aber im fiktionalen Bereich schon gefragt werden, ob die Fülle täglicher Krimis und das Ausmaß an Gewaltdarstellungen nicht zu reduzieren ist, und zwar nach der Menge wie nach der Qualität.

Wenn Sie, Herr Kofler, eben gesagt haben, daß die Privaten heute gewaltfreier seien, so muß ich Ihnen sagen: Gestern abend waren sie es noch nicht. In dem Krimi, den ich gestern abend, gesendet von einem privaten Unternehmen, gesehen habe - es war die erste Sendung einer neuen Serie -, war der Kommissar natürlich der schwere Gangster. Es wurde erstochen, es wurde erschossen, es wurde nahezu ertränkt, es wurde in die Luft gejagt. Es wurde keine Tötungsart ausgelassen, es wurde kein Bild, das das auch wirklich bunt zeigte, ausgelassen.

Ich meine, daß über solche Einschränkungen in der Tat auch öffentlich diskutiert werden darf. Eine solche Diskussion muß auch zu Ergebnissen führen. Ich will es nicht bewerten, aber feststellen, daß insoweit mit dem Eintritt der kommerziellen Anbieter in den Hörfunk- und Fernsehmarkt erhebliche, dramatische Veränderungen in der Gewaltbereitschaft eingetreten sind, und zwar schlichtweg zunächst aus quantitativen Gründen.

Ich begreife wie Herr Blank, daß kommerzielle Anbieter im Ringen um möglichst große Werbeeinnahmen einander natürlich mit außergewöhnlichen Reizen zu überbieten versuchen, zu überbieten versuchen müssen. Aber für mich ist das Außergewöhnliche das Anormale. Die Normalität ist der Alltag, und die Normalität ist zunächst einmal menschlich, und sie mag auch langweilig sein. Deswegen mögen die öffentlich-rechtlichen Programme vielleicht öfter der Langeweile geziehen werden. In Wahrheit aber dienen sie dem Humanum, nämlich dem Alltag, während die Konkurrenz mit ihren immer neuen außerordentlichen Reizbefriedigungen das Inhumane fördert. Darum geht es mir.

Eine letzte Anmerkung: Ich glaube, das, was ich zuletzt gesagt habe, muß deshalb um so aufmerksamer konstatiert werden, als die vorhandenen Kontrollmechanismen für die kommerziellen Programmanbieter ja erkennbar nicht funktionieren, wie Herr Blank eben dargelegt hat. Insoweit sitzen Herr Kofler und ich als Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Augenblick nicht an einem und demselben Tisch. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat funktionierende Aufsichtsgremien, die gerade das Recht der Programmkontrolle sehr intensiv und sehr ernsthaft wahrnehmen. Da ist keine weitere Instanz notwendig, wie Ihnen die Rundfunkratsmitglieder des SFB, die hier im Saale sitzen, vielleicht auch bestätigen werden.

Für die Kommerziellen scheint mir eher der Satz zu gelten: Erlaubt ist, was Geld bringt. Und das ist fast alles. Wäre es anders, hätten die Medienanstalten längst, meine ich, gegen Programme einschreiten müssen - etwa in Berlin nach dem Berliner Medienstaatsvertrag -, die Hass säen - „OK Radio“ in Hamburg -, die pornographisch sind - RTL -, die Gewalt empfehlen wie gestern abend in SAT 1. Hier, meine ich in der Tat, finden Verstöße statt, die entweder zu rügen sind oder in denen eine bessere Selbstkontrolle stattfinden kann und sollte. - Schönen Dank

(Beifall)

Forum 4

Den inneren Frieden schützen

Vors. Manfred Kanther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie beim Forum 4 - "Den inneren Frieden schützen" - herzlich willkommen.

Zunächst möchte ich Ihnen die Gesprächspartner vorstellen. Ich beginne bei denen, die zu meiner Rechten sitzen. Rechts außen sitzt unsere Protokollführerin Frau Kansy. Neben ihr sitzt Herr Bauer, Polizeihauptmeister in Frankfurt am Main, der gleich zu uns sprechen wird. Daneben sehen Sie Herrn Dr. Prechtel, Generalstaatsanwalt in Mecklenburg-Vorpommern. Links von Herrn Dr. Prechtel sitzt Herr Heinz Eggert, unser stellvertretender Parteivorsitzender und Innenminister des Freistaates Sachsen. Zu meiner Linken sehen Sie Herrn Saberschinsky, Polizeipräsident in Berlin. Herr Gerster, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, ist im Moment noch verhindert und wird in Kürze hier erscheinen.

Gestatten Sie mir, daß ich unser Thema mit wenigen einleitenden Worten aus der politischen Sicht der Union umreiße. Ich tue das mit wenigen Thesen.

Erstens. Wirkungsvolle Sicherheitspolitik benötigt ein gesellschaftliches Umfeld, das sie trägt.

Zweitens. Zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit sind alle Parteien aufgerufen. Innere Sicherheit ist ein Urthema des Staates, das nach Gemeinsamkeit verlangt. Wer diese einfache Formel nicht glauben will, möge bitte auf die Landkarte schauen. Er wird dann feststellen, daß in 11 von 16 Ländern auch die Opposition Verantwortung für die Innere Sicherheit trägt, aus der wir sie auch keinesfalls entlassen wollen. Allerdings sind Formelkompromisse ohne praktische Wirksamkeit eher schädlich als nützlich. Auch solche kennen wir.

Drittens. Neue Gesetze und alte Vorschriften bewirken wenig, wenn sie nicht tatkräftig durchgesetzt werden. Das Schlimmste, was es in der Kriminalitätsbekämpfung gibt, ist geschriebenes Recht, dessen Durchsetzung der Staat nicht garantieren kann. Zur Garantie des Rechtsstaates gehört eine gut ausgestattete, motivierte und gesellschaftlich anerkannte Polizei mit sichtbarer Präsenz vor den Bürgern.

Viertens. Es gibt in der Kriminalitätsbekämpfung keinen Königsweg, sondern nur viele notwendige und richtige Ansätze, auch immer neue Ansätze. Deswegen müssen wir auch für neue Wege und für neue Institutionen - für Versuche ebenfalls - offen sein. Die Möglichkeiten des Staates müssen der sich ständig wandelnden Bedrohung der Inneren Sicherheit angepaßt werden.

Fünftens. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist ein Prozeß und findet nicht in einem momentanen Zustand statt. Wir müssen auf die gewaltigen Veränderungen im Bereich der organisierten Kriminalität, der Internationalität des Verbrechens, veränderter Managementformen und der Möglichkeiten der Rechtsbrecher, mit moderner Technik umzugehen, reagieren. Die Offenheit der deutschen Grenzen verlangt neue Antworten auch im Bereich der Sicherheitspolitik.

Sechstens. Die unterschiedlichen Möglichkeiten des Staates gegenüber deutschen und ausländischen Rechtsbrechern sind fallgerecht anzuwenden. Der hohe Anteil von Ausländern an der schweren Kriminalität ist eine Tatsache, die sowohl in der Verbrechensbekämpfung berücksichtigt wie vor gehässigen Übertreibungen bewahrt werden muß. Gewalttätiger politischer Extremismus von Ausländern wird nicht geduldet.

Siebtens. Das Urteil der meisten Menschen über die Sicherheitslage bildet sich aus ihrer Wahrnehmung von Alltagskriminalität wie Kfz-Diebstählen, Wohnungseinbrüchen, Ladendiebstählen, Straßenraub, Vandalismus in öffentlichen Verkehrsmitteln. Diese Kriminalitätsformen sind auch nicht auf Ballungsgebiete beschränkt, sondern bedauerlicherweise breiten sie sich flächenartig aus. Hier liegt ein Schwerpunkt staatlicher Sicherheitspolitik.

Achtens. Gewalttätiger politischer Extremismus - gleich aus welcher Richtung - erfordert entschiedene staatliche Antworten, und zwar von Anfang an. Dazu können Organisationsverbote einen Beitrag leisten. Vor allem aber muß politischer Extremismus gesellschaftlich geächtet sein. Das ist das wirksamste Mittel zu seiner Bekämpfung, das am Anfang stehen sollte.

Neuntens. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine sehr vielfältige Aufgabe, bei der sich die Arbeit von Sicherheitskräften, Gerichten, Kommunalbehörden und vielen anderen staatlichen und karitativen Vereinigungen verzahnen muß.

Zehntens. Die Strafverfahren müssen erheblich gestrafft werden, damit die Strafe der Tat schneller auf dem Fuß folgen kann. Insofern gibt es sicher auch Anlaß, an die kritische Reflexion der Justiz zu appellieren, denn nicht alles, was wir situationsgerecht verändern sollten, folgt ohne weiteres aus der Änderung von geschriebenem Recht. Vielmehr resultiert manches auch aus der Änderung von Verhaltensweisen. Es ist eine herausragende Aufgabe für die Union, den inneren Frieden in Deutschland in dieser Weise entschieden anzustreben. Wir wollen jetzt hier in diesem Forum einen möglichst praxisbezogenen Beitrag zu vielen Facetten des Problems leisten.

Soviel zur Einleitung.- Als nächster hat Herr Bauer das Wort.

Rainer Bauer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Rainer Bauer, ich bin 25 Jahre alt und bei der Polizeisonderinspektion „S 500“ in Frankfurt am Main tätig. Ich wurde zu diesem Forum eingeladen und gebeten, einen Tätigkeitsbericht über meinen alltäglichen Polizeidienst zu geben. Zunächst möchte ich erwähnen, daß wir bei der Polizeisonderinspektion keinem Revier angehören und somit auch keinen festen Revierbereich zu betreuen haben, sondern im gesamten Stadtgebiet tätig werden können. Das Haupttätigkeitsfeld der Sonderinspektion liegt in der Bekämpfung der Rauschgift- und Straßenkriminalität. Mit den üblichen Polizeitätigkeiten wie Verkehrsunfallaufnahme, Familienstreitigkeiten etc. haben wir so gut wie gar nichts zu tun.

Da Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz und diverse Raubdelikte vorwiegend im Bahnhofsviertel und in den Einkaufsstraßen stattfinden, sind wir so gut wie nur dort im Einsatz. Hauptsächlich geht es dabei darum, den Straßenhandel von Heroin, Haschisch, Kokain und anderen Betäubungsmitteln zu verhindern bzw. strafrechtlich zu verfolgen. Der Straßenhandel in Frankfurt liegt zu ca. 85 % fest in der Hand von Algeriern und Marokkanern, die nach meiner persönlichen Einschätzung oder Erfahrung ausschließlich Asylbewerber sind. Diese Erkenntnis ergibt sich daraus, daß sie sich bei Festnahmen oder diversen Kontrollen durch Vorzeigen von vorläufigen Aufenthaltsgestattungen ausweisen, die sie als Asylbewerber kenntlich machen. Sie kommen aus der gesamten Bundesrepublik nach Frankfurt, um dort ihren diversen Geschäften nachzugehen. Sie verstoßen dadurch ständig gegen das Asylverfahrensgesetz, daß sie sich nicht in den ihnen zugewiesenen Städten oder Landkreisen aufhalten.

Diese Personen werden, falls sie in Frankfurt angetroffen werden, auf ihre Kosten, sofern sie über Bargeld verfügen, mit der Bundesbahn in ihre zugewiesenen Bereiche zurückgeführt. Verfügen die betroffenen Asylbewerber jedoch nicht über Bargeld,

wird ihnen auf Polizeikosten, d. h. auf Kosten des Staates eine Fahrkarte für die Fahrt in ihre zugewiesenen Bereiche gekauft. Sie werden anschließend in diese Bereiche zurückgeführt. Das Frustrierende bei der Sache ist jedoch, daß sie an der ersten Station sofort wieder aussteigen und binnen weniger Stunden direkt wieder in Frankfurt anzutreffen sind und dort weiterhin ihren Geschäften, d. h. dem Drogenhandel nachgehen. Seitens der Ausländerbehörde wird jedoch trotz erneuter Anzeigenerstattung nichts gegen die Leute unternommen.

Die konkrete Arbeit, die ich in diesem Umfeld verrichte, sieht folgendermaßen aus: Einerseits sind wir in Uniform unterwegs, was in erster Linie der Prävention dient, d. h. dem Unterbinden von Straftaten im Vorfeld ihrer Begehung durch die bloße Polizeipräsenz. Durch diese Polizeipräsenz wird natürlich auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger in nicht geringem Maße gestärkt. Falls wir in Uniform irgendwelche Straftaten wahrnehmen oder feststellen, werden wir auch repressiv tätig.

Wesentlich effektiver ist die Arbeit in Zivil, da wir die Straftaten dann besser beobachten und auch an die entsprechenden Täter leichter herankommen können, um sie gegebenenfalls festzunehmen. Festnahmen stellen sich für meine Kollegen und mich schwierig dar, da die Dealer hauptsächlich in Kleingruppen von mindestens vier Personen arbeiten. Der erste spricht einen potentiellen Kunden an und handelt mit ihm Preis und Menge des Rauschgifts aus, während der zweite das bestellte Rauschgift aus einem Versteck, einem sogenannten Bunker, holt und es dem Kunden übergibt, nachdem dieser dem dritten wiederum das Geld gegeben hat. Der vierte hat nur die Aufgabe, die anderen zu warnen, falls er Polizeikräfte in der näheren Umgebung feststellt.

Da wir meist allerdings nur zu zweit oder dritt unterwegs sind, gelingt es fast immer nur, denjenigen festzunehmen, der den Stoff bei sich führt. Auf diesen konzentrieren wir uns auch, da es am einfachsten ist, diesem den Besitz von Betäubungsmitteln nachzuweisen. Leider können wir ihm nicht das Handelstreiben nachweisen, da er wirklich nur den Stoff bei sich hat, aber nicht das Bargeld, das ja wiederum von einem anderen entgegengenommen wurde. Selbst wenn wir mehrere Leute - also die Bande von vier Leuten - festnehmen, können wir letztendlich jeweils nur demjenigen etwas nachweisen, der den Stoff bei sich trägt. Die anderen drei gehen leer aus, da die Beweise zum Nachweis von gewerbs- und bandenmäßigem Handeln mit Drogen meist nicht ausreichen. Nach Feststellung der Personalien und der Anzeigenerstattung wird normalerweise auch derjenige wieder laufengelassen, der den Stoff bei sich trägt, da es sich dabei nur um geringe Mengen handelt, die eine Einlieferung nicht rechtfertigen würden und die unter den Eigenbedarf fallen.

Dies versteht der Betreffende dann natürlich sofort wieder als Aufforderung, zu den anderen drei zurückzukehren und, wie gehabt, weiterhin Rauschgift zu verkaufen. Das steigert die Frustration bei den Beamten, da man tagtäglich immer wieder dieselben Leute festnimmt und direkt nach der Anzeigenerstattung wieder laufenläßt. Es ist mir auch schon des öfteren passiert, daß ich dieselben Leute festgenommen habe und sie wieder laufenlassen mußte. Einen Tag später habe ich sie dann wieder an derselben Stelle bei derselben Tätigkeit angetroffen. Meistens wird bei diesen Tätern ein Geldbetrag von mehreren tausend DM festgestellt, allerdings nur in kleinen Scheinen, in Zehnern, Zwanzigern und Fünfigern, wie es beim Straßenhandel üblich ist. Der Nachweis, daß dieses Geld aus Drogengeschäften stammt, kann nicht geführt werden. Dementsprechend wird das Geld bei diesen Leuten belassen.

Es ist hinzuzufügen, daß die Asylbewerber in Frankfurt bei den Raub- und Eigentumsdelikten überproportional stark vertreten sind. Weiterhin ist bei diesen Leuten eine

zunehmende Aggressivität und Gewaltbereitschaft festzustellen. Das zeigen die in letzter Zeit vermehrt aufgetretenen Fälle, bei denen sich vorläufig Festgenommene durch übertriebene Gewalt und selbst durch Drohung mit Messern oder anderen gefährlichen Gegenständen wieder zu befreien versuchten. In letzter Zeit ist es auch oft genug vorgekommen, daß von Gesinnungsgenossen, die dann plötzlich in sehr großer Anzahl auftreten, versucht wird, die vorläufig Festgenommenen aus den Händen der Polizei zu befreien. Nach solchen Vorgängen sind Kollegen letztendlich im Krankenhaus wieder aufgewacht.

Ein weiteres Erschwernis unserer Arbeit ist die Tatsache, daß wir für die Fertigung von Strafanzeigen etc. immense Zeit auf der Dienststelle verbringen, die wir normalerweise auf der Straße bei der Arbeit hätten verbringen können.

Nun noch ein Wort zur Stimmung unter den Beamten. Wir verrichten unseren Dienst gern und sind engagiert bei der Sache. Es macht sich jedoch zunehmend Frustration auf Grund der ständigen Konfrontation mit durchtriebenen, gewaltbereiten Verbrechern und mit dem sozialen Elend, das wir tagtäglich zu Gesicht bekommen, breit. Nicht selten werden wir während unserer Arbeit böse beschimpft oder sogar in die rechtsradikale Ecke gestellt. Das ist z. B. einem Kollegen und mir in der letzten Zeit passiert. Als wir einen ausländischen Tatverdächtigen festnehmen wollten, wurden wir von umstehenden Passanten als Nazi-Schweine beschimpft, was natürlich für die Motivation unter den Polizeibeamten auch nicht gerade förderlich ist.

Das war ein kurzer Bericht über meine Arbeit. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vors. Manfred Kanther: Danke sehr, Herr Bauer. Nach dem praktischen Polizisten hat nunmehr der praktische Innenminister des Landes Sachsen das Wort.

Heinz Eggert: Es bedarf im Grunde eigentlich gar keiner großen Worte mehr, weil ich diese Vorgänge ganz genau kenne. Ich kann nur jedem empfehlen, einmal - gerade als Politiker - unangemeldet auf einer Polizeiwache zu erscheinen und sich einmal anderthalb Stunden schildern zu lassen, wie die Arbeit dort insgesamt gesehen wird.

Eines ist klar: Die Kriminalitätsraten sind enorm gestiegen. In Sachsen haben sie sich verdreifacht. Wir haben in einigen Bereichen - besonders in den Grenzbereichen - eine Steigerung der Kriminalität um 218 % festzustellen.

Die Rufe in der Bevölkerung nach dem starken Mann werden immer lauter. Ich glaube, genau das ist der Grund, warum wir uns mit dem Thema Innere Sicherheit befassen müssen. Eine Bevölkerung, die sich insgesamt unsicher fühlt, sucht dann, wenn sie der Meinung ist, daß der Staat nicht mehr in der Lage ist, Innere Sicherheit zu garantieren, nach anderen Garantieträgern. Das ist das eigentlich Gefährliche an dieser Diskussion.

Was sind die Ursachen? Mein Eindruck ist, daß einer der Hauptgründe für das Ansteigen der Kriminalität auch mit einem Aufweichen des Rechtsbewußtseins oder vielmehr des Unrechtsbewußtseins in den letzten 20, 30 Jahren zusammenhängt. Mein Eindruck ist - vielleicht irre ich hier auch; wenn man aus dem Osten kommt, sieht man einige Dinge in der Entwicklung der Bundesrepublik aber vielleicht etwas schärfer -, daß es in der Vergangenheit immer mehr zugelassen wurde, daß die Akzente in der Sicherheitspolitik in Deutschland mehr und mehr einseitig auf einen Freiheitsbegriff gelegt wurden, der eigentlich mit echter Liberalität nichts mehr zu tun hat, sondern den man vielleicht als libertaristisch deklarieren muß. Es kann nicht sein, daß ein verantwortlicher Politiker, der auf Grund seines Schutzes selber nie Opfer von Gewalttaten werden wird, mit einem Achselzucken behauptet, daß teilweise anarchi-

stische Zustände der Preis für eine individuelle und politische Freiheit der Bevölkerung seien. Das sorgt nämlich bei der Bevölkerung in Ost wie in West überhaupt nicht für Beruhigung, sondern eher für Beunruhigung. Von daher darf es auch nicht so sein, daß wir kapitulieren und resignieren und beispielsweise all das freigeben, was wir momentan nicht bewältigen. Sie kennen die Diskussion in dieser Hinsicht. Ich halte das für eine sehr gefährliche Diskussion. Es entstünde dann nämlich der gefährliche Eindruck, daß der Staat seinen Selbstbehauptungswillen verloren hat und den Bürger mehr und mehr dem Faustrecht, das er selbst nicht mehr einzuschränken in der Lage ist, überläßt.

Ich weiß natürlich, daß die Personalsituation bei der Polizei nicht gerade dazu angetan ist, der steigenden Kriminalität auch mit den notwendigen Kräften entgegenzutreten. Wir müssen uns ganz klar darüber sein: Wenn Innere Sicherheit - wir haben das heute auf dem Parteitag beschlossen - wirklich das Ziel Nummer 1 in unserer Zukunftsstrategie ist, wird sie auch mehr Geld kosten. Wir können die Entscheidungen darüber nicht nur den Finanzministern überlassen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Hintergrund.

(Beifall)

Wer Innere Sicherheit fordert, muß wissen, daß Innere Sicherheit in Zukunft mehr kosten wird.

Die Situation in den neuen Bundesländern ist natürlich besonders prekär. Wir wollen es ja nicht so weit kommen lassen, daß man sich in einer Art Nostalgietrip danach sehnt, wie die Stasi die Leute bereits im Vorfeld verhaftet und damit die Polizei entlastet hat.

Die Sicherheitslage hat sich insgesamt verschärft. Die Ausbildung der Polizisten - ich spreche jetzt von den Polizisten im Osten - entspricht oftmals nicht den an sie gestellten Anforderungen. Die Routine fehlt selbst bei unkompliziertesten Vorgängen wie z. B. der Aufnahme eines Verkehrsunfalls. Dazu kommt, daß sich im Freistaat Sachsen 10 % aller Beamten in Fortbildungsmaßnahmen befinden. Immer wieder kommen auch Rückläufe von der Gauck-Behörde, die uns zwingen, Polizisten, die ehemals für die Stasi gearbeitet haben, aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Ich bin der Meinung, wer sich früher in besonderer Weise an anderen vergangen hat, hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen. Er kann nicht mit den Steuergeldern seiner ehemaligen Opfer bezahlt werden.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang eine Zahl: Über die 12 000 sächsischen Polizisten hat es bislang erst 3 000 Bescheide von der Gauck-Behörde gegeben. Davon waren 800 Fälle belastet.

Ich würde - ich sagte es vorhin schon - empfehlen, des öfteren unangemeldet bei der Polizei im Osten, aber gleichermaßen auch im Westen aufzutauchen und mit ihr zu sprechen. Dann würden Sie merken, daß der Frust bei der Polizei bundesweit - das gilt für den Osten wie für den Westen - gleich ist. Kann es sein, daß von der Polizei mehrfach festgenommene Täter die Untersuchungshaft noch vor dem Polizeibeamten verlassen, der sie dort abgeliefert hat? Dieser Drehtüreffekt - der Kollege hat gerade davon gesprochen - ist natürlich alles andere als motivierend für einen Polizisten. Hier ist die Politik gefragt. Ich meine, insofern muß über eine Verschärfung der Haftgesetze hinsichtlich einer Erweiterung der Haftgründe nachgedacht werden. Heute ist eine Deliktstreuung - d.h. daß ein und derselbe Täter wegen des gleichen Delikts gefaßt wird und deshalb die Wiederholungsgefahr ein Haftgrund ist - eigentlich kaum noch

gegeben. Dies gilt besonders für Straftäter aus dem rechtsextremen Umfeld. Hier sollten wir über eine Erweiterung des Straftatenkatalogs um die Tatbestände Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Volksverhetzung, Prostitution, Zuhälterei und auch Gefährdung des Straßenverkehrs nachdenken.

Es ist wenig ermutigend, wenn die Polizeibeamten wissen, daß nahezu 70 % aller Verfahren nach ausermittelten Straftaten - dahinter steckt ja eine ungeheure Energie und eine ungeheure Arbeit - von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden. Vielleicht können Sie, Herr Kollege, nachher dazu etwas sagen. Hier muß es zu einem weitaus intensiveren Informationsaustausch zwischen Polizei und Justiz kommen. Wäre es z. B. nicht möglich, im Zuge eines Verfahrens betreffend Kleinstkriminalität die Ermittlungsakten zu formalisieren und die Arbeit durch simples Ankreuzen von standardisierten Formularen zu erleichtern? Darüber hinaus sollte auch darüber nachgedacht werden, ob nicht - wie in anderen Staaten üblich - die Einstellung von Verfahren mit geringem Unrechtsgehalt von den Staatsanwaltschaften auf die Polizei vorverlegt wird.

Ebenso wichtig erscheint mir die Entlastung der Polizei von polizeifremden Aufgaben, damit der polizeiliche Streifendienst verstärkt werden kann. Ich denke, das, was wir aus den unterschiedlichsten Gründen wieder brauchen, ist der Schutzmann auf der Straße.

(Beifall)

Dann werden z.B. Kinder schon begreifen, daß dieser Schutzmann für sie ein Mann ist, der ihnen helfen kann. Wenn sie ihm erst im Jugendalter in einer Art Auseinandersetzung begegnen, werden sich an dieser Stelle ganz andere psychologische Prozesse einstellen. Der Schutzmann auf der Straße müßte eigentlich wieder unser Orientierungspunkt sein. Die Polizei darf sozusagen nicht am Bürger vorbeifahren, sondern sie muß ihm wieder begegnen, weil auch die präventiven Möglichkeiten dann ganz andere sind. Die Präsenz der Polizei darf sich also nicht nur auf Streifenfahrten im Pkw beschränken. Ich habe eine entsprechende Anordnung in Sachsen herausgegeben. Um ein gutes Gewissen zu haben, laufen die Polizisten bei uns jetzt auch schon wieder ein paarmal durch die Stadt. Ich weiß, wie schwierig das bei den wenigen Leuten, die wir haben, ist.

Ich frage: Warum muß die Polizei bei Bußgeldverfahren das Ermitteln der Fahrzeughalter übernehmen? Ist es sinnvoll, daß Polizeibeamte, die eine sehr langwierige und aufwendige Ausbildung hinter sich haben, jeden kleinen Blechschaden aufnehmen und so weniger Zeit für die Verfolgung von Straftaten haben? Was spricht eigentlich zwingend dafür, daß die Polizei für die Überwachung der von der Justiz verhängten Meldeverpflichtungen von Straffälligen zuständig ist? Wäre es nicht ebensogut denkbar, daß die Amtsgerichte diese Aufgaben übernehmen?

All dies sind Vorschläge, die mir im Gespräch mit Polizeibeamten zugearbeitet wurden. Um der Polizei nicht ihre Motivation zu nehmen, halte ich es für dringend erforderlich, daß die Beamten auch entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt werden. Es kann nicht das tägliche Brot der Polizei sein, 80 % der Dienstzeit für die Erledigung von Papierkram zu verwenden. Intern müßten also mehr Angestellte für Schreibarbeiten eingestellt werden. Sicherheit wird nicht hinter der Schreibmaschine, sondern auf der Straße gewährleistet. Ich glaube, das ist jedem von uns, der heute zuhört, klar. Es ist also eine Rationalisierung der Aufgaben geboten.

Es gibt auch Bereiche bei der Polizei, die nicht hoheitlich sind und die deshalb privatisiert werden könnten. Dies gilt eventuell für die Begleitung von Schwertransport-

ten, die Wahrnehmung von Ordnungsaufgaben bei Sportveranstaltungen, das Vorführen zum Schulunterricht oder zu Gerichtsverhandlungen, die Wartung der eigenen Fahrzeuge oder eben auch die Ausführung von Schreibarbeiten, die von privaten Schreibbüros übernommen werden könnten, was selbstverständlich nicht für sicherheitsrelevante Schriftstücke gilt.

All diese Maßnahmen werden aber nur bedingt Erfolge mit sich bringen, wenn wir es nicht erreichen, den Bürger wieder stärker in seine Verantwortung für den Staat einzubeziehen. Jeder einzelne muß wissen, daß er als aktiver Sicherheitspartner gefragt ist. Dauerhaften Erfolg werden wir also insgesamt nur dann haben, wenn wir es schaffen, alle gesellschaftlichen Gruppierungen in dieses Konzept mit einzubinden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vors. Manfred Kanther: Herr Dr. Prechtel, Sie haben nun Gelegenheit, sich aus der Sicht der Staatsanwaltschaft, die auch schon angesprochen worden ist, zu äußern.

Dr. Alexander Prechtel: Meine Damen und Herren! Die Beispiele, die hier erwähnt wurden, lassen sich beliebig fortsetzen und sind symptomatisch. Die derzeitige Situation ist besorgniserregend. Sie führt in der Bevölkerung zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Staat.

Es gilt deshalb, den Menschen in Deutschland aufzuzeigen, daß ein Rechtsstaat wehrhaft sein kann und in einer Zeit des Verfalls von ethischen und moralischen Werten auch wehrhaft sein muß. Der Staat muß mehr als bisher Flagge zeigen – nicht nur durch den Schutzmann auf der Straße, sondern auch und gerade durch die Justiz.

Deshalb – lassen Sie mich das ganz klar sagen – darf nicht immer nur, obwohl das auch sein muß, nach den Ursachen für die steigende Kriminalität geforscht und gefragt werden, sondern es muß vielmehr auch und gerade gegenüber Gesetzesverletzern – zwar mit Augenmaß, aber doch mit allem Nachdruck – durchgegriffen werden.

Wir müssen alle gemeinsam darauf achten, daß nicht durch allzu milde Anwendung der vorhandenen Gesetze, die gar nicht schlecht sind, der Eindruck entsteht, Rechtsstaat und Gerechtigkeit seien zweierlei. Die Theorie darf sich nicht von der Praxis allzu weit entfernen, wenn sie überhaupt von den Menschen noch akzeptiert werden will. Hier liegt meines Erachtens ein ganz gewaltiges Defizit.

Für mich hat die konsequente Durchsetzung von Recht und Ordnung nichts mit Polizeistaat zu tun, auch wenn das manchmal so geäußert wird. Eines, glaube ich, müssen wir noch mehr als bisher tun: Wir müssen uns davon lösen, immer nur Täterstudien zu betreiben. Nicht dem Täter, sondern dem Opfer gebührt vielmehr unsere Anteilnahme.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es sind immer die gleichen Punkte, die dabei angesprochen werden. Ich will nur einige aufzählen. Dort, wo die Rechtsanwendung von dem Sinn des Gesetzes abweicht, im Laufe der Jahre abgewichen ist, muß der Gesetzgeber korrigierend eingreifen, und zwar insbesondere bei der Strafaussetzung von Freiheits- oder Jugendstrafen von über einem Jahr zur Bewährung. Das Gesetz sagt eindeutig, daß das die Ausnahme ist. Die Praxis hat es zur absoluten Regel gemacht. Es kann und darf nicht bei Straftätern der Eindruck entstehen, jeder habe einen Wurf frei bzw. das Begehen von Straftaten sei das erste Mal jedenfalls Genuß ohne Reue.

Ein zweiter Punkt ist die Anwendung des Jugendrechts auf Heranwachsende. Man kann sicher über die schwere Jugend mancher Jugendlicher diskutieren. Aber auch

da sieht das Gesetz vor, daß bei Menschen zwischen 18 und 21 Jahren die Anwendung von Jugendrecht die Ausnahme ist. 18jährige sind volljährig. Sie unterliegen der Wehrpflicht. Sie besitzen das Wahlrecht. Sie werden von uns allen als mündige Bürger angesehen. Dann müssen sie meines Erachtens aber auch strafrechtlich Erwachsenen in aller Regel gleichgestellt werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht hier – das wird oft schief gesehen – gar nicht um eine Verschärfung des Gesetzes, sondern es geht um die konsequente Anwendung dessen, was im Gesetz steht.

(Beifall)

Dort, wo wir im gesetzlichen Instrumentarium Defizite sehen – es gibt eine ganze Reihe von Defiziten –, müssen wir durch gesetzgeberische Maßnahmen die Voraussetzungen für eine konsequente und vor allem für eine schnelle Durchsetzung des Rechts schaffen. Der schon angesprochene Haftgrund der Wiederholungsgefahr muß ausgeweitet werden. Die Voraussetzungen einer einschlägigen Vorstrafe, die das Gesetz in der Regel vorsieht, müssen entfallen. Es darf eben nicht der Drehtüreffekt, von dem soeben die Rede war, passieren. Dies ist frustrierend für die Polizei und für die Strafverfolgungsbehörden. Ermutigend ist dies nur für die Straftäter. Die Bestrafung muß sehr zeitnah zur Straftat erfolgen. Auch das wurde schon gesagt. Die Dauer der Strafverfahren muß insgesamt verkürzt werden. Ebenfalls muß die Dauer des Strafprozesses verkürzt werden.

Das Gesetz hat auch hier ein Instrumentarium vorgesehen, das aber praktisch nicht angewendet wird. Hier muß der Gesetzgeber nachhelfen, um zu dem, was sinnvoll und vernünftig ist, wieder zu kommen.

Es geht einfach nicht an, daß Zeitablauf dazu führt, daß ein Beweismittelverlust eintritt, weil sich Zeugen auf Grund der Vergangenheit nicht mehr erinnern. Es darf auch nicht sein, daß die abgelaufene Zeit dazu führt, daß es Strafaussetzung zur Bewährung gibt.

Datenschutz muß Opferschutz, darf aber nicht Täterschutz sein.

(Beifall)

Ermittlungsverfahren, meine Damen und Herren, dürfen nicht durch Datenschutz oder durch das vielgerühmte informationelle Selbstbestimmungsrecht behindert werden. Es geht nicht an, daß die Beschaffung der notwendigen Informationen für die Ermittlungsbehörden dadurch verhindert wird, daß der Beschuldigte erst einwilligen muß, ob überhaupt in seine Unterlagen eingesehen werden darf.

Ein weiterer Punkt: Es kann auch nicht richtig sein, daß Abschiebung vor Strafvollstreckung geht. Das würde eine Begünstigung ausländischer Straftäter gegenüber deutschen Straftätern sein. Die würden gar nichts mehr riskieren. Schlimmstenfalls müßten sie wieder nach Hause.

Meine Damen und Herren, innere Sicherheit gibt es - auch das wurde gesagt – nicht zum Nulltarif. Polizei und Strafjustiz müssen neben allen gesetzgeberischen Vorhaben aufgestockt werden. Es kann und darf nicht richtig sein, daß der Staat das Strafverfolgungsmonopol aus der Hand gibt – und sei es nur teilweise –, so daß die Aufklärung von Straftaten privaten Sicherheitsdiensten oder dem Zufall überlassen bleiben. Die Kosten, die dadurch natürlich entstehen, sind, glaube ich, Kosten, die wir in die Zukunft investieren müssen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vors. Manfred Kanther: Als nächster spricht aus der Sicht der großstädtischen Polizei und ihrer Führung Herr Polizeipräsident Saberschinsky.

Hagen Saberschinsky: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bekomme jeden Morgen eine Liste von besonderen Straftaten des Vortages vorgelegt. Ich habe die vom heutigen Tage mitgebracht. Ich darf Ihnen sagen, daß sich offenbar der Bundesparteitag in Berlin in Bezug auf die Kriminalität sehr dämpfend ausgewirkt hat. Das ist also schon der erste Erfolg.

(Heiterkeit und Beifall)

In der Tat: Es war im Vergleich zu anderen Tagen eine sehr zurückhaltende Tagesmeldung. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele: In einer Wohnung in Neukölln wird eine männliche Person mit Schußverletzung tot aufgefunden. Vorläufige Identifizierung: 30jähriger Türke. Tatverdächtiger ist im Moment ein Landsmann. Ein unbekannter Jugendlicher bedroht auf dem Gelände eines Containerbahnhofes zwei 13jährige Schüler aus demselben Bezirk mit einem Messer und nötigt sie zur Herausgabe von geringen Geldbeträgen und Taschenmessern.

Ein 47jähriger wird in einem Lokal in Kreuzberg von zwei Gästen getreten, geschlagen und seines Geldbetrages beraubt.

Unbekannte Täter rauben einem 13jährigen im Hausflur seines Wohnhauses sein Fahrrad.

Ein 16jähriger wird von vier unbekanntem jugendlichen Tätern verfolgt und zur Herausgabe von Geld aufgefordert. Nachdem die Täter auf Grund von Drohungen die Herausgabe des Geldbetrages erzwungen hatten, versetzten sie dem Geschädigten weitere Tritte und Schläge.

Ich will hier einmal abbrechen. Diese Liste ließe sich beliebig verlängern.

Stichwort: Gewalt. Ich darf Ihnen sagen, daß sich die Kriminalitätssituation hier in Berlin seit der Wiedervereinigung grundlegend geändert hat. Berlin ist keine Insel mehr. Berlin ist, was die Innere Sicherheit und die Kriminalitätssituation angeht, Bestandteil des nationalen und internationalen Geschehens geworden. Berlin wirkt offenbar auf Straftäter, zum Teil Angehörige krimineller Organisationen aus Osteuropa und aus der GUS, wie Licht auf Motten.

Das vereinte Berlin mit ca. 3,5 Millionen Einwohnern hatte im Jahr 1992 insgesamt 555 000 Straftaten zu verzeichnen. Es gab 145 000 Tatverdächtige. Von den 3,5 Millionen Einwohnern sind 10,6 % Ausländer. Der Anteil der Ausländer unter den Tatverdächtigen beträgt rund 30 %. Dabei gilt: Selbst wenn ich die Taten abziehe, die eigentlich nur von Ausländern begangen werden können, so ist der Anteil immer noch weit überproportional.

Dennoch darf ich mit einem gewissen Stolz sagen, daß die Kriminalitätsbelastung in Berlin im Vergleich zu anderen Großstädten relativ günstig aussieht. Berlin liegt erst an vierter Stelle der Großstädte, und zwar hinter Frankfurt, Bremen und Hamburg. Berlin ist also nicht die Hauptstadt des Verbrechens. Das, was wir hier erleben, ist sicher in vielerlei Hinsicht sehr besonders, auf der anderen Seite aber auch wieder allgemein.

Wie ein roter Faden zieht sich die Gewalt durch nahezu alle Delikte. Wir haben hier in Berlin eine sehr ambivalente Situation. Auf der einen Seite zeigt die Kriminalitätsstatistik - was die Gewalt angeht - sogar eine leicht fallende Tendenz auf. Auf der anderen Seite zeigt aber die tagtägliche Praxis, daß die Gewalt zunimmt. Es ist sogar ein eindeutiger Trend hin zur Brutalisierung festzustellen.

Die Bandbreite der Gewalt reicht von dem Verhalten mancher Autofahrer im Straßenverkehr, die bei geradezu nichtigen Anlässen ihr Kraftfahrzeug als Waffe einsetzen, über Schülergruppen, die Kindern das Taschengeld, den Walkman oder die Kleidung rauben, bis hin zu vietnamesischen Staatsangehörigen, die im Rahmen des organisierten illegalen Zigarettenhandels – eine besondere Situation hier in Berlin; hier werden Millionen und aber Millionen Gewinne gemacht – ihre Kämpfe um Marktanteile mit Eisenstangen, Krummschwertern und Schußwaffen austragen. Die Auseinandersetzungen in diesem Bereich gehen bis zu regelrechten demonstrativen Hinrichtungen.

Die Hemmschwelle, Gewalt anzuwenden, sinkt. Die Gewöhnung an die Gewalt – das halte ich für ganz gefährlich – nimmt zu. Viele Kinder und Jugendliche berichten ihren Eltern, den Lehrern oder sonstigen Vertrauenspersonen nicht mehr von der erlittenen Gewalt. Dies ist eine ganz schlimme Entwicklung.

Ich möchte zwei Bereiche herausgreifen. Zum einen geht es um die Gewalt bei Jugendlichen und Kindern. Es gibt die verschiedensten Formen des Vandalismus. Ich nenne ein paar Zahlen: Die Verkehrsbetriebe in Berlin zeigen jährlich eine Schadenssumme von ca. 10 Millionen DM auf. Die Telekom zählt jährlich etwa 2- bis 3000 zerstörte Telefonzellen. Die Schäden im Bereich der demolierten Grünanlagen gehen jährlich in die Millionen hinein.

Neben diesen verschiedensten Formen des Vandalismus wird die Polizei mit ganzen Serien von Raubüberfällen und Einbruchsdiebstählen konfrontiert, die zum Teil unter massivster Gewaltanwendung von Jugendlichen begangen werden. Opfer kann jeder werden.

Besonders herausstechende Merkmale der organisierten Kriminalität sind Gewaltanwendung und Einschüchterung. Ich möchte mir jetzt hier nähere Einzelheiten ersparen. Wir erleben jedenfalls in diesem Bereich ganz offenbar vor dem Hintergrund des hohen Anteils nichtdeutscher Straftäter eine ganz extreme Zunahme. Im Bereich des Nachtlebens und der illegalen Einfuhr von Betäubungsmitteln liegt der Anteil der ausländischen Straftäter bei über 50 %. Im Bereich der Kfz-Verschleppungen – die polnische Grenze ist nahe – liegt der Anteil deutlich über 60 %. Im Bereich der Geld- und Wertzeichenfälschungen liegt der Anteil bei annähernd 80 %.

Während früher bei höherer Beteiligung deutscher Straftäter im Bereich der organisierten Kriminalität in Berlin noch regelmäßig Absprachen getroffen und Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit vermieden wurden, um die Aufmerksamkeit der Strafverfolgungsbehörden nicht auf sich zu lenken, wird heute unter ausländischen Straftätern offenbar nicht mehr verhandelt, sondern das Ergebnis mit Gewalt gesucht.

Seit 1991 werden zunehmend Schießereien zwischen rivalisierenden, meist ethnischen Gruppierungen, gezielte Hinrichtungsaktionen, Bomben- und Handgranatenanschläge – und das in der Stadt Berlin – sowie Brandanschläge gegen milieutypisch genutzte Objekte festgestellt.

Ich möchte hier dieses Horrorszenerario einmal abbrechen. Was ist zu tun? Ich will dabei jetzt ganz bewußt noch pauschal bleiben, denn wir kommen sicher nachher noch auf die Einzelheiten zu sprechen, die zum Teil auch schon genannt wurden. Ich meine, daß dieses zweifelsfrei höchst bedrohliche gesamtgesellschaftliche Problem nur durch konzertiertes gesamtgesellschaftliches Zusammenwirken angegangen werden kann.

Die Polizei spielt in diesem Bereich sicher eine ganz wesentliche Rolle, jedoch keine Solo-Partie. Ich wiederhole: Sie spielt keine Solo-Partie. Die Polizei ist für ihren

präventiv und repressiv definierten Aufgabenbereich personell und materiell besser auszurüsten. Der Beruf muß – auch finanziell – attraktiver gemacht werden.

Die Justiz – das ist schon angesprochen worden – muß viel schneller und deutlich nachhaltender reagieren. Das heißt: Auch dort muß wahrscheinlich personell erheblich investiert werden. Vor allem müssen die originär zuständigen Ministerien, nachgeordnete Verwaltungen und sonstige Institutionen endlich ihre Verantwortlichkeit wirkungsvoller wahrnehmen. Man erlebt zum Teil eine erschreckende Lethargie. Man verläßt sich zumeist nur auf die stets präsente Polizei, die oftmals nur subsidiär tätig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hören jetzt eine Aussage von mir, die sich zwar sehr pauschal anhört, die ich aber sehr, sehr ernst meine: In der gesamten Gesellschaft muß ein Klima gegen die Gewalt erzeugt werden. Wenn Sie hier in bestimmten Bereichen der Großstädte spazierengehen, dann sieht man schon allein vom äußeren Bild her eine geradezu hanebüchene Situation. Ich erspare mir hier jetzt aber Einzelheiten.

Schließlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es wirklich an der Zeit, in unserem aus der wilhelminischen Zeit stammenden Strafrecht der körperlichen Integrität den Stellenwert beizumessen, der ihr heutzutage zukommt. Das in wesentlichen Teilen ebenfalls noch aus der gleichen Zeit stammende Strafprozeßrecht muß im Hinblick auf ein deutlich verbessertes praktikierbares Bekämpfungsinstrumentarium dringendst reformiert werden. – Danke schön.

(Beifall)

Vors. Manfred Kanther: Es folgt nun eine Schlußbemerkung für diese erste Runde durch den Vertreter des Gesetzgebers, unseren Freund Johannes Gerster.

Johannes Gerster: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Anschluß an meinen Vorredner: Natürlich sind Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte nur Reparaturbetriebe für Defizite, die gesellschaftspolitisch in anderen Bereichen entstehen. Das schließt aber nicht aus, daß sich diese Arbeitskreise besonders um die Fragen der Gesetzgebung und der Ausgestaltung der Sicherheitskräfte bemühen. Jedoch sind wir uns sicher einig: Diese Bereiche allein können die Probleme nicht lösen. – Lassen Sie mich zwei Vorbemerkungen machen:

Erstens. Ich glaube, daß wir jede Gelegenheit nutzen müssen, um gegen ein Vorurteil anzukämpfen, das immer noch existiert und verbreitet wird: Gesetze zur Verbesserung der Inneren Sicherheit seien Gesetze, die die Freiheit des Bürgers einschränkten. Das Gegenteil ist der Fall. Innere Sicherheit ist die Voraussetzung friedlichen Zusammenlebens sowie Grundlage der Freiheit und der freien Selbstentfaltung des Bürgers. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger fürchten, zu bestimmten Tageszeiten bestimmte Verkehrsmittel zu benutzen, etwa einen Bahnhof aufzusuchen, dann sind sie in ihrer Freiheit eingeschränkt. Die Freiheit wird heute durch eine mafiose Nebengesellschaft gefährdet.

(Beifall)

Zweitens. Das 19. und 20. Jahrhundert waren naturgemäß von der Stärkung der Rechte des Bürgers gegen die Willkür staatlichen Handelns geprägt. Dies wird immer eine Daueraufgabe der Gesellschaft und des Gesetzgebers sein, denn es wird auch immer Willkürhandlungen des Staates geben.

Wer aber wirklich die Zahlen, Daten und Fakten rechnet, die wir heute im Bereich des Verbrechens, insbesondere des organisierten Verbrechens feststellen müssen, der wird mir recht geben: Nicht das Bündnis der Bürger gegen den Staat, sondern ein

Bündnis der Bürger, der gesamten Gesellschaft, der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der staatlichen Organisationen ist gegen das organisierte Verbrechen notwendig. Es handelt sich um eine Gefahr, die eben nicht durch den Staat, sondern durch diese Nebengesellschaft droht.

Dies kann man nur erkennen, wenn man folgende Fakten zur Kenntnis nimmt: In einem Jahr werden die Nettogewinne - das sind Nettogewinne, die durch das organisierte Verbrechen, insbesondere durch das Rauschgift gewonnen werden; denn Steuern und Sozialbeiträge werden in diesem Gewerbe nicht bezahlt - durch den Rauschgifthandel allein auf 200 Milliarden DM in Europa und in Nordamerika geschätzt. Man schätzt weiterhin, daß jährlich etwa 850 Milliarden DM durch diese organisierte Kriminalität in die Volkswirtschaften der Europäischen Gemeinschaft hineingepumpt werden. Ich wiederhole: 850 Milliarden DM.

Wenn Sie bedenken, daß die Gewinne der elf größten multinationalen Konzerne in einem Jahr bei etwa 11,5 Milliarden DM liegen, dann sehen Sie, daß - und das sei denjenigen gesagt, die immer die Gefahren des Kapitalismus beschreiben - hier eine ganz andere wirtschaftliche Macht im Bereich der Verbrechen bereits heute feststellbar ist. Gewinne und Geld sind Macht. Hier wird Macht ausgeübt. Das heißt: Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern es ist bereits fünf nach zwölf.

Wer glaubt, daß die hier geschilderten Umstände des Verbrechens - und alle Taten, die Herr Saberschinsky hier genannt hat, sind ja Teile des organisierten Verbrechens - nichts mit dem Bürger zu tun haben, der übersieht die Vernetzung zwischen dem organisierten Verbrechen und der sogenannten Alltagskriminalität, die den Bürger unmittelbar betrifft. Alltagskriminalität - ein sinnloses Wort, als würde Kriminalität zum Alltag gehören; so weit sind wir schon! Dies zeigt sich z. B. an der Beschaffungskriminalität hinsichtlich des Rauschgifthandels. Dies berührt den einzelnen Bürger unmittelbar, z.B. durch den Einbruch in den Pkw, durch den Diebstahl des Pkw usw.

Das heißt: Wir müssen dem nach wie vor vorhandenen Vorurteil begegnen, als sei organisiertes Verbrechen ein unbekanntes Wesen, das irgendwo, fern von uns, vielleicht einen Teil der Wirtschaft gefährden könnte. Nein, sie gefährdet unmittelbar die kleine Frau, den kleinen Mann, also den Bürger unmittelbar vor Ort. Es ist deswegen ein Gesamtanliegen.

Die Feststellung, z.B. durch die Sozialdemokraten, eine diesbezügliche Differenzierung sei wichtig, um die Massenkriminalität bekämpfen zu können, ist eine Chimäre, denn natürlich hängt beides unmittelbar zusammen.

Deswegen, meine Damen und Herren, erwähne ich in diesem Zusammenhang als Beispiel den Einsatz technischer Mittel bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, um eine Alternative zu den Sozialdemokraten zu zeigen. Das ist kein weiteres Instrument zur Bekämpfung des Verbrechens, sondern das ist eine zentrale Möglichkeit, bei der Abschottung der Organisationsformen des organisierten Verbrechens an die eigentlichen Drahtzieher, an die Planer, an die Macher, an die Organisatoren heranzukommen.

Unser Strafrecht ist täter- und tatbezogen. Es trifft also den Täter vor Ort. Wenn überhaupt, dann haben die Ermittlungsbehörden nur eine Chance, an den Täter vor Ort zu kommen. Dabei ist der eigentliche Boß im Hintergrund abgeschottet, und zwar durch die Tatsache, daß der Täter vor Ort aus Angst vor Sanktionen nicht spricht bzw. weil er etwa während einer Strafhaft von der Organisation betreut wird. Dies kann von einem Gehalt für die eigenen Angehörigen bis zur Stellung eines besten Rechtsanwalts reichen.

Deswegen ist der Einsatz technischer Mittel zur Überführung der großen Straftäter unverzichtbar. Wer nun meint, die Sozialdemokraten hätten das inzwischen auch verstanden, übersieht, daß sie hier mehr ein Programm des Schutzes für Straftäter haben. Wirkliche Hilfe liegt nicht vor.

Ich zitiere jetzt aus dem Papier der SPD, das letzte Woche vom Parteivorsitzenden vorgetragen wurde. Es sieht einen Lauschangriff nach fünf Etappen vor.

Erstens. Die Polizei hat zu prüfen, ob sie überhaupt ein derartiges Mittel ergreifen will.

Zweitens. Sie muß, wenn sie es im Bereich der Strafverfolgung, also der Überführung der Täter, einsetzen will, die Anordnung des jeweiligen Justizministers einholen.

Drittens. Diese Anordnung muß von einer parlamentarischen Kommission bestätigt werden.

Viertens. Dann darf die Staatsanwaltschaft einen entsprechenden Antrag stellen.

Fünftens. Dieser Antrag muß von einem Kollegialgericht beschieden werden.

Meine Damen und Herren, diese Zehn-zu-neun-Entscheidung – es war ja keine einstimmige Entscheidung – der zuständigen Kommission zeigt: Hier soll eher dem Täter Zeit zum Flüchten gegeben werden, als wirklich wirksam zuzugreifen. Mit uns ist dies nicht zu machen.

(Beifall)

Lassen Sie mich stichwortartig dazu noch sagen: Da sich dieses organisierte Verbrechen in legalen Wirtschaftsunternehmen tarnt, brauchen wir dringend eine Initiative des Zusammenwirkens von Polizei und Wirtschaft.

Ohne dem Herrn Polizisten zu nahe treten zu wollen: Polizisten verstehen nicht unbedingt alles, was im Bereich der Wirtschaft geschieht. Andererseits ist die Wirtschaft in der Frage des polizeilichen Eingreifens gegen die Verbrecher zum Teil zumindest relativ zurückhaltend. Wir brauchen den Sachverstand der Wirtschaft in den Ermittlungsdezernaten der Polizei, und wir brauchen die konstruktive Mitarbeit der Wirtschaft, die erkennen möge, daß das organisierte Verbrechen ein Wettbewerber ist, und zwar auf einem Markt, auf dem mit Brutto-Netto-Löhnen bei besseren Konkurrenzbedingungen Märkte weggenommen werden.

Deshalb ist die Aussage richtig, daß es ein originäres Interesse der legalen Wirtschaft ist, die Illegalen, die schwarzen Schafe in der Wirtschaft zu bekämpfen. Hier brauchen wir Mitarbeiter aus der Wirtschaft, um die Polizei in die Lage zu versetzen, diesen Ganoven auf die Schliche zu kommen.

Meine Damen, meine Herren, es geht um Recht und Ordnung. Das wurde auch heute vom Bundeskanzler, vom Innenminister und von Rudolf Seiters angesprochen. Wir haben, wenn es um die Massenkriminalität geht, keinerlei Verständnis, wenn so getan wird, als gebe es Bagatelldelikte, die man nicht so ernsthaft verfolgen müsse. Meine Damen, meine Herren, für die Kleinentnerin, die sich ein halbes Jahr 100 DM vom Munde abspart, um den Enkelkindern Weihnachten ein Geschenk machen zu können, ist der Handtaschendiebstahl im Weihnachtsgeschäft genauso schrecklich, als wenn einem anderen 10 000 DM weggenommen werden. Wir zerstören das Vertrauen dieser Kleinentnerin in den Staat, wenn wir dieses nicht verfolgen.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, weil wir derzeit einen sehr guten Innenminister aus Hessen haben – der jetzt folgende kleine Seitenhieb richtet sich natürlich nicht gegen die dortige CDU, sondern gegen die dort Regierenden –, sage ich: Solange es in Hessen offenbar leichter möglich ist, als Straftäter aus den Haftanstalten schneller herauszukommen als hinein, ist etwas in Unordnung, Herr Kanther. Das müssen wir gemeinsam bekämpfen.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, wir stehen mit der FDP natürlich in einem Dauerkontakt. Die Kollegen Baum, Hirsch, Lüder und andere sind uns liebe und teure Koalitionspartner. Wir versuchen mit ihnen tagtäglich – und ich kann Sie beruhigen, dafür gibt es keine Vergnügungssteuer –, gewissermaßen Schritt für Schritt in der Gesetzgebung weiterzukommen.

(Zuruf: Aber Schmerzensgeld!)

– Das gibt es auch nicht. Vielleicht wäre das eine gute Anregung für die Neugestaltung der Diäten. Vielleicht könnten die hinsichtlich der Schmerzerträglichkeit gestaffelt werden.

Meine Damen, meine Herren, damit klar ist: Es kann nicht richtig sein, daß der Koalitionspartner die Unionsparteien hindert, bestimmte Gesetze auf den Weg zu bringen. Es geht auch nicht an, daß er versucht, uns Korsettstangen anzulegen, was wir für richtig zu halten haben. Es muß möglich sein, daß die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union formulieren, was sie in der Inneren Sicherheit für notwendig halten.

Das heißt: Wir sind bereit, das Mögliche mit der FDP auszuhandeln. Wir sind aber nicht bereit, in der Offensive für die Innere Sicherheit, in der Offensive im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und auch gegen die Massenkriminalität uns von der FDP zu stark einschränken zu lassen. Es geht darum, hier deutlich zu machen, daß der kleine Bürger in uns den Anwalt hat, wenn es darum geht, ihn gegen die Großganoven sowie gegen die mittleren Ganoven und die Kleinganoven zu schützen. Hier geht es um den rechtstreuen Bürger, der den Anwalt in uns finden kann und muß, und zwar hinsichtlich der Bekämpfung der Verbrechen und der Kriminalität. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Namensverzeichnis

Aithaus 173, 186, 188, 191
Arnold 170

Bandmann 73
Bauer 57ff., 330
Bertram 312
Biedenkopf 84
Blank 324
Blese 296
Blüm 51, 125, 165
Böhmer 83
Bongartz 114
Boyles 305
Bregger 58
Burkert 172

Diepgen 10, 12, 144ff., 200
Dregger 49

Eggert 70, 332

Fink 79
Fischer 98

Geil 104, 115
Geißler 91
Gerdemann 177
Gerster 101, 339
Geschka 126
Glaser 289
Göhner 76
Gölter 140, 180, 184, 297
Groebel 321
Gröhe 46, 306
Gündogdu 309

Hähle 80ff.
Hans 88
Hartfelder 190
Haschke 162
Heitmann 201
Hennig 45ff., 69ff.
Herrmann 61
Hintze 35, 93, 116, 118
Hörskén 74

Jaffke, Edward-Errol 189
Jaffke, Norbert 117
Jarzembowski 102
John 308
Junker 92

Kabisch 284
Kanter 329ff.
Karwatzki 89ff.
Kauder 107, 109
Kircher 191
Klenke 11
Körtner 171
Kofler 322
Kohl 7, 16, 122, 126, 202
Kraus 291
Krott 73

Lammert 157, 191, 196, 282ff.
Landowsky 106ff.
Langner 82
Laumann 121
Laurien 167
Lieberknecht 48
von Lojewski 326

Mayer-Vorfelder 86
Merkel 68, 302ff.
Monssen-Engberding 319

Neumann 174ff., 318ff.
Noack 82
Nolte, Claudia 311
Nolte, Horst 114

Orth 119

Panther 163, 179
Paschert 303
Paus 115
Perschau 112
Philipp 177
Prechtel 335

Rauber 125
Rauschnig 196
Reichard 70
Remmers 107

Reul 168
Rickal 176
Rinsche 276
Roer 123
Röseler 192
Rühe 63

Saberschinsky 337
Sälzer 57, 119ff.
Safak 310
Schäuble, Thomas 108, 111
Schäuble, Wolfgang 127
Scharf 175, 182, 186
Schempf 113
Schneider 112, 120
Schnoor 294
Schreiber 55
Schreier 88, 164, 180
Seite 53
Seiters 95
von Stetten 62, 104
Stritzl 60
Süssmuth 92

Teufel 80
Töpfer 89

Velte 186
Vogel 50
Vogelsang 187
Vogtel 124
Volquartz 182

Wadephul 66, 110, 112
Waigel 147
Wilczek 45
Wülfing 140, 157ff.
Wulff 160

Yzer 320

Zieschang 77, 193, 314

Notizen

Notizen

Notizen

Notizen

